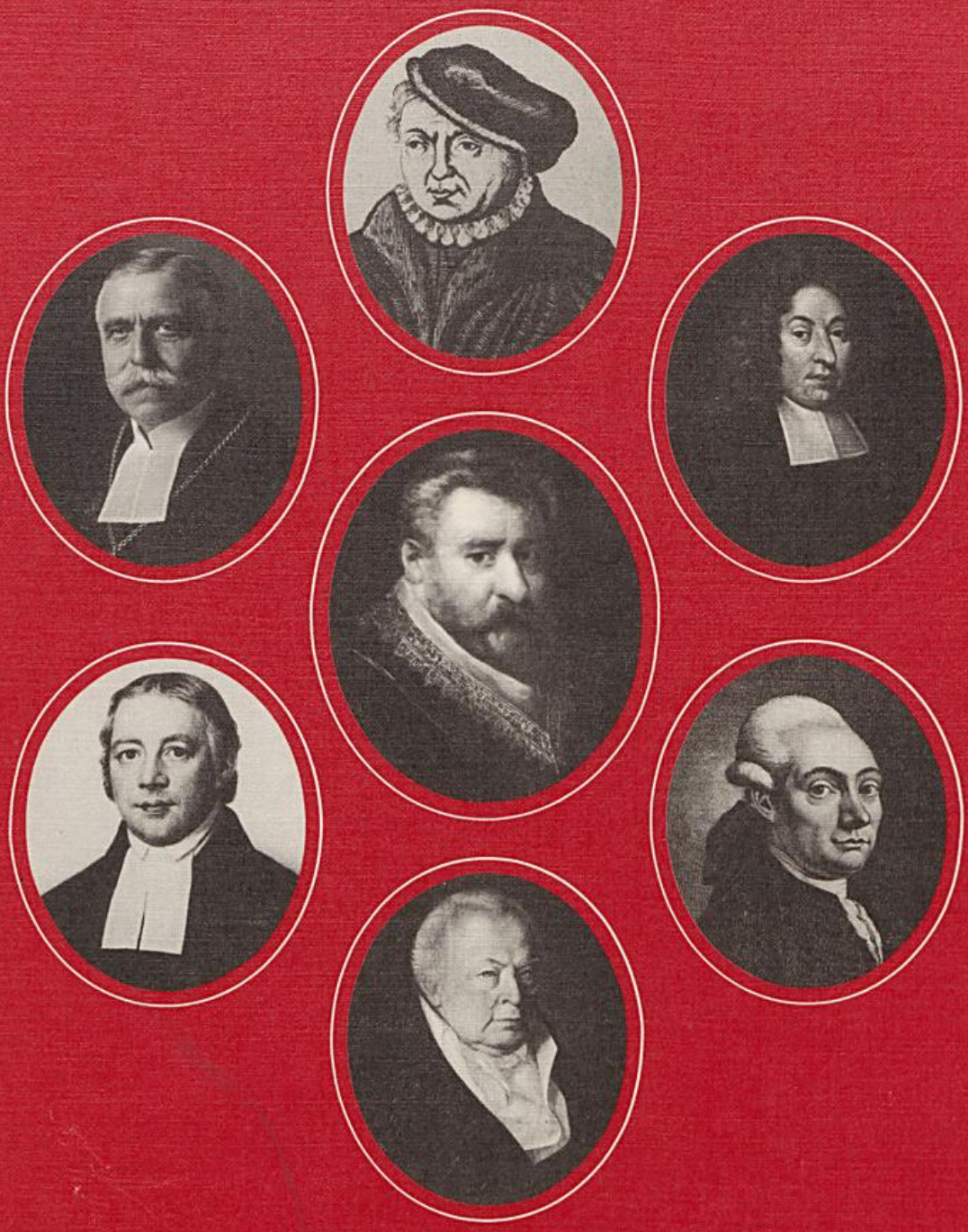


DIE LIPPISCHE LANDESKIRCHE 1684–1984

Ihre Geschichte in Darstellungen, Bildern und Dokumenten

Christliche

Kirchen-Ordnung

Der Grafschafft Lippe/

Wie dieselbe
Auf gnädigen Befehl und Verordnung
Des
Hoch-Gebohrnen Grafen und HERRN/

Herrn Simon Henrich/

Regierenden Grafen und edlen Herrn
zur Lippe/ ꝛc.

Abgefasset
Und nach vorgangener Consultation mit denen bey dem
geistlichen Consistorio mit-præsidirenden Erb-
Herren
Zum Druck übergeben und zur Nachfolge und Fest-
haltung bestätiget.

LEMGO/
Gedruckt bey Henrich Wilhelm Meyer/ Im Jahr 1684.

Sep. L 3082.4°
1.6

Ad

PASTORES LIPPIACOS,

Quorum nomina, juxta & assignatam cuique parochiam, exhibet sequens Diagramma.

Ellerus Lupiæ Pastorum gloria prima.
Plesmannus vivax *Ephori* nunc munere cessat;
Hinc ejus partes *Hildebrandus* rite tuetur.
Tertius *Hornensis Inspector Schrœderus* in urbe est.
Oppida habent *Mystas, Hünefeldum Lemgoa*, nostros.
Est *Heitmejerus* dicti *Collega Schroderi.*
Krückius & Züchterlingus Blumbergici habentur.
Vinitor Uflenia solus sacra munia servat,
Lampadiumque fovet Socero *Detmoldia* junctum.
Sunt in agro *Parochi*, qui primâ classe locantur
Plesmanni Fratres; atque iste Parentis in *Heiden*
Ille senis socius *Marthai Orlinghusiani.*
Feibelius Lãga, Stapelaga Pollio * vivit. *Schwerdtfeger
Schemmelium novit *Scotmaria, Reusium Eremus.*
Plekius Ostlanga, Rickmejer Praco vocatur
Meinberga. Est *Falc-montanus Grabbaus* in *Heilkirch.*
Altera Classis habet, post *Hildbrandum* in *Ludenhausen,*
Collerum Generum cum Conseniore *Romero*
Holtzhusii. Quæres *Streicherum* apud *Almenaenses,*
Broffelium Talla Stöckeriademque Hohenhausa.
Qui *Sillixenses* doceat nonnemo vocandus.
Gockelium bene *Bega* juvat. *Nissæus* adornat
Bossingfeldium itemque *Alverdissam Neoburgus.*
Zueglerum in *Lipprod* fas est ascribere iisdem.
Tertius ordo tenet provectâ ætate *Bradanum*
Cum socio *Wasmuth Falckhaga, Pieriumque*
Elbrinxa, Farwich in *Sualenberg* sibi adoptat
Sartorium; velut Affinem in *Donop Theopoldum*
Alcivit *Sevinghausen. Groethusius* extat
Reikirche. Benium Wobbelda benigna reservat.
Rungius auditur *Cappelda. Hildorphia* juxta
Stivarum Penningium alit; sed *Braka Hünefeldum.*
Söbbe agit in *Barndorf, Perizonius Heliopega.*

Antonius Corvinus
Reformator Lippes
1541–1542
August Weßel
Lippischer
Generalsuperintendent
1901–1930
Berthold Haccius
Pastor in Lemgo
1694–1726
Graf Simon VI.
1563–1613
Übergang Lippes
vom lutherischen
zum reformierten
Bekenntnis (1605)
Karl Stockmeyer
Pastor in Meinberg
1829–1857
J. Ludwig Passavant
Pastor in Detmold
1787–1795
J. Ludwig Ewald
Lippischer
Generalsuperintendent
1781–1796

„Die Wissenschaft der Religionsgeschichte des Vaterlandes
ist nothwendig, nützlich und angenehm,
sie hat einen Einfluß in viele Handlungen
der christlichen und bürgerlichen Geselschaft."

Friederich Christoph Puhstkuchen, Predigers zu Meyenberg,
Beyträge zu den Denkwürdigkeiten der Grafschaft Lippe überhaupt
und in Absicht auf die Religions- und Kirchen-Begebenheiten insonderheit,
Lemgo 1769.

DIE LIPPISCHE LANDESKIRCHE 1684–1984

Ihre Geschichte in Darstellungen, Bildern und Dokumenten

Herausgegeben im Auftrag der Lippischen Landeskirche
in Zusammenarbeit mit dem Lippischen Heimatbund

von Volker Wehrmann

Mit Beiträgen

von Heinrich Bödeker, Adolf Neuser und Friedrich Wiehmann †

Detmold 1984

L 3082.4° 1.Ex.

Für die freundliche Gewährung von Druckkostenzuschüssen ist die Lippische Landeskirche

dem Ecclesia-Versicherungsdienst in Detmold,
der Evangelischen Darlehnsgenossenschaft in Münster,
der Evangelischen Familienfürsorge in Detmold,
dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe in Münster,
der Lippischen Landes-Brandversicherungsanstalt in Detmold
und der Sparkasse Detmold

zu Dank verpflichtet.

Landesbibliothek Detmold

H 1984 / 50

1.Ex.

Bildnachweis

Dr. Klaus-Peter Fliedner: S. 45, 48, 53, 56, 69, 126, 127, 145, 152, 153, 229, 249, 252, 253, 256, 264, 267, 275.
Fotowerbung Hesterbrink (Reproduktionen): S. 29, 36, 60, 61, 76, 90, 91, 97, 104, 109, 114, 122, 156, 157, 160, 197, 207, 215, 217, 224, 232, 271.
Karl Kleinschmidt (Reproduktionen): S. 148, 149, 188, 200, 211 sowie alle weiteren Reproduktionen.
Gerhard Wegener: S. 57, 83, 119, 164, 165.

Alle Rechte vorbehalten: Lippische Landeskirche, Detmold
Satz und Druck: F.L.Wagener, Lemgo
Lithos: Baranek + Frost, Herford
Buchbinderei: Klemme & Bleimund, Bielefeld
Schutzumschlag: Dr. Volker Wehrmann

Vorworte

Im Jahre 1684 ist die „Christliche Kirchenordnung der Graffschaft Lippe" auf „gnädigen Befehl und Verordnung des hochgeborenen Grafen und Herrn, Herrn Simon Henrich, regierenden Grafen und Edlen Herrn zur Lippe etc." erlassen worden. Jahrhundertelang hat sie dem Leben der lippischen Kirche Gestalt und Prägung gegeben und somit auch das soziale Leben unserer Vorfahren in Lippe wesentlich mitbestimmt. Das 300. Jubiläum der Kirchenordnung bietet willkommenen Anlaß, den Weg der lippischen Gemeinden von der Reformationszeit bis zur Gegenwart zu bedenken. Dabei verbindet sich das Interesse an der Geschichte mit dem Interesse an einem besseren Verstehen der Gegenwart. Woher kommen wir? Wo stehen wir jetzt? Wie soll es weitergehen? Jeder verantwortungsbewußte Mensch fragt so, auch und in besonderer Weise der Christ. Denn der christliche Glaube lebt von der Gewißheit, daß Gott seine Geschichte mit uns Menschen begonnen hat und zu einem guten Ziel führen will.

Die Geschichte einer Kirche ist nicht dasselbe wie die Geschichte Gottes mit seinem Volk. Es sind ja durchaus Menschen, die ihrem gemeinsamen Leben vor Gott eine Ordnung geben und in dieser Ordnung zu leben versuchen. Menschliche Kirchenordnung hat ihre Zeit, aber sie will dem ewigen Evangelium von der Barmherzigkeit Gottes dienen. Kirchengeschichte ist immer auch gekennzeichnet von Schuld und Versagen, aber sie ist zugleich die Geschichte der Treue Gottes, der unter dem Unkraut seinen Weizen wachsen läßt. Nicht von Glaubenshelden erzählt die Kirchengeschichte, sondern von dem Gott, dessen Kraft in den Schwachen stark ist.

Auf welche Weise haben unsere Vorfahren versucht, der Botschaft der Bibel gehorsam zu sein? Wie haben sie ihr Leben vor Gott und ihr Leben miteinander geordnet? Wie haben sie ihr Schulwesen gestaltet? Welche sozialen und diakonischen Verpflichtungen haben sie übernommen? Auf welchen Wegen trugen sie zur religiösen und sittlichen Bildung des Volkes bei? Was waren ihre Maßstäbe? Mit welchen besonderen Gefährdungen des Glaubens, der Menschenwürde und der christlichen Freiheit hatten sie zu kämpfen? Wirkten die christlichen Gemeinden als Salz und Licht in ihrer Zeit, oder bildeten sie nur den religiösen Überbau über bestehende Machtverhältnisse? Halfen sie den Menschen, Frieden mit Gott und also auch Frieden untereinander zu finden, oder verschärften sie vorhandene Gegensätze? Lebten sie als Bürger des kommenden Gottesreiches, oder waren sie in erster Linie fromme Staatsbürger? Die Reise in die Vergangenheit ist von leidenschaftlich zu stellenden Fragen begleitet.

Engagierte und kenntnisreiche Autoren haben in dem vorliegenden Band versucht, lippische Kirchengeschichte zu erzählen und diesen Fragen auf der Spur zu bleiben. Ihnen gebührt Dank und Anerkennung. Pastor Friedrich Wiehmann, dessen Feder Lippe manchen wertvollen historischen Beitrag verdankt, hat sein Manuskript wenige Wochen vor seinem Tode fertiggestellt. Sein Name wird für lange Zeit nicht nur in der Gemeinde Bega, der er fast 40 Jahre gedient hat, unvergessen bleiben. Auch Pastor Heinrich Bödeker hat sich durch viele Veröffentlichungen als ein leidenschaftlicher Chronist und Biograph ausgewiesen. Ihm verdanken wir die Darstellung der jungen lippischen Kirchengeschichte. Pastor Adolf Neuser hat einen gewichtigen Beitrag beigesteuert, der über theologische und historische Zusammenhänge informiert. Ein besonderer Dank gebührt Herrn Dr. Volker Wehrmann. Ohne seinen beharrlichen Eifer, ohne seine hervorragenden Sachkenntnisse und sein organisatorisches Talent wäre der vorliegende Band nicht zustande gekommen.

Daß die Mitarbeiter des landeskirchlichen Archivs und der theologischen Bibliothek der Lippischen Landeskirche sich um das Entstehen dieses Werkes verdient gemacht haben, soll nicht unerwähnt bleiben.

Die gemeinsame Herausgeberschaft der Lippischen Landeskirche und des Lippischen Heimatbundes lassen deutlich werden, daß es sich um ein wesentliches Stück lippischer Heimatgeschichte handelt, das mit dem vorliegenden Dokumentarband der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. So ergänzt dieses Buch nicht nur die schöne Arbeit, die Dechant Augustinus Reineke über die Geschichte der katholischen Kirche in Lippe vorgelegt hat, es eröffnet auch den Blick für oft vergessene Zusammenhänge des sozialen und kulturellen Lebens in Lippe. Vielleicht kann die vorliegende Darstellung dazu beitragen, daß die christlichen Gemeinden in Lippe ihren Dienst auch in Zukunft als einen Dienst an der Gesamtheit der Bevölkerung verstehen und praktizieren.

Das 300jährige Jubiläum der Lippischen Kirchenordnung fällt in ein Jahr, das zugleich auch dem Gedenken an die 50. Wiederkehr der Barmer Theologischen Erklärung von 1934 gewidmet ist. Vor 50 Jahren haben Christen der unterschiedlichen evangelischen Bekenntnisse angesichts der nationalsozialistischen Überfremdung der Kirche gemeinsam bekannt, was Wesen und Auftrag der Kirche ausmacht. Kirche ist die geschwisterliche Gemeinschaft der begnadigten Sünder. Sie hat in ihrer Zeit – aber nicht angepaßt an die Strömungen der Zeit – allein auf das Wort der Heiligen Schrift zu hören und allein Jesus Christus zu vertrauen und zu gehorchen. Sie hat nicht ihren eigenen Vorteil zu suchen, sondern den Menschen mit Wort und Tat zu dienen, vor allem den Geringen und Benachteiligten. In diesem Sinne hat die Barmer Erklärung von der Gemeinde Jesu Christi gesprochen. Oft ist der Glaube der gelebten Wirklichkeit voraus. Darum muß die Kirche unterwegs bleiben, um dem Willen Gottes immer besser zu entsprechen. „Ecclesia semper reformanda", die Kirche muß immer neu nach Gottes Wort reformiert werden.

In Barmen sagte man: „Kirche muß Kirche bleiben." Diese Erkenntnis ist eine bleibende Verpflichtung. Zu ihr tritt die andere: „Kirche muß Kirche werden." Dazu verhilft nicht, wie vor Zeiten, das Bündnis von Thron und Altar, auch nicht die soziale Kontrolle der überschaubaren Ortschaft. Kirche kann Kirche werden, indem Menschen sich frei und willig dem Einfluß Jesu Christi öffnen und in seinem Namen der Versöhnung dienen.

Dieses Buch ist geschrieben worden in der Hoffnung, daß der christliche Glaube durch die Kette der Geschlechter weitergetragen wird zur Ehre Gottes und zum Heil der Menschen.

Dr. Ako Haarbeck

Detmold, 31. Oktober 1984

Dr. Ako Haarbeck
Landessuperintendent
der Lippischen Landeskirche

Das 300jährige Jubiläum der im Jahre 1684 vom Generalsuperintendenten Johann Jakob Zeller verfaßten „Christlichen Kirchenordnung", die im Prinzip erst 1931 durch die neue „Verfassung der Lippischen Landeskirche" ersetzt wurde, gibt Anlaß zum Nachdenken über die Kirchen- und Verfassungsgeschichte unserer Lippischen Landeskirche und somit auch über die Bedeutung des evangelischen Kirchenrechts im allgemeinen.

Wenn auch für das evangelische Kirchenrecht im Gegensatz zur katholischen Kirchenrechtslehre das „ius divinum", also das Göttliche Gebot, keine Legitimation ist, so muß doch die innere und äußere Ordnung der evangelischen Kirche von dem Auftrag des Herrn der Kirche bestimmt sein. Die Weisungen des Alten und besonders des Neuen Testamentes sind die wesentlichen Grundlagen evangelischen Kirchenrechts. Damit erhält das Kirchen- und insbesondere das Verfassungsrecht einen über die jeweilige Zeit hinausgehenden Charakter. Die Landessynoden der Lippischen Landeskirche haben dies erkannt und deshalb die Verfassung von 1931 trotz der wechselhaften Umstände in Staat und Gesellschaft und im Verhältnis zwischen Kirche und Staat in ihren Grundzügen bis heute nicht verändert. Andererseits darf das Kirchenrecht nicht zeitlos sein, sondern muß sich im praktischen Vollzug in der jeweiligen Situation bewähren – so wie auch das Evangelium den Menschen in ihren jeweiligen geschichtlichen Bezügen zu verkündigen ist.

Erfreulicherweise sind sich die Kirchenrechtler inzwischen in diesen Überlegungen einig, es gibt vor allem keine wesentlichen Unterschiede zwischen reformierten und lutherischen Vertretern, wie beispielsweise die Schriften des reformierten Erik Wolf und des lutherischen Johannes Heckel bezeugen. Allerdings gilt diese Aussage so – leider – nicht für das Staatskirchenrecht.

Diese herausfordernde Feststellung zu begründen wäre ebenso reizvoll wie die Darstellung der Auswirkungen der unterschiedlichen Lehren auf die Wahrnehmung der Weltverantwortung durch die Kirche z. B. in der Friedensfrage, der Durchsetzung der Menschenrechte und der Ablehnung der Apartheid.

Auch eine andere Frage verdiente besondere Aufmerksamkeit. Von welcher staatskirchenrechtlichen Lehre – einer mehr reformiert oder mehr lutherisch geprägten – gehen eigentlich die verschiedenen einschlägigen Entscheidungen unserer Verwaltungs- und Verfassungsgerichte aus? Welche bekenntnisorientierten Hintergründe bestimmen bewußt oder unbewußt unsere Richter?

Daß nach evangelischer Auffassung oberste kirchliche Rechtsquelle nicht das göttliche Gebot und die Kirche als Institution nicht heilsnotwendig ist, darf in der evangelischen Kirche nicht zu einer Beliebigkeit des Rechts und seiner Anwendung führen. Die Heilige Schrift und die Bekenntnisse der Reformation und die sich hieraus ergebende Lehre vom allgemeinen Priestertum aller Gläubigen räumen dem evangelischen Kirchen- und Staatskirchenrecht im Unterschied zur katholischen Lehre ein größeres Maß an Freiheit ein, die aber mißverstanden würde, wenn sie als Begründung dazu herangezogen würde, um in Einzelfällen aus subjektiv gutem Gewissen von zwingenden Rechtsnormen Ausnahmen zu machen. Dem Wunsch nach Einzelfallgerechtigkeit können das auch im Kirchenrecht geltende Prinzip der Vorhersehbarkeit kirchenleitender Entscheidung, der Gleichbehandlungsgrundsatz und das Willkürverbot entgegenstehen. Die Spannung zwischen Gerechtigkeit und Rechtssicherheit ist auch bei der kirchlichen Rechtsfindung auszuhalten.

Je weniger geschriebenes Kirchenrecht es gibt, desto größer sind diese und andere Versuchungen bei der Rechtsanwendung. Deshalb ist es zu begrüßen, daß unsere Lippische Landeskirche auf eine alte Tradition normativen Rechtes zurückblicken kann, die durch ein hohes Maß an Kontinuität ausgezeichnet ist.

Wilhelm Neuser weist in seinem Abriß der Geschichte der Lippischen Landeskirche von 1953 darauf hin, daß die Bekenntnisparagraphen der Kirchenordnung von 1684 noch heute für die lippischen reformierten Kirchengemeinden gelten. Die Weiterexistenz reformierter und lutherischer Kirchengemeinden in der Lippischen Landeskirche und nicht die Umwandlung dieser Kirche in eine Kirche der Union ist eine wesentliche Frucht der lippischen Kirchen- und Verfassungsgeschichte. Das heutige Mitgliedschafts- und Parochialrecht ist keine neuzeitliche Schöpfung, sondern geschichtlich gewachsen. Man denke nur an die Alte Hansestadt Lemgo, die eine führende Rolle in der lutherischen Reformation im 16. Jahrhundert

spielte und im geltenden Recht noch als ein Gebiet ausgewiesen ist, in dem ein neuer Bürger und sich als nur „evangelisch" bezeichnendes Kirchenmitglied automatisch den lutherischen Kirchengemeinden in Lemgo zugeordnet wird. Auch andere alte Grenzen – nicht zuletzt die der Landeskirche – haben Gebietsveränderungen in dem neu geschaffenen Bundesland Nordrhein-Westfalen und auf kommunaler Ebene überdauert. Ebenso ist die Einteilung der Landeskirche in Klassen keine Neuschöpfung der Verfassung von 1931 und des Klassengesetzes von 1959. Beispielsweise wurde die lutherische Klasse im Jahre 1882 geschaffen, seit 1887 gibt es einen lutherischen Superintendenten. Die Errichtung einer vierten reformierten Klasse gab 1910 Anlaß zu einer „Landessynodalordnung", die auch an eine geschichtliche Entwicklung anknüpfte. Nach der Trennung von Thron und Altar wurde 1918 der Landeskirchenrat in der jetzt noch geltenden Zusammensetzung, allerdings ohne das weitere synodale Mitglied, gebildet. Es könnten noch weitere Beispiele dafür genannt werden, daß die Verfassung von 1931, aber auch andere grundlegende Gesetze, wie z. B. das Kirchengemeindeverfassungsgesetz von 1957 und die Lebensordnung von 1954, mit den Regelungen über den Gottesdienst, die Sakramente, die Evangelische Unterweisung und die Amtshandlungen Trauung und Bestattung auf eine zum Teil lange kirchengeschichtliche Entwicklung zurückgehen.

Aus meiner Sicht ist es bedauerlich, daß der „große Wurf" der Kirchenordnung von 1684 nicht beibehalten wurde, in der sogar das „Predigtamt" und andere heute im Pfarrerdienstgesetz normierte Regelungen enthalten waren. Die Begrenzung der Verfassung von 1931 im wesentlichen auf Landessynode, Landeskirchenrat, Landeskirchenamt und Rechtsverfahren ist zu bedauern. Zwar sind auch die Ermächtigungsvorschriften für die Rechtsgebiete, die die Kirchengemeinden und Klassen betreffen, in der Verfassung enthalten, aber die Einzelbestimmungen sind besonderen Gesetzen vorbehalten geblieben, so daß die Gefahr der Rechtszersplitterung und Unklarheit darüber besteht, warum beispielsweise das presbyteriale Prinzip in der vorwiegend reformiert strukturierten Lippischen Landeskirche keinen Verfassungsrang hat.

Vielleicht regt die vorliegende Kirchen- und Verfassungsgeschichte eines Tages eine Landessynode dazu an, das Wagnis einer Verfassungsreform insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Rechtseinheit, aber auch der Weiterentwicklung des Rechts einzugehen.

Detmold, 31. Oktober 1984

Dr. Herbert Ehnes
Rechtskundiger Kirchenrat
der Lippischen Landeskirche

Geleitwort

Die Gemeinsamkeit von Lippischer Landeskirche und Lippischem Heimatbund in der Herausgabe dieses Werkes ist kein Zufall. Der Lippische Heimatbund steht der Landeskirche nicht nur dadurch zur Seite, daß beide Organisationen sich der Pflege lippischer Tradition verbunden fühlen. Es ist auch nicht nur das *Wort* Heimat, welchem der Lippische Heimatbund in unserer Welt dienen will und dessen überirdische Bedeutung das Ziel kirchlicher Verkündigung ist. Wenn behauptet wird, daß die Verbindung über das *Wort* hinausgeht, so muß allerdings die Frage beantwortet werden, was die Gottgebundenheit für das weltliche Heimathaben und für die Heimatpflege bedeuten und welchen Stellenwert die irdische Heimat im Verständnis der Bibel und in der kirchlichen Praxis besitzt.

Der Heimatfreund freut sich an der Heimat in ihren natürlichen und geschützten Eigenarten, leidet unter den Mißhandlungen, die ihr angetan werden, weiß sich der Heimat in Dankbarkeit verbunden für das, was sie in mütterlicher Selbstverständlichkeit gibt. Heimatliebe bekennt sich immer zur umgebenden Landschaft sowie ihren Menschen und steht für diese ein, wenn sie in Not und Gefahr sind. Der Heimatpfleger hält ihr die Treue, auch wenn anderswo größerer Nutzen winkt.

Gelten diese Aussagen zur Heimat ganz allgemein, also auch für den Christen, so weiß sich dieser seiner Heimat um so mehr verpflichtet, als ihm zugleich mit dem Bemühen um seine auf das Jenseits gerichtete Lebenserfüllung gerade auch die *Heimat* als wichtiges Element irdischen Seins und der diesseitigen Lebensgestaltung zur Bewältigung, zur Heimholung übergeben ist. In diesem Glauben an die Bedeutung der irdischen Dinge für ein jenseitiges Lebensziel ist der Christ bemüht, gerade auch die für eine menschliche Entfaltung bedeutsamen Heimatgüter dieser Welt am Kosmos der göttlichen Gnade teilhaben zu lassen. Eine solche Auffassung weiß daher auch in besonderer Weise um die Gefährdung der Heimat sowie die Not der Heimatlosigkeit und wird daher entsprechend mithelfen, daß Heimat geschützt und gestaltet wird, gepflegt und erhalten bleibt und daß auch neue Heimat in den Herzen der Mitbürger wächst, die durch Vertreibung oder entwurzelnde Zeitverhältnisse heimatlos geworden sind.

So stehen sich der Auftrag der Lippischen Landeskirche und die Zielsetzung des Lippischen Heimatbundes nahe und rechtfertigen das Unterfangen, einen historischen Gedenktag gemeinsam zu begehen und diesen Band zusammen herauszugeben.

Detmold, 31. Oktober 1984

Dr. Arnold Ebert
Vorsitzender
des Lippischen Heimatbundes

Inhaltsverzeichnis

Einführung 13

Das Zeitalter der Reformation 15
Von Friedrich Wiehmann

Die Grafschaft Lippe am Vorabend der Reformation 15
Der Anfang der Reformation in Lippe: Lemgo wird evangelisch 19
Die Winkelsache wird zur Volksbewegung . . . 22
Das Land folgt der Stadt 29
Der Landesherr 29
Der Einfluß des Landgrafen Philipp von Hessen auf den Fortgang der Reformation in Lippe 31
Lippe erhält eine evangelische Kirchenordnung 37
Die Corvinsche Visitation 40
Die Grafschaft und die Reichspolitik 48
Die gewaltsame Lösung der Religionsfrage: Der Schmalkaldische Krieg 51
Die politische Lösung der Kirchenfrage: Interim, Passauer Vertrag, Augsburger Religionsfriede 54
Von der alten zur neuen Kirchenordnung 1538–1571 62
Die Kirchenordnung von 1571 66
Die Reformation geht weiter 68
Die Durchführung der Reformen Simons VI. . . 73
Die Reaktion in den Gemeinden 75
Streitigkeiten um die Besetzung von Pfarrstellen 81
30 Jahre Krieg und Elend 85
Ach, ich bin des Krieges müde, Friedemacher, mache Friede! (J. Klaj) 89

Die Kirchenordnung von 1684 95
Von Adolf Neuser

Vorbemerkung 95
Gliederung 95
Der Prediger 96
Die Kirchenzucht 101

Das Zeitalter des Absolutismus und der Aufklärung 113
Von Volker Wehrmann

Allgemeine Grundlagen 113
Das politische Regiment 118
Das aufgeklärte Kirchenregiment unter den Generalsuperintendenten Stosch, Ewald, v. Cölln und Weerth 122
Ferdinand Stosch 123
Johann Ludwig Ewald 127
Ludwig Friedrich August von Cölln 137
Fürstin Pauline und Ferdinand Weerth 140
Der Theologe der Aufklärung 149
Liberi et libri. Das lippische Pfarrhaus zwischen Reformation und Aufklärung . . . 168

Die Lippische Landeskirche von 1848–1984 185
Von Heinrich Bödeker

Die gescheiterte Revolution von 1848 185
Die theologischen Kämpfe vor und nach 1848 188
Der Kampf um das Gesangbuch 189
Der Katechismusstreit 191
Das weitere Schicksal des Heidelberger Katechismus in Lippe 194

Kirche und Schule in der Zeit von 1849 bis 1914 195
Die leitenden Männer der konsistorialen Schulaufsicht 195
Von Otto Thelemann zu August Weßel 198
Vorbereitung und Auswirkung des Schulgesetzes von 1914 201
Verfassungsfragen von 1849 bis 1931 203
Die Arbeit der Lippischen Landessynode 205
Die kirchliche Neuordnung nach 1918 und der Kampf um die Verfassung 206
Das innere Leben in der Lippischen Landeskirche 210
a) Heime und Anstalten 212
b) Sonstige feste Einrichtungen 214
Die offene Arbeit in Vereinen und Verbänden 216
Die Landeskirche und die Gemeinschafts-bewegung 218
Die Kirche und der Erste Weltkrieg 222
Der Schulkampf zwischen 1919 und 1933 . . . 227
Die lutherischen Gemeinden in Lippe von 1848 bis 1933 233
Die Lippische Landeskirche unter dem Nationalsozialismus 1933–1945 240
Vergeblicher Versuch einer Gleichschaltung (1933 bis 1936) 240
Die Lippische Landeskirche von 1937–1945 . . . 250
Das politische Umfeld 250
Die Lippische Landeskirche bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges 252
Die Lippische Landeskirche im Zweiten Weltkrieg 257
Nach der Katastrophe 260
a) Das äußere Bild 260
b) Die innere Lage 261
c) Der kirchliche Wiederaufbau in Lippe nach 1945 264
d) Kirche und Schule nach 1945 265
Sonstige Ordnungsfragen 266
Diakonische Aufgaben und ihre Neuordnung 268
Die Mitarbeit der Frauen in der Lippischen Landeskirche 269
Oekumene, Mission und Kirchlicher Entwicklungsdienst 269
Kirche und Öffentlichkeit 270
Der gegenwärtige Stand der Lippischen Landeskirche 272

Nachwort 277
Von Christian Harms

Einführung

„Die Wissenschaft der Religionsgeschichte ist nothwendig, nützlich und angenehm, sie hat einen Einfluß in viele Handlungen der christlichen und bürgerlichen Geselschaft." Mit diesen Worten rechtfertigte und begründete der Meinberger Pastor Friederich Christoph Puhstkuchen im Jahre 1769 das Erscheinen seiner „Beyträge zu den Denkwürdigkeiten der Grafschaft Lippe und in Absicht auf die Religions- und Kirchen-Begebenheiten insonderheit". In seiner Formulierung hatte Puhstkuchen zugleich eine richtige und wichtige Erkenntnis zum Ausdruck gebracht, nämlich die, daß die Theologie ein nicht vom Leben isolierter Vorgang ist, daß sie sich vielmehr auf das Leben der Kirche bezieht, das wieder eingebettet ist in den großen gesellschaftlichen Zusammenhang.

Die Kirchengeschichte hat es mit den Konkretionen des Glaubens in breitestem Umfang zu tun, wie sie in der Vergangenheit zu einem relativen Abschluß gekommen sind. Dazu gehören die Kirche und die von ihr getragenen Gemeinden, die einzelnen Christen mit ihrem Glauben und Leben, die Verkündigung des Evangeliums und die Sammlung der Gemeinde um Wort und Sakrament, die Erhaltung und Stärkung ihres geistlichen Lebens, der Wille, als Bruderschaft in der Welt aufzutreten und entsprechend zu handeln, die Ausbreitung des Evangeliums und die Auseinandersetzung mit anderen Glaubensweisen (Meinhold). Die Kirchengeschichte muß deshalb als Glaubens-, Geistes-, Lehr-, Institutions-, Sozial-, Frömmigkeits- und als politische Geschichte geschrieben werden.

Unter Beachtung dieser leitenden Gesichtspunkte ist das vorliegende Buch verfaßt worden. Gegenstand der Darstellung ist die Lippische Landeskirche, die sich als eine der kleinsten deutschen Landeskirchen bis heute ihre Selbständigkeit bewahrt hat. Ihre über 450jährige Geschichte wird hier in den Hauptentwicklungslinien erhellt. Die Autoren mußten angesichts der Komplexität der Thematik Akzente setzen. So manche Erscheinung im kirchlichen Leben mußte sowohl in ihrer zeit- wie wirkungsgeschichtlichen Bedeutung unerwähnt bleiben. Nicht Vollständigkeit war das Ziel, sondern die Konzentration auf das Wesentliche.

Das Buch ist nicht in erster Linie für Theologen geschrieben, denn sie kennen die Geschichte ihrer Kirche. Der Adressat dieses Buches ist die Gemeinde, die um die Geschichte ihrer Kirche wissen sollte. Denn wie kann sie die Kirche lieben, die sie nicht kennt? Wie kann sie die Kirche kennen, wenn sie nicht ihre Geschichte kennt, wenn sie gar nichts weiß von den Freuden und Leiden, von den Versuchungen und Anfechtungen, von den Siegen und Niederlagen, die ihr auf ihrem Weg zuteil wurden? Ihr Gottesdienst, ihre Theologie und ihre Verwaltung waren nicht immer so ausgebaut wie heute. Durch die Verflechtung der Kirche mit der Welt unterlag die Kirche selbst einem fortwährenden Wandel. Wer deshalb den geschichtlichen Ort erkennen will, an dem die Kirche heute steht, der muß sich in ihre eigene Geschichte vertiefen.

Dieses Buch ist ein Gemeinschaftswerk. Weil es sich vor allem an den theologischen „Laien" wendet, haben sich die Autoren bewußt darum bemüht, populärwissenschaftlich zu schreiben und auf gelehrtes Beiwerk weitgehend verzichtet. Die Geschichte der Lippischen Landeskirche wird in diesem Buch in vier Einzelkapiteln beschrieben: Pastor Friedrich Wiehmann behandelt das Zeitalter der Reformation. Er durfte das Erscheinen seines Beitrags leider nicht mehr erleben. Pastor Adolf Neuser erhellt die Lippische Kirchenordnung von 1684 in ihrer Gestalt und ihrem theologischen Gehalt. Der Herausgeber be-

leuchtet die Stellung der Kirche im Zeitalter des Absolutismus und der Aufklärung. Pastor Heinrich Bödeker verfolgt die wechselvolle Geschichte der Lippischen Landeskirche von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart. Der Herausgeber hat darüber hinaus für sämtliche Beiträge die Text- und Bilddokumente ausgewählt und kommentiert, die grafischen Tafeln erstellt und das Werk in der vorliegenden Form gestaltet. Das Buch stellt zugleich die Begleitschrift zu einer gleichlautenden Ausstellung im Lippischen Landesmuseum in Detmold dar, die am 16. November 1984 eröffnet wird.

Lemgo, 31. Oktober 1984

Der Herausgeber hat Herrn Landessuperintendent Dr. Ako Haarbeck zu danken, der die Entstehung des Buches mit seinem Rat begleitete. Ein besonderer Dank gilt Frau Erika Hieronymus, der Leiterin der Theologischen Bibliothek, und Frau Maja Schneider, der Leiterin des Archivs der Lippischen Landeskirche, für ihre sachkundige und tatkräftige Hilfe bei der Auswahl der literarischen und archivalischen Dokumente. Für die Bereitstellung fotografischer Motive dankt der Herausgeber Herrn Kirchenrat Dr. Klaus-Peter Fliedner und für die Durchführung der fotografischen Arbeiten Herrn Karl Kleinschmidt.

Dr. Volker Wehrmann

Das Zeitalter der Reformation

Von Friedrich Wiehmann †

Die Grafschaft Lippe am Vorabend der Reformation

Die Lippische Landeskirche verdankt ihre Entstehung und ihren Fortbestand bis zum heutigen Tage der mittelalterlichen Territorialordnung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation sowie der im 16. Jahrhundert durch die Reformation erfolgten Neuordnung der kirchlichen Verhältnisse.

Im Oktober 1538 wurde die erste evangelische Kirchenordnung in der Grafschaft eingeführt. Damit war die Trennung von den beiden Bistümern Paderborn und Minden, denen die Grafschaft bisher angehört hatte, vollzogen. Die Landeskirche ist die einzige Einrichtung in Lippe, die als selbständige Institution den Wandel und Wechsel der staatlichen und kirchlichen Verhältnisse überdauert hat. Weder der am Anfang des 17. Jahrhunderts erfolgte Übergang von der lutherischen zur reformierten Ausprägung der Reformation noch die während und nach der Napoleonischen Herrschaft erfolgten staatlichen Veränderungen haben ihre Eigenständigkeit in Frage gestellt. Aber auch der 1918 erfolgte Übergang vom Fürstenstaat zum Freistaat und die damit verbundene Beendigung des landesherrlichen Kirchenregiments haben der Selbständigkeit der Landeskirche, die eine der kleinsten evangelischen Kirchen Deutschlands ist, etwas anzuhaben vermocht. Sie hat auch die staatlichen und kirchlichen Umwälzungen des Dritten Reiches überlebt.

Als Lippe im Jahre 1949 dem neugebildeten Bundesland Nordrhein-Westfalen eingegliedert wurde, hat die Landeskirche ihre Selbständigkeit und Eigenart bewahrt.

Sie umfaßt das Gebiet des früheren Landes Lippe. Wenn von der ehemaligen bei Lippstadt gelegenen lippischen Exklave abgesehen wird, hat sich an ihrem räumlichen Umfang seit den Tagen der Reformation kaum etwas geändert. Nachdem bereits bei der Auflösung des Landes Lippe die Exklave dem Kreis Lippstadt zugeordnet worden war, ist die hier bestehende Reformierte Kirchengemeinde Lipperode mit Wirkung vom 1. Januar 1976 der Evangelischen Kirche von Westfalen übereignet worden.

In diesem von der Grafschaft weit entfernten Gebiet ist der Ursprung des späteren Landes Lippe zu suchen. In einer Urkunde des Klosters Heerse werden 1123 zum ersten Mal die Edelherren Bernhard und Hermann zur Lippe erwähnt. Ihr Stammsitz, Hermelingshof, lag im Gebiet der von Hermanns Sohn, Bernhard II. (1140–1224), um 1170 gegründeten Stadt „tor Lippe". Vermutlich hat er seine Gründung bald darauf mit städtischen Rechten und Privilegien ausgestattet.

Als die Edelherren in den folgenden Jahren ihren Herrschaftsbereich auf das Gebiet nördlich des Teutoburger Waldes ausdehnten, gründete Bernhard hier zur Festigung seiner Herrschaft um 1190 die Stadt Lemgo. Sie sollte die bedeutendste Stadt der Grafschaft werden. In der Folgezeit gründeten Bernhards Nachfolger 1248 die Stadt Horn, um 1250 Blomberg, vor 1305 Detmold. Lemgo entwickelte sich so gut, daß es schon vor 1300 dem Städtebund der Hanse beitrat. 1368 wurden zwischen Landesherrn und Ständen ein Pactum Unionis geschlossen. In diesem Vertrag wurde die Unteilbarkeit des Landes besiegelt. Doch schon 1376 mußten die Edelherren ihre erste Stadtgründung Lippstadt an die mit ihnen verschwägerten und verbündeten Grafen von der Mark verpfänden. Eine Wiedereinlösung der Pfandschaft gelang nicht. Vielmehr mußten die Lipper während der Soester Fehde (1444–1449) um 1445 gänzlich auf die halbe Stadt verzichten und in eine Samtherrschaft mit Kleve-Mark einwilligen. Als Kleve und

Mark 1614 an Brandenburg-Preußen fielen, ging auch der klevisch-märkische Lippstadt-Teil in den Besitz der Hohenzollern über. 1850 überließ Lippe gegen eine jährlich zu entrichtende Rente auch seinen Anteil an der ältesten lippischen Stadt dem Königreich Preußen.

Kirchlich war die Grafschaft bis zur Reformation den Diözesen Paderborn und Minden zugeordnet. Der größere Teil der am Ausgang des Mittelalters vorhandenen Pfarreien unterstand der Jurisdiktion des Paderborner Bischofs und gehörte zum Archidiakonat Lemgo. Der ebenfalls zu Paderborn gehörende südöstliche Teil der Grafschaft war dem Archidiakonat Steinheim zugeteilt. Die Gemeinden des Exter- und Kalletales sowie Sonneborn zählten zum Archidiakonat Kirchohsen und damit zum Bistum Minden, Hohenhausen gehörte als einzige lippische Pfarrei zum Mindener Archidiakonat Rehme.

In den am Ausgang des 15. Jahrhunderts vorhandenen 36 Pfarreien lebten um 1488 etwa 21400 Menschen. Um 1590 war die Gesamtbevölkerung auf ca. 35000 angewachsen. Davon lebten ungefähr 11000 in den Städten und 24000–25000 in den Dörfern. An der Spitze der Städte stand Lemgo. Es hatte um 1590 etwa 4000 Einwohner. Ihm folgten Salzuflen mit 2000 und Detmold mit 700 Bürgern. Im Durchschnitt entfielen auf eine Pfarrei noch nicht 1000 Mitglieder. Dabei war die Verteilung auf die einzelnen Pfarreien sehr unterschiedlich. So hatte, um nur einige zu nennen, der Pfarrer in Alverdissen 128 Gemeindeglieder zu versorgen. In Donop, das noch heute die kleinste lippische Kirchengemeinde ist, waren es 240. In Barntrup, der kleinsten unter den damaligen lippischen Städten, lebten um 1590 412 Leute in 55 Kolonaten. Bega, die älteste Pfarrei dieses Gebietes, von der im Mittelalter Donop und Barntrup abgezweigt worden waren, zählte noch damals in 106 Kolonaten fast 1000 Gemeindeglieder, die sich in mehreren Dörfern vom Ackerbau nährten.

Die Landbevölkerung war bis auf verschwindend wenige Ausnahmen dem Landes- oder einem anderen Grundherren „eigen". Die Zahl der freien Bauern war im Mittelalter ständig zusammengeschrumpft, so daß es im Zeitalter der Reformation auf dem Lande fast nur noch Leibeigene und Hörige gab. Fast alle Einwohner Lippes lebten in dieser Zeit unmittelbar von den Erträgen ihrer Äcker. Auch die Bewohner der Städte waren Ackerbürger, die zum größten Teil ihre Felder selbst bestellten. Nur die wenigen Honoratioren in den größeren Städten verfügten über Gesinde, das die Acker- und Stadtarbeiten verrichtete.

Wie war es vor der Reformation um die geistige und geistliche Versorgung der Bevölkerung bestellt? In den Dörfern waren die Pfarrer die einzigen, die des Schreibens und Lesens kundig waren. Schulen gab es nicht. Neben den Weltpriestern gab es ein Heer von Ordensleuten, die zum Teil die Arbeit der Pfarrer unterstützten. Die mittelalterliche Frömmigkeit äußerte sich in Stiftungen, Ordensniederlassungen, Wallfahrten, Ablaß u. a. In der Grafschaft gab es eine Vielzahl von Klöstern und Klausen, Süstern- und Beginenhäusern, Spitälern und Leprosen. Sie zeugten von dem frommen Sinn ihrer Stifter. Neben dem Weltklerus und den Ordensleuten gab es zahlreiche Bruderschaften. Außer der Sorge um das Seelenheil nahmen sie soziale Aufgaben wahr, sorgten nicht nur für ihre Mitglieder, sondern auch für andere, die der Hilfe und Fürsorge bedurften, pflegten Geselligkeit, versammelten sich zu gemeinsamen Gottesdiensten, stifteten Seelenmessen und verpflichteten sich, daran teilzunehmen.

Neben den über das Land verteilten Pfarrkirchen waren vom 12. bis 15. Jahrhundert in Stadt und Land Klöster gestiftet und gegründet worden. Das älteste war das 1238 zum ersten Mal erwähnte Praemonstratenser Kloster Cappel bei Lippstadt. Es wurde nach der Reformation in ein weltliches Stift umgewandelt. In den Jahren 1228/31 stiftete Graf Volkwin von Schwalenberg, der an der Ermordung des Kölner Erzbischofs Engelbert beteiligt gewesen war, in seiner Grafschaft als Sühne für seine Tat ein Zisterzienserkloster. Es wurde später nach Falkenhagen verlegt. 1432 wurde es dem Orden der Kreuzherren übertragen und mit Mönchen vom Niederrhein besetzt. Volkwins Sohn Heinrich, der Stifter der Sternberger Grafenlinie, gründete in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts das im Extertal gelegene Kloster Ullenhausen. Vermutlich hatte es eine so gute Entwicklung genommen, daß der Bischof von Minden dem Priester Meinrich „quondam preposito" in Ulnhusen (einst Propst in Ullenhausen) gestattete, in Gellersen bei Pyrmont eine „novella plantatio", d. h. ein neues Kloster anzulegen und es mit Nonnen aus Ullenhausen zu besetzen. Ullenhausen, das in Verbindung

mit dem Augustinerkloster in Herford stand, ist schon vor der Reformation eingegangen.
Das jüngste unter den lippischen Klöstern war das Augustinerkloster in Blomberg. Vermutlich verdankt es seine Entstehung der Wundergläubigkeit der mittelalterlichen Menschen. Im Jahre 1445 hatte sich eine Frau heimlich in der Kirche einschließen lassen und das Ziborium mit 45 geweihten Hostien entwendet. Sie wurde der Tat verdächtigt, als sie einer Nachbarin auf deren Frage, warum sie bei all ihrer Arbeit arm bleibe, antwortete: „Ja, liebe Frau, die Arbeit allein tut es nicht, sondern wer einen Gott im Kasten hat, dem fällt das Glück zu und an nichts kann es ihm mangeln." Als der Diebstahl entdeckt wurde, warf die Frau die Hostien in ihren Brunnen. Doch sie schwammen auf der Oberfläche und wurden schnell entdeckt. Die Frau wurde wegen ihres Vergehens dem Feuertode überliefert. Das Brunnenwasser aber wurde wundertätig. „Man hat auch gespüret, daß vorgedachtes Brunnenwasser große Kraft an sich gehabt, denn die Kranken und Ungesunden, so es gebraucht haben, seien daran genesen, die Blinden seien sehend und die Lahmen gehend geworden. Und ist fast kein Mangel oder Gebrechen vorgekommen, so nicht das Wasser hätte kurieren und heilen können." Graf Bernhard VII. ließ über dem Brunnen einen Altar und 1462 eine Kapelle errichten. Nachdem Papst Pius II. dieser Kapelle des heiligen Leichnams Bestätigung und einen besonderen Ablaß erteilt hatte, kam ein großer Strom von Wallfahrern, um hier Nachlaß ihrer Sünden zu erhalten. Die Wallfahrer brachten soviel Spenden und Opfer, daß der Prior des Augustinerklosters Möllenbeck schon 6 Jahre später die Erlaubnis erhielt, hier ein Kloster zu erbauen und es mit 24 Möllenbecker Ordensbrüdern zu besetzen. In dem 1470 niedergeschriebenen Wienhäuser Liederbuch wird der Hostienfrevel bereits in plattdeutscher Sprache besungen.
Ein Zeitgenosse schreibt 1474: „Vor einigen Jahren hörte ich von einer neu aufgekommenen Wallfahrt nach Blomberg, wo unablässig das Volk in großer Frömmigkeit zusammenströmt. Einigen mißfällt diese Wallfahrt aus bestimmten Gründen, doch andere sind gegenteiliger Ansicht, nämlich daß der Herr dem einfältigen Volk bisweilen Wunder zeigt zur Stärkung ihres Glaubens."
Etwas Ähnliches hatte sich während der Eversteinschen Fehde (1404–1408) in der Kirche in Hillentrup zugetragen. Als die Kirche während der Fehde verbrannt wurde, war das Ziborium mit den Hostien auf wunderbare Weise vom Feuer unversehrt geblieben. Schon in den nächsten Wochen eilten die Gläubigen aus der Nähe und Ferne herbei, um das Mirakel zu bestaunen. Als der Paderborner Generalvikar dann denen einen vierzigtägigen Ablaß gewährte, die nach erfolgter Beichte hier ihre Knie vor der Monstranz beugten, nahm die Zahl der Wallfahrer ständig zu. 1443 gewährte Papst Eugen allen, welche die Kirche an bestimmten Tagen besuchten, dort beichteten und mit ihrem Opfer zum Bau der Kirche beitrugen, drei Jahre und drei Quadragen (40 Tage) Ablaß. So wurde auch Hillentrup ein bekannter Wallfahrtsort. Wallfahrten zu solchen Wunder- und Gnadenorten sind ein Charakteristikum mittelalterlicher Frömmigkeit.
Zählt man die Klöster, die sie bevölkernden Männer und Frauen, die vielen heiligen Orte, Klausen und Gnadenstätten, die Stiftungen für Lebende und Tote, die Aufwendungen für Spitäler und Leprosen (Häuser für Aussätzige), die Bruderschaften und Priesterkalande (Bruderschaften von Geistlichen), das Verlangen nach Ablaß und anderen Gnadengaben, so kann in der Zeit vor der Reformation nicht von einem Erschlaffen des religiös-kirchlichen Lebens die Rede sein.
Werfen wir zum Schluß einen Blick auf die größte Stadt der Grafschaft, auf Lemgo. Hier nahm einige Jahrzehnte später die lippische Reformation ihren Ausgang. Wie sah es hier um die Wende vom 15. zum 16. Jahrhundert auf kirchlichem Gebiet aus? Lemgo war seit 1231 Sitz eines Archidiakons. Sein Aufsichtsbereich ging über Lippe hinaus. Die Stadt zählte zu dieser Zeit 2000 bis 3000 Einwohner. Zeugnisse ihrer Frömmigkeit und Zeichen ihres Bürgerstolzes waren die zur Ehre Gottes errichteten Kirchen und andere Bauwerke. Die älteste Kirche, die Johannes dem Täufer gewidmet war, lag außerhalb der Stadtmauern. Gegen Ende des 13. Jahrhunderts wurde der Bau der Nikolaikirche beendet. Anfangs galt sie als Filiale von St. Johann. Im 14. Jahrhundert wurde sie die Hauptkirche der Stadt. Als Lemgo um die Neustadt erweitert wurde, begannen die Bürger um 1288 mit dem Bau der Marienkirche. 1311 wurde bei

dem Neustädter Hospital die Heilig-Geist-Kirche errichtet. Um 1342 baute man bei dem Leprosorium, dem Aussätzigen-Hospital, die Georgskapelle. 1413 stiftete Bernhard VI. zu Ehren seiner Gemahlin Elisabeth die Hofkapelle St. Georgii et Elisabeth. Um 1460 gab es bei dem Kloster der Augustiner-Kanonessen die Kirche St. Maria ad angelos, im Volksmund „Marien tor Engelhus" genannt. Um 1464 wurde vor dem Ostertore die Gertrudenkapelle errichtet. Als um 1460 die Franziskaner von der strengen Observanz nach Lemgo kamen, bauten sie im Westen der Stadt die Brüderkirche. Außer den schon genannten Ordensniederlassungen in der Stadt müssen noch die Augustinerinnen erwähnt werden. Sie hatten im Jahre 1306 ihren Sitz von Lahde bei Minden in die schützenden Mauern der Stadt Lemgo verlegt. Nachdem sie drei Tage und drei Nächte unterwegs gewesen waren, wurden sie am 8. September 1306 in feierlicher Prozession vom Landesherrn, seiner Gemahlin und seinen Kindern sowie der ganzen lippischen Ritterschaft und den Bürgern der Stadt herzlich empfangen. Nach einem feierlichen Gottesdienst in St. Nikolai bewegte sich der Zug durch die noch nicht vollendete Marienkirche in das darangebaute Kloster.

Außer den beiden Frauen- und einem Männerkloster gab es in Lemgo noch vier Beginenkonvente, Vereinigungen von Frauen, die ohne bindendes Gelübde in klosterähnlichen Gemeinschaften lebten. Darüber hinaus bestanden 9 Bruderschaften, Zusammenschlüsse zur Pflege der Frömmigkeit und der Nächstenliebe. Die vermutlich älteste dieser Bruderschaften war die „des groten cruces to sunte Johannes". Sie zählte um 1424 300 Mitglieder. Für die Geistlichkeit gab es die Kalandsbruderschaft, der sich aber auch Laien anschließen konnten. Nach altem Herkommen sollten ihr 60 Mitglieder angehören, und zwar 24 Priester, 24 Ratsherren und im übrigen gut beleumdete Bürger.

Gerlach schreibt in „Der Archidiakonat Lemgo": „Um die Wende des 15. Jahrhunderts weisen die Kirchen Lemgos rund 35 Altäre auf, die zum guten Teil mit doppelten Kommenden (Einkünften) bzw. wie der Stillmessenaltar in St. Nikolaus, mit einer Kommende für zwei Priester ausgestattet waren, so daß man etwa von 50 belehnten Priestern sprechen darf, von denen allerdings eine gewisse Anzahl ihren Wohnsitz außerhalb der Stadt hatten ... Zu der Zahl der belehnten Priester kam die der geistlichen Anwärter und anderer Kleriker ..., so daß im ganzen 60–80 Kleriker für die Hauptstadt des Archidiakonates herauskommen dürften."

Zu den Geistlichen gesellten sich 100–120 Klosterfrauen sowie die patres und fratres der Franziskaner. Karl Meyer schreibt in seiner „Geschichte der Stadt Lemgo": „Im Straßenbild bemerken wir zahlreiche Kleriker. Manche wohnten in der Nähe der Nikolaikirche auf der nach ihnen benannten Papenstraße. Unter den Ordensleuten überwogen in Lemgo die Nonnen. Neben den schleierumhüllten, vornehmen Dominikanerinnen (gemeint sind die Augustinerinnen, die von Lahde gekommen waren, aber im Kloster nach der Regel St. Marien des Heiligen Dominikus lebten), in ihrer weißen Gewandung gewahren wir die in Grau und Schwarz gewandeten ‚Süstern' aus dem Rampendalkloster und die noch schlichter gewandeten Beginen. Seltener sah man die braunen Kutten der Franziskanermönche, die sich erst seit 1463 in der Stadt niedergelassen hatten ... Sie gehörten der strengeren Richtung des Ordens an, den Observanten, die mit päpstlicher Zustimmung eine Reform des Mönchtums anstrebten. Etliche schlossen sich denn auch alsbald der umstürzenden Lutherschen Reformation an ..."

Die zahlreichen Kirchen vermochten nahezu alle Bewohner der Stadt auf einmal aufzunehmen. Die Gottesdienste wurden zahlreich besucht. An jedem Tage wurden in ihnen fast zu jeder Stunde Messen für die Lebenden und die Toten zelebriert. In aller Frühe begann das Geläut der Glocken und rief die Leute in die Kirchen. Der Frühgottesdienst, der im Sommer mit Sonnenaufgang und im Winter um 6 Uhr begann, war besonders beliebt und besucht. Als er im Jahre 1521 eingegangen war, so lesen wir bei Gerlach, war „der Rat nicht wenig bewegt", weil dadurch viele Bürger, namentlich Handwerker, Tagelöhner, Pilgrime, die sonst von „innerhalb und außerhalb" gekommen waren, „mancher Messen und guter Werke beraunt würden". Zu den Messen kamen die Stundengebete in den Klosterkirchen. Auf den Altären der Kirchen brannten unzählige Kerzen, die von den Gläubigen gestiftet wurden. Die dafür notwendigen Wachsmengen wurden aus Spenden, Vermächtnissen und Bußgeldern gewonnen. „Die größte Sorgfalt

wandte man dem ‚Ewigen Lichte' vor dem corpus dominicum – dem Leib des Herrn – zu. Man stiftete dafür Geld, Häuser, Gärten, Ländereien" (Gerlach). Mit den täglich wahrzunehmenden kirchlichen Aufgaben, den festlichen Gottesdiensten, den Gebetsübungen und Seelenmessen, den Reliquien und Heiligen, der Fürsorge für Arme und Kranke, umschloß die Kirche das Leben des einzelnen wie der ganzen städtischen Gesellschaft. Außerhalb der Kirche gab es weder zeitliches noch ewiges Heil. Sie war die große Heilsanstalt. Der Lemgoer Bürger H. Steinmeier schenkte im Jahre 1493 dem Süsternhaus im Rampendal sein ganzes Vermögen, in der Hoffnung, „auf Erden zu säen, was ihm hernach zu einer Ernte im Himmel verhelfen sollte".

Bei dieser Betriebsamkeit des kirchlichen Lebens in Lemgo – ob ihr die Intensität der Kleriker und Bürger entsprach, ist schwerlich zu sagen – ergibt sich die Frage, warum die einige Jahre später einsetzende Reformation gerade in Lemgo ihre ersten Anhänger fand und das Kirchenwesen hier 5 Jahre früher als in der übrigen Grafschaft nach evangelischen Erkenntnissen geordnet wurde.

In den anderen lippischen Städten war das kirchliche Leben weit weniger entfaltet. Salzuflen, der nächstgrößere Ort, der 1488 Stadtrechte erhalten hatte, gehörte bis 1531 kirchlich zu der Muttergemeinde Schötmar. In Detmold, das um 1500 etwa 350–400 Einwohner zählte, gab es außer der Pfarrkirche noch den 1453 vom Kloster Eldagsen errichteten Augustiner-Kanonessen-Konvent, der aber bis 1478 von Lemgo geleitet wurde.

Auf dem Lande war das kirchliche Leben auf die etwa 30 Dorfpfarreien konzentriert. Bei den zum Teil weiten Entfernungen und schlechten Wegeverhältnissen führten die Dorfbewohner mit ihren Pfarrern ein eigenständiges Dasein. Die vielfältigen geistigen und religiösen Strömungen des Spätmittelalters gingen an ihnen vorbei. Wie hätte sich auch das des Lesens und Schreibens unkundige Landvolk an den geistigen Auseinandersetzungen der Zeit beteiligen können? Abgesehen von dem, was ihm seine Priester in der Kirche boten, gab es kaum irgendwelche geistigen und geistlichen Anregungen. Die Landbevölkerung lebte in Armut und Knechtschaft dahin. Ihr Lebensrhythmus wurde bestimmt vom Lauf der Sonne, von Saat und Ernte, von der Sorge um Essen und Trinken, von den zu verrichtenden Hand- und Spanndiensten, von der Angst vor Krankheiten und bösen Geistern. Es braucht darum nicht zu verwundern, wenn sich die Bauern einige Jahrzehnte später gewaltsam gegen ihre Unterdrücker erhoben haben und es im Jahre 1525 zum Bauernkrieg gekommen ist.

Wach auf, es nahet gen den Tag!
Ich hör singen im grünen Hag
ein wonnigliche Nachtigall.
Ihr Stimm durchdringet Berg und Tal.
Die Nacht neigt sich gen Occident
Der Tag geht auf vom Orient,
die rotbrünstige Morgenröt
Her durch die trüben Wolkem geht,
Daraus die lichte Sonn tut blicken.

Nun, dass ihr klarer möcht verstan,
Wer die lieblich Nachtigall sei,
die uns den lichten Tag ausschrei:
Ist Doktor Martinus Luther,
Zu Wittenberg Augustiner,
Der uns aufwecket von der Nacht,
Darein der Mondschein uns gebracht.

Hans Sachs (1494–1576)

So sang der Nürnberger Schumacher und Poet, als er den Gesang der Wittenberger Nachtigall vernahm. Doch die Annahme und Übernahme neuer Gedanken und Lieder setzt einen gewissen Bildungsstand voraus.

Der Anfang der Reformation in Lippe: Lemgo wird evangelisch

Das war im Zeitalter der Reformation so, das ist heute nicht anders. Darum ist es verständlich, daß die Gedanken des Wittenberger Mönches zuerst in den Städten Eingang fanden. Hier herrschte ein höherer Bildungsstand und ein freiheitlicherer Geist als unter der größtenteils leibeigenen und hörigen Landbevölkerung. Man sagte: „Stadtluft macht frei." Wenn es auch in der Grafschaft Lippe mehrere Orte gab, die sich städtischer Rechte und Freiheiten erfreuen konnten, so gab es doch nur einen, der auf Grund

seiner Größe und seiner Bevölkerungszahl, seiner Verkehrslage und der dadurch bedingten wirtschaftlichen und politischen Bedeutung sowie der Bildung seiner Bürger den Namen einer Stadt verdiente: Lemgo. Als päpstliche Kommissare im Jahre 1231 eine Neueinteilung der Diözese Paderborn vornahmen, hatten sie Lemgo zum Sitz des Archidiakons oder Sendpropstes bestimmt. Dem neugebildeten Archidiakonat waren auch Gemeinden aus den früheren Archidiakonaten Herford und Schildesche zugeteilt worden. Das dürfte die Entwicklung der erst wenige Jahrzehnte zuvor gegründeten Stadt Lemgo beschleunigt und gefördert haben. Daß Lemgo schon gegen Ende des 13. Jahrhunderts dem Städtebund der Hanse angehörte, bestätigt, daß seine Bewohner nicht nur Ackerbürger, sondern auch Kaufleute waren. Die Zugehörigkeit zur Hanse diente zwar in erster Linie dem Austausch von Waren. Aber sie öffnete zugleich die Stadttore für neue Gedanken, die in der Bürgerschaft einen weltoffeneren und freieren Geist aufkommen ließen, als das in der übrigen Grafschaft der Fall war. Zudem gab es in der Stadt schon eine im 14. Jahrhundert vom Rat gegründete Lateinschule, die einzige Schule in der Grafschaft. Sie ermöglichte, wenn auch nicht allen Bewohnern, so doch den Söhnen der städtischen Honoratioren eine ihrer Zeit angemessene Bildung. Die in vielen Universitätsmatrikeln auftauchenden Namen Lemgoer Bürgersöhne lassen darauf schließen, daß die heimatliche Lateinschule ihnen die Voraussetzungen für ein Universitätsstudium vermittelt hatte. Auch die große Zahl der in den Stadtmauern lebenden Kleriker und Ordenspersonen dürfte sich günstig auf die Bildung der Bürgerschaft ausgewirkt haben.

All das hatte dazu beigetragen, daß sich die Stadt ein weit größeres Maß an Unabhängigkeit von der landesherrlichen Herrschaft hatte erwerben und erhalten können, als das bei den übrigen kleinen Städten der Fall war. So ist es nicht verwunderlich, daß „Die Wittenbergisch Nachtigall, die man jetzt höret überall", zuerst in Lemgo vernommen wurde. Im Unterschied zu dem 1471 geborenen Landesherrn, Simon V. – er regierte von 1511 bis 1536 und blieb bis zu seinem Tode ein treuer Sohn der katholischen Kirche –, gab es in der Lemgoer Bürgerschaft schon früh geistig aufgeschlossene Persönlichkeiten, die der damaligen Kirche kritisch gegenüberstanden und offene Ohren hatten für die von Wittenberg kommende neue Lehre.

Graf Simon war von den Blomberger Mönchen im alten Glauben erzogen worden. Er blieb auch in den Jahren, als sich die Botschaft von der Freiheit eines Christenmenschen in seiner Grafschaft, besonders aber in der Stadt Lemgo ausbreitete, ein gehorsamer Schüler seiner Blomberger Lehrer. Noch auf seinem Sterbelager mahnte er die Landstände, am alten Glauben festzuhalten und dafür Sorge zu tragen, daß seine noch unmündigen Kinder im katholischen Glauben erzogen würden.

Schon bald nach Luthers Thesenanschlag im Jahre 1517 wurden die ketzerischen Gedanken des Augustinermönchs in Lemgo bekannt. Hamelmann, der zeitgenössische Chronist der lippischen Reformation, berichtet, daß der „Venerandus senex Engelbertus Preinius" (der verehrungswürdige Greis Engelbert Preine) zu den ersten Lesern der Thesen gehört habe. („Der verehrungswürdige Preine" war jedoch kein „Greis" im heutigen Verständnis dieses Wortes. Es sei nur vermerkt, daß der große Königsberger Philosoph Immanuel Kant an seinem 50. Geburtstag als „venerandus senex" angeredet wurde!) Preinius war Stadtsekretär in Lemgo und gehörte als solcher zu der Schicht der „Gebildeten". Er überzeugte auch seinen Sohn Hermann, der Priester und schon in jungen Jahren Inhaber mehrerer Pfründen war, von der Wahrheit der Lutherschen Lehre. Bald wurden noch andere Bürger, wie der Konrektor der Lateinschule, Heinrich von Hameln, Nivelinus Möllenbeck, gleichfalls Konrektor, der Priester an St. Nikolai Henrich Tönjesing sowie der Kaplan Wessel, aber auch der Bürger Johannes Dreyer und andere von der reformatorischen Bewegung erfaßt. Schon diese wenigen Namen lassen erkennen, daß die langersehnte Reformation der Kirche an Haupt und Gliedern, um die sich seit mehr als 100 Jahren Konzile und Theologen, weltliche und geistliche Herren bemüht hatten, und die nun von einem bis dahin unbekannten Mönch in die Wege geleitet worden war, ihre ersten Anhänger unter den Gebildeten gefunden hat.

Wie in Wittenberg, so war auch in Lemgo der Ablaßhandel, d. h. der Nachlaß zeitlicher Sündenstrafen gegen Geld, das auslösende Moment für die nun einsetzenden theologischen und politischen Auseinan-

dersetzungen. Papst Julius II. hatte 1506 einen Jubiläumsablaß ausgeschrieben. Sein Erlös sollte dem Neubau der Peterskirche in Rom dienen. Papst Leo X. erneuerte 1514 die Ausschreibung des Ablasses. Die Kirche hatte den Mainzer Erzbischof Albrecht von Hohenzollern mit dem Vertrieb der Ablaßbriefe betraut. Überall im Lande erschienen nun die Ablaßkrämer, um ihre Ware an den Mann zu bringen. Als sie in Wittenberg auftauchten, publizierte Luther seine Thesen. Auch Lemgo blieb nicht vom Ablaßgeschäft verschont. Als der Bürgermeister Hermann von Wipper, der vermutlich keinen Gefallen daran hatte, daß das Geld der Bürger nach Mainz und nach Rom floß, seinen Stadtsekretär Preine fragte, wie er sich verhalten solle, antwortete dieser: „Mund und Säcklein zugetan. Was will man doch in die Kasten legen, dazu wir keinen Schlüssel haben." Einige Jahre später predigte auch Henrich Tönjesing, ein einfacher ungelehrter Priester gegen den Ablaß. Als um 1522 ein Lemgoer Franziskaner, Franz von Essen, von der Kanzel verkündigte: „Christus ist das Haupt der Kirche, ebenso Petrus und der Papst als Stellvertreter Christi und Nachfolger des Petrus", unterbrach ihn Preine und rief: „Wenn Christus, Petrus und der Papst das Haupt sind, ist die Kirche ein dreiköpfiges Monstrum." Nachdem er das gesagt hatte, verließ er den Gottesdienst. Um 1524 setzte sich der Rektor Nevelinus Möllenbeck sehr für die Verbreitung der Schriften des Doktor Luther ein. Als sich jedoch um 1528 der Kaplan Wessel gegen die Verehrung der Heiligen wandte, wurde er alsbald vom Rat entlassen.

Da Lemgo Archidiakonatssitz war, gab es hier eine zahlenmäßig große Gruppe von Klerikern und Religiösen. Etwa 200 Personen oder 5% der städtischen Bevölkerung standen in enger Verbindung zu der Kirche. Dieser Personenkreis war naturgemäß am stärksten von den theologischen Auseinandersetzungen berührt. Für Angehörige dieser Gruppe hatte das Für oder Wider unter Umständen existentielle Folgen. Aber die Auseinandersetzungen blieben nicht auf den Kreis der Gebildeten beschränkt. Wenn wir uns daran erinnern, daß die meisten Bürger einer der zahlreichen Bruderschaften angehörten, kann es nicht erstaunen, daß die neuen Gedanken nicht auf den Kreis der „Fachleute" beschränkt blieben, sondern im Lauf der Zeit auch bei einem großen Teil der Bürgerschaft Anklang fanden. Die entscheidenden Anstöße empfing die Reformation in Lemgo von Herford, vornehmlich aus dem dortigen Augustinerkonvent. Die Herforder Augustiner-Eremiten und die Franziskaner haben im ostwestfälisch-lippischen Raum entscheidend zur Ausbreitung der Reformation beigetragen. Beide Konvente besaßen in Lemgo Ländereien. Darum kamen sie zu bestimmten Terminen nach Lemgo, um ihre Abgaben zu holen. Zudem war das in Lippe gelegene Augustinerkloster Ullenhausen, wenn es auch in dieser Zeit keine große Bedeutung mehr hatte, mit dem Herforder Augustinerkloster verbunden. Da auch Luther dem Augustinerorden angehörte, wurden seine Gedanken zuerst und vor allem in den Konventen dieses Ordens diskutiert.

Dem Herforder Augustinerkonvent gehörten mehrere Mitglieder Lemgoer und anderer lippischer Familien an. Einer von ihnen war Johann Dreyer. Er war um 1500 als Sohn des Lemgoer Ratsherrn Bernhard Dreyer geboren. Sein Onkel Hermann Dreyer war Ordensprovinzial in Herford. Dieser mag den Neffen veranlaßt haben, dem Herforder Konvent beizutreten. Ein anderer Lipper, der gleichfalls dem Augustinerkonvent in Herford angehörte, war der Prior Gottschalk Krop aus Bega. Auf Geheiß seines Ordens hatte er 1521/22 mit seinem Lippstädter Ordensbruder Joann Westermann, der später der Reformator Lippstadts wurde, in Wittenberg bei Luther studiert. Krop muß in enger Verbindung zu Luther gestanden haben, wird er doch ein „amicus singularis Litheri", ein besonderer Freund Luthers genannt. Luther selber hat ihm und Westermann nach der Promotion das übliche Doktormahl ausgerichtet. Es versteht sich, daß beide als überzeugte Anhänger des Reformators zurückkehrten. Auch ihr Ordensbruder Johann Dreyer, der sich schon frühzeitig den Gedanken Luthers erschlossen hatte, studierte von 1530–1532 in Wittenberg.

Dreyer hatte schon seit Mitte der zwanziger Jahre unter großem Zulauf das Evangelium in Herford verkündigt. Seit 1525 machte sich allsonntäglich eine Gruppe Lemgoer Bürger auf den Weg nach Herford, um an den dortigen evangelischen Gottesdiensten teilzunehmen, die von einem Sohn ihrer Stadt gehalten wurden. Das blieb in Lemgo nicht verborgen, zumal die Zahl der Besucher zunahm. Außerdem fan-

Landesbibliothek Detmold

den Luthers Schriften in Lemgo, je länger je mehr Zustimmung, vornehmlich das von ihm in die Sprache des Volkes übersetzte Neue Testament. Insbesondere aber waren es Luthers Lieder, die zur Verbreitung seiner Lehre in der Bürgerschaft beigetragen haben. Bald vernahm man in den Lemgoer Kirchen deutsche Gesänge, die vor und nach der Predigt von evangelisch gesinnten Bürgern angestimmt wurden. Hamelmann berichtet, daß sie um so mehr gesungen worden seien, je mehr die altgläubigen Priester dagegen opponiert hätten. Piderit schreibt in seiner Chronik: „Je mehr der Burgemeister zu Lemgaw durch die Diener inquirieren und besonders in den Kirchen Kundschaft anlegen ließ, daß er wissen wollte, welche diejenigen wehren, so die deutschen Psalmen mit den evangelischen Predigern in der offenen und versammelten Gemein singen, besonders die Psalmen: ‚Erhalt uns Herr bei deinem Wort Und stewer des Papsts und Türken Mord, Item' – ‚Ein feste Burg ist unser Gott' und andere christliche Gesänge mehr. Wie nun der Diener nicht anders, als wie sich's verhielt, reden konnte, spricht er: ‚Herr Burgemeister, sie singen alle.' Antwortet der Burgemeister mit großem Zagen und Trawern: ‚Ey, alles verloren', und verließ die Stadt." Das mag sich um 1531 zugetragen haben.

Schon 1526 hatten sich mehrere Bürgerfamilien „über die göttliche Ordnung der heiligen Kirche mit unzeitlichem Fleischessen" hinweggesetzt. Diese demonstrative Mißachtung der Kirchengebote war natürlich ebenso wenig verborgen geblieben, wie das Singen deutscher Kirchenlieder in der lateinischen Messe. Daran wird sichtbar, daß die reformatorischen Gedanken Luthers, die anfangs nur bei wenigen gelehrten Theologen und ein paar Bürgern Anklang gefunden hatten, inzwischen weite Teile der Bürgerschaft erfaßt hatten. Das zeigte sich bald in den innerstädtischen Auseinandersetzungen des Jahres 1527.

Die Winkelsache wird zur Volksbewegung

Um 1526/27 begannen die von der reformatorischen Bewegung entflammten Bürger – Hamelmann nennt sie „inflammati cives" – sich zu organisieren. Sie bildeten einen 24köpfigen Ausschuß, der sie und ihre Anliegen in der Stadt und vor dem Rat vertreten sollte. In dieser Zeit nahmen die Auseinandersetzungen zwischen den Altgläubigen und den evangelisch gesinnten Bürgern zu. Bisher hatte der altgläubige Pastor an St. Nikolai, Moritz Piderit, die Neuerungen hingenommen, ohne selber Stellung zu beziehen (Ista omnia patienter ferebat papisticus pastor ad S. Nicolaus, Hamelmann). Dies alles ertrug der papistische Pastor an St. Nikolai geduldig. Das genügte jedoch den Anhängern Luthers nicht. Gelegentlich hatte schon der Herforder Franziskaner Liborius Rudolphi in St. Nikolai gepredigt. Eines Sonntags kam es im Gottesdienst zu einer harten Konfrontation zwischen Piderit, dem zuständigen Pfarrer an der Kirche, und dem Franziskanermönch Rudolphi. Als Piderit die Kanzel betreten wollte, kam ihm sein Widersacher zuvor und hielt eine evangelische Predigt. Nachdem dieser fertig war, erschien Piderit auf der Kanzel und protestierte gegen den ihm in seiner Kirche angetanen Schimpf. Die Auseinandersetzungen wurden in der Folgezeit zum Teil in der Nikolaikirche ausgetragen. Rudolphi predigte morgens. Seine Widersacher, die Bettelmönche, hielten nachmittags ihre Vorträge. Als die Evangelischen sahen, daß ihre Sache Erfolg hatte und weitere Anhänger fand, verdrängten sie Moritz Piderit, den Hauptpastor und Sendpropst der Kirche, ohne sich mit dem Rat in Verbindung gesetzt zu haben.

Piderit hat in der Lemgoer Reformationsgeschichte eine wichtige Rolle gespielt; zunächst als Gegner, später als Anhänger und Bekenner des Evangeliums. Er entstammte einer Lemgoer Familie. Anfangs war er mit dem Pfarrdienst an St. Johann betraut gewesen. Nach dem Tode seines Vorgängers wurde er als Hauptpastor und Sendpropst an St. Nikolai berufen. Nachdem er hier vor seinen evangelisch gesinnten Widersachern weichen mußte, hatte er für seine Anhänger in der vor den Stadtmauern gelegenen Kirche zu St. Johann Messe gehalten. Doch auch hier war seines Bleibens nicht lange. So zog er weiter nach Lieme und hielt in der dortigen Kapelle Gottesdienst. Offensichtlich aber besaß er auch in der Stadt noch Anhänger. So zog er in das näher gelegene Brake, wohin ihm seine Lemgoer Freunde folgten. Hamelmann schreibt: „Er hatte viele Stadtbewohner, die ihm folgten" (Habuit multos exoppidanis sequentes). Wenn auch nicht auszumachen ist, welche Seite

mehr Anhänger hatte, so muß man doch feststellen, daß es um diese Zeit in der Stadt zwei Parteien gab. Die gewaltsame Vertreibung Piderits war keine Lösung der innerstädtischen und innerkirchlichen Probleme. Christengemeinde und Bürgergemeinde waren in jener Zeit identisch. Nun aber ging ein Riß durch die Bürgerschaft, die die einen von den anderen trennte.

Es ist ein erfreuliches Zeichen, daß sich Rat und Bürgerschaft nicht mit der unter mehr oder weniger starkem Druck zustande gekommenen Vertreibung des altgläubigen Pastors zufrieden gaben. Die Altgläubigen verfügten um diese Zeit noch über den größeren Teil der Ratssitze, während die Bürgerschaft wohl schon in ihrer Mehrheit unter den Anhängern Luthers zu finden war. Letztere forderten Piderit zu einer öffentlichen Disputation auf. Das war ein Weg, der damals häufig beschritten wurde, um zu einer Entscheidung zu kommen. Zugleich wurde damit bekundet, daß sowohl Bürger- wie Christengemeinde an der Entscheidungsfindung beteiligt werden sollten. Was in Lemgo angestrebt wurde, hatte in vielen Städten, aber auch auf territorialer Ebene den Sieg der Reformation herbeigeführt. Es hat im Zeitalter der Reformation ungezählte Religionsgespräche gegeben. Rudolphi, der Sprecher der Lutheranhänger, fand mit seinem Vorschlag die Zustimmung des Rates. Dieser scheint dann zu einer öffentlichen Disputation auf das Rathaus eingeladen zu haben. Sie fand vor dem Rat und der Bürgerschaft statt (voram senatu et civibus, Hamelmann). Da die gesamte Bürgerschaft nicht im Rathaus an der Disputation teilnehmen konnte, steht zu vermuten, daß die evangelische Seite durch ihren 24köpfigen Ausschuß vertreten war. Ihr katholischer Wortführer war durch die in der Mehrheit katholischen Ratsherren vertreten. Die interessierten Bürger werden sich auf dem Marktplatz und in den Nachbarhäusern aufgehalten haben, wo sie von Augen- und Ohrenzeugen über den Verlauf des Gesprächs informiert wurden. Piderit hatte sich zu seiner Unterstützung der Hilfe zweier Paderborner Mönche versichert. In dem Streitgespräch ging es den Kontrahenten vornehmlich um die Bedeutung des Altarsakramentes. Piderit und seine Adjunkten vertraten den Gedanken des Opfers und beriefen sich dabei auf die Kirchenväter. Rudolphi und seine Anhänger betonten demgegenüber den Mahlcharakter des Abendmahles. Sie führten zur Erhärtung ihrer Thesen das Neue Testament an. Die Disputation scheint mit großer Erbitterung geführt worden zu sein, denn Piderit mußte das Rathaus heimlich bei Nacht verlassen („noctu clam ex curia demissus", Hamelmann). Das läßt darauf schließen, daß die Zahl der Evangelischen eher größer als kleiner geworden war. Eine Entscheidung ist an diesem Tage nicht gefallen. Vielleicht hat es der in seiner Mehrheit katholisch gesinnte Rat verhindert.

Ein nachweisbares Ergebnis dieser Disputation bestand darin, daß die oben erwähnten Paderborner Mönche namens Peter Goßmann und Johann Graffelmann, die zur Unterstützung Piderits gesandt worden waren, bald danach auf die evangelische Seite überwechselten. Graffelmann bekundete seinen Übertritt zu den Anhängern Luthers in der Öffentlichkeit dadurch, daß er bei einem Gottesdienst der Kaland-Bruderschaft, wo er den Gesang führen sollte, deutsche Lieder anstimmte. Beide waren von Paderborn an die Marienkirche geschickt worden, um die weitere Ausbreitung der neuen Lehren zu verhindern. Nach dem Konfessionswechsel verließ Graffelmann den geistlichen Stand. Er wurde Kaufmann. Goßmann übernahm von 1527–1533 die Pfarrstelle an St. Marien. Damit waren die beiden Hauptkirchen der Stadt mit evangelischen Prädikanten besetzt. Katholischer Gottesdienst wurde noch in der vor den Toren der Stadt gelegenen ehemaligen Go- und Taufkirche St. Johann gehalten. Vermutlich hatte der katholischgesinnte Landesherr vor der Stadt mehr Einfluß als innerhalb ihrer Mauern. Doch die unbotmäßigen Bürger vertrieben die Abgesandten ihres Landesherrn. Simon vermerkte diese Aggressionen seiner Lemgoer Untertanen sehr ungnädig. Um 1531/32 – der zeitliche Ablauf der Ereignisse ist nicht immer festzustellen – ließ er die Kirche kurzerhand schließen.

Aufs Ganze gesehen bot die Lemgoer Reformation ein Spiegelbild der Ereignisse im Reich. 1530 sollten auf dem Reichstag in Augsburg die Religionsfragen gelöst werden. Die Evangelischen hatten ihre Lehre in dem Augsburger Bekenntnis niedergelegt und es vor Kaiser und Reich vertreten. Das Ergebnis der langen Verhandlungen war jedoch unbefriedigend. Die Evangelischen verharrten bei ihrem Glauben. Der katholische Kaiser Karl V. drohte zwar, war aber außer-

stande, den Drohungen Taten folgen zu lassen. Ähnlich war es in Lippe. Der katholische Landesherr versuchte, die unbotmäßigen Lemgoer zur Räson zu bringen, verfügte aber nicht über die Machtmittel, um seine Pläne durchsetzen zu können.

Die Spannungen zwischen dem altgläubigen Landesherrn und dem lutherisch gesinnten Teil der Bürgerschaft waren seit 1530 zusehends gewachsen. Im Januar 1531 lud Simon die Lemgoer zu einem bei der Gertraudenkapelle abgehaltenen Landtag ein. Simon drohte der Stadt mit einer Blockade, wie sie früher über Lippstadt verhängt worden war. Doch dazu kam es nicht. Simon bezichtigte die Bürger, sie seien aufrührerische Bauern, die keine Obrigkeit über sich dulden wollten. Wiederholt kam es auch zu Ausschreitungen in der Stadt und zu Übergriffen in landesherrliche Rechte, die mit den anfänglichen religiösen Auseinandersetzungen kaum noch etwas zu tun hatten. Doch die Luthersche Botschaft von der Rechtfertigung durch den Glauben und der Freiheit des Christenmenschen hatte auch eine innerweltliche Komponente. War sie im Reich eines der auslösenden Momente für den Bauernkrieg gewesen, so bewirkte sie in Lemgo soziale Auseinandersetzungen. Daß die Reformation hier wie auch anderswo bald zu einer Bürger- und Volksbewegung geworden war, hing zu einem nicht geringen Teil damit zusammen, daß die Mehrheit der Lemgoer Bevölkerung von der Regierung der Stadt ausgeschlossen war. Diese lag in den Händen der aus den Patrizierfamilien stammenden Ratsherren. Ihre Zahl war begrenzt. Es gab bestimmte Familien, die den Rat der Stadt stellten. Auch die Lehre von dem allgemeinen Priestertum aller Gläubigen, wenn sie auch in der Folgezeit wenig zum Tragen gekommen ist, blieb nicht auf den kirchlichen Bereich beschränkt.

Die ersten Anhänger Luthers in Lemgo gehörten, wie schon früher berichtet worden ist, zu der geistig führenden Schicht. In der Folgezeit aber hatte die reformatorische Bewegung je länger je mehr Zustimmung in den Mittel- und Unterschichten der Bevölkerung gefunden. Es waren vor allem Mitglieder des Handwerker- und Gesellenstandes, der Kleinkrämer und Kleinbauern und anderer Unterprivilegierter, die sich zu der neuen Lehre bekannten. So ist es nicht verwunderlich, daß mit der Erneuerung der Kirche auch eine Veränderung der sozialen Verhältnisse erstrebt wurde. Angehörige dieser Bevölkerungsgruppen hatten besonders unter den Folgen der Mißernte des Jahres 1529 zu leiden; zudem waren sie durch die Beeinträchtigung städtischer Allmenderechte am schwersten betroffen. Die Honoratioren hatten vorgesorgt, indem sie sich in der Feldmark private Nutzungsrechte gesichert hatten. Die Verknappung der landwirtschaftlichen Produkte hatte naturgemäß eine nicht unbeträchtliche Verteuerung der Lebensverhältnisse zur Folge. Der Bürgermeister Konrad Flörken, der einer alten Ratsfamilie entstammte und ebenfalls an der privaten Nutzung städtischen Bodens beteiligt war, plädierte für die Erhaltung der hierarchischen Ordnung der katholischen Kirche. Er befürchtete, die Reformation bewirke Unordnung und werde einen allgemeinen Umsturz der bestehenden Ordnung im Gefolge haben. Ihm ging es offensichtlich nicht nur um die Erhaltung des alten Glaubens, sondern ebenso um die Wahrung seiner Vorrechte. Von daher gesehen ist es verständlich, daß der Rat die Anhänger der reformatorischen Bewegung, die zugleich eine innerstädtische politische Opposition bildeten, als stadtfremde Krämer, Handwerksgesellen und „arme luide" bezeichnete. Er schreibt an den Landesherrn, daß diejenigen die Ostern „mytt duetsschen geßengen" gefeiert hätten „ytwelcke unachtsam Borger, frombdelichte Kremer unde hantwerckes gezellen mytt ßumegen unßer Borger kyndern sick an duetsschen to singende tom deile hebben mercken laten". Auch seien diejenigen noch nicht gefaßt, „welcke vormals Belde uppt marcktt schollen hebben gedraggen". Dem Rat ging es offensichtlich darum, die Verantwortung für die Unruhen und die Mißachtung landesherrlicher Verordnungen auf außerstädtische und unterbürgerliche Schichten abzuwälzen. Demgegenüber überliefert Hamelmann, daß die Mitglieder des 24köpfigen Ausschusses „ex praecipuis cives" aus dem Kreis der angesehenen Bürger gewählt worden seien. Dieser Bürgerausschuß vertrat vermutlich nicht nur die kirchlich-religiösen Interessen der lutherischen oppositionellen Bürgerschaft. Er dürfte auch in einer gewissen Konkurrenz zu dem Stadtrat gestanden haben.

Ihren Höhepunkt erreichte die innerstädtische religiös-politische Bewegung in den Unruhen des Jahres 1531 und 1532. Um eine Einmischung außerstädti-

scher Machthaber zu verhindern, ließ die lutherische Opposition die Stadttore schließen. Sodann verlangte sie vom Rat die Bekanntgabe der mit dem Landesherrn getroffenen Abmachungen, um festzustellen, ob dadurch ihre bürgerlichen Rechte geschmälert würden.

Nach diesem kurzen unvollständigen Ausblick auf die innerstädtischen sozialen Spannungen wenden wir uns wieder den kirchlichen Auseinandersetzungen zu. Offensichtlich hatten die Ergebnisse der Landtagsverhandlungen vom Januar 1531 die Bürger nicht befriedigt. In einem Schreiben vom 30. Juni 1531 vermahnt Landgraf Philipp von Hessen, ein Anhänger Luthers und der Protektor der Lutherischen in Lippe, zusammen mit dem Grafen von Mansfeld, die Lemgoer, den Landtagsabschied zu beachten und sich mit dem Grafen zu verständigen. Am 14. Juli 1531 versammelten sich die Landstände erneut, um in Anwesenheit des Grafen und in Gegenwart des Landgrafen von Hessen und des Paderborner Bischofs nochmals über die Lemgoer „Irrungen" zu beraten. Die „rebellischen" Lemgoer wurden aufgefordert, den von ihnen berufenen 24köpfigen Ausschuß zu entlassen und dem Rat gehorsam zu sein. Den im Frühjahr aus der Stadt geflüchteten Bürgermeistern sowie anderen geistlichen und weltlichen Personen sollte die Rückkehr gestattet werden. Auch sollten diese nicht an Leib und Leben beschwert werden. Hinsichtlich Wasser und Weide sollte es bei den alten Rechten bleiben und kein Bürger in seiner Hudegerechtigkeit eingeschränkt werden. Die zerstörten Häuser sollten wieder hergerichtet und ihre Besitzer entschädigt werden. Wegen des Holzes in der Lemgoer Mark sollten die Bürger ihre Briefe vorlegen. In den gräflichen Gewässern sollten sie sich des Fischens enthalten. Schließlich wurde ihnen wegen ihres Frevels und Ungehorsams eine Strafe von 1000 Gulden auferlegt, die jedoch nicht aus dem „Geheimen Kasten", d. h. aus der Stadtkasse bezahlt, sondern auf die Feuerstätten umgelegt werden sollten. Endlich wurde der Rat beauftragt, darauf zu achten, daß die Lemgoer, d. h. die Lutherschen, in Zukunft keine unziemlichen Versammlungen mehr hielten. In einer Aufzeichnung eines zeitgenössischen Mönches aus dem Augustinerchorherrenkloster Böddeken heißt es: „...Und dat prinzzevaille dat was, dat se ouk angenomen hadden den nyen luterssen Handel, also dat se tho dage quamen unde worden besproken erloiß truweloiß unde meyneidisch unde solden alle ere preveeye overgeven unde solden up dat nye schweren etc myt vellen anderen ponten tho lanck tho schriwen ..." (Das Prinzipielle war, daß sie [die Lemgoer] den neuen Lutherschen Handel angenommen hatten und daß sie zusammenkamen und besprochen [überredet] wurden, ehrlos, treulos, meineidig zu werden, ihre Privilegien preiszugeben und auf das Neue zu schwören usw. und vieles andere, das zu lang ist, um es zu schreiben.)

Wenn die Lemgoer mit dem Landtagsabschied vom Januar nicht zufrieden gewesen waren, so konnten sie sich schon gar nicht mit diesem Rezeß abfinden. Simon beschied sie darum aufs neue auf den 29. August 1531 unter die Eichen bei Brake, um mit ihnen zu verhandeln. Die Lemgoer hatten ihre beiden Prädikanten, Gosmann von St. Marien und Gläseke von St. Nikolai, zu ihren Sprechern beauftragt. Außer dem Landesherrn nahm auch Bischof Erich von Paderborn an der Verhandlung teil. Den Lemgoern war freies Geleit zugesichert worden. Außerdem waren sie aufgefordert worden, ihren Glauben frei darzulegen.

Doch alle Verhandlungen und Abmachungen, mit denen die Landtage endeten, vermochten nicht in der Stadt Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Die Unruhen nahmen zu. 1532 wurde eine Scheune des Franziskanerklosters in Brand gesteckt. Im Kloster der Observanten wurden Fensterscheiben eingeworfen. Den Priestern wurden Schandsteine vor die Tür gehängt. Aus der Nikolaikirche wurden Bilder, Leuchter und anderes fortgenommen. Die Bilder wurden nach Wittenberger Vorbild auf dem Marktplatz verbrannt. Ende des Jahres fielen die Lemgoer mit bewaffneter Hand in das Amt Brake ein; sie führten aus Hillentrup, das in einer gewissen Abhängigkeit von Lemgo stand, etliche Bauern hinweg. Dabei ging es den Bürgern um Fragen ihrer Hudegerechtigkeit. Simon beschwerte sich bei seinem Lehnsherrn Philipp von Hessen ob des Ungehorsams seiner Lemgoer Untertanen. Dieser versuchte die aufgeregten Gemüter zu beruhigen, zwischen ihnen und ihrem Landesherrn zu vermitteln und sie zu gebührlichem Gehorsam anzuhalten. Wären Simon durch die Blockade Lippstadts nicht die Hände gebunden gewesen, wäre er wahrscheinlich mit Waffengewalt

vorgegangen, um die Stadt zum Gehorsam zu bringen. In Paderborn hatte er sich schon erkundigt, welche Hilfe zu Pferd und zu Fuß er von dort zu erwarten habe. Den Schaumburger Grafen Adolf bat er um Pulver für seine Gewehre.

In dieser Lage wandten sich die bedrängten Lemgoer erneut um Vermittlung an den Landgrafen in Kassel. Diesem gelang es, den erzürnten Landesherrn Simon zu beschwichtigen.

Während der Verhandlungen, die der in seiner Mehrheit noch katholisch gesinnte Rat mit dem gleichfalls katholischen Landesherrn führte, insbesondere nach der Rückkehr des katholischen Bürgermeisters Konrad Flörken, fürchteten die Evangelischen um den Bestand des bisher Erreichten. Es ist daher nicht verwunderlich, daß die lutherisch gesinnten Bürger den Maßnahmen des Rates kritisch gegenüberstanden und von ihren Prädikanten zur Wachsamkeit aufgerufen wurden. Wenn die Bürgerschaft dem Rat auch Gehorsam schulde, so verkündigte einer ihrer Prädikanten auf der Kanzel, so „sy war, dat solkes geschen mote in nütticheit des gemeynen besten" (so sei es wahr, daß solches zum gemeinen Nutzen geschehen müsse). Das sei jedoch bei den Verhandlungen zwischen Rat und Landesherrn nicht beachtet worden. Die Abmachungen verpflichteten die Bürger, das Wort Gottes zu verleugnen. „Derhalven sy syn raet, dat men de oversten ob dat market bryngen und houbе on dat hovet aff." (Darum sei sein [des Predigers, vermutlich Peter Goßmanns] Rat, daß man die Obersten auf den Markt bringe und haue ihnen das Haupt ab.)

Dazu ist es nicht gekommen. Doch hatten die Unruhen in der Bürgerschaft den altgläubigen Rat zu der Einsicht geführt, daß er nicht gegen die Mehrheit der Bürgerschaft regieren könne. Als im Frühjahr 1532 Ratswahlen anstanden, wurden Ludolph Meyer und Ernst von der Wipper zu Bürgermeistern gewählt. Beide gehörten der lutherschen Partei an. Damit war die Führung der Stadt endgültig von der katholischen Seite an die evangelische Mehrheit übergegangen.

Nun konnten die Evangelischen auch darauf dringen, die in ihren zwölf Artikeln zusammengefaßten Forderungen zu verwirklichen. Darin hieß es unter anderem, der Rat solle die schon zugestandene ungehinderte Wortverkündigung der Prädikanten gewährleisten, Messe und katholische Zeremonien nicht nur in den Kirchen, sondern auch in den noch bestehenden Klöstern untersagen, insbesondere Sorge zu tragen, daß bei Strafe von fünf Gulden „in sunerheit neyn Borger offt Borgersche" zur katholischen Messe nach St. Johann oder anderswohin auslaufe. Schließlich verlangte die Bürgerschaft, einen Ausschuß von 36 Personen zu bestimmen, dessen Aufgabe darin bestehen solle, die Erneuerung der Kirchen fortzusetzen.

Als der erste evangelische Prädikant an St. Nikolai, Liborius Rudolphi, 1531 starb, wählten Rat und Bürgerschaft auf Vorschlag des Prädikanten Johann Gläseker Moritz Piderit, den ehemaligen katholischen Priester, an diese Kirche zu Gläsekers Nachfolger. Piderit, der Lemgo unter dem Druck der Ereignisse verlassen und sich in Herford aufgehalten hatte, war dort durch Johann Dreyer für den evangelischen Glauben gewonnen worden. Gläseker, ein Sohn der Stadt Lemgo, war Vikar an St. Ansgari in Bremen. Er hatte Liborius Rudolphi während dessen Krankheit vertreten. Bevor er Lemgo verließ und nach Bremen zurückkehrte, führte er seinen Nachfolger Moritz Piderit erneut als Pfarrer an St. Nikolai ein. Dieses Mal als evangelischen Prädikanten. Damit war das durch Piderits Vertreibung verletzte Recht wiederhergestellt. In ähnlicher Weise wurde 1533 die erste evangelische Pfarrbesetzung an St. Marien vorgenommen. Piderit wurde fortan einer der Wortführer der Reformation in Lemgo. Als 16 Jahre später auch Lemgo das Interim (= einstweilen, d. i. die 1548 erfolgte vorläufige Beilegung der kirchlichen Fragen durch das „Augsburger Interim") annehmen mußte, legte er 1548 sein Amt nieder. Er erklärte, lieber Hab und Gut verlieren zu wollen, als die evangelische Wahrheit zu verleugnen.

Nachdem zu Beginn des Jahres 1532 die zwei evangelischen Bürgermeister mit der Führung der Ratsgeschäfte betraut worden waren, konnte man darangehen, das städtische Kirchenwesen neu zu ordnen. Das wurde nun vom Rat und der Bürgerschaft in Angriff genommen. Wenn auch noch einige Bürger katholisch waren und sich katholische Geistliche in der Stadt aufhielten, so bekannte sich doch die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung zum evangelischen Glauben.

Lemgo war in kaum 10 Jahren zu einer evangelischen

Stadt geworden. Das fand seinen sichtbaren Ausdruck in der Einführung einer evangelischen Kirchenordnung. Dazu beriet man sich mit anderen Städten, in denen das kirchliche Leben bereits nach evangelischen Grundsätzen geordnet worden war. Piderit hatte schon vor seiner Einführung als evangelischer Pfarrer den Wunsch geäußert, mit einem der Ratsherren eine Stadt aufzusuchen, wo schon eine evangelische Kirchenordnung in Geltung stand. Außerdem wollte er die Gelegenheit nutzen, um sich mit gelehrten Männern zu besprechen, wie man die Lemgoer Kirchen neu ordnen könne. Die Reise wurde wegen der Kosten auf das Jahr 1533 verschoben. Jetzt reiste er in Begleitung des Ratsherrn Johann Deiterding nach Braunschweig und ließ sich dort über die Neuordnung des kirchlichen Lebens informieren. Nachdem er auf Anraten der Braunschweiger Freunde geheiratet und auch dadurch seine Abkehr von seinem einstigen Priesteramt bekundet hatte, kehrte er nach Lemgo zurück. Er brachte ein Exemplar der Braunschweigischen Kirchenordnung mit. Diese wurde alsbald von dem Rat und der Bürgerschaft übernommen.

Verfaßt ist sie von Johann Bugenhagen, einem Freund und Mitarbeiter Luthers, Pfarrer in Wittenberg und Organisator des evangelischen Kirchenwesens. Er war von Mai bis Oktober 1528 in Braunschweig gewesen und hatte in Zusammenarbeit mit dem Rat und den Pfarrern die im selben Jahre publizierte Kirchenordnung für die Stadt Braunschweig erstellt. Sie ist in der zu dieser Zeit in Niederdeutschland noch allgemein gebräuchlichen plattdeutschen Sprache verfaßt. Wenn schon 1531 eine hochdeutsche Ausgabe erschien, wird daran deutlich, wie schnell sich die von Luther in seiner Bibelübersetzung gebrauchte hochdeutsche Sprachform durchgesetzt hat. 1563 erschien nochmals eine vom Rat der Stadt Braunschweig in Auftrag gegebene Neufassung des hochdeutschen Textes von 1531. Dieser wurde dem corpus doctrinae, den Lehr- und Bekenntnisschriften eingefügt und damit gültiges Stadtrecht. Überschrieben ist sie: „Der Erbarn Stat Brunswyk christliche ordeninge to denste dem hilgen evangelio, christliker leve, tucht, frede unde eynicheyt. ok darunder vele christlike lere vor de borgere" (Der ehrbaren Stadt Braunschweig christliche Ordnung zum Dienst des heiligen Evangeliums, christlichen Lebens, Zucht, Friedens und Einigkeit. Darunter ist viel christliche Lehre für die Bürger). Die Kirchenordnung, so geht schon aus der Überschrift hervor, ist zugleich eine Lebensordnung für die Bürger. Sie beginnt: „Vor alle sint dre dink alse nödich angesen. Dat erste: gude scholen uptorichten vor de kindere. dat ander: predikere de Gades wort reyn dem volke vordragen, antonemen, ok latinische lectie unde utlegginge der hilgen scrift vor de delerden to vorschaffen. dat drudde: gemeyne antorichten mit kerkenguderen unde anderen gaven, darut sulke unde andere kerkendenste erholden werden unde der armen nottroft werde geholpen" (Vor allem sind drei Dinge als nötig angesehen: Erstens: Gute Schulen für die Kinder einzurichten, zweitens: Prediter anzunehmen, die Gottes Wort dem Volk lauter und rein vortragen, lateinische Lektioavien [Lesungen] und Auslegung der heiligen Schrift für die Gelehrten zu beschaffen; drittens: Einen Gemeinen Kasten [Armenfürsorge] einzurichten mit Kirchengütern und anderen Gaben, woraus diese und andere Kirchendienste erhalten und der Notdurft der Armen geholfen werde). Alsdann beginnt die Ordnung mit einer ausführlichen Tauflehre, legt dar, daß auf äußere Zeremonie wie Lichter, Fahnen, Taufgewänder, Salbung u. a. verzichtet werden könne. Damit aber die Leute verstehen, was die Taufe bedeutet, wird es in der Ordnung für gut angesehen, „dat me de kinderken nu vortan düdesch döpen schal" (daß man die Kinder fortan deutsch [mit der deutschen Sprache] taufen soll). Daß dann ein Kapitel über die Hebammen, über die Schulen, die Lehrer, ihre Besoldung u. a. folgt, zeigt, daß kirchliches und städtisches Leben in jener Zeit nicht voneinander unterschieden, geschweige denn voneinander getrennt werden konnten.

Wir begnügen uns mit diesen wenigen Hinweisen auf die von Braunschweig nach Lemgo übertragene Ordnung. Sie ist 1538 nicht durch die in der Grafschaft eingeführte lippische Kirchenordnung abgelöst worden, sondern bis 1571 in Lemgo in Kraft gewesen. Mit Einführung der evangelischen Kirchenordnung hatte sich Lemgo der Jurisdiktionsgewalt des Paderborner Bischofs entzogen und sich auch gegenüber dem katholischen Landesherrn behauptet.

Abschließend kann gesagt werden, daß die Reformation in Lemgo eine Bürgerbewegung gewesen ist, die

weder vom Rat der Stadt noch von der gräflichen Regierung gefördert wurde. Andererseits hat die Bürgerschaft immer wieder betont, daß sie sich nicht als eine aufrührerische, die weltliche Ordnung bedrohende Bewegung verstehe. Niemand habe je daran gedacht, „gewalt odder upror tho drievende" (Gewalt oder Aufruhr zu treiben). Bei dem vom Rat der Stadt als unbotmäßig getadeltem Singen habe es sich um „lavesenge tho der Ere des almechtingen Gades, und betterunge unses levendes" gehandelt (um Lobgesänge zur Ehre des Allmächtigen und Besserung unseres Lebens). Da die Obrigkeit nicht dafür gesorgt habe, „dat wy gots worth ... lutter und klare" (daß wir Gottes Wort . . . lauter und klar) haben hören können, dafür habe sich für die Bürgerschaft die Notwendigkeit ergeben, Sorge zu tragen, daß ihr das Evangelium nicht vorenthalten werde, sondern „den kerkspilluden dath wordt Godes (zu) verkündigen" (den Kirchspielsleuten das Wort Gottes zu verkündigen) sei. Eine Einstellung der Reformen komme darum für die Bürger nur in Frage, wenn ihnen nachgewiesen werde, „dat de sulve Ordeninge unchristlik edder ungottlich iß" (daß dieselbe Ordnung unchristlich oder ungöttlich ist). Diesen Nachweis zu erbringen ist den Gegnern der Reformation nicht gelungen, beziehungsweise sie haben es gar nicht erst versucht.

Nachdem Rat und Bürgerschaft der Stadt den Übergang zum evangelischen Glauben vollzogen hatten, bildeten die Prädikanten der Stadt ein Kollegium. Den Vorsitz hatte ein Superintendent oder Kircheninspektor. Dieser war zugleich erster Pfarrer an St. Nikolai. Als erster bekleidete der vom Rat der Stadt Lippstadt nach Lemgo berufene Gerhard Oemiken dieses Amt von 1533 bis 1535. Eine seiner ersten Aufgaben bestand darin, den oben erwähnten Prediger Peter Gosmann seines Amtes zu entheben. Gosmann führte ein unordentliches Leben. Neben seinem Prädikantenamt betrieb er ein Gewerbe als Teufelsaustreiber und Beschwörer. Letzteres brachte ihm offensichtlich mehr ein als sein Pfarramt. Er trieb sich noch längere Zeit in Lippe umher und kehrte schließlich zum katholischen Glauben zurück. Zu seinem Nachfolger wurde Gerhard Cotius berufen. Doch dem ersten Lemgoer Kircheninspektor war keine lange Wirksamkeit beschieden. Er scheint ein eigenwilliger Mann gewesen zu sein. Schon bald kam es zwischen ihm und dem Rat zu Streitigkeiten. Als sich die Gegensätze verschärften, verließ Oemiken Lemgo und ging als Superintendent nach Minden.

Das älteste Lemgoer Gotteshaus, die vor den Toren gelegene Kirche zu St. Johann, war von dem Landesherrn während mehrerer Jahre geschlossen worden, weil die Bürger die von ihm eingesetzten katholischen Priester vertrieben. 1536 baten die Prediger den Rat, den Landesherrn zu ersuchen, die Kirche wieder zu öffnen, „weil die halbe Stadt dazu gehöre". Simon hat dieser Bitte nicht mehr entsprechen können. Er starb noch im selben Jahr. Dem im Jahre 1537 nach St. Johann gesandten Prediger wurde von der vormundschaftlichen Regierung aufgetragen, er solle „den Papst, Mönche und Geistliche nicht mit Scheltworten belegen, sondern die Leute im göttlichen Worte unterweisen". Er blieb nur kurze Zeit und verließ Lemgo noch im selben Jahre. Ihm folgte Johann Hunsche, der sich nur wenige Monate in Lemgo aufhielt. Sein noch im selben Jahr berufener Nachfolger Johann Montanus war in bürgerlichen Angelegenheiten „hilflos wie ein Kind, stach aber auf der Kanzel alle seine Lemgoer Kollegen aus und hatte immer eine volle Kirche" (Hamelmann Butterweck). Mit seinen Kollegen stritt er über die Frage, ob Lichter und Meßgewänder bei der Feier des Abendmahles notwendig seien oder ob man darauf verzichten könne. Montanus, der nicht nur Pfarrer an St. Johann, sondern auch Superintendent war, starb 1542 an der Pest.

Mit Einführung der Braunschweiger Kirchenordnung waren nicht alle sich aus dem lutherschen Verständnis des Evangeliums ergebenden Fragen gelöst. Die theologischen Auseinandersetzungen gingen in Lemgo weiter, zumal es keinen Bischof und keinen Papst mehr gab, der sie hätte autoritativ entscheiden können. Hinzu kam, daß auch die außerstädtischen theologischen Fragen und Probleme sowie die politischen Bestrebungen und Entwicklungen die Stadt nicht unberührt ließen. Die Reformation hatte die Städte nicht gegen die geistigen Auseinandersetzungen der Zeit abgeschottet, sondern die Tore weit geöffnet. So ist es zu verstehen, daß auch der Geist der Wiedertäufer, der in Münster eine vorübergehende Schreckensherrschaft errichtet hatte, nicht an Lemgo vorübergegangen ist. Doch hat er hier kaum Anhänger gefunden.

Lemgo zählt neben Lippstadt zu den ersten Städten Westfalens, die sich für die Lehre Luthers, für die reine und lautere Predigt des Evangeliums entschieden haben. An dieser Entscheidung können auch die späteren Ereignisse nichts mehr ändern.

Das Land folgt der Stadt

Während die Reformation, getragen von einer starken Bürgerbewegung, in Lemgo schon verhältnismäßig früh Eingang gefunden und sich gegen den erklärten Widerstand des Landesherrn durchgesetzt hatte, hielten große Teile der Landbevölkerung noch am alten Glauben und seinen überkommenen Riten fest. Neuerungen fanden bei ihr nur schwer Eingang. Das war so bei Einführung der lutherschen Lehre, und es war nicht anders, als ein paar Menschenalter später die calvinische Ausprägung der Reformation eingeführt wurde. Bei dem Lebensrhythmus der Landbevölkerung, der von Saat und Ernte bestimmt wurde, und ihrem Bildungsstand war das auch kaum anders zu erwarten. Schulen gab es in den Dörfern nicht. Die einzigen, die des Lesens und Schreibens kundig waren, dürften die Priester gewesen sein. Sie aber waren abhängig von Paderborn und von dem Landesherrn. Da sich sowohl der Bischof als auch der Landesherr den Neuerungen widersetzten, ist es verständlich, daß sich die Geistlichen in den Dörfern an die Instruktionen hielten, die sie von Paderborn und Detmold erhielten. So verharrte auch die Landbevölkerung im alten Glauben. Man wallfahrtete weiter zu dem wundertätigen Brunnen im Blomberg und zum heiligen Leichnam in Hillentrup. In den Nöten des Leibes und den Bedrängnissen der Zeit rief man die Patrone der Kirche und die Heiligen um Hilfe und Schutz an.



Graf Simon V. (1511–1536). Simon V. war 1511 im Alter von 40 Jahren seinem Vater Bernhard VII. in der Regierung gefolgt. Während Bernhard VII. noch Blomberg als Residenz benutzt hatte, entwickelte sich unter Simon V. Detmold zur Residenz und Landeshauptstadt. Unter seiner Regierung entbrannten auch in Lippe die konfessionellen Kämpfe. Doch Graf Simon hatte im Jahre 1526 eindeutig erklärt, daß er „der lutherischen Materien kein Anhänger" sein könnte. Noch auf dem Sterbebett sprach der streng katholisch gebliebene und seiner Kirche treu ergebene Simon V. 1536 den Wunsch aus, daß seine Kinder (2 Söhne und 4 Töchter) und das ganze Land dem alten Glauben treu bleiben möchten. Er ernannte die beiden katholischen Grafen Jobst von Hoya und Adolf von Schaumburg zu Vormündern seiner Kinder. Doch die kirchliche Entwicklung nahm einen anderen Verlauf: Graf Simon V. sollte der letzte lippische Landesherr bleiben, der am katholischen Glauben festhielt. – Nach einem Ölgemälde aus dem Schloß in Detmold.

Der Landesherr

Als Luther im Jahre 1517 seine 95 Thesen anschlug, regierte in Lippe Simon V. Im Unterschied zu seinem Vater Bernhard VII., der an vielen Fehden beteiligt gewesen war und darum den Beinamen bellicosus, der Kriegerische, erhalten hatte, war Simon ein friedliebender Mann. Das wurde später an seinem Sarge rühmend hervorgehoben. Ein zeitgenössischer Chronist aus Lippstadt, der Stadt, die Simon mit seinem Verbündeten blockiert und mit Waffengewalt eingenommen hatte, nennt ihn einen „vir multae benevo-

lentiae ac simularis humanitatis", d. h. einen Mann großen Wohlwollens und ebensolcher Menschlichkeit. Spätere Geschlechter haben ihn zu Unrecht als einen intoleranten, katholischen Eiferer bezeichnet. Der damalige lippische Chronist, der Blomberger Pastor Piderit, ein Nachfahr des gleichnamigen Lemgoer Pastors, schreibt, daß Simon zeitlebens unter dem Einfluß der Blomberger Mönche gestanden habe, die ihn erzogen hatten, so daß er „nichts thet oder vornehm, das nicht aus Rat und Beliebung der Mönche herkam. Darum er sich gemeiniglich zu den Mönchen gesellete und gab ihnen groß Geschenk und Gaben." Es muß Simon darum besonders hart getroffen haben, als ein Teil der Mönche sich schon zu seinen Lebzeiten der reformatorischen Bewegung zuwandte und das von seinem Vater und ihm reich beschenkte Kloster sich auflöste. Doch bezeugten ihm die (gewesenen?) Mönche bei seinem Tode: „Quod fuerit illorum promotor et fautor" (er sei ihr Förderer und Gönner gewesen). Simon selber blieb der katholischen Kirche treu. Schon bald nachdem sich die ersten reformatorischen Bestrebungen in seinem Lande zeigten, erklärte er, „daß er der lutherischen Materien kein Anhänger sei".

Der Ausbreitung der Reformation hat er sich nach Kräften widersetzt. Doch reichte seine Macht nicht einmal aus, um die vor den Toren Lemgos gelegene Kirche St. Johann mit Geistlichen seines Glaubens zu besetzen, geschweige denn die Ausbreitung der neuen Lehre innerhalb der Stadtmauern zu verhindern. Wenn er auch plante, die Lemgoer, wie er es in Lippstadt getan hatte, mit Waffengewalt zur Räson zu bringen, so ließ das sein Oberlehnsherr Philipp von Hessen nicht zu.

Simon hatte schwer darunter zu tragen, daß aus seiner ersten um 1489/90 geschlossenen Ehe mit der Gräfin Walburg von Bronkhorst nur ein einziger Sohn hervorgegangen war, der schon 1513 starb. Da er fortan kinderlos blieb, mußte er befürchten, daß die Grafschaft nach seinem Tode zum Streitobjekt verwandter und benachbarter Familien werden würde. Schon zu seinen Lebzeiten gab es hinsichtlich seiner Nachfolge mancherlei Querelen. Da starb – in diesem Falle möchte man sagen, zum Glück für den Grafen und sein Land – seine Gemahlin im Jahre 1522. Es hieß, daß sie ihren Ehemann schon zu ihren Lebzeiten gedrängt habe, um der Erbfolge willen eine zweite Frau zu nehmen. Jetzt, nach ihrem Tode, schien eine zweite Ehe noch schwierigere Probleme aufzuwerfen. Der Graf hatte das 50. Lebensjahr bereits überschritten. Nach der Meinung der Zeit stand er schon im Greisenalter, so daß kaum noch Nachkommen zu erwarten waren. Doch Männer seiner Umgebung vermittelten bald eine zweite Ehe mit der Gräfin Magdalene, einer Tochter des Grafen Gebhard von Mansfeld. Dieser gehörte wie sein Bruder Albrecht zu den Anhängern Luthers. Aus der Ehe gingen wider Erwarten zwei Söhne und sechs Töchter hervor. Damit war die Erbfolge gesichert. Der 1527 geborene Bernhard trat nach dem Tode des Vaters im Jahre 1536 die Nachfolge an. Sein Bruder Hermann Simon gelangte 1558 durch Heirat in den Besitz der Grafschaft Spiegelberg-Pyrmont. Sein einziger Sohn starb mit 21 Jahren. Darum erlosch diese Nebenlinie des lippischen Hauses bereits mit dem Tode Simon Hermanns im Jahre 1583. Diese Eheschließung ist insofern von Bedeutung, als die 1571 eingeführte Kirchenordnung außer in Lippe auch in diesen beiden Grafschaften galt.

Als Simon V. 1536 starb, waren seine Kinder noch unmündig. In einem 1529 entworfenen Testament hatte er lediglich bestimmt, daß er in der Blomberger Klosterkirche mit Vigilien und Seelenmessen beigesetzt zu werden wünschte. Zu Vormündern seiner Kinder hatte er seinen Schwiegervater, den Grafen Gebhard von Mansfeld, sowie seinen Neffen Jobst von Hoya vorgesehen. Beide waren dem evangelischen Glauben zugetan. Der Mansfelder war einer der ersten Förderer und Beschützer Luthers. Luther hat ihn gelegentlich „den alten frommen Herrn" genannt. Auch Simons Neffe, der Graf von Hoya, stand den neuen Lehren nicht ablehnend gegenüber. In seiner Grafschaft wirkten zwei evangelisch gesonnene Männer, Adrian Buxschoten aus Antwerpen und Johann Tiemann aus Amsterdam. Sie sollten einige Jahre später als Autoren der ersten evangelischen Kirchenordnung Lippes bekannt werden.

Daß Simon zwei evangelisch gesonnene Verwandte zu Vormündern seiner Kinder auswählte, bestätigt, daß er kein „papistischer Eiferer" war.

1536 wurde er von einer plötzlich auftretenden Krankheit heimgesucht, die am 17. September seinen Tod herbeiführte. Auf seinem Sterbelager bestimmte er statt seines Mansfelder Schwiegervaters, der ihm

eine größere Summe Geldes schuldete, einen anderen Verwandten, den Grafen Adoph von Schaumburg, zum Mitvormund seiner Kinder. Dieser war zwar katholisch und Koadjutor des Erzbistums Köln. Doch erinnerte der sterbende Graf die anwesenden Räte daran, daß der Landgraf Philipp von Hessen als Lehns- und Schutzherr die entscheidende Stimme in der vormundschaftlichen Regierung haben werde.
Darin hatte sich Simon nicht getäuscht. Es zeigte sich sehr bald, daß der Landgraf nicht gewillt war, auch nur auf eines seiner Rechte zu verzichten. Bald nach dem Tode des Vaters ordnete er an, daß der junge Graf Bernhard an seinem Hofe in Kassel erzogen werde. Obschon man in Detmold andere Pläne gehabt hatte, wagte man nicht, dem Verlangen des mächtigen Landgrafen zu widersprechen. Bernhard kam nach Kassel und wurde dort im evangelischen Glauben unterwiesen.

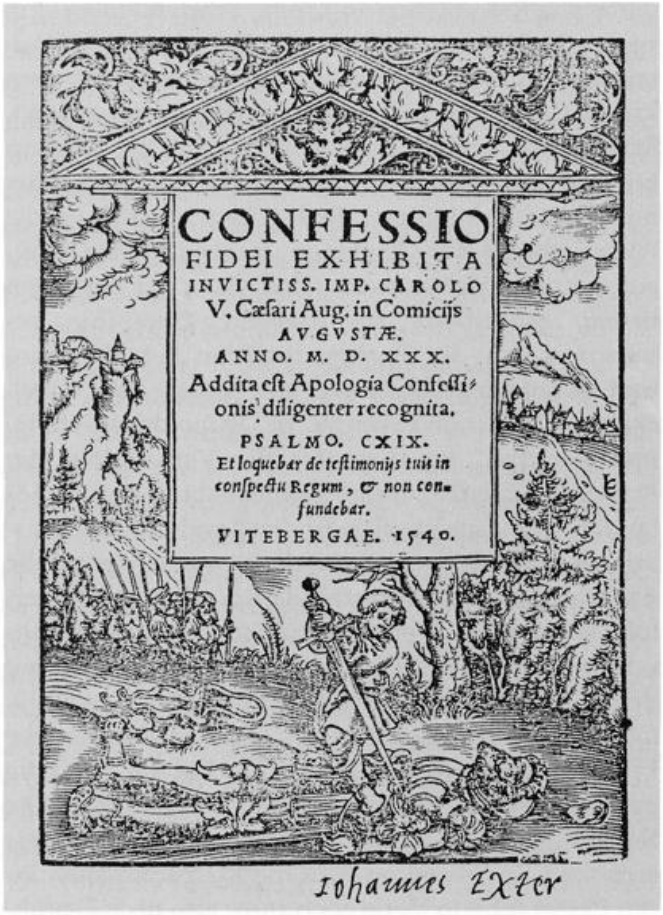
Der Einfluß des Landgrafen Philipp von Hessen auf den Fortgang der Reformation in Lippe

In Philipps Religionspolitik spielten neben den vorherrschenden kirchlich-religiösen Motiven auch machtpolitische Erwägungen eine Rolle. Lippe nahm eine Brückenfunktion zwischen Hessen und den norddeutschen Mitgliedern des 1530 von den evangelischen Reichsständen gegründeten Schmalkaldischen Bundes ein. Da auch der Paderborner Bischof lippischer Lehnsherr war, mußte dem Landgrafen alles daran gelegen sein, seinen Einfluß zu mehren und seine machtpolitische Position zu stabilisieren. Die Machtfrage zwischen den beiden Lehnsherren, die in gegensätzlichen konfessionellen Lagern standen, war nicht entschieden, so lange die Konfessionsfrage in Lippe nicht geklärt war. Darum setzte Philipp nach dem Tode Simons V. alles daran, in der Religionsfrage in Lippe klare Verhältnisse zu schaffen. Schon in Lemgo hatte er mehrfach in die Verhandlungen mit dem Landesherrn zu Gunsten der städtischen evangelischen Bewegung eingegriffen. Er war es auch, der die Stadt vor einem ähnlichen Schicksal bewahrt hatte wie es Lippstadt widerfahren war. Im Februar 1537 schrieb er den Befehlshabern, die in Detmold die vormundschaftliche Regierung ausübten, daß in der Grafschaft viele fromme, christliche, gutherzige Menschen lebten, die begierig darauf warteten, daß das Evangelium und Gottes Wort lauter, rein und klar gepredigt werde.
Ob und wie weit dieses Urteil des Landgrafen der Wirklichkeit entsprach, ist schwer zu sagen. Aus vorhandenen Zeugnissen ist zwar zu entnehmen, daß die Reformation, außer in den schon erwähnten Städten Lemgo und Lippstadt, bereits zu Anfang der dreißiger Jahre auch in Salzuflen und Blomberg Fuß gefaßt hatte. Die schwer bewegliche, am Alten festhaltende Landbevölkerung aber dürfte nur wenig von Luthers Gedanken gehört, geschweige denn verstanden haben. Ihr Denken und Handeln wurde vornehmlich von ihren Pfarrern bestimmt. Darum hing es von diesen ab, ob und wie weit Luthers Gedanken in den Dörfern und den wenigen kleinen Orten mit städtischen Rechten bekannt wurden. Der Bischof in Paderborn besaß das Pfarrstellenbesetzungsrecht. Er konnte die Pfarrer jederzeit abberufen. Darum verhielten diese sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, abwartend, wenn nicht ablehnend. Für sie war ihre Entscheidung eine Existenzfrage. Sie konnten, wenn sie ihrem Landesherrn und dem Bischof den Gehorsam aufkündigten, ihrer Pfründe verlustig gehen und damit ihren Lebensunterhalt verlieren.
Anders war es bei dem Adel. Er war wirtschaftlich unabhängiger, verfügte wohl auch über ein größeres Maß an Bildung. Manche seiner Angehörigen hatten an Universitäten studiert und brachten neue Erkenntnisse und Einsichten mit. So überrascht es nicht, daß sich außer Angehörigen der städtischen Bürgerschaft auch früh unter dem Adel solche fanden, die mit Luther sympathisierten.
Außer in Lemgo fand die Reformation schon früh Zugang in dem Augustinerkloster in Blomberg und in Salzuflen. Schon im Jahre 1527 erklärten einige Blomberger Konventsmitglieder dem Landesherrn, daß sie des Klosterlebens überdrüssig seien. Dieser ließ sie durch seinen Landdrosten Hermann von Mengerßen auffordern, sich binnen einer Frist von 14 Tagen dazu zu äußern. Das ließ bei ihrem Mitbruder Antonius Bodenhausen die gleiche Empfindung wach werden. Da es mit den geistlichen Leuten so wandelbar und seltsam stehe, so schreibt er an den Grafen Simon, gedenke er nicht im Kloster zu bleiben. Wenn auch nicht die Sorge bestehe, daß es mit

dem Kloster schon zu Lebzeiten seiner Gnaden zu Ende gehen werde, so sei doch zu befürchten, daß bei den zeitigen Welt- und Kirchenhändeln das Klosterleben keine Zukunft mehr habe. Aus diesen und anderen „de Conscientie" (das Gewissen) betreffenden Beweggründen bitte er seine Gnaden, sich dafür zu verwenden, daß die Patres des Klosters ihm ein anderthalbjähriges Studium bezahlen möchten.
Ein Jahr später erklärte der Prior Gottfried Preckel, daß auch er das Kloster zu verlassen gedenke. Er bekenne sich zwar nicht zu der Martinischen „Vernygginge" (Erneuerung), wolle auch nicht gestatten, daß eines der Conventsmitglieder sie annehme; wenn aber ein Bruder das Kloster verlassen wolle, solle das nicht geschehen, ohne dem Landesherrn und den Ordensoberen davon Kenntnis zu geben. 1529 scheinen die Konventsmitglieder völlig entzweit gewesen zu sein. „Eine Partie", so heißt es, hielt es mit Martin (Luther), die andere sei gegen ihn. Im selben Jahre ließ Preckel ein Exemplar der Braunschweiger Kirchenordnung kommen, die einige Jahre später in Lemgo eingeführt wurde. Seinem Landesherrn schrieb er treuherzig, das Buch gefalle ihm sehr gut. Seine Gnaden möge um „Gottes Ehre und der Seelen Seligkeit willen" darin zuweilen „Tydtkortinge" (Zeitvertreib) nehmen, auch wenn ihm „verdretlik" (verdrießlich) sei, das ganze Buch zu lesen.
Offensichtlich war Simon mit Preckels Resignation nicht einverstanden. Denn noch 1533 bat dieser Simons Gemahlin, sich dafür zu verwenden, daß er im Kloster nicht wie ein Gefangener gehalten werde. Schon 1532 hatte der Subprior dem Landesherrn mitgeteilt, der größte Teil der Priesterschaft sei ganz unstandhaft geworden und in großer Beschwernis ihrer Conscentien, weil sie dem Worte Gottes zuwider täglich Messe halten sollten, auch habe das Klosterleben keinen Grund und kein Fundament in der heiligen Schrift.
Um 1533 löste sich das Kloster auf. Den vier zurückbleibenden Mönchen wurde untersagt, Novizen anzunehmen. Die Klosterleitung sah sich gezwungen, „teils zur Absteuer der aus dem Kloster weichenden Brüder, teils zum Nutzen des Klosters" dem Landesherrn den Hof in Schieder zu verkaufen. Die abgehenden Mönche wurden, soweit sie dazu geeignet waren, in den Dörfern als Pfarrer und Schuldiener eingesetzt. Die Vorgänge im Kloster blieben nicht ohne Auswirkungen auf die städtische Bevölkerung. In der Klosterkirche, der heutigen reformierten Kirche, wurde schon seit Anfang der dreißiger Jahre in der Messe evangelisch gepredigt. 1550 wurde die Kirche ganz dem evangelischen Pastor übergeben, nachdem dieser schon seit einem Jahrzehnt evangelischen Gottesdienst in ihr gehalten hatte.
Etwa zur gleichen Zeit wie in Blomberg hatte die evangelische Lehre auch in Salzuflen Eingang gefunden. Vermutlich haben die Lemgoer Bürger, die auf ihrem mehrstündigen Kirchweg nach Herford durch Salzuflen kamen, dazu beigetragen, daß auch hier bekannt wurde, was in Herford gepredigt wurde. Salzuflen gehörte in dieser Zeit noch zum Kirchspiel Schötmar. Es besaß nur eine Kapelle. Der Schötmarsche Priester Anton Gießenbier aber wollte nichts von den Neuerungen wissen. So kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen ihm und den Anhängern Luthers in Salzuflen. Im Verlauf dieser Streitereien löste sich Salzuflen von Schötmar und wurde 1531 ein eigenständiges Kirchspiel. Der erste evangelische Prädikant war Johann Grünewald.
Bis zum Tode Simons V. blieben die Auswirkungen von Luthers Lehre im wesentlichen auf die Städte Lemgo, Lippstadt und Salzuflen beschränkt. Detmold und Horn verharrten im alten Glauben. Wenn auch in den Dörfern keine nennenswerte evangelische Bewegung festzustellen ist, so dürfte die Kunde von dem Manne, der Kaiser und Papst trotzte, auch den Bewohnern der Dörfer bekannt geworden sein. Zwar wird von den Amtsmeiern des Amtes Heerse berichtet, daß sie sich noch um 1540 ein Siegel mit dem Bild des heiligen Liborius, des Schutzpatrons der Paderborner Diözese, hatten anfertigen lassen. Offensichtlich wollten sie damit ihrer Verbundenheit mit dem Paderborner Bischofsstuhle Ausdruck geben. Es könnte ihnen dabei aber auch um die Erhaltung und Festigung ihrer Privilegien gegangen sein. Den Amtsmeiern kam unter der Landbevölkerung eine ähnliche Stellung zu, wie sie in Lemgo die alten Ratsfamilien innehatten. Auch diese hatten aus sozialpolitischen Überlegungen am alten Glauben festgehalten. Daß die Reformation nicht nur religiöskirchliche Veränderungen bewirkt, sondern auch sozialpolitische Auswirkungen gehabt hat, ist nicht zu leugnen. Es braucht nur an den Bauernkrieg von 1525 erinnert zu werden.

Im Laufe der Zeit war auch ohne Zeitung bekannt geworden, daß der ehemalige Wittenberger Augustinermönch allerlei Veränderungen in der Kirche und im Reich bewirkt hatte. Was in Lemgo geschah, trug sich nicht im Verborgenen zu. Gelegentlich dürften auch die Dörfler nach Lemgo gekommen sein, um dort ihre Geschäfte zu erledigen und Freunde und Verwandte zu besuchen. Mancher mag auch bei solcher Gelegenheit eine evangelische Predigt gehört haben. Wenn bedacht wird, daß Luthers Thesen innerhalb weniger Wochen im ganzen damaligen deutschen Reiche bekannt waren, ist anzunehmen, daß auch die Landbevölkerung in der Grafschaft Lippe nicht unberührt geblieben ist von den Ereignissen im Reich und in Lemgo. Ein Sohn der Gemeinde Bega, Augustinermönch in Herford, hatte auf Geheiß seines Ordens 1521/22 in Wittenberg studiert und bei Luther promoviert. Es ist anzunehmen, daß er nach seiner Rückkehr nach Herford gelegentlich zu seinen Verwandten nach Bega kam und mit ihnen und dem Pfarrer über das sprach, was er in Wittenberg gelernt und als Wahrheit erkannt hatte. Gerlach schreibt, daß der damalige Begaer Vizepleban oder Heuerpfaffe, Hermann Amelung, zum Protestantismus geneigt habe. Er verwaltete die Pfarre von 1523–1542 als Vizepleban des rechtmäßigen Stelleninhabers Arnold Hölscher. Letzterer war Plebanus, d. h. Pfarrer in Heiligenkirchen, einer besser dotierten Pfründe. In seinen „Beyträgen zu den Denkwürdigkeiten der Grafschaft Lippe" (1769) nennt Puhstkuchen Hölscher einen „Papisten". In seinem Falle können es auch wirtschaftliche und soziale Ursachen gewesen sein, die den „Heuerpfaffen", der von Hölscher in Heiligenkirchen abhängig war, bereitwilliger als den eigentlichen Pfarrherrn auf die neuen Lehren haben hören lassen. Neben den theologischen Gründen haben vermutlich bei manchen Dorfpfarrern wirtschaftliche und soziale Erwägungen bei ihrer Entscheidung für oder wider die Reformation mitgesprochen. Wenn der Bauernkrieg auch Lippe kaum berührt hatte, so bestätigt er doch, daß es in der damaligen Gesellschaft starke soziale Spannungen gab.

Ähnlich wie in Bega mag es auch anderswo zugegangen sein. Je mehr sich die Reformation ausbreitete, um so schärfer traten die persönlichen und sachlichen Unterschiede zwischen den Religionsparteien hervor. Philipp von Hessen, der Schirmherr und Förderer der Reformation in Lippe, schrieb am 19. Juli 1537, „die Untertanen in der Grafschaft, in den Städten und auf dem Lande (seien) begierig mit dem Worte Gottes geweidet und versehen zu werden". Sie „schrien" geradezu danach. Als am 25. November 1537 ein Lemgoer Mönch in der Heiligenkirchener Kirche verkündigte, die Heilige Katharina sei die Fürsprecherin der Gläubigen, fragte ihn eine Frau, wo das geschrieben stehe. Und als er für die Toten betete, protestierte sie dagegen. Daraufhin beschwerte sich der Prediger bei den Befehlshabern und veranlaßte, daß sie und eine andere Frau, „welche auch Christum bekenne, zu Detmold ins Gefängnis geworfen" wurden. Als die Verwandten der Frauen bei den Detmolder Befehlshabern kein Gehör fanden, wandten sie sich an den Landgrafen in Kassel „als einen Schutzfürsten der armen Christen, die die Wahrheit bekennen und darum allenthalben verfolgt werden". Die hessischen Räte schickten die Bittschriften an die Befehlshaber in Detmold zurück mit dem Vermerk, das dortige Vorgehen werde das Mißfallen des Landgrafen erregen. Diese erwiderten, die Frauen hätten sich aufrührerischer Rotterei schuldig gemacht und ihren Pastor bei der Predigt gestört. Die Beschuldigten seien aber bereits aus dem Gefängnis entlassen. In Silixen mußten die Kirchspielsleute ihren Pastor Johann Dene noch 1540, also nach Einführung der evangelischen Kirchenordnung, daran hindern, die lateinische Messe zu lesen. In Detmold hielt der Pfarrer Simon von Exter an der alten Lehre fest. Als sich Adrian Buxschoten, einer der Verfasser der Kirchenordnung, im Jahre 1538 in Detmold aufhielt, schrieb er am 28. Oktober an die Befehlshaber: „Idt bogyft sick auch, dat ick den pastor tho Dettmolde viellfältigen vermaenth, he eyne gheleerden man thom cappellane solde sich verschrieven, heb ohme itlike vorgestalth, dat ick den sulften, dwile ick hy wheere, efte he der graweschup mochte dienstlich syn, houen mochte, ist doch sodane myne fruntliche und triwlich verman unbetlich ghewen ... De noth esthet, dat bynne Dettmolde eyne gelert Predeker mit dem ersten forderliksten mothe verschaft werden, de religion und christlike ordenunge so angefangen tho erholden. Idt ist eyner bynnen der Lippe Hermanus Kothe genannt, de eyn gudt getuchenisse heft." (Nun ist es so, daß ich den Pastor in Detmold vielfach vermahnt habe, er solle sich einen Kaplan



Die Confessio Augustana; ein Wittenberger Druck aus dem Jahre 1540. Das Exemplar trägt den Namenszug seines früheren Besitzers, des ersten lippischen Generalsuperintendenten Johann von Exter (1566–1599). Die Confessio Augustana, von Philipp Melanchthon ausgearbeitet, stellt das Bekenntnis und zugleich die Verteidigung der evangelischen Lehre dar. Sie wurde im Augsburger Religionsfrieden von 1555 reichsrechtlich anerkannt. Die Confessio wurde in der lippischen Kirchenordnung von 1571 verankert.
Im Kapitel VII „De ecclesia" (Von der Kirche) der Confessio Augustana heißt es: „Es wird auch gelehret, daß alle Zeit musse ein heilige christliche Kirche sein und bleiben, welche ist die Versammlung aller Gläubigen, bei welchen das Evangelium rein gepredigt und die heiligen Sakrament lauts des Evangelii gereicht werden. Dann dies ist genug zu wahrer Einigkeit der christlichen Kirchen, daß da einträchtiglich nach reinem Verstand das Evangelium gepredigt und die Sakrament dem göttlichen Wort gemäß gereicht werden. Und ist nicht not zur wahren Einigkeit der christlichen Kirche, daß allenthalben gleichformige Ceremonien, von den Menschen eingesetzt, gehalten werden, wie Paulus spricht zun Ephesern am 4.: ‚Ein Leib, ein Geist, wie ihr berufen seid zu einerlei Hoffnung euers Berufs, ein Herr, ein Glaub, ein Tauf.'"

verschreiben. Ich habe ihm auch etliche Male vorgestellt, daß ich denselben während ich hier in Detmold bin haben möchte und er so der Grafschaft dienstlich. Aber meine freundlichen und treulichen Vermahnungen sind unerwünscht gewesen. Die Not besteht darin, daß hier bald ein gelehrter Prediger erforderlich ist, um die Religion und die angefangene christliche [Neu]ordnung zu erhalten. In Lippstadt ist ein Herman Kothen, der ein gutes Zeugnis hat ...) Dieser wurde noch im selben Jahre als Exters Adjunkt nach Detmold berufen. Exter wandte sich in der Folgezeit der lutherischen Lehre zu. Er bekundete das öffentlich, indem er 1542 die Ehe mit Lucke schloß, einer Frau, mit der er zuvor im Konkubinat gelebt hatte. Er war der letzte katholische und der erste lutherische Pastor in Detmold. Sein dritter Sohn Johann von Exter wurde später Generalsuperintendent und Verfasser der Kirchenordnung von 1571.
Der Brennpunkt der Auseinandersetzungen, die nach Simons Tode an Schärfe zugenommen hatten, war und blieb Lemgo. Mit der Annahme der Braunschweiger Kirchenordnung im Jahre 1533 waren die geistigen Auseinandersetzungen nicht beendet. Wenn Lemgo auch mit der Übernahme der Kirchenordnung eine evangelische Stadt geworden war, so gaben sich die Altgläubigen damit nicht zufrieden. Noch hatten sie mit Simon den Landesherrn hinter sich und die Grafschaft war noch katholisch. Das änderte sich nach Simons Tode. Darum nahmen auch in Lemgo die Unruhen zu. Im Unterschied zu Blomberg hatten die Lemgoer Mönche und Nonnen ihre Konvente nicht scharenweise verlassen. Auch das dürfte zum Teil aus wirtschaftlichen Überlegungen nicht geschehen sein. Was sollten alte Klosterfrauen oder ältere patres und fratres beginnen, wenn sie die schützenden Klostermauern verließen, die ihnen bisher alles gegeben hatten, wessen sie zum Leben bedurften? So ist es nicht verwunderlich, daß sie bemüht waren, ihre Sache in der Öffentlichkeit zu vertreten. Sie bestiegen, so wird bezeugt, auf den Pfarrdörfern die Kanzel, „um ihr Gift und ihre Verführungen auszustreuen", nannten die evangelische Austeilung der Sakramente „ketzerisch und Teufelswerk". Ihre Widersacher blieben ihnen die Antwort nicht schuldig. Sie beschuldigten jene, die Leute aufzuwiegeln und Unruhe zu stiften. Dazu machten sich widertäuferische Bestrebungen sowohl in Lem-

go als auch in der Grafschaft bemerkbar. Als man die Prädikanten solcher Praktiken beschuldigte, erklärten diese, ihre Aufgabe sei es, die Menschen durch Gottes Wort zu erleuchten, sie zu strafen und zu bessern. Am 19. Mai 1537 wandten sich die Prädikanten an den Rat mit dem Ersuchen, dieser müsse endlich handeln, „dat duise stadt mochte eyn mael (wie andere christlike stede) tho eyner eyndrechtigen religion, theologie und politic kommen" (damit diese Stadt wie andere christliche Städte zu einer einträchtigen Religion, Theologie und Politik komme).
Bald darauf schickte Philipp von Hessen einige seiner evangelischen Theologen, um die Lemgoer „predicanten zu examiniren und in der religion, kirchen und ceremonien gutte rechtschaffene ordenunge dem evangelio und Wort gots gemaeß uffzurichten, domit se bei rechter gesunder lere pleibenn und allerlei unruhe unde unfriede verhut werden mochten" (ihre Prädikanten zu prüfen und in der Religion, den Kirchen und Ceremonien gute rechtschaffende, dem Evangelium und Worte Gottes gemäße Ordnungen aufzurichten, damit sie bei rechter, gesunder Lehre bleiben und allerlei Unruhe und Unfriede verhütet werden möchte).
Der Prüfungskommission gehörten zwei hessische Superintendenten, darunter der um die Einführung der Reformation in Lippstadt verdiente Dr. Johann Westermann, die fünf lippischen Landdrosten, sowie der Horner Pastor Johann Mentze an. Der Rat der Stadt Lemgo erklärte, daß er von den Prädikanten nur Gutes wisse und darum bitte, die Beschwernisse aus der Welt zu schaffen und die Prädikanten „ohne Beschwer des Rats und der Gemeinde zu besolden". Die der Unruhestiftung beschuldigten Prädikanten legten ihre „Artikel" und erklärten, sich nach der reichsrechtlich anerkannten Augsburgischen Konfession und Apologie richten zu wollen. Über die am 5. August 1537 stattgefundenen Verhandlungen heißt es in dem ausgefertigten Protokoll, „daß sich die predicanten dieses ort ... der confession und apologien so kaiserlicher majestät von itzgemelten evangelischen übergeben (auf dem Reichstag in Augsburg im Jahre 1530) gleichförmig in lere und ceremonie halten und des alles sich furschreiben, nichts anders und meres ohn furwissen und willen derer, so hierzu verordnet werden sollen furn men, auch übriger unnotturftiger schelt und schmehe worte uff der cantzeln enthalten, by verlust und absetzung irer Pfarren". Nach diesen einleitenden Worten folgen Ausführungen über die Ehe, über die noch vorhandenen Klosterfrauen, denen empfohlen wird zur Predigt auf ihren Chor in St. Marien zu gehen, die Sakramente nach christlicher, d. h. evangelischer Einsetzung zu gebrauchen und sich anderer heimlicher Prediger und Zeremonien zu enthalten. Ähnliches gilt für die „Sustern" auf der Altstadt. Man soll sie friedlich gehen lassen, in der Hoffnung, daß Gott sie mit der Zeit zur Besserung, d. h. zur besseren Erkenntnis des Evangeliums führen werde. „Es sol auch den sustern gepoten werden, keine andere noch mehre in das susterhaus anzunemen, welche aber itzt drinnen, sein, in deren Willen soll es stehen, darinnen zu pleiben oder sich in anderen christlichen stadt hinaus zu begeben, sunst sollen sie wie bisher bey irer werberung und handarbeit fridlich gelassen und von einem radt beschutzt und gehandhabt werden." Die Franziskaner Observanten sollen sich ihres Predigens, Singens, Messehaltens und Umherlaufens enthalten. Wenn sie auf den Straßen betteln, sollen sie nicht betrübt und nicht belästigt werden. Hinsichtlich des Gemeinen Kastens, d. h. der Versorgung der Armen, soll eine neue Ordnung geschaffen werden. Was die Besoldung der Prädikanten angeht, heißt es in dem Protokoll: „Dweyl der predicanten besoldung irer gelegenheit nach fast schmahl und gering, sol eiren erbar radt daruff trachten, das sie eine bestendige, ehrliche besoldung haben, damit sie sich und die iren beneben armen zukomlingen und inwonern auch etwan nitteilen und geben mogen."
Dem Verhandlungsprotokoll ist zu entnehmen, daß in Lemgo außer den kirchlichen Veränderungen auch wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten neu geordnet werden mußten.
Auffallend ist, daß die Durchführung dieser Abmachungen nicht den Lemgoern und ihrem Rat übertragen wurde, sondern den Befehlshabern in Detmold. Damit wurde aus einer städtischen Angelegenheit eine Sache der Grafschaft. Als die hessischen Räte nach Abschluß der Verhandlungen erklärten, sie seien beauftragt, die evangelische Ordnung im ganzen Lande aufzurichten und zu diesem Zweck alle Kirchspiele der Grafschaft zu bereisen, erhoben die Lipper Einspruch und betonten, daß solches nicht ohne Zu-



Graf Bernhard VIII. (1536–1563). Er war erst neun Jahre alt, als sein Vater Simon V. 1536 starb. Bis zum Antritt seiner Regentschaft im Jahre 1548 wurde die vormundschaftliche Regierung von den katholischen Grafen Jobst von Hoya und Adolf von Schaumburg geführt. Es wurde jedoch für den Verlauf der Reformation von maßgeblicher Bedeutung, daß Landgraf Philipp von Hessen als Oberlehnsherr des Landes und nächster Verwandter des lippischen Grafenhauses sich gegenüber den in Detmold die Regierung ausübenden Vormündern durchzusetzen vermochte und den jungen Grafen an seinem Hof in Kassel im protestantischen Geist erziehen ließ. Das Ziel, das Philipp von Hessen verfolgte, war eine reformatorische Ordnung für das ganze Land Lippe. Philipp von Hessen ließ zusammen mit dem inzwischen ins protestantische Lager übergewechselten Jobst von Hoya die lippischen Pfarrer und Kirchen einer Visitation unterwerfen und für Lippe nach bremischem, braunschweigischem und hessischem Vorbild eine Kirchenordnung entwerfen. Diese wurde 1538 auf zwei Landtagen in Cappel angenommen. Damit war Lippe zunächst einmal für die Reformation gewonnen. Es hat zwar in der Folge nicht an Versuchen gefehlt, die Kirchenordnung von 1538 zu unterdrücken, doch Graf Bernhard hielt, als er 1548 zur Regierung kam, unbeirrbar am reformatorischen Glaubensbekenntnis fest. Bernhard VIII. war dem Vermächtnis seines Vaters, den katholischen Glauben zu bewahren, nicht gefolgt. – Nach einem Ölgemälde aus dem Schloß in Detmold.

stimmung der Vormünder geschehen dürfe. Einer der Vormünder, Graf Adolph von Schaumburg, Koadjutor des Erzbischofs von Köln, der zugleich den vakanten Paderborner Bischofsstuhl verwaltete, war katholisch. Er hatte schon gelegentlich geäußert, er sei der Vormundschaft überdrüssig. Die Detmolder Räte versuchten, die Sache auf die lange Bank zu schieben in der Hoffnung, daß sie sich so von selbst erledigen werde. Doch der Landgraf drängte die Detmolder. Am 29. November 1537 ließ er bei den Verantwortlichen in Lippe anfragen, wie es mit der Durchführung der Lemgoer Beschlüsse stehe. Zugleich ließ er ihnen sagen: „Also (wird) das heilßsam wort Gottes by euch in rechten schwanck nicht khomen." Es sei auch zu befürchten, „daß bosse (Böse) (wie an andern ortenn gesscheen) sych undermißchenn und darauß, welches der allmechtig gnediglich verhüten wolle, allerlei unraith und verderbenn entstehenn".

Diese Befürchtung war nicht unberechtigt. Nachdem das von den Widertäufern, einer chiliastisch sozialrevolutionären Nebenströmung der Reformation, in Münster errichtete „Königreich Zion" erobert worden war, hatten viele dem Tode entronnene Anhänger dieser Bewegung Zuflucht in den umliegenden Ländern gesucht. Etliche hatten ihre Schritte nach Lippe gelenkt. Vermutlich hatten sie in Lemgo Sympathisanten. Denn als einige der anfangs inhaftierten „Wedderdöper" (Wiedertäufer) aus dem Gefängnis entlassen wurden, verbürgten sich Lemgoer Bürger dafür, daß diese nicht entweichen würden. Die Namen der entlassenen Täufer, wie auch die ihrer Bürgen, sind in einem alten Bürgerbuche festgehalten. Philipp stand der Täuferbewegung ablehnend gegenüber. Er machte sie verantwortlich für den Untergang der reformatorischen Bewegung in Münster. Zudem befürchtete er, ein Wiederaufflackern täuferischer Ideen an anderen Orten könne schlimme Folgen haben. Er sah den Fortgang der Reformation von rechts und von links gefährdet. Von rechts durch den Bischof von Paderborn beziehungsweise den Erzbischof von Köln, der zu der Zeit Administrator des verwaisten Paderborner Bischofsstuhls war. Von links durch die Täufer mit ihren religiös-sozialen Bestrebungen. Lehnsmäßig war die Grafschaft nicht nur an Hessen, sondern auch an Paderborn gebunden. Ein Wiederaufleben täuferischer Gedanken hät-

te die katholische Seite zum Anlaß nehmen können, die Verhältnisse in Lippe zu ihren Gunsten zu verändern. Der Landgraf beschuldigte aber auch die evangelischen Prädidanten, das göttliche Wort nicht lauter und rein verkündigt und die Gemeinden nicht hinreichend vor den ins Land gekommenen Rottengeistern gewarnt zu haben. Die einzige Möglichkeit, die weitere Ausbreitung der „uprorigen Secte" zu verhindern, war nach seiner Meinung die Einführung einer christlichen Ordnung in der ganzen Grafschaft.

Lippe erhält eine evangelische Kirchenordnung

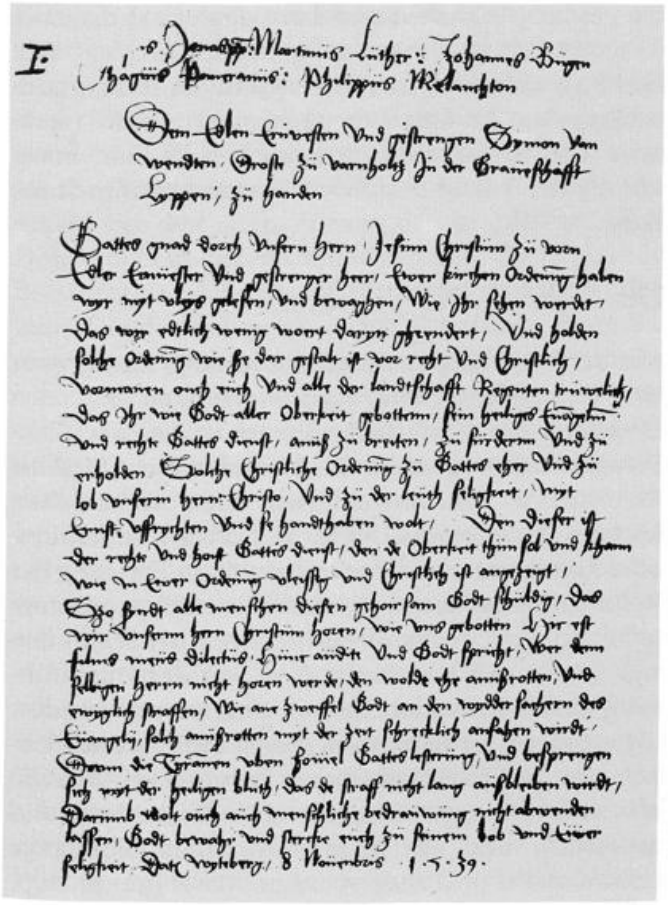
Der Landgraf in Kassel drängte nun je länger je mehr darauf, in den Religionssachen eine klare Entscheidung zu fällen. Auf einer Versammlung der Landschaft wurde beschlossen, den Mitvormund Jost von Hoya zu bitten, seinen Prediger Adrian Buxschoten nach Detmold zu beurlauben, damit er hier das Werk der Reformation vorwärts treibe. Dieser war bereit zu kommen, bat aber, seine ihm erst vor einigen Wochen angetraute Ehefrau mitbringen zu dürfen, damit sie ihn in etwaigen Krankheitsfällen versorge. Bald darauf kam er nach Detmold und wohnte im Schloß. Zu seiner Unterstützung und zur Förderung der Arbeit hatte er den aus Amsterdam stammenden Bremer Prediger Johann Tiemann mitgebracht. Letzterer fand in Detmold mit seinen Predigten großen Zuspruch. Hamelmann überliefert: „interea docebat in templo Amstelrodamus mirus et suavis in docendo, quem omnes cum gaudio audierunt docentem" (der Mann aus Amsterdam predigte wunderbar und anziehend, so daß alle ihn mit Vergnügen lehren hörten). Als weiterer Mitarbeiter erbat Buxschoten sich die Pfarrer Johann Mentze aus Horn und Kord Eckentorp aus Lage. Beide waren als Sekretäre in der Detmolder Kanzlei beschäftigt und neigten zum alten Glauben. Eckentorp wurde später katholischer Domprediger in Osnabrück. Außer den hier Genannten wurden noch einige Vertreter der Landstände zu Rate gezogen. Dieses Gremium wurde mit der Ausarbeitung „eyner christlichen Ordnunge wo eth inne der graveschup Lippe sollte geholden werden" beauftragt. Doch kaum war diesem Gremium der Auftrag erteilt, erklärten die Städte Horn, Blomberg und Detmold, daß sie im Einvernehmen mit der Ritterschaft nicht gewillt seien, diese Ordnung anzunehmen. Sie wollten sich in der Religionsfrage nach dem künftigen Landesherrn richten und dessen Entscheidung abwarten. Dies bedeutete, daß die geplante Ordnung nur für die Städte gelten würde, die „den Handel angevhangen" hatten, nämlich Lemgo, Lippstadt und Salzuflen. Lemgo und Lippstadt aber besaßen schon eine evangelische Ordnung. Die beiden Städte waren auch nicht bereit, sich von der Landschaft eine neue vorschreiben zu lassen. Doch scheinen die Befehlshaber 1538 entschlossen gewesen zu sein, in der ganzen Grafschaft die Reformation einzuführen. Die beiden lippischen Vertreter Mentze und Eckentorp hatten bereits einen „Ratschlag" zur Erneuerung der Kirchen in Lippe vorgelegt, bevor die Kommission berufen worden war. Dieser hatte aber nicht weitergeführt, was bei der Einstellung seiner Verfasser nicht verwunderte. Vermutlich war es der hessische Landgraf, der die Stände drängte, die Sache zum Abschluß zu bringen. Die Führung lag in den Händen des lippischen Landdrosten Simon de Wend. Lemgo, das einige Jahre zuvor die Braunschweiger Kirchenordnung eingeführt hatte, hielt sich bei den Verhandlungen zurück. Jetzt war es vor allem der Adel, der zum Teil noch in den Städten lebte, die Verbindung zu der evangelischen Bürgerschaft pflegte und die neue Lehre besser kannte als die übrige Bevölkerung, der sich für die Einführung einer neuen Kirchenordnung einsetzte. Auf dem Landtag in Cappel verpflichtete er sich, Leben und Gut „up (to) stellen und des wyl syh de eyne by dem anderen, to deggen (decken, schützen) oder verderven, fynden laten" (Leben und Gut einzusetzen, der eine den anderen zu decken oder mit ihm zu verderben). Lemgo und Salzuflen erklärten sich auf dem einige Wochen später stattfindenden zweiten Cappeler Landtage außerstande, der Ordnung zustimmen zu können. Um etwaigen Schwierigkeiten mit Paderborn vorzubeugen, schickten die Landstände im September eine aus zwei Angehörigen des Adels und dem Bürgermeister aus Horn bestehende Abordnung nach Paderborn, um das Domkapitel davon in Kenntnis zu setzen, „we und wathgestalt dusse landsschup an die Religions Sachen gekommen". Die Deputation betonte, daß nichts an den Lebensbeziehungen geändert werden solle.

Inzwischen hatte Adrian Buxschoten mit seinen Männern fleißig an der Kirchenordnung gearbeitet. In gut sechs Wochen war die Arbeit abgeschlossen. Am 17. Oktober richteten die Räte ein Schreiben an alle Pfarrer und luden sie für den 25. Oktober in die Kirche nach Detmold ein, um mit ihnen über die Kirchenordnung zu reden und von ihnen zu hören, „wo eth henvorder inn den parkerken der grewesschup myt ceremonien und andern Gades densten geholden sall werden" (wie es hinfort in den Pfarrkirchen mit Zeremonien und anderen Gottesdiensten gehalten werden soll). Der Einladung waren alle Pfarrer gefolgt bis auf Everhardus Holweye in Schlangen, dem der Paderborner Domprobst die Teilnahme untersagt hatte und seinen Kollegen Hermannus von der Wipper in Reelkirchen, der sich „Leibesnoth halber" entschuldigt, aber versprochen hatte, seinen Kaplan zu schicken.

Nachdem die neue Ordnung vor der versammelten Pfarrerschaft verlesen worden war, baten diese durch den Hohenhauser Pfarrer Engelbert Colraven um eine Abschrift derselben, aber „ohne auf ihre Kost und Besoldung". Die Bitte wurde abgeschlagen mit dem Hinweis, daß bereits die Städte eine Abschrift erhalten hätten, außerdem werde sie auch gedruckt werden. Letzteres scheint aber nicht erfolgt zu sein. Denn es ist kein zeitgenössisches gedrucktes Exemplar vorhanden.

Als Vorlage der in der niederdeutschen bremischen Sprache abgefaßten „Ghestalte Artikel Reformation der Kirche in der Grausschup Lippe & dorch de Verordenten der Landschup avergegeuen Anno 1538" haben den Verfassern die Kirchenordnungen von Braunschweig, Hessen und die von Tiemann entworfene Bremer Ordnung gedient. Das Vorwort ist unterzeichnet: „Datum Dethmolds am Dage Michaelis Anno XVc 38 Johannes Ambsterdamus Ecclae Bremen concionator. M. Hadrian Buxschot Pastor Hoiensis" (Am Michaelistage des Jahres 1538, Johannes aus Amsterdam, Prediger der Bremischen Kirche. Magister Hadrian Buxschot. Prediger in Hoya). Im Verborgenen wird es noch manchen Gewissenskampf und in der Öffentlichkeit manche Auseinandersetzungen gegeben haben. Doch die Entscheidung war gefallen. Mit der Annahme dieser Ordnung war die theologisch-rechtliche Grundlage für die Einführung der Reformation in der Grafschaft gegeben. Es hat zwar noch Jahre gedauert, bis der „katholische Sauerteig" ausgefegt war.

Die in 37 Artikel unterteilte Ordnung beginnt mit dem Satz: „De rechte ware Reformation der kerchen is vornhemlich gelegen daranne, dat durch getruwe Christliche Deynere Gottes beyde synes woirdes und swehrdes affgestalt werden alle apenbare uthwendige falsche lehre und falsche oddesdenste, ehrdhom und misbruick unde dair jegen rechtschapene lehre und wahre godesdeinst upgericht werdenn" (Die rechte, wahre Reformation der Kirche besteht vornehmlich darin, daß durch treue christliche Diener Gottes durch sein Wort und Schwert alle offenbar äußerliche, falsche Lehre, falscher Gottesdienst, Irrtum und Mißbrauch abgeschafft und dagegen die rechtschaffende Lehre und wahrer Gottesdienst aufgerichtet werden). Die Kirchenordnung sucht alle Mißbräuche, die in der Auslegung des Evangeliums, in der Feier des Gottesdienstes, im Gebrauch der Sakramente, in der Amtsführung und dem Lebenswandel der Kirchendiener um sich gegriffen hatten, auszuräumen. Wenn zunächst auch noch manche katholische Zeremonien beibehalten wurden, so ist nicht zu verkennen, daß hinter dieser Ordnung ein ganz anderes Schrift- und Kirchenverständnis steht, als es in der katholischen Kirche gelehrt und praktiziert wurde. Wenn Staat und Kirche auch eine Einheit blieben, so werden beider Aufgaben doch anders umschrieben als in der vorausgegangenen katholischen Zeit. Die Kirchendiener sind nicht mehr dem Bischof untertan, sondern ihrer weltlichen Obrigkeit. Diese hat nicht nur die Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten, sondern auch darauf zu achten, daß nur fromme, in der heiligen Schrift ausgebildete Männer zu Predigern oder Bischöfen berufen werden (Bischöfe sind hier gleichbedeutend mit Predigern und umgekehrt). Ein sich durch Gelehrsamkeit auszeichnender Prediger soll zum „Superattendenten" der Grafschaft berufen werden, der den Rotten- und Schwarmgeistern, den Winkelpredigern und aufrührerischen Wiedertäufern mit der Schrift widerstehen und sie zu rechter Lehre anhalten kann. Alljährlich soll der Superintendent im Beisein eines Herrn vom Adel oder eines Amtmannes in jeder Gemeinde eine Visitation halten. Nach der Heiligen Schrift, so sagt die Ordnung, ist der Zölibat oder das Eheverbot für die Geistlichen eine teuflische Lehre, darum soll man kei-



Die nach Vorarbeiten lippischer Pfarrer von den Bremer Theologen Adrian Buxschoten und Johann Tiemann entworfene Lippische Kirchenordnung von 1538 war vor ihrem Inkrafttreten den Wittenberger Reformatoren Justus Jonas, Martin Luther, Johann Bugenhagen und Philipp Melanchthon zur Begutachtung vorgelegt worden. Die Verbindung zu den Gutachtern hatte der Varenholzer Drost Simon von Wendt hergestellt. Am 8. November sandten diese die in einigen Punkten korrigierte und ergänzte Kirchenordnung mit einem Begleitschreiben zurück. Es hatte (in freier Übersetzung) den folgenden Wortlaut:

„Dem Edlen, Ehrenfesten und gestrengen Simon von Wendten, Drosten zu Varenholtz in der Grafschaft Lippe zu Händen.

Gottes Gnade durch unsern Herrn Jesum Christum zuvor, Edler, Ehrenfester und gestrenger Herr, Eure Kirchen-Ordnung haben wir mit Fleiß gelesen und bezeugen, wie Ihr sehen werdet, daß wir einige wenige Wörter darin geändert haben, und halten solche Ordnung, wie dargestellt ist, für recht und christlich, vermahnen auch Euch und alle der Landschaft Regenten, treulich, daß Ihr, wie Gott aller Obrigkeit geboten, sein heil. Evangelium und rechten Gottesdienst auszubreiten, zu fördern und zu erhalten, solche christliche Ordnung zu Gottes Ehren und zu Lob unserm Herrn Christo und zu der Leute Seligkeit mit Ernst aufrichten und handhaben wollt, denn dieser ist der rechte und heil. Gottesdienst, die die Obrigkeit tun soll und kann, wie denn in Eurer Ordnung fleißig und christlich angezeigt ist. So sind alle Menschen diesen Gehorsam Gott schuldig, daß wir unsern nem Priester die Ehe verbieten, zumal „dat ehelich werden nicht sunde sy". Der Obrigkeit wird aufgetragen, die Kirchendiener „myt guder geboirlicher besoldunge tho versorgenn". Das Armenwesen wird neu geordnet. In den Städten sollen lateinische und in den Dörfern deutsche Schulen eingerichtet werden. Nach Wegfall des kanonischen Rechtes mußte die Obrigkeit Aufgaben übernehmen, die bis dahin von der katholischen Kirche wahrgenommen worden waren. Die neue Kirchenordnung hat nicht nur das christliche Glaubensleben, sondern auch die bürgerlichen Lebensverhältnisse verändert.

Die Kirchenordnung zieht einen deutlichen Trennungsstrich gegenüber der alten Kirche und ihren Einrichtungen. Unter Hinweis auf die Taufe wird das Klostergelübde abgeschafft. Den Mönchen soll nicht gestattet werden, in den Städten und Dörfern zu predigen oder zu betteln. Auch dürfen sie keine Novizen mehr annehmen. Das Klostervermögen wird eingezogen und zum Unterhalt der Pfarreien und Schulen verwandt. Das heißt, es wird nicht, wie bei der Säkularisation zu Anfang des 19. Jahrhunderts, zweckentfremdet, sondern umgewidmet, um seinem ursprünglichen Zweck erhalten zu bleiben. Die Klosterfrauen sollen durch fromme Seelsorger in Gottes Wort unterwiesen werden, damit sie Christus kennenlernen und von ihren verdienstlichen Werken ablassen. Es soll ihnen freigestellt werden, im Kloster zu bleiben oder zu gehen. Schon an anderer Stelle ist darauf hingewiesen worden, daß mit der Auflösung der Klöster mancherlei menschliche und soziale Probleme verbunden waren. Darum ist es verständlich, wenn den Klosterfrauen freigestellt wurde, über ihr künftiges Leben selbst zu entscheiden. Diese kurzen

Herrn Christum hören, wie uns geboten: Hic est filius meus dilectus, in quo mihi est complacitum, hunc audite, und Gott spricht: Wer da denselbigen Herrn nicht hören werde, den wolle er ausrotten und ewig strafen, wie Gott ohne Zweifel an den Widersachern des Evangeliums solches Ausrotten mit der Zeit schrecklich anfangen wird; denn die Tyrannen üben so viele Lästerung Gottes und besprengen sich mit dem Heiligen Blut, daß die Strafe nicht lange ausbleiben wird. Darum möget Ihr Euch auch durch menschliche Bedrängnis nicht davon abwenden lassen. Gott bewahre und stärke Euch zu seinem Lob und Eurer Seligkeit. Wittenberg, 8. November 1539." (Vgl. StA Detmold D 71 Nr. 29.)

Mit der Einführung der Kirchenordnung von 1538 hatte die „erste Reformation" in Lippe ihren Abschluß gefunden.

Hinweise auf den Inhalt der ersten lippischen evangelischen Kirchenordnungen mögen genügen.
Der Drost Simon de Wend, einer der eifrigsten Anhänger Luthers unter der lippischen Ritterschaft, schickte den Originalentwurf zur Begutachtung an die Wittenberger Reformatoren. Diese nahmen zwar einige Änderungen vor, befanden ihn aber aufs Ganze gesehen für gut. Theologisch war er im Geiste Luthers gehalten, auch war er mit zahlreichen Hinweisen auf die Heilige Schrift und die Kirchenväter versehen. Letztere bestätigten, daß er an die Überlieferung der Kirche anknüpfe. In dem vermutlich von Melanchthon am 8. November abgefaßten und von Luther, Justus Jonas und Johannes Bugenhagen mitunterzeichneten Antwortschreiben an den „Edlen, Ernvesten und gestrengen Simon von Wendten Drosten zu Varenholtz" urteilen die Unterzeichner: „Ewer Kirchen-Ordenung haben wir mit vleiß gelesen und bewaghen, wie Ihr sehen werdet, daß wir edtlich wenig Worte darin geendert haben, und holden solche Ordenung, wie sie dargestallt ist, vor recht und christlich, vormanen auch euch und alle der Landschaft Regenten trüwelich, daß Ihr, wie Gott aller Oberkeit gebotten, sein heiliges Evangelium und rechten Gottesdienst außzubreiten, zu fürdern und erholden, solche Christliche Ordenunge zu Gottes Ehren und zu Lob unserm Herrn Christo und zu aller Leute Seligkeit mit Ernst uffrichten und handhaben wollet, denn dieser ist der rechte und hoist Gottesdienst, den die Oberkeit thun soll und khan, wie denn in Ewer Ordenunge fleißig und Christlich ist angezeigt." Am Schluß heißt es: „Darümb wollt euch auch Menschliche Bedrauwunge (Bedrängung) nicht abwenden lassen ..."
Formal war mit Einführung dieser Ordnung der Reformation der Weg in der Grafschaft geöffnet und die Trennung von der alten Kirche vollzogen worden. Doch einer der Verfasser der Ordnung, Adrian Buxschoten, beklagte sich, bevor er Detmold verließ, wiederholt über die Lässigkeit, mit der sie eingeführt wurde. Dem Drosten empfahl er, darauf zu achten, daß die Pastoren sich fortan an die Ordnung hielten. In einem zweiten Schreiben (8. November 1538) tadelt er, daß „durch der Papisten Halsstarrigkeit" die Reformation in Detmold aufgehalten werde. Hingegen seien die Leute auf dem Lande begierig, das reine Evangelium zu hören. Doch könnten sie „ohne die göttliche Wahrheit und den Gebrauch christlicher Ceremonien" auf Abwege geraten. Das sei nicht leicht zu nehmen, „denn mit Gode ist nicht gudth schympffen, he leth sich ouch nicht oeven" (spotten). Die Sache vertrage keinen Aufschub, sonst könnte der Teufel ausführen, was er noch im Sinne habe.

Die Corvinsche Visitation

Mit der Annahme der Kirchenordnung waren zwar die formalrechtlichen Voraussetzungen für den Übergang der Grafschaft zum evangelischen Glauben geschaffen worden. Das hieß aber nicht, daß die Reformation nun ungehindert hätte weitergehen können. Es gab mancherlei außer- und innerlippische Hindernisse, die dem ungestörten Fortgang der Reformation im Wege standen. Die Kirchenordnung geht von dem Vorhandensein einer christlichen Obrigkeit aus und beauftragt diese mit der Durchführung der Reformation in den Kirchen des Landes. „Hyrumme", so heißt es in einem ihrer letzten Artikel, „ist de Overicheit dusser Graveschup schuldig affschaffen unrechte lere, unrechten Gadesdenst und mysbruck, und alle affgadereye thom Blomberge (Hostienkult) und andern orden düsser graveschup, (Hillentrup) und reyne lere und rechten Gadesdenst und Ceremonien in de stede schaffen ..." Des weiteren wird sie vermahnt auf die Errichtung von Schulen, die Erhaltung von Zucht und Ordnung, auf die Fürsorge für die Armen, die Verwaltung der Kirchengüter, die Heilighaltung der Ehe u. a. zu achten. Die Obrigkeit, repräsentiert durch die vormundschaftliche Regierung der Landstände und Befehlshaber, hatte aber mancherlei außerlippische Verpflichtungen. Sie war in ihrer Handlungsfreiheit beschränkt durch Lehnsverpflichtungen, Verträge und andere Abhängigkeiten. Es wurde schon hingewiesen auf die konkurrierenden Beziehungen zu Hessen und zu Paderborn. Während Hessen auf den Fortgang der Reformation drängte, suchte man ihn in Paderborn hinauszuzögern oder ganz zu verhindern. Es waren noch langwierige Verhandlungen mit dem Domkapitel in Paderborn und anderen Inhabern kirchlicher Rechte an einzelnen Pfarreien nötig, bevor die evangelische Kirche ihr Leben in Freiheit gestalten konnte. So protestierte Mattheus Brandt,

Komtur des Johanniter-Ordens in Wietersheim, gegen die Einführung der Reformation in Hillentrup bis „ein concilium gehalten und von der heiligen christlichen Kirchenn ein ander ordinantien verordnet ist wordenn". Er forderte den Hillentruper Kirchherrn Johann Kothmann auf, bis zu einem Conzilsentscheid bei den alten Zeremonien zu bleiben. Dem Domkapitel in Paderborn antworteten die lippischen Beauftragten, daß man die Reformation auch in den zum Domkapitel gehörenden lippischen Pfarreien eingeführt habe, weil die evangelische Ordnung schon seit langem an einigen Orten geübt werde und die anderen Untertanen „ouch dersulven begerich" seien. Das Domkapitel bat Anfang 1539 nochmals, man möchte um des Friedens und der Eintracht willen von der Einführung der Reformation Abstand nehmen bis „thortydt des kunfftigen concilii". Einige Wochen später wurde auf einem Landtag beschlossen, die Paderborner Briefe bis auf weiteres unbeantwortet zu lassen. Graf Adolph von Schaumburg, Coadjutor des von dem Kölner Erzbischof mitverwalteten Bistums Paderborn, legte wegen der ohne sein Wissen eingeführten Neuerungen in Lippe sein Amt als Mitvormund für den unmündigen Bernhard nieder.

Wichtiger als die Einsprüche außerlippischer Mächte war die Einstellung der lippischen Geistlichkeit. Von ihr hing die Verbreitung der neuen Lehre ab. Der größte Teil der Dorfpfarrer war aber nicht geneigt, auf die bisherigen Zeremonien zu verzichten, obgleich sie verschiedentlich erklärten, das Werk der Reformation in ihren Gemeinden durchführen zu wollen. Der Pastor Dene in Silixen mußte sich gegen seine Kirchspielleute zur Wehr setzen und den Grafen von Holstein-Schaumburg zu Hilfe rufen, als jene ihn hinderten, die lateinische Messe zu lesen. Der schleppende Fortgang dürfte auch daran gelegen haben, daß nach Buxschotens Fortgang von Detmold kein geeigneter Nachfolger bestellt wurde, der, wie es die Kirchenordnung vorsah, die Gemeinden visitiert und die Pastoren zur rechten Lehre hätte anhalten können.

Es fällt auf, daß die Kirchenordnung von 1538, wie die meisten Kirchenordnungen der Reformationszeit, dem Kirchenrecht und der Kirchenverfassung wenig Bedeutung beilegten. Ihnen ging es zuerst um die Lehre und die sich daraus ergebenden Folgerun-



Antonius Corvinus (1501–1553). Corvinus war im katholischen Glauben erzogen und zum katholischen Priester ausgebildet worden. Seit 1523 war er Mönch im Kloster Riddagshausen bei Braunschweig, aus dem er wenig später „wie ein lutherischer Bub" verjagt wurde. Danach war Corvinus Pfarrer in Goslar, seit 1529 Pfarrer in Witzenhausen an der Werra. 1537 begleitete Corvinus den Landgrafen Philipp von Hessen zur Bundesversammlung nach Schmalkalden, wo fast alle evangelischen Fürsten, die Vertreter von 22 Städten und 42 Theologen und Gelehrte – an ihrer Spitze Luther und Melanchthon – versammelt waren. Im Frühjahr 1541 begleitete Corvinus Philipp von Hessen zum Religionsgespräch nach Regensburg.

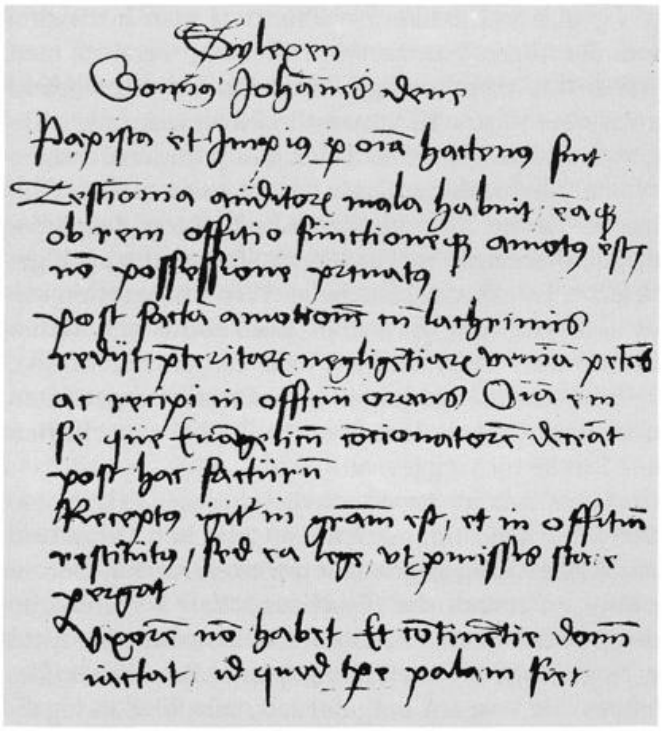
Als im Jahre 1537 ein Streit zwischen den vier Lemgoer Pastoren Montanus und Weygenhorst einerseits und Piderit und Cotius andererseits über die Beibehaltung der Priesterkleider und Kerzen auf dem Altar ausgebrochen war, hatte der am 8. 4. 1541 in Cappel tagende Landtag beschlossen, Dr. Urbanus Rhegius aus Celle zur Schlichtung des Streites nach Lippe kommen zu lassen. Doch Rhegius starb bereits am 23. 5. 1541. So wurde Antonius Corvinus nach Lippe gebeten, nicht nur, um die Streitigkeiten der Lemgoer Pastoren beizulegen, sondern auch, um „anderen erschwerlichen Weiterungen zuvorzukommen". Am 10. 10. 1541 traf Corvinus in Detmold ein, wo er zum interimistischen Generalsuperintendenten ernannt und nach Erledigung des Streitfalles mit der Visitation der lippischen Pfarrer und Gemeinden beauftragt wurde. Die Kirchenvisitation des ganzen Landes zog sich bis 1542 hin. Danach wurden durch Corvinus einige wichtige kirchenorganisatorische Regelungen eingeführt: Die Pfarreien wurden in drei Superintendenturen eingeteilt, eine von Corvinus verfaßte Zeremonien- und Zuchtordnung in Kraft gesetzt und der Gottesdienst im ganzen Lande lutherisch gestaltet.

gen für das gottesdienstliche Leben. Demgegenüber waren die Fragen der Kirchenorganisation zweitrangig. Man überließ sie der weltlichen Obrigkeit, die ja eine christliche war. Ja, ihr wurden auch Entscheidungsrechte in den inneren Angelegenheiten der Kirche, in Lehr- und Zeremonialfragen eingeräumt. Hier kündigte sich bereits das landesherrliche Kirchenregiment an, das sich später als sehr zählebig erweisen sollte. Buxschoten und seine Mitarbeiter hatten sich nur einige Wochen in Detmold aufgehalten. Sie konnten darum nicht einmal ansatzweise eine Neuorganisation des Kirchenwesens vornehmen. Die Lipper hatten zwar versucht, Adrian Buxschoten länger im Lande zu behalten, doch der Graf von Hoya, in dessen Diensten Buxschoten stand, gab seine Einwilligung nicht. So konnte er das Schicksal der soeben von Paderborn losgelösten lippischen Kirche nur in die Hände der Befehlshaber, der Drosten und Amtmänner legen und sie mit der Aufsicht über den Fortgang der Reformation betrauen. Zugleich erinnerte er die Verantwortlichen daran, das in der Kirchenordnung vorgesehene Amt eines für die ganze Grafschaft zuständigen Superintendenten alsbald und auf Dauer zu besetzen. Das geschah, wenn auch nicht auf Dauer, sondern nur vorübergehend, im Jahre 1541 dadurch, daß die Befehlshaber den hessischen Prediger Antonius Corvinus beriefen und ihn alsbald nach seiner Ankunft zum interimistischen Superintendenten der Grafschaft bestellten mit dem Auftrage, eine allgemeine Kirchenvisitation vorzunehmen und auf die Einheit der gottesdienstlichen Ordnung und anderer Zeremonien bedacht zu sein.

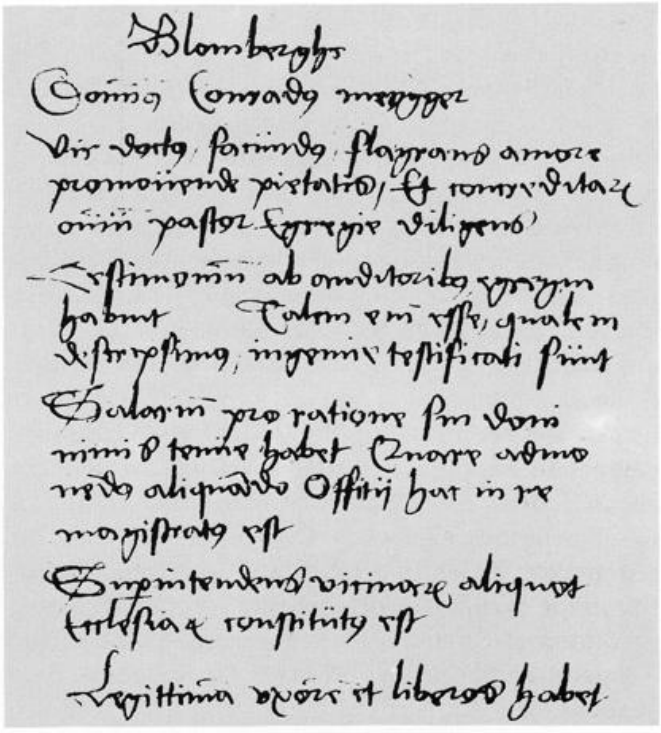
Antonius Corvinus (Rabe) (1501–1553) war in Warburg geboren. Schon in jungen Jahren war er in ein Kloster eingetreten, aus dem er nach seinen eigenen Worten „von seinem Abt als lutherischer Bube" verjagt worden war. Er wurde später der Reformator Niedersachsens. 1528 war er Prediger in Goslar, 1531 in Witzenhausen in Hessen. Landgraf Philipp von Hessen, der Förderer und Schirmherr der Reformation, zog ihn häufig zu Rate. Von Witzenhausen ging er in die Fürstentümer Göttingen-Calenberg, wo er 1542 die Kalenberger Kirchenordnung entwarf. Als der 1547 wieder katholisch gewordene Landesherr Erich II. sich auf die Seite des Kaisers schlug, weigerte sich Corvinus, das vom Kaiser verordnete Interim anzuerkennen. Daraufhin wurde er für 3 Jahre ins Gefängnis geworfen. Bald nach seiner Entlassung starb er 1553 in Hannover.

Als Corvinus im Oktober 1541 nach Lippe kam, schlichtete er zusammen mit Dr. Johannes Westermann zuerst einen Streit der Lemgoer Prädikanten. Johannes Montanus, Prediger an St. Johann in Lemgo, hatte gewisse Äußerlichkeiten beibehalten, wie sie damals noch üblich waren. Bei der Austeilung des Abendmahls trug er katholische Priestergewänder, auch ließ er während der Feier Kerzen auf dem Altar brennen. Darüber beschwerten sich seine Kollegen Moritz Piderit, Gerhard Cotius u. a. Nachdem es gelungen war, hierüber eine Einigung zwischen den streitenden Prädikanten herbeizuführen, kam es bald zu neuen Meinungsverschiedenheiten über theologische Lehrfragen. Diese zu schlichten waren die beiden gelehrten Theologen gerufen worden. Corvinus lud beide Parteien auf das Schloß nach Brake. Hier gelang es ihm, die theologischen Streithähne zu versöhnen. Zur Besiegelung der neugewonnenen Einheit hielt Westermann eine Predigt über das Wort aus dem 133. Psalm: „Siehe, wie fein und lieblich ist's, daß Brüder einträchtig beieinander wohnen."

Doch die wichtigere Aufgabe bestand darin, „dat alle Jair eyn gemeyne Visitatio van der Overicheit geschehe, up dat reyne lehre un de rechte goddesdeinst erholden blive, und solches nicht dorch den Superattendenten alleyn gescheen sol, sunder es werden Landeshern eynen van adel offt eynen vornemlichen van den Amptlüden myt doin, umme alle vordechtige suspicion tho vormiden und by yder mennichlichen eynen grotter anseen und fruchten tho geven. Sal oich yn gedachten Superattendentis macht syn, eynen van den vornemhlichen fratribus neven sich tho erwellen. Des schollen oich de Amptlude den Superattendentenn myt gude foer, aller moittruft, therunge und nutter underholdunge vor holden." (... daß alle Jahre eine allgemeine Visitation durch die Obrigkeit vorgenommen werden soll, damit die reine Lehre und der rechte Gottesdienst erhalten bleiben. Solches soll nicht durch den Superintendenten allein geschehen, sondern der Landesherr soll einen vom Adel oder einen angesehenen Amtmann mitsenden, um jeden verdächtigen Argwohn zu vermeiden und ihm [dem Superintendenten] bei jedermann ein größeres Ansehen und mehr Respekt zu geben. Er ist



Die Visitationsprotokolle des Antonius Corvinus aus dem Jahre 1542 vermitteln einen Einblick in die kirchlichen Verhältnisse in den Tagen des Übergangs vom katholischen zum evangelischen Glauben. Über den Pastor in Sylexen (Silixen) wußte Corvinus zu berichten: „Herr Johannes Dene. Er ist Papist und in jeder Beziehung bis jetzt unfromm. Er hatte schlechte Zeugnisse seiner Zuhörer und wurde deswegen von Amt und Würden entfernt, aber nicht seines Besitzes beraubt. Als er nach vollzogener Entfernung unter Tränen zurückkehrte, bat er um Verzeihung wegen der vorausgehenden Nachlässigkeiten und flehte, wieder in sein Amt eingesetzt zu werden. Denn er werde von nun an alles tun, was sich für einen evangelischen Prediger ziemt. So wurde er in Gnaden wieder angenommen und auch wieder in sein Amt eingesetzt, jedoch unter der Bedingung, daß er fortfahre, zu seinen Versprechungen zu stehen. Eine Gattin hat er nicht und rühmt sich der Enthaltsamkeit als eines Gnadengeschenkes. Das wird sich erst mit der Zeit sichtbar erweisen."



Weitaus zufriedenstellender als im Pfarrhaus in Silixen waren die Verhältnisse, die Corvinus in Blomberg vorgefunden hatte. Hier konnte Corvinus berichten: „Herr Conradus Meygger. Ein gelehrter Mann, redegewandt, brennt vor Liebe, die Frömmigkeit aller ihm anvertrauten Seelen zu fördern, ein hervorragend gewissenhafter Hirte. Von seinen Zuhörern hat er ein hervorragend gutes Zeugnis bekommen; sie haben unaufgefordert bezeugt, daß er ein Mann ist, wie wir ihn beschrieben haben. Er hat ein im Verhältnis zu seiner Begabung zu geringes Einkommen. Deshalb muß einmal die Behörde in dieser Angelegenheit an ihre Pflicht erinnert werden. Er ist als Superintendent eingesetzt worden über eine Anzahl Nachbargemeinden. Er hat eine eheliche Gattin und Kinder."

auch bevollmächtigt zu seiner Unterstützung einen angesehenen Amtsbruder zu erwählen. Die Amtmänner sollen den Superintendenten mit einem guten Fuhrwerk, aller Notdurft, sowie Zehrung und dem nötigen Unterhalt versorgen.)

Diese Visitation sollte nun zum ersten Male durchgeführt werden. Dabei ging es, wie sich bald herausstellte, in manchen Gemeinden nicht um die Erhaltung der reinen Lehre und des rechten Gottesdienstes, sondern um deren Einführung. Offensichtlich war unter den lippischen Geistlichen keiner, den man hätte mit dieser Aufgabe betrauen können. So übertrug man sie Corvinus. Dieser kam Ostern 1542 ein zweites Mal nach Lippe, um eine Generalvisitation aller Gemeinden durchzuführen.

Corvinus stellte zunächst eine Namensliste sämtlicher lippischer Pfarrer auf und legte ihnen folgende Fragen vor: 1. Was sie lehrten? 2. Ob sie den (lutherischen) Katechismus trieben? 3. Wie sie die Sakramente verwalteten? 4. Ob sie im Ehestande „oder anders lebten"? 5. Ob sie eine Ordnung, die ihnen demnächst vorgelegt werden sollte, annehmen würden? 6. Wie sie sich zu einer anstehenden Prüfung stellen und auf sie vorbereiten würden? 7. Welcher Bücher sie sich in der Lehre bedienten?

Von den damals vorhandenen 29 Pfarreien liegen auf 25 die Antworten der Pastoren, die sich zum Teil noch als Priester verstanden, vor. Corvinus hat seine Beurteilung der Pfarrer in einem geheimen Visitationsprotokoll in kurzen prägnanten Worten in lateinischer Sprache festgehalten. Aus den Bemerkungen des Visitators ist zu ersehen, daß es um die theologischen Kenntnisse, die wirtschaftlichen und familiären Verhältnisse der damaligen Pfarrerschaft schlecht bestellt war. Sein Urteil über fast die Hälfte der damaligen Pfarrerschaft ist nicht gerade schmeichelhaft. Dabei ist allerdings zu beachten, daß Corvinus sie aus der Sicht eines der lutherischen Lehre zugetanenen Predigers beurteilte. Da werden manche als „indoctoi" (ungelehrt) beurteilt, einer erhält das Prädikat „curtisanus et vetulus, improbus" (ein beschränkter, ältlicher, schlechter Pfarrherr). Wiederholt findet sich das Wort „papista" (päpstlich gesonnen) in dem Protokoll. Bei einigen wird empfohlen, sie aus dem Dienst zu entlassen. Der Pastor in Bega „promisit diligentiam", d. h. er verspricht größeren Eifer beim Studieren der Heiligen Schrift. Bei den meisten heißt es: „mediocriter respondit": ihre Antworten sind mittelmäßig.

Das ist nicht verwunderlich, wenn man sich vor Augen hält, daß die meisten in ihren kleinen Dörfern weitab vom Geschehen in der großen Welt lebten. Wer nicht von sich aus an theologischen Fragen und geistigen Auseinandersetzungen der Zeit interessiert war, erfuhr wenig oder nichts von den Vorgängen in Wittenberg und in Lemgo. Die Landesherrschaft in Detmold war ihnen näher als der Erzbischof in Köln, der die Paderborner Diözese durch seinen Koadjutor und das Domkapitel verwalten ließ. So ist es begreiflich, daß die meisten, auch wenn sie in dem Visitationsprotokoll als „papista" beurteilt werden, erklärten, sie wollten Gottes Wort rein predigen, sich an die Ordnungen halten und gebührlichen Gehorsam leisten.

Das Ergebnis der Visitation war aufs Ganze gesehen unerfreulich. Die Unwissenheit unter den Pfarrern war groß; in den Gemeinden war sie noch größer. Wie hätten die Gemeinden auch die Bibel kennen und verstehen sollen, wenn die Pfarrer sie nicht kannten? Wie hätten sie die Reformation annehmen können, wenn ihnen niemand etwas davon sagte? In vielen Gemeinden wurden noch die katholischen Riten geübt. In Blomberg wallfahrtete man noch zum wundertätigen Brunnen; in Hillentrup verehrte man weiter das wundertätige Ziborium. Covinius befahl zwar dem Pastor Kothmann in Hillentrup, die „Abgötterei" abzuschaffen. Doch die wundersüchtigen Wallfahrer brachten Geld; darum hatte man in Hillentrup keine Eile mit der Abschaffung des Ziboriums. Mancherorts wurden die Visitatoren auch getäuscht. Es gab viel Heuchelei. Wer wollte schon seine Existenz und die seiner Konkubine und seiner Kinder aufs Spiel setzen? Viele hatten sich längst, stillschweigend geduldet von ihren Vorgesetzten und ihren Gemeinden, über die Zölibatsvorschriften der Kirche hinweggesetzt.

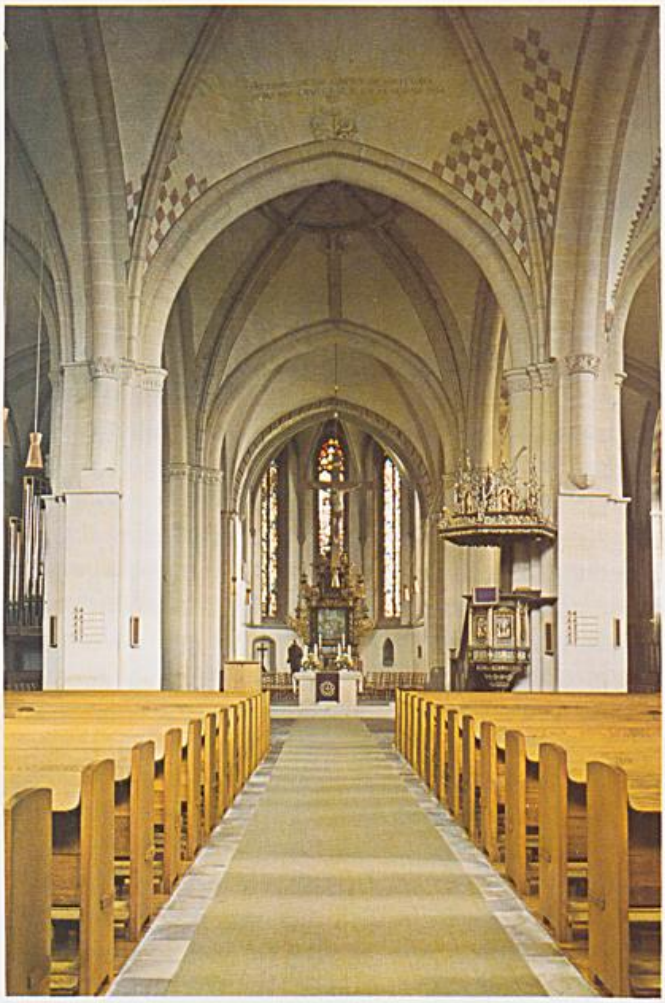
Corvinus sah in der Verehelichung der Pfarrer ein Mittel zur Befestigung der evangelischen Lehre und zur Abgrenzung gegenüber der alten Kirche. Darum prüfte er überall die diesbezüglichen Beziehungen der Geistlichen und mußte feststellen, daß eine nicht geringe Zahl im Konkubinate oder heimlicher Ehe lebten. Sie wurden aufgefordert, ihre Ehe zu legalisieren oder die Konkubine zu entlassen. In Hillentrup erklärten die Gemeindeglieder, sie wüßten nicht, ob ihr Pastor verheiratet sei. Als dieser selbst befragt wurde, entgegnete er, heimlich habe er mit seiner Haushälterin schon die Ehe geschlossen. Corvinus verfügte, er müsse sich auch öffentlich vermählen, andernfalls könne er nicht im Amt bleiben. Der Pastor in Donop wurde angewiesen, seine Konkubine zu entlassen. Von dem Detmolder Pastor Simon von Exter, dessen Mutter eine uneheliche Tochter Bernhards VII. war, heißt es, daß Corvinus selbst ihn mit seiner bisherigen Konkubine Lucke zusammengegeben habe.

Corvinus besuchte auch die Klöster in Blomberg und Falkenhagen. Die Mönche in Falkenhagen hatten sich bisher der Reformation widersetzt und ihre Weisungen von Köln empfangen. Auch hier mußte Corvinus sich mit leeren Versprechungen zufriedengeben. Auf entschiedenen Widerstand stieß Corvinus in Lemgo. Hier waren es aber nicht die noch vorhandenen Altgläubigen, sondern die evangelischen Prädikanten, die sich der Visitation durch den Beauftragten der Detmolder Befehlshaber widersetzten. Sie verbaten sich jede Einmischung in ihre Kirchen. Der schlimmste Mißstand war die mangelhafte Versorgung der Pfarrer und ihrer legalen oder illegalen

Familien. Hinzu kam, daß viele nicht einmal Inhaber der Pfarrstelle waren, sondern mercenarii, d. h. für Geld gemietete Verwalter. Die rechtmäßigen Inhaber hatten sich eine besser dotierte Pfarre oder ein anderes Amt gesucht und die ihnen vom Bischof verliehene Pfarrei an einen anderen gegen einen Teil der Einnahmen verpachtet. Letztere hießen Heuerpfaffen, weil sie die Pfarrstelle gegen Entrichtung einer Heuer oder Miete verwalteten. Der Begaer Pastor Arnold Hölscher amtierte von 1523–1552 in Heiligenkirchen, während sein „angeheuerter" Vertreter Hermann Amelung die Pfarre in Bega bediente. Hölscher kehrte erst 1552 nach dem Tode seines „Heuerpfaffen" nach Bega zurück. Ähnlich war es in vielen anderen Gemeinden. Viele Heuerpfarrer versahen ihren Kirchendienst nur sehr notdürftig, sie waren mehr auf den Äckern als in der Kirche zu finden. Manche Einnahmen, wie Gebühren für Totenmessen, Jahresgedächtnisstiftungen und andere Stolgebühren waren weggefallen oder wurden nur sehr lässig entrichtet. Corvinus hatte allen Grund, die Obrigkeit zu ermahnen, die wirtschaftlichen Verhältnisse der Pfarrerschaft zu verbessern, dafür zu sorgen, daß die Einkünfte der Pfarreien erhalten blieben, zweckentfremdete Einkünfte wieder ihrer ursprünglichen Verwendung zugeführt und die überkommenen Abgaben und Dienste geleistet würden.

Wie hieß es doch in der Kirchenordnung? „Deweylen dem folcke des godtlichen woirdes sehr noidig, ßo is de overicheit schuldig den kerchen deinern myt guder geboirlicher besoldunge tho versorgenn" (Weil das Volk Gottes Wort sehr nötig hat, ist die Obrigkeit schuldig, die Kirchendiener mit gebührlicher Besoldung zu versorgen).

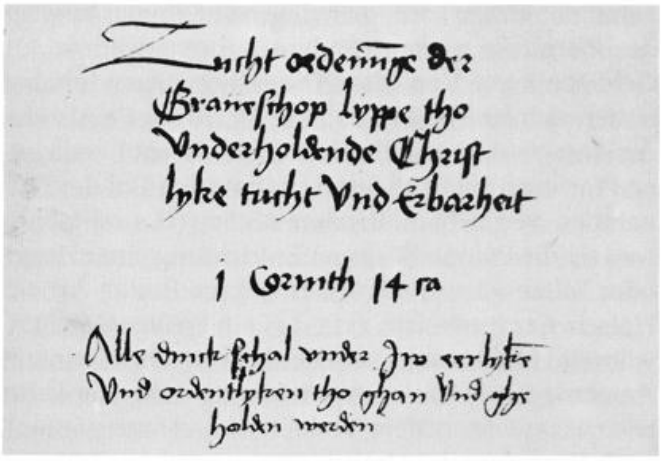
Corvinus nahm auch eine organisatorische Neueinteilung der Gemeinden vor. Damit löste er sie aus den früheren katholischen Archidiakonatsbezirken und dem alten Diözeseanverbande. Fortan waren nicht die alten Bistumsgrenzen, sondern die Grenzen der Grafschaft für die kirchliche Einteilung ausschlaggebend. Corvinus teilte die Grafschaft in drei Kirchenbezirke. An ihrer Spitze stellte er einen Superintendenten. Der erste Bezirk hatte seinen Mittelpunkt in Lemgo. Zu seinem Superintendenten wurde Johann Montanus, Pfarrer an St. Johann, berufen. Als dieser noch im gleichen Jahre starb, wurde Moritz Piderit, Pfarrer an St. Nikolai, zu seinem Nachfolger bestellt. Sein Bezirk umfaßte, außer den Gemeinden der Stadt Lemgo, die Gemeinden Salzuflen, Schötmar, Brake, Hillentrup, Talle, Langenholzhausen, Hohenhausen, Almena, Lüdenhausen und Silixen.



Die Kirche St. Nicolai in Lemgo, im 13./14. Jahrhundert im Stil einer gotischen Hallenkirche erbaut. Die St. Nicolaus, dem Schutzpatron der Kaufleute, geweihte Kirche ist die älteste der vier Kirchen Lemgos innerhalb der Stadtwälle. In der Kirche befinden sich ein Renaissance-Taufstein aus dem Jahre 1597, eine mit einem frühbarocken Deckel versehene Renaissance-Kanzel aus der Zeit um 1600, ein im Choraltar befindlicher Barockaufsatz von 1643 und Reste einer wieder freigelegten Gewölbemalerei (Rautenausmalung, Blumenornamente und Schriften) aus dem 17. Jahrhundert. Der hier oben im Bild sichtbare Spruch aus der Reformationszeit lautet: DAT EVANGELIUM VON CHRISTO IS EINE KRAFFT GODES / DE DAR SALICH MAKET ALLE DE DAR AN GELOVEN.

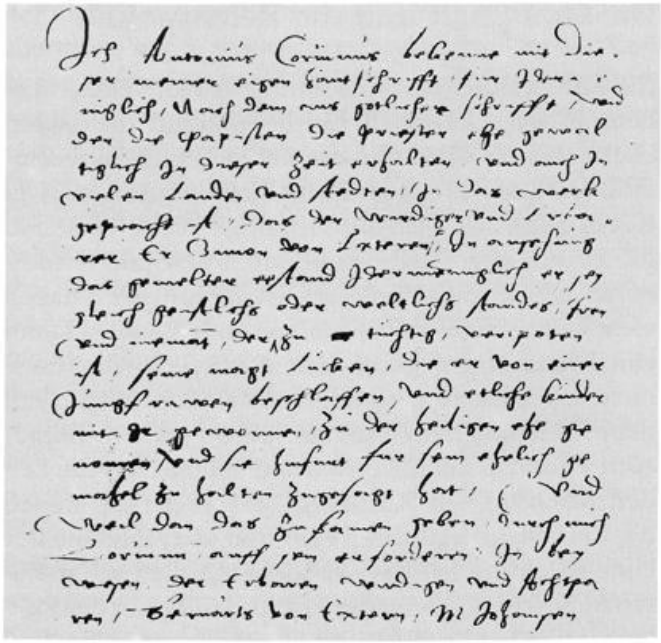
Der zweite Bezirk, zu dessen Superintendenten der Pfarrer Schliepstein oder Cotius in Horn berufen

wurde, bestand aus den Kirchspielen Horn, Detmold, Heiden, Oerlinghausen, Stapelage, Lage, Cappel, Donop, Meinberg, Schlangen und Heiligenkirchen.
Dem dritten Bezirk, dessen Superintendent der Pfarrer Konrad Meyer in Blomberg war, wurden die Pfarreien Blomberg, Bega, Alverdissen, Bösingfeld, Barntrup, Sonneborn, Reelkirchen, Schwalenberg, Elbrinxen, Wöbbel, Falkenhagen und die Klöster Blomberg und Falkenhagen zugeordnet.
Hamelmann berichtet, daß die drei Bezirke jährlich in Lemgo Synoden hielten, um die Einheit und Gemeinschaft der Pfarrgemeinden zu erhalten und zu stärken.
Eine Frucht der Visitation war eine neue evangelische Gottesdienstordnung. Sie ist ein kurzer Auszug aus der von Corvinus entworfenen Kalenberger Kirchenordnung von 1542. Ihre Aufgabe war nicht, die lippische Kirchenordnung von 1538 zu verdrängen, sondern sie zu ergänzen. In der Lippischen Ordnung von 1538 wird wenig über die Ordnung des Gottesdienstes ausgesagt. Corvinus wollte den Pfarrern mit seiner „Ordonnanz" ein Handbuch für den Gottesdienst, insbesondere für den Gottesdienst auf den Dörfern geben. Die Landpfarrer bedurften dringend einer solchen Anleitung, wenn sie Gottes Wort lauter und rein predigen und die kirchlichen Handlungen schriftgemäß vollziehen sollten. Die „Ordonnanz" beginnt mit einer kurzen Form der Absolution. Dann folgt ein Abschnitt über den Gottesdienst auf den Dörfern. Daran schließen sich Anweisungen für das Begräbnis, für die Wochengottesdienste und die Taufe. Am Schluß folgen Bestimmungen über den Unterhalt der Pastoren, der Küster und der Schulmeister. Die Obrigkeit wird ermahnt, daß sie „eyn flytich upseent hebbe, dat alle guder, tho den pharren thoberorch, ok by den pharren blyven und den pastoren ghereket werden moghen" (daß sie eine fleißige Aufsicht habe, damit alle Güter, die zu den Pfarreien gehören, auch bei den Pfarreien bleiben und den Pastoren belassen werden).
Bezieht sich die „Ordonnanz" vornehmlich auf die Lehre und den Gottesdienst, so gibt die „Zuchtordnung für Grafschaft Lippe, christliche Zucht und Ehrbarkeit aufrecht zu erhalten" Anweisungen für das christlich-bürgerliche Leben. Offensichtlich sollte sie mit Hilfe der Obrigkeit den Lastern der Zeit weh-


Zucht ordeninge der
Grafschop Lippe tho
Vnderholdende Christ
lyke tucht Vnd Erbarheit
1 Corinth 14 ta
Alle dinge schal vnder Jw ordentlyck
Vnd ordentlyken tho gan Vnd Jw
holden werden

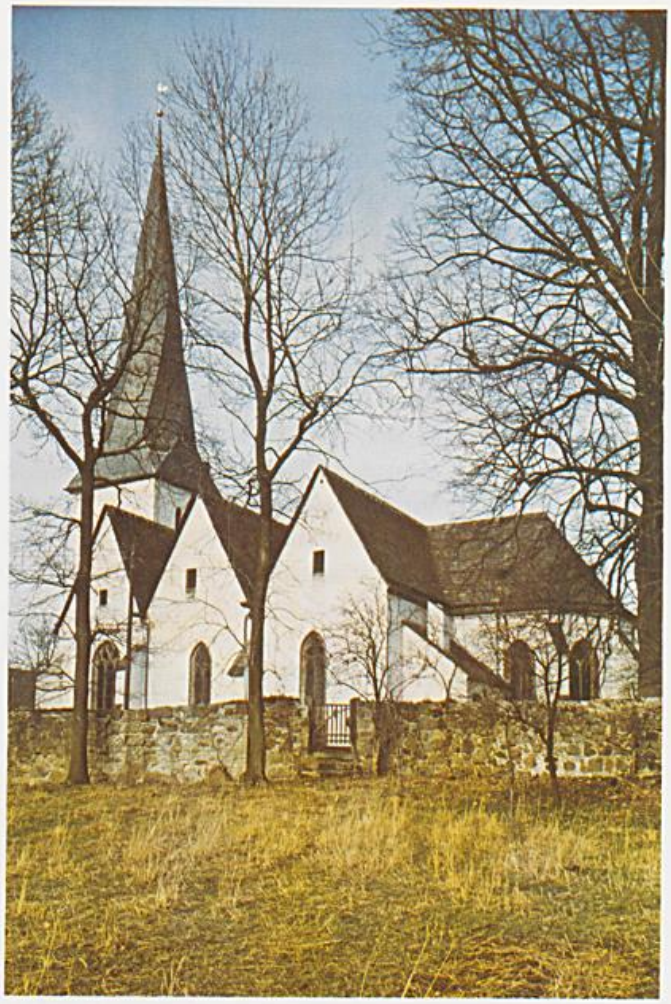
Die von Corvinius um 1542 entworfene „Zuchtordnung der Grafschaft Lippe, um christliche Zucht und Ordnung und Ehrbarkeit zu unterhalten". Corvinus stellte die Kirchenordnung unter den Leitgedanken: „Alle Dinge sollen unter Euch ehrlich und ordentlich zugehen und gehalten werden". Der Ordnung vorausgeschickt wird eine „Ermahnung"; es folgen die Kapitel: „Vom Schwert-Amt und Bestrafung offenbarer Laster", „Vom Schwören, Fluchen, Gotteslästerung und Verachtung Seines Wortes", „Daß während der Predigt und die Gemeinde versammelt ist, kein Ärger und Ähnliches geschehe", „Von Kindern, die ihre Eltern freventlich beleidigen", „Vom Ehebruch", „Von Hurerei", „Von den Kupplern", „Vom Fressen und Saufen", „Von Wucher und vermeintlichen Notkäufen", „Von Betrug und Aberglauben", „Von Arbeitsscheuen und Herumtreibern", „Eine allgemeine Satzung, wie allerlei Missetat zu bestrafen sei".

ren. Darum beginnt sie mit dem Amt des Schwertes und der Strafen für offenbare Laster. Dazu zählen: Mißachtung des Gottesdienstes, Ungehorsam, Ehebruch, Kuppelei, Fressen und Saufen, Betrug und Wucher, Umgang mit Arbeitsscheuen und Umhertreibern. Ein Ehebrecher, so sagt die Zuchtordnung, soll im Wiederholungsfalle so gestraft werden, „daß er in Zukunft immer daran denke". Hurerei soll nicht geduldet werden. Es wird verordnet, „daß ein jeder, er sei Geistlicher jeglicher Stellung oder Laie hohen oder niedrigen Standes, ohne Verzug dies ärgerliche Laster aufgeben" oder heiraten soll. Ist er dazu nicht bereit, soll er zuerst mit einer willkürlichen Geldstrafe, die im Wiederholungsfalle verdoppelt werden soll, belegt werden. Wird er ein drittes Mal überführt, soll er des Landes oder der Stadt verwiesen werden. Das „Laster des Vollsaufens" wird beim ersten Male mit einem Groschen bestraft. Im Wiederholungsfalle wird auch hier die Strafe verdoppelt. Des weiteren werden Richtlinien für den bei Feiern erlaubten Bierkonsum gegeben.



Im Zuge seiner in den Jahren 1541/42 im ganzen Lande durchgeführten Kirchenvisitation hatte Antonius Corvinus Klage über den Lebenswandel der Geistlichen geführt. Der Reformator hatte vor allem Anstoß daran genommen, daß eine Reihe von Geistlichen in eheähnlichen Verhältnissen lebte. Sie wurden aufgefordert, entweder ihre Konkubinate wieder aufzulösen oder aber in den Stand der Ehe einzutreten. Um ein Zeichen zu setzen, nahm Corvinus bei einem Detmolder Pastor – es war Simon von Exter – die Eheschließung selbst vor. Der auf zwei Seiten niedergelegte Heiratskontrakt, den Corvinus am 10. 6. 1542 eigenhändig ausgestellt hatte, trägt – in freier Übersetzung – folgenden Wortlaut: „Ich, Antonius Corvinus, bekenne mit dieser meiner eigenen Handschrift vor jedermann: Nachdem aus gotlicher Schrift, wider die Papisten, die Priesterehe gewaltiglich in dieser Zeit erhalten und auch in vielen Ländern und Städten in das Werk gebracht ist, daß der würdige und ehrbare Herr Simon von Exter, Pastor zu Detmold, in Ansehung, das gemelter Ehestand jedermann, er sei gleich geistlichen oder weltlichen Standes, frei und niemand, der dazu tüchtig, verboten ist, seine Magd Lucken, die er vor einer Jungfrauen beschlafen und etliche Kinder mit ihr gewonnen, zu der heiligen Ehe genommen und sie hinfort für seine eheliche Gemahl zu halten zugesagt hat. Er hat mich zum Zusammengeben aufgefordert ..."
Der Ehekontrakt war von Corvinus in der Pfarre zu Detmold besiegelt und von den Zeugen Bernhard von Exter, Johann Meier und Bernhard von der Lippe unterschrieben worden.
Durch seine Heirat hatte sich der anfangs in Glaubensfragen schwankende Simon von Exter endgültig von der katholischen Kirche gelöst. Der aus dieser Ehe hervorgegangene Johann von Exter war von 1566–1599 der erste lippische Generalsuperintendent. (Vgl. StA Detmold L 21 Nr. 55.)

Corvinus' „Ordonnanz" und seine „Zuchtordnung" geben uns einen Einblick in das kirchliche und bürgerliche Leben jener Zeit. Vermutlich wird es nicht so negativ gewesen sein, wie es hier scheint. Denn die positiven Seiten im Leben der Menschen jener Zeit waren so selbstverständlich, daß sie bei den Visitationen nicht erwähnt wurden, geschweige denn, daß man sie im Protokoll festgehalten hätte.
Die Corvinsche Visitation bewirkte, daß die reformatorischen Gedanken sich in den Jahren im Lande verbreiteten und bei den Menschen Eingang fanden. Daran konnten auch die Paderborner Versuche, die Lehren Luthers zu beseitigen, nichts ändern. Im Gegenteil, es war zu beobachten, wie diese auch in den dem Bischofsstuhl unmittelbar unterstehenden Gebieten des Hochstiftes immer weitere Kreise zogen. Überall tauchten Luthers Schriften auf und fanden beim Volke Zustimmung. Ein von dem Reformator Lippstadts, Dr. Johann Westermann, schon 1524 veröffentlichter Katechismus hat in diesem Gebiet zur Ausbreitung der reformatorischen Gedanken beigetragen. Vermutlich aber sind es die Mißstände in der Kirche, die Geldgier der Kurie, der Lebenswandel hoher und höchster kirchlicher Würdenträger gewesen, die das Volk nachdenklich stimmten und der Reformation den Weg in die Herzen der Menschen gebahnt haben. Welche Mißstimmung in jenen Jahren auch im katholischen Volk herrschte, geht aus dem Seufzer hervor, den der 1533 im Kloster Liesborn verstorbene fromme Mönch Bernhard Witte im Blick auf die Besetzung mehrerer Bischofsstühle macht: „O quantum Westfalici auri in insatiabiles romanorum fauces pro confirmatione horum pontificum missum est" (Wieviel westfälische Goldstücke sind für die Bestätigung dieser Priester durch die Schlünder der Römer gegangen).
Für Lippe ist die Corvinsche Visitation von großer Bedeutung gewesen. Sie hat in starkem Maße zum Fortgang der Reformation und zu ihrer Stabilisierung in den Gemeinden beigetragen. Man kann fragen, ob die reformatorische Bewegung ohne Corvin die einige Jahre später mit dem Interim einsetzenden Rekatholisierungsversuche des Kaisers überstanden hätte. Die vielseitigen Aufgaben, die Corvinus während seiner kurzen Tätigkeit in Lippe gelöst hat, rechtfertigen es, daß man ihn den Vater der Lippischen Landeskirche genannt hat. Diese hat nicht nur die schweren Zeiten des Interims und die Schrecken des 30jährigen Krieges überstanden, sondern auch alle staatlich-politischen und religiös-kirchlichen Veränderungen der folgenden Jahrhunderte überdauert.



Die Kirche in Heiden, neben der Kirche in Alverdissen und der Nicolai-Kirche in Lemgo die einzige Kirche in Lippe mit einem gewundenen Turmhelm. Verschiedene Bauperioden haben das Bild dieser stattlichen Kirche geprägt. Der Kirchturm wurde 1594 erbaut, doch schon 1633 wieder zerstört. In den Wirren des Dreißigjährigen Krieges konnte der durch ein Unwetter angerichtete Schaden nicht beseitigt werden. Am 5. 6. 1663 schrieb Pastor Plesmann im Namen des Kirchenvorstandes an den Landesherrn: „Ihre Hochgräfl. Gnaden zu Untertänigkeit vorzutragen und zu erinnern, können wir, zu Endsgenannten, Pfarrherr, Kirchendechen und Deputierten Namens des ganzen Kirchspiels Heiden nicht umhin, inmaßen in Anno 1633 durch die allgewaltige Hand Gottes des Allerhöchsten, und von demselben zu uns herabgeschicktes schweres Donnergewitter, der Kirchturm dieses Ortes leider abgeschlagen und bis auf das Mauerwerk verbrannt". Der Landesherr wurde gebeten, „daß zum Fundamente nötige Buchenholz aus dem Walde abfolgen (zu) lassen, hiesige Kirchspiels-Untertanen diesen Sommer mit etwan Vorforderung Extraordentlicher Fuhren (zu) verschonen und die wegen neugebauter Schule und Örgel erschöpfte Kirchen-Intraden mit Einwilligung einer Kollekten, wie sonst allenthalben manierlich, auch diese Zeit der Bräkischen Gemeine widerfahren, gnädiglicher Erfreuung und zu Hülfe kommen möchte". Es war geplant, „einen neuen Turm von etwa 70 Fuß, plus-minus, aufrichten und bauen zu lassen". Die Reparaturarbeiten haben sich über Jahrzehnte hingezogen. Um 1700 war die Kirche wieder in Stand gesetzt. 1843 wurde der Kirchturm erneut durch Blitzschlag erheblich beschädigt.

Bei den Erneuerungsarbeiten in der Kirche, verbunden mit der Entfernung der Seitenemporen im Jahre 1957, wurden einige, aus der vorreformatorischen Zeit stammende Gemälde, die jahrhundertelang von einem Kalkanstrich verdeckt waren, freigelegt. Es handelt sich dabei um die Figur des hl. Hubertus, um eine Darstellung des Martyriums vom hl. Sebastian und – im Chorraum zwischen den Chorfenstern – um die zwölf Apostel. Aus dem 16. Jahrhundert stammt die Freilegung eines Gemäldes vom hl. Christophorus im Südschiff der Kirche.

Die Anlage des erhöhten, teilweise noch mit Mauerwerk eingefaßten Kirchhofes zeigt die Reste einer mittelalterlichen Befestigung: die einzig verbürgte Anlage einer Kirchenburg in Lippe. Aus Funden (Tonscherben und verbranntem Holz) und Fundamentsresten ist zu schließen, daß an der Stelle der heutigen Heidenschen Kirche sowohl in vorromanischer Zeit – also zwischen 900 und 1000 n. Chr. – als auch in romanischer Zeit zwischen 1100 und 1200 Kirchen gestanden haben müssen, die durch Feuer zerstört wurden.

Die Grafschaft und die Reichspolitik

Die Entwicklung und Gestaltung des kirchlichen Lebens in der Grafschaft Lippe während der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts hat sich nicht unbeeinflußt von den Ereignissen im Reich vollzogen. Der Kaiser hatte seit 1520 auf vielfältige Weise versucht, die Einheit der Kirche zu erhalten bzw. sie wiederherzustellen. Während seiner Regierungszeit haben viele Religionsgespräche stattgefunden, hat es kaum einen Reichstag gegeben, auf dem die Kirchenfrage nicht zur Debatte gestanden hätte. Angefangen mit dem Reichstag in Worms im Jahre 1521, wo Luther zum Widerruf veranlaßt werden sollte, über die beiden Reichstage in Nürnberg 1522 und 1524, denen die Reichstage in Speyer 1526 und 1529 folgten. Der erste Reichstag in Speyer endete mit dem salomonischen Beschluß, daß jeder Reichsstand es in der Religionsfrage halten solle, „wie er das gegen Gott und kaiserliche Majestät hoffe und vertraue zu verantworten". Dieser Reichstagsabschied bedeutete keine Lösung, sondern lediglich eine Vertagung der Religionsfrage und eine – wenn auch kaum praktizierte – Verlängerung des Wormser Ediktes, das Luther und alle seine Anhänger in die Reichsacht getan hatte. Die evangelischen Reichsstände sahen in diesem Reichstagsabschied die rechtliche Grundlage für die kirchliche Reform in ihren Territorien. Der Beschluß,

der nicht den Intentionen des Kaisers entsprach, war allerdings nur zustande gekommen, weil Kaiser Karl aus außenpolitischen Gründen auf die Unterstützung der evangelischen Reichsstände angewiesen war. Türken und Franzosen bedrohten das Reich. Dazu gab es häufig Streit zwischen Kaiser und Papst. Jeder verfolgte seine Ziele, die sich durchaus nicht immer mit denen des anderen deckten. 1529 fanden sich die Reichsstände zu einem zweiten Reichstage in Speyer ein. Der Kaiser hatte inzwischen außenpolitische Erfolge errungen und war im Begriff, sich mit dem Papst zu einigen.

So kam es zur Aufhebung des Reichstagsabschiedes von 1526. Unter Führung des Königs Ferdinand, eines Bruders des Kaisers, wurde von der katholischen Mehrheit beschlossen, fortan tatkräftig gegen die Evangelischen vorzugehen. Dagegen konnte die evangelische Minderheit nur eine feierliche Protestation einlegen. Das ist der Grund dafür, daß die Evangelischen seit der Zeit auch Protestanten genannt werden.

1530 fand in Augsburg ein neuer Reichstag statt, auf dem der Kaiser selbst zugegen war. Er hoffte, die Religionsfrage auf dem Wege der Verhandlungen lösen zu können. Doch das Ergebnis der langen Verhandlungen blieb das alte: Die Evangelischen verharrten auf ihrem Standpunkt, der Kaiser drohte, war aber nicht imstande, seinen Drohungen Taten folgen zu lassen. Die kaiserliche Majestät begehrte auf dem Reichstage „eines jeden Gutdünken, Opinion und Meinung zu hören". Das hatte Luthers Mitarbeiter Melanchthon veranlaßt, im Auftrage des Kurfürsten von Sachsen eine Rechtfertigungsschrift der Evangelischen vorzulegen. Diese Schrift, die am 25. Juni 1530 auf dem Reichstage verlesen wurde, ist in die Geschichte der Kirche eingegangen. Wurde sie doch eine in fast allen lutherischen Kirchen der Welt gültige Bekenntnisschrift. Sie zählt bis heute auch zu den grundlegenden Schriften der Lippischen Landeskirche. Dabei ist allerdings strittig, ob es die Confessio Augustana, das Augsburger Bekenntnis von 1530 oder eine später in einigen Punkten veränderte Bekenntnisschrift ist (Augusta na variata oder invariata).

Als der Kaiser dieses Bekenntnis der Evangelischen zurückwies, verfaßte Melanchthon eine Apolacie, eine Verteidigungsschrift der Augustaner. Zur Widerlegung dieser evangelischen Schriften berief der Kaiser mehrere katholische Theologen, die eine Confutatio, eine Gegenschrift ausarbeiteten. Unter diesen Umständen verließen die evangelischen Stände unter Protest den Reichstag. Daraufhin setzte die katholische Mehrheit das Wormser Edikt erneut in Kraft und verhieß binnen Jahresfrist ein Konzil einzuberufen. Die evangelischen Reichsstände schlossen sich 1531 zum Schutz gegen die Durchführung des Wormser Ediktes zum Schmalkaldener Bund zusammen. Als die Türken in der Folgezeit wiederum das Reich bedrohten, kam es zu dem Nürnberger Anstand. Dieser gewährte den Evangelischen im Jahre 1532 zum ersten Male, wenn auch nur befristet bis zum nächsten innerhalb eines Jahres einzuberufenden Konzils, Duldung. Die kriegerischen Verwicklungen zwangen den Kaiser immer wieder, einen friedlichen Ausgleich zu suchen. Doch als der Landgraf Philipp von Hessen, bis dahin einer der eifrigsten Vertreter der lutherischen Lehre, 1541 aus persönlichen Gründen mit dem Kaiser ein Separatabkommen schloß, veränderte sich die Machtlage im Reich zu Gunsten des Kaisers. Als wenig später Philipps Schwiegersohn, der Herzog Moritz von Sachsen, dem Landgrafen folgte und aus dem Schmalkaldischen Bunde austrat, ohne aber der Kirchenreform zu entsagen, und der Kaiser nicht mehr von auswärtigen Feinden bedrängt wurde, konnte er 1545 darangehen, die Ketzer und fürstlichen Rebellen mit Waffengewalt zum Gehorsam gegen die kaiserliche Majestät und zur Rückkehr in die Kirche des Papstes zu zwingen. Zudem gelang es ihm endlich, sich mit dem Papst über ein Konzil zu verständigen, das letzterer immer wieder abgelehnt oder verzögert hatte. Zum 15. März 1545 wurde das Konzil nach Trient ausgeschrieben. Doch die Evangelischen lehnten die Teilnahme an diesem Konzil ab. Luther, der im folgenden Jahre starb, schrieb in diesen Wochen seine Schrift „Wider das Papsttum zu Rom, vom Teufel gestiftet". Nachdem die Evangelischen sich geweigert hatten, das Konzil zu beschicken, kam es zu kriegerischen Auseinandersetzungen mit dem Kaiser. Die Evangelischen wurden in der Schlacht bei Mühlberg besiegt. Landgraf Philipp, der zwar auf seiten der Schmalkaldener stand, aber durch sein persönliches Geheimabkommen mit dem Kaiser in seinen Entschlüssen behindert war, geriet in dessen Gefangen-

schaft. Damit war einer der bedeutendsten Führer der evangelischen Seite ausgeschaltet. Der Kaiser triumphierte! Doch da nahmen die Dinge eine schnelle und unerwartete Wende. Die Härte, mit welcher der Kaiser die Unterlegenen behandelte, erregte in Deutschland leidenschaftliche Erbitterung. Überraschend wechselte Moritz von Sachsen, der Judas von Meißen, wie er später genannt wurde, die Partei. Der Kaiser, der sich bei Innsbruck aufhielt, mußte fliehen, um nicht seinen Widersachern in die Hände zu fallen. Er rettete sich nach Villach in Kärnten. Damit hatte der Kaiser zwar die Schlacht gewonnen, aber den Krieg verloren.

Als er nach Beendigung des Krieges im Jahre 1548 auf der Höhe seiner Macht stand und sein letztes Ziel, die Beschränkung der Freiheitsrechte der Reichsstände und die Wiederherstellung der alten Kirche erreicht zu haben schien, nahm er die kirchlichen Angelegenheiten selbst in die Hand, zumal das Einvernehmen mit dem Papst schon wieder getrübt war. Auf dem Reichstag in Augsburg wurde 1548 das Augsburger Interim angenommen. Das schien das Ende des Protestantismus zu sein. Es war von den katholischen Theologen Pflug und Helding unter Assistenz des brandenburgischen Hofpredigers Agricola zustande gekommen. Als Zugeständnisse gewährte es den Evangelischen bis zum nächsten Konzil nur den Laienkelch und die Priesterehe. Im übrigen bestätigte es die katholische Lehre. Der Kaiser setzte dort, wo die Annahme des Interims verweigert wurde, seine Machtmittel ein. Es war vor allem Magdeburg, „unseres Herrgottes Kanzlei", wie es genannt wurde, das sich dem Interim widersetzte. Doch der Frontwechsel des sächsischen Herzogs Moritz hatte die politische Situation verändert. Nachdem der Kaiser so plötzlich von der Höhe seiner Macht gestürzt worden war, beherrschten die evangelischen Stände die politische Lage. Es kam zum Passauer Vertrag von 1552. Dieser gewährte den Evangelischen bis zum nächsten Reichstage stillschweigend Duldung.

Drei Jahre später, am 25. September 1555, wurde auf dem vom Kaiser berufenen Reichstage der Augsburger Religionsfriede geschlossen. Er besiegelte die Kirchentrennung, gewährte auch den Verwandten der Augsburger Konfession (Reformierte) reichsrechtliche Anerkennung, garantierte andererseits durch das reservatum ecclesiasticum (kirchlichen Vorbehalt) den Fortbestand der alten Kirche und sicherte die konfessionelle Geschlossenheit der einzelnen Territorien, die sich bis in das vorige Jahrhundert erhalten hat.

Im einzelnen besagte der Vertrag, daß kein Reichsstand um seiner Zugehörigkeit zum Augsburgischen Bekenntnisse oder zur „alten Religion" willen mit Krieg überzogen werden sollte. Das bedeutete nicht Religionsfreiheit im heutigen Verständnis dieses Wortes. Wer nicht den genannten „Religionen" angehörte, etwa die Taufgesinnten und Zwinglianer, blieb ausdrücklich von dem Frieden ausgeschlossen. Der Friede gewährte auch nur dem Landesherrn die Freiheit, sich für den einen oder anderen Glauben zu entscheiden. Die Untertanen hatten dem Bekenntnis ihres Landesherrn zu folgen oder sie mußten, ohne Schaden an Ehre und Gut zu nehmen, mit Weib und Kind auswandern. Diese Bestimmung bewirkte, daß in der Folgezeit die Einwohner mancher Territorien wiederholt ihren Glauben wechseln mußten. Paderborn und andere Gebiete, die einmal größtenteils evangelisch gewesen waren, wurden auf der Rechtsgrundlage des „reservatum eccelsiasticum" zur alten Kirche zurückgeführt. Dieser „geistliche Vorbehalt" besagte, daß ein zur evangelischen Lehre übertretender geistlicher Fürst, ein Bischof oder sonstiger kirchlicher Würdenträger, der ein Territorium regierte, seiner geistlichen Würde und aller damit verbundenen Territorialbesitzungen und Einkünfte verlustig ging.

Werfen wir noch einen kurzen Blick auf die Zustände in der „alten Kirche", wie sie von zeitgenössischen Vertretern dieser Kirche geschildert werden. Der päpstliche Nuntius Aleander (1480–1542) schreibt: „Die Religion ist in fast gänzlichem Verfall; alle Welt ist gleichgültig und kalt. Selten ertönen die Glocken; der Kultus hat fast aufgehört; niemand denkt noch an die Sakramente. Die Fürsten sind entweder ganz und gar Lutheraner oder in ihrem Haß gegen die Priester und in ihrer hinterlistigen Aneignung von Kirchengütern schlimmer als diese. Die Prälaten, in ihrem zügellosen Leben nicht im mindesten gebessert, glauben mit ihren Trinkgelagen die Laien an sich zu ketten und reizen sie dadurch nur noch mehr zum Haß gegen sich. Schon vor Jahren war ein Mönch wie ein weißer Rabe, heute sieht man keinen mehr. [Ein anderer Nuntius meinte sogar, es gebe

mehr Klöster als Mönche.] Die wenigen Priester sind liederlich und unwissend und daher den paar Katholiken, die etwa noch zu finden sind, verhaßt. Wer von den Priestern noch einige Bildung hat, geht zu den Lutheranern über." Ein anderer Nuntius berichtete aus Bayern, der Abfall sei ein allgemeiner, das Volk sei dem katholischen Glauben entfremdet, „Stunde um Stunde verlieren wir Seelen in großer Anzahl, und immer ärger werden die Verluste, so daß (wenn nicht der Papst anders als bisher Fürsorge dagegen trifft) da bald nichts mehr zu verlieren sein wird". Im Jahre 1533 erfahren wir, daß im Bistum Passau innerhalb von vier Jahren nur fünf Priester geweiht wurden. In ganz Deutschland, in Österreich und Böhmen blieben ungezählte Pfarreien aus Mangel an Priestern unbesetzt. Als der schon erwähnte Aleander 1538 als Kardinal nach Deutschland reiste, wurde er in Innsbruck feierlich empfangen. Aber die Geistlichkeit fehlte. Als Entschuldigung führte man an, daß in der königlichen Residenz kaum noch 12 Kleriker zu finden seien. Selbst nach den kirchlichen Pfründen war kein Begehr mehr. Von ca. 1000 Pfründen, die König Ferdinand zu besetzen hatte, waren nur 300 vergeben. Der streng katholische Bruder des Kaisers, König Ferdinand, gab nur einer weit verbreiteten Einsicht Ausdruck, wenn er „eine wahre und allgemeine Reformation der Christenheit" für unerläßlich hielt. Dem Kardinal-Legaten Aleander schleuderte er die Worte ins Gesicht: „Das sage ich Euch, wenn Ihr euch nicht reformiert und uns auch, dann werdet ihr mit uns zusammen untergehen."
Diesen Äußerungen ließen sich andere hinzufügen. Sie zeigen, wie dringend nötig die seit mehr als 100 Jahren erstrebte Reform der Kirche war. Doch die Reformkonzilien des 15. Jahrhunderts hatten wenig oder nichts gegen die Kurie ausrichten können. So war es schließlich zu der von Luther ebenfalls gegen den erklärten Willen der Kurie in Rom begonnenen Reform gekommen, die zu einer Reformation werden sollte. Daß es in ihrem Verlauf zur Spaltung der Kirche kam, ist nicht Luther anzulasten. Doch die Reformation hat auch die katholische Kirche erneuert. Diese Erneuerung hat auf dem Konzil von Trient (1545–1563) begonnen, ist aber im Gegensatz zu den reformatorischen Kirchen durchgeführt worden und hat so den Graben zwischen den Kirchen verbreitert und verfestigt.

Wer die verborgenen und verworrenen Fäden des Reformationszeitalters zu entwirren versucht, wer die im Blick auf ihr Ziel von Anfang an konsequente kaiserliche Politik verfolgt und die manchmal mit dem Kaiser konforme oder konträre päpstliche Kirchen- und Machtpolitik betrachtet und dem das Mit-, Neben- und Gegeneinander der evangelischen Seite gegenüberstellt, muß erkennen, daß nicht nur für die Schweiz, sondern auch für die Kirche gilt: „Dei providentia et hominum confusione (helvetia) ecclesia regitur", d. h. durch Gottes Vorsehung und der Menschen Verwirrung werden nicht nur die Schweiz und die Grafschaft Lippe, sondern auch die Kirche regiert. Das galt vor 400 Jahren, das gilt heute nicht minder.
Nach diesem Ausflug in die große Reichs- und Kirchenpolitik, der längst nicht alle wichtigen Stationen berührt hat, kehren wir von den Reichstagen, auf denen auch der Reichsstand Lippe gelegentlich vertreten gewesen sein dürfte, auf die lippischen Landtage zurück und nehmen den Faden da wieder auf, wo wir ihn nach der Corvinschen Visitation haben liegen lassen.

Die gewaltsame Lösung der Religionsfrage: Der Schmalkaldische Krieg

Die Weiterung der Protestanten, das in der äußersten Ecke des Reiches, in Trient geplante Konzil zu beschicken, gab dem Kaiser den erwünschten Grund, die unbotmäßigen Protestanten, wenn nötig auch mit kriegerischen Mitteln, endlich zur Räson zu bringen. Als die Evangelischen dagegen protestierten, daß der Papst zur Bekämpfung der Ketzer italienische Truppen ins Land schickte und aus den Niederlanden spanische Truppen anrückten, wurde ihnen geantwortet, daß die Gehorsamen nichts zu befürchten hätten. Die Lipper waren durch ihre Lehnsabhängigkeit von Hessen in einer zwiespältigen Lage. Wenn sie auch kein Mitglied des Schmalkaldener Bundes waren, so verlangte der hessische Landgraf doch die Erfüllung ihrer Lehnspflichten. Es blieb dem Grafen Bernhard nichts anderes übrig, als seine Vasallen aufzubieten und sie in Stärke von 23 Männern, die mit guten Pferden versehen und langen Spießen ausgerüstet waren, zum Hauptheer der



Die Kirchenkanzel in Elbrinxen. Die Holzkanzel mit ihren Motiven entstand 1562. Sie war das Werk des Meisters Hans Roding aus Horn. Von hier war die Kanzel im Jahre 1699 nach Elbrinxen gelangt.

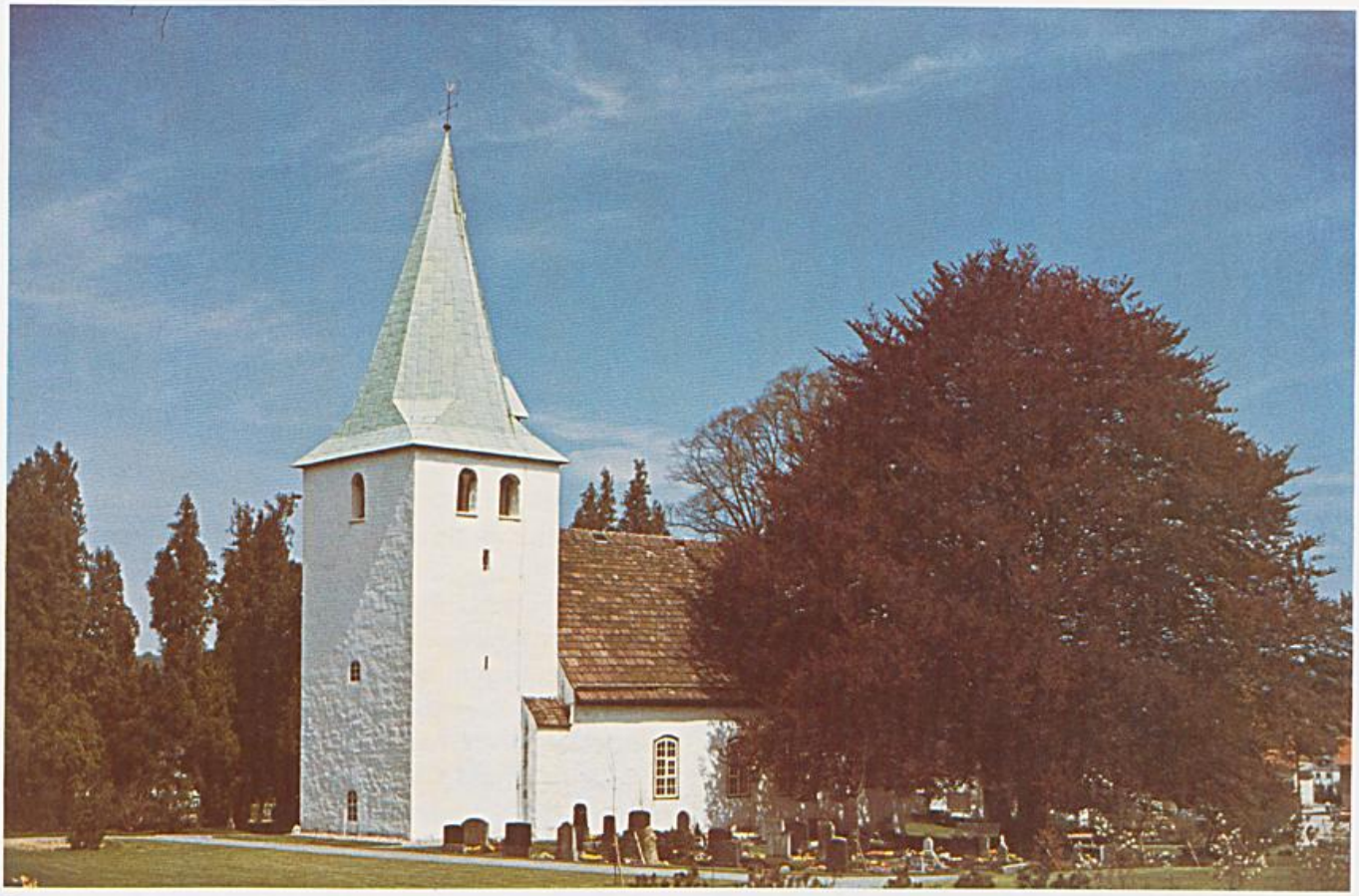
Schmalkaldener zu schicken. Im Dezember 1546 forderte der Landgraf weitere Reiter an. Obgleich die Unterhaltung der Truppen Sache des Lehnsherrn war, mußten die Lipper eine besondere Steuer ausschreiben, einen sogenannten Knechtsschatz, der vom Lohn der Knechte und Schwiepenjungen erhoben wurde.

In dieser Zeit mußte der Kurfürst und Erzbischof von Köln, Hermann von Wied, ein der Reformation nahestehender Kirchenfürst, auf das Erzbistum verzichten. An seine Stelle trat der uns schon bekannte Adolph von Schaumburg. In Paderborn wählte das Domkapitel Rembert von Kerßenbrock, einen streng katholisch erzogenen Geistlichen, zu seinem Bischof.

Ende 1546 drohten die bei Bielefeld lagernden kaiserlichen Truppen in die Grafschaft einzufallen. Die Grafschaft hätte sich nicht dagegen wehren können und auf Entsatz war nicht zu hoffen. So mußte man verhandeln. Doch die kaiserlichen Kommissare waren sich ihrer Macht und der Ohnmacht ihres Verhandlungspartners bewußt. Sie beschimpften die lippischen Unterhändler und bedrohten sie mit Acht und Oberacht. So mußten sie die Forderung der Kaiserlichen auf Gnade und Ungnade erfüllen. Andernfalls wäre ihr Landesherr, der junge Graf Bernhard, vogelfrei gewesen. Den Lippern blieb nur die Kapitulation. Die Grafschaft wurde kaiserliches Lehen. Dem Landgrafen in Kassel mußte die Lehnspflicht sofort aufgekündigt werden. Als Kontribution wurden 30000 Ggl. verlangt, die aber auf Bitten der Unterhändler auf 10000 ermäßigt wurden. Hermann von Mengerßen, einer der Unterhändler, erbot sich, 5000 Ggl. vorzuschießen. Die Ritterschaft erklärte sich bereit, dem Grafen mit Leib und Gut zu dienen. Der Graf bewilligte einen ganzen Landschatz, der mehr als ein Drittel der Forderung deckte. Alle geistlichen Güter und alle Feuerstätten wurden besteuert. Als die ganze Summe nicht gleich bezahlt werden konnte, drohten die kaiserlichen Kommissare, die Brandschatzgelder auf 15000 zu erhöhen, wenn nicht jeder von ihnen eine persönliche Verehrung bekommen würde. Doch Lippe blieb vor ihrem Einmarsch, und das hieß, vor ihrer Raub- und Brandschatzung, bewahrt.

Graf Bernhard entschloß sich erst nach Wochen, dem Landgrafen die Lehnspflicht aufzusagen. Dieser ließ ihm seine Mißbilligung aussprechen und erklärte, daß er nicht gewillt sei, ihn aus seiner Lehnsabhängigkeit zu entlassen. Ein paar Wochen später änderte sich die Gesamtlage. Die Evangelischen wurden in der Schlacht bei Mühlberg vernichtend geschlagen. Auch das lippische Aufgebot hatte die Niederlage nicht verhindern können!

Noch bevor der Kaiser den Reichstag in Augsburg eröffnete, kam ein kaiserliches Mandat nach Detmold. Es eröffnete dem Grafen, daß er als Rebell gegen den Kaiser alle seine Regalien und Freiheiten, seine Habe und Güter, ja auch Leib und Leben verwirkt habe, weil er sich für die geächteten Schmalkaldener, insbesondere für den Landgrafen von Hessen, eingesetzt habe. Der Kaiser verlangte bedin-



Die Kirche in Elbrinxen. Ihr romanischer Turm, der älteste Teil der Kirche, wurde im 11. oder 12. Jahrhundert erbaut. Sie gehört zu den wenigen Kirchen in Lippe, die inmitten einer noch heute benutzten Friedhofsanlage steht. Die Elbrinxer Kirche stellt – nach der Kilianskirche in Lügde – das zweitälteste Bauwerk in der im Zuge der kommunalen Neuordnung im Jahre 1970 gebildeten Großgemeinde Lügde dar, zu der insgesamt zehn Gemeinden gehören.

gungslose Unterwerfung und eine nochmalige Kriegskontribution von 8000 Talern.

Unter diesen Umständen hielt es die Landschaft nicht für ratsam, Graf Bernhard nach Augsburg reisen zu lassen. Sie richtete es so ein, daß sein jüngerer Bruder Simon Hermann den einstigen Vormund und jetzigen Kölner Erzbischof Adolph von Schaumburg, nach Augsburg begleitete. Als Vertreter des regierenden Grafen wurden Simon de Wend, ein überzeugter Anhänger der Reformation, und Johann Grothe aus Horn entsandt. Kiewning schreibt in seiner „Lippischen Geschichte": „Schon das Sprachengewirr während der Sitzungen war unerträglich; die Herren hatten den Eindruck, nicht einem deutschen, sondern einem spanischen Reichstag beizuwohnen. Überall vernahmen sie, daß die unterworfenen Stände dem Kaiser ungeheure Summen zum Opfer brachten, um ihn wieder zu versöhnen; aber auch die gehorsamen Anhänger wurden bis aufs Blut ausgepreßt, da der Kaiser selbst für seine Kriegsrüstungen aller Welt schuldete. Wer kümmerte sich da schon um die Grafschaft Lippe, deren Vertreter ausgerechnet mit leeren Händen kamen. Vergebens liefen sie von einem Fürsten zum anderen, antichambrierten überall, meist mit geballten Fäusten, stundenlang. In der kaiserlichen Kanzlei wurde ihnen bedeutet, daß man der Grafschaft noch viel mehr auferlegen werde als diese lumpigen 8000 Reichstaler, wenn sie nicht endlich mit ihrem Gejammer aufhörten. Man versuchte es mit Verehrungen bis hinauf zu dem mächtigen Günstling des Kaisers, dem jüngeren Granvella. Alles blieb wirkungslos."



Hermann Hamelmann, geb. 1525 in Osnabrück als Sohn eines Canonicus und Notars, war von 1555–1568 Pastor an der Pfarre St. Marien in Lemgo. Hamelmann war in der katholischen Lehre aufgewachsen und zum Geistlichen dieser Kirche ausgebildet worden. Doch bereits in Kamen, seiner ersten Wirkungsstätte, hatte sich Hamelmann öffentlich zur Lehre Luthers bekannt. 1555 kam Hamelmann, nachdem er seit 1554 an der Neustädter Kirche in Bielefeld gewirkt hatte, nach Lemgo, wo der eifrige, ja eifernde Lutheraner in den theologischen Auseinandersetzungen jener Tage eine führende Rolle spielte. Zu Seßhaftigkeit sollte Hamelmann erst 1573 kommen, dank der Berufung zum Generalsuperintendenten nach Oldenburg. Aber auch nach seinem Fortgang rissen die Beziehungen zu Lippe nicht ab, nachdem Hamelmann sich in zweiter Ehe mit der Tochter des Pastors Hermann Prott aus Cappel (1538–1570), Clara Prott, verheiratet hatte. Aus dieser Ehe gingen vier Töchter und ein Sohn hervor. Hamelmann starb 1595; er wurde in der Lamberti-Kirche in Oldenburg beigesetzt.

Am 10. Januar 1548 ließen die lippischen Unterhändler in einer feierlichen Audienz dem Kaiser durch den Grafen Simon Hermann eine Bittschrift überreichen. Darin wiesen sie nach, daß die beiden Grafen Bernhard und Hermann Simon wegen ihrer Unmündigkeit unschuldig an allem Geschehenen seien. Sie baten den Kaiser als den Beschirmer aller vater- und mutterlosen Waisen um den Erlaß der Kriegssteuer und um die erneute Erteilung und Bestätigung der ihnen aufgekündigten Regalien und Freiheiten. Doch auch dieser untertänige Schritt hatte keinen Erfolg.

Am 17. Februar kam ein kaiserliches Mandat nach Detmold, das die Eintreibung der 8000 Rtl. anordnete, und erst nach Erfüllung dieser Auflage sicherte er dem Grafen wieder kaiserlichen Schutz zu. Einige Tage später wurde Graf Bernhard, vertreten durch die beiden Unterhändler, vom Kaiser wieder mit den ehemals hessischen Lehnsgütern belehnt und im Besitz seiner Privilegien und Gerechtigkeiten bestätigt. (Erst Kaiser Ferdinand, der Bruder und Nachfolger Karls, willigte 1562 in die Rückgabe der Güter und setzte den Landgrafen wieder in seine alten Lehnsrechte ein.)

Am 29. Februar 1549 wurden die 8000 Rtl. bezahlt. Die ganze Bevölkerung Lippes hatte zu der Kontribution beigetragen; selbst Knechte und Mägde hatten ihr Scherflein gegeben. Damit war die Mission der lippischen Unterhändler erfüllt. Sie kehrten zurück. Simon de Wend starb einige Monate später.

Die Anstrengungen der Reise und die langwierigen erfolglosen Verhandlungen, die er im Auftrage seines jungen Landesherrn geführt hatte, hatten seine Lebenskraft verzehrt. Er war unverheiratet gewesen. Seinen riesigen Besitz erbte seine Mutter, eine geborene von Saldern. Er ist später zum größten Teil in den Besitz der Grafen zur Lippe übergegangen.

Lippe war vor den Greueln des Krieges verschont geblieben. Doch seine Einwohner hatten vom Greis bis zum Säugling je Kopf fast einen Taler Kriegskontribution zahlen müssen.

Die politische Lösung der Kirchenfrage: Interim, Passauer Vertrag, Augsburger Religionsfriede

Die Niederlage der Evangelischen im Schmalkaldischen Krieg gab dem Kaiser die Möglichkeit, die Kirchenfrage, die der Papst nicht hatte lösen können oder wollen, aus eigener Machtvollkommenheit zu regeln. Er bediente sich dazu zweier Reformdekrete. Das eine war das Interim, die „Erklärung, wie es der Religion halber bis zu Austrag des gemeinen concilii



Aus der Paſsion Chri-
ſti/ eine kurtze/ jedoch vberaus tröſtliche
Predigt/ von Simon Cyreneo/ der Chriſto vnſerm
Herrn das Creutze nachtrug/ vnd von ſeiner be-
deutung/ Auch rechtem verſtande ſolcher
geheimnus/ mit weiter erklerung
aller worte vnd vmbſtende/
ſehr nützlich zu leſen.

Geſchrieben zu ehrn der Wolgebor-
nen Frawen/ Fraw Vrſulen/ Graffin-
nen zur Lippe/ Spiegelbergk/ vnd
Pirmunth/ etc.

Getruckt zu Lemgo/ durch
Johan Schuchhenn.

Eine von Hamelmann am Gründonnerstag 1559 im Observanten-Kloster gehaltene Predigt über Simon von Cyrene, die er „auf etlicher Bitten", doch „diesen Sermon in die feddern zu erfassen", als Druck der Gräfin zur Lippe-Spiegelberg-Pyrmont in Erinnerung an deren 1557 bei Camprai gefallenen Bruder als „Trostpredigt ... communicierte". Ob der Druck dieser Predigt noch im Jahre 1559 erfolgt ist oder erst ein Jahr darauf, läßt sich nicht mehr genau feststellen. Die kleine, noch gut erhaltenen Schrift gehört aber in jedem Fall zu den frühesten Druckerzeugnissen, die in Lemgo erschienen sind. (Der seltene Predigt-Druck befindet sich im Stadtarchiv in Lemgo.)

gehalten werden soll". Diesem am 15. Mai 1548 in Augsburg den Reichsständen vorgelegten Reichsgesetz folgte 4 Wochen später die Formula reformationis. Letztere betraf nur die geistlichen Reichsstände, die Bischöfe und andere Würdenträger, die zugleich weltliche Herren und Fürsten waren. Beide Dekrete bilden den Versuch eines kaiserlichen Reformwerkes.

Das Interim zielte auf eine vermittelnde Lösung in den Lehrfragen. Es sollte nur eine befristete Gültigkeit besitzen, bis die strittigen Fragen durch ein Konzil geregelt wurden. Die Formula reformationis erstrebte – worum die Reformkonzilien des 15. Jahrhunderts sich vergebens bemüht hatten – die Erneuerung der Kirche sowie die Abstellung der an anderer Stelle genannten Mißstände und Mißbräuche, die Zucht und Ausbildung der Geistlichkeit, kurz, die Wiederherstellung der kanonischen Ordnung.



HERMANNI HAMELMANNI,
S.S. Theol. Licent. & dum viveret Superint. Oldenburgici,
OPERA
GENEALOGICO-
HISTORICA,
De
WESTPHALIA & SAXONIA
INFERIORI.
In quibus non ſolum Res geſtæ Seculi XVI.
&
Anteriorum temporum, tam Eccleſiaſticæ quam Politicæ,
fideliter & pari judicio exhibentur
Sed & de totius Weſtphaliæ provinciis, urbibus, incolis veteribus, viris literatis, Comitum familiis, ac imprimis de renatâ in præcipuis Weſtphaliæ & reliquæ Saxoniæ civitatibus & Principum ac Comitum ditionibus, puriore Evangelii doctrinâ,
accuratiſſima hiſtoria traditur,
Partim ex Manuſcriptis Auctoris, hactenus ineditis, ex auguſtâ Guelpherbytana Bibliotheca communicatis, partim ex aliis ejus ſeparatim quondam publicatis opuſculis, in unum volumen congeſta.
Ab
ERNESTO CASIM. WASSERBACH. JCto.
Acceſſit
Vita HAMELMANNI, cum indice ſufficientiſſimo.
LEMGOVIÆ,
Typis & Sumptibus HENRICI WILH. MEYERI, Typographi Aulæ Lippiacæ.
Anno MDCCXI.

Diese Sammlung Hamelmannscher Schriften hatte der lippische Historiker Ernst Kasimir Wasserbach (1664–1709) für den Druck vorbereitet; sie erschien zwei Jahre nach seinem Tod im Jahre 1711 in Lemgo. Das Werk weist Hamelmann als einen der bedeutendsten westfälisch-lippischen Kirchenhistoriker des 16. Jahrhunderts aus. Aufschlußreich sind vor allem Hamelmanns Aufzeichnunen über die Ereignisse während der Reformation, hier im besonderen seine Beschreibungen westfälisch-lippischer Städte, seine Genealogien gräflicher und bürgerlicher Familien sowie seine Reformationsgeschichte von Lippe, Lippstadt und Lemgo. Einige dieser Schriften waren schon zu Lebzeiten Hamelmanns erschienen.

Der Kaiser gab sich aber nicht mit einem formalen Gesetzeswerk zufrieden. In den folgenden Wochen ergingen an alle Reichsstände Mandate mit der Aufforderung, das Interim anzunehmen. Lippe blieb dabei nicht ausgeschlossen. Graf Bernhard wurde aufgefordert, das Interim innerhalb von 30 Tagen in seiner Grafschaft einzuführen. Daß es dem Kaiser damit voller Ernst war, bestätigte der kaiserliche Vizekanzler mit den Worten: „Das ist des Kaisers Meinung, daß er das Interim gehalten wissen will, und solle er ein Königreich darüber setzen. Lernt nur das Alte



Bei den Restaurierungsarbeiten in der Kirche zu Sonneborn in den fünfziger Jahren wurden an verschiedenen Stellen Wand- und Dekkenmalereien aus der Reformationszeit entdeckt. Nach Entfernung des Kalkanstrichs kamen Malereien zum Vorschein, die Szenen aus dem Alten und Neuen Testament zeigen. Es mögen ursprünglich etwa fünfzig Bilder gewesen sein, mit denen der unbekannte Maler die Kirche geschmückt hat. Ein großer Teil der Bilder diente der Darstellung der Leidensgeschichte Christi und der Illustration zeitgenössischer Katechismen. Die Wand- und Deckenmalereien sind vermutlich zu Beginn des 17. Jahrhunderts mit Tünche überzogen worden, nachdem Lippe zum reformierten Bekenntnis übergetreten war. Die Motive haben eine eingehende Darstellung gefunden in einer von Hilde Clausen in der Zeitschrift „Westfalen" veröffentlichten Abhandlung „Wandmalereien aus lutherischer Zeit in der Pfarrkirche zu Sonneborn" (1963). Die Verfasserin schreibt: „Überraschend und ganz einmalig in unserem Gebiet ist das reiche Bilderprogramm in Sonneborn, das ursprünglich wohl fünfzig Wandbilder umfaßte. Es zeugt von dem neuen lutherischen Geist, der seit Einführung der Reformation in Lippe im Jahre 1538 allmählich die lippische Kirche durchdrang und sie für zwei Menschenalter bestimmte. Bezeichnend für den Geist der Zeit sind sowohl die neuartigen Bilderfolgen, die in Sonneborn im Zentrum des Interesses stehen, wie auch einige überkommene Themen, die noch beibehalten wurden."

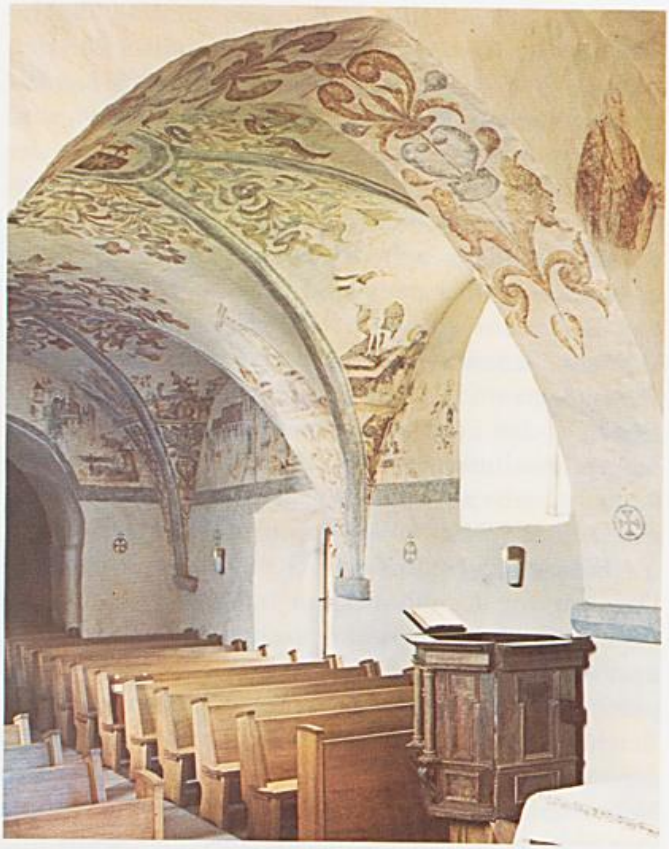
wieder, oder man wird euch Leute schicken, die es euch lehren", und mit Anspielung auf die im Reiche anwesenden spanischen Truppen fügte er hinzu: „Ihr sollt noch spanisch lernen."
In Detmold suchte man die Sache hinauszuschieben. Man verwies darauf, daß der junge Bernhard VIII. erst vor kurzem die Regierung übernommen habe und sich zuvor mit den Vormündern ins Benehmen setzen müsse. Doch alle diesbezüglichen Versuche scheiterten an der Unnachgiebigkeit des Paderborner Bischofs Rembert von Kerßenbrock. Dieser war in Rom ausgebildet worden und hatte sich als Archidiakon von Steinheim schon 1538 der Einführung der evangelischen Kirchenordnung in Lippe widersetzt. Dem Grafen blieb keine andere Möglichkeit, als das Interim anzuerkennen und den Pfarrern die Durch-

führung zu befehlen. Er teilte das dem Bischof mit, bemerkte aber ein wenig ironisch, wenn es an dazu bereitwilligen Pastoren fehle, möge er selber Rat schaffen.

Ein Mittel zur Durchführung der kaiserlichen Reformation sah man in der Abhaltung von Diözesansynoden und der Durchführung von Visitationen. Die Schwierigkeit lag in dem Nebeneinander von Interim und Formula. Die Geltungsbereiche konnten sich überschneiden. Das Interim bezog sich auf die evangelischen Gebiete. Die Formula reformationis auf die altgläubigen, aber sie war nicht darauf begrenzt. Nirgendwo war ausdrücklich gesagt worden, daß die evangelischen Gebiete von der Formula, dem kaiserlichen Reformationswerk ausgeschlossen seien. Das bedeutete, daß der Bischof von Paderborn sich auf Grund der „Kaiserlichen Reformation" bevollmächtigt glaubte, auch im Gebiet der neugläubigen Reichsstände, in diesem Falle auch in Lippe, katholisch reformieren zu können.

Zwar haben die weltlichen Reichsstände das Eingreifen der Bischöfe nicht immer widerspruchslos hingenommen. Die bischöflichen Visitationen fanden nicht in allen reformierten Territorien Zugang. Sie mußten sogar in manchen Gebieten auf die Visitation verzichten.

Rembert von Kerßenbrock war nach dem Rücktritt des Kölner Erzbischofs Hermann von Wied am Pfingstfest 1547 in Paderborn zum Bischof geweiht worden. Seine Wahl bedeutete eine Absage an die reformatorischen Neigungen seines Vorgängers Hermann von Wied. Rembert setzte den Kampf gegen die Evangelischen, den er schon als Archidiakon in Steinheim begonnen hatte, in Paderborn in verstärktem Maße fort. Am 16. Oktober 1548 hielt er die vom Kaiser vorgesehene Synode ab. Auf dem Landtag in Vahlhausen am 11. Oktober 1548 wurden die lippischen Pastoren aufgefordert, an der Synode teilzunehmen. Das bedeutete, daß Lippe, zumal Paderborn hier Lehnsrechte besaß, den Widerstand aufgab. Außerdem war einer der Vormünder, Graf Adolph von Schaumburg, Erzbischof in Köln. Von den meisten Pfarrern liegt keine Reaktion auf das landesherrliche Mandat vor. Doch der Horner Pfarrer Schliepstein weigerte sich, das Interim zu befolgen. Er erklärte, lieber auf seine Pfarre verzichten zu wollen. Auch Lemgo leistete Widerstand. Wie viele



Die farbigen Bildmotive und das Rankenwerk in der Kirche zu Sonneborn aus der 2. Hälfte des 16. Jahrhunderts wurden in den Jahren 1953/54 wieder freigelegt. Die (z. T. schadhaften) Motive verdienen wegen ihres reformationsgeschichtlichen Inhalts besondere Beachtung.

lippische Pfarrer auf der Bischofssynode erschienen sind, ist ungewiß. Klarheit über die Einstellung der lippischen Geistlichkeit brachte erst die am 20. März durch bischöfliche Kommissäre vorgenommene Visitation in Lemgo. Hier waren der Dekan des Busdorfstiftes in Paderborn, der aus Blomberg gebürtige Liborius Schmidt, bis 1539 Inhaber einer Blomberger Pfarrstelle, und der Dombenefiziat Hieronymus Brinkmann mit der Durchführung der Visitation beauftragt worden. Ob der bischöfliche Sekretär Heinrich von Köln dabei zugegen war, ist ungewiß.

Die Visitatoren suchten nicht die einzelnen Gemeinden auf, sondern bestellten die Pfarrer und Templier, d. h. die für die Vermögensverwaltung zuständigen Laien, sowie andere nach Lemgo. Da sich Lemgo der Visitation widersetzte und auch die Lemgoer Pfarrer nicht erschienen, fand die Visitation vor den Toren der Stadt bei der Kirche St. Johann statt. Es sei daran

erinnert, daß sich die Stadt auch von der Corvinschen Visitation 1542 ausgeschlossen hatte. Von den Lemgoer Pfarrern unterzog sich nur der vor den Toren der Stadt residierende Pfarrer an St. Johann und Kaplan der Gertrudenkapelle, die gleichfalls vor der Stadt lag, der Visitation. Alle übrigen lippischen Pfarrer sind vermutlich in Lemgo erschienen. Offensichtlich mußten sich die katholischen Visitatoren ebensowenig über mangelnden Gehorsam beklagen, wie das 7 Jahre zuvor Corvinus hatte tun müssen.
Den zur Visitation gekommenen Pfarrern wurde ein Fragebogen mit 18 Fragen vorgelegt. Daraus ist ersichtlich, daß Fragebögen nicht erst eine Erfindung des 20. Jahrhunderts sind. Der Wortlaut der Fragen ist nicht mehr vorhanden. Der Gegenstand der Fragen läßt sich aber aus den protokollierten Antworten der Befragten erschließen.
Das Interrogatorium begann mit Fragen nach der Person: ob Priester, wann und wo geweiht, wann und wie in die Pfarrstelle installiert, ob die Standespflichten (Breviergebet, das Tragen der geistlichen Tracht) erfüllt werden. Weitere Fragen bezogen sich auf den Amtsvorgänger, den Pfarrbezirk, etwaige Nebenämter, an der Kirche vorhandene Benefizien. Des weiteren wurde nach Häretikern und Sektierern in der Gemeinde gefragt (Lutheraner, Wiedertäufer u. a.). Besonders wichtig war die Frage nach den häuslichen Verhältnissen: ob der Vernommene eine Magd halte, im Ehestande oder im Konkubinat lebe. Wir erinnern uns, daß Corvinus sich 7 Jahre zuvor bemüht hatte, die Konkubinate durch eine förmliche Eheschließung zu legalisieren. Wer sich verehelicht hatte, erhielt bei der jetzigen Visitation einen Minuspunkt. Die übrigen Fragen bezogen sich auf die wirtschaftliche Situation, die Einkünfte, die Wohnung, die Verwaltung, auf die kirchlichen Gewänder und Gerätschaften, auf die Verwahrung des Allerheiligsten, das ewige Licht, das Taufwasser, auf Bilder und Altäre. Erst dann kamen die Fragen nach den Zeremonien, den Sakramenten und den Dogmen an die Reihe. Manch einer der Befragten gab ausweichende Antworten oder suchte sich durch die Berufung auf zuvor ergangene Landesherrliche Anordnungen der Verantwortung zu entziehen. Die Sorge um Gefährdung der materiellen Existenz dürfte sich weder jetzt noch 1542 günstig auf die Aussagen ausgewirkt haben. Wer sich aber vorrangig auf den Gehorsam gegenüber der Landesherrschaft berief, lehnte damit die bischöfliche Jurisdiktionsgewalt ab. Die Pfarrer Konrad Meier zu Blomberg und Christiani in Salzuflen hatten den Mut, den Visitatoren zu erklären, sie seien nur bereit zu gehorchen, wenn es nicht gegen das Gewissen gehe.
In den zum Bistum Minden gehörenden Gemeinden Nordlippes scheint keine Visitation stattgefunden zu haben.
Wer 1542 vor dem Visitator bestehen wollte, mußte sich auf das Neue berufen; wer jetzt auf eine günstige Beurteilung hoffte, war genötigt, seine Bindung an das Alte herzustellen. Wer will es jenen Männern verargen, wenn nicht alle von Bekennermut strotzten?! Nicht jeder war ein Luther und bekannte: „Nehmen sie den Leib, Gut, Ehr, Kind und Weib, laß fahren dahin ..."
Das Protokoll bringt weitere Aufschlüsse über das Stellen- und Ämterwesen, das schon seit langem ein Stein des Anstoßes gewesen war. Die Abstufung von verus pastor, d. i. der tatsächliche Pastor oder Stelleninhaber, und dem vicecuratus, dem Stellvertreter oder Heuerpfaffen, die Anhäufung von Pfründen und Einkünften auf der einen und die dürftige Lage der amtierenden Kleriker auf der anderen Seite tritt bei der Visitation anschaulich in Erscheinung.
Die Corvinsche Visitation hatte hinsichtlich der familiären Verhältnisse der Pfarrerschaft insofern Erfolg gehabt, als bei der katholischen Visitation die Zahl der zölibatären, d. h. der nicht verheirateten, Pfarrer sehr gering war. Die Tatsache der Verheiratung konnte seit 1542 als Kennzeichen für den Anschluß an die neue Lehre, die Anerkennung der landesherrlichen Kirchenordnung und die Absage an Paderborn gesehen werden. Die im östlichen Teil Lippes gelegenen Gemeinden waren konservativer. Sie gehörten zum Archidiakonat Steinheim. Vielleicht war darin schon eine Wirkung der Tätigkeit des früheren Archidiakons von Kerßenbrock zu sehen. Die katholischen Zeremonien waren inzwischen in Lippe fast ganz außer Gebrauch gekommen. In manchen Gemeinden hatten die Pfarrer mit Rücksicht auf die Gemeinden nicht gewagt, die katholischen Riten wieder einzuführen. Das sacrum, die heilige Messe in geweihten Gewändern, aber ohne den Kanon, d. h. ohne das Meßformlar, wurde nach Aussage Graf Bernhards noch in vielen Gemeinden gehalten. Hin-

gegen seien die deutschen Gesänge beseitigt. Nur in wenigen Gemeinden werde der Gottesdienst noch in der unveränderten alten Meßform gehalten. Die lateinische Messe ohne Kanon scheint vor dem Interim die allgemeine Gottesdienstform gewesen zu sein. Lediglich die deutschen Gesänge fielen dem Interim zum Opfer. Stärker sind die Unterschiede hinsichtlich des Gebrauchs der Sakramente. An die Siebenzahl der Sakramente hielt man sich nur noch an drei Orten. Eine andere Gruppe erklärte, persönlich zwar die sieben Sakramente anzuerkennen, aber nur drei zu praktizieren und zu lehren. Der Pastor in Blomberg, Konrad Meier, erklärte frank und frei, nur drei Sakramente, Taufe, Abendmahl und das Bußsakrament, zu lehren und zu gebrauchen. Auch der Pastor an St. Johann in Lemgo übte nur noch drei Sakramente.

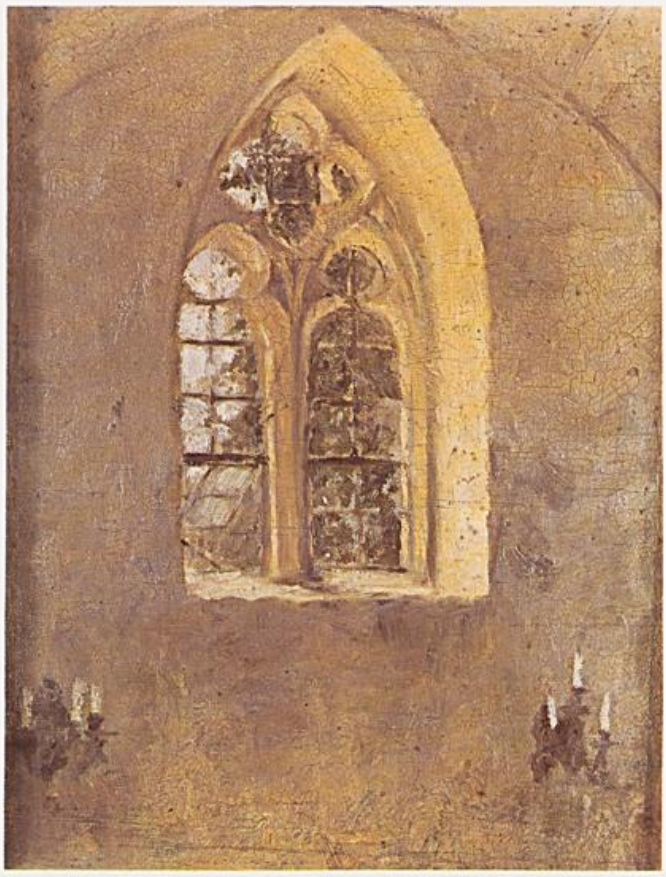
Wenig konkret sind die Aussagen hinsichtlich der Lehre. Das mag aber damit zusammenhängen, daß keine langen Antworten protokolliert worden sind. Auch die sich zur alten Lehre bekannten, betonten einschränkend, daß sie diese wegen der Kirchenordnung nicht öffentlich vertreten hätten.

Während im Pfarr- und Pfründenwesen keine großen Änderungen erfolgt waren, hatte sich in den lippischen Klöstern in der Sicht der Visitatoren manches zum Schlechteren gewandt. Die beiden Lemgoer Frauenklöster und das Franziskanerkloster konnten nicht visitiert werden, da den Visitatoren der Zutritt in die Stadt verwehrt war. Auch über das Detmolder Kloster wird nichts berichtet. In Falkenhagen lebten noch 4 Patres und 11 Laienbrüder im Kloster. 1518 waren es noch 27 Priester und 44 Laienbrüder gewesen. Von den Priestern war einer Prior, einer Prokurator, ein dritter Subprior. Die Besitzungen und Einkünfte des Klosters waren nicht angetastet worden. Doch das Stundengebet war eingestellt. Der Gottesdienst wurde in Form der lutherischen Messe gehalten und das Abendmahl in beiderlei Gestalt gereicht. Nach Urteil der Visitatoren waren nur noch der Subprior und ein Konventuale als orthodox katholisch zu bezeichnen. In Blomberg war die Lage ähnlich. Die Zahl der Konventsmitglieder war aber noch stärker zusammengeschrumpft. Der Konvent zählte nur drei Mitglieder, die beim Alten geblieben waren.

Aufs Ganze gesehen bestätigen die Visitationsprotokolle mehr den Zustand, wie er sich nach der Corvinschen Visitation herausgebildet hatte. Von einer Wirkung der Interimsbestimmungen ist wenig zu merken. Als Folge der Interimsannahme durch das Land war der Pfarrer in Horn durch einen Interimspfaffen ersetzt worden. Doch war der Horner Pastor freiwillig zurückgetreten. Dem Pfarrer in Talle wurde die Verwaltung der Sakramente untersagt, weil er nicht die Priesterweihe besaß. In etwa kann man sagen, daß die Visitationsprotokolle mehr von der Wirkung der Reformation berichten als von der des Interims. Von einer Annahme, geschweige denn von einer freiwilligen Übernahme des Interims durch die lippische Geistlichkeit kann keine Rede sein, wohl von einer durch den Druck des Bischofs erzeugten Bereitschaft. Der Gehorsam gegenüber dem Landesherrn stand bei fast allen Pfarrern vor der Jurisdiktion des Bischofs.

Johannes Bauermann faßt in seiner Abhandlung über „Die katholische Visitation in Lippe im Jahre 1549" das Ergebnis zusammen: „Von einzelnen Relikterscheinungen abgesehen, die im östlichen Landesteil stärker hervortreten, führt das Visitationsprotokoll einen status in sacris vor Augen, der durchaus im Sinne der Zeit als reformatorisch anzusprechen sein dürfte. Nur erweckt die Haltung eines beträchtlichen Teiles der lippischen Geistlichkeit nicht eben den Eindruck, als sei die reformatorische Lehre in Lippe schon überall genügend gefestigt gewesen. Wirklich Verlaß war nur auf wenige unter den Geistlichen. Allem Anschein nach hatte das Neue an den Gemeinden einen festeren Rückhalt oder war zumindest die Ablehnung des Alten bei ihnen entschiedener, und zwar nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem platten Lande, wo die Geistlichkeit sichtlich stärker dem Alten verhaftet war. Was nach dem Ergebnis der Visitation zu urteilen am festesten stand, war der Gehorsam der Geistlichkeit gegenüber der landesherrlichen Obrigkeit. Auch die in ihren Reihen, die innerlich dem Alten zuneigten, machten eine Änderung ihrer Haltung bis auf wenige Ausnahmen von einer landesherrlichen Anordnung abhängig."

Die Visitatioren haben aus dem Ergebnis ihrer Befragung zunächst keine Folgerungen gezogen. Auch von Seiten des Landesherrn geschah vorerst nichts. Graf Bernhard, der schon früher erklärt hatte, daß „ihm von Jugend an die ganze päpstliche heuchleri-



Kirchenfenster in Sonneborn. Ölgemälde von August Ewerbeck. Um 1908. Im Privatbesitz von Pastor Ewerbeck, Brake.

sche Religion zuwider gewesen, etwas aus Zwang tun und verhängen zu müssen, was Gottes Wort und seinem eigenen Gewissen zuwider" sei, drängte nicht von sich aus darauf, aus der Visitation Konsequenzen zu ziehen. Dazu bedurfte es eines erneuten Anstoßes aus Paderborn. Dieser kam am 29. Oktober 1549. Bernhard wurde vom Bischof gemahnt, „die Ordnung des Interims ferner ins Werk zu stellen", damit er, der Bischof, nicht gezwungen sei, den Kaiser zu informieren. Bernhard verpflichtete sich daraufhin, die Pastoren nochmals aufzufordern, das Interim anzunehmen; zugleich versprach er, den Renitenten „Kirche, Renten, Haus und Hof zu verbieten" und sie durch interimswillige Geistliche zu ersetzen. Unter dem Druck der Verhältnisse hat Bernhard diese Drohung in einigen Fällen verwirklicht. Die Pastoren in Blomberg, Bösingfeld und Salzuflen mußten ihren Dienst quittieren. In Lemgo erfolgte ein Wechsel in der Besetzung einiger Pfarrstellen. Die Pfarrer Piderit, Weygenhorst und Jason legten ihre Ämter nieder. Auch die Zeremonien und Gottesdienstordnungen wurden jetzt, wenn auch gezwungen, auf den vom Interim geforderten Stand gebracht.

Doch dei providentia, dank der Vorsehung Gottes, dauerten die Drangsale, die jetzt über die Evangelischen hereinbrachen, nur bis 1552. Nachdem Moritz von Sachsen gegen Ende des Jahres 1551 die Front gewechselt hatte, vom Kaiser abgefallen und dieser nur mit knapper Not der Gefangenschaft entgangen war, brach die kaiserliche Kirchenpolitik in sich zusammen. Es kam zum Passauer Vertrag, der den Evangelischen Reichsständen bis zum nächsten Reichstage stillschweigend die Duldung gewährte. Drei Jahre später, am 25. September 1555, wurde der Augsburger Religionsfriede geschlossen. Er ermöglichte den Parteien ein friedliches Nebeneinander. Den Landesherren gewährte er, nach dem dort beschlossenen Grundsatz „cuius regio, eius religio" (Wer das Land besitzt, bestimmt die Religion der Bevölkerung), das Recht der freien Religionsausübung. Das hatte allerdings nichts zu tun mit dem heutigen Grundrecht der Religionsfreiheit. Lediglich der Landesherr konnte zwischen den beiden christlichen Konfessionen wählen. Die Untertanen mußten sich seiner Entscheidung anpassen. Die Folge war ein mancherorts wiederholter Konfessionswechsel.

Bereits nach dem Passauer Vertrage konnte man in Lippe aufatmen. Der Druck aus Paderborn ließ nach. Hermann Hamelmann, der von 1555 bis 1568 Pastor an St. Marien in Lemgo war, schreibt: „Erant multi Nicodemi inter Pastores, qui circa Annum Domini 1552 & 1553 juxta priorem formam Sacramenta administrare, Psalmos Germanicos canere & papisticax Sacra abjicere coeperunt: Pauci senes ab incunabulis ad Missas Papisticas, Invocationes Sanctorum, Vigilias & alias Superstitiones assuefacti, mordicus haeserunt in Interimistica Interreligione, ut Engelbertus Culravius, Joannes Dennius, Joannes Kotmannus, pastor in Hilverntorp & plerique alii" (Da gab es um 1552/53 unter den Pastoren manche Nikodemusse, die wieder anfingen, die Sakramente nach früherer [evangelischer] Weise auszuteilen, die deutsche Lieder singen ließen und die päpstlichen Heiligtümer wegwarfen. Nur wenige Alte, die von Kindesbeinen an die päpstliche Messe, an die Anrufung der Heiligen, an Vigilien und andere abergläubische Bräuche ge-

wöhnt waren, blieben verstockt bei der interimistischen Zwischenreligion. Zu ihnen zählten Engelbert Kulraven, Hohenhausen; Johannes Denne, Silixen; Johann Kothmann, Hillentrup, und mehrere andere). Hier wird deutlich, daß die Einführung der Reformation in den Gemeinden an manchen Orten eine Generationsfrage war. Manche der alten Pfarrer, die noch aus der katholischen Zeit stammten, hielten fest an den alten Bräuchen. Erst wenn jüngere Nachfolger kamen, wurden die von Hamelmann als „abergläubische Bräuche" gebranntmarkten Zeremonien abgetan.

Nachdem der Religionsfriede in Augsburg besiegelt war, berief Graf Bernhard, der von ganzem Herzen der Lehre Luthers zugetan war und in seinem Lande die kirchliche Neuordnung fortsetzen und festigen wollte, eine allgemeine Landesversammlung oder Synode nach Brake. Der Reichstag hatte den Landesherren dazu die reichsrechtliche Grundlage gegeben. Zuvor hatte er Hamelmann und seinen Hofprediger Torrentinus zu einer ähnlichen Versammlung nach Volkeringhausen in Hessen entsandt, damit sie sich dort informierten. Am 12. Mai tagte in Gegenwart des Landesherrn und seiner vornehmsten Räte sowie Vertretern der Landstände eine Pastorensynode in Brake „Unter den Eichen". Der Landdrost Christoph von Donop hielt im Auftrage Bernhards die Eröffnungsrede. Darin führte er u. a. aus, daß der Graf am Hofe Philipps von Hessen gottesfürchtig erzogen worden sei und immer eine Abscheu vor der papistischen Religion gehabt habe. Weil er aber nicht habe Gefahr laufen wollen, Land und Leute zu verlieren, habe er sich „mit Schmerzen und nicht ohne Seufzen" den Paderborner Anordnungen fügen müssen. „Was nun S. Hoheit in dieser Sache gesündigt hat, das bittet Ihr (Pastoren) Gott in Euren inbrünstigen Gebeten, ihm nach seiner Barmherzigkeit in Christo zu vergeben. Er hat aber jetzt durch Gottes Gnade beschlossen, seine Kirchen von solchem Sauerteig des Interims zu reinigen, und bekennt nun vor Euch, daß er ein Mitglied der Augsburgischen Konfession ist, deren Lehre er bis ans Ende seines Lebens bekennen und behalten will." Er ermahnte alle, die „aus Furcht oder Bauchsorge die Interimsreligion angenommen und bisher beibehalten haben ... jetzt freudig die wahre Religion an(zu)nehmen". Allen Predigern, die dazu bereit waren, verhieß Bernhard seinen



Da die Kirche in Sonneborn um 1700 für die Gemeinde zu klein geworden war, wurde sie mit Priechen versehen. Sie zogen sich an der Nordseite entlang und waren auch an der mit dem Schiff verbundenen Turmhalle eingebaut. Die zur gleichen Zeit eingebauten Emporen wurden, da sie der Kirche ein beengtes und düsteres Aussehen gaben, in den fünfziger Jahren entfernt. Das Gemälde von August Ewerbeck – es entstand um 1908 – zeigt noch den Zustand der Kirche vor Ausführung der Restaurierungs- und Renovierungsarbeiten und den damit verbundenen Veränderungen. Im Privatbesitz von Pastor Ewerbeck, Brake.

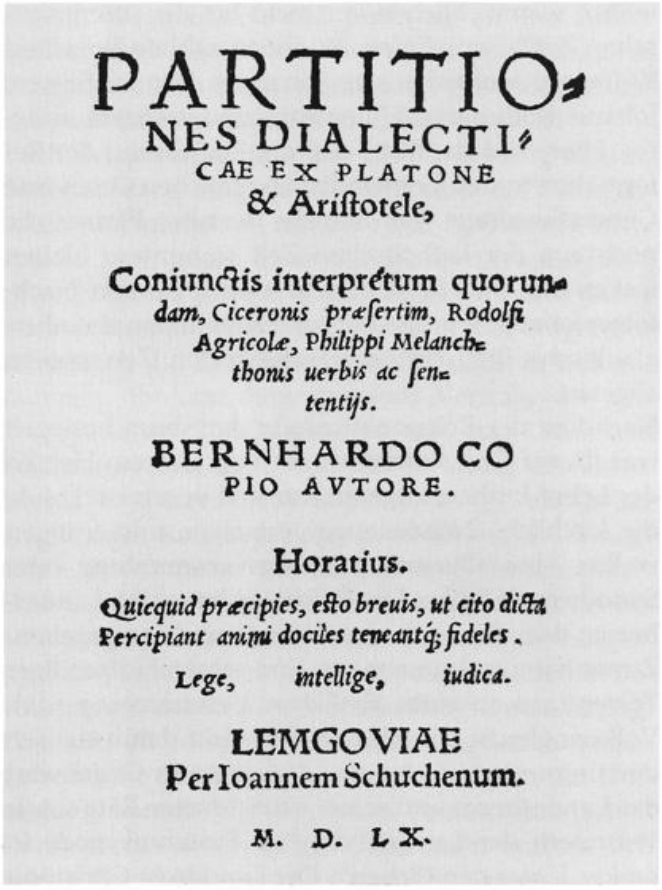
Schutz und Beistand. Zugleich wurde jedem einzelnen befohlen, die ihm vorgelegten Fragen „rund und nett" zu beantworten. Sodann wurden die damit Beauftragten aufgefordert, mit dem Examen der Pastoren zu beginnen.

Damit war die Reformation in der Grafschaft zum Siege gekommen. Jetzt konnte man darangehen, die evangelische Kirche aus- und aufzubauen. Kaiser und Papst hatten vier Jahrzehnte hindurch versucht, das Licht des Evangeliums auszulöschen. Es war ihnen nicht gelungen. Karl V. ging, nachdem sein Lebenswerk gescheitert war, in ein spanisches Kloster. Dort ist er 1558 gestorben. Die Päpste, die sich so lange gegen die Einberufung eines allgemeinen Konzils gesträubt hatten, mußten nolens volens das seit 1545 in Trient tagende Konzil zu Ende führen und die von ihm beschlossenen Reformen in der Kirche ins Werk

setzen. So hat die von Luther begonnene Reformation nicht nur zur Spaltung der abendländischen Kirche geführt, sondern auch dazu beigetragen, daß die Kirche, die er hatte reformieren wollen, manche der von ihm beanstandeten Mißstände beseitigte und sich bis zu einem gewissen Grade dadurch selbst reformierte. Der vom Papst gebannte Luther wurde auch zum Erneuerer der katholischen Kirche.
Der Augsburger Religionsfriede, der aufs Ganze gesehen die katholische Kirche begünstigte, ist zwar von der Kurie in Rom niemals anerkannt worden, hat aber dadurch, daß er den Reichsständen die freie Wahl zwischen den beiden Konfessionen gewährte, nicht nur das Zusammenleben der beiden Bekenntnisse ermöglicht, sondern auch die rechtlichen Voraussetzungen für den Aufbau der evangelischen Kirchen geschaffen. Daß diese ihre äußeren Lebensformen in der Gestalt der Territorial- oder Landeskirchen fanden, ergab sich aus der politischen Struktur des damaligen Deutschen Reiches. Da der Religionsfriede von Augsburg ein Kompromiß war, der von einer Seite nicht anerkannt worden ist, wurde er nicht zur Grundlage einer dauernden Befriedung, sondern zum Ausgangspunkt der Verwicklungen, die sechs Jahrzehnte später den unheilvollen 30jährigen Krieg auslösten.

Von der alten zur neuen Kirchenordnung 1538–1571

Mit dem Augsburger Religionsfrieden endete die Epoche des religiösen und gesellschaftlichen Aufbruches. Es folgten die Jahre, in denen es um die Konsolidierung des Erreichten und die Festigung und Erhaltung der territorialen und konfessionellen Besitzstände ging. Auf katholischer Seite erfolgte diese Konsolidierung auf dem Konzil von Trient. Es tagte mit Unterbrechungen fast 20 Jahre. Auf dem Konzil wurde die gültige katholische Lehre neu festgelegt und eine eindeutige Abgrenzung zu den inzwischen entstandenen evangelischen Kirchen vorgenommen. Auf evangelischer Seite begann schon bald nach Luthers Tode eine Zeit der Lehrstreitigkeiten. Davon blieb auch Lippe nicht verschont.
Doch zunächst ging es um die Stabilisierung der kirchlichen Verhältnisse in der Grafschaft. Nachdem


PARTITIO-
NES DIALECTI-
CAE EX PLATONE
& Ariſtotele,

Coniunctis interprétum quorun-
dam, Ciceronis præſertim, Rodolfi
Agricolæ, Philippi Melanch-
thonis uerbis ac ſen-
tentijs.

BERNHARDO CO
PIO AVTORE.

Horatius.

Quicquid præcipies, eſto breuis, ut cito dicta
Percipiant animi dociles teneantq; fideles.

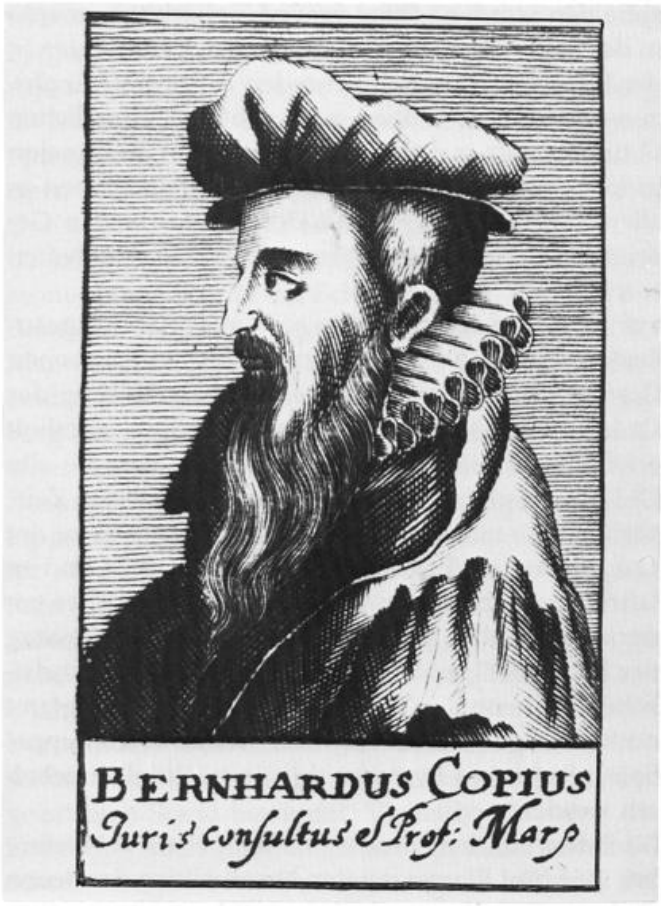
Lege, intellige, iudica.

LEMGOVIAE
Per Ioannem Schuchenum.

M. D. L X.

Diese in lateinischer Sprache von Copius verfaßte Schrift über Platon und Aristoteles erschien 1560 in der unter Mitwirkung von Copius im selben Jahre gegründeten Grotheschen Druckerei in Lemgo. Bereits in der Reformationsepoche gewann diese Druckerei und dann verstärkt in den folgenden Jahrhunderten eine außerordentlich große und in ihrer Wirkung nicht abzuschätzende Bedeutung. Fast alle in der näheren Umgebung ansässigen Autoren haben diese Einrichtung für die Drucklegung ihrer literarischen Erzeugnisse in Anspruch genommen. Das im Jahre 1914 herausgegebene Verlagsverzeichnis beinhaltet an die 1900 Druckschriften, die zwischen 1560 und 1914 in Lemgo in ein- oder mehrmaliger Ausgabe erschienen sind. Es waren Werke fast aller Fachrichtungen; an der Spitze stand das theologische Schrifttum: Leichenpredigten, Katechismen, Gesangbücher, Predigtsammlungen, Schulschriften und kirchenhistorische Werke gehörten zum festen Programm dieses Verlages. Fast sämtliche lippische Pastoren haben hier in Lemgo die Erzeugnisse ihrer literarischen Tätigkeit erscheinen lassen. Der unermüdlich schriftstellernde lippische Generalsuperintendent Ewald (1781–1796) hatte in seiner fünfzehnjährigen Amtszeit allein an die 20 Veröffentlichungen in Lemgo zum Druck gegeben.

sich die Landstände auf dem Landtag in Brake für die evangelische Lehre entschieden hatten, mußte das kirchliche Leben neu geordnet werden. Bereits in der Kirchenordnung von 1538 war vorgesehen, „eynen



Bernhard Copius, von 1559–1565 Rektor am Gymnasium in Lemgo. Copius stammte aus Stromberg bei Beckum, wo er 1525 geboren wurde. Nach dem Theologiestudium war Copius an den Gymnasien in Münster, Paderborn und Dortmund tätig gewesen. Hamelmann hatte seine Berufung an die Lemgoer Lateinschule bewirkt, in einer Zeit, als man sich in Lemgo anschickte, das Gymnasium auf ein gehobenes Niveau zu bringen. Doch Copius widmete sein Interesse und seine Kraft nicht allein der Schule; er ließ sich in die konfessionellen Auseinandersetzungen verwickeln. Schon 1565 wurde er aus dem Amt entlassen, weil er in der Abendmahlsfrage den reformierten Standpunkt vertrat. „Es ging dabei um den bekannten Begriff der dextera Dei: Hatte Christus nach seiner Himmelfahrt den Platz zur Rechten des Vaters eingenommen, konnte er – nach Auffassung der Reformierten – auch dem Leibe nach nur dort sein und nicht in jedem Abendmahlsbrot. In dieser Richtung hatte Copius argumentiert" (Schormann). Copius, der sich zu einer Disputation mit Hamelmann vor dem lutherischen Rat der Stadt bereit fand, zog den kürzeren. Er hatte es, vermutlich aus taktischen Erwägungen, unterlassen, vor die Alternative Zwingli – Luther gestellt, eine klare Entscheidung für seine Person zu treffen. Daraufhin war seine Absetzung eine beschlossene Sache. Denn wenn in dieser theologisch so bewegten Zeit „ein Rektor und ein Pfarrer über die Abendmahlsfrage disputierten, war dies ... mehr als eine Intellektuellenangelegenheit, weil das Ergebnis mit der kirchenpolitischen Entscheidung des Stadtrates gekoppelt blieb". (Vgl. Gerhard Schormann, Copius contra Hamelmann. Ein Abendmahlsstreit in Lemgo. In: Lipp. Mitt. aus Geschichte und Landeskunde, 47. Bd., Detmold 1978.)

gelehrden prediger in düsser graveschup tho holdende, de eyn sunderlicher vornnhemlicher upseher sy unde ouck den andern pastoreyne anwysunge dhein konne aller nottürftigen dyngen" (Einen gelehrten Prediger in dieser Grafschaft zu halten, der ein besonderer und hervorgehobener Aufseher sei ... und auch den anderen Pastoren nötige Anweisungen geben könne). Doch es war, wenn von der kurzen Tätigkeit Corvins abgesehen wird, nicht dazu gekommen, einen ständigen „upseher" zu installieren. Der „Superattendent" sollte mit einer von der Obrigkeit eingesetzten Kommission alle Jahre die Gemeinden visitieren. An die Kirche, als eine vom Staat unabhängige Institution, dachte in jener Zeit niemand. Staat und Kirche bzw. Kirche und Staat waren dekkungsgleich. Die Leitung der Kirche lag in den Händen der Landesherrn und ihrer Organe.

Nachdem die katholischen Bischöfe ihre Aufgaben nicht mehr hatten wahrnehmen können, waren an ihre Stelle die Landesherren als „Notbischöfe" getreten. An diese Notlösung knüpfte man nach dem Interim wieder an. Auf dem Landtag in Brake wurden am 12. Mai 1556 die Pastoren Moritz Piderit und Hermann Hamelmann aus Lemgo sowie Gerhard Cotius aus Horn und der Hofprediger Johann Wilhelm Torrentinus aus Detmold beauftragt, in den Gemeinden Visitationen zu halten, die Pastoren zu prüfen und zu beaufsichtigen. Sie bildeten aber kein selbständiges Leitungsorgan, sondern wurden von Fall zu Fall zusammengerufen. Auch die Visitationen wurden nicht regelmäßig durchgeführt. Wo sie erfolgten, wurden sie von den Superintendenten oder einer sie begleitenden Kommission durchgeführt. Die zu diesem Zweck gebildeten Kommissionen werden zwar gelegentlich als „Konsistorium" bezeichnet, aber sie nahmen noch keine ständigen Leitungs- und Verwaltungsaufgaben wahr. Als einzige ständige kirchliche Institution gab es seit 1566 das Amt des Superintendenten. Als (General)superintendent oblag ihm die Aufsicht über alle Kirchen der Grafschaft. Auf einer Predigersynode im Jahre 1559 war der seit 1555 an der Marienkirche in Lemgo tätige Pfarrer Hermann Hamelmann in dieses Amt gewählt worden. Doch ist er vermutlich von der Obrigkeit nicht in dem Amte

bestätigt worden, weil der lippische Kanzler Jonas Tunte, ein Anhänger Philipp Melanchthons, eine mildere Richtung des damaligen Luthertums vertrat. Hamelmann sagt von seinem Widersacher Tunte, er fing bald an, „et in politicis et in ecclesiasticis multa innovare" (in staatlichen und kirchlichen Angelegenheiten viele Neuheiten einzuführen). Statt Hamelmann betraute die Obrigkeit 1566 Johann von Exter mit diesem Amte. Dieser entstammte einer Bastardlinie des lippischen Hauses und war ein Sohn des früher schon erwähnten Detmolder Pfarrers Simon von Exter. Er hatte wie Tunte in Wittenberg studiert, zählte aber nicht zu den „Philippisten", den Freunden Melanchthons, die wegen ihrer toleranteren Einstellung zu den oberdeutschen Anhängern Zwinglis und Calvins von den strengen Lutheranern gemieden wurden. Hamelmann lobt ihn als frommen, vielseitig gebildeten Mann. Johann von Exter hat das Amt des Generalsuperintendenten von 1566 bis 1599 innegehabt.

Seit Einführung der ersten evangelischen Kirchenordnung im Jahre 1538 hatte sich vieles in der Grafschaft und im Reich verändert. Wenn die Bindungen an Paderborn auch noch nicht gänzlich gelöst waren, so hatten sie sich doch gelockert. Im Unterschied zu 1538 bekannte sich jetzt, von verschwindenden Ausnahmen abgesehen, die ganze Bevölkerung zum evangelischen Glauben. Der größte Teil der Pfarrerschaft war an evangelischen Fakultäten ausgebildet worden. Die Kirchenordnung von 1538 hatte viele, damals noch nicht aktuelle Fragen, nicht beantwortet. Vor allem fehlte es an einer einheitlichen Ordnung für den Gottesdienst und die kirchlichen Handlungen. Darum fand sich 1559 in Detmold ein Ausschuß zusammen, um die Kirchenordnung von 1538 sowie die Zeremonialordnung Corvins zu revidieren. Ihm gehörten Buxschoten, einer der Verfasser der alten Ordnung, sowie Hamelmann, Piderit und andere an. In einer Vorbemerkung heißt es, weil durch unverhoffte schwere Zeiten und andere Verhinderungen „eyne grothe Ungelicheit beyde yn der Lehr und christlichen Ceremonien alhier un der Graveschup gefunden ... ist düsse Repetition der olden und vorber upgerichteden christlichen Ordination, upp de de Augspurgische Confession verwandet ... ock Eynicheit und Geleckheit yn allen Steden, Flecken und Dorperen beider Herrn Gebroder der Lande mothen geholden werden" (Eine große Ungleichheit sowohl in der Lehre als auch den christlichen Ceremonien in der hiesigen Grafschaft gefunden ... ist diese Ergänzung der alten, früher aufgerichteten christlichen Ordnung, die auf der Augsburgischen Konfession gründet [erfolgt], damit Einigkeit und Gleichheit in allen Städten, Flecken und Dörfern der beiden Gebrüder [Bernhard und Simon Hermann] gehalten werde).

1563 wurde aufgrund des in seinem Testament geäußerten Wunsches des (inzwischen) verstorbenen Grafen Bernhard nochmals eine Überarbeitung der Ordnung von 1538 vorgenommen. Diese wiederholt erfolgten Revisionen lassen erkennen, daß die alte Ordnung den Anforderungen der veränderten Zeitverhältnisse nicht mehr entsprach. So kam es zu der von Johann von Exter und anderen verfaßten und im Jahre 1571 publizierten „Kirchenordnung, wie es mit der reinen Lehre göttliches Worts, und Austheilung der hochwürdigen Sacramenten, auch allerlei christlichen Ceremonien und zum heiligen Predigtamt nothwendigen Sachen in den Grafschaften Lippe, Spiegelberg und Pyrmont soll eindrächtiglich gehalten werden".

Nachdem auf dem Landtag zu Cappel am 1. November 1564 fünf Pfarrer mit der Ausarbeitung der neuen Ordnung beauftragt worden waren, wurde der Entwurf vier Jahre später, am 3. November 1568, den in Cappel versammelten Landständen vorgelegt und von diesen angenommen. Doch hielt man es für ratsam, die Arbeit einem angesehenen auswärtigen Theologen zur Prüfung vorzulegen. Die Autoren wandten sich dieserhalb an Dr. Jakob Andreä, den Verfasser der Konkordienformel, einer Sammlung lutherischer Bekenntnisschriften. Nach Hamelmann ist der junge Graf Simon selbst mit dem Entwurf nach Gandersheim gereist, wo Andreä sich aufhielt, und hat ihm diesen vorgelegt. Nachdem man sich entschlossen hatte, die Ordnung nicht nur schreiben, sondern in 500 Exemplaren drucken zu lassen, wurde ein Drucker gesucht. Ein Wolfenbüttler Drukker forderte 80 Gfl. Das war den Lippern zu teuer. Ein Ochse kostete 1–2 Gfl. Der Gegenwert für den Druck wäre eine Rinderherde gewesen! Als man erfuhr, daß der Druck auch in Lemgo hergestellt werden könne, weniger koste und für das Land rühmlicher sei, wurde er bei Franz Grothes Erben von den

Druckern Bartholomäus Schlodt und Paulus Schmidt hergestellt.

Am 20. April 1571 wurde die neue Kirchenordnung im Namen der Grafen Hermann-Simon zu Pyrmont-Spiegelberg und des lippischen Grafen Simon publiziert. Der Geltungsbereich erstreckte sich auf drei Grafschaften. Wie war es dazu gekommen?

Im Jahre 1557 war der junge Graf Philipp von Pyrmont-Spiegelberg in der Schlacht bei St. Quentin auf der Seite der Spanier gefallen. Mit ihm erlosch der Mannesstamm seines Hauses. Erbinnen waren seine beiden Schwestern Ursula und Walburg. Da Spiegelberg braunschweigisches, Pyrmont aber paderbornsches Lehen war, mußten beide Lehnsherren ihre Zustimmung zu der weiblichen Erbfolge geben. In Lippe faßte man bald nach dem Tode des Grafen Philipp den Plan, den jüngeren Bruder des Landesherrn, den Grafen Hermann-Simon, mit einer der Erbtöchter zu verheiraten. Hermann Simon war 1532 geboren und beim Tode seines Vaters Simon V. erst 4 Jahre alt. Er war, vermutlich auf Wunsch seines Vormundes, des Coadjutors und späteren Erzbischofs von Köln, Adolph von Schaumburg, für den geistlichen Stand bestimmt. Vielleicht hatte ihm der Erzbischof auch Aussichten auf den Paderborner Bischofsstab gemacht. Seit 1552 war er Mitglied des Kölner Domkapitels und Inhaber einer beträchtlichen Pfründe. Vermutlich aber lockte ihn nicht die Aussicht, zeitlebens im geistlichen Stande bleiben zu sollen. Simon de Wend schreibt: „daß er vielleicht seines Gewissens halber wenig Lust dazu" gehabt habe. War dem französischen König Heinrich IV. Paris eine Messe wert (er hat, um in den Besitz von Paris zu gelangen, seinen evangelischen Glauben aufgegeben und ist 1553 zum Katholizismus zurückgekehrt), so war unserem lippischen Grafen der Besitz zweier Grafschaften ein Kanonikat am Kölner Dom wert. Der Gräfin Ursula war der Bewerber willkommen. Doch bedurfte es zur Heirat der Zustimmung der beiden Lehnsherren.

Die braunschweigischen Herzöge machten keine Schwierigkeiten. Gegen eine „Verehrung" von 3000 Gfl. stellten sie im März 1558 den Lehnsbrief für den Freier aus. Anders war es bei Paderborn. Der Bischof Rembert von Kerßenbrock und sein Domkapitel hatten es nicht überwinden können, daß Lippe nicht mehr ihrer Jurisdiktionsgewalt unterstand. Es bedurfte langer Verhandlungen, die ihren Niederschlag in dem Vertrag am Thorn to Dinghusen bei Ostlangen (Schlangen) fanden. Die Paderborner Abgesandten trugen vor, daß ihnen das geistliche Gericht, die Kollationen, d. h. die Übertragung von Pfarreien und Kirchenpfründen durch den Bischof, und die Contributionen, die Abgaben an kirchliche Vorgesetzte, entzogen seien. Offensichtlich ging es den Paderbornern weniger um das Seelenheil der Lipper als um ihre Abgaben. In dem Vertrage, der später noch manche Querelen im Gefolge gehabt hat, wurde vereinbart, „daß der Bischof und der Archidiakonus bei den collationes ... gelassen, die contributiones von den Geistlichen gleichermaßen zu haben und zu genießen und darin mit nichten von den Lippischen betranget (bedrängt) würden, und daß sie auch die jurisdiction, was ad forum ecclesiasticum (Rechtsprechung in kirchlichen Angelegenheiten) gehörig, in der Herrschaft Lippe hätten und behielten, doch alles mit der Bescheidenheit, daß dadurch allenthalben in der Grafschaft Lippe der Religion halben nichts attentiret oder vorgenommen, sondern die in aller massen, wie die jetzo ist, gelassen". Im Schlußsatz wurde bestimmt, daß jede kirchliche Änderung oder Neuerung unterbleiben müsse. Damit war der gegenwärtige Bestand beider Bekenntnisse anerkannt und ein friedliches Nebeneinander gewährleistet. Graf Bernhard war, vermutlich um seines Bruders willen, den Paderborner Vertretern weit entgegengekommen. Er hatte sogar auf das den Landesherren zuerkannte jus reformandi, das Recht, die Konfession in ihren Territorien zu bestimmen, verzichtet. Vielleicht hatte er gehofft, die drei Grafschaften einmal in einer Hand vereinen zu können. Doch diese lippische Nebenlinie hat keinen langen Bestand gehabt. Hermann Simon starb bereits 1576. Sein einziger Sohn folgte ihm 1583 in den Tod.

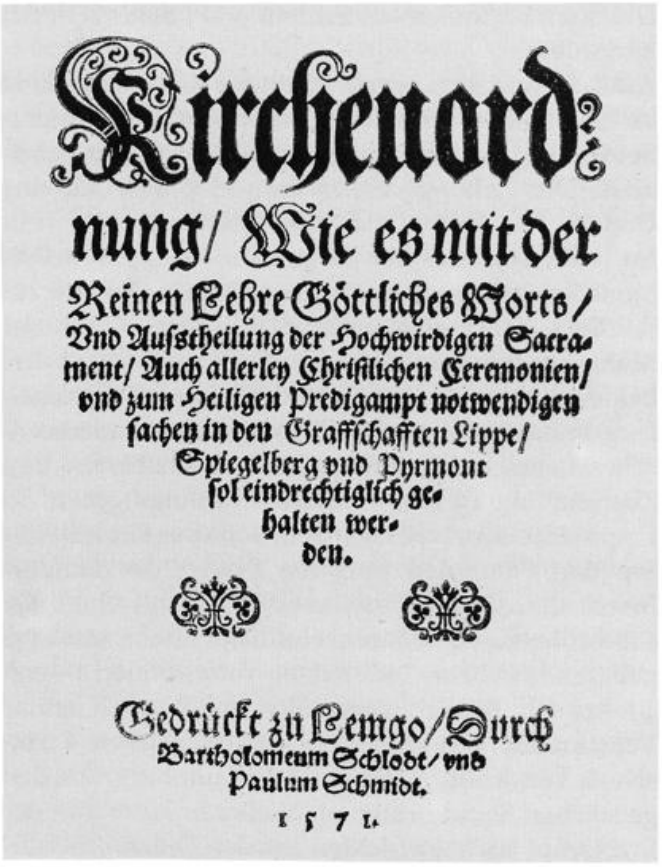
Um Hermann Simons Morgengabe, die lippischen Ämter Barntrup, Schieder und Sternberg, hat es allerlei Streit zwischen den Brüdern gegeben. Doch scheinen sich die beiden Brüder kurz vor dem am 15. April 1563 erfolgten Tode Bernhards ausgesöhnt zu haben. Bald nach Bernhards Tode traten die Landstände zusammen, um über die Testamentseröffnung und die Vormundschaft für den erst 9jährigen Nachfolger zu beraten. In seinem Testament hatte der Verstorbene geäußert, daß es sein Wunsch und

Wille sei, die Augsburgische Konfession und gleichförmige Zeremonien in den Kirchen des Landes aufrechtzuerhalten bzw. einzuführen. Zu Vormündern für den unmündigen Sohn und Erben wurde neben anderen der Oheim des jungen Grafen, Hermann Simon, bestimmt.

Lediglich die Kirchenordnung hat die Erinnerung an die kurze Verbindung Lippes mit den Grafschaften Spiegelberg und Pyrmont wachgehalten. Ein sichtbares Zeichen an die Epoche ist die Kirche in Sonneborn. Sie ist eine der wenigen in nachreformatorischer Zeit mit biblischen Motiven ausgemalte Kirche. Das in der Kirche befindliche Pyrmont-Spiegelbergische Wappen läßt darauf schließen, daß die Ausmalung in der Zeit Hermann Simons vorgenommen worden ist.

Die Kirchenordnung von 1571

In der Vorrede entbieten die Grafen Hermann-Simon und sein Neffe, der noch unter der vormundschaftlichen Regierung stehende 17jährige lippische Graf Simon VI., „den Wirdigen unsern lieben Andechtigen und Getrewen Pfarherrn, Predigern und Dienern des heiligen Göttlichen Worts, Auch allen andern unsern Unterthanen und angehörigen, wess Standes, Würden, Condition und Wesens dieselbige seyn mögen ... unsern geneigten willen. Und fügen euch hiermit zu wissen." Nach einem Hinweis darauf, daß seit vielen Jahren die Lehre des heiligen Evangeliums lauter und rein in den Grafschaften verkündigt worden sei, aber wegen Fehlens einer gedruckten Ordnung allerlei Ungleichheit und Unordnung eingerissen sei, „hätten wir nichts liebers gesehen, denn daß mit einhelligem Rhat der Churfürsten, Fürsten und Stende unserer warhafftigen Christlichen Augspurgischen Confession durchaus, Wie in der Lehr, ein einhellige Christliche und in Gottes Wort wolgegründete Confession begriffen und angenommen. Also auch einerley und in allen Ceremonien gleichförmige Kirchenordnung verfasset und gehalten werden möge ... Dieweit aber solches noch der Zeit aus allerhand vorgefallenen verhindernissen nicht in das Werck gesetzt, damit unterdes, dass ein solche allgemeine Ordnung begriffen, wie denn viel Christen in grosser hoffnung, gestainden, und noch, unsre liebe


Kirchenord-
nung/ Wie es mit der
Reinen Lehre Göttliches Worts/
Vnd Aufstheilung der Hochwirdigen Sacra-
ment/ Auch allerley Christlichen Ceremonien/
vnd zum Heiligen Predigampt notwendigen
sachen in den Grafschafften Lippe/
Spiegelberg vnd Pyrmont
sol eindrechtiglich ge-
halten wer-
den.
Gedruckt zu Lemgo/ Durch
Bartholomeum Schlodt/ vnd
Paulum Schmidt.
1571.

Die Lippe-Spiegelberg-Pyrmontsche Kirchenordnung von 1571, die noch heute die Bekenntnisgrundlage für die lutherischen Gemeinden in Lippe darstellt. Sie war das Werk des lippischen Generalsuperintendenten Johann von Exter. Die Kirchenordnung von 1571 gründet auf der „augspurgischen Confession". In dem Kapitel „Von der Lehre" war darüber hinaus festgelegt worden: „Damit aber unsere Kirchen von den alten verdamten Ketzereien in allewege durch Gottes Gnade verwahret, und die Lehre der Propheten und Aposteln nicht auf unrechten und widerwärtigen Verstand gezogen, so sollen sie, was unsern wahrhaftigen christlichen und allein seligmachenden Glauben anlanget, die heilige Schrift also erklären, daß derselben Auslegung in allen Stücken nach der Vermahnung St. Pauli in allen Artikeln ähnlich und gemäß sei. Und demnach dieselbige nach den drei Symbolis und runden einfältigen Bekäntnis des Glaubens der heiligen Aposteln, des Concilii zu Nicaea gehalten, und des heiligen Athanasii durchaus richtigen und von denselben in keinem Weg abweichen, sondern durch Gottes Gnade standhaft darüber halten und dabei bleiben." (Zitiert aus dem Wiederabdruck der Kirchenordnung. In: Landesverordnungen der Grafschaft Lippe, 1. Bd., Lemgo 1779, S. 5.)

und getrewe Unterthanen durch ungleichheit der Ceremonien nicht verergert (werden), haben wir auff vorgehabtem Rhat unser Rheten und Getrewen ... und etlichen unsern Vorneme Gottseligen und gelerten Superintendenten und Lehrern aufferlegt, mit

einhelligem Rhat auff eine solche bestendige Ordnung zu gedenken, und diesselbige in schrifften auff das kürtzest zu verfassen, dadurch bey den Kirchen unserer Graff und Herrschaften keine ergerliche Newerung eingefüret ..." Die Untertanen werden ermahnt, daß sie sich „bis zu einhelliger vergleichung aller Stende Augspurgischer Confession, in allwege gehorsam verhalten" sollen.

Aus der Vorrede ist zu entnehmen, daß die beiden lippischen Grafen ihre „viel ermelte Ordnung" als eine Zwischenlösung angesehen haben, bis „eine einhellige christliche und in Gottes Wort wohlgegründete Confession ... und eine in allen Ceremonien gleichförmige Kirchenordnung verfasset und gehalten werden möge". Diese ihre Erwartung ist bis heute nicht einmal in den Kirchen augsburgischer Konfession erfüllt, geschweige denn in und mit den anderen reformatorischen Kirchen verwirklicht worden.

In dem einleitenden Abschnitt „Von der Lehre" werden als grundlegende Bekenntnisse das altkirchliche Apostolicum, das Nicaenum und das Athanasium, sowie die Augsburgische Konfession, die Apologie, die Schmalkaldischen Artikel und Luthers Katechismus aufgeführt. Ob die confessio augustana von 1530 oder die veränderte von 1540 (variata) gemeint ist, bleibt offen. Später ist auch nicht die 1577 von Jakob Andreä zusammengestellte Konkordienformel als verbindliches Bekenntnisbuch in der Grafschaft eingeführt worden. Mit „Rottengeistern", die anfangen, sich zu der augsburgischen Confession zu bekennen, sind vermutlich Anhänger Melanchthons und solche gemeint, die calvinischen Gedanken zugänglich waren. Solche hat es schon früh in der Grafschaft gegeben.

Die Ordnung enthält zunächst eine ausführliche Agende für alle Formen des Gottesdienstes. Dieser begann bereits sonnabends mit der Vesper, mit anschließender Beichte und Absolution. Der Sonntag fing an mit der Frühmette, ihr folgten Messe und Communion. Ein Nachmittagsgottesdienst sollte nur in den Städten gehalten werden. Auch sonst wird zwischen städtischen und dörflichen Gottesdiensten unterschieden. Auf den Dörfern sollte nachmittags der Katechismus erklärt und Psalmen und geistliche Lieder gesungen werden. Außer den hohen Festtagen, die drei Tage dauerten, wurden noch allerlei katholische Heiligentage gefeiert. Die Geistlichen trugen zum Teil noch Chorröcke und Meßgewänder. Des weiteren gibt die Ordnung Anweisungen für Taufe, Trauungen und Beerdigungen, über erlaubte und nichterlaubte Ehen, über Prüfung, Ordination und Confirmation der Pfarrer, über die jährlich durchzuführenden Visitationen und Synoden, die in Detmold und Pyrmont gehalten werden sollten. Auch wird ein Konsistorium oder Kirchenrat eingerichtet, zu welchem jederzeit die Kirchendiener, „so ihrem Amt treulich und fleißig aufwarten in all ihren Beschwernissen und Anliegen, ihre Zuflucht, die ungehorsamen aber, unfleissigen und ärgerlichen Pastoren vor demselben gebürender Strafe zu gewarten haben". Schließlich werden Bestimmungen über die Schulen, den Unterhalt der Kirchendiener, die Unterstützung der Armen u. a. getroffen. Außerdem enthält die Ordnung Gebete für alle Sonn- und Feiertage sowie Anweisungen für Exkommunikationen aus der Gemeinde.

Die Ordnung sollte das frühere katholische Kirchenrecht ersetzen und zugleich das Leben der Menschen ordnen. Darum enthält sie neben kirchlichen Verhaltensweisen auch solche für das bürgerliche Leben. Christengemeinde und Bürgergemeinde waren noch identisch. Falkmann schreibt in seinen Beiträgen zur Geschichte des Fürstentums Lippe: „Im allgemeinen erfreute sich die Kirche des kräftigsten Schutzes von oben, sie war damals das Schoßkind der Fürsten und ihrer Räte, eine geistliche Regierung neben der weltlichen." Das galt für die evangelischen Landeskirchen wie für die katholische Kirche.

Die Kirchenordnung schließt mit den Sätzen: „Damit unsere Superintendenten mit jhren zugeordneten, jihrem empfangenem Befehl und aufferlegtem Ampt in diesen obgesetzten sachen und gelegenheit deste fruchtbarlicher nachsetzen, gehorsamblicher geleben, und mögliche volnziehung thun mögen. Wollen wir (geliebt's Gott) jederzeit hierinnen durch unser Consistorium denselbigen auffs ernstlichste beystehen, und embsige befürderung und wirkliche Execution ergehen lassen, ungezweiffelter hoffnung, es werde nicht weniger ein jeder Senat in Stetten, Gott zu Ehren, und der Armut zum besten trewliche Handthabung und beystand darzu thun und leisten, Auch alles helffen (so viel müglich) in Christliche und nützliche besserung zu bringen."

Doch „die Lehre des heiligen Evangelii" war in der Grafschaft noch nicht „von allen abergläubischen Mißbräuchen" und „eingeschlichenen Irrthümern" gereinigt. Es waren nicht wenige, die in der Folgezeit erkannten, daß die Reformation der Kirche kein zeitlich begrenzter Vorgang, sondern ein immerwährender Prozeß ist, daß die ecclesia reformata semper reformanda est, d. h., daß auch die reformierte Kirche eine stetig durch Gottes Wort und Geist zu erneuernde Kirche bleibt.

Die Reformation geht weiter

Nach allgemeiner Auffassung geht das Zeitalter der Reformation mit dem im Jahre 1555 in Augsburg geschlossenen Religionsfrieden zu Ende. Dieser hatte den Ständen der Augsburgischen Konfession und ihren Religionsverwandten die reichsrechtliche Anerkennung gebracht. Ausgeschlossen von dem Religionsfrieden blieben die Taufgesinnten und andere Nebenströmungen der Reformation. Diesen gewährte der Friede das Recht der Auswanderung. Doch Reformation, Erneuerung der Kirche, ist kein statischer, zu einem bestimmten Termin abgeschlossener Zustand. Darum wäre es falsch, wollte man das, was nach 1555 in der Grafschaft Lippe und anderswo fortgesetzt worden ist, als eine zweite Reformation bezeichnen. Diese von der oberdeutschen oder reformierten Ausprägung der Reformation bestimmte Bewegung vollzog sich nicht erst nach, sondern schon während der Reformation Martin Luthers. Ansätze zu der zwinglischen und calvinischen Gestaltung der Kirchenerneuerung finden sich schon bei Martin Luther. Als es während Luthers Aufenthalt auf der Wartburg in Wittenberg zu Unruhen gekommen war, richtete Luther „Eine treue Vermahnung zu allen Christen, sich zu hüten vor Aufruhr und Empörung". Darin schreibt er: „Aber hier in diesem Treiben (Zusammenhang) muß ich abermal etliche vermahnen, die dem heiligen Evangelio einen großen Abfall und Nachreden machen. Es sind etliche, so sie ein Blatt oder zwei gelesen oder eine Predigt gehört, rips raps außerwischen (blindlings dreinfahren) und nichts tun denn überfahren (zu weit gehen) und versprechen (in Verruftung) die andern mit ihrem Wesen, als die nicht evangelisch seien, unangesehen daß es zuweilen schlichte, einfältige Leute sind, die wohl die Wahrheit lernten, so man sie ihnen sagte. Das habe ich auch niemand gelehrt, und St. Paulus hat es hart verboten. Sie tuns nur darum, daß sie wollen etwas Neues wissen und gut Lutherisch gesehen sein ... Aber sie mißbrauchen des heiligen Evangelii zu ihrem Mutwillen ... Damit wirst du das Evangelium nimmermehr in die Herzen treiben; du wirst sie vielmehr abschrecken, und mußt eine schwere Antwort geben, daß du sie also von der Wahrheit getrieben hast. Nicht also, du Narr, höre und laß dir sagen: Zum ersten bitte ich, man wolle meines Namens schweigen und sich nicht Lutherisch, sondern Christ heißen. Was ist Luther? Ist doch die Lehre nicht mein. So bin ich auch für niemand gekreuzigt. St. Paulus 1. Kor. 3,4f wollte nicht leiden, daß die Christen sich sollten heißen Paulisch oder Petrisch, sondern Christen. Wie käme denn ich armer, stinkender Madensack dazu, daß man die Kinder Christi sollte mit meinem heillosen Namen nennen? Nicht also, liebe Freunde, laßt uns tilgen die parteiischen Namen und Christen heißen, dessen Lehre wir haben ... Ich bin und will keines Meister sein. Ich habe mit der Gemeinde die einzige gemeine Lehre Christi, der allein unser Meister ist, Matth. 23,8." So schrieb Luther am Anfang der Reformation, im Januar 1521. Wenn seine Schüler das nach seinem Tode beherzigt hätten, wären vermutlich manche unerquicklichen, innerpolitischen Lehrstreitigkeiten und andere Querelen unterblieben.

Wenn Luther und Melanchthon auch zeitlebens durch treue Freundschaft miteinander verbunden waren, so vertraten sie doch in manchen Lehrfragen unterschiedliche Auffassungen. Melanchthon versuchte eine Vereinigung mit den oberdeutschen, reformiert geprägten Kirchen herzustellen. Die Wittenberger Konkordie von 1536 sowie die schon erwähnte Ausgabe der Augustana variata von 1540 ist sein Werk. Um im eigenen Lager die Einheit in der Lehre zu erhalten, entstand 1577 die von strenggläubigen Lutheranern verfaßte Concordienformel. Wenn sie auch mit ca. 9000 Unterschriften versehen wurde, vermochte sie dennoch nicht die Einheit in der Lehre zu garantieren. Gerade durch ihre Verdammung Andersdenkender bewirkte sie den Übergang mancher lutherischer Gebiete zum Calvinismus.

Hinzu kam, daß der von den strenggläubigen Luthe-



Die Kirche in Talle. Erste urkundliche Berichte über ihre Existenz sind aus der 1. Hälfte des 14. Jahrhunderts überliefert. Die Kirche war dem hl. Petrus geweiht, dessen Figur (Brustbild) mit Schlüssel und Evangelienbuch noch heute auf dem nördlichen Dachgiebel steht. Die malerisch über dem Dorf gelegene Kirche wurde zwischen 1485 und 1492 erbaut. Vermutlich ist aber der 30 Meter hohe Kirchtum noch älteren Datums. Im Jahre 1873 wurde die Kirche renoviert und mit Schiefer neu eingedeckt. 1892 feierte die Gemeinde Talle ein Jubiläum anläßlich des vierhundertjährigen Bestehens ihrer Kirche.

ranern bekämpfte Melanchthon nicht nur in Wittenberg, sondern auch an anderen Universitäten einen starken Einfluß ausübte. Zu seiner Zeit besuchten 2000–3000 Studenten die Universität Wittenberg. Darunter waren auch manche Lipper.

Die Concordienformel stieß bei den Schülern Melanchthons und anderen besonders dadurch auf Widerstand, daß sie Lehren formulierte, die in den früheren Bekenntnisschriften noch nicht enthalten waren (die Ubiquitätslehre, die Lehre von der communicatio idiomatum u. a.). Die Concordienformel wurde 1580 auch von einem in Lemgo tagenden lippischen Konvent abgelehnt.

Bis 1570 gab es nur zwei reformierte Gebiete in Deutschland: die Pfalz und die Hansestadt Bremen. 1597 folgte Anhalt aus Opposition gegen die Konkordienformel, 1599 Baden-Durlach, einige Jahre später ging auch Lippe in das reformierte Lager über.

Es ist dem Grafen Simon VI. angelastet bzw. als sein Verdienst gepriesen worden, daß er die reformierte Lehre zum vorherrschenden Bekenntnis in seiner Grafschaft gemacht hat. Dazu ist zu sagen, daß Simon nichts anderes getan hat, als von dem in Augsburg beschlossenen Reichsrecht „cuius regio, eius religio" Gebrauch zu machen. Er hat sich dieses Rechtes als lutherischer Christ und Landesherr bedient, um die Reformation in seinem Lande zu festigen und noch vorhandene katholische Lehren und Bräuche abzuschaffen. Simon ist nicht der einzige unter den zeitgenössischen Landesherren gewesen, der auf diese Weise einen Konfessionswechsel seiner Untertanen herbeigeführt hat. Es sei erinnert an Moritz

von Hessen, einen Enkel des früher erwähnten Philipp von Hessen, der zu Beginn des 17. Jahrhunderts die Universität Marburg dem reformierten Bekenntnis zuführte und dadurch auch in manchen Gebieten Hessens den calvinischen Zweig der Reformation ausbreitete. Im Augsburger Religionsfrieden war, wie oben erwähnt, die Bestimmung über die Religionsausübung vom Kaiser auf die Landesherren übergegangen. Nachdem dieser Grundsatz Reichsrecht geworden war, lag der Ton auf dem Wort „Bestimmung". Die Jesuiten erkannten bald, daß dieser Grundsatz die Möglichkeit eröffnete, die verlorene Stellung der katholischen Kirche in Deutschland wieder zurückzugewinnen. Man mußte nur evangelische Fürsten zum Übertritt zur katholischen Kirche bewegen. Der Jesuit Canisis, ein Vorkämpfer der Gegenreformation, erwog schon 1573 den Gedanken, ob sich nicht eine Bekehrung des Kurfürsten von Sachsen bewerkstelligen lasse, um das Land wieder der katholischen Kirche zuführen zu können. Als im Jahre 1614 der Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm von Pfalz-Neuburg seine Konfession wechselte, mußte die Oberpfalz wieder katholisch werden. Auch wenn wir Kinder einer anderen, mit individuellen Rechten ausgestatteten Zeit, dafür kein Verständnis haben, ist nicht zu bestreiten, daß sich die damaligen Landesherren formal im Rahmen der Augsburger Friedensordnung bewegt haben. Das galt für die Gebiete, die kraft des Augsburger Rechtes reformiert wurden, wie auch für jene, die mittels dieses Rechtes wieder zum Katholizismus zurückgeführt wurden.

Wer war dieser Simon, der, wenn auch behutsam, von dem Recht Gebrauch gemacht hat, in Lippe die Reformation weiterzuführen und über den Glauben seiner Landeskinder zu bestimmen?

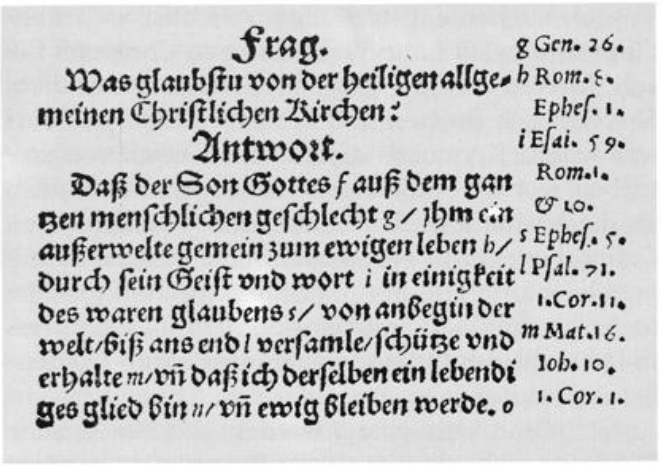
Simon war einer der tüchtigsten Regenten, den die Grafschaft Lippe in ihrer 800jährigen Geschichte gehabt hat. Als sein Vater, Bernhard VIII., 1563 starb, war er erst 9 Jahre alt. Einer seiner Vormünder war sein Onkel, der Graf Hermann Simon von Pyrmont-Spiegelberg. Von ihm übernahm er das Kanonikat am Kölner Dom und die damit verbundene Pfründe, deren er sich bis zu seiner Heirat im Jahre 1578 erfreuen konnte. Daß es in diesem Jahre am Kölner Dom protestantische Kanoniker gab, hatte seinen Grund darin, daß der Katholizismus hier erst um 1580 wieder zur Alleinherrschaft gelangte.

Was hat ihn, den Sohn lutherischer Eltern, der von Johann von Exter, dem Verfasser der lutherischen Kirchenordnung von 1571, bis zu seinem 14. Lebensjahre erzogen worden war, veranlaßt, sich der reformierten Ausprägung der Reformation zuzuwenden und sie in seinem Lande einzuführen?

Dafür lassen sich im wesentlichen zweierlei Gründe anführen: Zum einen waren es seine familiären Beziehungen, die seine Erziehung mitbestimmten. Zum anderen waren es seine Berater und Beamten, die zum großen Teil bei Luthers Freund und Mitarbeiter Melanchthon, der später als Kryptokalvinist, d. h. als ein heimlicher Anhänger Calvins verdächtigt wurde, studiert hatten.

Lippe hatte, wie schon an anderer Stelle ausgeführt worden ist, enge Beziehungen zu dem Hof in Hessen-Kassel und anderen hessischen Grafenfamilien. Simons Mutter entstammte dem Waldecker Grafenhaus. Darüber hinaus gab es mancherlei Kontakte zu den Höfen in Darmstadt und Düsseldorf, in Jülich und am Niederrhein. In Hessen-Kassel neigte man der philippistischen Richtung des Luthertums zu. Auch Simons Straßburger Studienzeit, während der er die oberdeutsche, von Zwingli und Calvin geprägte Reformation kennenlernte, dürfte bei ihm die Neigung zu diesem Zweig der Reformation verstärkt haben. Darüber hinaus waren es seine Beziehungen zu den gräflichen Familien in der Wetterau, am Niederrhein und zu den Oraniern in den Niederlanden, die zum Calvinismus neigten oder die calvinische Lehre schon angenommen hatten. Sie haben die religiöse Entwicklung des jungen Grafen mitbestimmt. Auch die Erfahrungen, die er später mit dem militanten spanisch-gegenreformatorischen Katholizismus in den Niederlanden machte, dürften dazu beigetragen haben, seine Hinneigung zur calvinischen Form des Protestantismus, der sich sowohl theologisch wie auch politisch klarer vom Katholizismus unterschied, zu fördern.

Wittenberg blieb auch nach Luthers Tode ein bevorzugter Studienort und Melanchthon ein begehrter und einflußreicher Lehrer. Wenn auch nicht jeder Wittenberger Student ein Philippist oder Kryptokalvinist wurde, so ist nicht zu bestreiten, daß Melanchthon das Denken seiner Studenten bestimmt und geprägt hat. Auch der erste lippische Superintendent Johann von Exter hatte sein Studium bei Melan-



Frag.

Was glaubſtu von der heiligen allgemeinen Chriſtlichen Kirchen?

Antwort.

Daß der Son Gottes f auß dem ganzen menſchlichen geſchlecht g / jhm ein außerwelte gemein zum ewigen leben h / durch ſein Geiſt vnd wort i in einigkeit des waren glaubens k / von anbegin der welt / biß ans end l verſamle / ſchütze vnd erhalte m / vñ daß ich derſelben ein lebendiges glied bin n / vñ ewig bleiben werde. o

g Gen. 26.
h Rom. 8. Epheſ. 1.
i Eſai. 59. Rom. 1. & 10.
k Epheſ. 5.
l Pſal. 71. 1. Cor. 11.
m Mat. 16. Ioh. 10.
1. Cor. 1.

Frage 39 aus dem Heidelberger Katechismus: Was glaubst du von der heiligen allgemeinen christlichen Kirche? – Daß der Sohn Gottes aus dem ganzen menschlichen Geschlecht sich eine auserwählte Gemeinde zum ewigen Leben durch seinen Geist und Wort, in Einigkeit des wahren Glaubens von Anbeginn der Welt bis ans Ende versammelt, schützt und erhält und daß ich derselben ein lebendiges Glied bin und ewig bleiben werde.
Der Heidelberger Katechismus stellt – neben Luthers Kleinem Katechismus – das bedeutendste Handbuch der Glaubenslehre dar, das die Reformation hervorgebracht hat. Der 1563 auf Veranlassung Friedrichs des Frommen in Heidelberg im Druck erschienene Heidelberger Katechismus wurde eine der meistverbreitetsten Bekenntnisschriften des reformierten Kirchentums.

chthon, dem praeceptor Germaniae, dem Lehrer Deutschlands, wie er genannt wurde, absolviert. Er war dennoch als ein rechtgläubiger Schüler des nachlutherischen Luthertums zurückgekehrt, um eine Kirchenordnung zu entwerfen, die noch heute für die lutherischen Gemeinden Lippes verbindlich ist. 1577 neigte Exter sogar dazu, Kirche und Pfarrerschaft auf die Konkordienformel zu verpflichten. Wenn er sich den calvinischen Bestrebungen des Landesherrn nicht öffentlich widersetzt hat, so hat er sie sicherlich nicht gefördert. Im Laufe der sechziger Jahre des 16. Jahrhunderts gewann die nähergelegene Universität Marburg für die studierenden Lipper zunehmend an Bedeutung. Marburg nahm eine vermittelnde Stellung ein zwischen dem strengen, an der Konkordienformel ausgerichteten Luthertum und dem in den lutherischen Kirchen zeitweise sehr verbreiteten Philippismus und Kryptokalvinismus. Theologen und Juristen, die in Wittenberg und Marburg studiert hatten, kamen auch nach Lippe und gewannen einflußreiche Stellungen am Hof und in der Verwaltung. Einer der ersten Philippisten in Lippe war der Kanzler Jonas Tunte. Er stammte aus Hameln und hatte von 1553–1556 bei Melanchthon in Wittenberg studiert. Das Kanzleramt hat er von 1558 bis 1570 innegehabt. Auf der Synode von 1559 war er mit dem streng lutherischen Lemgoer Pastor Hamelmann in Streit geraten. Als er versuchte, die von Melanchthon verfaßte mecklenburgische Kirchenordnung einzuführen, stieß er auf den Widerstand der Pfarrerschaft. Doch gelang es ihm, Hamelmanns Ernennung zum Superintendenten zu verhindern. Tuntes Kirchenpolitik dürfte nicht ohne Einfluß auf den heranwachsenden Grafen gewesen sein.
Weit wichtiger als der Kanzler scheint der Hofmeister Christoph von Donop für die Erziehung und Bildung des künftigen Landesherrn gewesen zu sein. Auch er hatte in Wittenberg studiert, später hatte er seine Studien in Frankreich fortgesetzt und dort, vor allem an der Universität Orléans, den Calvinismus kennen- und schätzengelernt. Er war auf der Rückreise in Straßburg gewesen, wohin er später den jungen Grafen begleitete. Der eigentliche Lehrer während der Donopschen Hofmeistertätigkeit war aber der Magister Nikolaus Todt oder Thodenus, ebenfalls ein Schüler Melanchthons. Er war 1566 zum Nachfolger des angesehenen Humanisten Bernhard Copius berufen worden. Dieser hatte wegen seiner Neigungen zur reformierten Lehre eine Rektorstelle am Lemgoer Gymnasium aufgeben müssen. Wenn die Lehrer des Lemgoer Gymnasiums auch Theologen waren, so scheinen sie für kryptocalvinistische Einflüsse anfälliger gewesen zu sein als die übrige Pfarrerschaft. Unter ihr gab es anfangs nur wenige reformiert gesonnene Vertreter. Stießen sie anfangs auf den Widerstand des Superintendenten Johann von Exter, so fanden sie je länger, je mehr Rückhalt am gräflichen Hofe.
Simons Tätigkeit blieb nicht auf Lippe beschränkt. Im Laufe der Zeit übten die politischen und kirchlichen Angelegenheiten des Reiches mehr Anziehungskraft auf ihn aus als die Verhältnisse seines kleinen Landes, das zu regieren er berufen war. Er wurde Kreisoberst des niederländisch-westfälischen Kreises und kaiserlicher Reichshofrat in Prag. So kam er in diplomatischen und politischen Missionen weit umher. Auf seinen Reisen lernte er manche Gebiete kennen, deren kirchliches Leben vom Calvinismus geprägt war. Auf diese Weise machte er Bekanntschaft mit



Wieder den Bañteufel/
Das iſt/
Eine getrewe/
wolmeinende Chriſtli-
che warnung / wieder die Gottloſen
Teufelbeſchwerer oder Banner/
ſo in dieſen örtern her-
ümbher ſchlei-
chen.

Aus Gottes Worte vnd an-
dern bewerten Scri-
benten geſtalt/
Durch
Jodocum Hockerium Oſnaburgen-
ſem/ Prediger der Kirchen S.
Johans fur Lemgaw.

Deutero. 21.
Alles was ich euch gebiete/ das ſolt jhr halten/
das jhr darnach thut/ Jhr ſolt nichts dazu thun/
noch dauon thun.

Verfasser dieser Schrift war Jodocus Höcker, von 1558 bis 1566 Pastor an der Kirche St. Johann in Lemgo. Höcker bekämpfte gemeinsam mit Hamelmann, der zwischen 1555 und 1568 als Pastor an der Kirche St. Marien in Lemgo predigte, den weitverbreiteten Teufels- und Hexenwahn seiner Zeit. Beide Theologen warnten mit Nachdruck die Obrigkeit vor leichtfertigen Urteilen aufgrund erfolterter Geständnisse. Den Anlaß zu der Schrift Höckers, die 1563 in Lemgo veröffentlicht wurde, hatte ein in Osnabrück von der eigenen Frau ermorderter Teufelsbeschwörer gegeben, der schon zuvor in Lippe sein Unwesen getrieben hatte.

reformierten Pfarrern, die er in sein Land berief, nahm auch andere auf, die wegen kryptokalvinistischer Tendenzen aus ihrer Kirche vertrieben wurden. Er berief sie als Erzieher und Lehrer seiner Söhne, als Prediger an seine verschiedenen Schloßkirchen und als Pfarrer in seine Residenzstadt. Auch insofern betrieb er eine weitsichtige Personalpolitik, als er begabte Landeskinder auf seine Kosten studieren ließ. Einer dieser gräflichen Stipendiaten war Heinrich Dreckmeier, der später maßgeblich an der Einführung des reformierten Bekenntnisses beteiligt war.

Simons kirchliche Beziehungen reichten weit über Lippe hinaus. Er hatte Verbindung zu Christoph Pezel, Menso Alting, Urbanus Pierius, reformierte Theologen in Bremen und Emden. Christoph Pezel war wegen Kryptocalvinismus aus Kursachsen vertrieben worden. In Bremen wirkte er unermüdlich für die Ausbreitung des Calvinismus. Den lippischen Grafen beriet er in Fragen der Personal- und Schulpolitik, informierte ihn über theologische Probleme und hielt ihn über die Entwicklung des Calvinismus in Deutschland und anderen europäischen Ländern auf dem laufenden.

Abschließend kann gesagt werden, daß Simon seine Reformen nicht als eine zweite Reformation verstanden hat, sondern als eine Fortsetzung dessen, was um 1517 in der deutschen Öffentlichkeit begonnen hatte. Wenn er auch persönlich sehr an theologischen Fragen interessiert war, so wird man sagen müssen, daß seine Erziehung, seine familiären Verbindungen sowie seine Ratgeber zu Beginn des 17. Jahrhunderts den Ausschlag dafür gegeben haben, daß er mit seiner Familie und seinen Ratgebern das Abendmahl nach reformiertem Ritus feierte und damit das Zeichen für die Einführung des reformierten Bekenntnisses in Lippe gab. Der Übergang der Grafschaft zur reformierten Lehre kam nicht aus einem plötzlichen Einfall des Landesherrn, sondern war jahrzehntelang theologisch, personell und kirchenpolitisch vorbereitet.

Aus dem familiären Leben des Grafen ist nachzutragen, daß seine erste, im Jahre 1578 geschlossene Ehe mit der Gräfin Ermgard von Rietberg kinderlos blieb. Das ließ in Simon trübe Gedanken aufkommen im Blick auf die Zukunft seines Hauses. Als dann der einzige männliche Nachkomme der Familie, sein junger Vetter Philipp von Pyrmont-Spiegelberg, im Jahre 1583 starb, machte Simon 1583 sein Testament, um die Erbfolge zu ordnen und die Teilung der Grafschaft zu verhindern. Doch im nächsten Jahr starb seine Gattin, die nicht nur seinen Stamm hätte pflanzen, sondern auch die Grafschaft Rietberg mit Lippe hätte vereinen sollen.

Der Tod seiner Ehefrau, der viele seiner Erwartungen zunichte machte, gab ihm zugleich die Möglichkeit, eine neue Verbindung einzugehen. Im November des folgenden Jahres schloß er eine zweite Ehe mit der Gräfin Elisabeth von Holstein-Schaumburg.

Als im September 1586 ein Sohn geboren wurde, war die Freude in der Familie und der Jubel im Lande groß. Es war der Matthäustag, an dem der Sohn das Licht der Welt erblickte. Damit dieser Tag nicht in Vergessenheit gerate, stiftete Simon ein Kapital von 10000 Reichstalern. Davon sollte jede Kirche des Landes 250 Taler erhalten. Die Zinsen, so verordnete Simon, sollten zur Aufbesserung der schlechten Bezahlung der Pfarrer verwandt werden. In den Kirchen sollte alljährlich an diesem Tage für die Erhaltung des lippischen Hauses gebetet werden. Die Simonsche Fundation hat bis in das vorige Jahrhundert bestanden. Sie gehörte zu den regulären Einkünften der Pfarrstelle. Aus dem Danktag ist später der Buß- und Bettag geworden. Er wurde in Lippe bis zur Übernahme der preußischen Ordnung am Freitag vor Michaelis begangen.

Die Durchführung der Reformen Simons VI.

Während Simons Regierungszeit vollzog sich der Übergang vom mittelalterlichen Ständestaat zum frühmodernen Territorialstaat. Die Rechte der Stände wurden je länger, je mehr zu Gunsten des Landesherrn und seiner Räte beschnitten. Das zeigte sich im Rechtswesen mit der Publizierung der Hofgerichtsordnung von 1593. Ihr folgten 1600 die Peinliche Prozeßordnung und die Consistorial-Ordnung. Es entstand ein besonderer Beamtenstand, der je länger, je mehr an die Stelle der aus dem lippischen Adel berufenen Räte und Drosten trat. Es wurde schon darauf hingewiesen, daß Simon sich des neuentstehenden Beamtenstandes zur Durchführung seiner Reformen bediente. Die Consistorialordnung war mit einer Eheordnung verbunden. Sie sollte die Ehesachen, die früher zu den Kompetenzen des katholischen Bischofs gehört hatten, ordnen. Mit der Konsistorialordnung sollte aber auch ein einheitlicher Verwaltungsapparat für die Kirchen des Landes geschaffen werden. In ihr ist der Anfang des verwaltungsmäßig organisierten landesherrlichen Kirchenregimentes zu sehen, das in seinen Grundzügen bis 1918 bestanden hat.

Da in Augsburg die Reformierten Stände nicht in den Religionsfrieden eingeschlossen worden waren, ver-


Der Teuffel ſelbſt/
Das iſt/
Von den Teuf=
feln/oder böſen Geiſtern/was die
ſeyen / jhrer Erſchaffung / Wohnung/
Namen/Boßheit/Liſt/Gewalt/Ordnung/oder Re-
giment/Abfall von Gott/Wirckung/Weiſſagung/
Tyranney/vñ Betrug gegen den Menſchen.
Deßgleichen/
Von Verzauberungen/Verblendungen/
Vergifften / Geſpenſten / Verwandlungen/
Hexen vnd Vnholden/vnd deren Recht-
lichen Beſtraffungen.
Beneben einem ſonderlichen Tractat/
Von der Hellen / was / vnd wo dieſelbige ſeye / jhre
Eygenſchafft / Namen / vnd Pein.
Wie auch
Der Weiſſager vnd Cryſtallen Teuffel / von Teuffelsbe-
ſchwerern/Cryſtallenſehern / vnd dergleichen.
Mit angehengtem
Bedencken von denen ſo ſich ſelbſt/auß Verzweiffelung/oder
andern Vrſachen vmbs Leben bringen.
Alles auß H. Göttlicher Schrifft/der Gelehrten Schrifften/auch
alten vnd newen Hiſtorien/Anfangs beſchrieben / durch
H. Jodocum Hock rum Pfarrherrn zu Lemgow.
Nachmals continuirt durch
H. Herman Hamelman / der H. Schrifft Licentiat.
Franckfurt am Mäyn /
Bey Egenolff Emmeln zu finden. Im Jahr 1627.

Titelblatt einer von Pastor Jodocus Höcker in Lemgo begonnenen und von Hamelmann fortgeführten Schrift, die nach dem Tode ihrer beiden Verfasser im Jahre 1627 in Frankfurt erschien. Die Schrift ist neben ihrem theologischen Gehalt auch volkskundlich von einigem Interesse, da sie – wie Kittel im einzelnen gezeigt hat – „etwas Licht auf den lippischen Volksglauben im Zeitalter der Reformation und auf das früheste Vorkommen von Hexen in Lippe wirft, bevor hier ein Jahrhundert später der Hexenwahn seine gräßlichen Opfer forderte". Jodocus Höcker hatte sein Buch in drei Teile unterteilt: „Beschreibung des Teufels", „Von Verblendungen des Teufels" und „Von Hexenwerk". Hamelmann schrieb 7 fehlende Kapitel von den insgesamt 49 und fügte noch Bemerkungen über einige Kapitel hinzu sowie Abhandlungen über die Hölle, über „den Segen, Wicker und Chrystallen Teufel" und über die Selbstmörder. Beachtung verdient, daß Höcker die Vorstellungen von Teufelspakt, Teufelsbuhlschaft und Hexentänzen, die im 17. Jahrhundert so verhängnisvolle Auswirkungen hatten, für unglaubhaft hält und daß er eindringlich die Obrigkeit bezüglich der Strafen zur Vorsicht ermahnte. (Vgl. Erich Kittel, Hamelmann als lippischer Profanhistoriker. Mit Übersetzungen aus seinen Werken. In: Lipp. Mitt. aus Geschichte und Landeskunde, 27. Bd., Detmold 1958.)

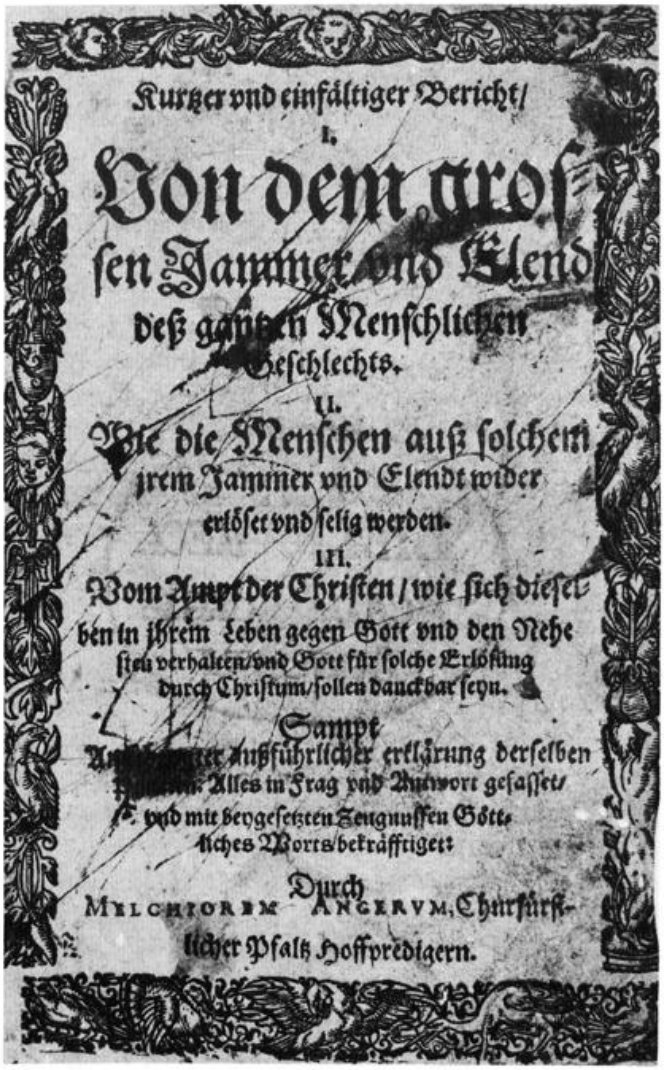
mied Simon vorerst, aus seiner persönlichen Glaubensüberzeugung konfessionspolitische Folgerungen zu ziehen. Die Consistorialordnung brachte le-

diglich eine verwaltungsmäßige Neuordnung der Kirche. Die Kirchspiele wurden in drei jeweils von einem Superintendenten zu beaufsichtigende Bezirke eingeteilt. Die Visitationen, die bisher nur sporadisch stattgefunden hatten, sollten fortan alljährlich erfolgen. Als oberste kirchliche Verwaltungsbehörde wurde ein Generalkonsistorium installiert, das unter Vorsitz des Landesherrn oder eines seiner Söhne vierteljährlich tagen sollte. Waren die bisherigen kirchlichen Ordnungen mit Zustimmung der Räte erlassen worden, so taucht jetzt in der Konsistorialordnung zum erstenmal die Redewendung auf: „Wir, Simon Graf und Edler zur Lippe thun hiermit kund ...", und dann im Gesetzestext heißt es immer wieder: „Wir wollen und ordnen ..." Begegnet uns in der Kirchenordnung von 1571 der Wortlaut: „Damit ermelte Superintendenten ... vermöge ihres Amts, eine gebührliche Autorität und Ansehen ... haben mögen", so lautet der entsprechende Passus jetzt: „Damit aber Unsrer Graf- und Herrschaft Kirchen verordnete Superintendentes mit der anbefohlenen Visitationssache in UNSER NAMEN und an UNSRE STAT desto gläubiger und beständiger verfahren mögen ..., sollen sie ‚einen offenen General-Gewaltsbrief' erhalten und vorzeigen, solange sie das Superintendentenamt verwalten". Des weiteren wird angeordnet, daß die landesherrlichen Beamten und Vögte den Superintendenten in Ausübung ihres Amtes jede Hilfe zuteil werden lassen.

Es wurde bereits erwähnt, daß die Konsistorialordnung ohne Mitwirkung der Stände erlassen worden ist. Diese waren lediglich bei ihrer Verlesung und ihrer Inkraftsetzung zugegen. Das Verfahren macht deutlich, daß die von Luther als „Notbischöfe" etablierten Landesherren sich je länger je mehr als Rechtsnachfolger der ehemaligen katholischen Bischöfe verstanden.

Schwierigkeiten ergaben sich bei den Visitationen nicht in den beiden Lemgoer Stadtgemeinden, diese behielten ihre eigene Ordnung, wohl aber bei den Visitationen der unmittelbar vor den Toren der Stadt gelegenen Johanneskirche. Hier erfolgten die Visitationen gegen den Protest des innerstädtischen Gemeindeteiles. Ähnlich war es in Hillentrup, wo die Finanzverwaltung der Kirche in den Händen Lemgoer Dechen lag.

Die Konsistorialordnung änderte nichts an der Geltung der von Johann von Exter verfaßten Kirchenordnung von 1571. Wohl aber schaffte die von füh-


Kurtzer vnd einfältiger Bericht/
I.
Von dem groſ-
ſen Jammer vnd Elend
deß gantzen Menſchlichen
Geſchlechts.
II.
Wie die Menſchen auß ſolchem
jrem Jammer vnd Elendt wider
erlöſet vnd ſelig werden.
III.
Vom Ampt der Chriſten / wie ſich dieſel-
ben in jhrem Leben gegen Gott vnd den Nehe
ſten verhalten/vnd Gott für ſolche Erlöſung
durch Chriſtum/ſollen danckbar ſeyn.
Sampt
Alles in Frag vnd Antwort gefaſſet/
vnd mit beygeſetzten Zeugnuſſen Göttliches Worts bekräfftiget
Durch
MELCHIOREM ANGERVM, Churfürſtlicher Pfaltz Hoffpredigern.

Der „Catechismi Angeri", 1598 in Heidelberg gedruckt, war von dem 1547 in Hirschberg (Schlesien) geborenen Melchior Anger, der seit 1576 als reformierter Hofprediger und Pfarrer in Heidelberg amtierte, verfaßt worden. Der Inhalt des Katechismus entsprach dem des Heidelberger Katechismus; er war jedoch aus theologischen Gründen in eine andere Ordnung gebracht worden. Anger hatte seinen Katechismus in drei Hauptteile gegliedert: Der erste Teil handelt von des Menschen Elend, der zweite Teil von der Erlösung aus diesem Elend und der dritte Teil von der Dankbarkeit aus dieser Erlösung. Angers Katechismus verdrängte um 1600 in Lippe den zuvor benutzten kleinen Katechismus Luthers. Bis etwa 1650 wurde der „Catechismi Angeri" im kirchlichen und schulischen Unterricht benutzt; er wurde durch den seit 1618 im Lande eingeführten Heidelberger Katechismus in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts verdrängt. (Das seltene und leider stark beschädigte Exemplar stammt aus der Staats- und Universitätsbibliothek in Göttingen.)

renden reformierten Theologen begutachtete Konsistorialordnung die verwaltungsmäßigen Voraussetzungen für den Übergang der Grafschaft zum reformierten Glauben.

Mit einer am 21. November 1601 erlassenen Instruktion zur Kirchenvisitation wies Simon die Visitatoren an, in den Gemeinden das Abendmahl nach reformierter Weise zu feiern und statt der bisherigen Oblaten Brot zu verwenden. Des weiteren sollten sie darauf bedacht sein, die Kirchen und Gottesdienste von Resten „papistischen" Aberglaubens zu reinigen, d. h. auf Abschaffung der Nottaufe, des bei der Taufe noch üblichen Exorzismus, des Kreuzschlagens sowie auf Beseitigung der Bilder und Hochaltäre zu dringen; Lichter, Meßgewänder, Chorröcke sollten nicht mehr gebraucht, der Altar durch einen Tisch ersetzt und die Taufsteine entfernt werden. An Stelle des Lutherischen Katechismus sollte ein von dem Theologen Anger verfaßter Katechismus im Unterricht benutzt, das Gesangbuch durch die von Lobwasser verdeutschten und gereimten Psalmen ersetzt werden. Nachdem der Detmolder Pfarrer Heinrich Dreckmeier, der Hofprediger Heinrich Plesmann in Brake und der Pfarrer an St. Johann in Lemgo, Johannes Happenus, zu Superintendenten ernannt worden waren, wurde die Visitationsordnung in den Gemeinden praktiziert. 1602 führte Simon in seiner Schloßkirche in Brake die reformierte Gottesdienstordnung ein. Sie sollte den Kirchen des Landes als Vorbild dienen. Den Superintendenten Dreckmeier veranlaßte er, eine Verteidigung der reformierten Lehre zu schreiben. Sie war in erster Linie zur Belehrung der Geistlichen gedacht und sollte darlegen, daß Simons Reformen nicht im Gegensatz zu der Kirchenordnung von 1571 ständen. Öffentlich bezeugte der Graf seinen Übergang zur reformierten Lehre erst im Sommer 1605, als er den Superintendenten Dreckmeier anwies, in der Kirche zu Detmold das Abendmahl auf reformierte Weise zu feiern. Simon sowie seine Familie und die Beamten der Detmolder Verwaltung nahmen daran teil. Sie bekundeten damit ihren Übergang zur reformierten Lehre. Dies verstand sich damals nicht als selbständige Konfession, denn als solche hatte sie nicht die Rechte des Augsburger Religionsfriedens genießen können. Mit der Abendmahlsfeier war das Zeichen für den Übergang der Landeskirche in das reformierte Lager gegeben.

Simon beabsichtigte keinen Konfessionswechsel. Er, der in theologischen Fragen gut unterrichtet war, wollte nicht mehr als eine „gereinigte Kirchenlehre" in seinem Lande einführen. Ihm ging es nicht um eine zweite Reformation, sondern um die an der Heiligen Schrift ausgerichtete Weiterentwicklung der lutherischen Kirchenordnung von 1571. Simon hat nie zugegeben, daß seine Reformen nicht mit dem Augsburger Bekenntnis in Einklang ständen oder zum Calvinismus führen würden. Er erstrebte eine Einigung zwischen den Anhängern Luthers und den oberdeutschen Calvinisten. Das ist ihm zwar im Blick auf die konfessionellen Verhältnisse im Reich nicht gelungen. Wohl aber hat er der Kirche seiner Grafschaft ein eigenes Gepräge gegeben, das zwischen einem strengen Luthertum und einem entschiedenen Calvinismus stand und bis heute erhalten geblieben ist. Vielleicht kann man sagen, daß Philippismus und Calvinismus hier eine Symbiose eingegangen sind, die der Lippischen Landeskirche ihren eigenen Charakter gegeben hat.

Simon wollte mit seinen Reformen keinen Glaubensdruck ausüben. Den Lemgoern erklärte er später, „er sei nicht gemeint, über die Gewissen zu herrschen oder sie irgendwo womit zu beschweren". Er beabsichtigte nur, den öffentlichen Gottesdienst zu ordnen.

Der lippische Graf ist nicht der einzige gewesen, der vom Luthertum zum Calvinismus übergewechselt ist. Während um die Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert die katholische Kirche viele Gebiete zurückeroberte, es sei nur an Rietberg, Paderborn, Corvey und Münster und an niederrheinische Territorien erinnert, verloren die lutherischen Kirchen außer den Genannten noch erhebliche Gebiete an die calvinische Konfession. Das war zum Teil eine Reaktion auf das orthodoxe Luthertum, das sich in immer neue Lehrstreitigkeiten verwickelte.

Die Reaktion in den Gemeinden

Wie verhielten sich Simons Untertanen zu seinen Reformen? Am leichtesten hatte er es mit der Neuordnung bei der Pfarrerschaft. Ein Teil der Pfarrer, die wegen ihrer calvinischen Neigungen von Simon in



Graf Simon VI. (1563–1613). Er wurde am 15. 4. 1554 als Sohn Bernhards VIII. in Detmold geboren. Seine Erziehung wurde von dem Theologen und Magister Thodenus, einem der Melanchthonschen Richtung angehörenden Wittenberger Theologen, geleitet, der den jungen Grafen auf die berühmte hohe Schule in Straßburg und an die Fürstenhöfe zu Wolfenbüttel und Kassel begleitet hatte.
1579 übernahm Simon VI., auf sein Amt wohl vorbereitet, die bis dahin vormundschaftlich geführte Regierung. In seiner vierunddreißigjährigen Regentschaft erwies sich Simon VI. als ein selbstbewußter Landesherr, der sich mit diplomatischem Geschick in kaiserlichen Diensten wiederholt in der Reichspolitik betätigte und darüber hinaus – vielseitig interessiert – mit zahlreichen Gelehrten und Künstlern seiner Zeit in Verbindung stand. „Natürlich interessierte ihn als Kind des Jahrhunderts der Glaubenskämpfe auch stark die Theologie, und hier ist es beachtlich, daß es namentlich reformierte Theologen waren, mit denen er korrespondierte, wie er denn auch vertriebenen reformierten Pfarrern persönlich zu helfen stets bereit war ... Mit großem Interesse verfolgte er die zeitgenössische Ausbreitung des Calvinismus und die damit zusammenhängenden Auseinandersetzungen in der Pfalz, Sachsen und dann besonders im benachbarten Hessen. Als er dann selbst daranging, mit Unterstützung seines Generalsuperintendenten Dreckmeier eine Kirchenreform durchzuführen, tat er es kraft der ihm nach dem Augsburger Religionsfrieden zustehenden Episkopalgewalt in der Absicht, nur für eine gereinigte Kirchenlehre zu sorgen und aus dem Katholizismus beibehaltene Bräuche abzuschaffen" (Kittel, Heimatchronik des Kreises Lippe, Detmold 1978, S. 124).
Im Jahre 1605 hatte der Generalsuperintendent Dreckmeier damit begonnen, auf der Kanzel in Detmold in einer Reihe von Predigten die Abendmahlslehre zu entwickeln. Am 2. Juni desselben Jahres, dem Sonntage, wo das Evangelium vom reichen Mann „einfiel", predigte er in Detmold statt dessen über 1. Corinther 10, Vers 16f., erklärte eingehend die reformierte Abendmahlslehre und teilte am Schluß des Gottesdienstes das Sakrament an Graf Simon, seine Familie und seine Beamten- und Dienerschaft nach reformiertem Ritus aus. Mit diesem Ereignis wird allgemein der Übertritt Lippes zum reformierten Bekenntnis bezeichnet. – Das Ölgemälde befindet sich im Besitz der Lippischen Landeskirche.

das Land geholt worden waren, begrüßte seine Reformen und trug bei zu ihrer Durchführung. Andere wurden bei den Visitationen belehrt oder nahmen an den Disputationen am gräflichen Hofe teil. Manche führten Simons Reformen nur sehr langsam in ihren Kirchen ein oder widersetzten sich ihnen. Letztere wurden vor das Konsistorium geladen, ermahnt oder getadelt und bei hartnäckiger Widersetzlichkeit mit einem Adjunkten beglückt oder aus dem Amt entfernt. Diese Weise der Schulung oder Weiterbildung ließ sich allerdings nur bei den Landpfarrern anwenden. In den Städten, vor allem in Lemgo, mußte man mit dem Widerstand der Bürgerschaft und der Geistlichkeit rechnen. Es kann hier nicht im einzelnen auf die Reaktionen in den Gemeinden eingegangen werden. Doch sei darauf verwiesen, daß der Graf in nicht wenigen Gemeinden auf Widerstand stieß. Einer der ersten Pfarrer, der die Reformbestrebungen des Landesherrn in Horn zu fördern suchte, mußte die Stadt verlassen. Der Graf versetzte ihn nach Heiligenkirchen. Auch in Detmold herrschte Unwillen über die von Dreckmeier eingeführten Neuerungen. Der Ärger wurde noch gesteigert durch das neue Gymnasium, das Simon gegründet hatte, um die reformierte Lehre unter den Gebildeten seines Landes zu verbreiten. Einer der Detmolder Gymnasiallehrer mußte seine Wohnung fluchtartig vor dem Zorn des Volkes verlassen. Das Volk drohte, falls er wiederkomme, werde man ihn „mit Steinen zu Tode werfen". Auch Salzuflen nahm eine ablehnende Haltung gegen die Kirchenreform ein. In Blomberg geriet der Pastor Johann Piderit nicht nur mit seiner Gemeinde, sondern auch mit seinem Gewissen in Zwiespalt. In Sonneborn kam es zu einer offenen Rebellion, nachdem der Pastor die Heiligenbilder aus der Kirche ent-

fernt hatte. Die Bauern wurden mit dem Glockenschlag zusammengerufen. Sie drangen in die Pfarre ein und stellten „den Pfaffen darüber zur Rede", warum er ein Calvinist geworden, der er doch früher ein treuer Anhänger Luthers gewesen sei? Sie drohten ihm mit der Weigerung ihrer Dienste. Die Obrigkeit ließ 8 Rädelsführer verhaften und belegte die Gemeinde mit einer Geldbuße von 200 Talern. Auch in anderen Gemeinden kam es zu Widersetzlichkeiten. Wenn Simon auch bestrebt war, seine landesherrlichen Kompetenzen zu erweitern, so nahmen Stände und Adel dennoch eine wichtige Stellung ein. Wie verhielten sie sich? Aufs Ganze gesehen kann gesagt werden, daß sie die Reformen ihres Landesherrn mitgetragen haben. Diese waren ja nicht auf das kirchliche Gebiet beschränkt. Bei Simons kirchlichen Reformen hat es zwar unter dem Adel unterschiedliche Meinungen gegeben. Aber es wird nirgendwo überliefert, daß der Adel aktiven Widerstand geleistet habe, zumal Simon im Jahre 1609 nochmals zugesichert hatte, „niemanden in ihrem gewißen zu beschweren", wenn er sich „unergerlich verhalten" wolle. Es gab unter dem Adel weder extrem lutherische noch entsprechende reformierte Vertreter. Am besten bringt der Wahlspruch des 1602 geborenen Adolph Christoph von Mengersen zum Ausdruck, was viele dachten:

Wallfahrt will ich nicht laufen,
Ablaß will ich nicht kaufen,
Glaube nicht an Doktor Luther,
auch nicht an Gottes Mutter.
Bin auch kein Calvinist,
sondern leb und sterb auf Jesum Christ.

Als sich die Städte des Landes vereinigten und gegen Simons Reformen Beschwerde führten, entgegnete er: „Sein Superintendent Johann von Exter habe schon die Ubiquitätslehre (Lehre von der leiblichen Allgegenwart Christi im Abendmahl) mit christlichem Eifer verworfen und sich derselben als einer dem göttlichen Wort widrigen, ärgerlichen, abscheulichen, gotteslästerlichen Opinion widersetzt und ihn selbst davor gewarnt. Dieser habe auch schon die Chorröcke und Meßgewänder in der Kirche zu Detmold abgeschafft. Was die Ceremonien beim heiligen Abendmahl anlange, so seien diese bloße Adiaphora (Mitteldinge, die dem Christen weder geboten noch verboten sind) und die Bürger würden zu dem Ende auf die Artikel der Augsburgischen Konfession vom Unterschied der Speisen und von Traditionen verwiesen. Die übrig gebliebenen Traditionen seien ein Unrat des Papsttums. Der Pfalzgraf Friedrich III. habe schon 1560 eine solche Bedienung bei dem heiligen Abendmahl, nämlich das Brotbrechen, in seinem Lande eingeführt. Er könne auch in der von ihm publizierten Kirchenordnung von 1571 solche Abänderungen treffen lassen, wenn etwas darin unrichtig und dem göttlichen Wort zuwider sei, z. B. der noch darin enthaltene Exorzismus bei der Taufe (Teufelsaustreibung), die Ubiquitätslehre beim heiligen Abendmahl, Gesänge in fremder Sprache und dergleichen mehr."

Wenn sich auch der Widerstand gegen Simons Reformen, außer in Lemgo, bald gelegt hat, so ist nicht zu bestreiten, daß sie zunächst keine Zustimmung in den Gemeinden gefunden haben. Simon hatte sie zwar von langer Hand vorbereitet, hatte aber nicht mit dem konservativen bildhaften Denken seiner Untertanen, insbesondere der Landbevölkerung, gerechnet. Die meisten seiner Landeskinder lebten, wie zur Zeit seines Großvaters Simons V., in abgelegenen Dörfern ohne Schulen oder andere Informationsquellen. Die einzige Bildungsstätte war die Kirche. Darum hing der Erfolg kirchlicher Maßnahmen zuerst und vor allem von der Einstellung der Pfarrerschaft ab. Offensichtlich aber hatte Simon den größeren Teil der Pfarrer noch nicht für seine Reformen gewonnen, bevor er damit begann, sie in den Kirchen einzuführen. Vielleicht pochte er auch zu sehr auf die dem Landesherrn im Augsburger Religionsfrieden zuerkannten Rechte, als er daranging, die Reform kraft landesherrlicher Autorität durchzuführen. Es sei auch daran erinnert, daß die lutherische Reformation im ganzen Lande erst zur Durchführung gelangte, als mit Bernhard VIII. ein Mann zur Regierung kam, welcher der Lehre Luthers von Herzen zugetan war und ihr in der Grafschaft die Bahn freimachte. Indes ist zu sagen, daß im Unterschied zu den von dem Landesherrn verfügten Reformen die Luthersche Reformation auf weitestgehende Zustimmung in der Bürgerschaft der Städte, insbesondere Lemgos, gestoßen war. Doch wäre es falsch, wollte man in dem Widerstand, der Simons Kirchenreform im Lande, vor

allem in Lemgo, entgegengebracht wurde, nur einen Ausdruck konfessionell lutherischer Glaubensüberzeugung und Glaubenstreue sehen. Auf beiden Seiten waren neben den religiösen Motiven Machtfragen im Spiel. Simon ging es um die Erweiterung seiner landesherrlichen Macht; dem dienten der Ausbau der Verwaltung und die Ausbildung der entstehenden Beamtenschaft. Lemgo, das seinem Reformwerk den heftigsten Widerstand entgegensetzte, wollte seine überkommenen städtischen Rechte und Freiheiten, aber auch seine Kirchenhoheit, wie sie vornehmlich in den Freien Reichsstädten bestand, erhalten. Was sich bei Simons Reformen ansatzweise andeutete, endete gegen Ende des 18. Jahrhunderts in dem absolutistischen Fürstenstaat.

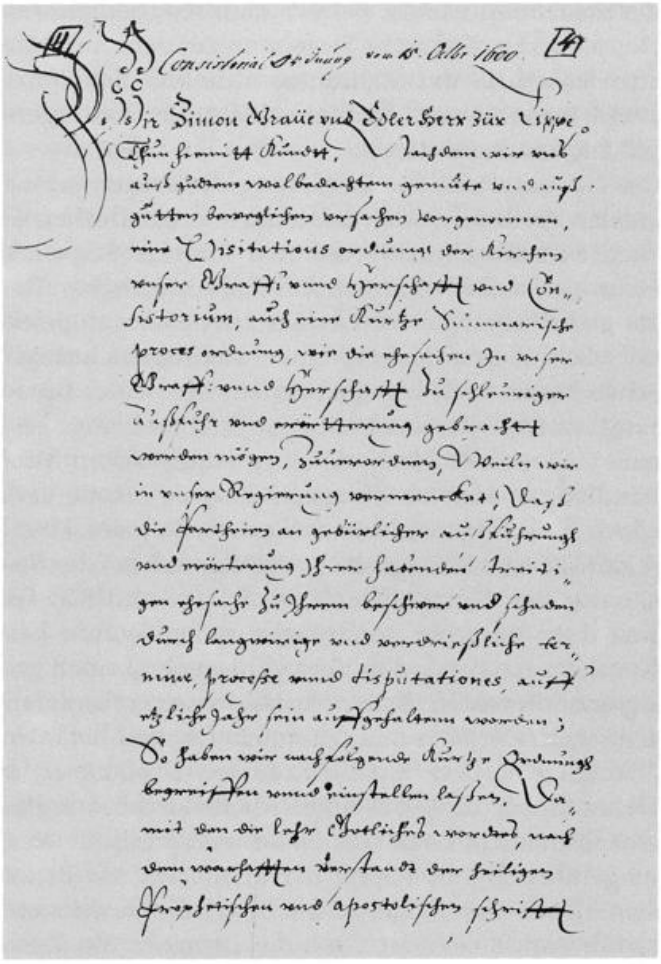
Doch bevor wir die weitere Entwicklung im Lande verfolgen, müssen wir einen kurzen Blick auf den durch den Konfessionswechsel des Landesherrn ausgelösten Streit mit der Stadt Lemgo werfen.

Wir können diese fast zwei Jahrzehnte währenden Auseinandersetzungen nicht in allen Einzelheiten darstellen. Es ging dabei nicht nur um kirchliche, sondern auch um weltliche Streitpunkte. War es ein Jahrhundert zuvor Simon V. gewesen, der sich den reformatorischen Bestrebungen einer freiheitlich gesinnten Bürgerschaft widersetzt hatte, so war es jetzt die Bürgerschaft, die sich der Ausweitung der politischen und geistigen Einflußnahme des Landesherrn in ihrer Stadt widersetzte. Lemgo war stolz auf seine Verdienste um die Reformation. Hinzu kam, daß mit der Einführung der Lehre Martin Luthers ein wirtschaftlicher Aufschwung einhergegangen war, der das Selbstbewußtsein der Bürger so sehr gesteigert hatte, daß es zur Konfrontation mit der gleichfalls auf die Wahrung und Vermehrung ihrer Kompetenzen bedachten Landesherrschaft kommen mußte. Diese, verkörpert in der Person des vielgereisten, politisch gewandten und erfahrenen Simon VI., verstand es, den Geist der Zeit ihren Zielen dienstbar zu machen.

Am Anfang der landesherrlichen Reformpolitik standen in Lemgo Auseinandersetzungen über die Gerichtshoheit. Der Rat der Stadt besaß innerhalb der Stadtmauern eine weitgehende Gerichtskompetenz. U. a. zeigte sich das daran, daß Lemgoer Bürger nicht verpflichtet waren, gegen ihren Willen und ohne Zustimmung des Rates vor landesherrlichen Gerichten als Zeugen auszusagen. Bei einem dieser Verfahren war insofern die Konfessionsfrage angeschnitten, als der lutherische Pfarrer Stapelius sich wegen einer Schmähschrift gegen den reformierten Superintendenten Dreckmeier zu verantworten hatte. Der Landesherr bemühte sich um die Entsendung zweier Räte an das Lemgoer Gericht, um auf die Verhandlung Einfluß nehmen zu können. Der Rat wies dieses Ansinnen jedoch zurück.

Ein zweiter Problemkreis war die Verteilung der Finanz- und Steuerhoheit zwischen Stadt und Landesherrschaft. Simon bestritt der Stadt das Recht zur eigenmächtigen Einführung neuer Steuern, weil damit eine Beeinträchtigung der landesherrlichen Steuerhoheit verbunden sei. Um die landesherrlichen Schulden zu tilgen, wurde 1609 die Erhebung einer Kopfsteuer für das Land beschlossen. Sie sollte ohne Ansehen des Reichtums erhoben werden. Als die Kommission von den Städten Verzeichnisse über „die Bürger und einwoner mit weib und kindt und gantzen Hausgesinde, niemand ausgenommen samt derselben Qualitäten und Habseligkeiten" verlangte, stieß sie bei den Bürgern Lemgos auf heftigen Widerstand. Auch um die Nutzungsrechte in der Feldmark, um die schon Simons Großvater mit der Stadt gestritten hatte, kam es erneut zu Auseinandersetzungen. Ein weiterer Streitpunkt war das städtische Gewerbemonopol. Die städtischen Handwerker sahen sich darin durch dörfliche Konkurrenz beeinträchtigt. Zu dem langjährigen und erbitterten Streit kam es jedoch erst, als Simon seine Reformen auf die Kirche ausdehnte.

Das Lemgoer Stadtbuch von 1586 handelt in seinem ersten Kapitel „von wahrer christlicher Religion der Augsburgischen Konfession und daß man dabei einmütig und beständig zu verbleiben entschlossen" sei. Es zeigte sich bald, daß die Bürger gewillt waren, ihren Glauben auch gegen den eigenen Landesherrn zu verteidigen. Sah Simon in der Einführung der reformierten Lehre eine Fortsetzung und Festigung der lutherischen Reformation, so vermuteten die Lemgoer Bürger in den Simonschen Reformen einen Konfessionswechsel, dem sie sich widersetzten. Schon in der Einführung der Hofgerichtsordnung von 1593 und der Konsistorialordnung von 1600 hatten die Lemgoer einen Angriff auf ihre Rechte gesehen. Sie hatten demzufolge erklärt, daß sie nicht an der feierlichen Einführung der Konsistorialordnung teilneh-



In der Konsistorialordnung vom 15. 10. 1600, die der lippische Generalsuperintendent Dreckmeier im Auftrage Graf Simons VI. entworfen hatte, kam das reformierte Element in Lippe zur Geltung. Die lippische Konsistorialordnung, an der kurpfälzischen reformierten Kirchenordnung ausgerichtet und zudem von Heidelberger Theologen geprüft, brachte die landesherrlichen Befugnisse verstärkt zur Geltung (Summus-episcopus-Prinzip). Zugleich wurde das Land in neu zu bildende Superintendenturen aufgeteilt (Detmold, Brake, Lemgo/später Varenholz) und die neu ins Amt berufenen Superintendenten damit beauftragt, die Einführung des reformierten Bekenntnisses voranzutreiben. Graf Simon VI. setzte selbst ein Zeichen, als er im Jahre 1605 in der Vituskirche (Erlöserkirche) in Detmold das Abendmahl nach reformiertem Ritus nahm. Allerdings hat sich die Durchsetzung des reformierten Bekenntnisses über Jahre hingezogen, da namentlich die Pfarrer und die Bevölkerung in den Städten gegen die Neuerungen Einspruch erhoben und zum Teil auch erheblichen Widerstand leisteten.

In der Präambel der Konsistorialordnung von 1600 wurde festgelegt (freie Übersetzung): „Wir Simon, Graf und Edler Herr zur Lippe etc. tun hiermit kund: Nachdem wir uns aus gutem wohlbedachtem Gemüte und aus guten beweglichen Ursachen vorgenommen, eine Visitationsordnung der Kirchen unsrer Graf- und Herrschaft und Konsistorium, auch eine kurze summarische Prozeß-Ordnung, wie die Ehesachen in unsrer Graf- und Herrschaft zu schleuniger Ausführung und Erörterung gebracht werden mögen, zu verordnen, weil wir in unsrer Regierung bemerkt haben, daß die Parteien an gebührlicher Ausführung und Erörterung ihrer streitigen Ehesache, zu ihrem Beschwer und Schaden durch langwierige und verdrießliche Termine, Prozesse und Disputationen auf etliche Jahre sind aufgehalten worden, so haben wir nachfolgende kurze Ordnung begreifen und einstellen lassen. § 1: Damit dann die Lehre göttlichen Worts nach dem rechten Verstand der prophetischen und apostolischen Schrift in unsrer Graf- und Herrschaft mit Irrtümern unverfälscht geführt und getrieben, dazu die Diener bei den Kirchen und Untertanen in einem christlichen, ehrbaren Wesen, Leben und Exekution ihrem Beruf und befohlenen Amtungen nach erhalten und der Unehrbarkeit und Lastern, so viel möglich, gewehrt werde, so wollen und ordnen wir, daß der Kirchen unsrer Graf- und Herrschaft drei Superintendenten, die da gelehrte, gottesfürchtige Männer, die Gottes Worts rechter prophetischer und apostolischer Religion wahre Bekenner, dazu ihre gute Testimonia und Zeugnis bei der Lehre und Lebens bei der Kirche und männiglichen haben, damit sie mit der Wahrheit von den Lästerern nicht getadelt, sondern desto beständiger ihr Amt verrichten mögen, hinfort sein und gehalten werden sollen, deren einer in unsrer Stadt Detmold, der andre in unsrer Stadt Lemgo und der dritte bei Unsrer Hofhaltung sich verhalten soll …" (Vgl. StA Detmold D 71 Nr. 108.)

men könnten. Zugleich hatten sie ersucht, von den konsistorialen Visitationen verschont zu bleiben. Der Rat fürchtete, daß das landesherrliche Konsistorium die städtischen Befugnisse über die Lemgoer Kirchen und Ehegerichte einschränken könnte. Damit brach ein Problem auf, das auch anderswo bestand: der Gegensatz zwischen Stadt- und Territorialkirche. In Lippe wurde dieser Streit nur mit Lemgo ausgetragen. Er wurde hier jedoch noch dadurch verschärft, daß die Stadt nicht zu Unrecht der Meinung war, ihr Landesherr wolle damit zugleich die Konfession der Bürger ändern. So kam es zum Streit zwischen der jetzt nicht mehr nur evangelischen, sondern lutherischen Stadt und dem nicht mehr im strengen Sinne lutherischen, sondern evangelisch-reformierten Landesherrn. In der ersten Phase ging es darum, das landesherrliche Pfarrbesetzungsrecht an der vor den Toren der Stadt gelegenen St.-Johannes-Kirche zu sichern. Dieses Kapitel konnte 1604 erfolgreich für den Landesherrn abgeschlossen werden. Simon verband die dortige Pfarrstelle mit der Superintendentur des Lemgoer Bezirks. Das führte zu Streitigkeiten um die Kirche in Hillentrup. Hier löste Simon die Lemgoer Dechen, die seit dem Mittelalter das dortige reiche Kirchenvermögen verwaltet hatten, durch landesherrliche Beauftragte ab. Auf diese Weise dehnte er



Apotheose des Regierenden Grafen Simon VI. Im Hintergrund Schloß Brake bei Lemgo, die Residenz des Grafen. Simon VI. war hier am 7. Dezember 1613 gestorben. (Kupferstich von Nicolaus Bouman aus dem 17. Jahrhundert.)

seinen Herrschaftsanspruch auf ein Gebiet aus, das bisher von der Stadt Lemgo verwaltet worden war.
In der Folgezeit verbot Simon der Stadt, Eheangelegenheiten vor dem städtischen Gericht zu verhandeln. Dafür sei allein das geistliche Gericht des Landesherrn zuständig. Daraufhin rief der Lemgoer Rat das Reichskammergericht an. Doch der Landesherr verhängte ungeachtet dieses Vorgehens Strafen über das Lemgoer Stadtgericht, sofern es in Ehesachen verhandelte. Als im Jahre 1607 die beiden Pfarrer an St. Nikolai kurz nacheinander starben, untersagte Simon der Stadt, in der Berufung der Nachfolger tätig zu werden. Doch die Lemgoer ließen sich bei der Pfarrerwahl nicht in ihren Rechten beeinträchtigen. Rat und Bürgerschaft waren entschlossen, ihre Rechte an der Stadtkirche mit allen Mitteln zu wahren. Mehrere Versuche, den Streit um die Kirchenhoheit friedlich beizulegen, scheiterten. Keine Seite war bereit, nachzugeben. Um dennoch seinen Einfluß in der Stadt auszuweiten, berief Simon 1604 den Pfarrer Happenus an die Kirche St. Johann mit dem Auftrag, auch innerhalb der Stadtmauern die mit der Pfarrstelle verbundenen Predigtrechte und Seelsorgerpflichten wahrzunehmen.
Der Rat hatte mit der Entlassung des wegen seiner anticalvinistischen und damit auch antilandesherrlichen Schmähschrift verurteilten Pfarrers Stapelius bekundet, daß er nicht gewillt sei, die städtischen Pastoren bedingungslos zu decken, hatte aber zugleich mit dem Pfarrer Helwig einen streitbaren lutherischen Mann nach Lemgo berufen. Mit seiner Berufung erreichte der konfessionelle Streit in Lemgo seinen Höhepunkt. Nach vielen unerquicklichen Verhandlungen kam es Pfingsten 1609 zu einem Vergleich zwischen städtischer und territorialer Herrschaft. Es wurde vereinbart, daß der Rat bei der Besetzung von Pfarrstellen an St. Nikolai und St. Marien drei Bewerber vorschlagen sollte. Würde das Konsistorium unter den Vorgeschlagenen keinen geeigneten Bewerber finden, konnte es einen anderen ernennen. Der Rat schlug nunmehr für die Altstädter Nikolaikirche den Superintendenten Dreckmeier in Detmold, für die Neustädter Marienkirche den Pastor Glanäus in Lage vor. Beide wurden in ihr Amt eingeführt. Damit schien der Friede hergestellt zu sein. Doch der Augenschein trog. Einige Monate später entlud sich der Groll der Lemgoer. Ihr Zorn richtete sich zunächst gegen ihren Bürgermeister, besonders aber gegen die „kalvinischen Pfaffen" Dreckmeier und Glanäus. Die aufgebrachten Bürger wollten sie hängen. Doch Dreckmeier gelang es, auf einem Pferde aus der Stadt zu fliehen. Sein Kollege Glanäus mußte sich mehrere Tage versteckt halten, bis er durch Vermittlung seines Schwagers verkleidet aus der Stadt entkommen konnte. Die Folge war eine regelrechte Fehde zwischen dem Landesherrn und der Stadt. Simon hat ihr Ende nicht mehr erlebt. Er starb im Dezember 1613.
Unter seinem Nachfolger Simon VII. ging der Streit weiter. Erst 1617 kam auf dem zwischen Detmold und Brake gelegenen Meierhof Röhrentrup ein Vertrag zustande. Dieser „Röhrentruper Rezeß" verbürgte der Stadt die freie (lutherische) Religionsausübung gemäß der Augsburger Konfession und der Kirchenordnung von 1571 sowie die freie Pfarrerwahl an den beiden städtischen Kirchen. Die Predigt-

amtskandidaten an St. Nikolai und St. Marien sollten von dem Konsistorium einer lutherischen Universität examiniert und ordiniert und von dem Landesherrn in ihrem Amt bestätigt werden. Es wurde von ihnen erwartet, daß sie sich aller Schmähungen gegen die Reformierten enthielten. Die Stadt bekam ein eigenes Konsistorium, das dem Detmolder Landeskonsistorium gleichgestellt war. In dem Lemgoer Konsistorium hatte der Rat ein entscheidendes Mitspracherecht, das sich nicht immer zum Segen der Lemgoer Kirchen ausgewirkt hat. Diese Regelung hat bis 1854 bestanden. In diesem Jahre wurden die lutherischen und katholischen Kirchen der reformierten Landeskirche gleichgestellt und die lutherischen Gemeinden dem Detmolder Konsistorium unterstellt. In Ehesachen beließ der Röhrentruper Rezeß die erste Instanz bei dem Lemgoer Stadtgericht. Auch behielt die Stadt das jus gladii, das Recht, Todesurteile zu verkünden und zu vollstrecken. Es ist bekannt, daß der Rat von diesem Recht in Hexenprozessen regen Gebrauch gemacht hat. Wenn der Hexenwahn auch nicht auf Lemgo beschränkt war, so sind in der Stadt doch mindestens dreieinhalbmal so viele Menschen umgebracht worden wie im übrigen Lande. Des weiteren mußte die Stadt auf die Verwaltung der Hillentruper Kirchengüter verzichten; das brachte für sie finanzielle Einbußen. Schlimmere finanzielle Folgen entstanden Lemgo dadurch, daß der Graf seine Residenz von Brake nach Detmold und das Hofgericht gleichfalls in seine neue Residenz verlegte. Das bedeutete, daß auch die zahlreichen Beamten, die bisher in Lemgo wohnten, nach Detmold zogen.

Mit dem Röhrentruper Rezeß, der die innerprotestantische Konfessionsfrage für die Grafschaft regelte, ging das Zeitalter der Reformation in Lippe zu Ende. War es in der lutherischen Reformation um die reine Lehre gegangen, so ging es Simon VI. mit seinen Reformen um die Bewahrung dieser Lehre und um ihre Bewährung im Leben und Handeln der Bürger. Hatte die lutherische Reformation die Befreiung des Christenmenschen von der kirchlich-päpstlichen Macht proklamiert, so wurde an der Auseinandersetzung zwischen dem Landesherrn und der Stadt Lemgo deutlich, daß die Freiheit des Christenmenschen sich auch gegenüber der staatlich-landesherrlichen Autorität zu bewähren habe. In Lippe haben die beiden Ausprägungen der Reformation, wenn auch erst nach langwierigen Auseinandersetzungen, schon früh neben- und miteinander gelebt. Im Röhrentruper Rezeß ist der Gedanke einer wenn auch begrenzten Toleranz schon wenige Jahre vor dem Kriege geregelt worden. Im Deutschen Reich ist es erst nach einem 30jährigen Blutvergießen zu einer Neuordnung der Konfessionsverhältnisse gekommen. Erst der Westfälische Friede von 1648 brachte auch den Reformierten, die inzwischen zu einer eigenständigen Konfessionskirche geworden waren, die reichsrechtliche Anerkennung, die ihnen in Augsburg 1555 noch vorenthalten worden war.

Wenn es in dem Streit zwischen der Landesherrschaft und der Stadt Lemgo auch nicht zu bewaffneten Auseinandersetzungen gekommen ist, sondern nur zu deren Vorbereitung, so läßt das erkennen, wie weit jede Seite auf ihrem vermeintlichen oder wirklichen Recht verharrte. Wieweit es in diesem Streit um Macht oder Glaubensfragen ging, dürfte ebensowenig zu klären sein, wie das in dem bald darauf beginnenden 30jährigen Kriege möglich ist.

Jedenfalls herrschte in der ganzen Grafschaft, Lemgo eingeschlossen, ungetrübte Freude, als am Sonntag, dem 31. August 1617, unter Glockengeläut von allen Kanzeln die Wiederherstellung des innerlippischen Friedens verkündigt wurde.

Streitigkeiten um die Besetzung von Pfarrstellen

Seit dem Passauer Vertrag und dem Augsburger Religionsfriede war zwar das Band zerschnitten, das Lippe früher mit den Bischofssitzen in Paderborn und Minden verbunden hatte. Die ehemals bischöflichen Rechte waren auf den Landesherrn als „Notbischof" übergegangen. Doch bestand hinsichtlich der Besetzung mancher Pfarrstellen noch eine gewisse Abhängigkeit zwischen diesen und außerlippischen katholischen Institutionen und Personen. Es hatte sich schon vor der Reformation der Brauch oder Mißbrauch herausgebildet, vakante Pfarrstellen an Personen oder Institutionen zu übertragen, die sie gegen Entrichtung einer einmaligen oder jährlich wiederkehrenden Gebühr durch einen Vizekurator oder mercenarius oder Heuerpfaffen verwalten ließen. Die rechtliche Grundlage für diese weitverbreitete

Praxis war das mittelalterliche Lehns- oder meierstättische Recht. Während der Übergangszeit vom katholischen zum evangelischen Glauben hatte man darin ein mit der landesherrlichen Kirchenhoheit verträgliches Privatrecht gesehen. In dem 1558 bei Ostlangen (Schlangen) zwischen Lippe und Paderborn geschlossenen Vertrage war festgelegt worden, daß lippischerseits nicht in die Kollationsrechte bzw. -ansprüche eingegriffen werden sollte, auch sollte den Pfarrern bei Übertragung einer Pfarre nicht untersagt werden, etwaige Kontributionen an die bisherigen (katholischen) Berechtigten zu entrichten. Auch die Kirchenordnung von 1571 hatte dieses Gewohnheitsrecht beibehalten unter der Bedingung, daß der in die Pfarrstelle eingewiesene Kandidat sich zum evangelischen Glauben bekenne, nach Vorschrift der Kirchenordnung examiniert und ordiniert und vom Landesherrn in seinem Amt konfirmiert werde. Lippischerseits ließ man die Kollatoren oder Possessoren, die nicht immer von ihrem Recht Gebrauch machten, vorerst gewähren.

Erst als Simon daran ging, seine Reformen durchzuführen, erkannte man die Zwiespältigkeit dieses Verfahrens und versuchte, es zu beseitigen. Man wollte nicht länger dulden, daß der Kollator die Einkünfte des Amtes vereinnahmte, es aber durch seinen mercenarius, seinen Mietling oder Heuerpfaffen (Heuer = Miete), verwalten ließ. Zu diesen Pfarren gehörte, um nur einige zu nennen, u.a. Silixen. Hier hatte das Kloster Möllenbeck von jeher, auch während und nach der Reformation, das Besetzungsrecht. Als Simon im Jahre 1599 nach dem Tode des bisherigen Inhabers die Pfarre einem Kandidaten seiner Wahl übertragen wollte, protestierte das Kloster. 1604 kam es zu einer Einigung. Erst nachdem Simon die Patronatsrechte des Klosters anerkannt und eine Kollationsgebühr von 100 Talern entrichtet hatte, konnte er die Pfarre seinem aus Büren vertriebenen Kandidaten Degenhard Rötteken verleihen. Der Pfarrer in Reelkirchen mußte noch 1599 jährlich 300 Taler an das Busdorf-Stift in Paderborn zahlen, das im Besitz der Reelkirchener Kollaturrechte war. Noch nach dem 30jährigen Kriege nötigte der Paderborner Domküster den Reelkirchener Pastor zur Zahlung einer jährlichen Abgabe. Als 1601 die Pfarre in Schötmar durch den Tod ihres bisherigen Inhabers Olivarius vakant wurde, fand sich der Paderborner Domküster persönlich mit seinem Kandidaten ein, um die Pfarre in Besitz zu nehmen. Ähnlich verhielt es sich mit den Pfarren in Lage, Heiligenkirchen, Oerlinghausen und anderswo. Nachdem sich die katholische Kirche auf dem Konzil von Trient reformiert und konsolidiert hatte, begnügte man sich katholischerseits nicht mehr nur mit Kollaturansprüchen. Mit Beginn der Gegenreformation versuchte man, die katholische Religion wiederherzustellen und das verlorene Terrain zurückzugewinnen. In Blomberg forderte man das schon lange zuvor eingegangene Augustinerkloster zurück. Als man in Detmold die Paderborner Ansprüche näher untersuchte, stellte sich allerdings heraus, daß viele Forderungen zu Unrecht erhoben wurden.

Schwieriger lagen die Verhältnisse in Falkenhagen. Durch einen 1596 zwischen Lippe und Paderborn geschlossenen Vertrag hatte Paderborn die Hälfte der zum Kloster Falkenhagen gehörigen Güter erhalten. Der Paderborner Bischof Dietrich von Fürstenberg, der mit rücksichtsloser Energie die Rekatholisierung

Zur Abb. rechts: Der Röhrentruper Rezeß, ein auf einem Gutshof zwischen Lemgo und Detmold am 22. 8. 1617 unter dem Vorsitz des Paderborner bischöflichen Offizials abgeschlossener Vertrag, in dem sich Graf Simon VII. zur Lippe und die Stadt Lemgo über 22 strittige Punkte vergleichen. Der Friedensschluß sicherte Lemgo die kirchliche Selbständigkeit: Die Stadt blieb lutherisch, und sie behielt das Recht der freien Pfarrwahl, die Gerichtsbarkeit erster Instanz in Ehesachen und die Blutgerichtsbarkeit. Die meisten Einzelbestimmungen betrafen rein weltliche Anliegen, vor allem die „peinliche Gerichtsbarkeit" mit dem jure gladii, das sich in der Folge in den Lemgoer Hexenprozessen so unheilvoll auswirkte, wie denn als einziger evangelischer Pastor in Deutschland der 2. Pfarrer an St. Nicolai in Lemgo, Andreas Koch, 1666 auf dem dortigen Marktplatz als Hexenmeister enthauptet und verbrannt worden ist.
Der Röhrentruper Rezeß ist für die lippischen kirchlichen Verhältnisse bis zum Jahre 1854, als in ganz Lippe das lutherische Bekenntnis als gleichberechtigt anerkannt wurde, in Geltung gewesen. Die Übereinkunft bezeugten durch Unterschrift und Siegel: Bischof Dietrich von Paderborn, Graf Christian von Waldeck, Graf Simon zur Lippe, Graf Hermann zur Lippe, die drei gräflichen Vormünder (Philipp von Donop, Conrad Osterholtz, Ludeke Waterbeke) sowie die Hofrichter Simon Schwartze und Berthold Frahn. Nur durch ihren Siegel bezeugten den Vertrag die Städte Lemgo, Osnabrück, Minden, Herford, Lippstadt und Horn. Die für das Siegel des Grafen Otto von Lippe vorgesehene Siegelschüssel ist unbelegt. (Vgl. Confessio Augustana. Die Reformation in Lippe. Ausstellungskatalog des NRW-Staatsarchivs Detmold, Detmold 1980, S. 54.)





GENEALOGIA
vnd Stambuch/
Von Ankunfft vnd
ordentlicher Succession/ Als auch
Rühmlichen Thaten/ der löblichen Grafften vnd Edlen Herrn zur
Lipp/ ꝛc. In vnterschiedliche Generationes vnd des Stammes
Gradus abgetheilet.

Zuvor niemalß publicirt/
Jetzo aber auß bewehrten Genealogiis vnd Scribenten mit fleiß zusammen
collegirt vnd beschrieben/ durch
JOHANNEM PIDERITIUM,
Pastorn der Stadt Blumberg.

Rinteln/
Gedruckt bey Petro Lucio/ Typographo Academico.

1627 veröffentlichte der Blomberger Pastor Johann Piderit (1587–1628) eine Lippische Chronik, die u. a. auch eine Genealogie des lippischen Grafenhauses enthielt. Es war ein Geschichtswerk, dem heute nur noch der Rang als Antiquität zugemessen werden kann. Schon 1847 beklagte Falkmann in seinen aus archivialischen Quellen geschöpften „Beiträgen zur Geschichte des Fürstenthums Lippe" die „notorische Unzuverlässigkeit" der Berichte Piderits, imponierend sei lediglich die „Einfachheit, Klarheit, Verständlichkeit und Eleganz" des Werkes. Bei seinem selbstverständlich noch zur Gänze von der Bibel bestimmten Weltbild, bei Adam und Eva als den Ureltern der Menschheit und also auch des Lippers, anhebend, ja eigens in einer nach Literatur erarbeiteten kleinen Stammtafel die Abstammung „der alten Teutschen" ausgerechnet von Erzvater Noah nachzeichnend, drang Piderit, wie man sich über seine, allerdings erdrückende, Breite im 19. Jahrhundert eher ärgerte als amüsierte, „erst ab Seite 496" des dann nur 667 Seiten starken Bandes zu „überhaupt brauchbaren Nachrichten" vor. Gleichwohl ist hervorzuheben, daß seine Chronik als die erste große Zusammenfassung lippischer Geschichte für viele Generationen geradezu Standardwerk gewesen war, für das sich Piderit 10 Jahre nach Erscheinen und kurz vor seinem Tode (1639) allerdings schlechthin infame Kränkung einhandeln sollte: Unter Entzugsandrohung dürftigster Pension hatte ihm die Regierung in Detmold den bekannten, seinem Gelehrtenruf immer wieder abträglichen Widerrufs-Revers abgepreßt, weil der Regierung im Augenblick zwei sachlich vermutlich völlig zutreffende Passagen über etwas zurückliegende gräfliche Vormundschafts-Regulierungen offenbar sehr unbequem waren. (Vgl. F. C. Heldman, Zur Geschichte der lippischen Heldman, Reihe I, Heft 7: Bürgerliche Genealogie in Lippe in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts, Detmold 1975, S. 228 f. [MS].)

betrieb, überwies 1604 den Falkenhagener Besitz dem Jesuitenorden mit dem Ziel, von hier aus das Amt Schwalenberg zum katholischen Glauben zurückzuführen. Als die Jesuiten von Marienmünster nach Falkenhagen kamen und dort den katholischen Gottesdienst einführen wollten, protestierte Simon dagegen mit dem Hinweis, die geistliche Jurisdiktion im Amte Schwalenberg gehöre dem lippischen Hause. Als diese in ihren Rekatholisierungsbestrebungen nicht nachließen, wurde ihnen im Auftrage des Grafen „bei Poen (Strafe) von 2000 Rth. eingebunden, sich keines exercitii religionis (Religionsausübung) zum Falkenhagen anzumaßen". Als sie im nächsten Jahre dennoch Altäre aufrichteten, wurde ihnen bei 1000 Rtlr. Strafe auferlegt, dieselben alsbald zu beseitigen. 1612 kam es wegen einer Taufe zu ernsthaften Auseinandersetzungen zwischen Lippe und Paderborn. Man berief sich in Detmold darauf, daß Simon ein unmittelbarer Stand des Heiligen Römischen Reiches sei und in geistlichen und weltlichen Sachen nächst Gott keinen anderen über sich anerkenne als allein den Kaiser. „Wie Ihro Gnaden von Paderborn an ihrer Religion von Lippe nicht turbiret wird, so muß und will das gräfl. lippische Haus auch vice versa (umgekehrt) nicht molestirt sein." Doch 1623 begann der Kampf aufs neue. Er dauerte mit Unterbrechungen bis 1773. In diesem Jahre verfügte Papst Klemens XIV. die Aufhebung der Gesellschaft Jesu. Daß die Bevölkerung im Amt Schwalenberg im Unterschied zu dem übrigen Lippe schon seit Jahrhunderten konfessionell gemischt ist, hat seine Ursache in der Samtherrschaft Lippes und Paderborns und der dadurch bedingten Tätigkeit der Jesuiten. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß der Jesuitenpater Friedrich von Spee (1591–1635) einige Jahre in Falkenhagen gelebt hat. Er ist dadurch bekannt geworden, daß er gegen den Hexenwahn gekämpft hat. Wenn auch manche Paderborner Forderungen zurückgewiesen wurden, so ist die endgültige Regelung der Kollaturansprüche erst im Friedensschluß von 1648 erfolgt.

30 Jahre Krieg und Elend

Während man in Lippe mit Paderborn um die Besetzungsrechte an Pfarrstellen stritt, braute sich außerhalb Lippes ein Gewitter zusammen, das sich in einem 30jährigen innerdeutschen und europäischen Kriege entladen sollte. Simon VI. war 1613 gestorben. Seinem Nachfolger, Simon VII., hatte er außer der Lemgoer Revolte eine riesige Schuldenlast hinterlassen. Sein Sohn und Nachfolger stellte ironisch fest, er sei „fast Niemand als Jedermann schuldig". Eine drückende Last war auch das Simonsche Testament. Darin hatte der Vater seine nachgeborenen Söhne mit Paragien, d. h. mit der Verwaltung und den Einkünften aus einzelnen Ämtern ausgestattet. Das führte in der Folgezeit nicht nur im staatlich-politischen, sondern auch im kirchlichen Bereich zu mancherlei unerquicklichen Auseinandersetzungen. Hinzu kam ein häufiger Regierungswechsel. Simon VII. regierte von 1613 bis 1626. Ihm folgten nacheinander seine Söhne Ludwig (1627–1636), Simon Philipp (1636–1650) und sein Bruder Bernhard (1650–1652). Dazu kamen noch vormundschaftliche Regierungen für Simons minderjährige Söhne (1627–1631 und 1636–1650). Als 1618 die Unruhen in Böhmen begannen, machte man sich in Lippe noch keine Sorgen. Die Verletzung der den Böhmen im Majestätsbriefe Kaiser Rudolfs zugesicherten freien Ausübung der Religion hatte zum Aufstand gegen die Habsburger geführt. Der Prager Fenstersturz am 23. Mai 1618 wurde zum auslösenden Signal für den Krieg, der im Laufe der Jahre zu einem europäischen Krieg auf deutschem Boden wurde. Schon während der ersten, der böhmisch-pfälzischen Phase des Krieges, wurde die Grafschaft in Mitleidenschaft gezogen. 1621 durchzog der junge Herzog Christian von Braunschweig, der „Tolle Christian", wie er genannt wurde, mit seinen Heerhaufen die Grafschaft. Vorübergehend hielt er sich auf dem Schloß in Brake auf. Der Winter 1621/22, so berichtet ein zeitgenössischer Chronist, war „so kalt und hart, daß man fest bey Menschen Gedenken der gleichen nicht gehabt, dadurch das Vieh sehr erfroren und mangelhaft geworden, daß darauf in den Fasten und April die Kohe und Rinder bey Hauffen weggefallen und gestorben sind". Im Juli 1623 kam der kaiserliche Feldherr Tilly mit mehr als 20000 Mann Kriegsvolk ins Lippische und „verheerten die Frucht des Feldes, ja gantze Dörfer mit dem Auslaufen, wiewohl sie mit viel tausend Laib Brodes und anderen Victualien von den Graffen zur Lippe versehen worden". Der Chronist flicht die Bitte ein: „Gott wolle uns armen Leuten helfen und Frieden verleihen." Auch während der dänisch-niedersächsischen Kriegsperiode (1624–1631) wurde Lippe wiederholt von durchmarschierenden Truppen heimgesucht und mit drückenden Kontributionen an Geld und Lebensmitteln belegt. In der letzten Periode, dem schwedischen Krieg (1630–1648), wurde es nicht besser.

Im Jahre 1640 mußte die Grafschaft monatlich 3500 Rtlr. Kontributionen an die Kaiserlichen und 800–1000 Rtlr. an die Schweden zahlen, bei einer Gesamtbevölkerung von 20000–25000 Einwohnern. Als der Krieg endlich zu Ende ging, hatte das Land einen Geldverlust von zwei Millionen Talern. Dabei sind Raub und Plünderungen noch nicht einmal mitgerechnet. Den verheerenden Seuchen in den Jahren 1625/26 und 1635/37 waren 35% der Bevölkerung zum Opfer gefallen. Am Ende des Krieges war die Bevölkerung von 40000 auf 25000 zusammengeschrumpft. In der einst so stolzen und reichen Stadt Lemgo, die ihrem Landesherrn wiederholt getrotzt hatte, waren von den zu Beginn des Krieges vorhanden gewesenen 1057 Häusern noch 590 und von 4665 Einwohnern des Jahres 1629 noch 1372 übriggeblieben. Der Verlust an Kontributionen, Brandschatzungen und Plünderungen wird allein für Lemgo auf mehr als eine Million Taler geschätzt. Lemgo hat sich von den Folgen des Krieges nicht wieder erholt. Seine alte Bedeutung hat es nie wieder erlangt.

Die Auswirkungen des Krieges sind nicht auf die materiellen Güter beschränkt geblieben. Ärger als seine wirtschaftlichen Folgen waren die ethisch-moralischen Zerstörungen. Der lange Krieg hat alle menschlichen Lebensbereiche in Mitleidenschaft gezogen. Das vermochte auch die 1620 von Simon VII. „zur Beförderung göttlicher Ehren, zu Fortpflanzung und Erhaltung Unserer Ordnung ... mit Zuziehung besserer und getreuer Ritterschaften und Städte" erlassene Polizeiordnung nicht zu verhindern. Diese Polizeiordnung ist für das kirchliche Leben insofern von Bedeutung, als sich vieles in der 60 Jahre später verfaßten Kirchenordnung wiederfindet. Staat und



Heinrich Meibom wurde 1555 als Sohn des Gymnasialkonrektors Martin Maibom in Lemgo geboren. Sein Vater, aus Osnabrück gebürtig, war ein Schwiegersohn von Dr. Johannes Dreyer, dem Reformator der Stadt Herford. Martin Meibom starb 1557 als Pastor in Alverdissen.

Heinrich Meibom lehrte von 1583 bis 1625 als Professor für Geschichte und Dichtkunst an der Universität Helmstedt. Seine umfangreichen geschichtswissenschaftlichen Forschungen wurden 1688 unter dem Titel „Scriptores Rerum Germanicarum" veröffentlicht. Das dreibändige Werk beinhaltet Quellenschriften zur deutschen Geschichte des Mittelalters. Berühmt wurde Meibom vor allem durch seine acht Klosterchroniken. Darüber hinaus fanden seine eigenen umfangreichen historischen Abhandlungen zur Reichs-, Landes- und Kirchengeschichte viel Beachtung.

Für seine Gewandtheit im Dichten lateinischer Verse war Meibom von Kaiser Rudolf im Jahre 1590 mit dem Dichterlorbeer gekrönt worden. Eines seiner Gedichte, das echte dichterische Begabung bekundet, hat Eduard Mörike verdeutscht:

An den Schlaf

Schlaf! Süßer Schlaf! obwohl dem Tod wie du nichts gleicht,
Auf diesem Lager doch willkommen heiß ich dich!
Denn ohne Leben so, wie lieblich lebt es sich!
So weit vom Sterben, ach, wie stirbt es sich so leicht!

Die Übertragung kann sich – trotz Mörike – mit der geistvoll gedrängten Fassung des Originals nicht messen. Diese lautet:

Somne levis! quamquam certissima mortis imago,
Consortem cupio te tamen esse tori.
Alma quies, optata, veni! nam sic sine vita
Vivere, quam suave est, sic sine morte mori!

Die deutsche Fassung braucht 38 Worte, die lateinische, rhythmisch flüssigere – 28! (Vgl. Karl Meier, Geschichte der Stadt Lemgo, Lemgo 1962, S. 91.)

Kirche oder Kirche und Staat waren so eng miteinander verbunden, daß ihre Funktionen ausgewechselt werden konnten. Im ersten Artikel dieser Ordnung heißt es: „Gottes Reich und seine Gerechtigkeit wird vor allen andern billig gesucht, derowegen verordnen Wir zum ersten, daß es mit Predigen und Lehre des Wortes Gottes, auch Gebrauch der Hochwürdigen Sacramenten, allen christlichen Ceremonien, Gerichten, Diciplin und Zucht, laut Unseren Kirchen- und geistlichen Consistorii Ordnung mit Fleiß sol gehalten werden." Sodann werden alle Untertanen ermahnt, an den Sonn- und Feiertagen fleißig in der Kirche zusammenzukommen. Aus jedem Hause soll sich wenigstens einer zur Predigt einfinden. Vorher soll er sich jedoch zur Kontrolle bei dem Bauerrichter aufschreiben lassen, „welcher dann alle Sonnabens die Ungehorsamen vermöge seines Eides gebührlich soll zur Wroge (Bestrafung) bringen, und ein jeder auf 6 Groschen jedesmal gestraft werden". „Unter den Predigten sollen alle Cramer- und Handwerksladen zu seyn, und samt aller Handtierung bei Verlust der Waaren ernstlich verboten seyn." „Wer unter der Predigt Bier oder Wein säuft, so sol der Gast so wohl als der Wirth, jeder auf 5 Thaler gestraft werden." Sodann folgen Bestimmungen über Ehe und Ehebruch, über Aussteuern, Verlöbnis und Hochzeiten, über Dienste und Abgaben, Maße und Gewichte u. a. 4 Jahre später wurde eine Verordnung über die Heilighaltung der Sonn- und Feiertage publiziert. In ihr heißt es: „Nachdem leider mehr als zu viel bekannt, was Gestalt der allmächtige Gott diese Grafschaft nunmehr eine geraume Zeit mit durchgehenden großen Landplagen, Krieg und Teuerung, auch nunmehr mit der abscheulichen Seuche Pestilenz, ungezweifelt um unser aller Sünde, Unbußfertigkeit und Ruchlosigkeit willen heimgesucht und gezüchtigt hat ... ordnen und gebieten Wir ..." Dann werden die Bestimmungen aus der Polizeiordnung wiederholt. Am Schluß werden die Superintendenten, Pfarrherrn und Prediger sowie die Drosten, Beamte,

Bürgermeister und Räte in den Städten und die Vögte auf dem Lande aufgefordert und ermahnt, auf die Beachtung und Durchführung dieser Bestimmungen „gute Achtung zu geben". Den Übertretern werden harte Geld- und Leibesstrafen angedroht bis zur „Abschneidung und Ausreißung der Zungen und dergleichen Leibesstrafen".

Offensichtlich war die Polizeiordnung als Ergänzung zu der noch in Geltung stehenden Kirchenordnung von 1571 gedacht, die das Leben der Untertanen noch nicht in der Weise reglementierte. Es ist allerdings anzunehmen, daß die Polizeiordnung in den langen und schrecklichen Kriegsjahren weder die Auflösung kirchlich-christlicher noch staatlich-bürgerlicher Ordnung hat aufhalten können.

Die in der Konsistorialordnung jährlich vorgesehenen Visitationen der Gemeinden konnten bei der Unsicherheit der Zeitläufe nur schwerlich durchgeführt werden. Die Möglichkeiten, vorhandene Mißstände zu beseitigen, waren gering. Die Einrichtung von Dorfschulen, die zu Beginn des Jahrhunderts so verheißungsvoll begonnen hatte, kam zum Erliegen. In den vorhandenen Schulen fehlten oft die Schulmeister oder diese waren, um ihr Leben zu fristen, mehr auf dem Acker als in der Schulstube beschäftigt. Wo die Schulmeister gewillt waren, die Kinder zu unterrichten, konnten die Eltern der Schüler das Schulgeld nicht aufbringen oder sie waren der Meinung, daß die Mithilfe der Kinder im Haus und auf dem Acker wichtiger sei als die nutzlos in der Schule verbrachte Zeit. Noch zu Beginn des vorigen Jahrhunderts war ein Dorfbürgermeister der Meinung, daß es nicht lohne, die Mädchen die Kunst des Schreibens erlernen zu lassen. Nach ihrer Entlassung aus der Schule fehle ihnen doch die Gelegenheit, das Erlernte anzuwenden.

Je länger der Krieg dauerte, um so mehr nahmen Raub und Mord, Plünderungen und Feuersbrünste zu, lösten sich alle Bande frommer Scheu. Die Verwüstungen gingen weder an den Gemeinden und Kirchen noch an ihren Pastoren, Küstern und Schulmeistern vorüber. In Almena stahlen die Kriegsvölker die Abendmahlsgeräte. Als der Pastor Anton Trophagen der Gemeinde einen neuen Abendmahlskelch schenkte, ließ er ihn mit der Inschrift versehen: „Verflucht sei, der ihn raubt". Auch die Sonneborner Kirche wurde ihres Abendmahlskelches beraubt,



Wie Meibom hatte es auch der im Jahre 1609 als Sohn eines Braker Pastors geborene Christian Perizonius in einem nichtgeistlichen Beruf zu hohen Ehren gebracht: Er war Doktor und Professor der Medizin an der holländischen Universität Groningen geworden. Henrich Perizonius, ein Bruder Christians, hatte indes dafür gesorgt, daß eine Tradition im protestantischen Pfarrhaus gewahrt blieb, deren Wurzel bis ins 16. Jahrhundert zurückreichte: Mindestens ein Pfarrersohn hatte dem Vater in seinem geistlichen Amt zu folgen. Diese „Verpflichtung" hatte Henrich Perizonius übernommen: Wir finden ihn seit 1633 als Pastor in Falkenhagen und seit 1637 als Pastor in Heiligenkirchen.

„welches ein grewlich sacrilegium, so von evangelischen Kriegsleuten effectiret worden, Summa Summarum, die Türken und ungläubigen Heiden hätten nicht barbarischer und tyrannischer handeln können", bemerkt der Pastor. In Barntrup fiel die Kirche 1636 einer Feuersbrunst zum Opfer. In Lemgo brachen die Schweden die außerhalb der Stadtmauern stehende Kirche St. Johann ab, weil sie der Verteidigung der Stadt hinderlich war. Der Stumpfe Turm

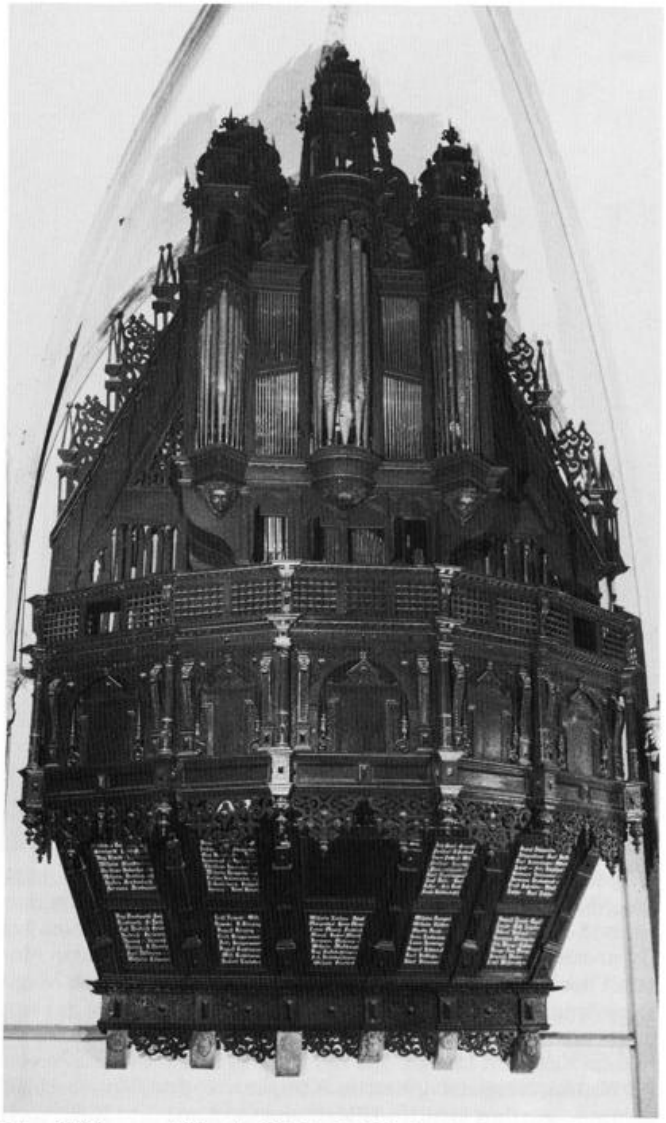
erinnert noch daran, daß hier einst die Kirche gestanden hat, die den Bürgern ein Ärgernis bei ihrem Kampf gegen Simon VI. war.
Die Gemeinden hatten oft Anlaß, sich über ihre Pastoren zu beschweren. Die Pastoren nun wiederum klagten über die Gemeinden. Trunksucht, Sittenlosigkeit, Zank, Streit, Krankheit, Hunger und Armut nahmen von Jahr zu Jahr zu. Der Pastor Harthard Werner vom Stein, der vor seiner Berufung nach Sonneborn mit marodierenden Truppen durch die Lande gezogen war, wurde gewalttätiger Kontributionen in Lippe bezichtigt. Nachdem er 1640 von Sonneborn nach Lemgo berufen worden war, beschuldigte man ihn, hier sein Amt nachlässig zu versehen. In Lüdenhausen habe er dem Küster, nachdem dieser ausgeläutet hatte, zugerufen: „Küster, hast du geläutet, so prédige auch." Dem Begaer Pastor Heinrich Dreckmeier, einem Sohn des Generalsuperintendenten Dreckmeier, warf die Gemeinde vor, streit- und zanksüchtig zu sein. Bei einer Visitation mußte er über Galater 6,1–5 predigen. Da heißt es u. a.: „Wenn ein Mensch von einem Fehler übereilet würde, so helft ihm wieder zurecht mit sanftmütigem Geiste ..." Nach allem, was von ihm überliefert ist, scheint es ihm an diesem „sanftmütigen Geiste" gefehlt zu haben. Als er nach einer Visitation zu einer Predigt nach Detmold zitiert wurde, schrie er dem Generalsuperintendenten Thulemeyer, der als Pastor sein Vorgänger in Bega gewesen war, an mit den Worten: „Er (Dreckmeier) habe keine Lust, vier Meilen Weges nach Detmold zu laufen, der Generalsuperintendent möge selber fleißiger predigen." In Stapelage beschwerten sich die Kirchenältesten, „daß der Pastor nicht zu einer bestimmten Zeit zur Predigt läuten lasse, müßten deshalb die Kirchspielsleute öfter lange in der Kälte und im Regen stehen und lauern, wenn sie ihn deswegen und sonsten wohlmeinend erinnerten, gebe er schnöde Worte und zöge in den Predigten darauf los, daß man leicht merken könne, wem es gelte".
Schon 1633 hatten einige Pastoren Reversalien, eine Art Dienstanweisung unterschreiben müssen. Darin verpflichteten sie sich zu einer ordentlichen Amtsführung und einem ehrbaren Lebenswandel.
Aber auch die Pastoren klagten über die Verwilderung der Menschen, über deren Fernbleiben von Gottesdienst und Abendmahl, über Nachlässigkeit bei Diensten und Abgaben, über Unpflichten und Ehebruch. Hinzu kam die zunehmende Verbreitung des Hexenwahnes und anderen Aberglaubens. Der Hexenjustiz sind in Lippe in 130 Jahren etwa 300 Menschen zum Opfer gefallen. Allein der Bürgermeister Cothmann in Lemgo ließ etwa 90 Hexen töten. Der Wahn war jedoch nicht auf Lemgo und Lippe beschränkt. Nach vorsichtigen Schätzungen sind dem Hexenwahn in Europa ungefähr eine Million Menschen geopfert worden. Auch der Exorzismus, den Simon VI. mit seiner Kirchenreform hatte unterbinden wollen, wurde immer noch geübt. Es gab gewerbsmäßige Exorzisten, wie es auch Hexenbanner gab, die im Lande ihr Unwesen trieben. Häufig klagten Pastoren, daß sich in ihren Gemeinden teuflische Zauberei und andere Abgötterei ausbreite.
Erst als nach langwierigen Verhandlungen der Westfälische Friede in Münster unterzeichnet wurde, als die Waffen verstummt waren, die Angst von den Menschen gewichen war und die Zerstörungen aufgehört hatten, wurde das ganze Ausmaß an Verwüstungen, an materiellen und sittlichen Zerstörungen, an Menschenopfern offenbar, das der Krieg den verarmten, von Krankheiten und Seuchen geplagten, von Aberglauben und Hexenfurcht gepeinigten Menschen hinterlassen hatte.
Bei der feierlichen Friedensverkündung waren als lippische Vertreter Franz von Kerßenbrock und Nolterus Glausing zugegen. Ihre Auftraggeber schrieben ihnen: „Dem Allerhöchsten sei ewig Lob, Preis und Dank gesagt, daß der so lange desiderierte liebe Friede nun dermaleinst ist verabhandelt und geschlossen. Derselbe wolle uns auch nach seinem gnädigen Belieben bald desselben wirklich lassen genießen und die so hoch beschwerte Leute aus den großen Elend und Jammer gnädigst erretten." In Lippe wurden die Kirchenglocken geläutet und Dankgottesdienste gehalten. Die Grafschaft hatte ihre politische Selbständigkeit und religiöse Freiheit erhalten können. Die früheren geistlichen Güter wurden wieder in den Stand vom 1. Januar 1624 gesetzt. Dadurch wurde die Herrschaft der Lipper über das ehemalige Kloster Cappel und dessen Umwandlung in ein geistliches Damenstift anerkannt. In Falkenhagen wurden die Jesuiten auf den ihnen durch den früheren Vertrag zugewiesenen Anteil beschränkt. Das Land blieb reformiert, die Stadt Lemgo lutherisch.

Ach, ich bin des Krieges müde, Friedemacher, mache Friede! (J. Klaj)

Kummer, der das Mark verzehret,
Raub, der Hab und Gut verheeret,
Jammer, der den Sinn verkehret,
Elend, das den Leib beschweret,
Grausamkeit, die Unrecht lehret,
sind die Frucht, die Krieg beschweret.

Mit diesen Worten beschrieb der schlesische Dichter Friedrich von Logau (1604–1655) die Folgen des unseligen Krieges. Doch kaum waren die Glocken verklungen, machten sich die Menschen in Lippe und anderswo daran, die ideellen und materiellen Verwüstungen, die der Krieg hinterlassen hatte, zu beseitigen, die Felder zu bestellen, die verbrannten Häuser und zerstörten Dörfer wieder aufzubauen und das Kirchen- und Schulwesen neu zu ordnen. Das war nicht leicht! Denn es fehlte an allem. Es gab keinen Marschall- oder sonstigen Plan für die Beseitigung der Kriegsfolgen. Die Bevölkerung lebte bis auf ganz geringe Teile unmittelbar von dem, was sie säte und erntete. Es hat mehrere Menschenalter gedauert, bis die äußeren Folgen des Krieges beseitigt und die inneren Verheerungen aus dem Gedächtnis der Menschen gelöscht waren. Die Bevölkerung nahm trotz der hohen Geburtenziffer, die allerdings mit einer hohen Kindersterblichkeit verbunden war, nur sehr langsam zu. War sie bei Kriegsende auf 25000 gesunken, so stieg sie bis 1700 auf 35000. Erst in der Mitte des 18. Jahrhunderts erreichte sie wieder den Vorkriegsstand.

Was Kirche und Schule betraf, so galten noch die Kirchenordnung von 1571, die Konsistorialordnung von 1600 und die Polizeiordnung von 1624. Die Leitung der Kirchen und Schulen oblag den Generalkonsistorien. Diese setzten sich zusammen aus den Superintendenten sowie den landesherrlichen Räten. Der Landesherr hatte sich bei den Beratungen den Vorsitz vorbehalten, wie er ihn auch bei dem im Jahre 1624 in Detmold eingeführten Presbyterium ausübte. Doch scheinen die Zusammenkünfte der Presbyterien, die vornehmlich der Sittenzucht dienten, keinen Bestand gehabt zu haben. Der Aufsicht über die Pastoren und die Gemeinden, über die Schulmeister und die Schulen dienten die Visitationen. Sie wurden nach dem Kriege mit einer gewissen Regelmäßigkeit durchgeführt. Doch sie brachten meistens wenig erfreuliche Ergebnisse. Nicht die Lehre, sondern Leben und Wandel der Visitierten waren zu tadeln. Hatten sich zu Beginn des Jahrhunderts viele gegen die Einführung der reformierten Lehre gesträubt, so war davon nichts mehr zu spüren. Viele der schon im Amt befindlichen und der angehenden



Die „Heldenorgel" in der Kirche St. Marien in Lemgo. Die Orgel mit ihrem reichhaltigen Renaissance-Schnitzwerk wurde 1612 erbaut und wahrscheinlich am 13. Januar 1613 zum erstenmal gespielt. Sie ist danach mehrfach renoviert und verändert worden. In den Jahren 1932/33 wurde die Orgel zu Ehren der Gefallenen des Ersten Weltkrieges als „Heldenorgel" erneut völlig instand gesetzt.



Magister Henrich Hildebrand, geb. um 1640 in Herford als Sohn des Mühlenmeisters Hermann Hildebrand und seiner Ehefrau Ilsabein Krudup. Er war in Lemgo aufgewachsen, hatte hier das Gymnasium besucht und anschließend an der Universität in Rinteln Theologie studiert. Hier erwarb Hildebrand auch die Magisterwürde. 1667 wurde er als Rektor an das Gymnasium in Lemgo berufen. 1672 erfolgte seine Berufung zum 2. Pfarrer an die St. Nicolai-Kirche in Lemgo. Als der Inhaber der 1. Pfarrstelle von St. Nicolai, Magister Johannes Kemper, 1675 seinen Abschied nahm, folgte ihm Henrich Hildebrand im Amt.
Pastor Hildebrand war in Lemgo zu Wohlstand und Besitz gelangt. Ein Teil seines Vermögens stammte von seinem Schwiegervater, der später Ratssiegler in Lemgo geworden war: Er besaß zwei Wohnhäuser, zwei Gärten, einen Kuhkamp, mehrere Wiesen, einen Kamp Land beim Liemer Turm und neun Scheffelsaat Ackerland am Spiegelberg. Der begüterte Pastor Hildebrand hat sich deshalb auch den Luxus leisten können, sich und seine Familie porträtieren zu lassen.
Pastor Hildebrand starb im September 1688, kurz nachdem dieses Gemälde entstand. Über ihn schrieb Pastor Puhstkuchen im Jahre 1769 in seinen „Beyträgen zu den Denkwürdigkeiten der Grafschaft Lippe": „Er war ein Mann von großer Gelehrsamkeit, unvergleichlicher Beredtsamkeit und ungeheuchelter Frömmigkeit." Die Ölgemälde der Pastorenfamilie Hildebrand aus dem Jahre 1688 befinden sich im Privatbesitz von Pastor Ewerbeck, Brake.



Margaretha Elisabeth Schlepper, geb. 1646 als Tochter des Konduktors und Pächters von Breda bei Lemgo, war seit 1666 mit Henrich Hildebrand verheiratet.

Pastoren hatten an reformierten Hochschulen in Bremen und in Holland studiert. Manche waren auch in Holland geblieben.
Das Amt des Generalsuperintendenten versah von 1651 bis 1677 der fromme und milde Konrad Sustmann. Er mußte viel Zeit und Mühe darauf verwenden, die Gemeinden und ihre Pastoren nicht nur an einen gesitteten Lebenswandel, sondern auch an eine ordentliche Amtsführung zu gewöhnen. Der zum Detmolder Konsistorium verordnete Superintendent Justus Jakob Schröder bemerkt 1668, „daß gegenüber mancher Übeltat, das cedendum et tolerandum (Nachgeben und Tolerieren) hat geübt werden müssen; denn die Natur des Menschen in unserem Vaterlande ist durch das leidige Kriegswesen und ständige Einquartierung zu sehr verwildert, daß der Leib der christlichen Kirche unter uns zwar einen starken pur gatio (Reinigung) benötige, aber es muß



Johann Henrich Hildebrand, geb. 1670 als Sohn des Rektors Henrich Hildebrand. Als er im Alter von 18 Jahren porträtiert wurde, war Johann Henrich bereits Student der Medizin. Johann Henrich Hildebrand wird später als „Medicus", „Leibmedicus" und „Landmedicus im Curfürstlich Braunschweigisch-Lüneburgischen" bezeichnet. Er wohnte zeitweilig in Rinteln, wo er sich um 1695 mit Anna Catharina Eggerding verheiratete. Seit 1703 war Hildebrand Leibarzt in Brake.



Margaretha Ilsabein Hildebrand, geb. 1668 als Tochter des Rektors Henrich Hildebrand. Das Gemälde zeigt die mit kostbarer Robe ausgestattete Margaretha Ilsabein im Alter von 20 Jahren.

der dosis gar behutsam gebrauchet werden, damit nicht die überflüssigen pravi humores (schlechten Säfte) allzuviel irritieret und verhoffte succes der Emendation in contrarium (erhoffte Erfolg der Besserung) in sein Gegenteil ausschlage".

Dafür lassen sich fast bei jeder Visitation Beispiele anführen. Als der Pastor in Stapelage anläßlich einer Visitation von dem Generalsuperintendenten nach den Tauf- und anderen Registern gefragt wurde, „fing er in Präsenz der Leute an zu hohnlachen und zu sagen: ‚sehet, er hat mir's nicht befohlen, mein Vorfahr hat mir kein Buch geliefert, wie sitzet er nun da!'" Der Stapelager Pastor hielt auch keine Kinderlehre und keinen Konfirmandenunterricht, ohne daß er zur Rechenschaft gezogen worden wäre. Erst einige Jahre später heißt es in einem Erlaß der Regierungskanzlei an das Konsistorium: „Wegen des Pastors Stephani soll dem Consistorio notifizirt werden, daß Hochgräfliche Gnaden dafür hielten, gestalt er seines ärgerlich geführten Gesangs und andern Lebens halber fors erste ab officio suspendiret (aus dem Amt entlassen), im übrigen alsdann darin soll verfügt werden, was sich gebührt." Das ist keine Ausnahme, sondern ein Beispiel. Zusammen mit Stephani wurde in Heiligenkirchen der Pastor Winand entlassen und nach Haustenbeck, einer Pönitenzstelle, versetzt. Von einem Manne in Berlebeck heißt es, er habe dem Pastor einen bösen Trank beibringen wollen. Als das offenbar geworden sei, habe er dem Pastor einen Taler gegeben, damit dieser nicht klage. Nachdem er vorübergehend flüchtig gewesen war, lebte er „samt seinem Weibe impune (unbestraft) in Saus und Braus". Ähnliches und Är-

geres ließe sich aus vielen anderen Gemeinden berichten.

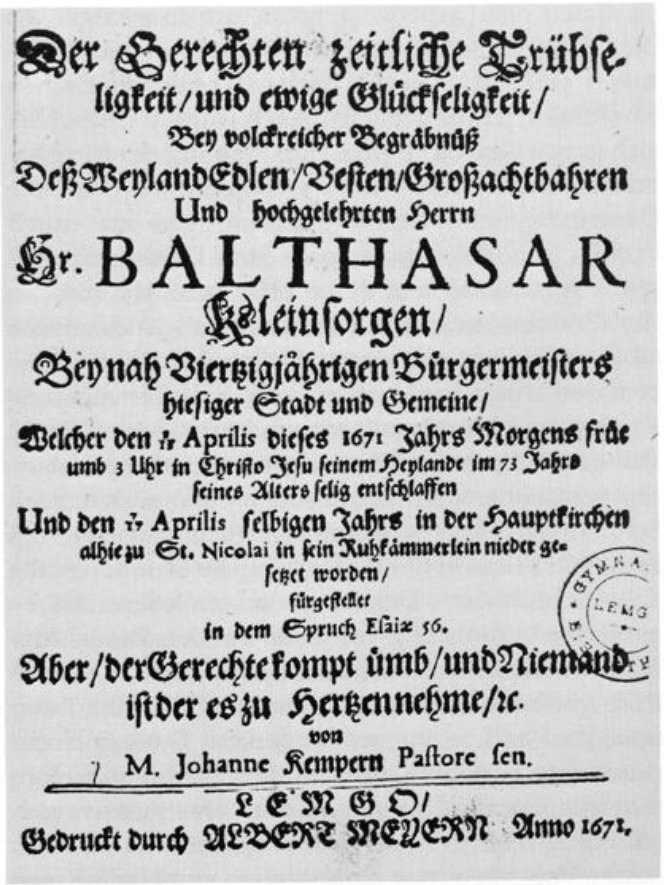
So ist es verständlich, daß schon bald nach Beendigung des Krieges der Wunsch nach einer neuen, den veränderten Verhältnissen angepaßten Kirchenordnung laut wurde. Wenn auch die Ordnung von 1571 noch in Geltung stand, so hatte man doch nach Einführung der reformierten Lehre vielfach die kurpfälzische Ordnung von 1563 als Regel und Richtschnur benutzt. 1646 wurde sie sogar ausdrücklich in Lippe anerkannt. 1665 versuchte man, die offiziell noch geltende Ordnung von 1571 den veränderten Zeit- und Konfessionsverhältnissen anzupassen. Dahin gehende Gutachten der damaligen Superintendenten liegen noch vor. Doch haben sie zu keinem brauchbaren Ergebnis geführt.

So erließ man, um die Verwahrlosung der Jugend zu steuern, im Jahre 1665 eine „Verordnung wegen Unterweisung der Jugend". Als Begründung heißt es in der Einleitung zu dieser Verordnung, „daß fast in den Städten, Flecken und Dörfern dieser Grafschaft sowohl die Knaben als die Mädgens ohne alle Gottesfurcht und Erkenntnis seines lieben Sohnes Jesu Christi, auch ohne Zucht und Ehrbarkeit wie das unvernünftige Vieh, aufwachsen und schier von keinem Gott, noch Gebät, noch Glauben, noch auch von einer Regel des gottseligen Lebens wissen ... (damit dadurch) nicht Kirchen und Schulen, ja des ganzen Landes beste Wolfahrt zu Grunde und zu Boden gehen ...", wird angeordnet, daß alle Untertanen ihre Kinder „nicht später als im siebenten Jahre ihres Alters dem Schulmeister liefern und anbefehlen, und nach der Hand fleißig zur Schule schicken". Eltern, die ihre Kinder von der Schule fern hielten, sollten bei der Visitation namhaft gemacht und zur Zahlung des Schulgeldes angehalten werden. Damit die Schulmeister die Kinder nicht vernachlässigten, sollte ein jeder „die Lectiones, Zeit und Stunden einrichten nach dem Modell der Hochgrfl. Landschule zu Detmold"; Klipp- und Winkelschulen wurden verboten. Da die Lipper schon vor mehr als 300 Jahren bildungsbeflissen und bestrebt waren, die letzten Bildungsreserven zu mobilisieren, wurde den geistlichen und weltlichen Beamten und Aufsehern aufgetragen, „auf die Education der Jugend" zu achten, und, „da einige Ingenia zum Studiren sich aufthäten, solche, so viel möglich und der Eltern Vermögen zu-


Die Lebens Kron
Der Christen Lohn
Bey ansehnlicher und Volckreichen Leichbestattung / dero Weyland Edlen / Groß Ehr- und viel Tugendbegabten
Fr. Anna Agnesa Vilthuts /
Des auch Edeln Vesten / Großachtbahren und hochgelahrten
Herrn B. Balthasar Kleinsorgen /
Hertzgeliebten Haußfrauen /
Welche Gott der Herr am H. Pfingstage / war der 10. Martij. Anni 1668. Zu Mittage zwischen 12. und 1. Uhr durch einen sehr sanfften und seeligen Tod / auß diesem Jammerthal in seinen Freuden-Saal abgefordert /
In Erklährung des Spruchs / Ap. 2. 10. Sey getreu biß in den Tod. ꝛc.
Vorgezeiget
von
M. IOHANN. KEMPERN Past. Sen.
Lemgo Gedruckt bey Albert Meyer
Im Jahr 1672.

Die Predigt am Grabe, die der katholische Begräbnisritus nicht kennt, fand in der evangelischen Kirche im Zuge der Beseitigung altkirchlicher Bräuche in der Reformationsepoche eine allgemeine Verbreitung. Während die Kirchenordnung von 1538 zunächst nur geistliche Gesänge und die Verlesung der letzten Glaubensartikel mit ihrem Bekenntnis zur Auferstehung vorschrieb, schrieb die Kirchenordnung von 1571 bereits „tröstliche Predigten" vor, ja, für den Fall, daß „entweder aus Faulheit oder Unwissenheit ... ohne Singen, Beten und Predigen" begraben werde, droht sie mit Bestrafung, weil das „wider die Schrifft, der Heiligen Väter Exempel und die löbliche Gewohnheit der Christen und alle natürliche Ehrbarkeit" sei. Die Predigt am Grabe wurde von jetzt ab ein fester Brauch.

Bereits in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts erschienen in Lemgo erstmals Leichenpredigtdrucke, zunächst von auswärtigen Trauerfeierlichkeiten. Im 17. Jahrhundert wurde es auch in Lippe förmlich zur Mode, Leichenpredigten im Druck erscheinen zu lassen. Das Verlagsverzeichnis der Lemgoer Druckerei verzeichnet eine Fülle von Leichenpredigten aus den Kreisen des Adels und des Bürgertums. Diese beiden Leichenpredigtdrucke aus den Jahren 1671 und 1672 galten dem Ehepaar Kleinsorge aus Lemgo: Frau Anna Agnesa Kleinsorge, geb. Vilthuts, „welche Gott der Herr am H. Pfingstage / war der 10. Martii. Anni 1668. Zu Mittage zwischen 12. und 1. Uhr durch einen sanfften und seeligen Tod / auß diesem Jammerthal in seinen Freuden-Saal abgefordert", und ihrem Mann, dem Lemgoer Bürgermeister Balthasar Kleinsorge, „welcher den 9. Aprilis dieses 1671 Jahrs Mor-



Der Gerechten zeitliche Trübseligkeit / und ewige Glückseligkeit /
Bey volckreicher Begräbnüß
Deß Weyland Edlen / Vesten / Großachtbahren
Und hochgelehrten Herrn
Hr. BALTHASAR
Kleinsorgen /
Bey nah Viertzigjährigen Bürgermeisters
hiesiger Stadt und Gemeine /
Welcher den 7. Aprilis dieses 1671 Jahrs Morgens früe
umb 3 Uhr in Christo Jesu seinem Heylande im 73 Jahrs
seines Alters selig entschlaffen
Und den 7. Aprilis selbigen Jahrs in der Hauptkirchen
alhie zu St. Nicolai in sein Ruhkämmerlein nieder gesetzet worden /
fürgestellet
in dem Spruch Esaiæ 56.
Aber / der Gerechte kompt ümb / und Niemand ist der es zu Hertzen nehme / ꝛc.
von
M. Johanne Kempern Pastore sen.
LEMGO /
Gedruckt durch ALBERT MEYERN Anno 1671.

gens früe umb 3 Uhr in Christo Jesu seinem Heylande im 73 Jahrs seines Alters selig entschlaffen und den 7. Aprilis selbigen Jahrs in der Hauptkirchen alhie zu St. Nicolai in sein Ruhekämmerlein nieder gesetzet worden". Beide Leichenpredigten hatte der Lemgoer Pastor und Magister Johann Kemper gehalten.

lässet, zur Hochgrfl. Landschule nach Detmold zu schicken, die Eltern zu ermahnen und anzutreiben". Damit sich keiner mit Unkenntnis entschuldigen konnte, wurde diese Verordnung, wie es auch sonst üblich war, an mehreren Sonntagen von der Kanzel publiziert.

Einige Jahre später, 1670, erhielt Konrad Sustmann vom Landesherrn den Auftrag, eine neue Kirchenordnung zu entwerfen. Seinem Entwurf legte er die Bentheim-Tecklenburgische Kirchenordnung von 1588 zugrunde. In seiner Vorlage war vorgesehen, daß sonntags drei Gottesdienste stattfinden sollten, und zwar um halb 6, um 8 und um 13 Uhr. Getadelt wurde, „daß viele Sonntagsfahrten werden angestellt, um sich zu verspatzieren oder um Welthandel fürzunehmen". Verordnet wurde, die Einführung von Registern mit den Namen der Getauften, Konfirmierten, Kopulierten, Bestatteten sowie ein Verzeichnis über die Krankenbesuche des Pastors. Doch dieser Entwurf blieb unvollendet. Offensichtlich war Sustmann mit zu vielen anderen Dingen belastet, die Tag für Tag an ihn herangetragen wurden.

Als 1670 „Erinnerungen geschehen, daß etliche Pastoren gewiße Gesetze und Regeln sich in Haltung des Presbyteriums hienach zu richten verlangten, auch solches höchst nötig wäre", gab das Generalkonsistorium den Bescheid, „daß es mit den Presbyterien so lange bis die neue Kirchenordnung herauskomme, einen Anstand haben müsse". Doch diese verzögerte sich noch um mehr als ein Jahrzehnt.

1675 wurde Lippe von den Truppen des kriegerischen Münsterschen Fürstbischofs Bernhard von Galen heimgesucht. Sie wüteten erneut mit Gewalttat, Raub und Plünderungen im Land, so daß sich viele wieder in die Zeit des großen Krieges zurückversetzt glaubten. Falkmann, ein bekannter lippischer Historiker aus dem vorigen Jahrhundert, sagt von ihm: „... und so viele waren seiner großen Taten und Titel, die man in hochtrabendem Latein auf seinen Grabstein schrieb, daß für den Namen devastor Lippiae (Zerstörer Lippes) kein Raum mehr war." Am Ende der Münsterschen Invasion war die Grafschaft erneut verwüstet.

Sustmann erlebte noch die Schrecken, die Bernhard von Galen, der Münstersche Bischof, mit der Invasion seiner Truppen über das Land brachte. Er starb 1677 im 66. Lebensjahre. Sustmann wurde in der Kirche am Markt, auf deren Kanzel er gelehrt und gepredigt hatte, beigesetzt. Ein Predigtband mit Auslegungen für alle Sonn- und Feiertage hält die Erinnerung wach an diesen Mann, der nach den Greueln des langen Krieges sich um die Erneuerung der Kirche bemüht hat.

Sein Schwiegersohn Johann Freye, Pastor in Lage, ruft ihm in der Vorrede in lateinischen Versen zu:

Du zeigst dem Volk, wie auf dem rechten Wege
man durch den Wechsel des Lebens zum höchsten Palaste gehen muß.
Wenn du fortfährst, bester Schwiegervater so zu weiden (die Herde),
dann wird keine Arbeit im Herrn leer und nichtig dahingehen.

Zu seinem Nachfolger wurde Johann Jakob Zeller berufen. Er entstammte einer angesehenen Züricher Patrizierfamilie. Bevor er nach Lippe kam, war er Prediger in Rees am Niederrhein gewesen. Hier hatte er in enger Verbindung mit holländischen Theologen gestanden, u. a. mit Jodokus von Lodenstein (1620–1677). Dieser war ein treuer Seelsorger und ein feuriger, unerschrockener Bußprediger, der gegen das „weltlich gewordene verfallene Christentum" Zeugnis ablegte. Lodenstein ging es um eine radikale Erneuerung des Lebens und Wandels. Er selbst war ein „lebendiges Bild ungefärbter Gottseligkeit, ein Kämpfer im Gebet, ein wunderbar begabter Prediger, ein kluger und beständiger Held im Glauben" (Evang. Kirchenlexikon). Für die lippische Kirche war es ein großer Gewinn, daß der wissenschaftlich und charakterlich gebildete und gereifte Jakob Zeller zu ihrem Generalsuperintendenten berufen wurde. Er war ein Mann hingebender Pflichttreue. Als er schon ein von der Gicht geplagter Mann war, ließ er sich in einer Sänfte in die Kirche tragen, um auf einem Stuhl sitzend zu predigen.

Zeller war schon bald nach seiner Berufung mit der Ausarbeitung einer neuen Kirchenordnung beauftragt worden. Zwei Jahre später legte er seinen unter Berücksichtigung der Ordnung von 1571 und der kurpfälzischen von 1563 entstandenen Entwurf vor. Dieser wurde dem Kanzleirat Gottschalk, dem Kanzleidirektor Wippermann und dem Dr. Hoffmann sowie den Superintendenten Hildebrand in Lüdenhausen, Schröder in Horn und Zellers Schwiegersohn, dem Pastor Lampe in Detmold, zur Begutachtung übergeben.

Der Zellersche Entwurf ist nicht mehr vorhanden. Doch läßt sich aus den Bemerkungen der Gutachter erkennen, was diese an ihm geändert oder verbessert sehen wollten. Der Superintendent Hildebrand möchte die Befugnisse des Konsistoriums, das sich inzwischen zu einer staatlichen Verwaltungsstelle entwickelt hatte, einschränken. Er bemerkt: „Die heilige Schrift sollte überall als Regel und Norm auch für das Kirchenregiment gelten." Seine Vorschläge bezweckten eine stärkere Teilnahme der Gemeinde, was reformierter Ordnung entsprach. Offensichtlich hat der ursprüngliche Entwurf den Gegensatz zu den Augsburger Konfessionsverwandten betont. Der Konsistorialpräsident Gottschalk erinnert daran, „daß dies nicht geschehen sollte, um so weniger, als die Prediger beim Austritt ihres Amtes in den Reversalien geloben, daß sie nach der Augsburgischen Konfession lehren wollen". Auch wandte Gottschalk sich gegen eine zu strenge Handhabung der Kirchenzucht. „Dem Worte Gottes entspreche es mehr, die Gemeindeglieder durch Ermahnungen als durch Strafen und Polizeimaßregeln zum Guten anzuhalten." Auch Hildebrand forderte Zurückhaltung in der Praktizierung der Kirchenzucht. Andererseits sah er es für gut an, „damit die Schuldisziplin so viel besseren Nachdruck habe und auch erwachsene Knaben und Mädchen fürchten, Mutwillen zu üben, daß an einem jeden Kirchengebäude etliche Halseisen gemacht werden, darin sollen unter andern auch Schüler geschlossen werden, welche nicht wenigstens zwei Tage in der Woche ein paar Stunden in die Schule kommen". Daraus ist zu schließen, daß es trotz der Verordnung von 1664 um den Besuch der Schulen immer noch schlecht bestellt war.

Eine viel verhandelte Frage war, ob Musik, Tanz, Spiel und andere Vergnügungen bei Taufen, Hochzeiten zu verbieten oder unter bestimmten Einschränkungen zu gestatten seien. Der Konsistorialpräsident hielt es für eine unangemessene Strenge, solche Vergnügungen zu verbieten; wohl könne man untersagen, daß der Pastor selbst tanze und spiele; aber es komme vor, daß er sich derartigen Gesellschaften nicht entziehen könne. Ähnlich urteilte Hildebrand. „Es sei gar ungerecht", bemerkt er, „dem Prediger Suspension zu diktieren, wenn derselbe auf eine Hochzeit bei einer ehrlichen Gesellschaft bleibe." In einer Randbemerkung, vermutlich von Zellers Hand, wird gegen Hildebrands Meinung protestiert. Offensichtlich bringt Zeller hier seine von den reformierten Niederländern bestimmte Meinung zum Ausdruck. Der Konsistorialpräsident hielt pastorale Besuche für einen guten und frommen Brauch, möchte aber daraus nicht eine Kontrolle der Sitten und des Lebens machen und die stattgefundenen Besuche nicht sonntags von der Kanzel unter Hinzufügung von Zensuren bekanntgeben lassen.

Sustmanns Entwurf ist nicht zur Ausführung gelangt. Es sollte noch zwei Jahrzehnte dauern, bis die Neuordnung der Kirchen- und Schul- sowie der sonstigen Lebensverhältnisse der Untertanen ihren Niederschlag in der Kirchenordnung von 1684 fand.

Die Kirchenordnung von 1684

Von Adolf Neuser

Vorbemerkung

Die „Christliche Kirchenordnung der Grafschaft Lippe" von 1684 hat mit Recht einen besonderen Platz unter den kirchebildenden Dokumenten und Zeugnissen der von der Reformation des 16. Jahrhunderts geprägten Kirche des Landes Lippe eingenommen. Mit ihren 26 Kapiteln und insgesamt 784 Einzelbestimmungen stellt sie den gelungenen Versuch dar, die im Laufe von eineinhalb Jahrhunderten angesammelten Ordnungsfragen in umfassender Weise zu regeln. Dabei bemüht sie sich, nicht etwa spröde und administrative Ordnung zu sein, sondern lebensnah und ermutigend unter ihren Gemeinden und Gliedern zu wirken. Sie will denen, die in ihr haupt- und nebenamtlich Dienst tun, ein gutes Gewissen verleihen und dabei doch die Grenzen der Zuständigkeit, die nicht überschritten werden dürfen, deutlich aufzeigen. Ihren Verfassern, den Generalsuperintendenten Konrad Sustmann (1610–1677) und Johann Jacob Zeller (gest. 1691), muß von vornherein zuerkannt werden, daß sie unter Einhaltung der theologischen Leitlinie für eine Kirche der Reformation mit gesundem Sinn für die Realitäten des kirchlichen Lebens den Text der Kirchenordnung bis in die Einzelformulierungen festgelegt haben.

Der geschichtliche Werdegang, der zur Abfassung und Ingeltungsetzung der Kirchenordnung führte, ist an anderer Stelle veranschaulicht worden. Die zeitlichen Umstände forderten zu einer ordnenden Neubesinnung heraus. Noch waren keine zehn Jahre vergangen, seit der kriegerische Münstersche Fürstbischof Bernhard von Galen auf seinem Feldzug an die Elbe gegen die Schweden mit seiner Soldateska Lippe gebrandschatzt hatte, und ein Jahr erst war vorüber seit dem Tode des grausamen „Hexenbürgermeisters" Hermann Cothmann in Lemgo. Diese und andere Ereignisse im Nachschatten des 30jährigen Krieges haben gewiß die äußere und innere Verwahrlosung im Lande größer und schlimmer werden lassen und machten eine neue Ordnung noch dringender notwendig. Das kann man in der Kirchenordnung von 1684 gut an den Nennungen von allerhand Unsitten und bösen Angewohnheiten feststellen. Eine Zusammenstellung dieser Unzuträglichkeiten würde gewiß die Kenntnis der Lebensgewohnheiten der Menschen in Lippe im zu Ende gehenden 17. Jahrhundert und ihr Verhalten zur damaligen Kirche wesentlich bereichern. Hier aber kann darauf nur mittelbar eingegangen werden. Ebenso muß es sich diese Darstellung versagen, einen Vergleich mit anderen reformierten Kirchenordnungen ihres Jahrhunderts einzugehen.

Gliederung

Die 26 Kapitel der Kirchenordnung lassen einen klaren Aufriß erkennen. Nach einer Präambel in Kapitel 1 gelten die nächstfolgenden „Capita" 2–10 dem Prediger, seinem Werdegang, seiner Berufung und Einsetzung, seinen Amtspflichten. Dann ist in den Kapiteln 11–13 und 15–20 von den Zuständigkeiten eines dem Prediger beigeordneten Presbyteriums die Rede. Dem Küster ist das 21. und dem Organisten das 22. Kapitel gewidmet. In Kapitel 23 wird der Übergang zu Gottesdienst und Sonntagsheiligung vollzogen, im 24. das vorbildliche Leben des Predigers und seiner Gemeindeglieder mit Leitlinien versehen. Kapitel 25 stellt die geringfügigen Ansätze eines synodalen Wesens mit den Konventen der Prediger, also einer Geistlichkeitssynode, vor. Den Abschluß der Gesamtordnung bilden das Amt des Superintendenten und die Kirchenvisitationen. Lediglich das 14. Kapitel, das für die gräfliche Provinzialschule in Detmold und die übrigen Lateinschulen im Lande Bestimmungen erläßt, paßt nicht in den sonst gegebenen Rahmen einer gemeindenahen Kirchenordnung. Allerdings ist naheliegend, solche Ordnung des höheren Schulwesens denen über die Kirchspielschulen in Kapitel 13 anzufügen.

Darüber hinaus aber läßt die Kirchenordnung noch ein weiteres Ordnungsgefüge entdecken, das tiefere

Einsichten in ihr Wesen und die Denkungsart wohl des Endredaktors, des Generalsuperintendenten Zeller, zuläßt. Beim Lesen der Texte der einzelnen Kapitel fällt auf, daß bei neun der 26 insgesamt der erste Abschnitt wiederum eine präambelartige Funktion erhält und in besonderer getragener Sprache das Ziel vorwegnimmt, das in den Regelungen der folgenden numerierten Passagen erreicht werden soll. Eine solche „kleine Präambel", die mit dem sonst nur spärlichen verwendeten Wort „dieweil" beginnt, ist gegeben für die

Kapitel 2, das Predigtamt,
Kapitel 6, die Predigt,
Kapitel 8, die Katechisation,
Kapitel 13, die Kirchspielschulen,
Kapitel 15, die Ehe,
Kapitel 16, den Gemeindebesuchsdienst,
Kapitel 18, den Unterhalt der Prediger,
Kapitel 19, die Verwaltung der Kirchengüter,
Kapitel 24, das vorbildliche Leben der Prediger und Gemeindeglieder.

So eigenartig sich gewiß die Herausstellung dieser Kapitel ausnimmt, sie läßt erkennen, daß die Kirchenordnung den Notwendigkeiten eines aktiven Gemeindelebens, so wie sie es versteht, eine akzentuierte Bedeutung beimißt. Dabei ergibt sich, von vornherein wie ein roter Faden, die Übergewichtigkeit des Predigers als Amtsperson mit den herausgestellten Brennpunkten seines Dienstes. Die zweite große Linie in der Kirchenordnung von 1684 wird von dem Fragenkreis Kirchenzucht gebildet, als letztes sind die verschiedenen Verwaltungsaufgaben zu nennen.

Der Prediger

Weil auf den Prediger als Amtsperson in den Bestimmungen der Kirchenordnung immer wieder Bezug genommen wird, auch wenn von seinem Presbyterium und seinen anderen Mitarbeitern die Rede ist, kann man sich von vornherein des Eindrucks nicht erwehren, daß hier die lippische Kirche zu einer Pastorenkirche gemacht wird. Das sieht auf den ersten Blick nach unseren heutigen Vorstellungen von der Kirche recht unerfreulich aus. Das Bild wird aber sogleich gefälliger, wenn man bei näherem Zuschauen die zahlreichen Punkte entdeckt, die den Prediger zum Hirten seiner Gemeinde, zum fürsorglichen Helfer machen. Ihm ist „das Heil. Predigtamt" als „ein besonderes von Gott verordnetes und, vermöge seiner Verheißung, durch beikommende gnädige Wirkung des H. Geistes, kräftiges Mittel zur Bekehrung und Seligkeit der Menschen" (6, 1) anvertraut. Er soll fleißig katechisieren, denn das „Catechisiren" ist „wie die Erfahrung zu allen Zeiten hat gelehrt", ein „dermaßen nötiges Stück des Predigtamtes, daß ohne dasselbe von allem Predigen, das auf der Kanzel getan wird, schwerlich einige Frucht kann gehofft werden" (8, 1). Er soll auch als „ein treuer Lehrer und Hirte der Gemeinde Christi das Angesicht seiner Schafe, die ihm von den Erzhirten befohlen sind, ... kennen, um sie nicht nur insgemein mit dem gesunden Seelenfutter des Wortes Gottes ... zu versorgen und wohl zu weiden, er ... soll ... seine Kirchhörigen nicht allein in der Zeit ihrer Krankheit und Sterbensnot oder anderen Elends, sondern auch bei guten und gesunden Tagen, so viel er kann, in ihren Häusern fleißig besuchen" (16, 1).

In der Kirchenordnung von 1684 weht nicht der kühle Wind einer Amtskirche, die um ihrer selbst willen da ist und das Wohlbefinden ihrer Gemeindeglieder außer acht läßt. Der werbende und erbauliche Charakter der neuen Ordnung ist überall zu entdecken. So sollen „die Candidati bei ihrer Examination und Zulassung ... als vor Gottes Angesicht erinnert und vermahnt werden, ob sie auch solche göttliche Berufung in ihren Herzen empfinden ..., weil die äußerliche Berufung nicht genug ist ohne innerliche Berufung Gottes und Trieb seines Geistes, wodurch derselbe auch in ihren Herzen eine heilige Begierde erweckt, aus der Liebe Christi die Herde seiner Lämmer und Schafe zu weiden" (2, 6). Darum sollen sie „sich erklären und angeloben, daß sie mit Gottes Beistand die Tage ihres Lebens in dieser Berufung verharren und sich ihr nimmermehr entschlagen wollen" (2, 7).

Aus den vielen Einzelvorschriften, die Studium und Examen, Ordination und Einführung in eine Pfarrstelle regeln, seien einige Besonderheiten genannt. Der Pfarrer i. R. Adolf Schmidt hat ja in verdienstvoller Weise in Band 15 (1935) der Lippischen Mitteilungen aus Geschichte und Landeskunde auf Seite 233 bis 302 zusammengestellt, an welchen auswärtigen

Schulen und Hochschulen bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts Angehörige der Grafschaft Lippe, also auch Theologen um 1684, studiert haben. Solche Kandidaten für das Predigeramt sollten „am Consistorio in geziemender Bescheidenheit anmelden, daß sie in ordinem expectantium et promovendorum angenommen werden mögen; ungestümes Sollizitieren und Anhalten soll keineswegs gestattet sein" (3,8). Von dieser Bestimmung her rührt die Anwärterliste der lippischen Studenten und Kandidaten für den Pfarrdienst, die heute noch in der Landeskirche geführt wird. Allerdings war von einer weiteren Vorbildung, die dem Studium zu folgen hätte, etwa einem Vikariat, nicht die Rede. Wer erstmals von einer Gemeinde als Prediger gewünscht wurde und berufen werden sollte, hatte sich vorher dem Examen in lateinischer Sprache zu unterziehen, dessen sechsstündige Dauer, drei Stunden vormittags und drei Stunden nachmittags, für alle anstrengend genug war (4,3). Die Examenskommission bestand aus dem Consistorial-Commissarius, der gewiß ein Jurist war, dem Superintendenten in Detmold, dem Superintendenten der anderen Klasse, zu der die künftige Gemeinde des Examenskandidaten gehörte, dem Administer (= zweiter Pfarrer) der Gemeinde Detmold an der Marktkirche als Zuhörer mit Fragerecht und dem Sekretär des Konsistoriums als Schriftführer (4,2). Dieses Kollegium hatte an der Mühe des Prüfungsvorgangs seinen verantwortlichen Anteil, besonders der Superintendent in Detmold, der auch seine gute theologische Sachkenntnis herauszustellen hatte, während der Consistorial-Commissarius in Recht und Verwaltung des Pfarramtes prüfte (4,2). Auswärtige Examina für Anwärter auf eine erste Pfarrstelle wurden grundsätzlich nicht anerkannt (4,8) und mußten in Lippe wiederholt werden.

Keineswegs aber handelte es sich bei diesem Kandidatenexamen zum Pfarrdienst nur um eine Überprüfung des Wissensstandes des Anwärters allein, der ganze actus examinationes sollte „als vor Gottes heiligem Angesicht der Gestalt geführt werden, daß mit sattsamen Bestand von allem an Examinato befunden wurde, ob derselbe genugsam tendiert und orthodox zum Predigtamt genugsam qualifiziert sei". Der actus solle „von Superintendente Classis mit andächtiger Anrufung Gottes um den Beistand seines Geistes angefangen und beschlossen werden" (4,3 u. 4). Man wußte damals noch in eine solche Ordnung hineinzuschreiben, daß der Prediger ein Zeuge sein soll, wie etwa Petrus und Johannes vor dem Hohen Rat nach Apg. 4,5–13.



Das Bild eines barocken Herrscherdaseins: Graf Simon Henrich (1666–1697), unter dem die absolutistischen Tendenzen auch in Lippe zur Geltung kamen. Während seiner Regentschaft trat die Lippische Kirchenordnung von 1684 in Kraft. (Nach einem Ölgemälde aus dem Lippischen Landesmuseum in Detmold.)

Die Ordination, welche etwa eine Woche nach dem Examen erfolgen sollte, fand „jedesmal zu Detmold in Versammlung der Gemeinde statt" (5,1). Ordinator ist stets der Superintendent zu Detmold, welchem im Falle der Einweisung in eine Gemeinde seiner Klasse der „Prediger zu Detmold", sonst aber der Superintendent der zuständigen Klasse „die Hand mit auflegt" (5,1). Hier wird erkennbar, daß der Detmolder Superintendent zumindest das Schwergewicht eines primus inter pares hatte. Vom Titel eines

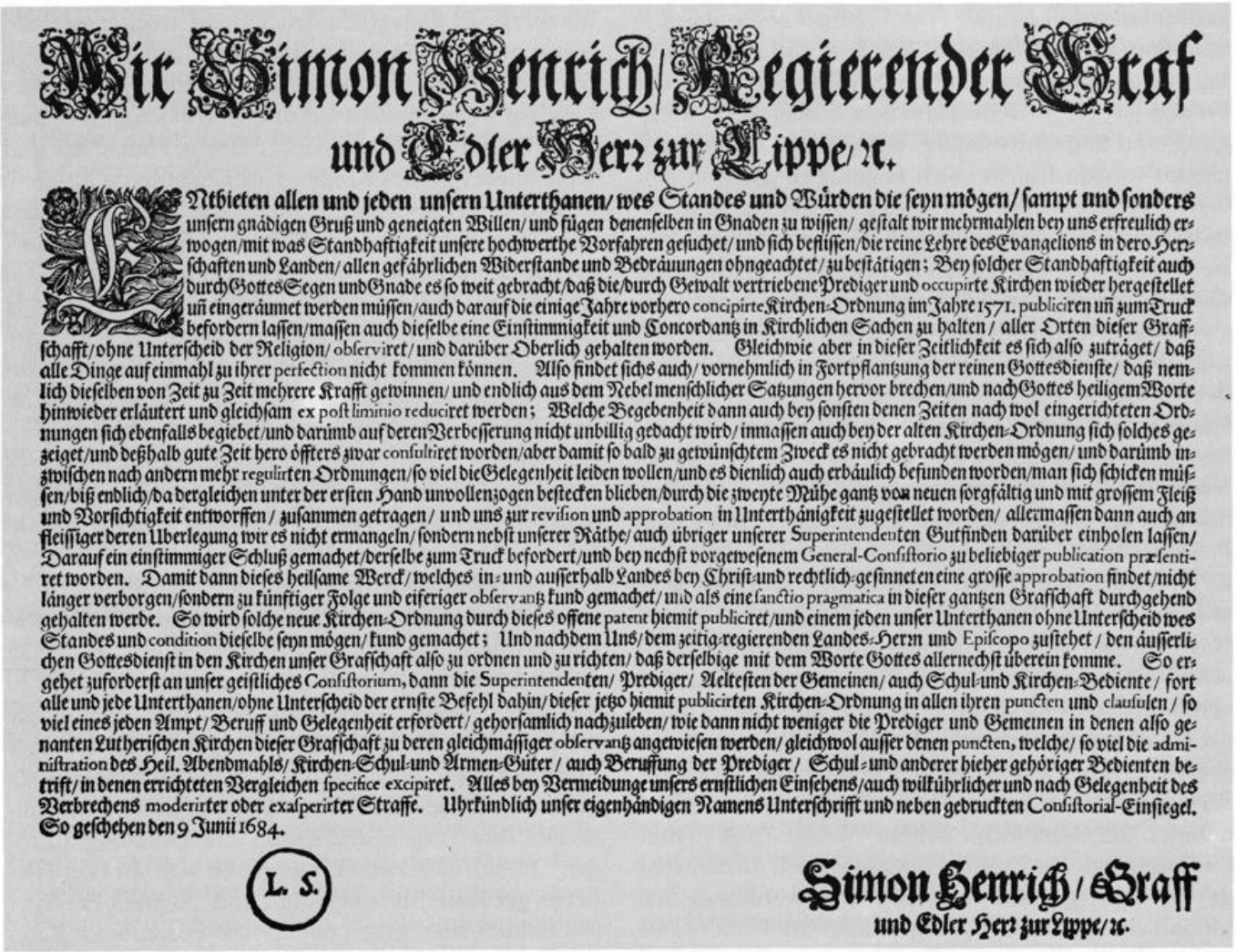
Generalsuperintendenten ist jedoch in der Kirchenordnung nicht die Rede.
„Dem Ordinato wird unter dem Konsistorial-Siegel testimonium examinationis et ordinationis, welches der Superintendent zu Detmold zu konzipieren und neben dem commissario und resp. Classis Superintendente zu unterschreiben hat, erteilt" (5, 2). Der ordinierte Prediger soll „die am Consistorio befindlichen reversalpuncte, welche ihm forthin communicirt werden" unterschreiben (5, 2). Diese Reversalien haben ja rund 150 Jahre später im Streit um die Außerkraftsetzung des Heidelberger Katechismus und seine Ersetzung durch den „Weerth'schen Leitfaden" eine bedeutsame Rolle gespielt. Ihr Text steht in dem 1845 in Leipzig erschienenen Dokumentarband: Urkunden zur Beurteilung der kirchlichen Verhältnisse im Fürstenthum Lippe auf Seite 1–3. Ihr Text läßt erkennen, daß sie eine kurze Zusammenfassung der wichtigsten Punkte der Kirchenordnung von 1684 darstellen. Fünf lippische Pfarrer, die der Erweckungsbewegung nahestanden, haben damals mit Erfolg gegen die Veränderung der Reversalien protestiert, sich auf die geltende Kirchenordnung von 1684 mit Recht berufen, und die Wiedereinführung des Heidelberger Katechismus in die Wege geleitet.
Der ordinierte und auf die Reversalien verpflichtete Prediger wurde nach einwöchentlicher Vorankündigung in seiner neuen Gemeinde eingeführt. Den Vormittagsgottesdienst hielt der Superintendent, er hatte auch zu predigen, im Nachmittagsgottesdienst war der neue Pastor an der Reihe. Die Einführung erfolgte anhand der Agende, die als Anhang der Kirchenordnung gedruckt und in einem Einband mit ihr vereinigt wurde.
Die Festmahlzeit an diesem Sonntag wird mit ausführlichen Worten bedacht. Sie sollte nachmittags im Anschluß an den Gottesdienst „in aller Stille und Mäßigkeit gehalten werden, damit nicht durch beilaufendes unordentliches Wesen, Prasserei und Schwelgerei, dieser Tag, der ein Fast- und Bettag sein soll, geschändet, und also der Segen Gottes gleich anfangs von dem Dienst des neuen Predigers abgekehret, und Gottes Zorn über ihn und die Gemeinde erweckt werde" (5, 7). Es muß wohl nötig genug gewesen sein, solche strengen Worte hier niederzuschreiben. Die Gesamtunkosten der Einführung, darunter auch die Fuhrdienste und das Futter für die Pferde der Kirchen, auch die Gebühr für den Superintendenten für die Einführungshandlung, hatte die Gemeinde zu tragen (5, 8).
Die Verpflichtungen des Dienstes im engeren Sinne für einen Prediger bestehen nach unserer Kirchenordnung in der Predigt, im Gebet, in der Katechisation, in der Sakramentsverwaltung und den Kasualien. Im weiteren Sinne hatte er Aufgaben in Zusammenarbeit mit anderen Gliedern seiner Gemeinde zu erfüllen. Mit dem Presbyterium hat er die Kirchenzucht, die Schulaufsicht und den Gemeindebesuchsdienst wahrzunehmen. Bei der Verwaltung des Kirchenvermögens sollen ihm die Dechen behilflich sein, in der Gestaltung des Gottesdienstes Küster und Organist zur Seite stehen. Die genannten Verpflichtungen aufgrund der Kapitel 6–10 einerseits und 11–23 andererseits mit ihren Einzelbestimmungen lassen den im Kirchendienst lange erfahrenen Fachmann mit nüchternem Sinn für das Notwendige in der Gestalt des Generalsuperintendenten Zeller erkennen. Zeller war, bevor er nach Lippe kam, 17 Jahre Prediger in Rees am Niederrhein. Er gehörte dort der reformierten Kirche in Jülich-Kleve-Berg-Mark an, die weitgehend von dem Reformator Johannes Calvin und vom Aufbau seiner Gemeinde in Genf geprägt war. Bei der Formulierung der Kirchenordnung werden ihm viele Eigenarten seiner bisherigen Kirche für eine Übernahme nach Lippe wertvoll genug gewesen sein. Das bedarf aber noch der näheren Untersuchung.
Der Prediger auf der Kanzel soll sich nach unserer Kirchenordnung immer vor Augen halten, daß er seinem obersten Dienstherrn Jesus Christus verantwortlich ist. Nach Apg. 20, 28 ist er beauftragt und gebunden zugleich. Ihm ist das Wächteramt über die Seelen seiner Gemeinde befohlen, „damit das Blut derer, die durch seine Unachtsamkeit und Fahrlässigkeit verloren gehen, nicht von seinen Händen gefordert werde" (6, 2). Als Prediger und Lehrer auf der Kanzel soll er in erwecklicher Weise Seelsorge treiben, soll unter „Beistand und Gnade des Heiligen Geistes ... das Wort Gottes erbaulich und fruchtbarlich gelehrt und gelernt, angehört und betrachtet werden" (6, 3). Das hört sich an wie ein Bildungsprogramm, und es war in Lippe vor 300 Jahren die Sonntagspredigt außer dem Schulbesuch der Kinder weithin die einzige Möglichkeit für alle, um zu neuen Er-

kenntnissen zu kommen. Der Prediger sollte aber neben einer klaren biblischen Erklärung in einer „kräftig bewegenden Applikation, welche die Seele der Predigt ist" (6, 5), Gemeindezucht treiben, in Ermutigung und Zurechtweisung, sollte dies in Unabhängigkeit tun und nicht „sich angenehm machen den Gewissen der Menschen" (6, 6). An der Kanzelstreiterei mit ihren rechthaberischen Auswüchsen, wie sie in der Zeit der zu Ende gehenden Orthodoxie weithin üblich war, sollte er sich nicht beteiligen, statt dessen aber „mit aller Bescheidenheit und Sanftmut dahin arbeiten, daß die Zuhörer in Erkenntnis der Wahrheit, welche zur Gottseligkeit ist ... und im Glauben an Christum erbaut werden mögen, denselben in der Liebe Gottes und des Nächsten tätig zu erweisen und mit bußfertigem gottesfürchtigem Wandel sich als wahre Christen zu erzeigen" (6, 7). Die Predigttätigkeit sollte geschehen ohne „hochtrabende Worte, kluge Reden fleischlicher Weisheit und störrische Gebärden" (6, 8).

Nach diesem wohlerwogenen theologisch-homiletischen Grundprogramm wird die Beibehaltung der sonntäglichen Perikopen erlaubt, jedoch nicht ohne die etwas bissige Bemerkung, daß „die Prediger nicht eben von Jahr zu Jahr einerlei Konzept auf der Kanzel wiederholen, ... sondern daß ihr Fleiß und Zunehmen der Gemeinde offenbar" werde (6, 9). In den sonntäglichen Nachmittagspredigten soll fortlaufend der Heidelberger Katechismus erklärt werden (6, 10). Monatliche Bet- und Bußtage sollen die Zuhörer zu wahrer Bußfertigkeit und Bekehrung zu Gott erwekken (6, 11). Für die halbjährigen Fast-, Buß- und Bettage wird vom Consistorium ein besonderer Predigttext angeordnet, ein Vorgang, der sich für unseren Landes-Buß-und-Bettag bis in die Zeit vor etwa 20 Jahren erhalten hat. Schließlich werden noch Bibelstunden an Werktagen (6, 13) genannt mit fortlaufender Erklärung ganzer biblischer Bücher, und, wo wöchentliche Betstunden gehalten werden, sollen sie der Erwachsenenkatechisation dienen (6, 15). Sogar die Länge der Gottesdienste wird zur Pflicht gemacht: „Nicht über 5 Vierteil-Stunde, das Gebet und Gesang miteingeschlossen" (6, 16).

Beim Lesen dieser gottesdienstlichen Bestimmungen kann man sich des Gedankens nicht erwehren, daß hier ein Maximalprogramm vorgelegt wird, und Zweifel an der Verwirklichung desselben wohl angebracht sind. Dieser Eindruck wird noch verstärkt, wenn man das Kapitel 8 über die Katechisation liest. Sie soll „höchsten Fleißes von den Predigern getrieben, wo sie noch nicht ist, unausbleiblich und unverzögerlich eingeführt werden". Eltern, Hausväter und Hausmütter sollen Kinder und Gesinde nicht allein mit allem Ernst dazu anhalten, sondern auch selber zugegen sein, wenn nach dem Nachmittagsgottesdienst der Prediger „die Jugend fein ordentlich auf dem Chor ... examiniert ... was sie aus der Predigt und sonst in den Schulen und von ihren Eltern gelernt haben" (8, 3). Zur Katechisation kommen sollen „die von der etwas erwachsenen Jugend in nächstfolgender Zeit zum Heil. Abendmahl zugelassen werden wollen" (8, 4). Verzeichnisse der Katechumenen sollen zur Feststellung der häufig Abwesenden geführt werden (8, 6). Die Schulmeister sollen ihre Kinder zur Katechisation führen (8, 8). Diese strengen Ordnungsprinzipien, die für die „weiläufigen und volkreichen Kirchspiele" noch um besondere Auflagen vermehrt werden, sollen aber die Prediger nicht daran hindern, „fürsichtig", also fürsorgerisch, zu handeln, „nicht allein als geistliche Väter alle Freundlichkeit und Sanftmut, doch nicht weniger Ernsthaftigkeit verspüren zu lassen, sondern auch nach der Capacität, Alter und Verstand der Katechumenen ihre Fragen und ganze Unterweisung zu fügen" (8, 10). Die Katechisation soll sich an den Heidelberger Katechismus halten und „keinem Prediger soll erlaubt sein, einen neuen und besonderen Katechismus einzuführen" (8, 12). Ziel der Katechisation soll „die Kraft und Praxis der wahren Gottesfurcht" (1, 13) sein.

Es erscheint bisher nicht möglich, nachzuweisen, ob die Katechismuspredigt am Sonntagnachmittag oder das Verfahren der Katechisation sich wirklich in Lippe fest eingebürgert haben. Johann Jacob Zeller hat diese besonderen pastoralen Dienste als Pfarrer in Rees ohne Zweifel ausgeübt. Dort gehörten sie zum notwendigen Bestand der reformierten Gemeinden in katholischer Umgebung. Sie nach Lippe zu verpflanzen war sicher der besondere Wunsch des Generalsuperintendenten. Unvollständig wäre eine Beschreibung des Bildes der Prediger nach der Kirchenordnung von 1684 ohne Berücksichtigung des Kapitels 24, welches das erbauliche Leben der Prediger und den christlichen Wandel der Glieder der Ge-



Wir Simon Henrich / Regierender Graf
und Edler Herr zur Lippe / ꝛc.

Entbieten allen und jeden unſern Unterthanen / wes Standes und Würden die ſeyn mögen / ſampt und ſonders unſern gnädigen Gruß und geneigten Willen / und fügen denenſelben in Gnaden zu wiſſen / geſtalt wir mehrmahlen bey uns erfreulich erwogen / mit was Standhaftigkeit unſere hochwerthe Vorfahren geſuchet / und ſich befliſſen / die reine Lehre des Evangelions in dero Herrſchaften und Landen / allen gefährlichen Widerſtande und Bedräuungen ohngeachtet / zu beſtätigen; Bey ſolcher Standhaftigkeit auch durch Gottes Segen und Gnade es ſo weit gebracht / daß die / durch Gewalt vertriebene Prediger und occupirte Kirchen wieder hergeſtellet uñ eingeräumet werden müſſen / auch darauf die einige Jahre vorhero concipirte Kirchen-Ordnung im Jahre 1571. publiciren uñ zum Druck befordern laſſen / maſſen auch dieſelbe eine Einſtimmigkeit und Concordantz in Kirchlichen Sachen zu halten / aller Orten dieſer Grafſchafft / ohne Unterſcheid der Religion / obſerviret / und darüber Oberlich gehalten worden. Gleichwie aber in dieſer Zeitlichkeit es ſich alſo zuträget / daß alle Dinge auf einmahl zu ihrer perfection nicht kommen können. Alſo findet ſichs auch / vornehmlich in Fortpflantzung der reinen Gottesdienſte / daß nemlich dieſelben von Zeit zu Zeit mehrere Krafft gewinnen / und endlich aus dem Nebel menſchlicher Satzungen hervor brechen / und nach Gottes heiligem Worte hinwieder erläutert und gleichſam ex poſt liminio reduciret werden; Welche Begebenheit dann auch bey ſonſten denen Zeiten nach wol eingerichteten Ordnungen ſich ebenfalls begiebet / und darümb auf deren Verbeſſerung nicht unbillig gedacht wird / inmaſſen auch bey der alten Kirchen-Ordnung ſich ſolches gezeiget / und deßhalb gute Zeit hero öffters zwar conſultiret worden / aber damit ſo bald zu gewünſchtem Zweck es nicht gebracht werden mögen / und darümb inzwiſchen nach andern mehr regulirten Ordnungen / ſo viel die Gelegenheit leiden wollen / und es dienlich auch erbäulich befunden worden / man ſich ſchicken müſſen / biß endlich / da dergleichen unter der erſten Hand unvollenzogen beſtecken blieben / durch die zweyte Mühe gantz von neuen ſorgfältig und mit groſſem Fleiß und Vorſichtigkeit entworffen / zuſammen getragen / und uns zur reviſion und approbation in Unterthänigkeit zugeſtellet worden / allermaſſen dann auch an fleiſſiger deren Uberlegung wir es nicht ermangeln / ſondern nebſt unſerer Räthe / auch übriger unſerer Superintendenten Gutfinden darüber einholen laſſen / Darauf ein einſtimmiger Schluß gemachet / derſelbe zum Druck befordert / und bey nechſt vorgeweſenem General-Conſiſtorio zu beliebiger publication præſentiret worden. Damit dann dieſes heilſame Werck / welches in- und auſſerhalb Landes bey Chriſt- und rechtlich-geſinneten eine groſſe approbation findet / nicht länger verborgen / ſondern zu künfftiger Folge und eiferiger obſervantz kund gemachet / und als eine ſanctio pragmatica in dieſer gantzen Grafſchaft durchgehend gehalten werde. So wird ſolche neue Kirchen-Ordnung durch dieſes offene patent hiemit publiciret / und einem jeden unſer Unterthanen ohne Unterſcheid wes Standes und condition dieſelbe ſeyn mögen / kund gemachet; Und nachdem Uns / dem zeitig-regierenden Landes-Herrn und Epiſcopo zuſtehet / den äuſſerlichen Gottesdienſt in den Kirchen unſer Grafſchaft alſo zu ordnen und zu richten / daß derſelbige mit dem Worte Gottes allernechſt überein komme. So ergehet zuforderſt an unſer geiſtliches Conſiſtorium, dann die Superintendenten / Prediger / Aelteſten der Gemeinen / auch Schul- und Kirchen-Bediente / fort alle und jede Unterthanen / ohne Unterſcheid der ernſte Befehl dahin / dieſer jetzo hiemit publicirten Kirchen-Ordnung in allen ihren puncten und clauſulen / ſo viel eines jeden Ampt / Beruff und Gelegenheit erfordert / gehorſamlich nachzuleben / wie dann nicht weniger die Prediger und Gemeinen in denen alſo genanten Lutheriſchen Kirchen dieſer Grafſchaft zu deren gleichmäſſiger obſervantz angewieſen werden / gleichwol auſſer denen puncten, welche / ſo viel die adminiſtration des Heil. Abendmahls / Kirchen-Schul- und Armen-Güter / auch Beruffung der Prediger / Schul- und anderer hieher gehöriger Bedienten betrift / in denen errichteten Vergleichen ſpecifice excipiret. Alles bey Vermeidung unſers ernſtlichen Einſehens / auch wilkührlicher und nach Gelegenheit des Verbrechens moderirter oder exaſperirter Straffe. Uhrkündlich unſer eigenhändigen Namens Unterſchrifft und neben gedruckten Conſiſtorial-Einſiegel. So geſchehen den 9 Junii 1684.

L. S.

Simon Henrich / Graff
und Edler Herr zur Lippe / ꝛc.

Graf Simon Henrich verkündet am 9. Juni 1684 das Inkrafttreten der Lippischen Kirchenordnung von 1684: „So wird solche neue Kirchen-Ordnung durch dieses offene patent hiemit publiciret / und einem jeden unser Unterthanen ohne Unterscheid wes Standes und condition dieselbe seyn mögen / kund gemachet; Und nachdem Uns / dem zeitig-regierenden Landes-Herrn und Episcopo zustehet / den äusserlichen Gottesdienst in den Kirchen unser Grafschaft also zu ordnen und zu richten / daß derselbige mit dem Worte Gottes allernechst überein komme." (Das Titelblatt der im Jahre 1684 gedruckten Kirchenordnung befindet sich auf dem Innendeckel dieses Buches.)

meinde zum Inhalt hat. Damit wird von vornherein festgehalten, daß der Prediger keine herausgehobene und damit leicht isolierte Gestalt gleich einem katholischen Priester ist, sondern Glied der Gemeinde wie die anderen Glieder und zum christlichen Vorbild verpflichtet. Mit besonderer Hingabe und herzlicher werbender Formulierung hat Zeller hier Grundsätze und Bestimmungen zusammengestellt, als gelte es, verlorenen Boden wiederzugewinnen und die Gemeinden in ihrem Zusammenhang neu zu festigen. August v. Cölln, Generalsuperintendent von 1860–1865, hat in einem in Druck erschienenen Vortrage aus dem Jahre 1863 „Urkundliche Beiträge zur Entstehungsgeschichte der Lippe'schen Kirchenordnung von 1684" auf Seite 16ff. ebenso wie Wilhelm Butterweck in seiner „Geschichte der Lippischen Landeskirche", 1926, auf Seite 173ff. eine ganze Reihe von betrüblichen Tatsachen zusammengestellt, welche den Ruf nach einer neuen Kirchenordnung immer dringlicher werden ließen und in ihr nach Bestimmungen, die den Übelständen wehren sollten. Nach Zellers Meinung soll eine gründliche Erneue-

rung des Predigerstandes den Anfang machen. „Ein Prediger, der andere lehrt, daß niemand ohne Heiligung Gott schauen werde, und einen jeden vermahnt, mit Furcht und Zittern seine Seligkeit zu schaffen, soll zuvorderst für seine Person selbst zeigen, daß er nirgends um sich höher bekümmere dann die Ehre Gottes ..., sich reinige von allen Befleckungen des Fleisches und Geistes, seine Heiligung in des Herren Furcht zu vollenden" (24, 2).
Diese Heiligungsfrömmigkeit gebietet ihm, „sich gänzlich aller Welthandel und solcher Geschäfte, die nicht seines Berufs sind, zu müßigen", also ihnen zu entsagen (24, 3). Mit seiner „Ehe-Hausfrau" soll er in Liebe und Freude leben, seine Kinder in Furcht und Ermahnung zum Herrn erziehen, sie „ohne Kleiderpracht und andere Eitelkeiten, Weltgesinntheit und Üppigkeit halten" (24, 3). Jeder in seiner Gemeinde soll „sehen und spüren, daß sein Prediger und Seelsorger ... seine Zuhörer als Christi Schafe aus Liebe zu ihm weide" (24, 4). Dem Konsistorium und dem Superintendenten soll er gebührenden Respekt und Gehorsam erweisen, den Mitältesten gegenüber „in recht christlicher Korrespondenz und Vertraulichkeit leben" (24, 5). „Aller Krüge, Bier-, Wein- und Branntweinhäuser soll er sich enthalten, sich nicht in das gemeine Gelache und Gezeche setzen, bei Gastmählern mäßig und nüchtern sein, dem Getänz nicht beiwohnen, sich in keine Welthändel, Ehewerbungen, Testamentsstiftungen einmischen" (24, 6).
Diese Anweisungen lassen Johann Jacob Zeller als einen geprägten Pietisten erkennen. In seiner Dienstzeit als Prediger in Rees lernte er im Jahre 1673 Jodokus van Lodenstein kennen, den die Franzosen im Feldzug gegen die Niederlande aus Utrecht in die Stadt am Niederrhein für vier Monate verschleppt und in der Festung inhaftiert hatten. Max Göbel weiß in seiner „Geschichte des Christlichen Lebens" in Bd. 2, Seite 172 zu berichten, daß dieser für die Niederländer bedeutende Bußprediger und Seelsorger „seine Buße dazu anwandte, an der gründlichen Erweckung des reformierten Predigers Zeller zu arbeiten". Lodenstein war als Pietist kein Separatist wie etwa der ihm zeitlich parallele Jean de Labbadie, sondern hatte für seine Bemühungen um die Volkskirche ein klares kirchenpolitisches Programm. „Wie das Ziel aller Heilsverkündigung für ihn Heiligung ist, so möchte er die Kirche ganz von irdisch Gesinnten frei und vom heiligen Feuer durchglüht sehen" (Wilhelm Goeters, Die Vorbereitung des Pietismus in der reformierten Kirche der Niederlande, Leipzig 1911, S. 118). Genau dies kommt in Kapitel 24 der Kirchenordnung von 1684 zum Vorschein. Ohne im Augenblick nähere Belege vorlegen zu können, dürfte die Behauptung, daß unsere Kirchenordnung ganz wesentlich von der reformierten Kirche unseres Nachbarlandes beeinflußt ist, stimmen.
Das geht auch daraus hervor, daß Zeller in dieses Kapitel vom Christlichen Leben eine ausführliche Auslegung der zehn Gebote einfügt (24, 17–27), die bei aller Hervorkehrung der speziell für das damalige Land Lippe zu nennenden Gravamina die Erklärungen des Heidelberger Katechismus aus den Fragen 94–113 durchscheinen läßt. Leider muß es sich diese Abhandlung versagen, auf die hier vorliegende Darstellung der Gebote näher einzugehen.
Das Kapitel vom Christlichen Leben nimmt aber auch dadurch eine Sonderstellung ein, als es geeignet ist, in seiner Grundhaltung zu der zweiten großen Gedankenlinie überzuleiten, die neben dem zentralen Amt des Predigers die Kirchenordnung durchzieht:

Die Kirchenzucht

Fast alle noch nicht besprochenen Kapitel sind vom Gedanken einer gut funktionierenden Kirchenzucht durchdrungen:

Kapitel 9, die Taufe,
Kapitel 10, das Abendmahl und die Konfirmation,
Kapitel 12, die Exkommunikation oder Kirchenbann,
Kapitel 15, die Christliche Ehe,
Kapitel 17, das Christliche Begräbnis,
Kapitel 23, der Gottesdienst und die Sonntagsheiligung,
Kapitel 25, die Predigerkonvente,
Kapitel 26, die Kirchenvisitation durch den Superintendenten.

Von Kapitel 11, Presbyter oder Kirchenälteste, muß gesagt werden, daß dieser Leitungskreis einer Kirchengemeinde neben seinen Verwaltungsaufgaben wesentlich als eine Kirchenzuchtbehörde angesehen werden muß, die ihre Aufgabe als einen geistlichen Dienst auffassen soll. Es wäre zumindest als voreilig

Landesbibliothek Detmold

zu beurteilen, wollte man aus der Kirchenordnung von 1684 das Presbyterium nur als ein Gremium erkennen, das im Auftrag des Landesherrn für ordentliche und sittsame Untertanen zu sorgen hätte, die so besser zu regieren wären.

Graf Simon VII. hatte 1624 die Einführung von Presbyterial-Collegia verfügt. Diese waren jedoch „durch langwieriges Kriegswesen und andere Ungelegenheiten ... zu merklichem Schaden der Kirchen in Abgang geraten". Sie sollten nun wieder „allenthalben in dieser Graf- und Herrschaft instand gebracht und erhalten werden" (11,1).

Merkwürdig ging es bei der Bestellung der Presbyterien zu. Die Prediger, Bürgermeister der Städte und Beamten auf dem Lande hatten ein Vorauswahlrecht, der Superintendent der Klasse berief „nach eingenommener genugsamer Information und vorgegangener Anrufung Gottes" die Presbyter in der für die Gemeinde notwendigen Anzahl (11,2) und konnte sie auch abberufen (11,35). Die Gemeinde hatte ein Einspruchsrecht nach der namentlichen Bekanntgabe der „Neuerwählten" (11,8).

Auch von den Kirchenältesten wird ausdrücklich neben „wohlgegründeter Erkenntnis in den Hauptstükken der christlichen seligmachenden Lehre" ein „unverweislicher, gottesfürchtiger, erbaulicher Lebenswandel und ehrlicher Leumund" gefordert. Daraus wiederum ergibt sich die Hauptregel für alle Kirchenzuchtübungen nach der Kirchenordnung von 1684: Es darf niemand Maßnahmen der Kirchenzucht ergreifen, der nicht weiß, daß Jesus selber durch sein Wort uns in Zucht nimmt. Das Wort der Predigt ist ein Aufruf zur richtigen Entscheidung, unrichtige Entscheidungen in der Lebensführung aber sollten von denen korrigiert werden, die dem Anspruch des Wortes Gottes sich zu stellen immer wieder bereit sind.

Diesem Immer-wieder-bereit-Sein diente auch die „christbrüderliche Zensur", die ein Presbyterium alle Vierteljahre unter sich anstellen sollte (11,36). Diese censura morum, von der auch in Zusammenhang der Predigerkonvente in Kap. 25 die Rede ist, ist ein geistliches Ordnungsinstrument und wurde von Johannes Calvin in seiner Gemeinde in Genf eingeführt. Sie war auch in den reformierten Gemeinden am Niederrhein üblich und ist von Johann Jacob Zeller nach Lippe mitgebracht worden.

Die mutua censura fratrum enthält wie die Bezeichnung aussagt, ein brüderliches Element. Einer nach dem anderen verläßt kurz den Raum, um den Übrigen Gelegenheit zu geben, „treulich, ohne alle Parteilichkeit sich untereinander zu besprechen, seine Fehler ihm brüderlich anzuzeigen und sich zu versichern, daß er solches auch brüderlich und willig annehme und, was gebricht, vermittelst göttlicher Hilfe verbessern werde" (25,10). Natürlich ist in der Kirchenordnung auch die Rede von dem, was zu geschehen hat, wenn der Zensurierte etwa die Mahnung nicht annehmen will (11,36 und 25,11), und es liegt auf der Hand, daß sich dann der ganze Vorgang leicht in ein zwingendes, ja strafendes Verfahren verwandeln kann. Die Kirchenordnung stellt aber klar, daß im Rahmen der Brüderlichkeit unter Christus dem Meister (Matth. 23,8) hier eine echte Hilfe vorliegt, um Unmut verfliegen zu lassen und Störungen abzustellen. Zurück bleibt aber die Frage, warum wir von der Handhabung dieser brüderlichen Ermahnung in Lippe kaum etwas wissen und diese besondere Erscheinung reformierten Gemeindelebens sicherlich bald wieder aufgegeben worden ist.

Das Wichtigste über die Kirchenzucht findet sich in den Kapiteln 11 und 12. Auf unterster Ebene war das Presbyterium zu Kirchenzuchtmaßnahmen berufen. „Zu beobachten ist, was jeder Gemeinde Zustand erleiden mag, als zu deren Erbauung und Besserung muß alles gerichtet werden" (11,33,d). Um dieses Ziel zu erreichen, werden folgende Verfahrensgrundsätze aufgestellt:

Je nach Geringfügigkeit oder Größe der schuldhaften Handlung soll die Kirchenzucht differenziert werden. Je gemeiner die Schuld ist, um so genauer muß die Handhabung der Kirchenzucht sein (11,33,a). Für nicht offenbar gewordene Schuld braucht keine öffentliche Kirchenzucht zu erfolgen, je bekannter aber die Sünde ist, um so öffentlicher muß auch die Kirchenzucht sein. (11,33,b). Schließlich wird auch unter Hinweis auf 2. Kor. 2,6–8 ausdrücklich die Grenze für alle Kirchenzucht aufgezeigt: „es muß darauf gesehen werden, daß durch scharfe Kirchenzucht ein bußfertiger Sünder nicht zu sehr betrübt werde. Sintemalen die Kirchenzucht anders nirgends hinfielen soll, denn zum Verderben des Fleisches, damit der Geist seelig werde" (11,33,c).

Unter diesen Leitsätzen, die aus Bestimmungen in

den paulinischen Briefen des Neuen Testaments entwickelt wurden, wird nun ein verzweigtes System von Verfahrensweisen bereitgestellt. Der Heidelberger Katechismus mit seinen Kirchenzuchtsfragen 84 und 85 steht stützend im Hintergrund.

Nach Matth. 18,15–17 ergibt sich auch in der Kirchenordnung zuerst das Gespräch unter vier Augen, an zweiter Stelle die Aussprache des in Schuld geratenen mit einem Brüderkreis, an dritter Stelle mit dem Presbyterium oder der im Gottesdienst versammelten Gemeinde, und schließlich darüber hinaus mit der gesamten lippischen Landeskirche. Dieses System der vierfachen konzentrischen Kreise soll bei dem Angeschuldigten oder Schuldner Einsicht und Bereitschaft zur Wiedergutmachung bewirken, weil Gott ihn nicht verderben lassen will und seine Glaubensbrüder als Gottes Beauftragte nicht verderben lassen dürfen. „Daß der Schuldhafte selbst spüren und erkennen könne, wie alles aus brüderlicher, aufrichtiger Liebe und treuer Wohlmeinung zu seiner Besserung geschehe und hierunter nichts anderes denn seine Gewissensbefriedigungen und ewige Seligkeit gesucht werde, damit er also durch des Herren Gnade überzeugt werden möge, in sich zu gehen, seine begangene Sünde zu bekennen und zu bereuen und um wahre Bußfertigkeit und Besserung sich zu bekümmern" (11,26).

Die erste und zweite Instanz gelten für „Sachen, die zweifelhaft oder, ob sie schon gewiß sind, doch noch geheim oder nur wenigen bekannt sind. Sie sollen nicht stracks vor das Presbyterium gebracht, sondern zuvor die gradus der Privatvermahnungen in Acht genommen werden" (11,22). Daß zur Darstellung dieser Handlungsweise in 11,10,g ausgerechnet das Beispiel von einem „tadelhaften" Prediger gewählt wird, scheint mehr als zufällig zu sein. Es war wohl nötig, gerade diesen Stand in die Kirchenzucht hineinzunehmen und die Presbyter in ihren Rechten und Pflichten zu bestärken.

Dritte Instanz ist das Presbyterium. „Wo aber das Ärgernis notorium und in der Gemeinde öffentlich ausgebracht, soll dasselbe auch ohne vorgegangene Privatvermahnungen in dem Presbyterio geahndet und davon gehandelt werden" (11,23). Hier geht das Verfahren zur Beilegung des Ärgernisses nicht mehr allein von denen aus, die in Betrübnis darüber schnell eine Versöhnung herbeiführen wollen. Der Betroffene wird durch den Küster vor das Presbyterium zitiert. Er kann sich weigern zu erscheinen, setzt sich aber, zum dritten Mal vorgeladen, der Drohung des Ausschlusses vom Heiligen Abendmahl aus, der, wenn er auch jetzt halsstarrig bleibt, vollzogen wird (11,24). „So aber der Zitierte erscheint, soll der Präses ihm seine Übertretung so ernstlich als sanftmütig zu Gemüt führen und ihn ermahnen, ... durch Besserung und Abbitte mit Gott und seiner Gemeinde ... Versöhnung zu suchen" (11,25). Die Vermahnung soll „dahin gerichtet werden, daß der Schuldhafte selbst spüren und erkennen könne, wie alles aus brüderlicher aufrichtiger Liebe und treuer Wohlmeinung zu seiner Besserung geschehe" (11,26). Geht der Betroffene darauf ein, bekennt er, bereut und gelobt er Besserung, so „soll das Presbyterium mit einem solchen weiter nichts vornehmen, sondern im Namen des Herrn ihn hingehen lassen" (11,27). Wo aber die ganze Gemeinde „merklich geärgert ist", soll er angewiesen werden, „auch wenn er schon überzeugt und in seinem Herzen gerührt ist", sich mit der ganzen Gemeinde zu versöhnen (11,28). Im günstigsten Falle würde dann im nächsten Gottesdienst, noch ohne Namensnennung der Gemeinde angekündigt, er sei zur Versöhnung bereit, die Gemeinde solle es


Christliche
Kirchen-Gebete
und Handlungen/
Wie dieselbe nach Anweisung Christlicher Kirchen-
Ordnung der Grafschaft Lippe in dero sämptlichen
Evangelisch-Reformirten Gemeinen ge-
bräuchlich.
LEMGO/
Gedrukt bey Henrich Wilhelm Meyer/ 1686.

Die erste lippische reformierte Agende, die 1686, zwei Jahre nach der reformierten Kirchenordnung, herausgegeben wurde.



Johann Berthold Haccius, von 1694–1726 Pastor an St. Nicolai in Lemgo, war ein Sohn des Pastors Andreas Haccius aus Heuersen in der Grafschaft Schaumburg. Er hatte in Rinteln und Jena Theologie studiert. Haccius war seit 1690 Feldprediger bei dem Kurbrandenburgisch-Anhalt-Dessauischen Regiment gewesen, das er nach Holland, Flandern und Brabant begleitete. Im März 1694 war Haccius einem Ruf an die Kirche St. Nicolai in Lemgo gefolgt. „Er hatte eine tiefe Einsicht in die schönen Wissenschaften und die ihn gekannt haben, wissen nicht genug zu rühmen, wie beliebt er nicht nur bei seiner Gemeinde, sondern auch bei allen übrigen Einwohnern dieser Stadt, ja gar bei vielen Auswärtigen gewesen sei. Seine gründliche, ordentliche und blühende Beredtsamkeit kann man aus den noch vorhandenen Gedächtnisreden erkennen" (Puhstkuchen, Beyträge zu den Denkwürdigkeiten der Grafschaft Lippe", Lemgo 1769, S. 93).
In einem – hier wörtlich übernommenen – zeitgenössischen Nachruf war über Haccius zu lesen: „Von Führung seines Amts und bezeugung seiner Schuldigkeit gegen Gott und Menschen mag die Wahrheit und ein ohnpassionirt Gemühte den ausspruch thun, wenigstens hat Er bey seinen Zuhörern in und außer den ring-Mauern eine sonderliche liebe und Neigung überall erwecket, und als ein treufleißiger evangel. Prediger in Lehren, Vermahnen und Warnen, mit aller Demuth und Sanftmuht in Gedult, leiden und hoffen einen solchen Wandel geführet, daß man von Ihm wohl sagen kann die worte Pauli Philipper am 3. cap. v. 17-Folget mir, lieben Brüder, und sehet auf die, die also wandeln, wie Ihr uns habt zum Fürbilde, – Welches auch die vergossenen Trähnen seiner Zuhörer wegen seines unvermuhteten Hintritts sattsam bezeugen. Den Schluß und Ausgang seines Lebens und ambts betreffend, ist er bereits einige Jahre mit einer beschwerlichen und im Früh-Jahr sich meldenden Engbrüstigkeit incommodiret gewesen, wozu am abgestrichem Donnerstag, war der 28. Martii ein tödtliches Brustfieber Pleuritis maligna so heftig zugeschlagen, daß auch zweyer Beywesenden Doctorum Medicamente nicht das allergeringste Verfangen und anschlagen können, sondern die Krankheit solcher Gestalt zugenommen, daß Ihm dadurch am 2. April 1726 Morgens umb 8 Uhr der Lebensfaden abgeschnitten und das Band zwischen der mit Lammesblut benetzten und gereinigten Seelen und leibes aufgelöset und getrennt worden. Nachdem er überall 36, und bey dieser Gemeinde ins 32ste Jahr das Ampt eines evangelischen lehrers geführte und sein kurtzes leben auf 60 Jahr, 6 Monat, 4 Tage und 4 Stunden gebracht." Vgl. Die Pastoren der evangelisch-lutherischen Gemeinde St. Nicolai in Lemgo. Nachrichten über ihr Leben, ihr Wirken und ihre Familien und Vorfahren. Erforscht und zusammengetragen durch Albert Hettling, Pastor. (MS). – Das Gemälde befindet sich im Besitz der Kirchengemeinde St. Nicolai in Lemgo.

nun auch sein und ihn in die Fürbitte einschließen (11, 29).
Diese schon sehr weit gehenden Schritte genügen aber in der vierten Instanz nicht mehr. Der Ausschluß vom Abendmahl wird ausgesprochen und so lange aufrechterhalten, „bis er recht ernstliche Besserung nicht allein mit Worten verheißt, sondern mit der Tat erzeigt" (11, 31). Verhält er sich weiter unbeeinflußt und hart, so ist die Sache dem Superintendenten und dem Konsistorium vorzutragen, damit die Exkommunikation oder der Kirchenbann, evtl. mit öffentlicher Kirchenbuße, vollzogen werden können (Kapitel 12). Die Maßnahmen verschärfen sich immer mehr, je nach dem Verhalten des Betroffenen. Er wird vor das Konsistorium zitiert und läuft Gefahr, „authoritate Episcopi", also des Landesherrn, dem „letzten Grad der Kirchenzucht" zu begegnen. Zu den einschneidenden Folgen gehört hier, daß sein Name und seine Untat an vier aufeinanderfolgenden Sonntagen auf allen lippischen Kanzeln genannt und für seine Bußfertigkeit gebetet wird. Dem folgt im Falle der Wirkungslosigkeit die Exkommunikation, die auch in Lippe überall bekanntgemacht wird (12, 2). Niemand, außer seinen Familienangehörigen, darf mit ihm Kontakt haben, alle Veranstaltungen, außer dem Gottesdienstbesuch, sind ihm untersagt, „damit er veranlaßt werde, sich zu schämen und zum Bekenntnis seiner begangenen Sünden und des gegebenen Ärgernisses zu kommen" (12, 3). Vom

Prediger und Presbyterium soll er jedoch bei allen Gelegenheiten vermahnt werden, um ihn wiederum zu gewinnen (12,4).

Wenn nun der Betreffende sich bußfertig stellt, so soll dies zum Konsistorium berichtet werden und dieses „soll wohl forschen, ob und was für gewisse Anzeichen und Hoffnungen seiner Buße man haben könnte" (12,5). Mit der Absolution oder Wiederaufnahme, die ebenfalls überall in Lippe bekanntgegeben wird, soll aber so lange gewartet werden, bis er „genugsame Zeit gehabt, seine Bußfertigkeit mit wirklicher Besserung seines Lebens und Wandels zu bescheinigen und zu bewähren" (12,6). Kommt es dann endlich zur Absolution, also zur Aufhebung der Exkommunikation, so kann ihm erstmals das Abendmahl im Gottesdienst wieder gereicht werden, wenn alle anderen schon vorher kommuniziert haben (12,9,f).

Mit dieser Exkommunikation kann dann auch die öffentliche Kirchenbuße angeordnet werden, bei der der Büßende, vor der Gemeinde stehend, seine Schuld bekennen und seine Reue bezeugen muß. Die Untaten, bei denen so verfahren werden muß, werden in der Kirchenordnung in einem besonderen Katalog aufgeführt (12,9,a).

Beim Lesen nach 300 Jahren wird man über die sich steigernde Härte dieser Kirchenzuchtbestimmungen mit Recht betroffen sein, besonders auch deshalb, weil von diesem Ordnungsinstrument in unserer Zeit fast gar nichts übrig geblieben ist. Wir können aber heute nicht sagen, daß wir schon deshalb keine Kirchenzucht brauchen, weil die Veranlassung zu ihr mangels böser Verhaltensweisen nicht mehr gegeben ist. Noch vor 300 Jahren hat man versucht, mit den Bestimmungen unserer Kirchenordnung auf christliche Weise die Übeltäter zu ändern und bessere Zeiten herbeizuführen. Diese sind nicht mit weltlicher Strafgewalt gleichzusetzen, sondern ein gewollter Weg, den Geboten Gottes die Ehre zu geben, sei es auch mit Härte. Das muß anerkannt werden.

Von den Ausstrahlungen der Kirchenzucht ergriffen werden auch die Amtshandlungen, die der Prediger zu vollziehen hat: Taufe und Abendmahl, Ehe und Begräbnis. Sie wurden in der damaligen Zeit unter großer Ehrerbietung und mit viel Sorgfalt und Strenge gehandhabt.

Die Theologie der Taufe innerhalb der Kirchenordnung orientiert sich ganz am Heidelberger Katechismus, besonders der Frage 74. „Demnach auch die Taufe als ein göttliches Wahrzeichen und Siegel des Gnadenbundes Gottes in Christo, keinen anderen Kindern, denn der Bundesgenossen ... zukommt" (9,7), „daß des Kindes Seligkeit mitnichten an der äußerlichen Besprengung des Wassers sondern an der Kraft des Blutes und Geistes Christi sei gelegen" (9,5). Das wird aber fast nebenbei gesagt. Wesentlicher ist der Kirchenordnung der Hinweis darauf, daß nur ordentlich berufene Prediger taufen können (9,1) und nach dem Formular in der Agende (9,2). Die Taufen finden im Nachmittagsgottesdienst statt (9,22), die Gemeinde soll bleiben, bis die Taufe nach der Predigt vollzogen ist (9,3). Bei Lebensgefahr für


Die beste Reise
Eines Christlichen Kämpffers nach
dem himmlischen Orient.
Nach Anleitung der Worte in I. Timoth. VI. v. 12.
Bey hoch-ansehnlicher Leich-Bestattung
des Weyland
Hoch-Edlen/Hochgelahrten und Hocherfahrnen Herrn/
HERRN
ENGELBERT
KÆMPFERS,
weitberühmten Doctoris Medicinæ,
Hoch-Gräflich-Lippischen hoch-betraueten viel-jährigen
Leib-Medici,
und Erbsassen zum Steinhofe bey Lime ꝛc.
Als derselbe am 2 Novembr. des 1716 Jahrs in glaubigem Vertrauen auf das Verdienst Christi zum Steinhofe seligst verstorben/
Und darauf am 15 solches Monats/ Dominica 23. post Trinit.
dessen entseelter Leichnam in der Christ-Evangelischen Haupt-Kirchen
zu S. Nicolai in Lemgo
Christ-gebührlichst zur Ruhe in der Erden versetzet wurde:
Bey Volckreicher Christlichen Versamlung in einer Traur- und Gedächtniß-Predigt/ gelehret und angewiesen/
von
JOHANN. BERTHOLD. HACCIUS,
V. D. M. und Pastore daselbst.
Lemgo gedruckt
Bey Henrich Wilhelm Meyer/ Hoch-Gräfl. Lipp. Hof-Buchdrucker.

Leichenpredigt des Pastors Johann Berthold Haccius für den am 2. November 1716 in Lieme verstorbenen und am 15. November in der Nicolai-Kirche in Lemgo beigesetzten Engelbert Kämpfer, der als Arzt und Asienforscher Berühmtheit erlangt hatte. Engelbert Kämpfer war ein Sohn des Magisters Johannes Kemper (= Kämpfer), der von 1644–1675 Pastor an der Kirche St. Nicolai gewesen war. Die von Haccius gehaltene Leichenpredigt wurde 1716 in deutscher und englischer Sprache veröffentlicht.

das Kind kann im Beisein von zwei Presbytern zu Hause getauft werden (9, 5). Wehe aber den Eltern, die die Krankheit des Kindes vorgetäuscht haben! Sie werden samt der „Bademutter", die ein falsches Zeugnis gegeben hat, bestraft (9, 6). Der Kirchenzucht verfallen auch Kindertaufen im Zusammenhang mit Ehebruch (9, 8), uneheliche (9, 9) oder voreheliche Kinder (9, 10).

Der Vater des Kindes soll beim Prediger die Taufe bestellen, er soll auch selber bei der Taufe zugegen sein (9, 11). Nicht mehr als acht Tage sollen von der Geburt bis zur Taufe vergehen (9, 13). Für die Paten werden sehr weitreichende Bestimmungen erlassen. Wer mehr als drei Paten haben will, macht sich strafbar (9, 16). Die Paten sollen nicht unter Kirchendisziplin stehen (9, 19). „Die Prediger müssen das Volk vom rechten christlichen Gebrauch der Gevatterschaft wohl unterweisen, damit nicht (wie die Erfahrung mehr denn allzuviel lehrt, daß es von vielen geschieht) die Gevattern nur um Freundschaft, auch insonderheit um Geschenk und Gaben willen erbeten, und hierdurch mit der Hl. Taufe eine ganz schändliche Simonie und Gewinnsucht getrieben wird" (9, 20). Ein Satz, der für sich spricht! Schließlich werden noch die Feiern zur Taufe unter die Lupe genommen, da ist von „Gevattern-Mahlen übermäßig in Üppigkeit" die Rede (9, 21), werden „Gezech und Gesöffe" verboten, die „von den Weibern, die der Gebärerin in ihrer Not beiwohnen", veranstaltet werden oder wenn sie das Kind zur Taufe in die Kirche geleiten (9, 25). Statt dessen sollen die Taufgäste vorher in den Gottesdienst kommen und „geschickt sein, mit andächtigem Gebet die Barmherzigkeit Gottes über die Taufe des Kindes anzuflehen" (9, 25). Zuletzt werden Bestimmungen über die Hebammen oder Bademütter erlassen (9, 26). Die Mutter des Kindes soll, wenn sie ihren ersten Kirchgang hält, „ohne alle abergläubischen Zeremonien, auch ohne Niederknien vor dem Altar, zuvorderst der Güte Gottes für erwiesene Hilfe danken ... ihre Dankbarkeit auch mit einem christlichen Almosen für die Armen bezeugen" (9, 27).

Beim Hl. Abendmahl geht es nach den Worten der Kirchenordnung noch weniger als bei der Taufe um die theologische Grundlage, um die Gabe Gottes, mit der wir Tischgemeinschaft haben unter Brot und Wein, weil Christus der Gekreuzigte uns befreit hat und eint, sondern um den rechten Vollzug der Feier und seine Gefährdungen durch einen ungläubigen Lebenswandel. Ganz besonders aber wird über die Zulassung der Jugend zum Abendmahl gesprochen, über die Konfirmation.

Der „rechtmäßig berufene und ordinierte Prediger" allein darf die vier Vierteljahrsfeiern des Abendmahls bedienen und leiten (10, 1.2). Eine Vorbereitungspredigt soll am Tag vor der Kommunion, also an einem Samstag, gehalten werden (10, 5). Diese Vorbereitung ist nicht nur eine Einladung, zum Tisch des Herrn zu kommen, sondern auch eine Abmahnung an die, welche „in öffentlichen oder heimlichen Sünden wider besseres Wissen und Gewissen leben" (10, 4).

Nur wer in dem Vorbereitungsgottesdienst sich angemeldet hat, darf am folgenden Tage kommunizieren. Die Anmeldung geschieht in einem Umgang um den Abendmahlstisch „in guter Stille und Ordnung" (10, 8). Zwei Kirchenälteste sollen mit dem Prediger darauf achten, „ob auch jetzo jemand sich hätte angezeigt, welchem das Hl. Abendmahl zu reichen bedenklich fiele" (10, 10). Dabei soll auch auf die gesehen werden, „welche selten oder wohl fast gar nicht zum Abendmahl kommen" (10, 12). Kommunikanten, die unter 18 Jahre alt sind, sollen auf dem Chor erscheinen und sich prüfen lassen, „ob sie auch die Hauptstücke der christlichen Religion und die Lehre des Hl. Abendmahls noch im guten Gedächtnis und Verstand haben" (10, 13). Auswärtige müssen sich ausweisen, ob sie in ihrer Heimatgemeinde zugelassen sind und warum sie hier kommunizieren wollen (10, 14). Es könnte ja sein, daß sie mit ihrem Prediger in Streit leben und versuchen, anderswo „unterzuschleifen" und das Abendmahl so zu empfangen (10, 15).

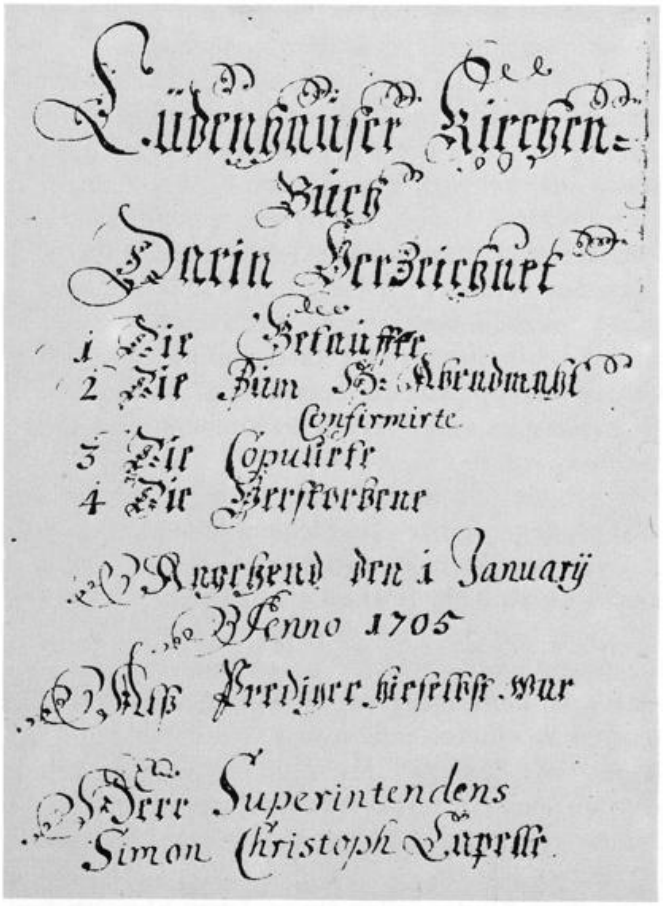
Zum Hl. Abendmahl kann nur kommen, wer „nach christlichem Kirchengebrauch sein Glaubensbekenntnis getan" hat (10, 17). Damit kommt in diesem Kapitel der Kirchenordnung die „Konfirmation der Katechumenen" zur Erörterung. Sie findet zweimal im Jahre statt, für die Kinder, die im Katechismus hinreichend unterwiesen sind und „der Jahre halber fähig", „zu würdiger Haltung dieses Hl. Sakraments sich selbst zu prüfen und nach vergangenem Examen und Konfirmation zugelassen zu werden" (10, 18.1). Der Prediger soll sie noch einige Wochen unterwei-

sen und sie an einem Sonntag nach der Predigt vor den Tisch treten lassen in der versammelten Gemeinde, die dabei sein soll, „dieser Heiligen Handlung mit ihrem Zeugnis und Gebet beizuwohnen" (10, 18.2). Dann erfolgt in Frage und Antwort das Examen, „ob Sie der Hauptstücke christlicher Lehre, besonders des Abendmahls richtigen genugsamen Verstand haben" (10, 18.3). Nach der abschließenden Frage, ob sie auch von Herzen glauben, und deren Bejahung wird über ihnen, die nun niederknien, gebetet und der Segen gesprochen. Die so Konfirmierten dürfen nun auch zum Vorbereitungsgottesdienst für das Abendmahl kommen (10, 18.6).

Abschließend wird noch einmal eine Liste derer zusammengestellt, welche nach ihren Sünden unter keinen Umständen zum Abendmahl zugelassen werden können (10, 21). Bei der Austeilung des Abendmahls schweigt die Orgel (10, 23). Gesungen werden bei der Feier Psalmen oder Lieder wie Luthers „Nun freut euch lieben Christen gemein" (EKG 239).

„Dieweil das Hl. Abendmahl eine Gemeinschaft der wahren Gläubigen ist ..., soll es keinem allein dargereicht werden" (10, 24). Nach diesem Grundsatz soll ein Krankenabendmahl nur von zwei oder drei gläubigen Personen empfangen werden. Einem „ruchlosen Menschen", der früher nie zum Abendmahl kam und wegen lasterhaftem Lebenswandel als Gesunder nicht zugelassen worden wäre, soll nun als Kranker auch nicht damit bedient werden, es sei denn, er hätte Buße getan (10, 27). Beim Krankenabendmahl ist auch darauf zu achten, ob der Erkrankte noch „bei gutem Verstand wäre". Sonst hat der Prediger mit der Darreichung des Hl. Abendmahls einzuhalten" (10, 28).

Das Kapitel 15 von der christlichen Ehe hat die längste Kapitelüberschrift: „Von christlicher Ehebeziehung, Proclamation der Verlobten, und derselben Einsegnung zum Ehestand, auch zugelassenen und verbotenen Graden der Eheverlöbnisse und Haltung der Hochzeitsmahle". Wer heiraten will und damit eintreten in den „heiligen, Gott wohlgefälligen Stand" (15, 1), „soll vor allem sich erinnern, Gott den Herrn als Stifter und Urheber des Ehestandes, der denen, die ihn fürchten, einen frommen Ehegatten zu bescheren verheißen hat, um Gnade und Segen anzurufen, daß er das Herz beiderseits lenken und regieren wolle, damit (das), was vorgenommen ist,



Seit Beginn des 17. Jahrhunderts war mit der Einführung von Kirchenbüchern begonnen worden, in denen die Pfarrer die Geburten in ihrer Gemeinde sowie die kirchlichen Amtshandlungen wie Taufe, Konfirmation und Eheschließung und die Todesfälle zu registrieren hatten. Das älteste in Lippe überlieferte Kirchenbuch stammt aus Lüdenhausen. Es beginnt mit dem Jahre 1611 und wurde von Pastor Gerlach Wolff (1611–1625) angelegt. Das hier abgebildete Titelblatt des Lüdenhauser Kirchenbuches weist als Datum den 1. Januar 1705 aus. Es war durch den hier seit 1704 amtierenden Pastor und Superintendenten Simon Christoph Capelle neu angelegt worden. (Die Kirchenbücher der lippischen Gemeinden befinden sich heute im Staatsarchiv Detmold, im Archiv der Lippischen Landeskirche und vereinzelt noch in den Kirchengemeinden.)

zu seines Namens Ehre und der Ehegatten zeitlichem und ewigem Heil wohl gedeihen möge" (15, 2). Dieser wohlangebrachte Satz, der in unserer Zeit unter Heiratswilligen eine neue größere Bedeutung finden sollte, ist in der Lebensart am Ende des 17. Jahrhunderts mit völlig anderen Vorstellungen verbunden als heute. Schlicht gesagt: damals wurden noch die Kinder von den Eltern oder Vormündern verheiratet. „Kein Kind soll ohne der (Eltern) Vorwissen und Ein-

willigung, oder auch ohne um Rat zu fragen bei seinen nächsten Blutsverwandten, mit jemand sich ehelich einlassen oder versprechen. Täte es solchem zuwider, soll solches nicht allein keine Kraft haben und als eine Kuppelei für ganz Null erkannt, sondern es sollen auch solche ungehorsamen Kinder ... anderen zum Exempel ... vom Presbyterio der Gemeinde ... kirchlich zensuriert werden" (15, 3). Sollten sie sogar „sich fleischlich vermischen, in der Meinung, hierauf ihre Winkelehe festzumachen, soll solche Leichtfertigkeit ... als eine Hurerei sowohl an dem Weibstück als der Mannsperson exemplariter bestraft, an beiden Personen aber vom Presbyterio Kirchenzensur geübt werden" (15, 4).

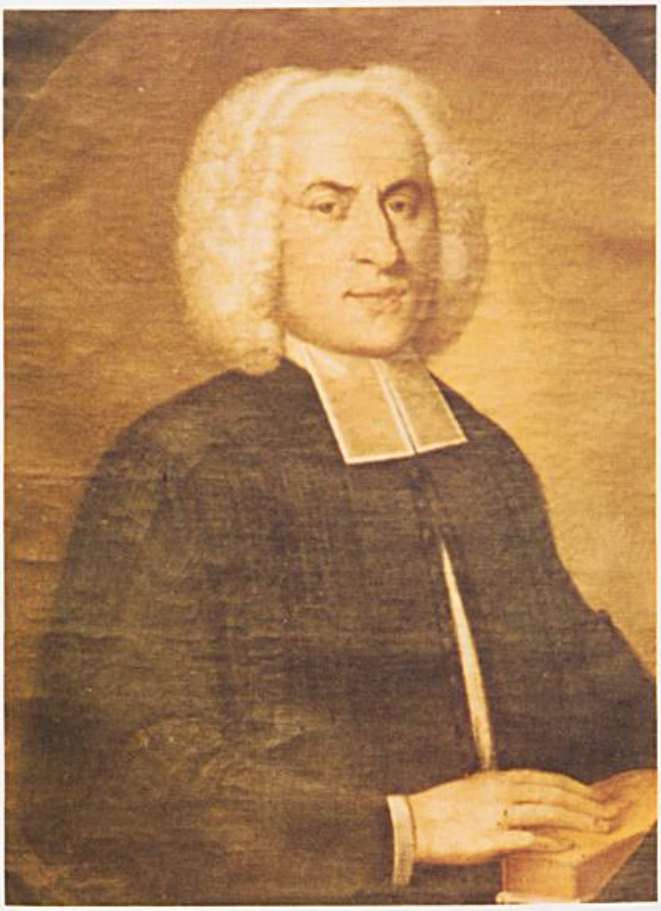
Der richtige und ungefährdete Weg zu heiraten beginnt dagegen bei den „ehrlichen Werbsleuten", welche von den Eltern beauftragt werden, die Möglichkeiten für eine Ehe ausfindig zu machen.

Bei einer beiderseitigen Begegnung soll die Ehe geschlossen werden. Die Prediger aber werden gewarnt vor der Einsegnung einer Ehe, mit der die Eltern nicht einverstanden sind. Im äußersten Falle könne ein Bescheid des Konsistoriums eingeholt werden (15, 7). Aber die Eltern sollen auch nicht ihre Kinder gegen deren Willen mit Drängen und anderen harten Mitteln zu einer Ehe nötigen. Bei Abneigung ihrer Kinder sollen sie von dem Ehevorhaben „abstehen", und nicht in ihrer Planung fortfahren, „in der Meinung und Hoffnung, es werde etwa hernach mit den jungen Leuten sich wohl schicken" (15, 8).

Der Weg zur guten und glücklichen Ehe führt vorbei an den 50 verbotenen Verwandtschaftsgraden, die nach „göttlichem und kaiserlichem Recht" beachtet werden müssen (15, 9). „Wo es (aber) mit einem Eheverlöbnis seine Richtigkeit hat ... soll von den Eltern ... ohne verlängertes Ausstellen der Hochzeitstag bestimmt werden, auf daß dem Satan und bösen Leuten kein Raum gegeben werde etwas Unrichtiges dazwischen einzustreuen" (15, 14). Die Eltern sollen auch „ihre eheverlobten Kinder sonderlich in Acht nehmen, zu Hause behalten, zu allem Guten vermahnen ... damit nicht durch ungebührliches Hin- und Widerlaufen, insonderheit bei nächtlicher Zeit, ein böser Nachklang, Verdacht und Widerwille erwachse" (15, 15). Die Eheverlobten gehen nun zum Prediger zum Traugespräch und werden an drei Sonntagen in Folge von der Kanzel proclamiert (15, 16). Sie sollen, wenn keine Ehehindernisse mehr bekannt werden, spätestens 14 Tage nach der letzten Proclamation zusammengegeben und eingesegnet werden (15, 25). Sonntagshochzeiten sind bei Strafe nach der Polizeiordnung von 1620 verboten (15, 29). Der Kirchgang zur Trauung soll „in aller Stille und Ehrbarkeit" gegangen werden, „ohne einig Unwesen oder Getümmel" (15, 30), die Hochzeitsmahlzeiten sollen nicht überladen sein und nicht ausarten (15, 31). Musik bei der Hochzeitsfeier ist zulässig, verboten aber „leichtfertiges Hüppeln oder unkeusches Getänz und das Spiel üppiger Lieder" (15, 32). Bei diesen Ehebestimmungen muß mit Recht gefragt werden, ob die Kirchenordnung nicht zur Ersatzordnung für staatliche Belange geworden ist. Biblisch-theologische Grundanschauungen treten kaum in ihr hervor und hätten breiteren Raum verdient.

Die Beerdigungen werden in der Kirchenordnung recht nüchtern besprochen und geregelt. In einer Vorfeier im Trauerhause unter Beteiligung der Schulklassen versammeln sich Verwandte, Freunde und Nachbarn und begleiten den Toten gemeinsam auf den Friedhof zur letzten Ruhe. Anschließend gehen alle in die Kirche, wo der Pfarrer die Leichenrede hält und jeder Teilnehmer seine Gabe in eine Kollekte für die Armen einlegen soll. Das ist im Wesentlichen bis in unsere Zeit hinein so gehalten worden.

Aber auch hier, wo es um die Bestattung geht, fehlt die Kirchenzucht nicht. „Jeder Christ soll sich schuldig erkennen, seinen verstorbenen Freund und Nachbarn zum Grab helfen zu begleiten, ... wer aber so storrig und unbescheiden wäre, daß er wegen eines alten Grolls oder anderer liederlichen Ursachen seinem verstorbenen Nächsten diesen Christlichen Dienst weigerte, derselbe soll ad presbyterium gefordert und zu seiner Gebühr angewiesen werden" (17, 5). Deutlicher noch wird über die verfügt, „die bei ihren Lebzeiten sich in ihrem Wandel nicht als Christen erzeiget, sondern in öffentlich lasterhaftem Wesen, schnöder Versäumung von Gottesdiensten und der Hl. Sakramente dahingelebt, und darin bis an ihr Ende unbußfertig verharret, solle nicht gleich anderen, sondern ohne Glockengeläut und Gesang, ohne Leichenpredigt an einem besonderen Ort des Kirchhofs begraben werden" (17, 18). – Dazu kann nur rückblickend festgestellt werden, daß alle Kir-



Magister Johann Anton Haccius, geb. am 23. 6. 1695 in Lemgo als Sohn des Pastors Johann Berthold Haccius. Über Haccius urteilte Pastor Puhstkuchen in seiner lippischen Kirchengeschichte von 1769: „Sein durchdringender Verstand und feuriger Witz unterstützeten seinen Fleiß in Erlernung der Sprachen und Wissenschaften auf dem hiesigen Gymnasium dergestalt, daß er nicht nur hier in griechischer und hebräischer Sprache öffentliche Reden halten, sondern auch 1713 den 3. Nov. die hohe Schule zu Jena mit Vortheil beziehen konte. Von hier ging er in den theologischen und philosophischen Wissenschaften und morgenländischen Sprachen fest gegründet 1716 den 7. Oct. auf die Universität zu Halle, wo er sich vornemlich auf die Auslegung der heiligen Schrift legte, und 1717 den 10. Sept. die Magisterwürde erhielte. Den 8. Oct. dieses Jahrs besuchte er auch die hohe Schule zu Helmstädt, wo er das folgende Jahr sein academisches Leben beschloß und nach seiner Heimath kehrete. Als er nicht nur hier, sondern auch im Ravensbergischen und Mindischen seine außerordentliche Beredtsamkeit gezeiget hatte, wurde er bei dem Königl. Preußischen Infanterieregiment zu Bielefeld zum Feldprediger bestellet, von dannen er 1726 den 21. Mai an die Stelle seines verstorbenen Vaters wieder gewählet worden, und sein Amt den 24. Jun. angetreten hat. Mit welchem Segen er demselben vorgestanden, und in welches Ansehen er sich gesetzet, ist noch jedermann in frischem Andenken. Er erhielte auch 1744 das Seniorat; seine Schwachheit aber verkündigte ihm von ferne den Tod, welcher 1745 den 25. Aug. Abends um 6 Uhr erfolgete."



Sophie Elisabeth Benzler, Ehefrau des Pastors Johann Anton Haccius. Sie stammte aus Lemgo, wo sie am 30. 9. 1716 als Tochter des Kaufmanns Dietrich Benzler und seiner Frau Anna Hedwig Topp geboren wurde. Sophie Elisabeth Haccius starb am 30. 10. 1742, fünfzehn Tage nach der Geburt ihres vierten Kindes, im Alter von 25 Jahren. (Nach einem Ölgemälde aus dem Besitz der Familie Heldman, Detmold.)

chenzucht an der Todesgrenze ein Ende haben muß. Das Kapitel 23 vereinigt in herzlicher und gewinnender Formulierung der einzelnen Bestimmungen den Gottesdienst und die Sonntagsheiligung so, daß der Versammlung im Gotteshause das Schwergewicht zukommt, und die richtige Art, wie man sonst an diesem Tage leben soll, ergänzend hinzugegeben wird. „Nach der Regel des heiligen Wortes Gottes und mit wahrer Herzensandacht" (23, 1) soll der Gottesdienst gefeiert werden. Die hohen christlichen Festtage, in einer Liste zusammengestellt (23, 3), sollen diesem Ziel ebenso dienen, wie „die in den Kirchen dieser Grafschaft wohlhergebrachten Buß-, Fast- und Bettage". Sehr genau wird unterschieden,

wann und zu welchen Tageszeiten notwendige Arbeit erlaubt ist. Sogar die Anzahl der Gottesdienste wird dazu, je nach Stadt oder Land, genau festgelegt. An den Sonntagen und hohen Festtagen war die Arbeit ganz untersagt, an den weniger bedeutenden Festen und den Buß-, Fast- und Bettagen nur während der gottesdienstlichen Zeit (23, 3c).

Weitere strenge Bestimmungen gelten für Jahrmärkte und Kirchmessen (23, 5), „Commedien-Spieler, Gaukler, Schwert- und Bügeltänzer, Sternträger, Quacksalber, Zahnbrecher, Puppenspieler, Glückskrämer und dergleichen loses Gesindel und Leutebetrüger". Sie hatten an Sonn- und hohen Feiertagen kein Auftrittsrecht. Den „Krügen und Zechhäusern" wurde bei Strafe der Ausschank zur Gottesdienstzeit ganz untersagt, nachher nur in geringen Ausnahmen zugelassen (23, 6). Reiten, Reisen und Spazierengehen fielen unter das gleiche Verdikt, es sei denn, jemand habe „gefährlich kranke Freunde zu besuchen, Gevatterschaften abzustatten, unumgänglichen Herrschaftsgeschäften (also direkt im Dienste des Landesherrn) obzuliegen und dergleichen Liebe und Notwerke zu verrichten". Er sollte es aber vorher „seinem Pastori oder einem Kirchenältesten bekanntmachen, damit er desto eher entschuldigt werden könnte" (23, 7). Zur Gottesdienstzeit sollen die Stadtpforten und Tore geschlossen bleiben, damit niemand aus der Stadt herauskönne (23, 10). Die im Lande wohnenden Juden sollten den Feiertag ebenso halten, wie die, „so zwar zu der Reformierten Religion sich nicht bekennen", also Lutheraner und Katholiken ausdrücklich genannt werden. Sie hätten wohl das Recht, „das Abendmahl bei ihren Glaubensgenossen zu gebrauchen", genössen auch sonst Gewissensfreiheit, sollten aber in ihrer Weise sich nicht vom Gottesdienst absentieren und dadurch die Gemeinde trennen und ärgern (23, 11). Jeder, der nicht unbedingt der Kranken oder Kinder wegen zu Hause zu sein hatte, müsse zur Kirche gehen. Darüber wird gewacht (23, 12).

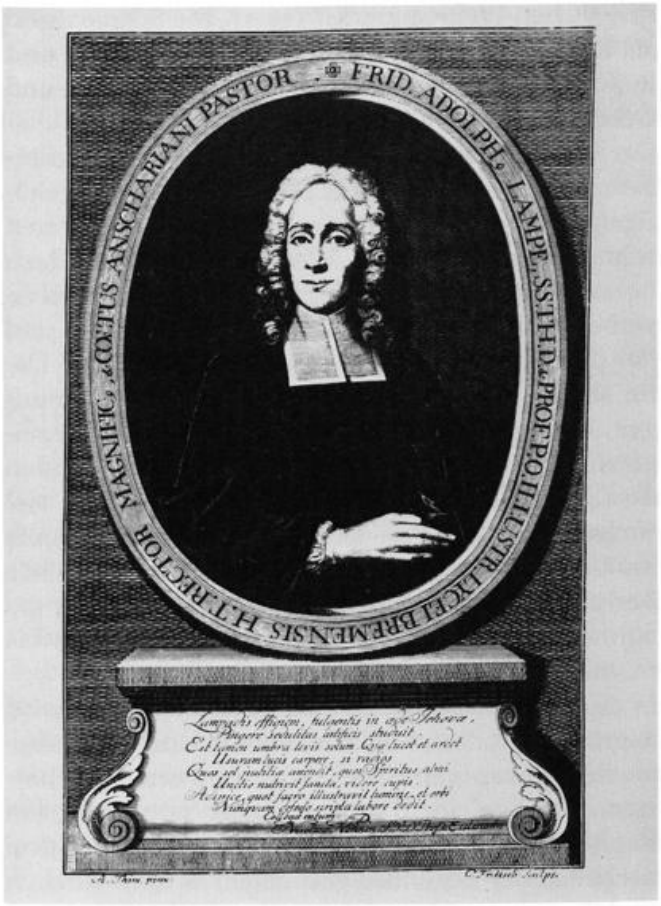
Eine ganze Reihe von Vorschriften liturgischer Art zum Gottesdienst, bei denen besonders die vorgeschlagenen Choräle interessieren, weil sie sich fast alle bis in unsere Zeit erhalten haben, leiten über zu Bemerkungen des Wohlverhaltens im gottesdienstlichen Raum. Der Ruhe, Stille und Einkehr draußen soll die Sammlung und Erbauung im Gotteshaus entsprechen. Das „stille Gebet mit tiefer Herzensandacht" wenn man seinen Platz gefunden hat, wird ebenso erwähnt wie die entsprechende Verhaltensweise beim Beten, Hören der Predigt und Warten bei der Austeilung des Abendmahls. Es wird sogar zu einer stillen inneren Freude ermutigt „seine Seele zu Gott zu erheben, ... das Wort Gottes ... in einem feinen und guten Herzen zu bewahren", es „mit Glauben und Gehorsam zu vermengen ... nach Gottes Wohlgefallen zu seinem Preis" (23, 16).

Es ist erfreulich zu lesen, wie wenig häufig in diesem Kapitel die Anordnungen sind, die auf Kirchenzucht hindeuten und wie große und hilfreiche Erwartungen an den Gottesdienst gestellt werden. Daß im Kapitel 26, das von den Aufgaben der Superintendenten und von der Kirchenvisitation handelt, um so mehr in Richtung auf eine strenge kontrollierende Zuchtordnung gesprochen wird, liegt auf der Hand. Man könnte hier fast von Kirchenzucht über Kirchenzucht reden, so lang sind in diesem umfangreichsten Kapitel der Kirchenordnung die eingehend ausgearbeiteten Fragenkataloge für den alle Ordnung überprüfenden Superintendenten. Man meinte damals, daß dies zum Wohlbestand der Kirche und ihres Lebens notwendig wäre. Einzelheiten sollen hier nicht gegeben werden.

So steht die Kirchenzucht mit ihrer hilfreich-überzeugungswilligen Grundhaltung und gleichzeitig unelastischen Strenge doch weithin wie ein starrer Block in der Kirchenordnung von 1684. Sie war so nur möglich in einer Zeit, in der übergeordnete Mächte wie Gott, Staat und Kirche, diskussions- und kritiklos anerkannt wurden. Sie hielt, auch wenn sie helfen wollte, die von ihr Betroffenen in engen Grenzen und hinderte sie daran, sich in die Breite und Weite der Verantwortung zu entfalten.

Zu erwähnen bleiben nun noch die Kapitel in der Kirchenordnung, die sich mit Arbeits- und Verwaltungsproblemen zu beschäftigen haben:

Kapitel 13, Niedere Schulen in Stadt und Land,
Kapitel 14, Provinzialschule in Detmold, andere Lateinschulen,
Kapitel 18, Unterhalt der Prediger,
Kapitel 19, Verwaltung der Kirchenbücher,
Kapitel 20, Verwaltung der Armengüter,
Kapitel 21, Dienst des Küsters,
Kapitel 22, Dienst des Organisten.



Friedrich Adolph Lampe. Er wurde am 19. 2. 1683 in Detmold als Sohn des Pastors Heinrich Lampe (1676–1685), von 1686–1690 Hofprediger in Königsberg, geboren. Seine Mutter war die Tochter des lippischen Generalsuperintendenten Zeller, der die lippische Kirchenordnung von 1684 verfaßt hatte. Die Familie Lampe war seit dem 16. Jahrhundert als Kaufmannsfamilie in Bremen ansässig gewesen.
Friedrich Adolph Lampe hatte in Bremen und Franerker (Holland) Theologie studiert und dann die Universitätslaufbahn eingeschlagen. 1720 wurde Lampe Professor der Theologie in Utrecht. Durch seine zahlreichen theologischen Schriften gewann Lampe im 18. Jahrhundert einen bedeutenden Ruf. Nach seinem Tode (1729) war es an holländischen Universitäten Sitte geworden, daß von drei Professoren der Theologie einer ein „Lampeaner" sein mußte.


D. Friederich Adolph Lampens
in seinem Leben gewesenen Lehrers auf dem Gymnasio
und Predigers bey der S. Angarii Gemeine
in Bremen
Betrachtungen
über die ganze
Leydensgeschichte
JEsu Christi
nach
allen vier Evangelisten
Erster Theil.
LANDESBIBLIOTHEK · ZU DETMOLD
LEMGO, gedruckt
bey sel. Joh. Heinr. Meyers Wittwe.
1756.

Eines der Hauptwerke Lampes waren die „Betrachtungen über die ganze Leidensgeschichte Jesu Christi nach allen vier Evangelisten", ein zweibändiges Werk, das der Elbrinxer Pastor Hermann Adolf Capelle im Jahre 1756 in Lemgo herausgegeben hatte. Capelle war während seines Studiums an holländischen Universitäten mit der Theologie Lampes in Berührung gekommen.

Diese Kapitel sind so gestaltet, daß in ihnen am wenigsten bewußt kirchliche Angelegenheiten zur Sprache kommen. Sie geben einen guten Einblick in den damaligen Stand der Verwaltung in Lippe und können in diesem Zusammenhang am besten dargestellt und beurteilt werden. Das ist auch schon früher geschehen. Es zeigt sich hier, daß die Lippische Kirche z. Zt. der Entstehung der Kirchenordnung alles andere als eine freie und selbständige Größe war. Sie unterstand, wie andere Verwaltungszweige, dem Landesherrn und seinen Fachleuten. Der Landesherr aber hatte in Treuepflicht für den Unterhalt seiner Diener, auch der Kirchendiener, zu sorgen. Das hat er auch in der Kirchenordnung von 1684 zum Ausdruck bringen lassen: „Dieweil ein Arbeiter seines Lohnes wert ist und der Herr verordnet hat, daß, die das Evangelium verkündigen, sich vom Evangelio nähren, daher eine christliche Landes-Herrschaft und Obrigkeit sich billig verpflichtet achtet, väterliche Obsorge zu tragen, daß es treuen gottseligen Predigern an nötigem gebührlichem Lebensunterhalt für ihre Personen und Weib und Kindern nicht ermangelt" (18, 1).



Neue
Bät-Bibel
Darin
Auf ein jedes Capitel der ganzen
H. Schrift, ein beſonder Gebät kurz, und
alſo, daß zugleich eines jeden Capitels
Rechter Verſtand,
Fürnehmſte Lehren
und
Heylſahmer Gebrauch,
Den Einfältigen gezeiget, und zur Seelen
Erbauung gute Anleitung gegeben
wird,
Abgefaſſet und dem Druck übergeben, durch
CONRADUS SUSTMANNUS,
Weyland geweſenen Superintendens der Grafſchaft
Lippe.
Mein Herz hält dir für dein Wort: Ihr ſollt mein
Antlitz ſuchen. Darum ſuche ich auch, HErr,
dein Antlitz. Pſal. XXII. 8.
LEMGO,
Zu finden bey Johann Heinrich Meyer,
Hoch-Gräfl. Lippiſ. Hof-Buchdrucker. 1740.

Verfasser dieser Betbibel, die zu jedem Kapitel der Heiligen Schrift ein bezügliches Gebet enthielt, war Conrad Sustmann, von 1651–1677 lippischer Generalsuperintendent. Die Betbibel wurde im Jahre 1740 und dann noch einmal 1863 durch den christlichen Verein im nördlichen Deutschland neu herausgegeben. Sustmann hatte im Jahre 1670 bereits mit den Vorarbeiten zu der 1684 erschienenen lippischen Kirchenordnung begonnen.

Das gilt auch für den Küster, der ein fleißiger Helfer seines Predigers sein soll (21, 1), und für den Organisten, auch wenn er sich sagen lassen muß, daß „die Orgel und andere musikalischen Instrumente und deren Gespiel kein Stück des christlichen Gottesdienstes sind" (22, 1).

Dem „Schulmeister" wird, weil er hauptamtlich seinen Dienst tut, ein höherer Rang zugewiesen und seine Tätigkeit gewinnt in der Kirchenordnung größere Bedeutung in der Gemeinde. „Nächst treuer Bedienung des Predigtamtes und richtiger Übung der Kirchenzucht ist nichts zum Bau der Kirchen Gottes und Aufnehmen des Reiches Christi nötiger und nützlicher, denn wohlbestellte Schulen ... als ein Pflanzgarten der Kirche Gottes und (all)gemeinen christlichen Weltregiments" (13, 1). Die Schulen sind als Kirchspielsschulen dem Prediger unterstellt und in ihrem Lehrbetrieb eng an Bibel, Katechismus und Gebet ausgerichtet (13, 2, 4–6).

Der Unterhalt der kirchlichen Diener aller Art gründete sich auf die verliehene Pfründe mit den zugehörigen Rechten und Pflichten. Die Pfründen waren sehr unterschiedlich im Wert und forderten dazu heraus, sich, wenn möglich, durch Stellenwechsel zu verbessern. Sie mußten vom Inhaber verwaltet und der jährlichen Rechenschaft zugeführt werden. Dafür stehen in der Kirchenordnung viele Bestimmungen, ebenso für die Verwaltung des Kirchenvermögens und des Armenvermögens. Hierbei standen dem Prediger die Dechen zur Seite, von denen viel Sachverstand zur Verwaltung und viel Herzensgüte im Umgang mit Bedürftigen erwartet wurde. Viele Einzelheiten der hierzu in der Kirchenordnung genannten Verwaltungsbestimmungen haben sich bis in unsere Zeit hinein erhalten.

In dem Publikationsschreiben ganz am Schluß wird angeordnet, „damit die Kirchen-Ordnung zu jedermanns Wissen gelange, soll sie in ihren vornehmsten, dem gemeinen Volk zu wissen notwendigsten Kapiteln alle Jahre auf einem oder zwei oder drei nacheinander folgenden Sonntagen in allen Kirchen und Gemeinden abgelesen werden, auf daß niemand in der Unwissenheit sich zu entschuldigen habe".

Das hatte sie schon wegen des umsichtigen Fleißes der Verfasser verdient, mehr aber noch wegen ihres gewichtigen Inhaltes. Wie lange dieses wohl wirklich geschehen ist? August von Cölln weist in seiner genannten Schrift auf Seite 34 auf die Klagen hin, die bald genug erfolgten, weil sich beispielsweise die Predigerkonvente nicht lange gehalten haben. Nach 1714 sind sie nicht mehr nachweisbar. Er meint auch, daß „manche Formen der Kirchenzucht und öffentlichen Kirchenbuße ... niemals in Übung gekommen sind".

Dennoch gilt, daß die Kirchenordnung von 1684 nie außer Kraft gesetzt worden ist und dies auch heute nicht geschehen müßte, weil dem aufmerksamen Leser die zeugende und ermutigende Kraft der unmittelbar mit der Bibel in Zusammenhang stehenden Aussagen und Bestimmungen in jedes neue Programm und jede neue Ordnung unserer heutigen Kirche übertragenswert sind.

Das Zeitalter des Absolutismus und der Aufklärung

Von Volker Wehrmann

Allgemeine Grundlagen

Die Aufklärung war ein europäisches Ereignis, wie kaum eine andere gehört sie zu den großen impulsgeladenen Bewegungen der Neuzeit. Gegenbewegungen haben sie wohl hemmen, aber nie auslöschen können. Sie hat ihre Höhen und Tiefen gehabt, hat ihre Stadien durchlaufen. Alle Bereiche des gesellschaftlich-geistigen Seins hat sie erfaßt: die Philosophie, die Theologie, die Literatur, die Erziehung, die Staatslehre wie die Staatspolitik und auch die Ökonomie. Sie hat die geschichtsbildenden Emanzipationsbewegungen gesteuert und in ihren letzten Ergebnissen die Welt verändert, die große wie die kleine Welt.

Das 18. Jahrhundert, in dem sich die Aufklärung zu ihrer Blüte entfaltete, war ein Jahrhundert der Philosophen. Nicht, weil in diesem Zeitalter besonders eindringliche Systeme geschaffen wurden; philosophisch war die Zeit deshalb, weil sie alle Zweige des Wissens und der Anschauung philosophisch durchtränkte und zu lösen versuchte. Philosophisch abgesteckt wurde das Zeitalter der Aufklärung durch Leibniz (1646–1716) und Kant (1724–1804). Zwischen beiden stand Christian Wolff (1679–1754), der das Aufklärungsdenken zu einem philosophischen System verdichtet hat. Kant bereitete der Aufklärung philosophisch ihr Ende, doch die Gedanken der Aufklärung blieben noch Jahrzehnte über Kant hinaus in den verschiedensten Lebensbereichen in Geltung, wie beispielsweise in der Theologie und Pädagogik. Die Aufklärung hatte nach 1800 allerdings den Charakter einer einheitlichen Kulturrichtung verloren.

Die Bedeutung eines Zeitalters erhellt aus seiner Leistung und Wirkung: Das gilt auch für die Aufklärung. Sie hat mit ihrer neuen Denkweise zu der geistigen Auflösung überlieferter Grundpositionen beigetragen und mit einer Fülle neuer Ideen neue Wege gewiesen. Spezifische Kennzeichen der Aufklärungsepoche waren die Reformfreudigkeit und der frohe Glaube, es werde sich dadurch alles nur zum Besseren wenden.

Das Bemühen der Aufklärung um eine rationale Welterklärung führte im Bereich der Politik zu einer neuen Beurteilung von Staat und Gesellschaft. Die Aufklärer betrachteten den Staat – formelhaft ausgedrückt – als eine Anstalt, durch die das größte Glück des Menschen gefördert und gesichert, „das größte Glück der größtmöglichen Zahl" verwirklicht werden sollte. Das spezifisch Neue war dabei nicht das individuelle Glücksstreben an sich, das es zu allen Zeiten gegeben hat, sondern daß das natürliche und menschliche Glücksverlangen nun als ein Rechtsanspruch auftrat, den der einzelne Mensch zu stellen hatte, der hier und jetzt, auf dieser Erde und in dieser Zeit verwirklicht werden sollte. Das war die aus der Naturrechtslehre abgeleitete Forderung, die die Aufklärer an den Staat und seine Regierungen gestellt hatten.

Vom Staatszweck und der Bestimmung des Fürstenamtes entwarf der lippische Regierungskanzler Hoffmann in den siebziger Jahren des 18. Jahrhunderts ein Bild, das in allen seinen spezifischen Konturen der naturrechtlichen Vertragstheorie entsprach: *„Der Mensch konnte im Naturzustande nicht bleiben, nicht sich die Freiheit erhalten, ganz allein nach seiner Willkür zu handeln. Schon konnte er das nicht mehr, sobald er in eine Familiengesellschaft kam. Auch hier mußten schon Rechte und vollkommene Pflichten beachtet werden: das mußte der Gatte gegen seine Gattin, diese gegen jenen,*



Johann Konrad Stein, von 1719–1747 lutherischer Pastor und Hofprediger in Detmold. Er wurde am 6. 3. 1693 in Erbenheim bei Idstein geboren und hatte in Halle Theologie studiert. Prinzessin Johannetta Wilhelmina von Nassau-Idstein, die am 6. 10. 1719 mit Simon Henrich Adoph, dem Regierenden Grafen zur Lippe in Biebrich bei Wiesbaden vermählt wurde, hatte Stein mit nach Detmold gebracht. Stein war der erste Pastor, der 1721 in Detmold „auf dem Schulauditorio" öffentliche Stadtgottesdienste abhielt und der damit den Grundstein für die lutherische Gemeinde in Detmold legte. Am 1. 10. 1741 fand durch Hofprediger Stein die feierliche Einweihung der in der Schülerstraße in Detmold errichteten lutherischen Kirche statt.
Stein wurde nur 54 Jahre alt. Als er starb, schrieb sein Amtsnachfolger, Hofprediger Ernst August Althof, in das Kirchenbuch: „Den 4. September 1747 starb seelig der erste Prediger dieser Gemeinde, Herr Hofprediger Johann Konradt Stein, im 55sten Jahre an einer Art von Auszehrung. Er wurde erst am 16. in unserer Kirche des Abends beigesetzt, und zwar unterm Altar, nachdem ihm der Herr Subkonrektor Brokhausen von Lemgo die Standrede im Sterbehaus gehalten hatte. Am Sonntage darauf hielt ihm der Herr Pastor Schrader die Leichpredigt, wobei auch Personalien abgelesen wurden. – Sein Andenken bleibt bei hoher Herrschaft und beiden Gemeinen seiner ungeheuchelten Frömmigkeit und großen Amtstreue wegen billig im Segen." Vgl. Walter Engelbert, 250 Jahre Evangelisch-lutherische Gemeinde in Detmold 1721–1971, Detmold o. J., S. 41. – Das Gemälde befindet sich im Besitz der lutherischen Kirchengemeinde in der Schülerstraße in Detmold.

das mußten Eltern gegen ihre Kinder etc ... Und schon hier mußte die Einheit des Willens und der Kräfte auf das gemeinschaftliche Familienwohl gerichtet werden, es mußte ein Haupt sein, das es tat. Noch mehr wurde dies nötig beim Zustandekommen vieler Familien, noch mehr bei der Vermehrung und Vergrößerung bis zur zusammenwohnenden zahlreichen Gesellschaft ... Verschiedene Vorstellungen, Neigungen, Fähigkeiten und Grundsätze, Verschiedenheit der Bedürfnisse und des Interesses erzeugten Wollen und Handeln im Widerspruch mit Pflichten und Rechten, und dabei konnte das Glück aller und eines jeden nicht sicher sein ... Daß das so sei, dafür war Einheit des Willens und der Kräfte, Richtung aller auf das Gemeinwohl, ein Haupt, eine Obergewalt nötig, die sie beförderte und erhielt. Mochte dieser Obergewalt Form gegeben werden, welche man wollte, wenn sie nur den Zweck, die allgemeine Wohlfahrt, beförderte, ihn allein zum Ziel hatte ... Doch lehren Vernunft und Erfahrung, daß die Alleinherrschaft die beste sei. Einer allein kann die Einheit des Willens und der Kräfte für das allgemeine Gesellschaftswohl am besten befördern und erhalten. Alles, was dazu erfordert wird, am geschwindesten und genauesten zur Ausführung bringen. Nur in ihm ist einziges Interesse das Wohl des Ganzen, dessen Erzielung sein eigenes Glück. Und so beweist sich auch aus der Erfahrung die vorzügliche Güte der Alleinherrschaft dadurch, daß große Völker, nachdem sie andere Regierungsformen durchgegangen haben, immer auf die monarchische Regierung hinkamen ... Nur freilich muß dem Alleinherrscher der allgemeine Wille heilig sein, dieser nie mit jenem in widrige Kollision kommen, nie ihn unterdrücken. Bestes Mittel dagegen ist die Grundbestimmung und Verfassung, daß die gesetzgebende und vollziehende Macht voneinander getrennt werde. Und keinem guten Alleinregenten kann diese Einschränkung widrig sein, da ihm allgemeiner Wille heilig, nur der ihm, wie er es muß, Norm für sein Regieren sein."

Wie diese Stellungnahme zeigt, galt die absolutistische Herrschaftsform als gegeben, sowohl in der Praxis wie in der Theorie. Doch das Gesetz „Salus populi suprema lex esto" stellte den Souverän in die Verantwortung, sein politisches Denken und Handeln ausschließlich an der „Beförderung des allgemeinen Besten" auszurichten. Die Sorge für das geistige, geistliche und materielle Wohl der Bürger war die hohe Verpflichtung, die die Staatstheorie der Aufklärung dem Regenten auferlegt hatte. Diese neue Auffassung vom Staat und Fürstenamt kennzeichnete der

lippische Hofgerichtsassessor Sterzenbach im Jahre 1803 treffend mit den Worten: *„In demselben Verhältnis, wie der Vater gegen seine Kinder, erscheint auch der Beherrscher eines Landes gegen seine Untertanen. Er ist deren Vater, das Haupt der großen Familie, welche man einen Staat nennt, der die dauernde Glückseligkeit sowohl in sittlicher als in alledem, was zum sinnlichen Bedürfnis gehört, als den Zweck seines Daseins, seiner Wirksamkeit ansieht ... Dem guten, edlen Regenten, dem Vater seiner Untertanen, liegen also keine Wünsche so nahe, keine Bemühungen sind ihm ernstlicher, als sein Volk dieser wahren Glückseligkeit möglichst entgegenzuleiten, dadurch, daß er außer der Aufklärung des Verstandes die Gesinnung und Denkungsart seines Volkes durch Erziehungs- und Bildungsanstalten zu veredeln sucht"* (vgl. Beiträge zur Beförderung der Volksbildung, hrsg. von L. F. A. v. Cölln, 2. Heft, Frankfurt 1803, S. 62).

So stand das Humanitätsideal der Beglückung und Aufklärung als Leitmotiv über dem 18. Jahrhundert. „Trieb der Glückseligkeit" sei „der allgemeine Grundtrieb der menschlichen Natur" und die Quelle, „woraus alle unsere Handlungen herfließen", so wurde im Lippischen Intelligenzblatt von 1773 verkündet. Die These der Aufklärer lautete hier: Da alle Menschen nach Glück streben, kann der einzelne sein Interesse nur befriedigen, wenn er fremdes Glück miterstrebt. Von dieser Überzeugung aus argumentierte der Kanzler Hoffmann folgerichtig: „Ohne das Glück des Landes genießet der Regent selbst keines." In der Vorstellungswelt der Aufklärer verbanden sich Aufklärerisch-Naturrechtliches und eine Erwartung irdischer Vollkommenheit zu einer Idee: der Bestimmung des Menschen zur Glückseligkeit.

Es konnte nicht ohne Folgen bleiben, wenn sich das Bild des Herrschers zum Bild des wohlwollenden, aufgeklärten Amtsträgers, Verwalters und Treuhänders des Staates wandelte, obwohl er zunächst noch keine institutionelle Beschränkung seiner praktischen Machtvollkommenheit erfuhr. Und es konnte auch nicht folgenlos bleiben, daß öffentlich nicht nur über Fragen der individuellen, sondern der gesellschaftlichen Moral und der sozialen Ordnung, über das Wesen von Herrschaft, die Eigenschaften eines guten Fürsten und die Aufgaben der Staatsdiener, über Gerechtigkeit und Willkürherrschaft gesprochen und geschrieben wurde (vgl. Rudolf Vierhaus, Deutschland im Zeitalter des Absolutismus, 1648–1763, Göttingen 1978, S. 111).

Die aus der geistigen Bewegung der Aufklärung hervorgegangene naturrechtliche Staatstheorie hatte einen Prozeß in Gang gesetzt, der in der praktischen Politik grundlegende Wandlungen bewirkte: Es vollzog sich der Übergang vom reinen, unbekümmerten Absolutismus der Barockzeit zu einem humanitäraufgeklärten, verantwortungsbewußten Absolutismus. In ihm wurde die salus publica als Richtschnur des politischen Handelns über das „L'Etat c'est moi" gestellt. Der Landesherr wollte Mensch, kein Despot sein; er erhob das „allgemeine Beste", die allgemeine Wohlfahrt, zum Leitmotiv seiner Politik.

Diese neue Auffassung von Staat und Fürstenamt hatte sich in Lippe in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts im politischen Denken und in der Regierungspraxis durchgesetzt. Drei landesherrliche Persönlichkeiten stellten sich nach- und nebeneinander tatkräftig in den Dienst der Aufklärung: Graf Simon August (1747–1782), Gräfin Casimire (1769–1778) und die Fürstin Pauline (1796–1820). Sie haben den Geist der Aufklärung in das Land einströmen lassen und sich seinen Einflüssen und Wirkungen nicht widersetzt.

Damit aber sahen sich die Regierenden vor ein umfassendes Reformprogramm gestellt, denn die Kritik der Aufklärung mit ihrem zersetzenden Einfluß forderte energisch einen Bruch mit den geistigen Überlieferungen und den menschlichen Lebensgewohnheiten der Vergangenheit. Was die Aufklärung in gedanklicher Hinsicht in Bewegung brachte, kann hier nur kaleidoskopartig skizziert werden.

Die Aufklärung war – im Gegensatz zu der vorausgegangenen Zeit – eine ausgesprochene Gegnerin eines übermäßigen Aufwandes. So wurden Prunksucht und Verschwendung, wie sie an den Höfen der Barockzeit zu finden waren, streng getadelt. Die Mode wurde jetzt auf Zweckmäßigkeit und Natürlichkeit abgestellt. Vor allem erfuhr die Arbeit durch die Aufklärung eine höhere Wertigkeit. Höchste Pflichterfüllung im Beruf galt nunmehr als ein unbedingter Wert, als eine unerläßliche Voraussetzung zur Bewährung im persönlichen wie im öffentlichen Leben. Der Müßiggang und das Bettelwesen wurden energisch bekämpft und die Armenpflege neu geordnet. Eine besondere Beachtung und Förderung wurde der



Unterthänigstes Freuden-Opfer
Welches
Dem
Hochgebohrnen Grafen
und Herrn
HERRN
Simon August
Grafen und Edlen Herrn zur Lippe ꝛc.
In den Tagen Dero höchstbeglückten Wiederkunft in Ihre Erb-Lande
Unter dem imbrünstigsten Wunsche alles hohen Wolergehens und nächsten gesegneten Antritts
Dero
Ruhmvollen und Huldreichen
Regierung
Aus hertzinniglicher Freude mit tiefster Ehrfurcht bringet und zu Dero Füssen niederleget
Höchst Deroselben
unterthänigst getreuester Knecht
August Heinrich König
Evangelischer Prediger der Altstädter Kirche in Lemgo.
LEMGO, gedruckt mit Meyerischen Schriften. 1747.

Graf Simon August (geb. 1727) hatte seine Jugend in Lausanne am Genfer See verlebt (1737–1747), wo er unter Obhut seines Erziehers de la Pottrie im Geist der Aufklärung erzogen worden war. 1747 kehrte Simon August nach Detmold zurück, um – im Alter von 20 Jahren – die Regentschaft anzutreten. Der Lemgoer Pastor August Heinrich König brachte seine Freude über „dero höchstbeglückten Wiederkunft in Ihre Erb-Lande" in einer dem jungen Grafen gewidmeten Schrift zum Ausdruck.

Landwirtschaft zuteil, denn die Aufklärung war ausgesprochen bauernfreundlich. Die Verbesserung der Bodenbestellung wurde jetzt mit Nachdruck in Angriff genommen; überall entstanden, von den Physiokraten gefördert, landwirtschaftliche Vereinigungen (Patriotische Gesellschaften), die die Einführung neuentwickelter Anbau- und Düngemethoden förderten. So wurde im Zeitalter der Aufklärung die moderne Landwirtschaft begründet. Neue Erfindungen auf dem Gebiet der Technik (Dampf- und Spinnmaschinen, mechanische Webstühle) und der Naturwissenschaft ließen neue Industrie- und Handwerkszweige entstehen.

Im rechnerischen Denken des 18. Jahrhunderts wurzelt auch das Versicherungswesen, die Schaffung von Witwen- und Waisenkassen, die Feuerversicherungsanstalten (in Lippe z. B. die Landes-Brandversicherungsanstalt) und ähnliches.

Mit Nachdruck hat das 18. Jahrhundert auf Reform des Rechts und des Strafvollzugs gedrängt und eine kritische Prüfung der Rechtspraxis eingeleitet. Von großer praktischer Wirkung war der Aufschwung der Medizin und überhaupt die Teilnahme am Menschen in leiblicher und geistiger Hinsicht. Der Kampf gegen Aberglauben, Vorurteil und gegen die weitverbreitete Quacksalberei wurde energisch geführt, und erstmals wurde mit der ärztlichen Betreuung der Bevölkerung vor allem auf dem Lande begonnen.

In den Vordergrund aller Bemühungen um den Menschen rückten Fragen der Erziehung und Bildung. Die aus der Aufklärung heraus entstandene pädagogische Bewegung, der Philanthropismus, drang auf eine einheitliche Erziehung ohne Berücksichtigung der Unterschiede im Bekenntnis. Es wurden erstmals Versuchsschulen (in Dessau, Reckahn, Schnepfenthal) eingerichtet, neue Unterrichtsinhalte und -methoden entwickelt und eingeführt und mit einem nie dagewesenen Eifer der Wert der Erziehung und die Notwendigkeit ihrer Verbesserung betont. Die meisten leitenden Gesichtspunkte jener Zeit, die Anpassung des Lehrstoffes an die Aufnahmefähigkeit der Kinder, die Hervorhebung der Muttersprache und die körperliche Ertüchtigung der Schüler sind im Erziehungswesen bis heute wirksam geblieben. Die vielfältigen pädagogischen Bemühungen haben das Zeitalter der Aufklärung schließlich zu einem pädagogischen Jahrhundert werden lassen.

Die Neigung des Zeitalters zur Sprachpflege und Sprachkultur verlieh dem literarischen Schaffen neue Impulse. Die Bucherzeugung stieg im Verlauf des 18. Jahrhunderts gewaltig an; zugleich erlangten die Schriftsteller eine öffentliche Bedeutung wie nie zuvor. Das Bürgertum vor allem las jetzt in viel stärkerem Maße, und auch für die breiten Schichten des Volkes wurde Lektüre als Element der Aufklärung bereitgestellt.

In den Sog der Aufklärung hineingezogen wurde auch die Theologie; beide Bekenntnisrichtungen, Luthertum und Calvinismus, wurden vom Geist des Zeitalters völlig überwältigt. Die Aufklärung ließ ent-

schlossen das Jenseits in den Hintergrund treten und verlegte den Schwerpunkt des menschlichen Daseins ins Diesseits. Die Versuche, die Gegenstände des Glaubens und der Religion dem reflektierenden Zugang zu unterwerfen und Kriterien für ein „nützliches", „vernünftiges" und moralisches Handeln zu gewinnen, erschütterte die protestantische Orthodoxie und führte zur Preisgabe wesentlicher Glaubenssätze. Die Rationalisten erstrebten ein undogmatisches Christentum. Sie schalteten alle wesentlichen Lehrsätze des geschichtlichen Christentums aus, indem sie die Tugendpflichten, den Glauben an Gott und die Unsterblichkeit in den Vordergrund stellten. Sie lehnten die christliche Offenbarung ab und faßten das Christentum als sittlichen Glauben auf, d. h., der kritiklose biblische Offenbarungsglaube wurde durch einen auf das natürliche Denken gestützten Glauben ersetzt. Einer der wichtigsten Vertreter dieses theologischen Rationalismus war nach Baumgarten, Sack und Spalding Johann Salomon Semler, der energisch für die textkritische und historische Untersuchung der Heiligen Schrift eintrat und das Wesen der Religion in der wachsenden moralischen Erkenntnis erblickte. Unter diesen Gesichtspunkten war freilich auch an der Beibehaltung der überlieferten gottesdienstlichen Formen nicht mehr zu denken. Unter dem Einfluß der Rationalisten erfuhr vor allem die Homiletik eine neue, dem Geist der Zeit gemäße Ausrichtung auf das Praktische und Nützliche hin (vgl. hierzu das Kapitel: Der Theologe der Aufklärung, S. 149f.).

Der Rationalismus hatte zusammen mit den sog. Neologen und den zur Aufklärung hinneigenden Vermittlungstheologen namentlich an den Universitäten nach 1750 allmählich ein eindeutiges Übergewicht erhalten. Dadurch erfolgte die Ausbildung der Theologiestudenten in einem Sinne, die der Aufklärung für mehrere Menschenalter unter den evangelischen Geistlichen eine folgenschwere Vorherrschaft verschaffte. So geriet auch in Lippe die jüngere Theologenschaft in das Fahrwasser der Aufklärung, in dem sie sich – von einigen Ausnahmen abgesehen – bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts bewegt hat. Hier darf allerdings nicht übersehen werden, daß trotz aller Bemühungen der Aufklärer ein noch immer erheblicher Teil des Kirchenvolkes an den altüberlieferten und ererbten Glaubensvorstellungen festhielt. In


Die
Vorzüge
der Tugend
vor dem Laster
Entworfen
von
Wolrad Ludewig Wilhelm Dohm
Prediger bei der Gemeine zu St. Marien in Lemgo, und Ehren Mitgliede der Königl. Deutschen Gesellschaft zu Göttingen.
LEMGO
Gedruckt und verlegt von Iohann Gottfried Enax.

Vernunft und Tugend, Sprache und Unsterblichkeit des Geistes waren für die Aufklärung die Wesensmerkmale des Menschen. Nur durch das Laster kann der Mensch seine Menschheit verlieren. Der Mensch bedarf deshalb einer wohlgeleiteten Erziehung, denn nur sie kann den Menschen auf einen tugendhaften Weg und damit zur Glückseligkeit führen. Die Bedeutung, die der Erziehung zugeschrieben wurde, machte das 18. Jahrhundert zu einem pädagogischen Jahrhundert. Der bereits früh vom Aufklärungsdenken beeinflußte Lemgoer Pastor Wilhelm Dohm (1745–1795) bemühte sich in dieser Schrift, den geistigen Tendenzen seiner Zeit folgend, „die Vorzüge der Tugend vor dem Laster" zu beweisen.

Lippe hatten sich pietistische Zirkel trotz der übermächtigen Aufklärung das ganze 18. Jahrhundert hindurch am Leben erhalten. Ihre Position wurde bereits am Ende des 18. Jahrhunderts durch irrationalistische Strömungen und durch den erwachenden Sinn für die Geschichte und die Werte der Überlieferung weiter gestärkt. Doch erst dem zu Beginn des 19. Jahrhunderts aufkommenden sog. Neupietismus und der Neuorthodoxie gelang es, in die Gedankenwelt der Kirche tiefer einzudringen und dadurch den Rationalismus weitgehend zu verdrängen.

Mit dem Einfluß des Rationalismus auf die Glaubensinhalte der Kirche traf im 18. Jahrhundert ein anderer Entwicklungsgang zusammen, der im besonderen in die Organisation des kirchlichen Amtslebens eingriff. Der absolutistische Staat erhob sich über die Kirche. Während der Kirche die Regelung ihrer inneren Angelegenheiten überlassen wurde, unterstand die Organisation der Kirche der politischen Entscheidungsgewalt des Souveräns, d.h., über das Konsistorium und die geistlichen Aufsichtsämter (Superintendenturen) bestimmte der Landesherr die kirchliche Politik. Der aufgeklärt-absolutistische Staat hatte die religiös-theologische Ableitung seiner Hoheit aufgegeben; er gründete sich jetzt, wie schon gezeigt wurde, auf das Prinzip der salus publica. „Der leitende Gesichtspunkt für die weitgehende Ein- und Unterordnung der Kirche ist das Staatswohl ... So muß sich die Kirche empfehlen und sozusagen ihr Existenzrecht sichern durch den erzieherischen Dienst, den sie mit der Religion als ‚Band' des Staates leistet" (vgl. Hans Emil Weber, Von den Kirchenrechtstheorien im alten Luthertum. In: Evangelische Theologie, 1946, Heft 4).

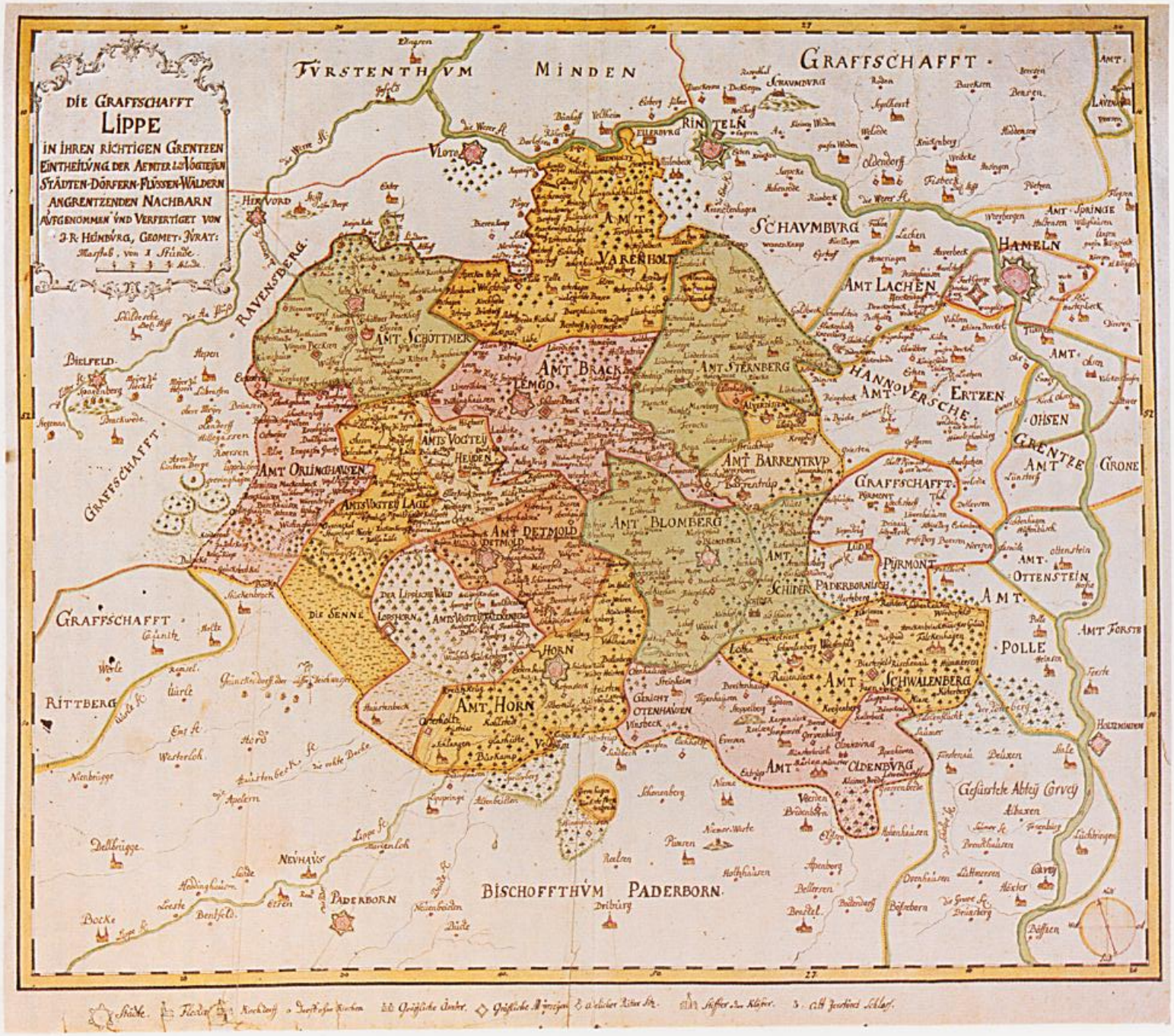
Während vor der Aufklärungszeit die kirchenregimentlichen Aufgaben der weltlichen Obrigkeit im Sinne einer christlichen Verantwortung gegenüber dem Leben der Kirche empfunden wurden, ist die Aufsicht des Staates über die Kirche in der Aufklärungszeit als eine von der Staatsräson zu verantwortende gesehen worden. Mit anderen Worten: Die Kirche untersteht im 18. Jahrhundert der Staatsautorität; sie hat aber andererseits selbst gewissermaßen als ausführendes Organ an ihr teil. Die Inanspruchnahme der Kirchen durch die Staatsautorität brachte das Allgemeine preußische Landrecht von 1794 auf die einprägsame Formel: „Jede Kirchengesellschaft ist verpflichtet, ihren Mitgliedern Ehrfurcht gegen die Gottheit, Gehorsam gegen die Gesetze, Treue gegen den Staat, und sittlich gute Gesinnungen gegen ihre Mitbürger einzuflößen." Daß der Staat sich die Kirche unterordnet, schließt nicht aus, daß er sie fördert. Er fördert sie in dem Bereich, in dem staatliche und kirchliche Interessen kongruent sind: in der moralischen Erziehung.

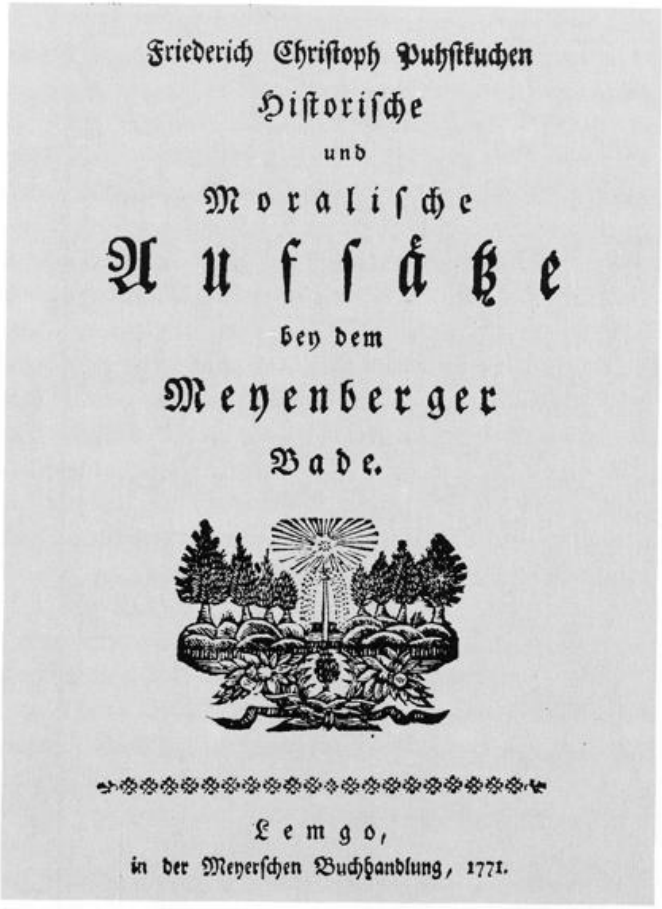
So war die Kirche unter dem Einfluß der Aufklärung zu einer „moralischen Anstalt" geworden, die als Stätte der Lehre fortan sowohl der religiös-moralischen Belehrung wie der Vermittlung weltlicher Informationen zu dienen hatte. Als Organ rational-moralistischer Tätigkeit hat die Kirche dann ihrerseits tatkräftig versucht, dem staatlichen Anspruch gerecht zu werden. Insofern gilt die These, die Fooken aufgestellt hat, uneingeschränkt: Je „aufgeklärter" und zeitgemäßer sich die Kirche gab, um so mehr paßte sie sich in ihrem Denken und Handeln diesem Staate an (vgl. Enno Fooken, Die geistliche Schulaufsicht und ihre Kritiker im 18. Jahrhundert, Wiesbaden 1967, S. 89).

Das politische Regiment

Am 18. Oktober 1747 gelangte Graf Simon August im Alter von zwanzig Jahren an die Regierung. Mit ihm war ein neuer Herrschertypus an die Spitze des Landes getreten: Es war der nach nüchterner Selbsterkenntnis strebende, die Rechte seiner Untertanen als naturgegeben respektierende Souverän, ein Souverän, dem die Sorge um das Wohl der Landeskinder als Bestimmung galt. Diese neue Auffassung von Staat und Fürstenamt ging bei Graf Simon August auf Einflüsse zurück, die er während seines fast zehnjährigen Aufenthaltes in der Schweiz empfangen hatte. In Lausanne waren dem jungen Prinzen die Lehren der Aufklärung vermittelt worden, die ihm zur Richtschnur seines politischen Denkens und Handelns wurden. In Lausanne hatte Simon August auch erfahren, was „gute Bildung" für den Menschen bedeutet, und so schrieb er später noch an seinen vormaligen Hofmeister: „Nur die Erziehung entwickelt und vermehrt die Talente und formt den Charakter." Zugleich hatte sich Simon August zu dem Grundsatz bekannt, „daß wir alle (also auch die Dynasten) zur Arbeit gemacht sind" (vgl. Friedrich-Wilhelm Schaer, Der Absolutismus in Lippe und Schaumburg-Lippe. Überblick und Vergleich. In: Lipp. Mitt. aus Geschichte und Landeskunde, 37. Bd., Detmold 1968,

Zur Abb. rechts: „Die Grafschaft Lippe in ihren richtigen Grentzen, Eintheilung der Aemter und Vogteyen, Städten, Dörfern, Flüssen, Wäldern, Angrentzenden Nachbarn. Aufgenommen und verfertiget von J. R. Heimburg, Geomet. Jurat." Diese handgezeichnete Karte aus der Mitte des 18. Jahrhunderts weist u. a. die Kirchendörfer, Dörfer ohne Kirchen sowie die Stifter und Klöster innerhalb Lippes und der angrenzenden Gebiete aus.


DIE GRAFFSCHAFFT
LIPPE
IN IHREN RICHTIGEN GRENTZEN
EINTHEILUNG DER AEMTER U. VOGTEYEN
STÄDTEN-DÖRFERN-FLÜSSEN-WÄLDERN
ANGRENTZENDEN NACHBARN
AUFGENOMMEN UND VERFERTIGET VON
J. R. HEINBURG, GEOMET. JURAT.
FÜRSTENTHUM MINDEN
GRAFFSCHAFFT
RINTELN
VLOTHO
HERFORD
RAVENSBERG
AMT VARENHOLT
SCHAUMBURG
HAMELN
AMT LACHEN
AMT SCHÖTTMER
AMT BRACK
LEMGO
AMT STERNBERG
HANNOVERSCHE AMT ERTZEN
OHSEN
GRENTZE AMT CRONE
BIELFELD
GRAFFSCHAFFT
AMT ORLINGHAUSEN
AMTS VOGTEY HEIDEN
AMTS VOGTEY LAGE
AMT BARENTRUP
GRAFFSCHAFFT PYRMONT
AMT BLOMBERG
AMT DETMOLD
DETMOLD
PYRMONT
PADERBORNISCH SCHIEDER
AMT OTTENSTEIN
AMT
POLLE
AMT FÜRSTE
GRAFFSCHAFFT
DIE SENNE
LOPPERN
AMTS VOGTEY BRAKEL
HORN
AMT SCHWALENBERG
RITTBERG
AMT HORN
GERICHT OTTENHAUSEN
AMT OLDENBURG
Gefürstete Abtey Corvey
NEUHAUS
PADERBORN
BISCHOFFTHUM PADERBORN


Friederich Chriſtoph Puhſtkuchen
Hiſtoriſche
und
Moraliſche
Aufſätze
bey dem
Meyenberger
Bade.
Lemgo,
in der Meyerſchen Buchhandlung, 1771.

Eine Predigtsammlung, die der Meinberger Pastor Friederich Christoph Puhstkuchen (1758–1772) im Jahre 1771 herausgegeben hatte. Es waren sog. Brunnenpredigten, die für die zur Erholung in Meinberg weilenden „Brunnengäste" bestimmt waren. In seinen Danksagungsreden wußte der Pastor den in den Meinberger Gesundbrunnen gelegten göttlichen Segen ebenso zu preisen wie die Heilkraft des Meinberger Wassers. Im Jahre 1777 wurde sogar das Pfarrhaus eigens „für Kurgäste zum Logieren eingerichtet" und der Pastor offiziell mit der Abhaltung einer sonntäglichen „Brunnenpredigt" beauftragt.

S. 161). Diese Grundüberzeugung hat Simon August dann auch Jahre später bei der Erziehung seines Sohnes zur Geltung bringen lassen. Es war ganz im Sinne des Grafen, als sein Kanzler Hoffmann im Jahre 1786 in seiner Regierungsanleitung für den Erbprinzen Leopold dem künftigen Regenten einschärfte, „daß der Regent die Wohlfahrt seines Volkes aufs möglichste bewirken müsse" (vgl. „Anleitung und treuer Rat für gute Regierung des Landes, dessen künftigen Regenten aus Erfahrung und wohlmeinendem Herzen gegeben", StA Detmold D 72, Nachlaß Hoffmann, Nr. 4). Eindringlich hatte der Kanzler dem Erbprinzen nahegelegt, „diese Pflicht nie aus Herz und Kopf mit der falschen Vorstellung wegzudrängen, daß die Untertanen nur für Sie, nicht Sie für diese da wären ... Verbauen Sie gleich jeden Gedanken, jede Schmeichelei, die Wahrheit und Gefühle ihrer großen Bestimmung in Ihnen auslöschen, selbst nur verdunkeln und abstumpfen könnten. Selbstliebe fordert das sogar von Ihnen; wie könnten Sie glücklich sein, wenn es Ihre Untertanen nicht wären? Sind es nicht die, welche Ihnen die Mittel zu Ihrer eigenen Wohlfahrt geben müssen? ... Ihr und meines Vaterlandes Glück! Beide sind untrennbar miteinander verbunden, sie haben sich zusammen und scheitern zusammen."

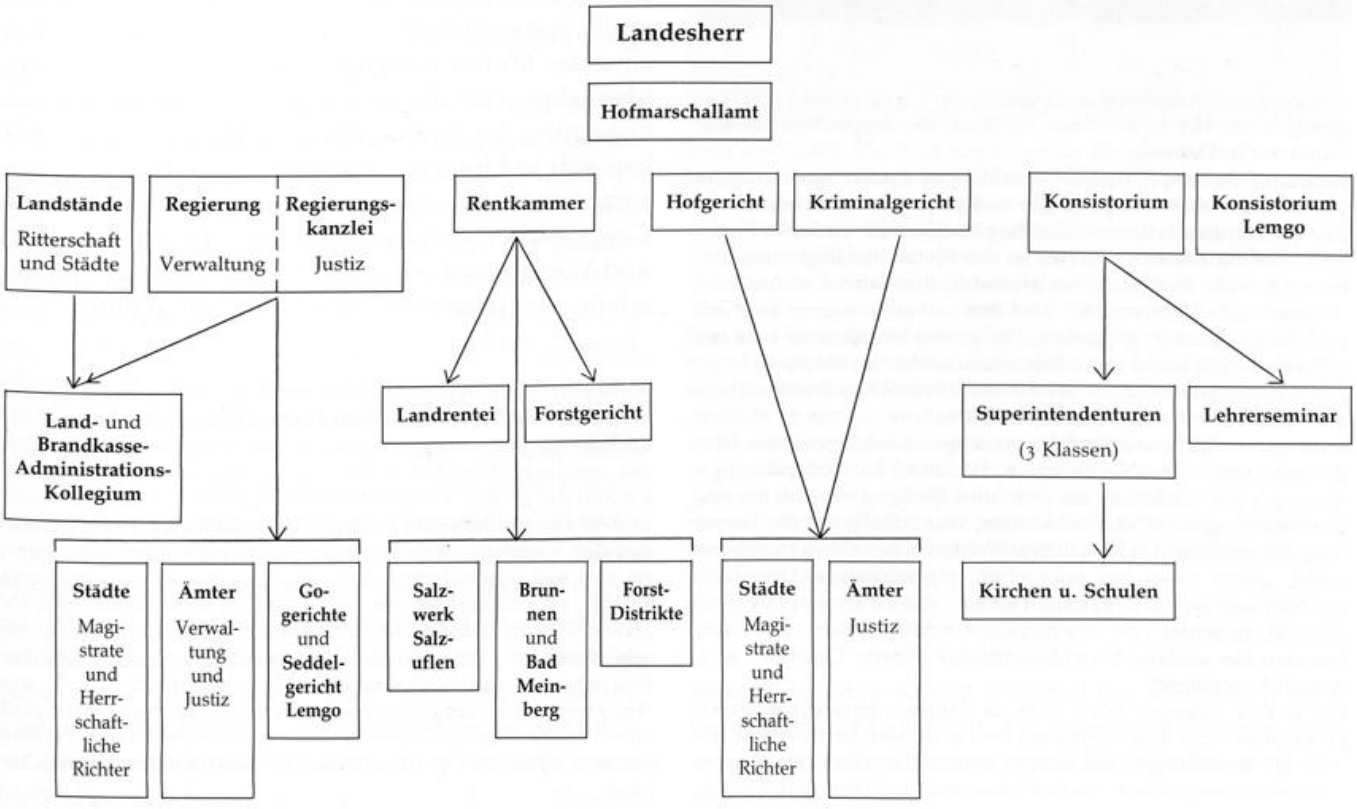
Graf Simon August hatte gleich nach der Regierungsübernahme damit begonnen, im Bereich des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens die philosophischen Lehren der Aufklärung zur Geltung zu bringen. Dabei galt es zunächst, mit einer bösen Erblast fertig zu werden, die ihm die verschwenderische Lebensführung seiner Vorgänger beschert hatte. Denn als Graf Simon zur Regierung kam, stand das Land am Rande des wirtschaftlichen Ruins. So mußte sich Simon August zu der Einsicht durchringen, daß nur eine Politik der äußersten Sparsamkeit und einer gerechten Steuerverteilung das Land vor der Reichsexekution noch retten konnte. Was Graf Simon August zur Bewältigung dieser Aufgabe mitbrachte, waren bester Wille, ein gutes Herz und die Fähigkeit, in der Stunde des Neubeginns die richtigen Helfer gefunden zu haben. Die Regierungspräsidenten v. Hillensberg (1748–1752), Cracau (1752–1757), Reymann (1760–1773) und dann vor allem der Regierungspräsident Hoffmann (1774–1796) waren die mit glücklicher Hand ausgewählten leitenden Beamten, durch die in wenigen Jahrzehnten die existenzbedrohende Schuldenwirtschaft behoben wurde. Erst auf dieser Grundlage konnten die aufklärerischen Reformpläne reifen und zur Geltung gebracht werden.

Diese juristisch wie verwaltungsmäßig im Geiste der Aufklärung geschulte Beamtenschaft, die den Staat als vernünftige Anstalt zur Sicherung des gemeinen Wohls betrachtete, initiierte in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts eine rege, in alle Lebensbezirke greifende Gesetzgebungs-, Verordnungs- und Ver-

waltungstätigkeit, die dahin tendierte, alle Bereiche des öffentlichen Lebens nach Nützlichkeit und Staatsräson zu ordnen und zu reglementieren (vgl. dazu die seit 1779 im Druck erschienenen „Landesverordnungen der Grafschaft Lippe", hier vor allem Bd. 2/3). Das Drängen auf mehr Sachlichkeit und Vernunftgemäßheit in der Politik bewirkte eine umfassende gesetzgeberische Tätigkeit auf allen Lebensgebieten. Sie ist zugleich ein Spiegelbild der Bemühungen, die Institutionen und Lebensverhältnisse an die sich gewandelten Vorstellungen, d. h. an die neuen Lehren der Kameralistik, der Statistik, der Landwirtschaftswissenschaft und der „Polizeiwissenschaft" (d. i. die innere Verwaltung im weitesten Sinne einschließlich der kirchlichen Gesetzgebung) anzupassen.

Durch die Neugliederung des Behörden- und Verwaltungsapparates und die Abgrenzung von Fachdepartements mit klarer Aufgabenbestimmung wurden die Instrumente geschaffen, um die Fülle landesherrlicher Verordnungen in die Praxis umzusetzen und zugleich die Regierungsgeschäfte nach streng rationalen Verwaltungsprinzipien zu führen. Die folgende Grafik zeigt in vereinfachter Form die Verwaltungsstruktur der Grafschaft Lippe in der Epoche des aufgeklärten Absolutismus.

Der Verwaltungsaufbau der Grafschaft Lippe in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts





Casimire von Anhalt-Dessau, Gräfin zur Lippe (1769–1778). Ölgemälde von H.F.L. Matthieu. Im Besitz des Lippischen Landesmuseums in Detmold.
Casimire, die 1769 die dritte Gemahlin des Grafen Simon August geworden war, verkörperte die andere große Geistesströmung des Aufklärungszeitalters, die Empfindsamkeit und den Pietismus. Der zu Zeiten Casimires an der Spitze der Regierung stehende Kanzler Hoffmann hat besonders ihre „alles Gewöhnliche übertreffende Herzensgüte" und ihre „so ganz warme Tugend- und Religionsliebe" gepriesen. Die geistig interessierte und tief religiöse Gräfin stand mit zahlreichen namhaften Männern in regem Gedankenaustausch: Teile ihres überlieferten Briefwechsels mit Lavater in Zürich, Herder in Bückeburg, Gleim in Halberstadt und v. Rochow in Reckahn bezeugen das Interesse der Gräfin namentlich an theologischen, literarischen und pädagogischen Fragen. Casimire, die ihre hohe Stellung als eine ihr von Gott übertragene Pflicht betrachtete, war ständig auf die Förderung der geistigen und leiblichen Wohlfahrt ihrer Untertanen bedacht, „nicht etwa aus politischen, eigennützigen Ursachen, sondern weil sie die Untertanen liebte", wie ihr Biograph, Pastor Chapon, in seiner 1780 erschienenen Schrift „Leben und letzte Stunden der weiland Durchlauchtigsten Fürstin Casimire" ausdrücklich vermerkt.
Die in den siebziger Jahren des 18. Jahrhunderts eingeleiteten Maßnahmen zur Beseitigung der im Lande weit verbreiteten Armut, die Bemühungen um eine gezielte und staatlich überwachte Krankenfürsorge sowie die Bestrebungen zur Hebung der Landwirtschaft durch agrarreformerische Maßnahmen waren im wesentlichen das Werk der Gräfin Casimire, deren Streben auf die Erreichung gewisser Idealzustände freilich immer über das Maß des praktisch Möglichen hinausging. „Aber wie hätte sie je dieser Zeit die großen sozialen Einrichtungen und Erfolge abringen und in einem immerhin beträchtlichen Umfange einen geistig-sozialen Umbruch ihrer Zeitgenossen erreichen können, wenn sie sich nicht diese hohen Ziele gesetzt und sie nicht mit einer solchen Hartnäckigkeit verfolgt hätte! Ihre im sittlichen und sozialen, im durchdachten und formulierten Reformwirken geschlossene Persönlichkeit ist ihrer Zeit weit vorausgeeilt" (Catharina Staercke, Gräfin Casimire zur Lippe, Detmold 1934, S. 30). Auf vieles von dem, was die Gräfin Casimire vorgedacht und zum Teil bereits ausgeführt hatte, konnte sich die Fürstin Pauline stützen, als sie im Jahre 1802 mit ihrem sozialen Reformwerk begann.

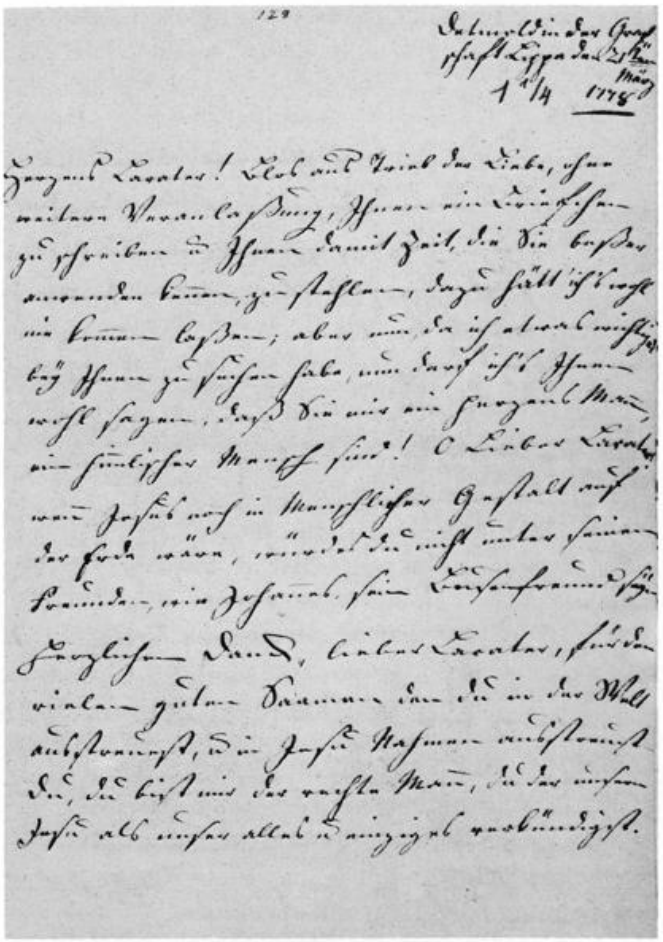
Das aufgeklärte Kirchenregiment unter den Generalsuperintendenten Stosch, Ewald, v. Cölln und Weerth

Der aufgeklärt-absolutistische Staat hatte, wie bereits deutlich wurde, die salus publica zur Richtschnur seines politischen Handelns erhoben. Die Durchsetzung des aufklärerischen Gedankengutes war aber mit der staatlichen Verwaltung allein sowie mit Gesetzen, Mandaten und Verfügungen nicht zu erreichen. Es bedurfte dazu einer Ethik und Pädagogik, die die Sinnhaftigkeit, die Vernünftigkeit und Nützlichkeit von regelmäßiger Arbeit, Pflichterfüllung, Ein- und Unterordnung, von Fleiß, Gehorsam sowie Frömmigkeit formulierten und vermittelten. Das leisteten, durchweg im Einklang mit den Erwartungen des absolutistischen Systems, die Universitäten für die Führungsschicht und die Kirchen für die breite Masse des Volkes (vgl. Gestalten der Kirchengeschichte, Bd. 8, Die Aufklärung. Hrsg. von Martin Greschat, Stuttgart 1983, S. 32). Durch die Eingliederung der Kirche in das Erziehungssystem des Staates erwuchs der Kirche eine ebenso zentrale wie umfassende volkserzieherische Aufgabe. Der Pfarrerstand, einst der Mittler zwischen Gott und den Menschen, übernahm jetzt die Führung in der pädagogischen Bewegung der Volksaufklärung. Diesem Auftrag haben sich in Lippe die zwischen 1771 und 1836 nacheinander an der Spitze der Geistlichkeit stehenden Generalsuperintendenten Stosch, Ewald, v. Cölln und Weerth und mit ihnen fast die gesamte Pfarrerschaft des Landes zutiefst verpflichtet gefühlt.

Ferdinand Stosch, geboren 1717 als Sohn eines Pastors in Liebenberg in der Mittelmark, entstammte einer alten Pastorendynastie, die dem brandenburg-preußischen Staat in fünf Generationen Hofprediger gestellt hatte. Zu ihnen gehörte der berühmte, in seiner Zeit gefürchtete calvinistische Streittheologe Bartholomäus Stosch, der bis 1686 als Oberhofprediger und Konsistorialrat in Berlin gewirkt hatte. Sein Bruder war für einige Jahre als Pastor in Lippe tätig gewesen: Es war der von 1643–1659 in Reelkirchen amtierende Pastor Christoph Stosch, der Urgroßvater von Ferdinand Stosch.

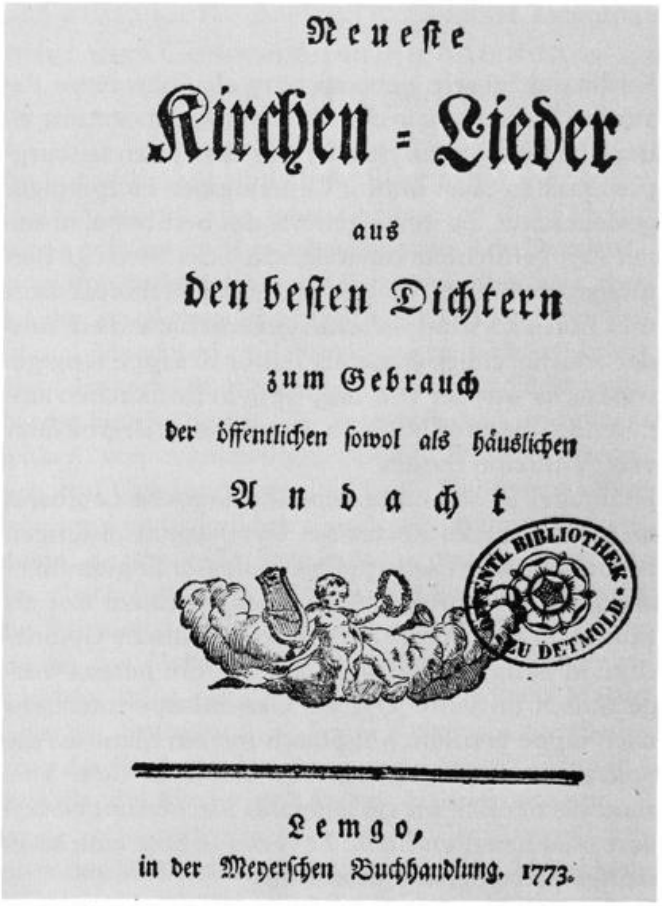
Ferdinand Stosch hatte seine theologische Laufbahn im Jahre 1743 als Rektor am Gymnasium in Lingen begonnen, wo er seit 1746 als Professor linguarum et antiquitatum lehrte. 1761 war Stosch einem Ruf als Konrektor an das berühmte Joachimthalsche Gymnasium in Berlin gefolgt. Aus diesem Amt heraus wurde Stosch im Jahre 1771 als Generalsuperintendent nach Lippe berufen. Mit Stosch trat ein Mann an die Spitze der lippischen Kirche, der nach dem Verständnis der Zeit für ein leitendes Kirchenamt besonders qualifiziert erschien: Er verfügte über eine langjährige pädagogische Erfahrung.

Hervorgetreten und bekannt geworden war Stosch vor allem durch seine literarische Tätigkeit als Herausgeber des „Neuen gelehrten Europa" (seit 1756) und als Mitarbeiter an der „Acta Scholastica. Worinnen nebst einem gründlichen Auszuge der auserlesensten Programmatum der gegenwärtige Zustand derer berühmtesten Schulen und der dahin gehörigen Gelehrsamkeit entdecket wird" (1741–1755). Während seiner Detmolder Jahre setzte Stosch seine schriftstellerische Tätigkeit fort. Unter seinen theologischen Schriften seien hier genannt: „Prima lineae theologiae relevatae dogmaticae ... in usum scholarum in primis scholae provinc. Detmoldiae" (Lemgo 1772) und die stark rationalistisch gefärbten „Zwei Predigten von der christlichen Vergebsamkeit" (Lemgo 1773). 1774 erschien eine von ihm herausgegebene Sammlung von Werken griechischer und lateinischer Schriftsteller unter dem Titel „Museum criticum" und 1775 die Schrift „Der exemplarische Schullehrer", die Handlungsanweisungen für den Lehrer enthielt. Für die Hand des Lehrers und Schülers bestimmt war eine kleine Abhandlung, die Stosch 1776 herausgab: „Etwas von der reinen deutschen Aussprache für die Schulmeister und Schüler des Landes."

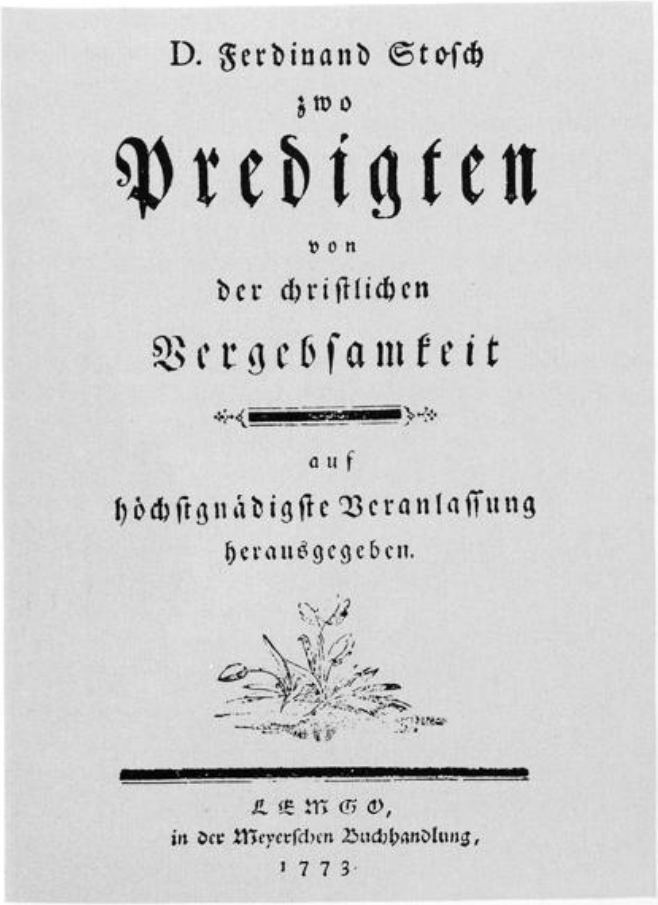


Brief der Gräfin Casimire zur Lippe an den von ihr hoch verehrten Schweizer Theologen Johann Caspar Lavater. In ihrem Schreiben vom 21. März 1778 lobte die Gräfin Lavaters segensreiches Wirken mit überschwenglichen Worten: „Herzens Lavater! Blos aus Trieb der Liebe, ohne weitere Veranlassung, Ihnen ein Briefchen zu schreiben u. Ihnen damit Zeit, die sie beßer anwenden können, zu stehlen, dazu hätt' ich's wohl nie kommen laßen; aber nun, da ich etwas wichtiges bey Ihnen zu suchen habe, nun darf ich's Ihnen wohl sagen, daß Sie mir ein Herzens Mann, ein himmlischer Mensch sind! O Lieber Lavater, wenn Jesus noch in Menschlicher Gestalt auf der Erde wäre, würdest du nicht unter seinen Freunden, wie Johannes, sein Busenfreund seyn? Herzlichen Danck, lieber Lavater, für den vielen guten Saamen den du in der Welt ausstreuest, u. in Jesu Nahmen ausstreuest, du, du bist mir der rechte Mann, du der unsern Jesu als unser alles u. einziges verkündigst ...". (Der Brief befindet sich in der Zentralbibliothek in Zürich.)

Die von Stosch 1772 herausgegebenen „Neuesten Kirchenlieder aus den besten Dichtern zum Gebrauch der öffentlichen sowohl als der häuslichen Andacht" sind ein frühes Dokument des kirchlichen Rationalismus in Lippe. Mit seiner Auswahl von Liedern von Gellert, Klopstock und Cramer leitete Stosch eine Gesangbuchreform in Lippe ein, die er selbst – im Vorwort seines Gesangbuches – mit den Worten rechtfertigte: „Dem verfeinerten Geschmack unseres Zeitalters können die vielen mystischen, katachrestischen und allegorischen Ausdrücke sowohl wie das Unreine und Gezwungene in der Poesie, so in vielen eingeführten Gesängen herrschen, nicht anders als unangenehm und widerlich sein ... Soll unser Gottesdienst nicht bloß sinnlich, sondern vernünftig sinnlich sein, so muß dergleichen Mängeln und Fehlern dessen möglichst abgeholfen werden. Es muß folglich nur so etwas gelesen, gepredigt und gesungen werden, was, wenigstens bei einigem Nachdenken, einem jedem verständlich ist und sein Herz wirklich erheben und erwecken kann."
Als Leiter der Kirchen- und Schulbehörde hatte Stosch auch die ersten Schritte getan, um den Geist der Aufklärung in die Kirchen und Schulen des Landes einströmen zu lassen. Er verpflichtete mit Nachdruck die Pfarrer des Landes auf die Aufgabe, Lehrer und Schulen sorgfältig und regelmäßig zu inspizieren, wie Stosch auch die Pfarrer selbst der Prüfung unterwarf, indem er, wie 1772 geschehen, die Einsendung ihrer Predigten erbat. Über solche neuen Töne waren nicht wenige lippische Pfarrer verstimmt, denn Stosch schickte die Predigten rezensiert zurück. Einige Pastoren, wie Anze in Lage, Krüger in Blomberg, v. Cölln in Oerlinghausen und Reuter in Heiden erhielten ein gutes Prädikat; andere, wie Clüver in Wüsten, Stivarius in Haustenbeck und Streicher in Lieme wurden scharf getadelt und mußten sich Ausdrücke wie „trauriges Phänomen, unverständliches Gewäsch, unter aller Kritik" gefallen lassen. Für die Kandidaten der Theologie erließ Stosch mehrere Verordnungen, u. a. eine „Verordnung wegen des Studirens der Theologie auf deutschen Universitäten". Die Kandidaten wurden darauf verpflichtet, sich jeweils am 1. September jeden Jahres bei dem Generalsuperintendenten zu einem Testamen einzufinden, ferner wurde angeordnet, das Studium der Theologie nicht ausschließlich an holländischen Universitäten zu absolvieren, sondern mindestens zwei Jahre lang deutsche Universitäten zu be-



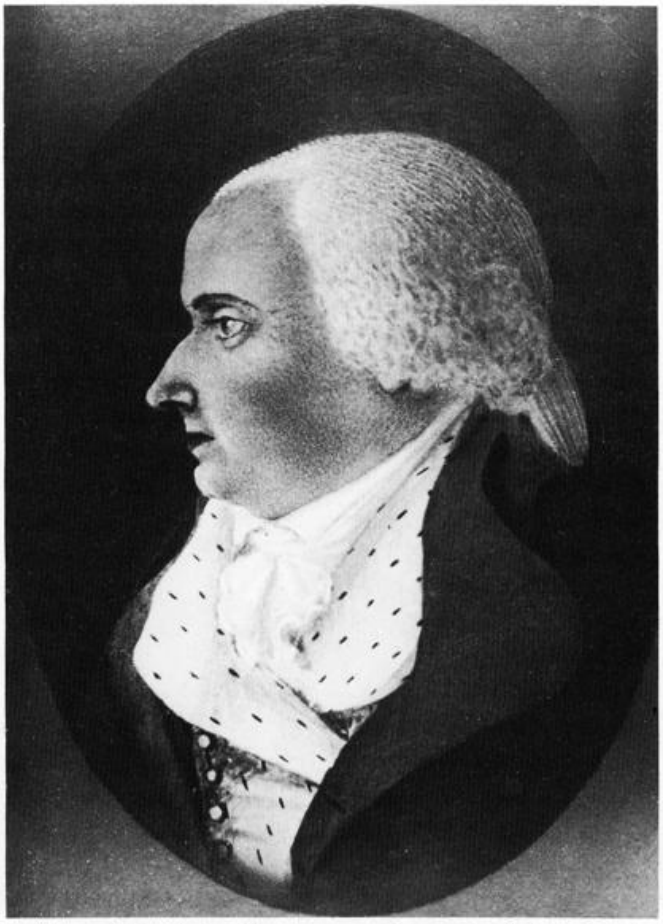
In die theologischen Auseinandersetzungen zwischen der Orthodoxie und der Aufklärungstheologie wurde auch das kirchliche Gesangbuch miteinbezogen. In Lippe war es der Generalsuperintendent Stosch, der den Anstoß zu einer Revision des überlieferten religiösen Liedgutes gab. Die alten Kirchenlieder mit ihrer derben Sprache und ihrem entschieden christlichen Glaubensgehalt erschienen dem Aufklärer Stosch als veraltet und unbrauchbar. Er rechtfertigte deshalb die Herausgabe eines neuen Gesangbuches mit den bezeichnenden Worten: „Dem verfeinerten Geschmack unseres Zeitalters können die vielen mystischen, katachrestischen und allegorischen Ausdrücke sowohl wie das Unreine und Gezwungene in der Poesie, so in vielen bisher eingeführten Gesängen herrschen, nicht anders als unangenehm und widerlich sein. – Soll unser Gottesdienst nicht bloß sinnlich, sondern vernünftig sinnlich sein, so muß dergleichen Mängeln und Fehlern dessen möglichst abgeholfen werden. Es muß folglich nur so etwas gelesen, gepredigt und gesungen werden, was, wenigstens bei einigem Nachdenken, einem jeden verständlich ist und sein Herz wirklich erheben und erwecken kann." Bereits 1772 ersetzte Stosch das seit 1720 in Lippe benutzte „Lemgo'sche Gesangbuch" („Die Psalmen Davids zu christlichem Gesang in Reimen gebracht von D. A. Lobwasser") durch eine eigene Sammlung, die unter dem hier genannten Titel erschien.



D. Ferdinand Stosch
zwo
Predigten
von
der christlichen
Vergebsamkeit
auf
höchstgnädigste Veranlassung
herausgegeben.

LEMGO,
in der Meyerschen Buchhandlung,
1773

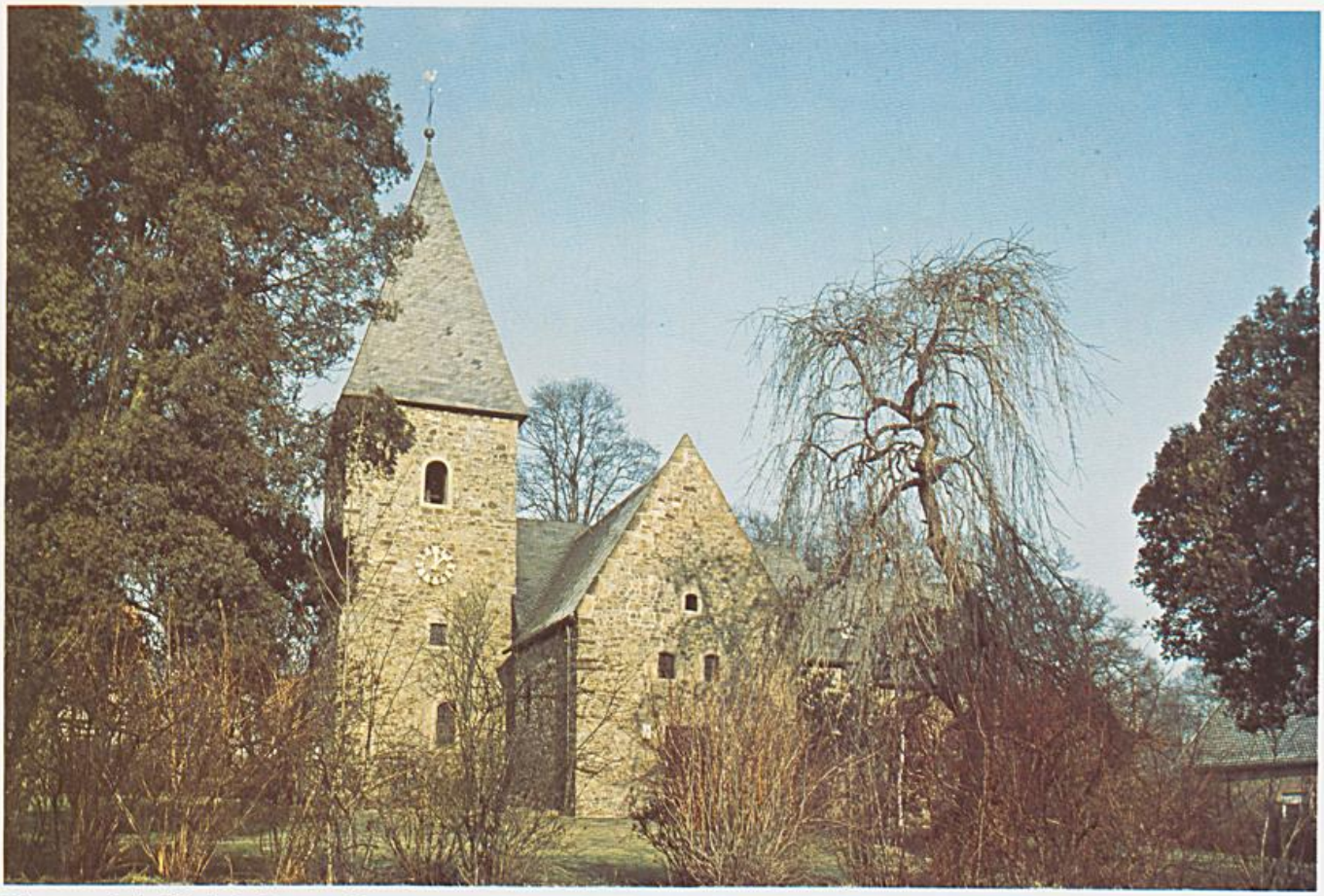
Mit der Berufung des Generalsuperintendenten Ferdinand Stosch im Jahre 1771 wurde der Rationalismus in der lippischen Kirche offiziell zur Geltung gebracht. Diese beiden von Stosch über Matth. 6, 14.15 verfaßten Predigten, die er am 15. und 22. November 1772 in Detmold gehalten hatte, waren „seiner gnädigsten Fürstin und Frauen des Lippischen Volkes wahren und verehrungswürdigsten Landesmutter (= Casimire)" gewidmet. Zum Inhalt seiner Predigten hatte Stosch angemerkt: „Das Wort ‚Vergebsamkeit' – ich gestehe es – ist ungewöhnlich und daher auffallend. Allein, ich wüßte keines, das die Tugend, wovon ich rede, so passend und vollständig ausdrückte, als dieses, und es ist doch analogisch, die Herren Sprachrichter werden es mir vergeben."



Ferdinand Stosch stand von 1771–1780 an der Spitze des Kirchen- und Schulwesens in Lippe. Stosch war zuvor Rektor am Gymnasium in Lingen gewesen, seit 1761 hatte Stosch als Konrektor an einem Berliner Gymnasium unterrichtet. Er war in der gelehrten Welt vor allem durch seine literarische Tätigkeit, namentlich durch seine pädagogischen Veröffentlichungen, bekannt geworden.

suchen, u. a. „wegen der Aussprache". Zugleich wurde den Kandidaten der Theologie das Tragen der Amtstracht und das „Segen sprechen" vor der Ordination verboten.

Auf dem Felde der Schule hatte Stosch sogleich mit einer kritischen Bestandsaufnahme ihres Leistungsniveaus begonnen. Dabei waren die „Krebsschäden" (Stosch) der lippische Schule, namentlich der Dorfschule, augenfällig geworden. Die wichtigste Beobachtung und Erfahrung, die der Generalsuperintendent hatte machen müssen, war die, daß durchgängig sämtliche Lehrer unfähig waren, einen ordentlichen Unterricht zu erteilen. Allen fehlte es, da niemand auf den Beruf vorbereitet war, an der notwendigen Vorbildung auf ihr Amt. Entsprechend dürftig waren die Ergebnisse des Unterrichts, der sich auf die Vermittlung der elementaren Kulturtechniken des Lesens und Schreibens und die „Anfangsgründe der Religion" beschränkte. Das Rechnen wurde kaum erwähnt. Andere Bildungsinhalte waren unbekannt. Geradezu symptomatisch für die Gesamtsi-



Die romanische Kirche in Donop, deren genaues Alter sich nicht mehr feststellen läßt. Ihr Name wird im Archidiakonatsverzeichnis von 1231 noch nicht genannt. Die dem hl. Paulus geweihte Kirche wurde vermutlich im 13. oder 14. Jahrhundert erbaut. In ihrem Äußeren ähnelt die Kirche in Donop den Kirchen in Meinberg und Almena. Es gibt Anhaltspunkte dafür, daß die Kirche in verschiedenen Bauperioden ihr heutiges Aussehen erhalten hat.

tuation war das Urteil, das Stosch über drei Schulen in der Nähe Detmolds fällte: „Alle drei (Lehrer, d. Vf.) haben sie wenig gelernt. Es fehlt ihnen im Buchstabieren. Können weiter nichts tun, als das Auswendiggelernte hersagen lassen, weil sie in den Religionswahrheiten selbst schlecht unterrichtet sind. Sie schreiben schlecht" (StA Detmold, L 65 G, Sect. I, Nr. 1).

Aus der Klage über die Substanz- und Geistlosigkeit des Unterrichts erwuchs der Wille, hier eine Wende herbeizuführen. In seinen „Ohnmaßgeblichen Beiträgen zum Plan einer besseren Schulanstalt für den Landmann" aus dem Jahre 1775 wies Stosch neue Wege: 1. Die Lehrer müßten gezielt auf „das Geschäft der Erziehung" vorbereitet werden, 2. Die Einführung neuer Unterrichtszweige und zeitgemäßer Schulbücher sei erforderlich, 3. Bessere Schulräume seien eine dringliche Notwendigkeit, 4. Die unzureichende Besoldung der Lehrer müsse verbessert werden und schließlich müßte die niedrige Bewertung des Lehramtes im Ansehen der Öffentlichkeit gehoben werden. Die Voraussetzung dafür sei die Hebung des Bildungsniveaus der Lehrer. Nicht zuletzt müßten die Eltern verstärkt und eindringlich an die Schulpflicht erinnert werden, um den noch immer weit verbreiteten Analphabetismus aus der Welt zu schaffen.

Mit seinen programmatischen Forderungen hatte Stosch den Weg in die Zukunft gewiesen. Seine ersten pädagogischen und schulpolitischen Maßnah-

men lassen bereits den Willen erkennen, die tiefe Kluft zwischen den Gebildeten und Ungebildeten, und das heißt zwischen der Stadt- und Landbevölkerung zu beseitigen; sie zeigen zugleich, daß man auch im gedrückten Landbewohner den Menschen achtete, der im Rahmen seiner begrenzten Möglichkeiten teilnehmen sollte am Geistesleben seiner Zeit. Waren die Erfolge zunächst auch gering, so war doch der Anfang gefunden und der Boden bereitet, auf dem die Pläne reifen und die Ideen verwirklicht werden konnten. Stosch selbst war es nicht mehr vergönnt, das begonnene Werk fortzuführen; er starb, 62jährig, am 17. August 1780.



Die Kirche in Stapelage mit ihrem barocken Saalbau erhielt um 1790 ihr heutiges Aussehen. Der romanische Westturm als der älteste Bauteil datiert in die karolingische Zeit. Vermutlich ist die Kirche in Stapelage das älteste Gotteshaus in Lippe.

Johann Ludwig Ewald

Graf Simon August, „um die Förderung eines tätigen Christentums eifrigst besorgt", hatte nach dem Tod des Generalsuperintendenten Stosch sofort Weisung gegeben, die erledigte Stelle „mit einem rechtschaffenen, tätigen und gelehrten Theologen" umgehend wieder zu besetzen. Die Aufgabe, einen geeigneten Mann für das hohe Amt zu finden, oblag dem Regierungs- und Konsistorialrat Schleicher, der in dieser wichtigen Personalfrage mit zahlreichen Theologen aus der Welt der Kirche und der Wissenschaft korrespondierte, um einen theologisch wie pädagogisch gleichermaßen ausgewiesenen Nachfolger zu finden. Nach zahlreichen, ergebnislos verlaufenen Versuchen wandte sich Schleicher schließlich an den in kirchlichen Kreisen weitbekannten Pastor Kraft in Frankfurt, der den Pastor Johann Ludwig Ewald aus Offenbach in Vorschlag brachte. Kraft schilderte Ewald als einen „Mann von großen Geisteskräften, gesetzter Tätigkeit, unsträflichem Wandel und ein wahrhaftig evangelischer Prediger, der mit großem Segen bei seiner Gemeinde stehet" (vgl. Archiv der Lipp. Landeskirche Nr. 309).
Die Frage nach der theologischen Qualifikation zog notwendigerweise sogleich eine andere Frage nach sich, und zwar die nach der Vertrautheit mit der Pädagogik und dem Schulunterricht. Die lippische Regierung legte großen Wert darauf von Ewald zu erfahren, „ob er philologische und überhaupt solche Kenntnisse besitze, welche zur Verbesserung und Aufklärung der Schulen erfordert werden, auch ob er Neigung und Trieb zu solchen habe". In dieser Hinsicht konnte Ewald auf einschlägige Kenntnisse und Ergebnisse verweisen, denn er war während seiner Offenbacher Jahre an der Schulinspektion beteiligt gewesen, auch war das dortige Lehrerseminar weitgehend nach seinen Plänen eingerichtet worden. Ewalds besonderes Interesse an den Bildungsfragen seiner Zeit und der erklärte Wille, im Sinne der Aufklärung pädagogisch und schulreformatorisch tätig zu werden, hatte die lippische Regierung bewogen, den jungen, eben 33 Jahre alt gewordenen Pastor in das Amt des Generalsuperintendenten zu berufen. Damit war man den Berufungsgrundsätzen treu geblieben, die bereits bei dem Amtsvorgänger Ewalds als Richtschnur gegolten und zur Anwendung gebracht worden waren: Die pädagogische Qualifikation wurde mit der theologischen gleich hoch, wenn nicht gar höher veranschlagt.
Wer die 15jährige Amtsperiode Ewalds in Lippe überblickt und zugleich die Amtstätigkeit seiner Amtsnachfolger in die Betrachtung mit einbezieht, der muß in der Tat feststellen, daß das Hauptaugenmerk der Generalsuperintendenten wie das der Pfarrer insgesamt zur Zeit der Aufklärung den Schulen, nicht der Kirche gegolten hat. Eine Erklärung für diesen bemerkenswerten Vorgang hat Hans Sprenger geliefert: „Unsere Kirchenmänner hatten nicht die Freiheit, sich nach Lust und Beliebigkeit ein Betätigungsfeld auszuwählen; der Geist der Zeit und mit ihm im Bunde die Landesherrschaft forderte, daß



Johann Ludwig Ewald, von 1781–1796 lippischer Generalsuperintendent. Ewald war 33 Jahre alt, als er aus der Pfarre in Offenbach nach Lippe an die Spitze des Konsistoriums berufen wurde. Seine vielseitige Bildung und seine überdurchschnittlichen pädagogischen Kenntnisse waren das auslösende Moment für die Berufung in ein höheres Amt gewesen. Von diesem Geistlichen erhoffte man sich in Lippe die entscheidenden Impulse für eine dringlich gewordene Schulreform.

Ewald enttäuschte diejenigen nicht, die seine Berufung gefördert hatten. In seiner 15jährigen Amtszeit sind die Früchte der Aufklärung in die lippischen Schulen gelangt: die Hebung der Lehrerbildung (Gründung und Ausbau des Lehrerseminars), die Durchsetzung der Schulpflicht, die Aufnahme zeitgemäßer Lehrinhalte in den Unterricht, die Herausgabe pädagogischer Handbücher für Lehrer und Pfarrer, die Einführung neuer Schulbücher und die Gestaltung von Schulfesten. Über die einzelnen pädagogischen Maßnahmen legte Ewald wiederholt öffentlich Rechenschaft ab. (Vgl.: „Über Schulhalten, Schulaufsicht und Katechisationen, nebst Nachricht von der Landschuleinrichtung im Gräflich Lippischen, von ihrem Fortgange, von den gehaltenen Schulvisitationen, ihren Folgen und ihrem Nutzen". In: Über Predigerbeschäftigung und Predigerbetragen, 3. und 4. Heft, Lemgo 1785/86.)

Aus seiner vielseitigen schriftstellerischen Tätigkeit sind über 100 Werke kleineren und größeren Umfangs aus den Gebieten der Theologie , Philosophie, Pädagogik und Literatur hervorgegangen. Einige von ihnen wurden Standardwerke ihrer Zeit. So: „Über Volksaufklärung. Ihre Gränzen und Vortheile", Berlin 1790; „Über Revolutionen. Ihre Quellen und die Mittel dagegen", Berlin 1792; „Was sollte der Adel jetzt tun?", Leipzig 1793.

Wille und Kraft da angesetzt werden sollten, wo die Dinge am meisten im argen lagen, und das eben war das schlecht beackerte Feld der Schule. Die Kirche nämlich stand, ein fester Ort der Glaubensbewahrung, wie ein Turm im weiten Lande, sie hatte ihre Normen und Formen, wurzelte tief in der Tradition und setzte sie fort; und was es auch an ihr zu regeln und zu schlichten gab; etwas Neues zu denken und zu wagen war hier kaum ..." (vgl. H. Sprenger, Johann Ludwig Ewalds Trivialschulen. In: Lipp. Mitt. aus Geschichte und Landeskunde, 41. Bd., Detmold 1972, S. 150). Sprengers Deutung trifft mit Blick auf die Schule zweifelsohne den Kern der Sache; zu pauschal ist demgegenüber seine Positionsbeschreibung der Kirche, denn die Aufklärung hatte ja die Kirche nicht unberührt gelassen. Im Gegenteil: Es war, was die Lehrinhalte und Glaubensüberzeugungen betraf, Bewegung in die Kirche gekommen, die es – und hier stand die Kirchenleitung in einer besonderen Verantwortung – zu steuern galt.

Ewald war ein Mann der Aufklärung. Er war bereits in jungen Jahren in seiner geistigen Disposition von der Aufklärung geprägt worden, später dann war es Ewald, der die Aufklärung selbst geistig mitgetragen und mit geformt hat. Das überaus breite Spektrum seines literarischen Schaffens ist ein Spiegelbild dieser Bemühungen. An die 100 Schriften hat Ewald der Nachwelt hinterlassen. In einer Reihe von ihnen hatte Ewald die Aufklärung geradezu thematisiert, wie beispielsweise in der im Jahre 1790 erschienenen Schrift „Die Volksaufklärung. Ihre Gränzen und Vortheile". Die Fragen, die Ewald hier stellte und zu beantworten versuchte, lauteten: Ist Aufklärung nützlich oder schädlich? Hat die Aufklärung gewisse Grenzen? Wie verhält sich die Aufklärung zu Kirche und Staat? und: Wie läßt sich die Aufklärung im allgemeinen und als Volksaufklärung im besonderen definieren?

Für den lippischen Generalsuperintendenten war die Aufklärung am Ende des 18. Jahrhunderts ein durch

Diese zuletzt genannte Schrift hatte zu Auseinandersetzungen mit den lippischen Landständen geführt. Ewald mußte draufhin seinen Abschied nehmen. Er ging als Pastor an die Stephani-Kirche nach Bremen. 1805 folgte Ewald einem Ruf als Professor der Philosophie und Theologie nach Heidelberg, von wo er 1807 als Oberkirchenrat und Hofprediger nach Karlsruhe berufen wurde. Er starb hier am 19. März 1822.

und durch politisches Problem geworden, indem Ewald die Volksaufklärung deutete als eine Information des Bürgers über seine Rechte und Pflichten, die zugleich den Despotismus der Menschen und die Rebellion der Untertanen verhindern soll. Zum Verständnis der Position Ewalds ist es wichtig zu sehen, daß seine gedankliche Auseinandersetzung mit der Aufklärung sich in jenen Tagen vollzieht, in denen Frankreich von einer Revolution erschüttert wurde. Unter dem Eindruck dieses Ereignisses reflektierte Ewald das große Thema seiner Zeit. Die Kernfrage jener Tage: Führt Aufklärung zur Revolution? hat auch den lippischen Generalsuperintendenten nicht unberührt gelassen (vgl. Johann Ludwig Ewald, Über Revolutionen, Ihre Quellen und die Mittel dagegen. Den menschlichsten Fürsten gewidmet. Berlin 1792). Wie Ewald glaubte beobachten zu können, besaß die Aufklärung ihre Feinde nicht unter den Theologen, sondern unter den Politikern, die Ewald auch dafür verantwortlich machte, daß „das Wort Aufklärung allmählich anfing, in üblen Ruf zu kommen" (Lippisches Intelligenzblatt, 14. Stück, Lemgo 1786). Ewald hatte sich gegen diese Entwicklung gewandt, indem er an die Zeitgenossen appellierte: „Es wäre in der Tat nicht gut, wenn es gelingen sollte, dieses Wort schon wegzuspötteln, da in der wichtigen Sache noch so wenig geschehen ist. Die niedrige Selbstsucht mag immerhin über diesen Gegenstand hohnlächeln, wer aber seinen Blick bis zum großen Weltall

Zur Abb. rechts: Das sog. Bundeslied „ In allen guten Stunden" widmete Goethe, als er für kurze Zeit zum Offenbacher Freundeskreis gehörte, dem jungen Pastor Johann Ludwig Ewald, als dieser am 10. 9. 1775 in Offenbach Gertrud du Fay heiratete. Goethe charakterisierte Ewald im 17. Buch von „Dichtung und Wahrheit" mit den Worten: „Unter den Personen, welche damals den Kreis zu füllen und zu beleben sich höchst tätig erwiesen, ist der Pfarrer Ewald zu nennen, der, geistreich heiter in Gesellschaft, die Studien seiner Pflichten, seines Standes im stillen für sich durchzuführen wußte, wie er denn auch in der Folge innerhalb des theologischen Feldes sich ehrenvoll bekannt gemacht; er muß in dem damaligen Kreise als unentbehrlich, auffassend und erwidernd mitgedacht werden." Goethe versäumte bei dieser Gelegenheit nicht, auf die Bedeutung seiner literarischen Schöpfung hinzuweisen: „Da dies Lied sich bis auf den heutigen Tag erhalten hat und nicht leicht eine muntere Gesellschaft beim Gastmahl sich versammelt, ohne daß es freudig wieder aufgefrischt werde, so empfehlen wir es auch unsern Nachkommen und wünschen allen, die es aussprechen und singen, gleiche Lust und Behagen von innen heraus, wie wir damals, ohne irgend einer weitern Welt zu gedenken, uns im beschränkten Kreise zu einer Welt ausgedehnt empfangen."

Bundeslied

einem jungen Paar gesungen von Vieren.

Den künftgen Tag und Stunden
Nicht heut dem Tag allein
Soll dieses Lied, verbunden
Von uns, gesungen seyn.
Euch bracht ein Gott zusammen
Der uns zusammen bracht.
Von schnellen ewgen Flammen
Seyd glücklich durchgefacht!

Ihr seyd nun Eins ihr Beyde,
Und wir mit euch sind eins.
Auf, trinkt der Dauer Freude
Ein Glas des ächten Weins!
Auf, in der holden Stunde
Stoßt an! und küsset treu
Bey diesem neuen Bunde
Die Alten wieder neu.

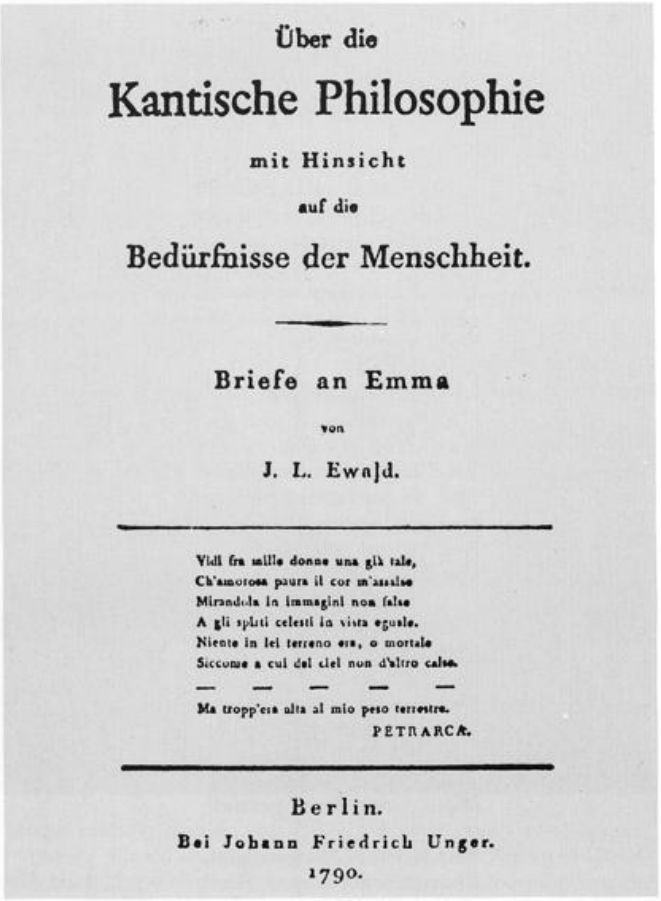
Nicht lang in unserm Kreise
Bist nicht mehr neu darinn;
Kennst schon die freye Weise
Und unsern treuen Sinn.
So bleib zu allen Zeiten
Herz Herzen zugekehrt;
Durch keine Kleinigkeiten
Werd' unser Bund gestört!

Uns hat ein Gott gesegnet,
Rings um mit freyem Blick,
Und, wie umher die Gegend,
So frisch sey unser Glück;
Durch Grillen nicht gedränget
Verknickt sich keine Lust:
Durch Zieren nicht geenget
Schlägt freyer unsre Brust.

Mit jedem Schritt wird weiter
Die rasche Lebensbahn,
Und heiter immer heiter
Steigt unser Blick hinan;
Und bleiben lange lange
Fort ewig so gesellt.
Ach! daß von Einer Wange
Hier eine Thräne fällt!

Doch ihr sollt nichts verlieren
Die ihr verbunden bleibt,
Wenn einen einst von Vieren
Das Schicksaal von euch treibt;
Ists doch als wenn er bliebe!
Euch ferne sucht sein Blick;
Erinnerung der Liebe
Ist wie die Liebe, Glück.

G.



Über die

Kantische Philosophie

mit Hinsicht

auf die

Bedürfnisse der Menschheit.

Briefe an Emma

von

J. L. Ewald.

Vidi fra mille donne una già tale,
Ch'amorosa paura il cor m'assalse
Mirandola in immagini non false
A gli spirti celesti in vista eguale.
Niente in lei terreno era, o mortale
Siccome a cui del ciel non d'altro calse.
— — — — —
Ma tropp'era alta al mio peso terrestre.
PETRARCA.

Berlin.
Bei Johann Friedrich Unger.
1790.

Mit dieser populärwissenschaftlichen Schrift wandte sich der lippische Generalsuperintendent Ewald an das literarisch interessierte Publikum in der erklärten Absicht, den wissenschaftlich nicht geschulten Lesern das philosophische System eines der berühmtesten Zeitgenossen zu erschließen. Die Darstellung ist zugleich eine der frühesten Schriften über den Königsberger Philosophen. Daß über die Philosophie Kants in Damenzirkeln diskutiert wurde, hat selbst Ewald in Erstaunen versetzt. In 12 fingierten Briefen – adressiert „an Emma" – bot Ewald seinen Lesern eine Einführung in die Gedankenwelt Kants. Im Vorwort legte der lippische Generalsuperintendent dar, welche Ziele er verfolgte: „Daß meine Absicht gar nicht war, gegen Kant zu schreiben, den ich von ganzem Herzen verehre, als Denker und als Mann; das habe ich in diesen Briefen mehr als einmal gesagt, und der ganze Geist dieser kleinen Schrift zeigt es. Aber ich sah zu meinem Erstaunen, daß auch philosophische Laien, auch Damen, Kants Schriften lasen; daß es eine Art von Ton wird, von seiner Philosophie zu reden; daß man seine ‚Grundlegung' zu einem Catéchisme des gens d'esprit machen will, und ich dachte darüber nach, was denn wohl dieses Buch oder andere Schriften Kants – nicht dem spekulativen Kopf, sondern dem gesunden Menschenverstande, dem unverdorbenen Menschenherzen sein, ob diese Schriften die geistigen und sittlichen Bedürfnisse – etwa einer geistvollen, feinfühligen Dame befriedigt, ob ihre Sehnsucht nach Gewißheit, Ruhe, Reinheit dadurch gestillt werden könne. Ich dachte mir ein solches Individuum, verglich das, was Kant gibt, mit den Bedürfnissen, die ich in ihm voraussetzen konnte, und – so entstanden diese Briefe. Mißverstanden hoffe ich Kant nicht zu haben, ob man dies gleich manchen Philosophen nicht mit Unrecht vorgeworfen hat. Ohne Vorliebe für irgend ein philosophisches System, ohne sehr gewöhnt zu sein an irgend eine philosophische Sprache, hatt' ich die Schriften Kants um mein selbst willen studiert; und mancher Laie, der die Bibel aus Bedürfnis zur Hand nimmt, versteht sie besser als mancher Theologe, der sein System im Kopf hat! – Doch, darüber mögen die Jakobis, Reinholds und Rehbergs urteilen, und über die ganze Schrift der kleine Kreis von Damen, die wie Männer denken können, ohne aufzuhören, wie Weiber zu fühlen."

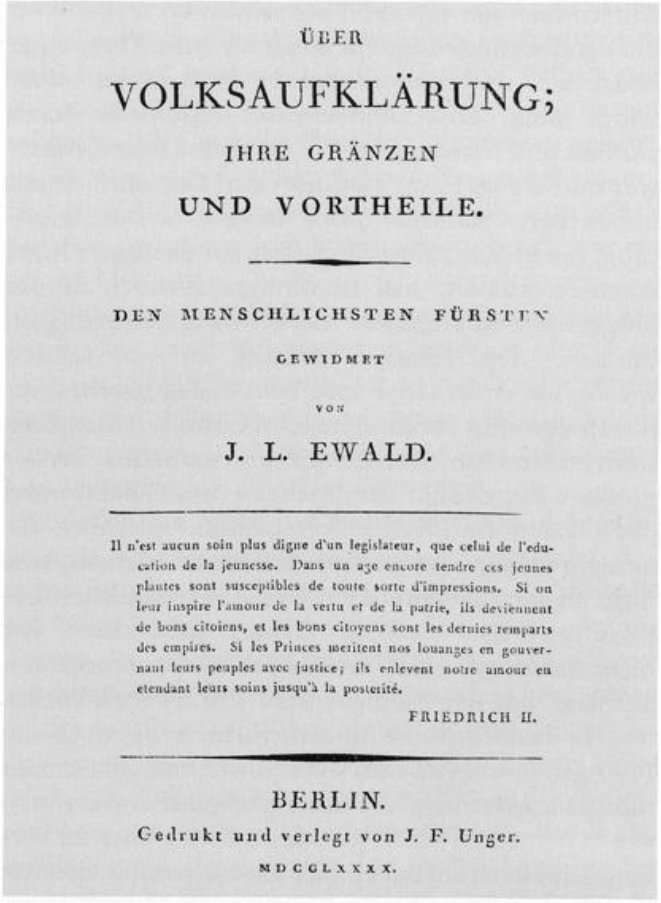
erhebt und die eigentliche Stelle kennt, die der Mensch in demselben bekleidet, muß die Aufklärung für eines der gemeinnützigsten und nützlichsten Geschäfte halten, die ein Mann von Kopf und Herz für sein Zeitalter übernehmen kann. Und vielleicht war es noch nie so verdienstvoll als eben jetzt, da die Vernunft nicht bloß mit der Unwissenheit, dem Aberglauben, der Faulheit und der Bosheit, sondern auch mit der Einbildung, daß es schon hell sei, ob es gleich noch finster ist, zu kämpfen hat" (Lippisches Intelligenzblatt, 14. Stück, Lemgo 1786).

Aufklärung im Sinne einer Volksaufklärung bedeutet für Ewald, „dem Volk richtige Begriffe zu geben". Diese definiert Ewald als „richtige Erkenntniß von den erkennbaren Gegenständen um sich her" sowie als „Bildung des Verstandes, Entwicklung unserer Begriffe, richtige Vorstellung von den Gegenständen um uns her". „Wahre Aufklärung", wie der lippische Generalsuperintendent sie versteht, „arbeitet nur dahin, daß der Mensch ein besserer Mensch werde und das, was er zu tun hat, mit Überlegung auf die beste Art tue; daß er die Kenntnisse erlange, die er als Mensch, als Untertan, Hausvater, Landmann, Handwerker, Kaufmann bedarf; daß diese Kenntnisse richtig seien; daß seine Seele Anstoß habe weiter nachzudenken, wo er in seinem Kreise, zu seinem Geschäfte Nachdenken bedarf". An sich gibt es für solche Aufklärung, da sie zum Wesen des Menschen gehört, keine Grenze, obwohl vieles unerkennbar bleibt und nicht alles wissenswert ist. Dennoch gibt es für das Volk, soweit darunter der „Haufen, der ohne Anlaß nicht nachdenkt", verstanden wird, Grenzen der „Bildung". Das Volk braucht praktische und nicht spekulative Kenntnisse, besonders einschlägige Berufs- und Bibelkenntnisse sowie Kenntnisse seiner Staatspflichten. Doch: „Was das Volk oh-

nehin wissen muß, soll es richtig wissen; die Begriffe, auf die es ohnehin stößt, sollen wahr und klar sein."

Mit Nachdruck werden die Argumente der Aufklärungsgegner zurückgewiesen, daß die Bildung der unteren Volksschichten in dem dargelegten Sinne Freigeisterei und Rebellion nach sich ziehe. Die Auffassung, daß von der Volksaufklärung nur negative Folgen zu erwarten seien, so etwa, daß der staatlich-soziale Zustand durch eine erweiterte Bildung des Volkes gefährdet werden könne, ließ Ewald nicht gelten. Seiner Meinung nach traf das Gegenteil zu: Die politische Schwärmerei nährt sich gerade von der Unwissenheit, Einsicht erhält und fördert die Ordnung, Aufklärung sichert den Bestand des Staates. Für Ewald stand deshalb fest, daß die Französische Revolution ihre Ursache gerade in der Unaufgeklärtheit des Volkes bzw. einer falschen Aufklärung gehabt habe. „Volksdespotismus rächt sich an ... Aristokraten-Despotismus". Bei guter Regierung sind Aufgeklärte oder politisch Gebildete besser zu regieren als Unaufgeklärte. Diese Erkenntnis hatte der Blomberger Amtmann Knefel im Jahre 1791 mit den Worten untermauert: „Den Ton, den man jetzt angibt, das Landvolk nicht aufzuklären, um Händel zwischen Herrschaft und Untertanen zu vermeiden, glauben wir, ist der Sache nicht angemessen. Denn wir wissen aus eigener Erfahrung, daß ein sogenannter Aufgeklärter in einer Viertelstunde 50 bis 60 dumme Landleute nach seinem Willen bestimmen kann, wozu er bei aufgeklärten fünf anderen Landleuten viele Stunden verwenden muß (StA Detmold, L 95 I, S Nr. 18).

Die hier zitierten zeitgenössischen Aussagen lassen erkennen, daß das Wort „Aufklärung" am Ende des 18. Jahrunderts einen Bedeutungswandel erfahren hatte. In einer früheren Phase hatte man von philosophischen und theologischen Ideen abgeleitet, was den Inhalt des Begriffes ausmache. Jetzt hatte sich der Gedanke aus der Höhe der Ideen zur Erde herabgelassen. Aufklärung sollte dem Volke zugewandt, praktiziert werden: Spekulation schlug um in Pädagogik! Diesen Entwicklungsprozeß hatte Ewald gedanklich mit initiiert. Als Generalsuperintendent war ihm zugleich die Möglichkeit gegeben, das pädagogische Programm der Volksaufklärung auch in der Sphäre des Schulalltags zur Geltung zu bringen.



ÜBER

VOLKSAUFKLÄRUNG;

IHRE GRÄNZEN

UND VORTHEILE.

DEN MENSCHLICHSTEN FÜRSTEN

GEWIDMET

VON

J. L. EWALD.

Il n'est aucun soin plus digne d'un legislateur, que celui de l'education de la jeunesse. Dans un age encore tendre ces jeunes plantes sont susceptibles de toute sorte d'impressions. Si on leur inspire l'amour de la vertu et de la patrie, ils deviennent de bons citoiens, et les bons citoyens sont les dernies remparts des empires. Si les Princes meritent nos louanges en gouvernant leurs peuples avec justice; ils enlevent notre amour en etendant leurs soins jusqu'à la posterité.

FRIEDRICH II.

BERLIN.

Gedrukt und verlegt von J. F. Unger.

MDCCLXXXX.

Diese Schrift des lippischen Generalsuperintendenten Johann Ludwig Ewald gehört zu den Standardwerken der deutschen Aufklärungsepoche. In ihr wird eine originale Selbstdeutung der Aufklärung geliefert und die Frage nach dem Selbstverständnis der deutschen Aufklärung aus der Zeit selbst heraus beantwortet. Der Begriff „Volksaufklärung" war seit den 70er Jahren des 18. Jahrhunderts in der Diskussion, und zwar als Ausdruck eines Bildungswillens, der auf die pädagogische Erfassung der unteren Gesellschaftsschichten gerichtet war. Ewalds Untersuchung stellt den breitangelegten Versuch dar, die Problemsituation der deutschen Aufklärung in den Tagen der Französischen Revolution zu skizzieren. Für ihn ist die Aufklärung zu einem politischen und damit pädagogischen Problem geworden. Die vieldiskutierte Frage, auf die Ewald eine Antwort zu geben versucht, ist die nach den Grenzen und Vorteilen der Aufklärung für das Volk. Er beantwortet diese Frage in durchaus positivem Sinne, wenngleich Ewald auch die Auffassung vertritt, daß das Maß der Aufklärung für die Nichtaufgeklärten – also die Frage der Dosierung – von den Aufgeklärten entschieden werden müsse.

Eine auf Reform hin angelegte Schulpolitik mußte, wollte sie nicht bereits im Ansatz stecken bleiben, den Realitäten des Lebens Rechnung tragen. Das wußte Ewald so gut wie jeder andere, der etwas ver-

ändern oder gar etwas Neues einführen wollte. War die Landbevölkerung, vor allem die jener Tage, einer bildenden und erzieherischen Einwirkung überhaupt fähig? Eine Landbevölkerung zumal, deren „Roheit und Unwissenheit ... groß und ausgebreitet" war und die an Sitte, Tradition und Gewohnheit mit unbeirrbarer Standhaftigkeit festhielt? Die Beobachtung, die Ewald zu Beginn seiner Amtstätigkeit hatte machen müssen, ließ berechtigte Zweifel an der Möglichkeit aufkommen, hier etwas in Bewegung zu bringen. „Das hiesige Landvolk ist", so schrieb Ewald, als er im Jahre 1786 sein pädagogisches Reformprogramm verkündete, „im Ganzen genommen noch äußerst roh, grobsinnlich und gefühllos. Bei der größten Popularität im Predigen und Reden wird doch selten ein Prediger verstanden. Sie haben außerdem wenig oder gar kein Interesse für etwas, was nicht in dem beschränkten Kreis des sinnlichen Lebens liegt; und sind, im Ganzen genommen, gar nicht daran gewöhnt, zuzuhören und aufzumerken auf das, was der Prediger sagt. Die meisten verstehen die hochdeutsche Sprache nicht, in der doch alle Prediger predigen. Dies alles zusammengenommen machts schwer und fast unmöglich, auf den erwachsenen gemeinen Mann gerade zu beträchtlich zu wirken. Ich bemerkte dabei, daß die Nation mit eiserner Festigkeit an dem hing, was sie in ihrer Jugend gehört oder gelernt hatten ..." Ewald deckt diese Mißstände auf, weil er sie beseitigen will. Er will einen erzieherischen Prozeß zur Heranbildung neuer Einstellungen, Gewohnheiten und Verhaltensweisen innerhalb der ländlichen Bevölkerung in Gang setzen. Dazu bedurfte es nicht nur der Kenntnis der besonderen Eigenart des ländlich-bäuerlichen Menschen und seiner Umwelt, sondern auch der Einsicht, wo eine im Bemühen um den Menschen notwendige pädagogische Reform einzusetzen habe. „Das einzige Mittel zur Bildung und Aufklärung des hiesigen Landvolks ist das", so skizzierte Ewald den Stand der Überlegungen, „auf ihre Jugend zu wirken, diese Jugend an's Fassen und Verstehen zu gewöhnen, ihr die ersten Grundbegriffe von Religion oder Bibel nicht bloß in das Gedächtnis einzuprügeln, sondern in den Verstand und das Herz einzudrücken, damit sie alsdenn auf diesen Grund weiter fortbauen, lesen, hören und verstehen können" (vgl. StA Detmold, L 65 G, Sect. I, Nr. 7).

Bereits im Jahre 1783 hatte Ewald der Regierung seine ersten „Vorschläge zur Verbesserung und zweckmäßigeren Einrichtung der Landschulen" unterbreitet und Weisungen an die Pfarrer und Lehrer des Landes gegeben, das von ihm entworfene Bildungsprogramm in den Schulen zur Geltung zu bringen. Drei Jahre darauf legte Ewald seine umfassenden Pläne vor, die er 1786 unter der Überschrift „Über Schulhalten, Schulaufsicht und Katechisationen, nebst Nachricht von der Landschuleinrichtung im Gräflich Lippischen, von ihrem Fortgange, von den gehaltenen Schulvisitationen, ihren Folgen und ihrem Nutzen" in einer von ihm herausgegebenen periodischen Zeitschrift mit dem Titel „Über Predigerbeschäftigung und Predigerbetragen" zur allgemeinen Kenntnis brachte.

Der lippische Generalsuperintendent hatte sein pädagogisches Programm mit Bedacht als „Stufenplan" konzipiert. Es galt zunächst der Grundsatz, „bloß bei den ersten und unentbehrlichen Grundsätzen, Religion und Sittlichkeit, anzufangen, weil Menschenkenntnis und Erfahrung lehren, daß man besonders bei noch rohen Menschen nichts wirkt, wenn man zuviel auf einmal wirken will". Danach sollte sich die Schulbildung vorerst darauf beschränken, „daß gesundere Religionsbegriffe eingeflößt, das Lesen erleichtert, durch Schulzucht zweckmäßiger auf Sittlichkeit gewirkt und der künftigen Bildung im Schreiben und Rechnen vorgearbeitet" wurde (StA Detmold, L 65 G, Sect. I, Nr. 7). Energisch drang Ewald auf die Realisierung dieses Minimalprogramms. Um seinem Willen Nachdruck und seinem Werk Bestand zu sichern, begann Ewald in den Jahren 1784/85 mit einer General-Schulvisitation, die den Generalsuperintendenten in alle Schulen des Landes führte. Sein Gesamteindruck: „Es keimt hie und da etwas aus dem gesäten Land hervor, das wie ein kleines Hälmchen aussieht. Interesse für bessere Lehrart wächst und wird besonders von dem Volk, zum Teil mit Enthusiasmus, erkannt. Das Herumreisen und Selbstsehen wirkt, gibt Sporn und Trieb und setzt manches gleich aus seinem unvorteilhaften Lichte heraus, in das es aus Unwissenheit oder Vorsatz war gesetzt worden" (vgl. August Stöber, Johann Gottfried Röderer, von Straßburg und seine Freunde. Briefe an ihn von Goethe, Kayser, Schlosser, Lavater, Ewald ..., Colmar 1874).

Um „das angefangene Werk in Gang zu erhalten", wagte Ewald 1788 den geplanten zweiten Schritt. Denn „natürlich konnte es die Meinung des Consistoriums nicht sein", daß sich der Unterricht für die Landjugend in der Vermittlung religiöser Lehrinhalte erschöpfte, „da jeder künftige Landmann nicht bloß religiös-guter Mensch sein, sondern auch seinen Ackerbau, sein Land aufs beste nutzen, sein Vieh ordentlich behandeln und überhaupt seiner Haushaltung gut vorstehen muß". Danach hatte sich die Schulbildung fortan auf ein ganz praktisches Nahziel zu konzentrieren: Sie sollte durch elementare Bildung die Lebenstüchtigkeit der wirtschaftlich unrentabel arbeitenden Bevölkerung verbessern und sie selbständiger machen. Fleiß, Arbeitsamkeit und haushälterisches Überlegen in den ökonomischen Dimensionen des kleinen Mannes stehen darum als Bildungsziel im Vordergrund. Nur auf diesem Wege konnten nach Meinung Ewalds die wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten gemildert und die Lage des Landmanns grundlegend gebessert werden. Eben deshalb forderte Ewald, daß das Kind schon früh mit jenen Lebenslagen bekannt gemacht werde, in denen es sich später behaupten mußte: „Ackerbau, Viehzucht, Obstbau, Bienenzucht und die brauchbarsten Kenntnisse von der Natur und den Landesgesetzen sind die Ggenstände, die am nächsten liegen, auf die sich also die Bildung der Landjugend zunächst ausdehnen müßte" (vgl. Volker Wehrmann, Die Aufklärung in Lippe. Ihre Bedeutung für Politik, Schule und Geistesleben. Detmold 1972, S. 162f.).

Mit dem hier skizzierten Bildungsprogramm hatte Ewald der Schule der Aufklärung ihr spezifisches Gepräge gegeben. Es galt jetzt, die Geistlichen des Landes für die Sache zu gewinnen und vor allem die Lehrer mit den neuen Inhalten, Methoden und pädagogischen Zielsetzungen vertraut zu machen. Auch diese Arbeit hat Ewald geleistet. Die Lehrerbildung, für die seit 1781 das in Detmold gegründete Schullehrerseminar verantwortlich zeichnete, wurde auf die neuen pädagogischen Ziele ausgerichtet; darüber hinaus wurden – namentlich für die im Amt stehenden Lehrer – einschlägige Handreichungen verfaßt. Bereits 1783 hatte Ewald ein methodisches Handbuch geschaffen, das den Titel trug „Kurze Anweisung zum Unterricht der Jugend für die Küster und Schulmeister der Grafschaft Lippe". 1793 gab Ewald ein „Lesebuch für die Landschulen auch zum Gebrauche der Landleute in ihren Häusern" heraus, das in seinem dritten Teil „Gemeinnützige Kenntnisse" enthielt. Das Lesebuch hat seine Wirkungen gehabt, es ist über die Grenzen Lippes hinausgedrungen, und innerhalb derselben hat es sich bis 1837 gehalten. Mit den „Gemeinnützigen Kenntnissen" war ein neues Element in die Schulwelt eingedrungen. Die Welt in ihrer Weltlichkeit war ein unterrichtswürdiges Objekt geworden, nachdem bis dahin nur die religiösen Lehrstoffe einen Platz in der Schule gehabt hatten (vgl. Hans Sprenger, Johann Ludwig Ewalds Trivialschulen. In: Lipp. Mitt. aus Geschichte und Landeskunde, 41. Bd., Detmold 1972).

Die Aufnahme weltlicher Bildungsgehalte in den Unterricht der Landschule bedeutete freilich nicht, daß damit in gleichem Zuge die religiösen Lehrinhalte zurückgedrängt worden wären. Der Geist, der die Schule der Aufklärung beherrscht, ist nach wie vor ein kirchlicher: Katechismus, Bibel und Gesangbuch bilden die Grundschriften für Schule und Unterricht. An ihnen wird auch das Lesen geübt. Jedoch bleibt auch die Religion von den Aufklärungstendenzen nicht unbeeinflußt. Am sichtbarsten tritt dies in der Kritik zutage, die am Ende des 18. Jahrhunderts der Heidelberger Katechismus erfährt. Der Ruf nach einem „neuen Katechismus" wurde laut! „Hier im Lande und in den meisten reformierten Ländern fehlt es noch an etwas, das zu recht populärem, biblischen Religionsunterricht nötig wäre – an einem guten Katechismus", so äußerte sich Ewald 1786, indem er hinzufügte: „Der Heidelbergische Katechismus hat treffliche Stellen, oft eine Kürze, eine Energie, eine Präcision, die ich bewundere. Wenn man manche Antworten mit Aufmerksamkeit durchlieset, und sich in jene Zeiten versetzt, so erstaunt man oft, wie durch ein gutgewähltes Beiwort einem möglichen Mißverstande vorgebeugt oder eine unbiblische Vorstellungsart berichtigt ist. Ich wollte mit der dogmatischen Kenntnis manches Kandidaten zufrieden sein, wenn er mir manche solcher Fragen, mit allem, was darinnen liegt, gehörig entwickeln, und den Grund mancher Bestimmungen der Kirchengeschichte jener Zeit zeigen könnte ... Aber das Buch hat nur den Fehler, daß es kein Katechismus für Kinder ist ... Die verschlungenen, verwickelten, durch Zwischensätze



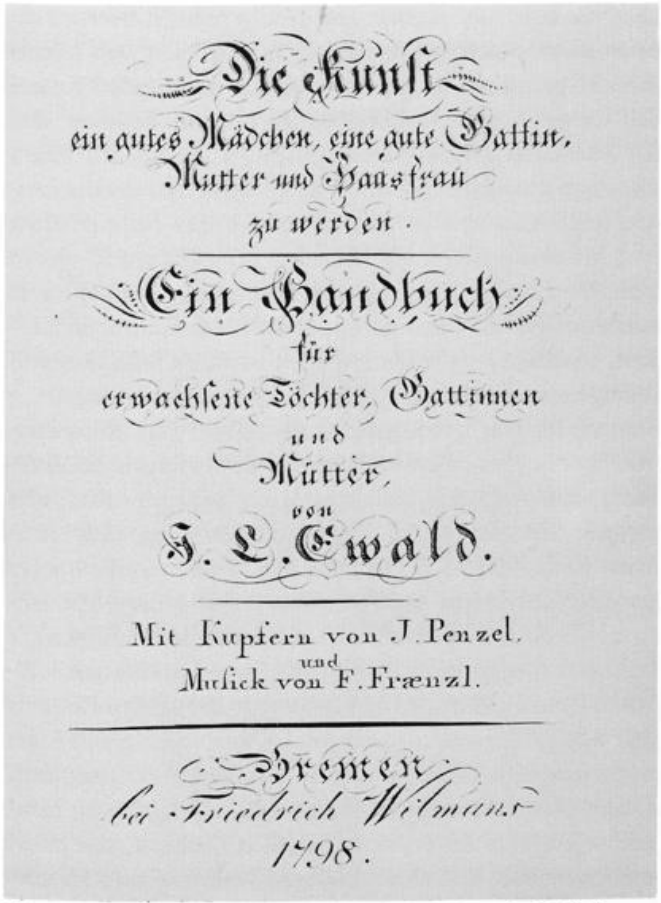
Unter dem Titel „Urania" veröffentlichte Ewald von 1793–1795 eine Zeitschrift „für Kopf und Herz", die theologische, pädagogische und belletristische Beiträge beinhaltete. Goethe geißelte 1796 in seinen „Xenien" die „Urania", ein Indiz dafür, daß er sich mit dem seit 1781 in Lippe amtierenden Generalsuperintendenten Ewald überworfen hatte. In den Xenien hatte Goethe geschrieben: „‚Urania' – deinen heiligen Namen kann nichts entehren, und wenn ihn auf sein Sudelgefäß Ewald, der Frömmelnde, schreibt."

ausgedehnten Perioden, die vieles System ausdrückt, die kein Kind ohne Erklärung versteht ... zeigen es deutlich, daß es kein zweckmäßiges Lehrbuch für Kinder sein kann" (Über Predigerbeschäftigung und Predigerbetragen, 4. Heft, hrsg. von J. L. Ewald, Lemgo 1786, S. 234).

Ewalds offene und öffentliche Kritik an dem Heidelberger Katechismus zog weitere Stellungnahmen nach sich. Auch andere lippische Pastoren, die sich zu den „fortschrittlichen" Kräften in Theologie und Pädagogik zählten, zogen jetzt mit theologischen und pädagogischen Argumenten gegen den Heidelberger Katechismus zu Felde. In der Tendenz war sich die größte Zahl der Theologen darin einig: „Wir benötigen einen anderen Katechismus, worin nebst den Glaubenslehren auch die Pflichten der Moral und eines gottseligen Lebenswandels auf eine rechte Art vorgetragen werden" (StA Detmold, L 65 G, Sect. I, Nr. I).

Nachdem die Theologen selbst den Heidelberger Katechismus glaubten preisgeben zu dürfen, wuchs auch in den Kreisen der Lehrerschaft die Kritik am Heidelberger Katechismus. Sie kämpften mit der Waffe der Pädagogik gegen das alte Buch, das ihnen als Schul- und Unterrichtsbuch untauglich erschien, denn „die Antworten im Heidelberger Katechismus und die Perioden in den Antworten sind gar zu lang, als daß ein Kind sie sollte verstehen können", so urteilte der Detmolder Konrektor Voigt. Er blieb aber nicht bei der Kritik stehen, sondern schlug vor: „Der Unterricht im Heidelberger muß geändert werden. Ein neuer Entwurf müßte eine natürliche Religion, alsdann die christliche Religion selbst enthalten, und zuletzt folge eine Moral, welche in unserem Heidelberger Katechismus gar sehr scheint vergessen zu sein" (StA Detmold, L 65 G, Sect. I, Nr. I).

Die Forderung nach einem neuen Lehrbuch für den Religionsunterricht entsprang aber nicht nur didaktischen Erwägungen; es ging in erster Linie um Inhalt und Tendenz. Die rationalistischen Theologen wollten einen deutlicheren Trennungsstrich zwischen Theologie und Religion – einer Religion fürs Volk – gezogen sehen. Nach ihrer Auffassung gehörte in ein Religionsbuch hinein, was der Mensch zum Leben und Sterben braucht, und sonst nichts. Das Kind sollte nicht in die Begriffssprache der Theologen eingeweiht werden, denn der Lehrer, so formulierte es der Oerlinghauser Pastor v. Cölln, „welcher unverständliche Sätze der Theologie in die Köpfe der Landkinder oder vielmehr in ihr Gedächtnis zwingt, ist einem Knaben gleich, der dürre Zweige in einer gewissen Ordnung in die Erde steckt, sich seiner Arbeit freut, aber umsonst auf Blätter und Früchte wartet" (L. F. A. v. Cölln, Christliches Lehrbuch nach der Geschichte und Lehrer der Bibel für Kinder auf dem Lande, Duisburg 1794, S. IV). Das aber war es, was die Theologen der Aufklärung an dem Heidelberger Katechismus kritisierten: „Überall ist Theologie statt Religion, überall sind verstandesmäßige


Die Kunst
ein gutes Mädchen, eine gute Gattin,
Mutter und Hausfrau
zu werden.
Ein Handbuch
für
erwachsene Töchter, Gattinnen
und
Mütter,
von
J. L. Ewald.
Mit Kupfern von J. Penzel.
und
Musick von F. Fränzl.
Bremen
bei Friedrich Wilmans
1798.

Diese Schrift, in der Ewald seine Gedanken über die Mädchenerziehung niedergelegt hatte, war in Detmold entstanden. Die ersten grundlegenden Überlegungen zu der in seiner Zeit aktuellen Thematik hatte Ewald bereits im Jahre 1789 unter dem Titel „Bemühungen um Verbesserung der weiblichen Erziehung in Detmold" veröffentlicht (vgl. Über Predigerbeschäftigung und Predigerbetragen, 6. Heft, Lemgo 1789).



Diese Vignette hatte Ewald seinem Buch vorangestellt.

theologische Reflexionen und Definitionen" (E. Chr. Achelis, Lehrbuch der praktischen Theologie, 2. Bd., Leipzig 1898, S. 145).

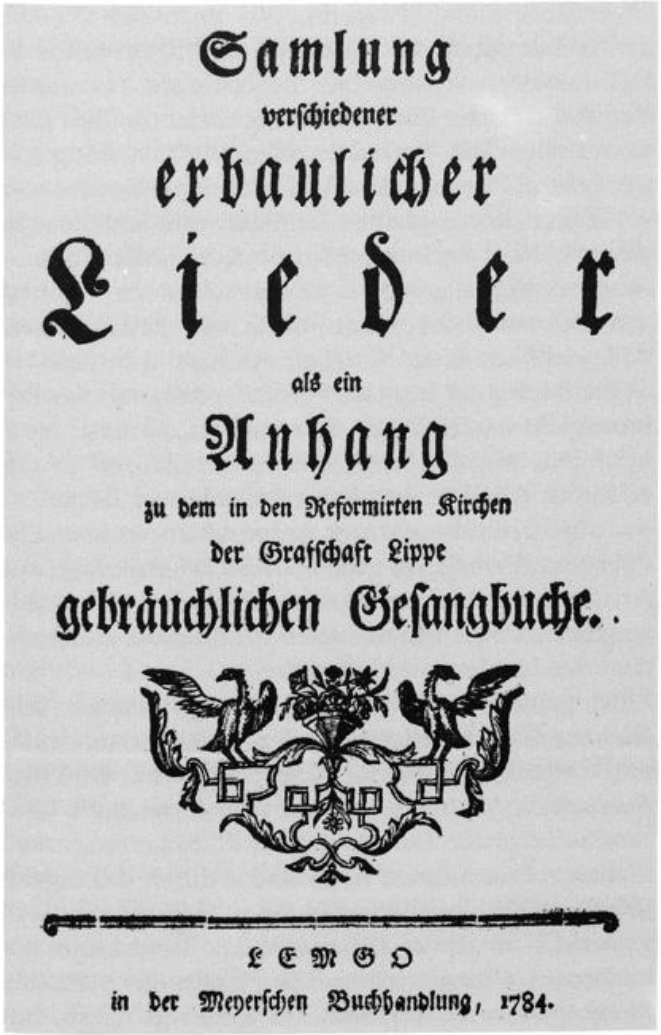
Gegen Ende des 18. Jahrhunderts hatte sich die ehemals geschlossene Front der orthodoxen Theologen, die mit dem Katechismus die evangelische Lehre nach den symbolischen Büchern verteidigt hatte, bereits soweit aufgelöst, daß der Heidelberger Katechismus zur freien Disposition gestellt und an die Einführung eines „neuen, zweckmäßigeren Catechismus" gedacht werden konnte. Am 26. Oktober 1791 hatte Generalsuperintendent Ewald vor dem „theologischen Klubb" – das war die theologische Lesegesellschaft – seine Vorstellungen über „einen Entwurf zum christlichen Religionsunterrichte, der für das ungebildete Kind des rohen Landmanns brauchbar und zweckmäßig wäre", entwickelt und das Erscheinen eines neuen Katechismus angekündigt (vgl. Meine Meinung über die Grundsätze eines christlichen Catechismus für die Landjugend. In: Über Predigerbeschäftigung und Predigerbetragen, hrsg. von J. L. Ewald, 8. Heft, Lemgo 1793).

Doch Ewald fand für diese Aufgabe nicht mehr die Zeit und Kraft. Er sah sich in seinen amtlichen Aktivitäten wie im besonderen bei der Durchsetzung seiner schulreformatorischen Ideen seit Beginn der neunziger Jahre in wachsendem Maße mit Widerständen konfrontiert, die sich unter der Regentschaft Leopold I., der im Jahre 1790 für geisteskrank erklärt und unter Kuratel gestellt worden war, noch verschärften. Die Lage, in die Ewald und mit ihm ein großer Teil der Beamtenschaft geraten war, wird deutlich aus einem Bericht, den Ewald am 16. 1. 1794

dem Fürsten Friedrich Franz von Anhalt-Dessau übermittelte. Ewald beschrieb hier die schwankende Gemüts- und Geistesverfassung des Fürsten und beklagte, daß „die hiesige Lage für einen geraden, fürs Gute warmen Menschen täglich drükender und lästiger" werde. „Der unselige Partheigeist, der immer noch zunimmt, mit seinem jämmerlichen Gefolge der Kabalen und Intriken verhindert sehr viel Gutes und hat auch mich in meinem Kreis an vielem gehindert. Die Curatel unter sich und die Regierung unter sich und die Regierung mit den Landständen und die Landstände unter sich – Alles ist in Uneinigkeit, die Meisten machen Parhtey und suchen Andere zu ihrer Parthey zu ziehen. Ich muß Ihnen gestehen, verehrungswürdiger Fürst, daß ich des hiesigen Lebens anfange, ganz müde zu werden. Die Eigensucht, Herrschsucht, Arglist, das Gehen durch Schleichwege, die Falschheit – alles das ist mir unleidlich, und kein Herr ist da, an den man sich halten, durch den man etwas bestimmtes wirken und zu Stande bringen könnte. Dabei wird mirs, als wenn ich immer in einer drükenden Gewitterluft athmete und ich werde auch eben so matt und so muthlos, etwas auszuführen, wie mans in solcher Gewitterluft wird. Wenn es noch lange so fortgeht, so wird die Jugendbildung und Volksbildung überhaupt, die mir so sehr am Herzen liegt, bald einschlummern, worüber ich blutige Thränen weinen möchte, wenn ich mirs denke" (Die Korrespondenz des Detmolder Generalsuperintendenten Ewald mit dem Fürsten Leopold Friedrich Franz von Anhalt-Dessau 1790–1794/98. In: Lipp. Mitt. aus Geschichte und Landeskunde, 33. Bd., Detmold 1964, S. 170).

Als Ewald diese Zeilen schrieb, war seine amtliche Stellung bereits erschüttert. Er hatte sich im besonderen die Feindschaft der Ritterschaft zugezogen, die es dem lippischen Generalsuperintendenten nicht verzeihen konnte, daß er das große epochale Ereignis der Zeit – die Französische Revolution von 1789 – zum Gegenstand gesellschafts- und sozialkritischer Betrachtungen gemacht hatte (J. L. Ewald, Über Revolutionen, ihre Quellen und die Mittel dagegen, 1792, und Was sollte der Adel jetzt thun?, 1793). Beide Schriften bewirkten, daß ihr Verfasser in die Kritik geriet. Die politische Schriftstellerei hatte den Generalsuperintendenten in eine bedrängte Situation gebracht, die er selbst mit den Worten beschrieb:

„Konnte selbst der Reinste und Heiligste nicht wirken, ohne mißverstanden zu werden, ohne, daß man Ihm falsche Absichten andichtete: wie solte ich Unreiner anders behandelt werden? Aber mein Gewißen giebt mir Zeugniß, daß ich durchaus keine Nebenabsichten hatte, daß ich Alles, was einer Revolution ähnlich sieht, hasse und verabscheue und daß ich durch alles, was ich schrieb, nur Ruhe erhalten und ermahnen wolte, die Ursachen des Mißvergnügens in manchen Ländern wegzuschaffen. Ich schrieb darum zuerst schon im Jahre 1791 Predigten für Unterthanen und Eltern, in denen ich die Unterthanen nach der Bibel zum unbedingtesten Gehorsam gegen die Obrigkeit ermunterte ... Darauf, im Jahr 1792, gab ich die Schrift über Revolutionen heraus, in der ich mich bemühte, die Regenten ehrerbietig, aber freimütig aufmerksam auf das zu machen, was von jeher der Hauptquell aller Revolutionen war. Ich warnte am Ende, von S. 324 an, vor dem ‚gräßlichen Faulfieber der Revolution' und bemühte mich, Mittel anzugeben, wodurch Regenten an ihrer Seite sie verhindern könnten ... Jezt hörte ich von allen Enden und besonders aus dem südlichen Deutschland, daß der Haupthaß des großen Haufens gegen den Adel gehe und daß die Regenten weit weniger als er zu befürchten hätten. Ich fülte mich gedrungen, auch diesem Stande manche Wahrheiten ins Andenken zu bringen ... Ich thats mit Freimütigkeit und Derbheit, aber doch, wie ich meyne, mit dem sichtbaren Willen, Gutes zu wirken und mit dem sichtbaren Widerwillen gegen alle Revolutionen ... Noch viel weniger ist es mir eingefallen, durch Revolutionen einen größeren Wirkungskreiß haben zu wollen. Ich habe meinen Stand selbst und aus Neigung gewält und werde ihn gewis nie verlaßen, wenigstens gewis nie mit einer politischen Laufbahn vertauschen und wenn ich Minister eines großen Fürsten werden könnte. Schon die politischen oder juristischen Geschäfte, die ich hier in meinem Amte zu besorgen habe, sind mir oft eine wahre Last und ich füle mich nie glüklicher, als wenn ich blos meinem eigentlichen Beruf, Ausbreitung des Christenthums und Bildung zur Sittlichkeit und guten Kenntnißen, lebe. Wie solte ich je eine politische Laufbahn wünschen? Ja, ich habe laut gesprochen und furchtlos gehandelt, als eine abscheuliche Kabale dem Land und allen guten Anstalten den Untergang drohte und mit Aufhebung unseres Schulmeisterseminars den Anfang machen wolte ... Ich habe diese zwei Schriften geschrieben, die nicht theologisch sind, aber ich habe damit nichts gewolt, als zu Billigkeit, Menschlichkeit, Gerechtigkeit ermuntern, weil ich glaubte das sey nöthig und recht und es sey ein Wort gerade zu seiner Zeit."


Samlung
verſchiedener
erbaulicher
Lieder
als ein
Anhang
zu dem in den Reformirten Kirchen
der Grafſchaft Lippe
gebräuchlichen Geſangbuche.
LEMGO
in der Meyerſchen Buchhandlung, 1784.

Dieses seit 1753 und dann in weiteren Auflagen erschienene religiöse Liederbuch wurde zum ersten Male als das „in den Reformirten Kirchen der Grafschaft Lippe" gebräuchliche Gesangbuch bezeichnet.

Obwohl Ewald den lippischen Adel in seiner Schrift „Was sollte der Adel jetzt thun?" nicht genannt hatte, fühlte sich dieser dennoch unmittelbar getroffen. Die Ritterschaft forderte die Landesherrschaft auf, Ewalds Schrift im Lande zu konfiszieren und den Verfasser mit einer angemessenen Strafe zu belegen; zugleich wurde der lippische Generalsuperintendent beim Reichshofrat in Wien verklagt. Verärgert schied Ewald 1796 aus dem Amt. Er folgte einem Ruf an die Stephanikirche in Bremen, wo er bis 1804 gewirkt hat. Mit Ewald hatte die Kirche in Lippe „einen talentvollen Chef an der Spitze der Geistlichkeit" (Weerth) verloren.

Ludwig Friedrich August von Cölln

Anfang 1797 wurde mit dem Oerlinghauser Pastor Ludwig Friedrich August v. Cölln wieder ein lippischer Theologe in das Amt des Generalsuperintendenten berufen (der letzte aus dem Kreis lippischer Pastoren gewählte Generalsuperintendent war Christoph Philipp Erb-Brockhausen gewesen, ein Pfarrerssohn aus Brake, der als Amtsvorgänger Stoschs von 1762–1770 als Generalsuperintendent amtiert hatte). V. Cöllns Wahl war unter der Einwirkung der Fürstin Pauline erfolgt, die v. Cölln wegen seiner pädagogischen Neigungen favorisiert hatte. „Von Cölln hatte als Prediger in Oerlinghausen an allem, was in den letzten 15 Jahren für das Schulwesen geschehen war, thätigen Antheil genommen", so schrieb im Jahre 1810 Weerth über seinen Amtsvorgänger, und er fügte hinzu: „Seine Ansichten vom Christenthume stimmten in allen Hauptpunkten mit denen seines Vorgängers (gemeint war Ewald, der Vf.) überein" (Ferdinand Weerth, Über die Elementar-Schulen im Fürstenthum Lippe, Ein historischer Bericht. Duisburg/Essen 1810, S. 24). Bereits kurz nach seiner Amtseinführung, einer „höchst rührenden, wahrhaft heiligen Handlung", berichtete die Fürstin ihrem Bruder: „Cöllns unnachahmliche Würde, ungeheuchelte Frömmigkeit, die edle Einfalt seiner durchaus christlichen Rede, das erschütternde seiner Einführung ließen wenige Augen trocken und allgemein mit dem neuen Lehrer zufrieden, verließ die Versammlung den Gottesdienst" (Hans Kiewning, Fürstin Pauline zur Lippe 1769–1820, Detmold 1930, S. 82).

Ewald hatte eine neue Epoche in der lippischen Schul- und Bildungsgeschichte eingeleitet und Ziel und Richtung festgelegt; es oblag nun dem Amtsnachfolger, das begonnene Werk forzusetzen und zu festigen. Dieser Aufgabe nahm sich v. Cölln mit viel Idealismus an. Er kannte den lippischen Menschenschlag aus seiner langjährigen seelsorgerischen Tätigkeit und er wußte aus Erfahrung und Beobachtung, wo eine im Bemühen um den Menschen notwendige pädagogische Reform einzusetzen habe. Hartes Durchgreifen entsprach nicht seiner Natur; er wollte „durch liebreichen Umgang" den Lehrern ein Freund und Berater sein. „Sein Äußeres sprach Kraft und Würde, sein Inneres war ganz Reinheit und



Ludwig Friedrich August von Cölln, von 1796–1804 lippischer Generalsuperintendent. „Cölln war eine soignierte Persönlichkeit, körperlich und geistig gleich gut gepflegt", ein Idealist, der sich „der Liebe, der Freundschaft und Verehrung überall im Lande" erfreute (Kiewning). Seine Berufung aus der Pfarre in Oerlinghausen an die Spitze des Konsistoriums war von der Fürstin Pauline selbst gefördert worden. Über die Einführung von Cöllns in das neue Amt berichtete die Fürstin ihrem Bruder: „Cöllns unnachahmliche Würde, ungeheuchelte Frömmigkeit, die edle Einfalt seiner durchaus christlichen Rede, das erschütternde seiner Einführung ließen wenige Augen trocken und allgemein mit dem neuen Lehrer zufrieden, verließ die Versammlung den Gottesdienst." In seiner theologischen Auffassung stand v. Cölln weder mit seinem Amtsvorgänger Ewald noch mit seinem Amtsnachfolger Weerth auf einer Linie. Er war kein reiner Rationalist. Von Cölln versuchte vielmehr, in der Verknüpfung von aufklärerischem und pietistischem Gedankengut seinen theologischen Standort zu finden. Was ihn mit Ewald und Weerth vereinte, war das unablässige Bemühen, durch eine Verbesserung der Lehrerbildung die allgemeine Volksbildung auf einen höheren Stand zu bringen. Ein Spiegelbild seiner philanthropischen Bestrebungen sind seine seit 1800 herausgegebenen „Vorschläge und Versuche zur Beförderung des Menschenwohls und der Volkskultur" sowie der in Katechismusform verfaßte „Christliche Unterricht nach der Geschichte und Lehre der Bibel

christlicher Sinn" (Pauline). Wie er in sich die bezwingende Kraft des Glaubens fühlte, so wollte v. Cölln auch den Lehrer zur Begeisterung für seinen Beruf und harter Pflichterfüllung erziehen. Ihm ging es vor allem um die rechte religiöse Einstellung seiner Lehrer: Der tugendhafte Christenlehrer – das war v. Cöllns pädagogisches Leitbild vom Erzieher. In dieser Hinsicht galt sein Hauptaugenmerk im besonderen der geistigen und sittlich-religiösen Hebung des Lehrerstandes, denn ohne die pädagogische Aufgeschlossenheit der Lehrerschaft war, wie v. Cölln richtig erkannt hatte, eine pädagogische Reform nicht durchsetzbar. So schuf v. Cölln u. a. „eine Lesebibliothek für Prediger und Schullehrer" in der erklärten Absicht, mit dieser Einrichtung „allgemeiner auf Fortbildung durch Lektüre" zu wirken. Die dafür zur Verfügung gestellten 50 Taler dienten zur Anschaffung des wichtigsten zeitgenössischen pädagogischen Schrifttums, das v. Cölln unter den Lehrern des Landes zirkulieren ließ.

Pflichtgemäß visitierte v. Cölln in regelmäßigen Abständen die Schulen des Landes, beobachtete, prüfte und erstattete dann der Regierung seine Berichte. Aus seinen Ausführungen geht hervor, daß die Lehrerschaft das von Ewald initiierte Bildungsprogramm in sich aufgenommen hatte und – durch das eigene gehobene Bildungsniveau in ihrem Selbstbewußtsein gestärkt – in ihrem Unterricht mit Überzeugungskraft zur Geltung brachte. Die Fürstin, die v. Cöllns Berichte stets aufmerksam zur Kenntnis nahm, hat den Lehrern gegenüber mit Lob, Auszeichnungen und anerkennenden Worten nicht gespart.

Die Hinwendung zu Schule und Lehrerschaft bedeutete nicht, daß v. Cölln dadurch seinen theologischen Auftrag vernachlässigt hätte. Er stand nicht nur mit den Pfarrern des Landes in regem Gedankenaustausch; auch auf literarischem Gebiet war v. Cölln unermüdlich tätig. Denn die schriftstellerische Betätigung gehörte in der Zeit der Aufklärung förmlich zu den Standespflichten. Eine der wichtigsten Aufgaben, die sein Amtsvorgänger Ewald ihm hinterlassen hatte, führte v. Cölln zum Abschluß: Er ersetzte

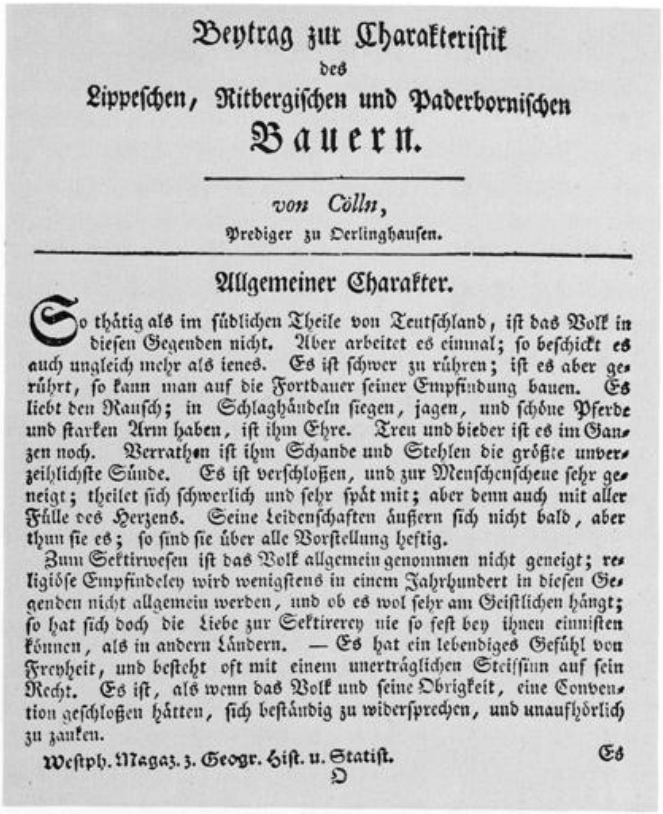
für Kinder auf dem Lande" (Duisburg 1794). Theologisch aufschlußreich vor allem seine „Gedanken über das Göttliche im Menschen und seine Folgen" (Quedlinburg 1797) und seine „Briefe über den neuen Sektennamen Lavaterianismus" (Hannover 1793).

den Heidelberger Katechismus durch ein „Christliches Lehrbuch zum Gebrauch für die Jugend in Bürger- und Landschulen", das v. Cölln selbst verfaßt und im Jahre 1802 im kirchlichen und schulischen Unterricht einführte. Damit hatte v. Cölln einen neuen zeitgemäßen Katechismustyp, den „Leitfaden", geschaffen, der – in eine Glaubens- und Pflichtenlehre gegliedert – mit den bezeichnenden Worten begann: „Von dem Nachdenken, das der Mensch bedarf, um zu einer Erkenntnis zu kommen, die ihn weise und glückselig macht." Der Grundtenor, von dem dieser rationalistische Katechismus durchzogen wird, erhellt hinreichend deutlich aus folgender Textstelle: „Es ist der Wille deines Gottes, daß du in deinem Leben auf Erden wachsen sollst an Erkenntnis, um weise und gut zu werden, und daß du weise und gut werden sollst, um ewig glückselig zu sein. Dazu sollen die Glaubenslehren wirken."

Zugleich wurde, wozu schon Ewald mit seinem mehrbändigen „Lesebuch für die Landschulen auch zum Gebrauche der Landleute in ihren Häusern" in den Jahren 1788/1793 die Voraussetzungen geschaffen hatte, der Unterricht in der Religion auf die Grundlage des biblischen Unterrichts gestellt. Auch hierzu hatte v. Cölln bereits früher einen Beitrag mit dem von ihm verfaßten „Christlichen Unterricht nach der Geschichte und Lehre der Bibel für Kinder auf dem Lande" (Duisburg 1794) geleistet. Eine weitere einschlägige Schrift war im Jahre 1802 erschienen. Sie trug den Titel: „Biblische Grundlage eines christlichen Religions-Unterrichts mit Liedversen erläutert", verfaßt von dem Braker Pastor Johann Karl Ludwig Stockmeyer.

Parallel zu der Katechismusreform vollzog sich in der Amtszeit v. Cöllns die „Gesangbuchrevolution". In Anknüpfung an die Vorarbeiten des Generalsuperintendenten Stosch veröffentlichte v. Cölln 1799 ein mit zeitgenössischem Liedgut angereichertes „Neuvermehrtes nach der Ordnung des Heidelbergischen Katechismi eingerichtetes Gesangbuch mit einigen nötigen Veränderungen", das dem Geist der Zeit nach Moral- und Pflichtenliedern Rechnung trug.

Damit hatte v. Cölln, dem Geist der Zeit folgend, das in den siebziger Jahren des 18. Jahrhunderts begonnene Reformwerk in Kirche und Schule konsequent fortgeführt. Als v. Cölln im Jahre 1804 unverhofft starb, da war es die Fürstin Pauline, die das breite Spektrum seiner amtlichen Tätigkeit noch einmal öffentlich mit den Worten würdigte: „Er ließ sich das Schulwesen immer als Lieblingsfach angelegen sein,



Beytrag zur Charakteriſtik
des
Lippeſchen, Ritbergiſchen und Paderborniſchen
Bauern.

von Cölln,
Prediger zu Oerlinghauſen.

Allgemeiner Charakter.

So thätig als im ſüdlichen Theile von Teutſchland, iſt das Volk in dieſen Gegenden nicht. Aber arbeitet es einmal; ſo beſchickt es auch ungleich mehr als jenes. Es iſt ſchwer zu rühren; iſt es aber gerührt, ſo kann man auf die Fortdauer ſeiner Empfindung bauen. Es liebt den Rauſch; in Schlaghändeln ſiegen, jagen, und ſchöne Pferde und ſtarken Arm haben, iſt ihm Ehre. Treu und bieder iſt es im Ganzen noch. Verrathen iſt ihm Schande und Stehlen die größte unverzeihlichſte Sünde. Es iſt verſchloßen, und zur Menſchenſcheue ſehr geneigt; theilet ſich ſchwerlich und ſehr ſpät mit; aber denn auch mit aller Fülle des Herzens. Seine Leidenſchaften äußern ſich nicht bald, aber thun ſie es; ſo ſind ſie über alle Vorſtellung heftig.

Zum Sektirweſen iſt das Volk allgemein genommen nicht geneigt; religiöſe Empfindeley wird wenigſtens in einem Jahrhundert in dieſen Gegenden nicht allgemein werden, und ob es wol ſehr am Geiſtlichen hängt; ſo hat ſich doch die Liebe zur Sektirerey nie ſo feſt bey ihnen einniſten können, als in andern Ländern. — Es hat ein lebendiges Gefühl von Freyheit, und beſteht oft mit einem unerträglichen Steifſinn auf ſein Recht. Es iſt, als wenn das Volk und ſeine Obrigkeit, eine Convention geſchloßen hätten, ſich beſtändig zu widerſprechen, und unaufhörlich zu zanken.

Weſtph. Magaz. z. Geogr. Hiſt. u. Statiſt. Es

Am Ende des 18. Jahrhunderts war es unter dem Einfluß des „Rousseau'schen Sentiment" Mode geworden, sich mit der Welt des Ländlichen zu beschäftigen. Mit Vorliebe wurde der Landmann zum Gegenstand der Betrachtung gemacht. Dies geschah vor allem in pädagogischer Absicht: Wollte man die durch Gewohnheiten, Sitten und Traditionen festgelegten Verhaltensweisen des Landvolks verändern, dann war es notwendig, die besondere Lage des Landmanns genau zu kennen. Eine sorgfältige Analyse der bäuerlichen Lebensverhältnisse öffnete den Blick für die ländlichen Realitäten, die eine zielstrebige Reformpolitik zu berücksichtigen hatte.

Diesen in der Literatur bis heute vielzitierten Beitrag hatte den Oerlinghauser Pastor Georg Konrad v. Cölln zum Verfasser, der seine „Ethnographie" 1784 im „Westphälischen Magazin zur Geographie, Historie und Statistik" (Dessau/Leipzig) erscheinen ließ. 1790 erschien v. Cölns Beitrag erneut in der von v. Donop herausgegebenen „Historisch-geographischen Beschreibung der Fürstlich-Lippischen Lande in Westphalen". Laut v. Donop war v. Cölln „der Erste, welcher den Lippischen Landmann so richtig und treffend gezeichnet hat, daß vielleicht nur wenige Züge zur Vervollkommnung des Gemähldes angebracht werden können". (Vgl. Volker Wehrmann, Der lippische Landmann am Ende des 18. Jahrhunderts in zeitgenössischer Beurteilung. In: Lipp. Mitt. aus Geschichte und Landeskunde, 47. Bd., Detmold 1978, S. 111 f.)



Predigt

gehalten am 23ten May 1802

dem

Tage der Bekanntmachung

der

Regentschaft

über

die wahre Regenten-Würde

von

Ludwig Friederich August von Cölln

Generalsuperintendenten und Prediger der Gemeinde zu Detmold.

Auf Höchsten Befehl gedruckt.

Lemgo

Die Übernahme der Regentschaft durch die Fürstin Pauline nahm v. Cölln zum Anlaß, über „die wahre Regenten-Würde" zu predigen.

entwarf eine Einrichtung zum Aufbau neuer Schulhäuser, welche er auch bei unzähligen Schwierigkeiten zum Teil schon ausführte, wußte bei den Visitationen auf Lehrer und Schüler und ganze Gemeinden den gesegnetsten Eindruck zu machen, vervollkommnete das Seminar und verschaffte den Schullehrern höhere Besoldungen. Durch sein vorzügliches christliches Lehrbuch half er einem großen Bedürfnis ab, und durch die Mitteilung seiner Wärme für Erwerbschulen entstanden deren in Städten und auf dem Lande, die, bis er einschlummerte, unter seiner nahen Aufsicht waren. Er war das Hauptwerkzeug zur Instandsetzung besserer Armenanstalten, und eine Reise in dieser Absicht, ohne bei seinem kränklichen Körper die Witterung zu scheuen, beförderte leider wahrscheinlich das traurige, hitzige Schleim- und Nervenfieber, was ihn dahinriß" (Lippisches Intelligenzblatt vom 25. 2. 1804).

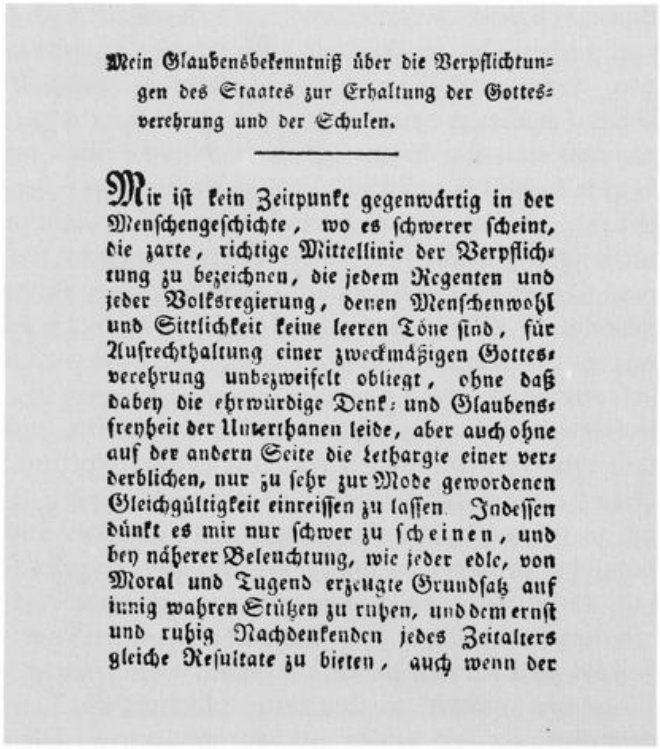
Fürstin Pauline und Ferdinand Weerth

Am 18. Mai 1802 hatte Fürstin Pauline im Alter von 33 Jahren die Regentschaft übernommen. Als sie am 3. Juli 1820, nach über 18 Jahren, die Regierung in die Hände ihres Sohnes legte, da ahnte die Fürstin noch nicht, daß ihr nur noch eine kurze Lebensspanne beschieden war. Pauline starb noch im gleichen Jahr, am 29. Dezember 1820. Die Trauer um sie war „allgemein und groß, denn sie war die wahre Landesmutter gewesen (H. Schelling, Das Leben und Wirken des Generalsuperintendenten F. Weerth besonders als Schulmann in Lippe, nebst einer Vorerinnerung an die Fürstin Pauline zur Lippe, 1905, S. 11).

Groß war auch die Zahl derjenigen, die das Leben und Lebenswerk der Fürstin zu würdigen wußten. Zu ihnen gehörte in jenen Tagen Ferdinand Weerth, den die Fürstin selbst im Jahre 1805 als Nachfolger v. Cöllns in das Amt des Generalsuperintendenten berufen hatte. In seiner Funktion als erster Geistlicher des Landes hatte Weerth der Fürstin das letzte Geleit gegeben. Zugleich war Weerth einer Pflicht nachgekommen, der er glaubte sich entledigen zu müssen: Er widmete der Fürstin einen Nachruf, den er zusammen mit zwei Gedächtnispredigten im Jahre 1821 veröffentlichen ließ. Was Weerth an Pauline zu würdigen wußte, war das Fürstliche in ihrem ganzen Wesen, ein ungewöhnliches Maß von Geisteskraft, die Energie des Willens, bedeutende Kenntnisse, die rastlose Tätigkeit und nicht zuletzt den Ernst ihrer sittlichen Forderungen und religiösen Überzeugungen. „Schon der große Verstand der Fürstin, verbunden mit der bei ihr sich findenden ungewöhnlichen Kraft des Willens, würden die von ihr in einigen Hauptzügen entworfene Schilderung erklären. Es kam aber auch bei ihr Religiosität hinzu, frommer Sinn und christlicher Glaube. Alles was nur von fern den Anschein von Frömmelei hat oder als solche gedeutet werden kann, war ihr fremd; aber sie hatte tiefe Ehrfurcht vor Gott und dem Erlöser. Ein ‚Es ist nicht recht vor Gott' war bei ihr durchaus entscheidend" (Weerth).

Das Bild, das Weerth von der Fürstin Pauline entworfen hatte, deckte sich mit eben jenen politischen und religiösen Grundüberzeugungen, die die Fürstin wenige Monate nach der Übernahme der Regentschaft als förmliches Regierungsprogramm verkün-

det hatte: „Mein Glaubensbekenntniß über die Verpflichtungen des Staates zur Erhaltung der Gottesverehrung und der Schulen", so war die Regierungserklärung überschrieben, die die Fürstin in v. Cöllns „Beyträgen zur Beförderung der Volksbildung" im Jahre 1803 veröffentlichen ließ.
Für Pauline hatte der Staat keinen anderen Zweck als den der allgemeinen Wohlfahrt und keine andere Norm als die der Staatsräson (vgl. hierzu und im folgenden: Elisabeth Solle, Glaube und soziales Handeln der Fürstin Pauline 1769–1820. In: Lipp. Mitt. aus Geschichte und Landeskunde, 38. Bd., Detmold 1969, S. 122f.). Es war jenes im Naturrecht verankerte Verständnis des Staates, zu dem sich bereits ein Menschenalter zuvor Graf Simon August bekannt hatte. Paulines Grundthese für ein gesundes Staatswesen lautete: „Für die Fürstin giebt es keine vernünftigere politique, als eine Staats Religion aufrecht zu erhalten, die die Existenz ihrer Stühle stützt und ihnen und ihren Kindern allein den Platz erhält, welchen sie nicht verlassen wollen." Denn „was bindet Regenten und Unterthanen unauflöslicher, was kann ein rührender Vereinigungspunkt ganz verschiedener Stände seyn, als ein Glaube, eine Hoffnung für alle, als gemeinsamer Hinblick auf eine vollkommenere Welt und den menschenfreundlichen Stifter der einfachsten beglückendsten Lehre?" Von dieser Grundüberzeugung ausgehend, stellte Pauline folgerichtig die Frage: „Was darf, was kann, was soll nun aber der Staat zur Erhaltung der Würde öffentlicher Gottesverehrung leisten und zur Pflicht sich machen." Ihre Antwort: „Das Haupt oder die Häupter der Regierung, der Regent und die Seinigen, müssen selbst das erste Beyspiel der Religions Würdigung geben, wann es ihnen ernst ist, sie unumstößlich bei ihrem Volck zu gründen." Nichts kennzeichnet deutlicher Paulines religiöses Verständnis und ihre hohe Auffassung von den Pflichten eines Regenten, als das folgende persönliche Bekenntnis: „So schädlich, so verhaßt nur für einen Fürsten Pietismus ist, so kenne ich dagegen nichts schöneres und rührenderes als ein milder, liebevoller Regent in der treuen Ausübung empfundener Religionspflichten, umgeben von einer nicht geringen Zahl derer, die ihm anvertraut wurden. Wird er nach solchen köstlichen Rührungen, einer Folge dieses gemeinschaftlichen Gottesdienstes, nicht geneigter zum Wohlthun, zur Barmherzigkeit, aufgelegter zu würdevollen, wahrhaft großen Thaten seyn, als nach einem Zeittödtenden, Geist und Körper erschlaffenden Hoffest?" Doch das alles gilt für Pauline nur unter der Prämisse, daß sich die Frömmigkeit auch tatsächlich im Handeln auswirkte: „Und doch ist diese äußere Verehrung, dieses öffentliche Bekenntnis bey weitem nicht alles, was die Religion von den Herrschern fordert. Die zweyte, die größere Pflicht ist, durch ihren Wandel zu zeigen, daß jene Zeugnisse nicht Larve waren. Sie müssen redlich, sichtlich und unermüdlich streben, auch in der That Christen zu seyn."
Damit stand der Regent gegenüber der Kirche und den Predigern in einer besonderen Verantwortung: „Ist es ... einem christlichen Fürsten nicht gleichgültig, in wie weit seine Diener religieus dencken und handeln, so kann es ihm noch weniger entgehen, wie die Würde der Gottesverehrung zu ihrer Aufrechterhaltung auch eine besondere Aufmercksamkeit für und auf den geistlichen Stand nothig macht." Es gehöre deshalb zu „den Hauptpflichten des Landesherrn, zu den ersten, so viel möglich zu allen geistlichen Würden edle, rechtschaffene, unterrichtete Männer von fleckenlosem Ruf zu wählen." Pauline wußte um die verantwortungsvolle Aufgabe, die dem Regenten erwuchs, im besonderen wenn es galt, einen „redlichen, aufgeklärten, thätigen Mann ... an die Spitze des geistlichen Standes" zu berufen, bei dem verbürgt war, daß ihm „seine Religion das Liebste und heiligste ist und der in der treuen Erfüllung seines göttlichen Berufes, in der Beförderung reiner Sittlichkeit sein höchstes Glück findet" (StA Detmold, L 77 B, Fach 24, Nr. 4b).
Vor eine solche sorgenschwere Entscheidung sah sich die Fürstin im Jahre 1804 selbst gestellt, als es galt, die durch den Tod v. Cöllns vakant gewordene Stelle des Generalsuperintendenten wieder mit einem Manne zu besetzen, der in der beschriebenen Ideenrichtung tatkräftig wirken würde, der als aufgeklärter Theologe seinerseits Aufklärung verbreiten könnte. Auf dieser Grundlage mußte ein neuer Generalsuperintendent gesucht und gefunden werden. Nach langen Bemühungen und ausgedehnten Erkundigungen hatte die Fürstin einen Theologen gefunden, der ihren Vorstellungen entsprach. Es war Ferdinand Weerth, der, 31jährig, seit 1796 als Pastor in Kettwig amtierte. Am 26. 9. 1805, inmitten der Be-



Mein Glaubensbekenntniß über die Verpflichtungen des Staates zur Erhaltung der Gottesverehrung und der Schulen.

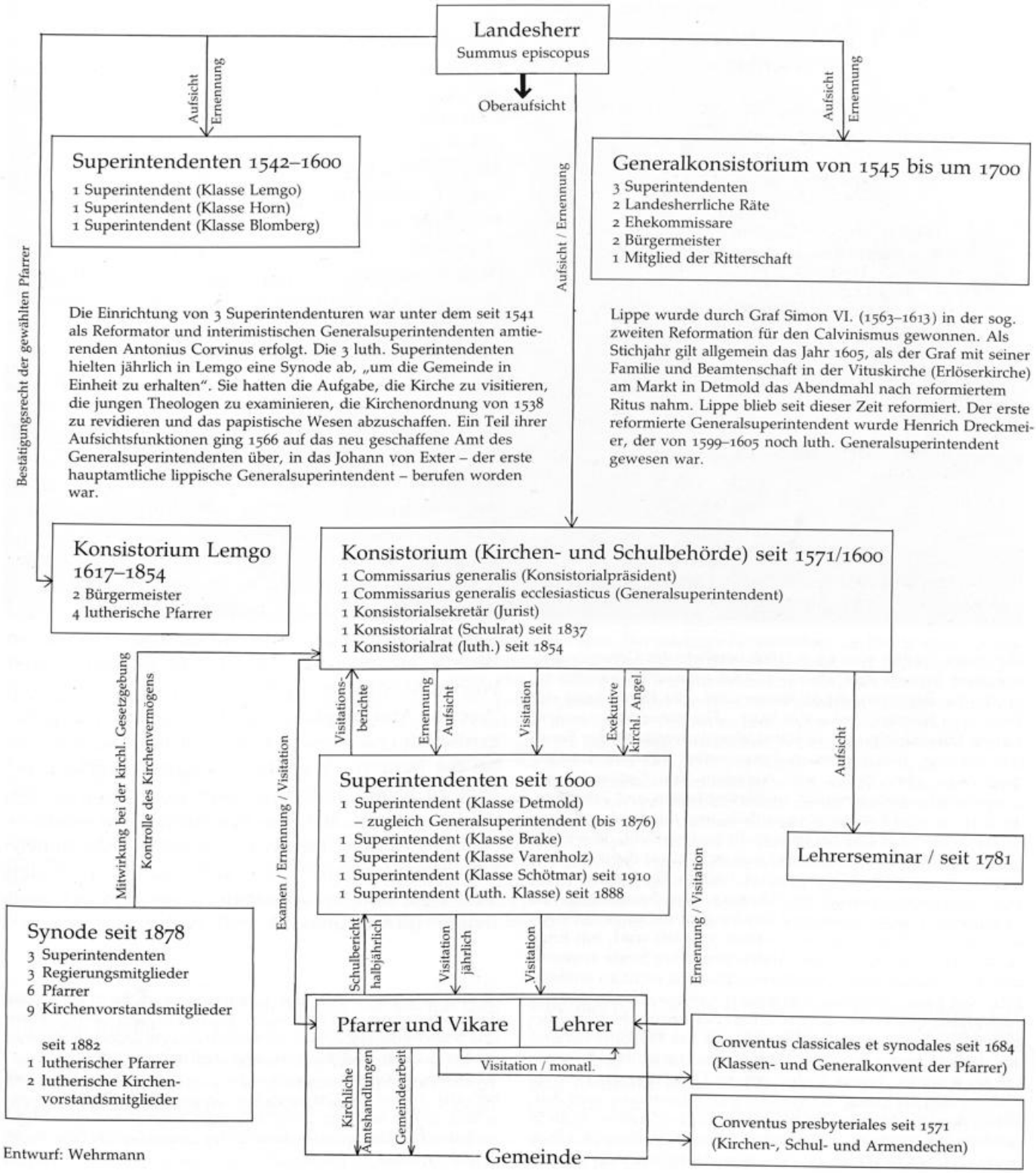
Mir iſt kein Zeitpunkt gegenwärtig in der Menſchengeſchichte, wo es ſchwerer ſcheint, die zarte, richtige Mittellinie der Verpflichtung zu bezeichnen, die jedem Regenten und jeder Volksregierung, denen Menſchenwohl und Sittlichkeit keine leeren Töne ſind, für Aufrechthaltung einer zweckmäßigen Gottesverehrung unbezweifelt obliegt, ohne daß dabey die ehrwürdige Denk- und Glaubensfreyheit der Unterthanen leide, aber auch ohne auf der andern Seite die Lethargie einer verderblichen, nur zu ſehr zur Mode gewordenen Gleichgültigkeit einreiſſen zu laſſen. Indeſſen dünkt es mir nur ſchwer zu ſcheinen, und bey näherer Beleuchtung, wie jeder edle, von Moral und Tugend erzeugte Grundſatz auf innig wahren Stützen zu ruhen, und dem ernſt und ruhig Nachdenkenden jedes Zeitalters gleiche Reſultate zu bieten, auch wenn der

Diesen selbst verfaßten Beitrag ließ die Fürstin Pauline, ein Jahr nach Antritt ihrer Regentschaft, in den von dem Generalsuperintendenten v. Cölln herausgegebenen „Vorschläge(n) und Versuche(n) zur Beförderung des Menschenwohls und der Volkskultur" (Frankfurt 1803) veröffentlichen. Die Abhandlung beinhaltete gleichsam das Regierungsprogramm der Fürstin. In ihren Reflexionen über die „Bestimmung" des Regenten und die Funktion des Staates legte Pauline als Ziel fest: die allgemeine Wohlfahrt, d. h. die Verpflichtung für das geistige und wirtschaftliche Wohlergehen der Untertanen, Toleranz, Denkfreiheit und die „Aufrechterhaltung öffentlicher Gottes Verehrung" sowie die Einrichtung des Staates nach den Prinzipien der Staatsräson. Die Verpflichtung, die dem Regenten in kirchlich-religiöser Hinsicht oblag, brachte Pauline auf die Formel: „Das Haupt oder die Häupter der Regierung, der Regent und die Seinigen, müssen selbst das erste Beyspiel der Religions Würdigung geben, wann es ihnen ernst ist, sie unumstößlich bei ihrem Volck zu gründen. Aber sie dürfen nicht glauben, daß äußere Nachahmung gewöhnter kirchlicher Gebräuche genüge. Es muß ihnen kein leeres céremoniel seyn, wobei sie weder dencken noch fühlen dann sonst versündigen sie sich an ihrer eigenen Vervollkommnung und hindern ihren unläugbar großen, wesentlichen Zweck. Nun selbst durchdrungen von der Erhabenheit, von dem sichtlichen Himmels Ursprung jener einzigen göttlichen Anstalt zu des ganzen Menschengeschlechts Glückseligkeit muß es ihnen, in sofern sie gut und gefühlvoll sind, so süß düncken, verbunden mit ihren zahlreichen so verschiedenen Kindern den zu verehren, der ihr bester Wohlthäter ist. So schädlich, so verhaßt nur für einen Fürsten Pietismus ist, so kenne ich dagegen nichts schöneres und rührenderes als ein milder, liebevoller Regent in der treuen Ausübung empfundener Religionspflichten, umgeben von einer

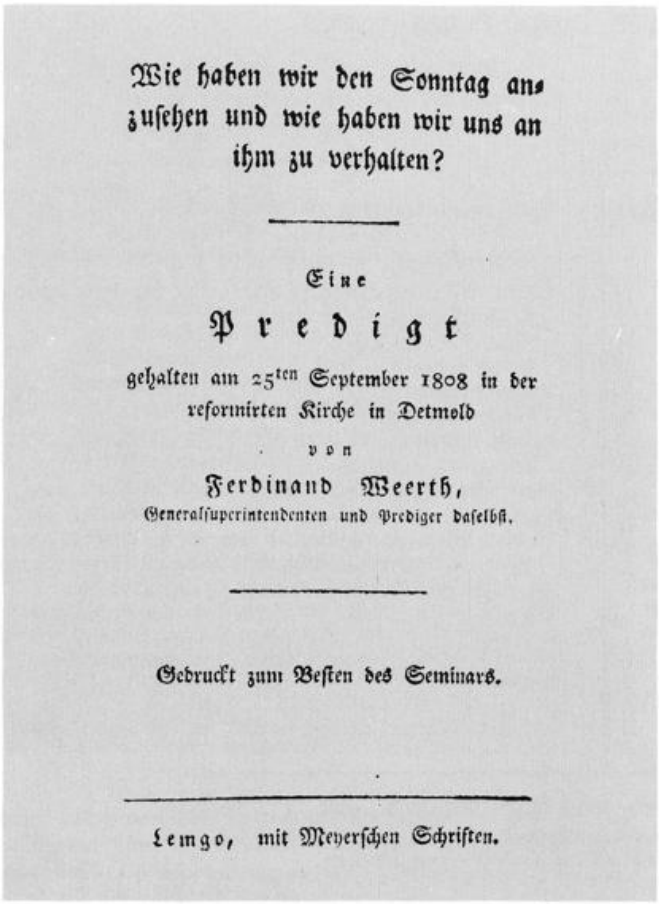
rufungsverhandlungen, schrieb Pauline an Weerth: „Wohl ist mir der religiöse Zustand und das Schulwesen des mir anvertrauten Landes eine der ersten Angelegenheiten, wohl wünsche ich, daß alles bisher Gelungene erhalten, auch immer neue Fortschritte gemacht werden mögen. Sehr tief habe ich des frommen, redlichen, rastlosen Cölln frühen Verlust betrauert, und eine große Sorge wird von mir genommen sein, wenn ich mir sagen kann, ein Verwandter seines Glaubens und Sinnes ist an seine Stelle getreten (StA Detmold, L 77 B, Fach 24, Nr. 10).
Besorgt und ungehalten über die Versuche der preußischen Behörden, Weerth in seinem Amt zu halten, ließ die Fürstin weitere Briefe folgen, sichtlich bemüht, Weerth die Entscheidung zu erleichtern. „Dort (in Preußen, der Vf.) öffnet man Ihnen beyweitem den Würkungskreis nicht wie hier", so gab die Fürstin zu bedenken, „dort sind die Fesseln der Menge, hier sind sie völlig frey nach Überzeugung und Gewissen zu handeln. Sie sind Mitglied des Consistorii, Sie bearbeiten und ordnen alles was Kirchen und Schulsachen betrifft, so wie Ihr weltlicher College die Rechtssachen. Sie bedürfen keiner Ressorts, keiner Departements, keiner Umweege, nur allein meiner Beystimmung. Sie können zu mir kommen, mir schreiben, mich sprechen, wann und wie oft Sie wollen, und so viel trauen Sie mir doch wohl jetzt schon zu, und werden es ziehmlich allgemein hören, daß es nicht schwehr ist, mit mir zu arbeiten, daß ich herzlich guten Willen und ausgezeichnete Wärme für Religion und Schulen habe. Ich lebe bloß meinen Geschäften und Pflichten, ich arbeite in allen Fächern selbst, wohne allen Sitzungen der Regierung und Cammer, gewöhnlich von 9 bis 2 Uhr in Person bey, liebe keine geräuschvolle Freuden und kenne keine Erhohlung als die Gesellschaft meiner Kinder und Lectüre. Seit Cölln Tode habe ich jede Kleinigkeit, die im geistlichen Fach vorfiel, selbst gewußt, selbst

nicht geringen Zahl derer, die ihm anvertraut wurden. Wird er nach solchen köstlichen Rührungen, einer Folge dieses gemeinschaftlichen Gottesdienstes, nicht geneigter zum Wohlthun, zur Barmherzigkeit, aufgelegter zu würdevollen, wahrhaft großen Thaten seyn, als nach einem Zeittödtenden, Geist und Körper erschlaffenden Hoffest?" Die Fürstin war der festen Überzeugung, daß die Förderung der Religion und einer echten Religiosität die Grundvoraussetzung für ein gesundes Staatswesen ist. Eben deshalb lag auch der Akzent ihrer Regentschaft auf der „Aufrechterhaltung öffentlicher Gottes Verehrung".

Die Kirchenverfassung in Lippe (1542–1915)



Entwurf: Wehrmann



Wie haben wir den Sonntag anzusehen und wie haben wir uns an ihm zu verhalten?

Eine

Predigt

gehalten am 25ten September 1808 in der reformirten Kirche in Detmold

von

Ferdinand Weerth,

Generalsuperintendenten und Prediger daselbst.

Gedruckt zum Besten des Seminars.

Lemgo, mit Meyerschen Schriften.

Mit dieser Predigt vom 25. 9. 1808 berührte der Generalsuperintendent Weerth eine am 14. 9. 1808 erlassene Verordnung, in der die Regierung ihr Mißfallen über „die Entweihung der Sonn- und Festtage" bekundet hatte. „Die immer mehr zunehmende Entweihung und zweckwidrige Anwendung der Sonn- und Festtage, indem man an ihnen, selbst während des Gottesdienstes, ohne Scheu sich Aufsehen und Geräusch erregende Berufsarbeiten erlaubt, in Wirthshäusern und Schenken, Kaufmanns- und Krämerladen aufhält, und mit Spiel und Tanz belustigt, macht es Uns zur heiligen Regentenpflicht, diesem Ärgerniß gebenden Unwesen, wodurch nicht allein die öffentliche religiöse Feyer solcher Tage gestöret, und die Theilnahme an ihr verhindert, sondern auch der Mitzweck ihrer Anordnung, daß sie zugleich Tage der Ruhe und Erholung für die körperliche Arbeit ermüdete Volksclasse seyn sollen, vereitelt wird, mit Ernst zu steuern." Es wurde unter Androhung einer Strafe angeordnet, den Sonntag durch Arbeitsverrichtungen nicht zu entheiligen. Nur ganz bestimmte Tätigkeiten wurden erlaubt. So war „das Hüten des Viehes durch Hirten, das unaufschiebliche Begießen der Bleichen, und auf dem Lande des Morgens vor und des Abends nach 6 Uhr das Herbeiholen der nöthigen Futterkräuter gestattet. Ferner dürfen geringe Leute und das Gesinde Nachmittags nach dem Gottesdienste zum Jäten oder zum Aufziehen ihres Flachses in aller Stille wohl ins Feld gehen. Auch in eintretenden würklichen Nothfällen, wenn zum Beispiel anhaltende ungünstige Witterung eine eilige Feldarbeit, oder das Bedürfnis des Reisenden eine unaufschiebliche Schmiede- oder Radmacherarbeit erfordert, sollen solche vor dem Gottesdienste und nach Endigung desselben verstattet seyn, jedoch muß dazu in den Städten und Flecken, wie auch in den Kirch- und geschlossenen Dörfern, vorin sich ein Untervogt oder Bauerrichter befindet, vorher die Erlaubniß bey der Obrigkeit oder in Ermangelung dieser bey den Unterbedienten jedes Ortes, die solche nach den Umständen zu ertheilen oder zu versagen haben, nachgesucht werden."

entschieden, und ich schreibe Ihnen, lieber Herr General Superintendent, alle diese Details, damit Ihnen die Fürstin nicht fremd sey, zu der Sie hoffentlich bald eilen" (StA Detmold, L77 B, Fach 24, Nr. 10, ferner: Volker Wehrmann, Das evangelische Pfarrhaus in Lippe in Bildern, Dokumenten und grafischen Darstellungen, Detmold 1981, S. 56 f.).

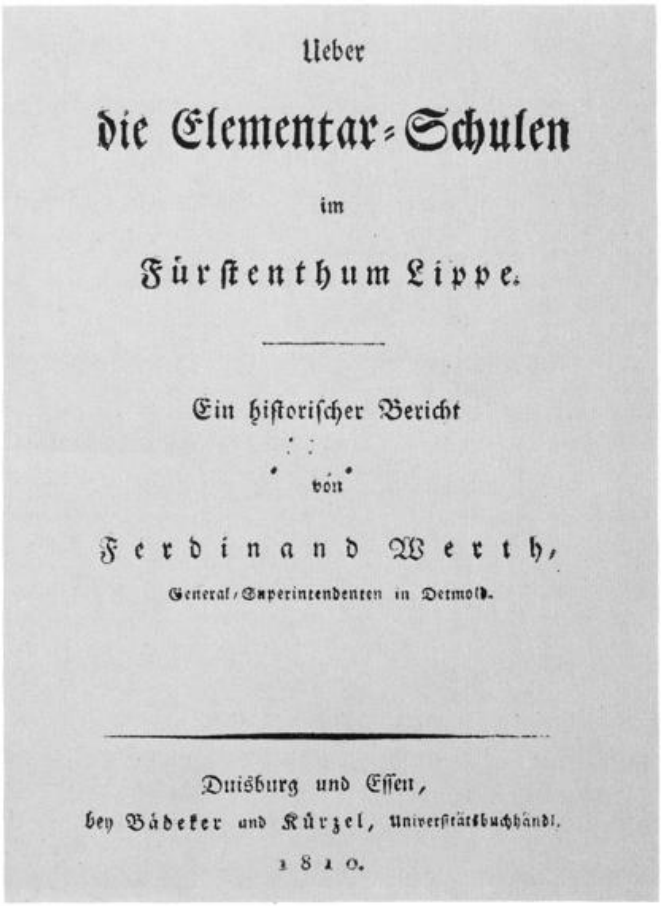
Mit diesen offenen Worten war es der Fürstin gelungen, Weerth für sich zu gewinnen. Am 1. 12. 1805 hielt Weerth seine Abschiedspredigt in Kettwig, wenige Tage später traf er in Detmold ein, wo er am 16. Dezember in sein Amt eingeführt wurde. Bereits nach nur wenigen Begegnungen hatte sich die Fürstin ihr Urteil gebildet: „Mein neuer Generalsuperintendent ist seit einigen Tagen hier, er gefällt mir sehr, und alle Herzen gewinnt er bei dem ersten Besuch, denn er ist ein seltener Verein von Geist und Güte, voller Kenntnisse, Kraft und Heiterkeit" (Hans Sprenger, Georg Weerth – der revolutionäre Poet. In: Heimatland Lippe, 65. Jg., Nr. 2, Detmold 1972).

Die Fürstin hatte einen Mann gesucht, der imstande war, die Bemühungen seiner drei Vorgänger fortsetzend, die Volksbildung weiter zu fördern und damit auf einen höheren Stand zu bringen. Einen aufgeklärten Theologen hatte sie gewinnen wollen, der seinerseits Aufklärung verbreiten könnte. Die Fürstin war sich schon bald sicher, diesen Mann in Weerth gefunden zu haben. Mit anerkennenden Worten hat die Fürstin dann über viele Jahre hinweg Weerths Amtstätigkeit begleitet. Am Ende ihrer Regentschaft bescheinigte Pauline sich förmlich selbst, bei der Berufung Weerths eine glückliche Hand gehabt zu haben, indem sie dem Generalsuperintendenten offenen Herzens bekannte: „Ich werde es bleibend zu einer meiner nützlichsten Regentinnen-Handlungen rechnen, für Kirchen und Schulen den Vorstehen berufen zu haben, dessen sie sich jetzt freuen" (StA Detmold, L 77 B, Fach 24, Nr. 10).



Der Steinhof in Lieme wurde seit 1857 von den Pastoren der Gemeinde bewohnt. Der mächtige Fachwerkbau, am Rande des Dorfes an der Bega gelegen, hatte eine wechselvolle Geschichte. Um 1600 befand sich der Steinhof im Besitz Graf Simons VI., der das Anwesen im Jahre 1607 an den Lemgoer Rat Erb-Brokhausen veräußerte. Dessen Witwe – sie war in zweiter Ehe mit dem Theologie-Professor Gesevius aus Rinteln verheiratet – verwaltete den Besitz für ihre beiden minderjährigen Kinder. Diese verkauften den Steinhof im Jahre 1675 an den Magister Johann Kemper, der sich als zweiter Pfarrer an der Kirche St. Nicolai zu Lemgo gegen den Wahnwitz der Hexenprozesse gewandt und nun aus Furcht vor der Rache seiner Gegner die Stadt Lemgo verließ und in Lieme ansässig wurde. Pastor Kemper starb hier 1682. Im Jahre 1694 bezog Engelbert Kämpfer, ein Sohn Pastor Kempers, den Steinhof, um hier in der Stille und Abgeschiedenheit die Ergebnisse seiner Forschungsreisen durch Asien zusammenzufassen und zu veröffentlichen. Nach dem Tode Kämpfers (1716) erwarb der Detmolder Hofrat Theodor Fuchs den Hof. Er war ein vermögender Mann, der auf dem Steinhof ein herrschaftliches Leben führte. 1733 ersetzte Fuchs die alte Holzbrücke durch eine „steinerne kostbare Brücke", die noch heute den Hof mit dem Dorf Lieme verbindet. Ein Sohn des Hofrats ließ im Jahre 1749 das heute noch stehende Fachwerkhaus errichten. Doch bereits 1752 mußte der Besitz zwangsversteigert werden. Der Lüdenhauser Superintendent Henrich Philipp Hildebrand ersteigerte den Steinhof für 6400 Reichstaler. Zwischen 1774 und 1857 wechselte der Steinhof mehrfach den Besitzer. Am 1. 11. 1857 erwarb die Kirchengemeinde Lieme den Steinhof. „Seit dieser Zeit ist der Name Steinhof in Vergessenheit geraten und von den Dorfbewohnern durch den Begriff Pfarrhof ersetzt worden." Vgl. Fritz Starke, Lieme. Eine ländliche Siedlung in Gegenwart und Vergangenheit. Lemgo 1972.

Weerths fördernder und belebender Einfluß auf das lippische Kirchen- und Schulwesen ist in der Literatur vielfach gewürdigt worden (vgl. Adolf Dresel, Die Fürstin Pauline und der General-Superintendent Weerth, Detmold 1859; Wilhelm Burre, Das Lippische Lehrerseminar, Detmold 1925; Hans Kiewing, Fürstin Pauline 1769–1820, Detmold 1930; Leo Rauschenbach, Die geschichtliche Entwicklung der Volksschule in Lippe bis zum Ersten Weltkrieg. In: Lipp. Mitt. aus Geschichte und Landeskunde, 32. Bd., Detmold 1963; Volker Wehrmann, Die Aufklärung in Lippe. Ihre Bedeutung für Politik, Schule und Geistesleben, Detmold 1972). Weerth selbst hatte bereits im Jahre 1810 in einem Rechenschaftsbe-



Ueber

die Elementar-Schulen

im

Fürſtenthum Lippe.

Ein hiſtoriſcher Bericht

von

Ferdinand Werth,

General-Superintendenten in Detmold.

Duisburg und Eſſen,

bey Bädeker und Kürzel, Univerſitätsbuchhändl.

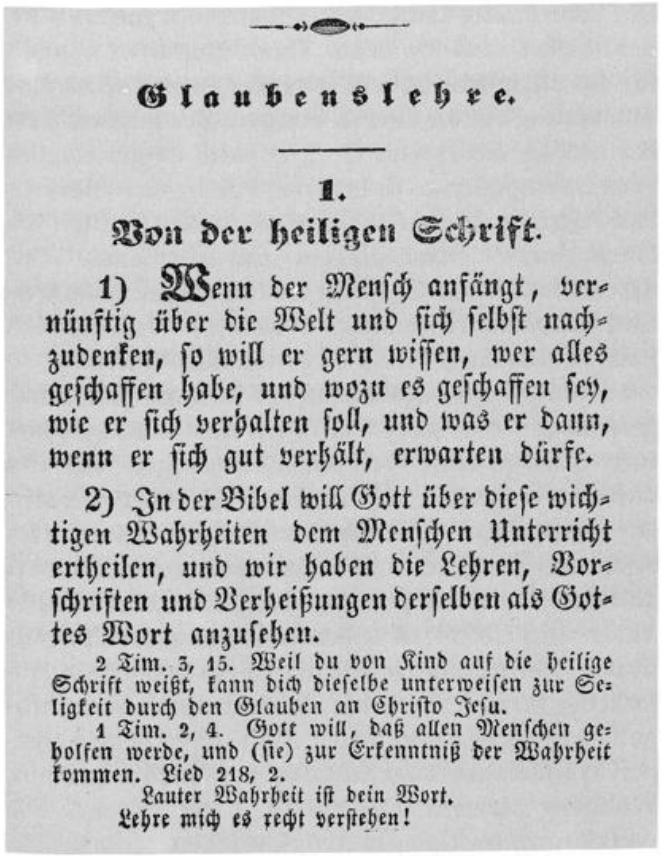
1810.

Nach fünfjähriger Tätigkeit in Lippe legte Generalsuperintendent Weerth einen pädagogischen Rechenschaftsbericht vor, in dem der Stand der Lehrerbildung und die Situation des Elementarschulwesens im Fürstentum Lippe dargestellt wurde. „Es scheint sich der Mühe zu lohnen", so Weerth, „zu fragen, was denn in den letzten 30 Jahren für die Volksbildung im Fürstenthum Lippe geschehen sei, und welche Anstaltungen und Einrichtungen für diesen Zweck sich jetzt in demselben befinden. Der folgende Aufsatz ist dazu bestimmt, diese Frage zu beantworten." Weerths Darstellung beinhaltete die Ergebnisse, die das von seinen Amtsvorgängern Stosch, Ewald und v. Cölln eingeleitete und mit großen Engagement geförderte pädagogische Reformprogramm bis zum Jahre 1810 erbracht hatte.

richt, betitelt „Über die Elementar-Schulen im Fürstenthum Lippe", dargelegt, „was in den letzten 30 Jahren für die Volksbildung im Fürstenthum Lippe geschehen" war. Er stellte bei dieser Gelegenheit zugleich das Besondere der „Schul-Reform im Lippischen" heraus, indem er deutlich machte: „Man umfaßte bei den Plänen, die man entwarf, nicht, wie in größeren Ländern so oft die Not gebietet, gewisse Classen der Unterthanen, gewisse Districte, die auf irgend eine Weise bereits begünstigt sind, und dadurch es erleichtern, daß ihre Bewohner durch zweckmäßigere Bildung weiter geführt werden, sondern das ganze 27 Quadratmeilen bestehenden Land mit seinen 70000 Unterthanen." Diese Bemerkung hatte Weerth mit dem Hinweis verknüpft: „Was damals angefangen wurde, ist ununterbrochen fortgesetzt worden."

Was Weerth in 35 Jahren für die Volksbildung im allgemeinen und für die Lehrerbildung im besonderen geleistet hat, bedarf hier keiner besonderen Betrachtung, da seine Leistungen in der o. g. Literatur bereits eine ausführliche Würdigung erfahren haben. Es mag hier bei einem Beispiel bleiben, aus dem hinreichend deutlich erhellt, mit welcher Leidenschaft sich Weerth auf dem Gebiet der Lehrerbildung betätigt hat. „Im Seminar", so berichtet der zu Zeiten Weerths amtierende Seminarinspektor Dresel, „erschien er fast täglich, gab auch wohl, den Lehrer ablösend, selbst eine Stunde, am liebsten eine Lesestunde. Dabei lernte er die Seminaristen und diese den Generalsuperintendenten kennen ... Nie versäumte er die monatlichen Prüfungen, die regelmäßig von 10–1 Uhr stattfanden. Den Prüfungsstoff wählte er selbst aus. Am Schluß der Prüfung ließ er sich über Fleiß und Führung der Seminaristen Bericht erstatten, oder erledigte andere Fragen oder besprach das für den folgenden Monat Erforderliche." Es war ein geradezu schicksalhafter Zufall, daß sich Weerths Leben auch im Lehrerseminar erfüllte. In der Seminarübungsschule, im Gespräch mit Lehrern vertieft – es war der 18. Oktober 1836 –, verließen ihn plötzlich die Kräfte. Er starb an jenem Ort, an dem er jahrzehntelang mit ungewöhnlicher Tatkraft und Hingabe gewirkt hatte. Die Lehrerschaft hat diesem ungewöhnlichen Theologen über viele Generationen hinweg ein ehrendes Gedenken bewahrt. Sie setzte Weerth, in unmittelbarer Nähe des Seminars, ein Denkmal, das am 1. Juni 1901 durch den Konsistorial- und Schulrat Steinhagen eingeweiht wurde. Eine Grundschule in Detmold trägt noch heute seinen Namen.

Weerth hatte sich in seinen schulreformerischen Bemühungen an den Positionen der Aufklärungspädagogik orientiert, in theologischer Hinsicht stand Weerth – die geistige Grundlinie wahrend – auf dem Boden des Rationalismus. Zwar hat sich Weerth über



Glaubenslehre.

1.

Von der heiligen Schrift.

1) Wenn der Mensch anfängt, vernünftig über die Welt und sich selbst nachzudenken, so will er gern wissen, wer alles geschaffen habe, und wozu es geschaffen sey, wie er sich verhalten soll, und was er dann, wenn er sich gut verhält, erwarten dürfe.

2) In der Bibel will Gott über diese wichtigen Wahrheiten dem Menschen Unterricht ertheilen, und wir haben die Lehren, Vorschriften und Verheißungen derselben als Gottes Wort anzusehen.

2 Tim. 3, 15. Weil du von Kind auf die heilige Schrift weißt, kann dich dieselbe unterweisen zur Seligkeit durch den Glauben an Christo Jesu.

1 Tim. 2, 4. Gott will, daß allen Menschen geholfen werde, und (sie) zur Erkenntniß der Wahrheit kommen. Lied 218, 2.

Lauter Wahrheit ist dein Wort,
Lehre mich es recht verstehen!

Mit seinem „Leitfaden", der inhaltlich auf dem von v. Cölln herausgegebenen „Christlichen Lehrbuch" gründete, hatte der lippische Generalsuperintendent Weerth einen neuen Katechismustypus geschaffen, in dem die Grundsätze der natürlichen Religion und das aufklärerische Gedankengut zur Geltung kamen. Wie schon v. Cölln, so ließ auch Weerth seinen Leitfaden mit den bezeichnenden Worten beginnen: „Wenn der Mensch anfängt, vernünftig über die Welt und sich selbst nachzudenken, so will er gern wissen, wer alles geschaffen habe, und wozu es geschaffen sei, wie er sich verhalten soll, und was er dann, wenn er sich gut verhält, erwarten dürfte." Weerths Leitfaden, der den Heidelberger Katechismus verdrängte, wurde bis 1856 im kirchlichen und schulischen Unterricht benutzt.

„seine" Theologie expressis verbis nie im Zusammenhang geäußert, doch bereits aus seinen wenigen literarischen Erzeugnissen geht hervor, daß er sich die herrschenden Glaubensüberzeugungen zu eigen gemacht hatte. Ein bezeichnendes Dokument seines theologischen Standpunktes ist der im Jahre 1811 von ihm selbst verfaßte „Leitfaden für den Religions-Unterricht in den Schulen". Dieser in Anlehnung an v. Cöllns „Christliches Lehrbuch" verfaßte rationalistische Katechismus beinhaltete ebenfalls eine Glaubens- und Pflichtenlehre, die Weerth einander gegenübergestellt hatte. Darin drückte sich nicht nur lediglich eine neue Mode, sondern ein neuer Geist aus, der Dogma von Moral unterscheidet, diese aus jenem herauslöst und selbständig macht und nicht selten auch in der Gegenüberstellung der Worte einen Gegensatz ausdrücken will. Das Bemühen, die Moral von der Religion zu lösen oder letztere in natürliche Tugend umzuwerten, tritt in beiden Katechismen zutage. So heißt es bei Weerth: „Wenn wir uns mit der Lehre der Bibel bekannt machen und uns dann nach ihr verhalten, so werden wir verständige, gute, glückselige Menschen" (vgl. Leitfaden, S. 5). Und v. Cölln lehrt: „Es ist der Wille deines Gottes, daß du in deinem Leben auf Erden wachsen sollst an Erkenntnis, um weise und gut zu werden, und daß du weise und gut werden sollst, um ewig glückselig zu sein. Dazu sollen alle Glaubenslehren wirken" (vgl. v. Cölln, Christliches Lehrbuch ..., S. 119).
Über den Auftrag Jesu hatte sich Weerth in seinem „Leitfaden" wie folgt geäußert: „Gott sandte ihn aus Liebe, um die Menschen zu belehren, zu bessern, zu beruhigen und zu beseligen." Er ist „der größte Wohltäter, der je Menschen erschienen war". Moralische Belehrungen, die dem Menschen nützen und ihn bessern sollen, nehmen in diesem Katechismus einen größeren Stellenwert ein als orthodoxe Glaubensinhalte. Weerths „Leitfaden" vermittelte dem Leser die folgende Lebensregel:

Du hast uns, Herr, die Pflicht
Zur Arbeit auferleget.
Und Fleiß in dem Beruf
Uns ernstlich eingepräget.

Der träge Müssiggang
Ist dir, o Gott, verhaßt,
Für uns der Laster Netz
Und unserm Nächsten Last.

In deiner Ordnung, Herr,
Laß willig mich bequemen,
Die Bürden des Berufs
Getrost auf mich zu nehmen,
Wird gleich mein Angesicht
Mit saurem Schweiß benetzt:
Genug, daß du mich selbst
In den Beruf gesetzt.



Fürstin Pauline, als Prinzessin von Anhalt-Bernburg am 23. 2. 1769 – im Geburtsjahr Napoleons – geboren, war seit 1796 mit Fürst Leopold I. zur Lippe verheiratet. Nach dem frühen Tod des Fürsten (1802) hatte Pauline die Regentschaft übernommen. Sie regierte bis zum 3. 7. 1820. Ihr Biograph Kiewning hat sie als die alle andern weit überragende lippische Regentin bezeichnet, die auch in größeren Verhältnissen eine ungewöhnliche Erscheinung gewesen wäre. Der Historiker Treitschke nannte sie eine der geistreichsten Frauen ihrer Zeit. Die Zeitgenossen haben übereinstimmend die hervorstechenden Charakterzüge dieser stets die achtungsvolle Aufmerksamkeit auf sich lenkenden Persönlichkeit geschildert. Zu ihnen gehörte der Generalsuperintendent Weerth, der der Fürstin in den letzten fünfzehn Jahren ihrer Regentschaft sehr nahe gestanden hatte. In seinem Lebensbild, das Weerth von der Fürstin kurz nach ihrem Tod entwarf, charakterisierte er diese mit den Worten: „Man war allgemein darüber einverstanden, daß die Fürstin eine sich auszeichnende Frau sei. Man durfte sie nur sehen, um sich davon zu überzeugen. Ihr Körperbau, ihre Haltung, Blick und Miene erregten Aufmerksamkeit. ... Sie hatte etwas Fürstliches in ihrem ganzen Wesen. Das Äußere war Abdruck des Innern, denn sie war mit einem ungewöhnlichen Maß von Geisteskraft versehen." Ein klarer, heller Verstand, die Energie des Willens, bedeutende Kenntnisse, ihre unermüdliche Tätigkeit, der Ernst ihrer sittlichen Forderungen und religiösen Überzeugungen, das waren die von Weerth und anderen Zeitgenossen gewürdigten Eigenschaften und Wesenszüge dieser außergewöhnlichen Regentin. – Ölgemälde von Johann Christoph Rincklake. Im Besitz des Lippischen Landesmuseums in Detmold.

Der Weerthsche Leitfaden beinhaltet ein ganzes Bündel solcher und ähnlicher Handlungsanweisungen für das alltägliche Leben. Was hier gelehrt wird, läßt sich bündig auf die Formel bringen: Der Tugendhafte hat sich in dieser von Gott so wohl eingerichteten Welt zu engagieren. Es ist seine Pflicht, sich hier einzurichten, in Ehrbarkeit und Rechtschaffenheit als Hausvater, Nachbar, Bürger und nützliches Glied der menschlichen Gesellschaft ein Leben zu führen und dabei sein und seiner Mitbürger Wohlergehen nach Kräften zu fördern. Tugendhaftes Verhalten, so wird versichert, trägt Früchte; es führt zu Belohnungen im Jenseits, aber vor allem zur Glückseligkeit hier. Gott hat diese Welt aufs Beste eingerichtet, um dankbar vergnügte Bewohner zu sehen, die es sich auf anständige Weise wohl in ihr sein lassen. Das Kriterium für Frömmigkeit ist entsprechend nichts anderes als die an den Tag gelegte Tugend. Rechte Verehrung Gottes ist Lebensbesserung, ist Tugendübung. Ein rechter Geistlicher ist ein liebreicher, väterlicher Weiser, der seine Zuhörer durch vernünftige Überzeugung und durch das Vorbild seines eigenen Wandels zur Tugend führt (vgl. dazu allgemein: Wolfgang Martens, Die Botschaft der Tugend. Die Aufklärung im Spiegel der deutschen Moralischen Wochenschriften, Stuttgart 1971).

Aus allem erhellt, daß die Kirche im Zeitalter der Aufklärung vornehmlich als eine moralische Institution betrachtet wird. Der Pfarrer wird zum Lehrer der Glückseligkeit gemacht, der am Fortgang der menschlichen Besserung arbeitet. Im Gottesdienst müssen sittliche Grundsätze eingeprägt werden. Die Geistlichen sind Sittenlehrer, die Gerechtigkeit, Aufrichtigkeit, Menschenliebe „und Sorgfalt für das gemeine Wesen zu lebendigen und tätigen Prinzipien in den menschlichen Seelen machen" (vgl. Spalding, Über die Nutzbarkeit des Predigtamtes und deren Beförderung, Berlin 1772). Diese Wendung zum Praktischen hin war zugleich eine Reaktion auf die langandauernde Fixierung der protestantischen Theologie auf rein dogmatische Fragen, eine Antwort auf das orthodoxe Beharren auf Wort und Buchstaben der Bekenntnisschriften und auf die orthodoxe Erstarrung des christlichen Lebens (vgl. hierzu das Kapitel: Der Theologe der Aufklärung).

Der Leitfaden Weerths hat über fünf Jahrzehnte das Feld in Kirche und Schule beherrscht und in diesem

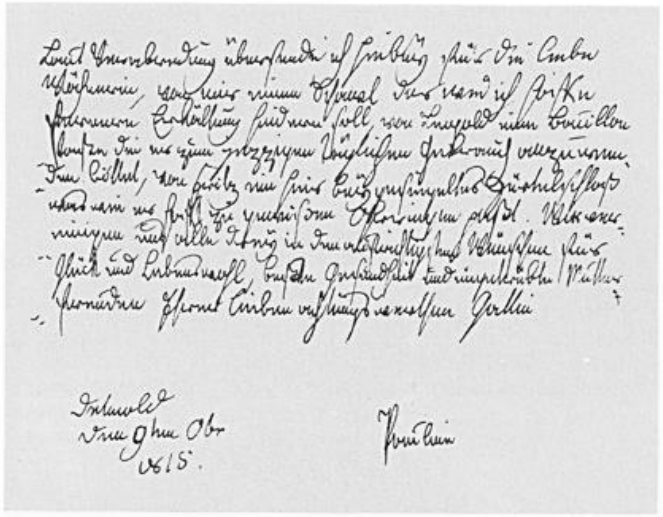
Zeitraum den Heidelberger Katechismus fast vollständig verdrängt. Noch über die Ära Weerth hinaus waren die meisten lippischen Theologen überzeugte Rationalisten, wie eine Umfrage des Konsistoriums am 3. Februar 1844 zeigte, als sich von 42 Pfarrern 30 gegen die Wiedereinführung des Heidelberger Katechismus entschieden und damit für die Beibehaltung des rationalistischen Leitfadens votierten. Erst das Jahr 1856 brachte hier – nach jahrelangen theologischen Auseinandersetzungen – die entscheidende Wende zugunsten des Heidelberger Katechismus. Neue theologische Strömungen hatten den Rationalismus überwunden und weitestgehend zurückgedrängt (vgl. Klaus Pönnighaus, Kirchliche Vereine zwischen Rationalismus und Erweckung. Ihr Wirken und ihre Bedeutung vornehmlich am Beispiel des Fürstentums Lippe dargestellt. Mainz 1982. – Diese Dissertation informiert umfassend über das kirchliche Leben in Lippe in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts).

Der Theologe der Aufklärung

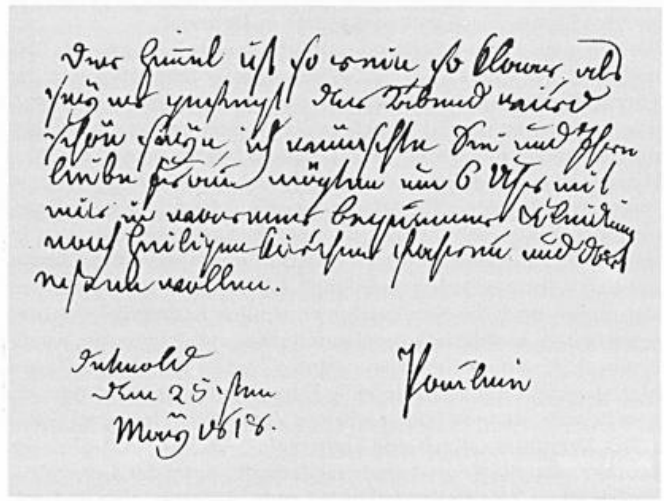
Indem die Aufklärung in die Gedankenwelt der Kirche eindrang, wandelte sich auf der ganzen Linie des Protestantismus die Auffassung vom geistlichen Amt, und zwar sowohl bei den Trägern dieses Amtes selbst wie auch im Ansehen der Laien. Das Neue und Eigenartige bestand darin, daß ein großer Teil der Pfarrer in den allgemeinen Bildungsbestrebungen der Zeit aufging und zum Träger der pädagogischen Bewegung im 18. Jahrhundert wurde. Diese Erscheinung ist darauf zurückzuführen, daß die Pfarrer von den spezifisch theologischen und kirchlichen Interessen nicht mehr ganz in Anspruch genommen wurden, im Gegensatz zu früher, wo die Kirche mit der Verteidigung ihres Dogmensystems beschäftigt gewesen war. Den frühprotestantischen Kirchen war es darauf angekommen, das Volk beim rechten Glauben zu halten, für den Geistlichen hatte die dogmatische Seite der Amtsausübung vornan gestanden. Die Aufklärung wirkte nun in der Weise auf die Kirche, daß das Dogmatische zurücktrat oder die Basis der bisherigen Lehre gar unterspült wurde. Durch diese Verschiebung der Schwergewichte wurden im Stand der Pfarrer Kräfte frei. Diese konnten nun auf Le-



Ferdinand Weerth als Student der Theologie im Alter von 20 Jahren. Pastellzeichnung von Bolscheid aus dem Jahre 1794. Im Besitz des Lippischen Landesmuseums in Detmold.
Weerth, geb. 1774 als Sohn eines Kaufmanns in Gemarke bei Barmen und seit 1796 Pastor in Kettwig, war im Jahre 1805 von der Fürstin Pauline an die Spitze des lippischen Kirchen- und Schulwesens berufen worden. Noch bevor Weerth im Dezember 1805 die Generalsuperintendentur in Detmold bezog, schrieb Pauline, Weerth sei ein Theologe, „der ganz das ist, was wir bedürfen, ein frommer, gelehrter, gebildeter, geistvoller Mann, guter Prediger, ausgezeichneter Schulmann, über jeden Ausdruck tätig, nur in seinem Beruf lebend, sanft, froh und durch inneres Bewußtsein mit sich selbst zufrieden und einig". Nachdem Weerth sein Amt angetreten und die Fürstin ihn persönlich kennengelernt und seine ersten Amtshandlungen aufmerksam verfolgt hatte, urteilte sie: „Mein neuer Generalsuperintendent ist seit einigen Tagen hier, er gefällt mir sehr, und alle Herzen gewinnt er bei dem ersten Besuch, denn er ist ein seltener Verein von Geist und Güte, voller Kenntnisse, Kraft und Heiterkeit." Als Fürstin Pauline im Februar 1820 die Regentschaft niederlegte, hatte der Generalsuperintendent Weerth ihr und dem Lande fünfzehn Jahre gedient. Es war eine Freude für die Fürstin, daß sie ihr frühes Urteil über Weerth jetzt noch einmal bekräftigen konnte: „Ich werde es bleibend zu einer meiner nützlichsten Regentinnen-Handlungen rechnen, Kirchen und Schulen den Vorsteher berufen zu haben, dessen sie sich jetzt freuen." Vgl. StA Detmold L 77 B Fach 24 Nr. 10.



Zwei Briefe der Fürstin Pauline, die Zeugnis ablegen von den ungewöhnlich vertrauten und freundschaftlichen Beziehungen, die die Fürstin zu der Familie des Generalsuperintendenten Weerth unterhielt. Als dem Ehepaar Weerth 1815 ein Sohn geboren wurde (Wilhelm, später lippischer Superintendent, der Vf.), schrieb die Fürstin an den Vater: „Laut Verabredung übersende ich hierbey für die liebe Wöchnerin von mir einen Schaal, der wie ich hoffe, fernere Erkältung hindern soll, von Leopold (ihrem 19jährigen Sohn) eine Bouillontasse, die er zum jezzigen täglichen Gebrauch anzuwenden bittet, von Fritz (ihrem 18jährigen Sohn) ein hier bey gesiegeltes Gürtelschloß, was, wie er hofft, zu gewissen Ohrringen paßt. Wir vereinigen uns alle drey in den aufrichtigsten Wünschen für Glück und Lebenswohl, bester Gesundheit und ungetrübte Mutterfreuden Ihrer lieben achtungswerthen Gattin."



In diesem Brief vom 25. Mai 1818 an das Ehepaar Weerth brachte die Fürstin die Bitte zum Ausdruck: „Der Himmel ist so rein, so klaar, als sey er gefegt, der Abend wird schön seyn, ich wünschte Sie und Ihre liebe Frau mögten um 6 Uhr mit mir in warmer bequemer Kleidung nach Heiligenkirchen fahren und dort essen wollen." (Vgl. StA Detmold L 77 B Fach 24 Nr. 10.)

bensgebieten wirksam werden, die mit dem geistlichen Amt zuweilen kaum noch einen Zusammenhang hatten. So bildete sich, von der Zeitströmung gefördert, ein Typus des evangelischen Pastors heraus, der neben seiner getreulich getanen Amtsarbeit solchen Beschäftigungen nachging, die ihm vor noch nicht langem die Rücksicht auf das Dekorum seines Amtes untersagt hatte. Jetzt aber wurde diese außerpastorale Betätigung hoch gewertet, weil man von ihr erwartete, sie werde sich im Sinne des Rational-Nützlichen als förderlich erweisen (Herbert Schöffler hat diesen Wandlungsprozeß in seinen Arbeiten zur deutschen Geistesgeschichte eindrucksvoll dargestellt. Vgl. H. Schöffler, Protestantismus und Literatur, Göttingen 1967 und Deutscher Geist im 18. Jahrhundert, Göttingen 1967).

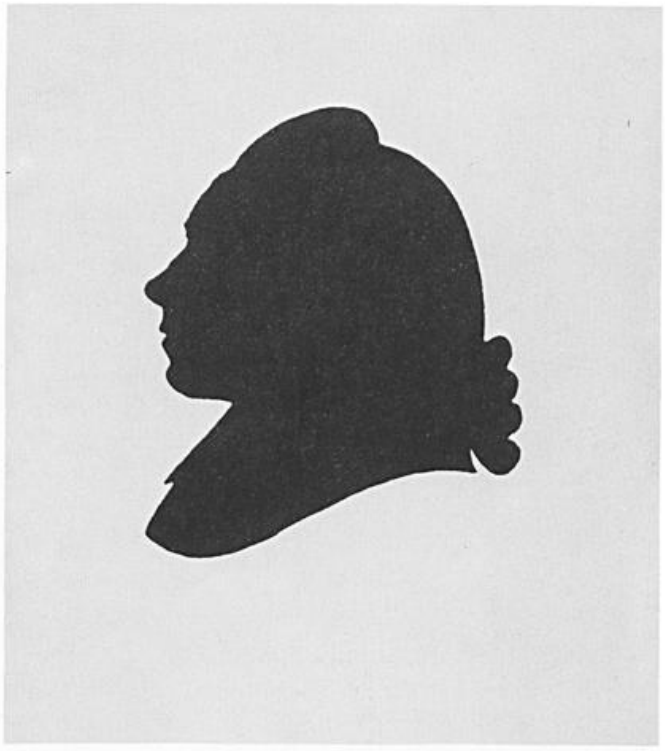
Schon das Studium der angehenden Pfarrer lenkte, verglichen mit früheren Zeiten, auf ein breiteres Feld. Es legte nicht nur den theologischen, humanistischen und philosophischen Grund, sondern dehnte sich auch auf die neuen Sprachen, die Mathematik, die Kameralistik und die Naturwissenschaft aus. Diese Richtung des Studiums und die dadurch bei den Theologen eintretende neue Auffassung von dem Kreis ihrer Pflichten kam den Interessen des Staates durchaus entgegen.

Der absolute Staat fühlte sich nunmehr auch der Kirche gegenüber als Obrigkeit. Zwar nahm der Staat der Form nach nur die „iura circa sacra" in Anspruch, in Wahrheit übte er aber auch die „iura circa in sacra" aus. Das Herrscheramt wurde nicht mehr aus Glaubenssätzen abgeleitet, sondern aus dem Prinzip weltlicher salus publica. Damit wurde der Landesherr in jeder Hinsicht ein Souverän. Der von ihm im Sinne des aufgeklärten Absolutismus regierte Staat galt als eine Ordnung, deren oberster Zweck die Sorge für das öffentliche Wohl war. Aus dieser Auffassung von den Pflichten und von der Stellung der Fürsten ergab sich auch, daß ihm die Leitung der Kirche obliege. Indem diese unter die Zwecke des Staates gestellt wurde, änderte sich auch die Rolle der Pfarrer. Die Obrigkeit zog diese, besonders die Landgeistlichen, jetzt zur Förderung ihrer Kulturaufgaben heran. „Der Staat hat die Wandlung in der Aufgabe des Predigerberufs in dem moralisch-wirtschaftlichen Interesse, das der Staat verfolgte, zu verwerten gewußt. Der Pfarrer wird der von Staats we-

gen beauftragte Erzieher, er wird Beamter." (Alfred Heubaum, Geschichte des deutschen Bildungswesens seit der Mitte des 17. Jahrhunderts, Berlin 1905, S. 161.)

Die Obrigkeit forderte jetzt von ihren Theologen, die Untertanen nicht nur geistlich, sondern auch in weltlicher Hinsicht zu betreuen. Schon die rein absolutistische Regierung hatte den Pfarrer als Aufsichtsbeamten in den Dienst des Staates gestellt, weil ein Stand von kameralistisch vorgebildeten Beamten noch nicht vorhanden war. Das aufklärerische Denken hatte diesen Prozeß noch beschleunigt. Indem es die Wirksamkeit des Geistlichen immer mehr in das Gebiet der Moral verwies und zugleich den Staatszweck aus den Wohlfahrtsbestrebungen ableitete, ließ es Kirche und Staat auf das gleiche Ziel hinstrebend erscheinen: die Beförderung menschlicher Glückseligkeit. In diesem Sinne erklärte der lippische Generalsuperintendent Johann Ewald im Jahre 1791: „Es ist das heilige Band zwischen Fürst und Religionslehrern, wodurch allen das Gebäude des Staats fest stehen kann ... Zu allein Zeiten beruhte viel vom Glück eines Staates darauf, wie unser Stand war und in welchem Verhältnis er mit dem Staat stand ... Waren die Volkslehrer ungebildet, roh, sittenlos, so wurde auch das Volk roher, sittenloser, also auch der Staat weniger wert. Machten sie einen besonderen Staat aus, so schwankte der Thron, weil er seine Hauptstütze verloren hatte ... Nur da ging's gut, wo der Volkslehrer wirklich aufklärte, auf die Jugend wirkte, sich entgegenstemmte des Lasters Strom; wo er sich selbst den Gesetzen unterwarf und das Volk zu ihrer Befolgung ermunterte" (Johann Ludwig Ewald, Über Geist und Sinn christlicher Volkslehrer. In: Über Predigerbeschäftigung und Predigerbetragen, 7. Heft, Lemgo 1791, S. 13).

In der Bezeichnung „Volkslehrer" und in der ebenfalls häufig benutzten Version „Volksbildner" und „Sittenverbesserer" drückt sich bereits eine Umstellung aus. Es wurden gängige Berufsbezeichnungen für den Pfarrer. Der Generalsuperintendent v. Cölln kennzeichnete die sich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts vollziehende Wandlung folgendermaßen: „Es war eine Zeit und ist es zum Teil noch, da der Landprediger seine ganze Amtspflicht glaubte erfüllt zu haben, wenn er nach einer sicheren Methode seine Predigten zuschnitt und richtig hielt, Kranke prompt besuchte, auf die Erhaltung und Verbesserung aller Pfarrgüter und Einkünfte ein wachsames Hirtenauge hatte und endlich das Erlernen des Katechismus mit Eifer betrieb. Wem war's nicht einleuchtend, daß man durch traulichen, natürlichen Umgang, durch Teilnehmung an allen Angelegenheiten des Landmannes mehr bessern und ihm das Gute, jede nötige Wahrheit weit eher lieb machen könne als durch Predigen, Ermahnen und Strafen, ohne sich weiter mitzuteilen. Es war einmal Sitte der Zeit, daß ein feierliches Dunkel den Mann umgeben, eine gewisse Entfernung die Wichtigkeit und Würde des Mannes erhalten mußte, der mehr durch Machtsprüche und äußere Gravität als durch liebreichen Umgang Teilnehmung an den Angelegenheiten seiner Gemeinde wirken wollte ... Aufklärung des Verstandes, Mitteilung sicherer moralischer Grundsätze war



Pastor Philipp Henrich Althaus aus Blomberg. Scherenschnitt aus dem Jahre 1782. Althaus, aus Berleburg gebürtig, war von 1779–1786 zweiter, von 1786–1790 erster Pastor in Blomberg. Seit 1790 amtierte Althaus als Pastor in Falkenhagen. Am 28. Juni 1817 feierte Althaus hier unter allgemeiner Teilnahme der Gemeinde die goldene Hochzeit. Er starb in Falkenhagen am 17. Oktober 1818 im 81. Lebensjahr. Sein Sohn Friedrich Georg, der dem Vater seit 1811 als Hilfsprediger zur Seite stand, war von 1837–1857 lippischer Generalsuperintendent.



Die Kirche in Lüdenhausen. An ihrem Ort stand ursprünglich eine Holzkirche, die, urkundlich erstmals am 20. September 1339 erwähnt, dem hl. Pancratius geweiht war. Erhalten geblieben ist aus früheren Jahrhunderten nur der massive Turm; Kirchenschiff und Chorraum wurden in den Jahren 1876/77 erbaut. Im 18. Jahrhundert wurde diese Kirche von der Pastorendynastie Hildebrand „beherrscht". Sie stellte mit Pastor Henrich Hildebrand (1674–1703), dem ihm im Amt folgenden Schwiegersohn Simon Christoph Capelle (1704–1708) und den dann folgenden Söhnen Hildebrands (1709–1800) in ununterbrochener Abfolge die Seelsorger dieser Gemeinde. Diese Besonderheit hat es weder davor noch danach in einer anderen lippischen Gemeinde gegeben.

etwas Unbekanntes in der Zeit, oder die letzteren waren doch so sehr in mystische Wolken gehüllt, daß sie höchstens nur einige Seiten des Herzens berührten oder ihm eine ganz verkehrte Richtung gaben. Ein allgemeines Klagegeschrei entstand bei aufgehendem Lichte über die Unbrauchbarkeit, Steifigkeit, den geistlichen Stolz aller und besonders der Landprediger ... Wie mancher würdige Mann, den das reine Feuer seines Glaubens beseelte, würde so gut wie jeder andere ein Spiel der Menschen, weil er ihnen nach der Sitte der Zeit zu trocken, ernsthaft und verschlossen war ... Die Szene veränderte sich ... Mehr Menschenkenntnis, eine menschlichere Philosophie und die öfteren Angriffe auf diesen Stand öffneten ihm die Augen. Er fing an, gemeinnütziger zu werden. Er lieferte bald gute Rechenmeister, Gärtner, Köche, Baumeister und Gott weiß was alles. Er wurde also unstreitig dem Staate nützlicher" (Ludwig Friedrich August v. Cölln, Gedanken über Bildung der Landjugend durch Kinderfeste. In: Über Predigerbeschäftigung und Predigerbetragen, 7. Heft, Lemgo 1791).

Die Aufklärung bewirkte im geistlichen Stande insofern ein Neues, als sie den Pfarrer mitten in den Lebenskreis seiner Gemeinde stellte. Bei der geringen Bevölkerung der Dorfschaften, dem reinen Agrarcharakter des Landes und der Abgeschiedenheit so vieler Dörfer wurde der Pfarrer Freund und Berater seiner Gemeinde, die ihn in allen wichtigen Angelegenheiten um Rat fragte. „Er ist Zuflucht bei jedem



Blick auf den Ortskern in Hillentrup. Hillentrup hatte im Mittelalter durch die Eversteinsche Fehde eine gewisse Berühmtheit erlangt. Im Jahre 1404 zog Heinrich von Braunschweig mit seinen Kriegsscharen gegen die verbündeten Grafen von Everstein und Lippe. In dem Treffen am Ohrberg bei Hameln wurde Heinrich am 19. November geschlagen und geriet in die Gefangenschaft Bernhards VI. zur Lippe. Auf dem Weg zur Falkenburg soll Heinrich drei Tage in der Kirche zu Hillentrup gefangengehalten worden sein. Erst als er sich am 22. 6. 1405 in einem Vertrage zur Zahlung eines hohen Lösegeldes verpflichtete, wurde er wieder freigelassen. Alsbald wandte er sich wegen des ihm zugefügten Schimpfes an den Papst und wurde durch diesen von seinen vertraglichen Verpflichtungen entbunden. Am kaiserlichen Hofgericht in Heidelberg erwirkte er, daß über die beiden verbündeten Herren zu Everstein und Lippe die Acht ausgesprochen wurde. Nachdem Heinrich sich so gesichert hatte, zog er mit verbündeten anderen Herren raubend und sengend in die Länder seiner Feinde. Neben anderen Orten wurde auch Hillentrup, wo er in der Kirche gefangen gehalten worden war, verwüstet und in Brand gesteckt. Bei diesem Brande, so meldet die Legende, sei das Ziborium, das Kästchen, in dem die geweihten Hostien in der Kirche aufbewahrt wurden, auf wunderbare Weise erhalten geblieben. Bald war das mirakulöse Ereignis im Lande bekannt, und die Menschen kamen, um an der Stätte dieses wunderbaren Geschehens zu beten. Hillentrup wurde bald zu einem vielbesuchten Wallfahrtsort.
Der Wiederaufbau der Kirche zog sich über mehrere Jahrzehnte hin. Noch im Jahre 1431 verhieß der Erzbischof Dietrich von Köln, der zugleich Administrator des Bistums Paderborn war, allen, die zur Herstellung der Hillentruper Pfarrkirche, die durch Raub und Brand verwüstet und verarmt sei, sowie zur Beschaffung ihrer Kleinodien und Ornamente mithelfen würden, einen vierzigtägigen Ablaß. Gerlach schreibt in seiner Geschichte des Archidiakonates Lemgo: „Die bisher unbekannte Kirche wird von Pilgern überlaufen; Bilder von dem Sakramentswunder werden verbreitet und ziehen neue Scharen herbei. Vor dem Altar legt man nieder Geld, Lichter, Wachs, Wein und alle möglichen Erzeugnisse." Der wundertätigen Kirche wurden in der Folge reiche Geschenke gemacht. Die im Jahre 1441 geweihte Kirche hatte der Gemeinde bis zum Ende des vorigen Jahrhunderts als Gotteshaus gedient. Am 22. 1. 1899 wurde der letzte Gottesdienst in der alten Kirche gehalten. Kurz danach erfolgte der Abbruch der Kirche. Die Einweihung der neuen Kirche fand am 28. März 1900 statt. Vgl. Friedrich Wiehmann, Kirchen um den Sternberg. Aus der Geschichte des Bega- und Extertales, Lemgo 1965.

Leiden, das ein Gemeindeglied trifft, ihm klagt jedes sein Weh, jedes vertraut ihm seine Sorgen und seinen Kummer, jedes sucht bei ihm Trost und Rat, sein eigenes Herz drängt ihn, sich mit dem Wohl und mit dem Weh, mit den Freuden und mit den Leiden seiner Gemeindeglieder bekannt zu machen; er strebt



Christian Friederich Helwings
des Gymnaſ. zu Lemgo Rektors

Beantwortung
der Frage:
Warum GOtt den Menſchen
die meiſten künftigen Schikſale
verberge?

Womit
zu einer gedoppelten Rednerübung
auf den 11ten Sept.
des Morgens um 10 des Nachmittags um 2 Uhr
geziemend eingeladen wird.

Prudens futuri temporis exitum
Caliginoſa nocte premit Deus;
Ridetque ſi mortalis ultra
Fas trepidat.
Horat.

LEMGO,
Gedrukt mit Meyerſchen Schriften 1755.

Noch während des 18. Jahrhunderts war der gesamte Schulbetrieb auf den religiös-kirchlichen Bereich ausgerichtet: fast sämtliche Bildungsinhalte wurden dem Theologisch-Religiösen untergeordnet. Die Lehrer, die an den Lateinschulen (Gymnasien) unterrichteten, waren fast ausnahmslos Theologen: Ihre geistige und berufliche Herkunft prägte deshalb auch die ganze schulische Atmosphäre. Diese Schrift, die bezeichnenderweise eine theologische Fragestellung beinhaltete, veröffentlichte der Lemgoer Rektor Christian Friedrich Helwing (1749–1757) im Jahre 1755; er verband damit die Einladung zu einer öffentlichen Rednerübung, die in der Schule regelmäßig von Schülern der oberen Klassen – namentlich von Primanern vor Abgang zur Universität – gehalten wurde. Wie ihre Lehrer, so wählten auch die Schüler durchgängig theologische Themen für ihren Vortrag. So gesehen war das Gymnasium des 18. Jahrhunderts noch eine gute Vorschule für die späteren Theologen.

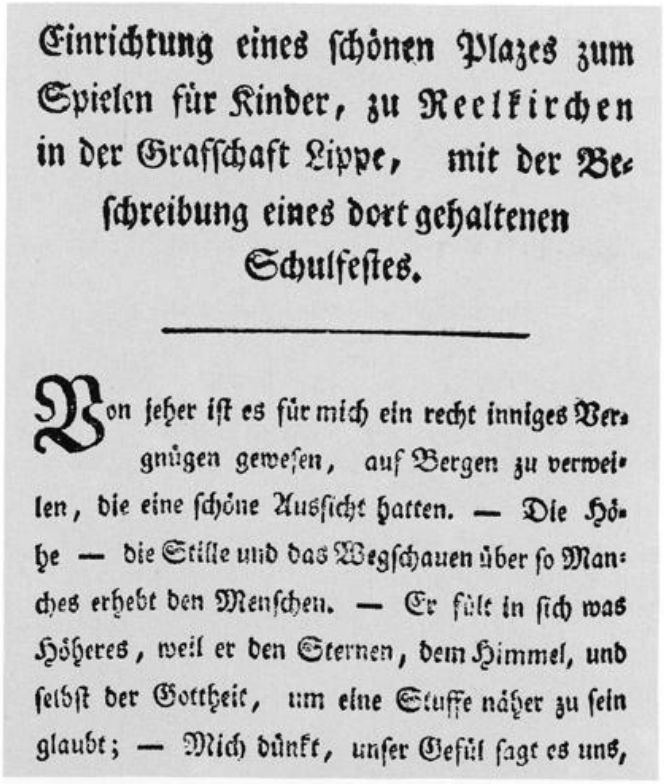
danach, den Kummer und die Sorge eines jeden einzelnen zu erfahren, sie sind alle seine Kinder, und das, welches eben seines Beistandes bedarf, ist ihm jetzt das liebste" (Vorschläge und Versuche zur Beförderung des Menschenwohls und der Volkskultur, hrsg. v. L. F. A. v. Cölln, 2. Heft, Frankfurt 1803, S. 37).

Abgesehen von den wenigen juristisch vorgebildeten Beamten in den Ämtern, war der Landprediger der einzig Gebildete, der wirklich unter Bauern lebte und wohnte. So lag denn auch „die Erziehung der Massen zu jeder Art von geistiger Kultur vornehmlich in seinen Händen" (Wilhelm Dilthey, Friedrich der Große und die deutsche Aufklärung. In: Studien zur Geschichte des deutschen Geistes, Wilhelm Diltheys Gesammelte Schriften, Bd. 3, Berlin 1927, S. 42). Das Pfarrhaus hat das geistige Leben der Dorfbewohner zuerst ernst genommen, und der Geistliche war in der Tat so ziemlich der einzige, der „ex officio von der Höhe der Bildung herab sich liebevoll mit den Pfarrkindern zu schaffen gemacht hat" (H. Schöffler, Deutscher Geist im 18. Jahrhundert, Göttingen 1967, S. 117).

Er war der Aufklärer der Nichtaufgeklärten: er sollte Rat wissen, wenn es um Wirtschaft und Landwirtschaft, um Schule und Erziehung, um Gesundheit und Krankheit ging. Die Aufgabe des Pfarrers wurde in einem umfassenden Sinn als eine belehrende, verbessernde, aufklärende, mithin als eine eminent pädagogische begriffen. So forderte der Hofarzt Scherf im Jahre 1803 in einem Aufsatz „Über die Hilfe der Prediger zur Heilung der Kranken" die Geistlichen des Landes auf, „schon den Kindern in den Schulen über den Wert und Nutzen der echten Arzneikunde richtige Begriffe beizubringen, ihnen die Unwissenheit, die Betrügereien, die Gefahren und den Schaden der Quacksalber aller Art einleuchtend, begreiflich und abschreckend darzustellen ... Ein aufgeklärter Prediger kann sich durch sie nicht verleiten lassen, er kennt ihre Unwissenheit, weiß ihren Unsinn, durchschaut ihre Kunstgriffe, sieht sie in ihrer abscheulichen Blöße; es ist nicht anders möglich, sein heller Kopf, sein gutes Herz müssen ihn auffordern, gegen sie zu warnen und sich zu bestreben, seine Gemeinde durch Unterricht und Ansehen gegen die List dieser gefährlichen Betrüger zu schützen und sie aus ihren mörderischen Händen zu reißen ..., er pflege diesen Unterricht in seinen Predigten. Wahrlich, der Unterricht der Kinder auch über diesen wichtigen Gegenstand ist der Würde des Predigtamts angemessener als die Belehrung derselben über Gegenstände der bloßen Bildung (!)" (Vorschläge und Versuche zur Beförderung des Menschenwohls und der Volkskultur, hrsg. von L. F. v. Cölln, 2. Heft, Frankfurt 1803, S. 52 f.).

Die Bezeichnung „Volkslehrer" blieb indes keineswegs auf die Geistlichen beschränkt. Eine entsprechende Aufgabe wies der Staat auch seinen Landesbeamten zu. Sie sollten durch die Oberaufsicht über einen Bezirk für eine pädagogische Wirkung aller Maßnahmen einstehen. Auch der „Justiz- und Hebungsbeamte" konnte nach zeitgenössischer Ansicht „sehr viel zur Geisteskultur beitragen", wenn er sich darum bemühte, den Landmann über „schädliche Vorurteile, irrige und unvollständige Begriffe und vorgefaßte Meinungen im Haushaltungswesen zu verbessern, (ihn) zum Fortgang (seiner) guten Unternehmungen aufzumuntern und von schädlichen abzubringen ... Er kann zeigen, wie notwendig auch dem juristischen Geschäftsmann, besonders in unseren Tagen, wo uns die Wichtigkeit guter Landwirtschaft im Staat näher vor Augen gestellt ist, ökonomische Kenntnise sind und wie traurig es daher ist, daß auf Schulen, bei aller pädagogischen Ruhmredigkeit über Schulreformation, noch der Jugend nicht die gehörige Kenntnis vom Haushaltungswesen gegeben wird" (Lippisches Intelligenzblatt, 42. Stück, Lemgo 1792).

Der Eifer, den der Pfarrer auf dem Gebiet der Landwirtschaft entwickelte, entsprang weitgehend dem Interesse am Fortschritt der Naturwissenschaften. Der Wille und der Auftrag, dem Landmann hilfreichen Rat zu geben, veranlaßte die Geistlichen, die neugewonnenen Erkenntnisse und die neuentwikkelten landwirtschaftlichen Anbaumethoden in die Landbevölkerung zu tragen. Der Pfarrer war der Mann, der im Volke stand und in des Volkes Sprache das vermitteln konnte, was die Wissenschaft in gelehrter und damit dem Bauern unverständlicher Sprache bot. „Der Pfarrer als der studierte Mann ist der Vermittler, der die für den Landmann nützlichen Erkenntnisse der Naturwissenschaft aus der abstrakten, wissenschaftlichen in eine sinnlich anschauliche und sprachlich volkhaft-naive Ausdrucksweise übersetzt und für den ländlichen Lebenskreis brauchbar und zugänglich macht" (Olga v. Hippel, Die pädagogische Dorfutopie der Aufklärung, Langensalza 1939, S. 94). Bei vielen Pfarrern war das Interesse für die Naturwissenschaften und der ihnen verwandten Gebiete aus einer besonderen Art von Vaterlandsliebe gewonnen. Man wollte die heimische Welt näher kennenlernen und deshalb auch die zu ihr gehören-

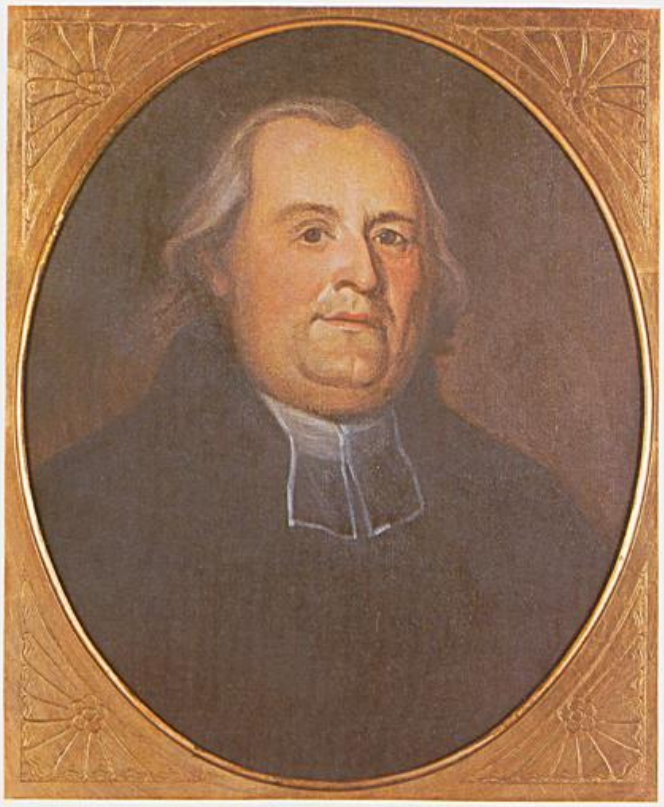


Einrichtung eines ſchönen Plazes zum Spielen für Kinder, zu Reelkirchen in der Grafſchaft Lippe, mit der Beſchreibung eines dort gehaltenen Schulfeſtes.

Von jeher iſt es für mich ein recht inniges Vergnügen geweſen, auf Bergen zu verweilen, die eine ſchöne Ausſicht hatten. — Die Höhe — die Stille und das Wegſchauen über ſo Manches erhebt den Menſchen. — Er fült in ſich was Höheres, weil er den Sternen, dem Himmel, und ſelbſt der Gottheit, um eine Stuffe näher zu ſein glaubt; — Mich dünkt, unſer Gefül ſagt es uns,

„Bemerkenswert sind die Schulfeste", so schrieb der lippische Generalsuperintendent Weerth 1810 in seiner Abhandlung „Über die Elementar-Schulen im Fürstenthum Lippe", „durch welche man im Lippischen vorzüglich auf die Kinder zu wirken suchte." Diese Schulfeste waren die Erfindung einer philanthropisch gestimmten und dem Kind unmittelbar zugewandten Pädagogik. Die Anregung zu einem Schulfest hatte um 1780 der Oerlinghauser Pastor Dietrich v. Cölln gegeben; er war auch zugleich der erste Initiator eines solchen Festes, dessen Ziel Weerth mit den Worten beschrieb: „Man suchte bei den Schulfesten mit einer kirchlichen Feierlichkeit zur Weckung des religiösen Sinnes Spiele aller Art zu verbinden, die Jahr aus Jahr ein geübt wurden, aber an diesem Tage, vorbereitet, auch auf die herzuströmende Schar älterer Personen wirken sollten. Daß dabei auch für Speise und Trank gesorgt werden mußte, läßt sich leicht denken. Man wollte Frohsinn dadurch erwecken, von entehrenden Volkslustbarkeiten entwöhnen, und dadurch die Aussicht auf ein solches Fest sich für ein ganzes Jahr ein Reizmittel zur Belebung des Fleißes verschaffen."

Nach dem Urteil Weerths zeichneten sich „außer den Schulfesten in Oerlinghausen die Reelkirchner am meisten aus. Dort wohnt ein menschenfreundlicher Pfarrer mit kindlichem Sinn, namens Schönfeld, der der Jugend gern jedes Opfer bringt, und sich bei seinem großen Frohsinn nicht sehr kümmert, wenn man ihn oft nicht versteht. Auch in den letzteren Jahren wurde dort auf dem mit viel Mühe und bedeutenden Kosten dazu eingerichteten Spielberge ein solches Fest gefeiert, welches die Fürstin mit ihrer Gegenwart verherrlichte." (Vgl. Über Predigerbeschäftigung und Predigerbetragen, hrsg. von J. L. Ewald, 9. Heft, Lemgo 1794, S. 30 f.)



Johann Friedrich Ludwig Dreves, geb. 1767 in Horn als Sohn des dortigen Bürgermeisters, war seit 1786 Konrektor in Detmold und von 1795–1820 Pastor in Detmold, danach bis 1835 in Hillentrup. Er war in erster Ehe mit der Tochter des lippischen Generalsuperintendenten Ewald verheiratet. Dreves gehörte dem pietistischen Zirkel an, der sich um die von Jung-Stilling beeinflußte Fürstin Christine (1780–1823) in Detmold gebildet hatte. Eine Predigt, die Dreves im Gedenken an die am 16. 12. 1823 verstorbene Fürstin Christine gehalten hatte, erschien 1824 im Druck.



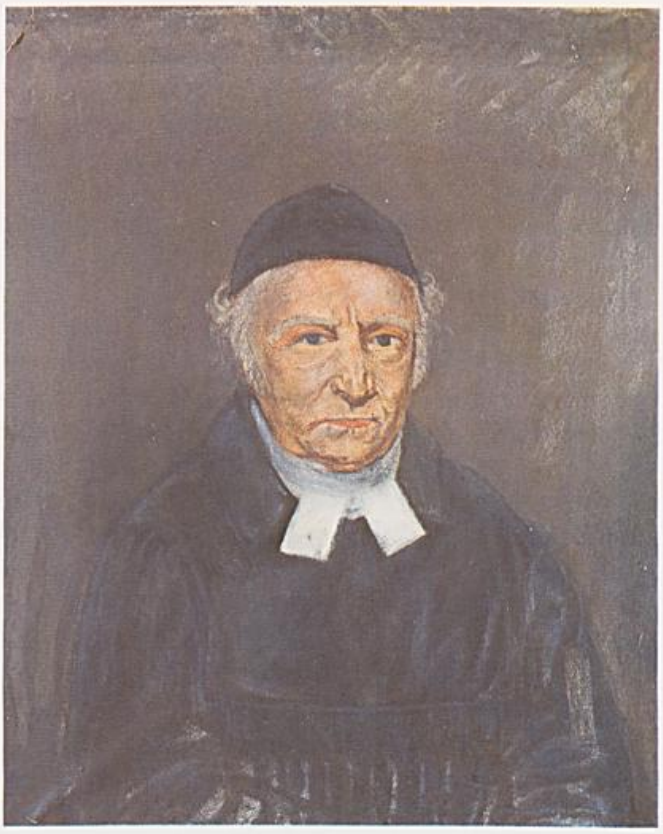
Maria Adelheid Wichelhausen aus Bremen war seit dem 2. 4. 1802 mit Pastor Johann Friedrich Ludwig Dreves verheiratet. Nach Ölgemälden aus dem Besitz der Familie Brüns in Detmold.

de Natur nach wissenschaftlichen Prinzipien erforschen. Dieses Bestreben hat die Pfarrer nicht selten dazu angeregt, ihre Kenntnisse auch auf literarischem Wege weiterzugeben. „Seit dem Zeitalter der Aufklärung wurde der protestantische Geistliche als Schriftsteller zur allgemeinen Erscheinung. Die Schriftstellerei gehörte förmlich zu seinen Standespflichten, und jeder, der beruflichen Ehrgeiz hatte, mußte sich hier betätigen" (Fritz Valjavec, Geschichte der abendländischen Aufklärung, Wien/München 1961, S. 223.) Der lippische Generalsuperintendent Ewald veröffentlichte allein zwischen 1781 und 1796 über zwanzig Schriften theologischen, pädagogischen und politischen Inhalts. Ewalds Amtsnachfolger v. Cölln sowie Pastor Pothmann und andere traten besonders als Volksschriftsteller hervor. So gab der Generalsuperintendent Ewald im Jahre 1793 eine Schrift heraus unter dem bezeichnenden Titel: „Hand- und Hausbuch für Bürger- und Landleute, welches lehrt, wie sie alles um sich her kennenlernen, wie sie ihr Land bauen, ihre Gärten bestellen, gutes Obst ziehen, Bienen mit Nutzen halten und wie Hausfrauen ihre Wirtschaft ordentlich führen sollen, nebst noch vielerlei Ratschlägen". Der Pastor Plesmann aus Meinberg verfaßte 1797 sogar ein „Handbuch der allgemeinen physikalischen Erdbeschreibung".

Der Kriminalrat Sterzenbach (1760–1838) lobte den Pastor Johann Conrad Anze aus Lage sogar als eine Ausnahme von der ihm ärgerlichen Regel: „Er war ein gelehrter Mann, beschäftigte sich nicht, wie viele Landprediger, mit der Ökonomie, wodurch sie allem Fortschreiten in der Wissenschaft Grenzen setzen,

sondern er las ununterbrochen theologische und philosophische Schriften" (vgl. Jugenderinnerungen des fürstlich-lippischen Kriminalrats Johann Conrad Sterzenbach (1760–1838), hrsg. von Karl Meier. In: Lippische Mitteilungen aus Geschichte und Landeskunde, 29. Bd., Detmold 1960, S. 116). Die Landesherrschaft war aber keineswegs der gleichen Meinung wie der Kriminalrat. Was dieser als Abirrung empfand, dazu hielt die Regierung die Pfarrer geradezu an. Sie sollten in den Pfarrgärten selbst erproben, was man über Ergebnisse neuer Versuche hatte lesen können. Und was dem Pastor verordnet wurde, gab dieser weiter an seine Schulmeister. In den achtziger Jahren forderte das Konsistorium die Geistlichen auf, „ihre Schulmeister auf alle Art zu ermuntern, eine Baumschule anzulegen und die Schulkinder in der Obstbaumzucht anzuweisen, denjenigen aber, die etwa noch keine Kenntnisse davon haben, das Buch, das zum Gebrauch für das Hannoverische Seminar gedruckt ist – ‚Kurzgefaßter Unterricht in der Baumzucht, der Kenntnis verschiedener Krankheiten der Bäume, entworfen zum Nutzen des Landmannes – Göttingen 1781' –, in die Hände zu geben, ihnen, wo es nötig sein sollte, faßlich zu machen ... Auch wünscht das Konsistorium sehr, daß der Prediger, wo möglich, selbst eine Baumschule anlege und seinen Schullehrern die Behandlungsart der jungen Bäume begreiflich mache" (StA Detmold L 80 IIIa Tit. 3 Nr. 2).

Diese und ähnliche Verfügungen haben die Pfarrer mit Interesse aufgenommen und zu realisieren versucht. Der Prediger v. Cölln aus Oerlinghausen gab der Regierung die Zusicherung, an die auch seine Amtsbrüder sich weitgehend gebunden fühlten: „Ich selbst werde zur Verbesserung der Baumzucht und des Gartenbaues alles mögliche beitragen und dazu selbst einen Garten und eine Baumschule anlegen. Denn um mehr auf Moralität zu wirken, muß durchaus unser Landmann, vorzüglich der Kötter, in mehr Aktivität gesetzt werden, und dies geschieht am besten, wenn die Kinder früher mit Arbeiten bekanntwerden, die das Leben ohne Kosten verschönern und durch manchen Reiz die Industrie befördern" (StA Detmold L 65 G Sect. 2 Nr. 2). 1788 wurden erstmals einige Geistliche, die sich als sachkundige Ökonomen ausgewiesen hatten, durch das Konsistorium öffentlich ausgezeichnet: für ihre Verdienste um die



Pastor Johann Philipp Emilius Arnold aus Blomberg. Arnold wurde am 8. 12. 1778 in Salzuflen als Sohn des Salzschreibers Georg Emilius Arnold geboren. Er war seit 1805 Rektor in Blomberg; am 9. 9. 1810 erfolgte seine Berufung in die 2. Pfarre in Blomberg. 1811 verheiratete sich Pastor Arnold mit Johanna Elisabeth Witte, einer Tochter des Bürgermeisters in Blomberg. Pastor Arnold trat 1845 in den Ruhestand. Er starb 1847 in Lage. – Gemälde aus dem Jahre 1846. Im Privatbesitz von Frau Wittenstein, Detmold.

Verbesserung des Landbaues die Pastoren Jenin in Stapelage und Voigt in Hohenhausen, für die Verbreitung der Bienen- und Obstbaumzucht die Pastoren v. Cölln in Oerlinghausen, Schönfeld in Elbrinxen und Führing in Brake. „Allein unsere meisten Landprediger sind zu ihrem wahren Schaden von Applikation auf Landwirtschaft ganz entfernt", so berichtete ein Jahr später der Oberamtmann Plage aus dem Amt Sternberg, aber „was könnten unsere Landprediger, in denen Fleiß und Tätigkeit steckt, für herrlichen Nutzen stiften und guten Vorgang in der Landwirtschaft machen, da den Landpfarrern Ländereien, Wiesen, Gärten und selbst Dienste gehören ... Die wenigsten aber tun dies, vermieten ihre Grundstücke, ich weiß keinen gelinderen Ausdruck

– zu ihrer Entehrung –, und rauchen lieber ihr Pfeifchen in pace" (vgl. hierzu und im folgenden: StA Detmold L 92 A Tit. 61 Nr. 29). Die Ursachen für die „Untätigkeit" führte Plage auf Mängel in der theologischen Ausbildung zurück. Er forderte deshalb eine grundlegende Bildungsreform des geistlichen Berufs. Griechisch, Hebräisch und Polemik hielt Plage für „gelehrten Prunk ... wovon sie so wenig Gebrauch machen können". Dafür empfahl er dem Studenten, sich frühzeitig „auf ökonomische Wissenschaften zu legen". Nur so sei er später als Geistlicher imstande, die wichtigsten landwirtschaftlichen und gewerblichen Schriften zu studieren, Erfahrungen und Beobachtungen zu sammeln, aufzuzeichnen und unter der Landbevölkerung zu verbreiten: „Allein die nachherige Gelehrtheitssucht hat die so gute Einrichtung größtenteils vereitelt, und das ist wider den Zweck. Denn der Diener des Staats, er sei weltlicher oder geistlicher, muß aus Beruf, aus Pflicht, seine Geistes- und Leibeskraft ganz dem gemeinen Wesen und dessen besten Beförderung und sich nicht vorzüglich der Bibliothek, noch weniger der Schriftstellersucht widmen. Ein guter Haushälter kann mit der Zeit immer noch Stunden zum guten Bücherlesen und Predigtarbeit ersparen." Das Konsistorium habe durch Verordnung schließlich dafür zu sorgen, daß kein Kandidat der Theologie in eine Pfarrstelle gelange, der nicht über Kenntnisse in der Ökonomie verfüge und nicht bloß „am Konsistorio, sondern auch bei Hochgräflicher Kammer im ökonomischen Fach examiniert" worden sei. Der Regierungskanzler von Hoffmann billigte die Vorschläge, und der Kammerrat Führer erklärte sich bereit, die Kandidaten, „wenn sie erst in der Exegetik und Homiletik rasch durchgenommen sind, nun auch in Oeconomicis einige Fragen zur Auflösung vorzutragen ... und sollte es mir einen ganzen Tag kosten, um mich auf die Prüfung vorzubereiten". Hier zeigt sich unverkennbar der Wille, die Geistlichkeit als den einzigen gebildeten Stand, der mit moralischer Autorität mitten im Landvolk lebte, als Erzieher für die staatspolitischen Ziele wirken zu lassen.

In dieser Richtung stehend, stellt sich der Pfarrer vor allem als Pädagoge dar. Er ist auch in Wirklichkeit der eigentliche Träger des pädagogischen Reformeifers, durch den im letzten Drittel des Jahrhunderts die Verbesserungen im Lande eingeleitet wurden. So meinte Ewald: „Von dem christlichen Volkslehrer erwartet man vor allem, daß er, so viel an ihm liegt, gute Menschen, gute Staatsbürger und eine bessere Generation zu bilden suche ... All sein Unterrichten und Aufklären, all sein Lehren und Predigen ist nicht Zweck, sondern Mittel. Er soll nicht gelehrter machen, nicht Wissenschaften beibringen, er soll dahin arbeiten, daß der Vater ein besserer Vater, das Kind ein besseres Kind, der Gatte ein besserer Gatte werde, daß jeder seine Pflicht besser kenne ... Das ist unser Beruf!" (Über Predigerbeschäftigung und Predigerbetragen, hrsg. v. J. L. Ewald, 7. Heft, Lemgo 1791, S. 13 f.). An anderer Stelle spricht derselbe Ewald noch einmal aus, was er von einem Pastor erwartet: „Ich gestehe aufrichtig, daß ich gleich eine üble Idee von einem Landprediger bekomme, wenn er an dem Schulunterrichte nicht zu bessern sucht" (Über Predigerbeschäftigung ..., 4. Heft, Lemgo 1786, S. 98).

Es gab denn auch kaum einen Pfarrer, der sich nicht mit pädagogischen Fragen auseinandergesetzt und entsprechende Anregungen vorgebracht hätte. Vor allem aber richtete sich die Aufmerksamkeit der Geistlichen auf das praktische Gebiet, auf die Nachahmung anderwärts erprobter Einrichtungen. Und da die Schule als „ancilla ecclesiae" vom Pfarrer inspiziert wurde, kam viel darauf an, mit welcher Sachkenntnis und in welchem Geiste er sich dieser Aufgabe hingab. Denn der Schulmeister war noch nicht in den Rang eines Pädagogen aufgestiegen: er konnte sich über das, was er tat, noch keine Rechenschaft geben, noch nicht aus Erfahrungen lernen und noch nicht den Gedanken fassen, daß sich Unterricht und Erziehung auch in anderen Formen und nach anderen Prinzipien ereignen könnten. Dieser leidige Mangel stellte den Pastor als den gebildeten Mann in die Verantwortung, er mußte urteilen, raten und bessern. Die Zeitgenossen wurden denn auch nicht müde, dem Pfarrer neue Wege zu erschließen und ihm die Gelegenheit zu geben, sich frühzeitig auf seine pädagogische Aufgabe vorzubereiten. So schlug der Oberamtmann Plage vor: „Ein auf dem Lande wohnender Bewohner muß überzeugt werden, daß die Landprediger durch guten Unterricht in der Religion und christlicher Moral durch fleißige Schulvisitationen weit mehr Nutzen stiften als durch Predigten. Denken aber hieran unsere jungen Theologen? Ge-



Jakob Ludwig Passavant (1751–1827), der in Frankfurt a. M. aufwuchs und mit Goethe während der Gymnasialzeit befreundet war, weilte nach Abschluß seiner theologischen Studien vom Frühjahr 1774 bis zum Oktober 1775 in Zürich, wo er die Bekanntschaft mit Bodmer, Breitinger, Gessner, Hess und Lavater machte. Nach pfarramtlicher Tätigkeit an der holländischen Gemeinde in Hamburg und in Hannoversch-Münden wurde Passavant 1787 als Pastor nach Detmold berufen. Kurz nach seiner Ernennung zum Superintendenten der Klasse Brake im Jahre 1795 folgte Passavant einem Ruf an die reformierte Gemeinde in Frankfurt, wo ihm 1817 von der Universität Jena der D. theol. verliehen wurde.
Sein Sohn Carl Wilhelm Passavant, von 1807–1816 ebenfalls Pastor in Detmold, erhielt 1803 von der Fürstin Pauline den Auftrag, in Burgdorf in der Schweiz die Pestalozzische Methode an Ort und Stelle zu prüfen. Seine Beobachtungen hatte Passavant in der in Lemgo 1804 erschienenen Schrift „Darstellung und Prüfung der Pestalozzischen Methode nach Beobachtungen in Burgdorf" niedergelegt.

wiß wenige. Ihr ganzes Streben auf Universitäten und nachher ist hauptsächlich, sich aufs Predigen zu legen. Wie nützlich und einträglich wäre es nicht für solche Kandidaten, wenn sie durch Schulkenntnisse und -gaben zur guten Bildung der Jugend zu nützlichen Hauslehrern sich qualifizierten. Um aber die auf sämtliche Landeseinwohner so nachteiligen Einfluß habenden Folgen zu heben, würde eine landesherrliche Verordnung höchst nötig sein, daß kein lippischer theologischer Kandidat zum Predigtdienst gelangen solle, der nicht auf Universitäten sich auf Schulwissenschaften gelegt und nachher mehrere Jahre durch guten Unterricht der Jugend sich ausgezeichnet hätte. Noch wirksamer würde es sein, wenn in Detmold ein Kandidaten-Seminar errichtet würde, worin sie hauptsächlich sich im Unterrichten bilden müßten. Aus diesem Seminario müßten dann die Geschicktesten zu Kollaboratoren am Gymnasio zum Unterricht in der Wissenschaft, worin jeder vorzügliche Kenntnisse hat, angestellt werden. Jenen Kollaboratoren müßten nicht nur ein erhöhtes Schulgeld und andere Zuschüsse gegönnt werden, sondern die sichere Erwartung haben, daß sie durch Auszeichnung im guten Schulunterricht vorzüglich zu guten Pfarrdiensten befördert werden" (StA Detmold L 77 A Fach 85 Nr. 2).

Die pädagogische Aufgabe des Pfarrers wurde dann auch in der Erörterung um die Neuordnung der theologischen Ausbildung eingehend besprochen, zumal auch der Generalsuperintendent feststellen mußte, daß „der Prediger seine Kandidatenjahre nicht dazu verwendete, wozu er sie verwenden sollte, um sich zu einem künftigen Prediger zu bilden ... Er studiert nicht Bibel und Menschen, er übt sich höchstens im Predigen, selten im Katechisieren; seine Predigten läßt er nicht beurteilen, um sie zu vervollkommnen ... Er bleibt unbekannt mit den Schuleinrichtungen dieses Landes, mit der Methode für die Landschulen, die eingeführt ist, mit dem Geist der Jugendbildung und der darauf zu bildenden Volksbildung, worauf er doch als Prediger hauptsächlich arbeiten sollte" (StA Detmold Fach 85 Nr. 2). Die Geistlichen waren unter den gegebenen Umständen weder imstande, die Schulaufsicht zu führen, noch die Lehrer sachkundig anzuleiten und zu beraten. Ewald erkannte, daß hierdurch die Zusammenarbeit zwischen Kirche und Schule gestört war. Um die pädagogische Vorbildung der Geistlichen zu sichern, sollte deshalb nach einem 1790 erlassenen Reglement künftig jeder Kandidat der Theologie den Nachweis pädagogischer Kenntnisse erbringen und eine Probe im Katechisieren ablegen, „deswegen



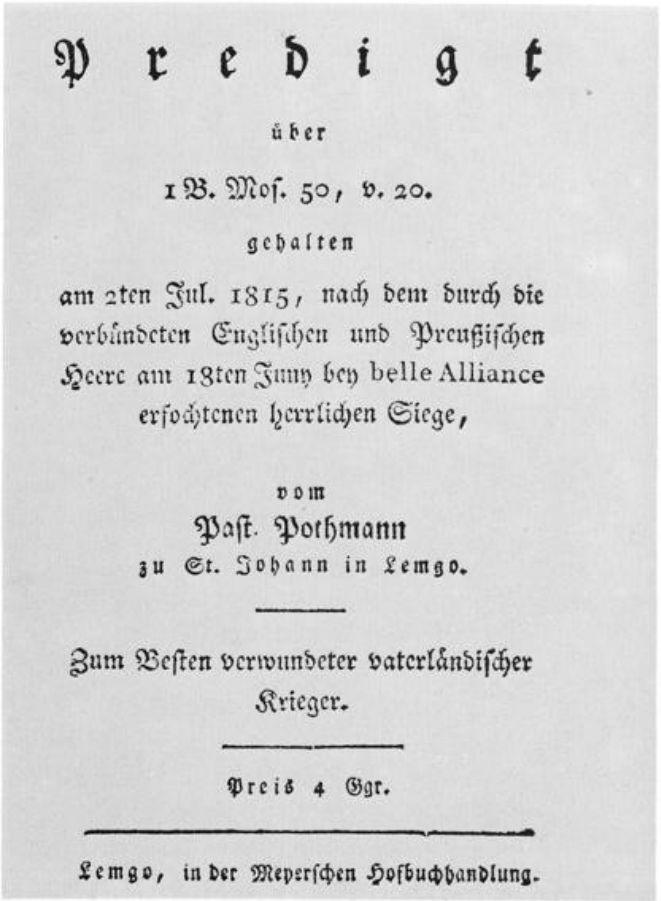
Moritz Casimir Pothmann, geb. am 23. 9. 1765 in Rheda, war seit 1785 Rektor in Lippstadt, bevor er 1787, im Alter von 22 Jahren, als Pastor nach Haustenbeck berufen wurde. Bereits 1788 übernahm Pothmann das Pfarramt in Varenholz. 1794 folgte Pothmann einem Ruf an die Kirche St. Johann in Lemgo, wo er bis 1842 predigte. Er gehörte in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu den markantesten lippischen Pastoren. Pothmann verkörperte den Typus des Aufklärungstheologen, der über die seelsorgerische Tätigkeit hinaus mit starken pädagogischen Ambitionen als Volksschriftsteller gewirkt hat. Als Pothmann 1835 sein 50jähriges Dienstjubiläum feierte, verlieh ihm der preußische König den roten Adlerorden 4. Klasse und der Fürst zur Lippe die Verdienstmedaille. Die Universität Göttingen würdigte Pothmanns Verdienste mit der Verleihung des theologischen Ehrendoktors. Pothmann verstarb am 13. 2. 1842 in Lemgo. – Das Gemälde befindet sich im Besitz der Kirchengemeinde St. Johann in Lemgo.

werden Kinder von verschiedenen Graden auf das Konsistorium bestellt, mit denen er eine selbstgewählte Glaubenslehre und ein ihm gegebenes Stück aus der Sittenlehre durchzufragen und dabei seine Gabe und Übung, sich zu dem Fassungsvermögen der Kinder herabzulassen, sie auf die richtige Antwort zu leiten, eine unvollständige Antwort durch eine Zwischenfrage zu ergänzen und gleiches zu zeigen hätte ... Endlich würde er aufgefordert, die Einrichtung des hiesigen Seminars und die Methode des Unterrichts in den Landschulen mit ihren Gründen darzulegen und den Zweck und den Geist der ganzen Jugendbildung zu zeigen, damit man sicher sein könne, daß er wenigstens Einsicht genug habe, in dem Geist dieser Einrichtung zu arbeiten" (StA Detmold L 77 A Fach 85 Nr. 1). „Einmal soll der Prediger dadurch veranlaßt werden, seine Schulen zweckmäßig zu besuchen, um sich so selbst eine deutliche Rechenschaft über den eigentlichen wahren Stand seiner Schulen, über ihre Vorzüge, Mängel und Gebrechen ablegen zu können, weil er dann nur imstande ist die Verbesserung des guten Werks zweckmäßig fördern zu helfen ... Dann aber soll diese Rechenschaft auch seinem Vorgesetzten abgelegt oder demselben der Total-Eindruck, den der Zustand jeder seiner Schulen auf seine, des Predigers, Individualität gemacht hat, mitgeteilt werden" (vgl. Sammlung von Verfügungen, Verordnungen und Erlassen das lippische Schulwesen betr. – Akte Prof. Dr. Hammelsbeck, Archiv des Landeskirchenamtes Detmold, unsigniert).

Nie zuvor hatte die Kirche die Erziehungsaufgabe so ernst genommen wie in der Aufklärungszeit. Sie strebte jetzt auf Erfolge hin, die schon im Diesseits sichtbar werden sollten. Der Pfarrer wurde zum Volkslehrer, die Predigt zum erbaulichen Kanzelvortrag, zum Volksunterricht und Bildungsmittel. „Wer überhaupt eines Urteils über dieses Bildungsmittel fähig und nicht durch irgendeine böse Leidenschaft gebunden ist, der muß es zugeben", so schrieb der Generalsuperintendent v. Cölln in jenen Tagen, „daß es kein so wirksames und radikales Bildungsmittel nicht für das Volk, nein, für alle Menschen gibt, die den ersten Anlagen zur Menschlichkeit nicht gänzlich entsagt haben, als den öffentlichen Gottesdienst. Dadurch kann vorzüglich einer gemeinsinnlichen Denkungsart entgegengearbeitet werden" (L. F. A. v. Cölln, Über den Wert des öffentlichen Gottesdienstes als Bildungsmittel und die Folgen seiner Verachtung. In: Vorschläge und Versuche zur Beförderung des Menschenwohls und der Volkskultur, 1. Heft, Frankfurt 1802, S. 57). Die Geistlichen wurden des-

halb aufgerufen, „endlich aus dem süßen dogmatischen Schlaf zu erwachen und die alten Postillen mit weiseren Predigten fürs Volk zu vertauschen" (Vorschläge zur Beförderung des Menschenwohls und der Volkskultur, hrsg. von L. F. A. v. Cölln, 2. Heft, Frankfurt 1803, S. 34).

Die theologische Bewegung richtete sich jetzt gegen die starre Lehrmäßigkeit. Wie alle kirchlichen Wirkungsformen, so nahm auch die Predigt den Zeitgeist in sich auf. Sie sollte den Menschen ansprechen, den man als ein mit Verstandeskraft ausgestattetes, mit Vernunft begabtes Wesen begriff, dessen Würde nicht von ihm selbst verschleudert werden dürfe. Weder in der Orthodoxie noch im Pietismus hatte das Christentum seine Kraft so erwiesen, daß sie einem denkenden Menschen sichtbar wurde; die dogmatische Rede von der Kanzel wie die pietistische Rede mit ihrer Betonung der Heiligung im Guten hatten die Sitten nicht heben können. Im Gegenteil, Unglaube und Zweifelsucht hatten sich breitgemacht, die sittliche Verwilderung aus der vorreformatorischen Zeit war nicht behoben, sondern eher schlimmer geworden. Jetzt, in der Aufklärungsepoche, sollte die christliche Religion ihre Kraft für das sittliche Handeln erweisen und sie dadurch gegen alle Zweifel verteidigen. Man sah es als die Hauptaufgabe des Geistlichen, „die Moralität des Volkes zu bilden, sie zu erhalten, sie zu schützen und wo sie gesunken, sie wieder emporzuheben" (vgl. Vorschläge und Versuche zur Beförderung des Menschenwohls und der Volkskultur, 2. Heft, Frankfurt 1803, S. 34). Die Predigt sollte in populärer Sprache Erkenntnisse und Begriffe vermitteln und die „Denkart und den Sinn der Menschen milder, menschlicher und sittlicher machen". Sie hatte den Menschen zur Selbstbesinnung und Selbsterkenntnis zu verhelfen und zum moralischen Handeln zu erziehen (vgl. Friedrich Wilhelm Kantzenbach, Protestantisches Christentum im Zeitalter der Aufklärung, Gütersloh 1965, S. 103). Man fragte nicht nur danach, was gepredigt, sondern ebenso ernsthaft, wem gepredigt wurde. Die besonderen Bedürfnisse der Zuhörer wurden sorgfältig berücksichtigt, psychologische Gesichtspunkte wurden wichtiger als dogmatische. Was der Christ als Kind notdürftig als Wissen von Gott, von den Lehren des Christentums und von seiner irdischen und ewigen Bestimmung erworben hatte: durch die Predigt sollte dem mit Verstand begabten Erwachsenen die Hilfe geboten werden, es



Predigt

über

1 B. Mos. 50, v. 20.

gehalten

am 2ten Jul. 1815, nach dem durch die verbündeten Englischen und Preußischen Heere am 18ten Juny bey belle Alliance erfochtenen herrlichen Siege,

vom

Past. Pothmann

zu St. Johann in Lemgo.

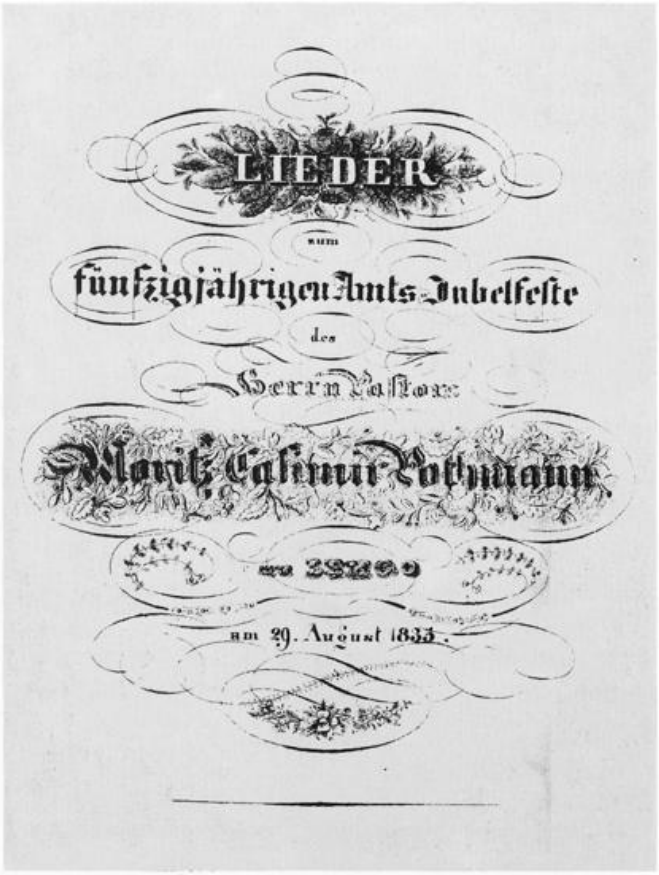
Zum Besten verwundeter vaterländischer Krieger.

Preis 4 Ggr.

Lemgo, in der Meyerschen Hofbuchhandlung.

Die Vertreter des Rationalismus hatten – im Bewußtsein ihrer erzieherischen Aufgabe als Volkslehrer für Sittlichkeit und Fortschritt – die dogmatischen Kanzelreden durch neue Predigtformen ersetzt. Eine Säkularisierung der Homiletik wurde angestrebt. Diese Bestrebungen fanden ihren sichtbaren Ausdruck in den politischen, zeitgeschichtlichen und ökonomischen Kanzelreden, die seit Ende des 18. Jahrhunderts für einige Jahrzehnte den Gottesdienst prägten. Es waren Predigten, in denen vorrangig Stellung zu allen Fragen des täglichen Lebens genommen wurde: Sie handelten vom Himmel, von der Sonne, den Gestirnen, vom Nutzen des Gewitters, vom Nutzen der Stallfütterung am Weihnachtsabend, vom Nutzen des Kartoffel- und Kleeanbaus und der Dreifelderwirtschaft und von der Notwendigkeit, sich mit den politischen Ereignissen der Zeit auseinanderzusetzen.

Eine von Pastor Pothmann in Lemgo in der Kirche St. Johann am 2. Juli 1815 gehaltene Predigt bewegte sich ganz auf dieser Linie. Pothmann benutzte seine Predigt dazu, die Zuhörer seiner Gemeinde über ein Ereignis von großer politischer Tragweite zu unterrichten: Von dem „durch die verbündeten Englischen und Preußischen Heere am 18ten Juny bey belle Alliance erfochtenen herrlichen Siege".



Am 29. August 1835 konnte Pastor Moritz Pothmann in Lemgo sein fünfzigjähriges Amtsjubiläum feiern. Freunde und Amtskollegen überraschten den Jubilar an seinem Ehrentag mit selbstverfaßten Liedern und Gedichten. Das folgende Lied hatte Pastor Knoll aus Lipperode gedichtet: Es rief noch einmal die beruflichen Stationen Pothmanns – Lippstadt, Haustenbeck, Varenholz und Lemgo – in die Erinnerung.

Stimmt an ein Lied, es gilt dem Jubelgreise,
Der heute fünfzig Jahr
den Herden allen, die ihm anvertraut,
Ein treuer Hirte war.

Er weidete zuerst am Lippestrande
Ein Häuflein, fromm und klein.
Noch immer denkt der Greis der schönen Tage
Und segnet den Verein.

Am Haustenbach, wo reichlich Rüben wachsen
Und der Wacholderstrauch.
Hat er ein Jahr den Hirtenstab geführet,
Daß denkt er heute auch.

Zu Varenholz, im schönen Wesertale,
Dem Lippschen Paradies.
Wo Milch und Honig fleußt, entfloh'n dem Treuen
Sechs Lenze schnell und süß.

Da scholl zu ihm der Ruf des großen Hirten:
„Auf, nimm den Hirtenstab,
Und geh' mit Weib und Kindern, deiner Habe,
zum Begatal hinab!"

Er ging hinab und vierzig lange Jahre
Treibt er sein Werk hier schon
Von früh bis spät, – die Liebe seiner Herde
War stets sein größter Lohn.

Auch Gattin, Kinder, Enkel, Freunde jauchzen,
Und sind vor Wonne hoch entzückt,
Daß alle sie, von keinem Leid gestöret,
Den schönen Jubeltag erblickt.

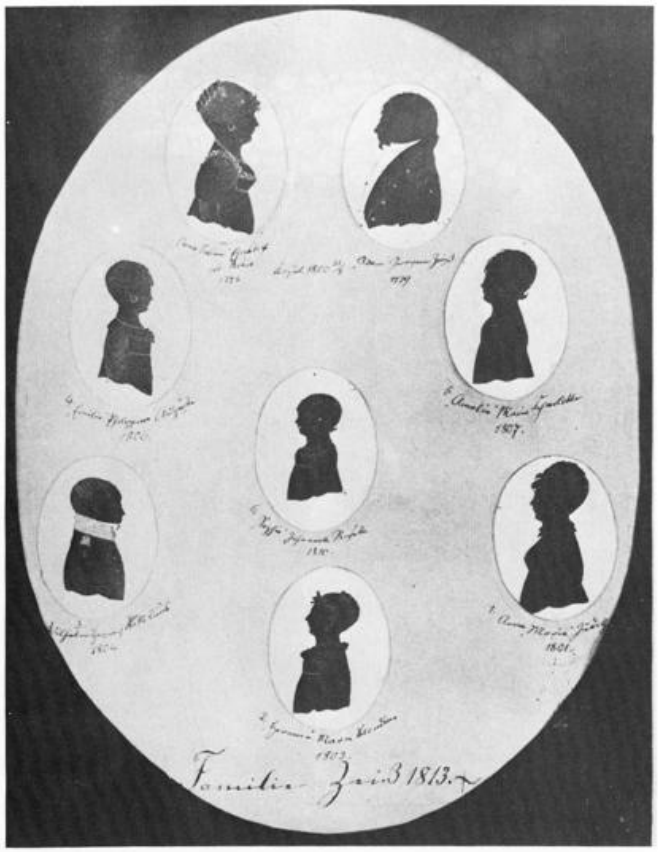
Wert ist's der Greis, daß seiner wir uns freuen
Und jubeln heute allzumal,
Drum soll auch Sang und Klang das Fest verschönen,
Und golden perlen der Pokal.

Ja, lange wird der Jubelgreis noch leben.
Wenn längst zu Staube sein Gebein
Dann werden wir noch liebend seiner denken
Und seines Jubeltag's uns freun.

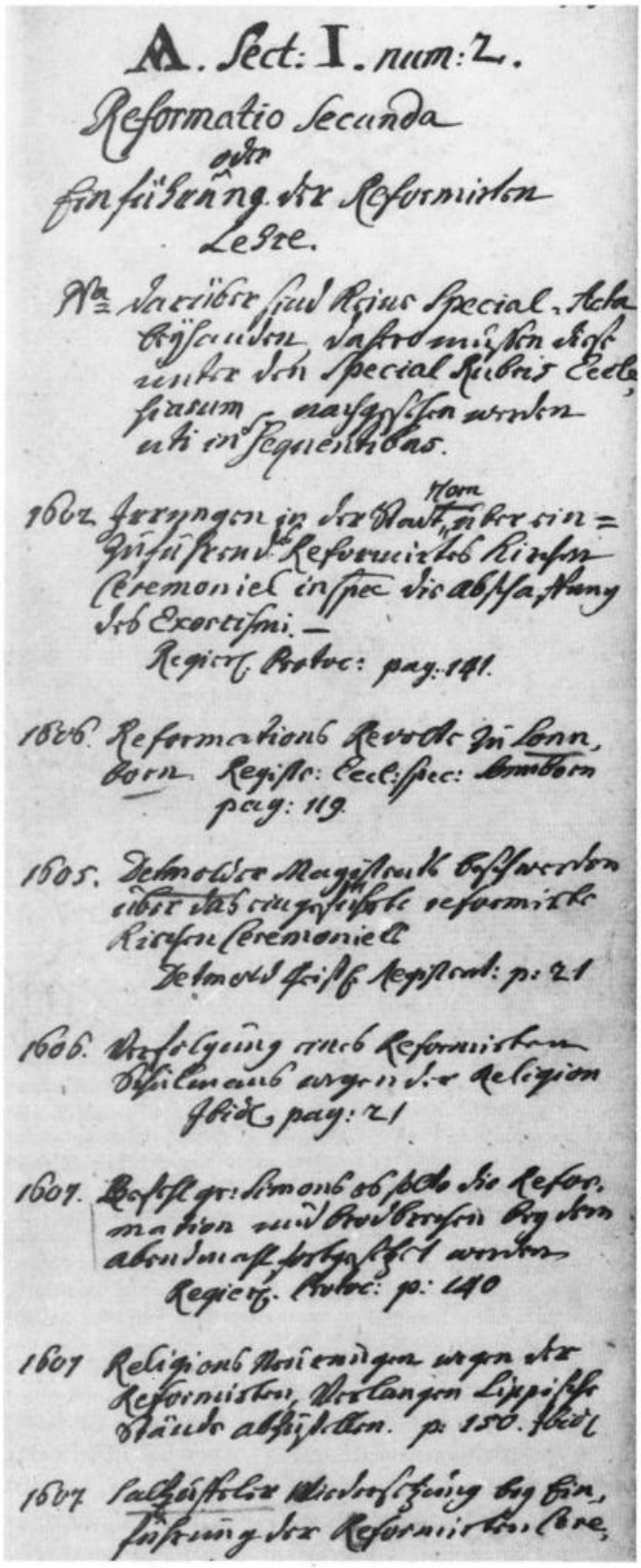
Chor: Feierlich schalle der Jubelgesang
Traulicher Freunde beim Gläserklang.

tiefer zu begreifen. Die Predigt sollte den Verstand überzeugen, den Willen zum Handeln bewegen und deswegen auch immer Beweise führen. „Das kahle, unverdaute Geschwätz über die Glaubenslehren, das ewige Predigen, das müßt ihr tun, so müßt ihr leben, wenn ihr selig werden wollt, ohne alle Beweise, die aus der Sphäre des gemeinen Mannes hergenommen sind und also allein Eindruck auf ihn machen und Überzeugung in ihm wirken könnten, wird man doch nicht einen Unterricht nennen", so heißt es 1773 im „Lippischen Intelligenzblatt". Der Ungenannte ermahnt die Prediger mit Nachdruck, „die Natur der ihnen anvertrauten Seelen genauer zu studieren, ihr Freund zu werden, sich ihr Zutrauen zu gewinnen, oft mit ihnen umzugehen und sich über ihre Angelegenheiten mit ihnen zu unterhalten". Hatte vordem die Heilsverkündung im Mittelpunkt gestanden, so wurde sie in den letzten Jahrzehnten des Jahrhunderts mehr und mehr durch Predigten verdrängt, in denen Fühlung mit dem Alltagsleben gesucht und Unterweisung in Fragen der Lebensführung erteilt wurde. Als der Prediger Volland in Schlangen 1791 in Gegenwart des Generalsuperin-

tendenten eine Predigt hielt, mußte er sich den Vorwurf gefallen lassen, seine Predigt sei zu „analytisch, sehr steif ... und ohne praktische Blicke" (StA Detmold L 77 A Fach 84 Nr. 9).
Beliebt waren in jenen Tagen auch die sogenannten Schulpredigten, in denen die Geistlichen versuchten, den Eltern „das Schul- und Erziehungswesen zu Beherzigung der großen Wichtigkeit desselben in Ansehung ihrer selbst und ihrer Kinder vorzustellen" (StA Detmold L 71 Oerlinghausen E V). Auch kirchen- und zeitgeschichtliche Stoffe kamen in Aufnahme. So hielt der Pastor Pothmann in Lemgo 1815 eine „Predigt über den Sieg bei Belle-Alliance". Unter den stark modifizierten Predigtweisen scheint sich aber die reine Nützlichkeitspredigt mit ihrer starken Tendenz zum Lehrhaft-Volkspädagogischen besonders durchgesetzt zu haben (vgl. Reinhard Krause, Die Predigt der späten deutschen Aufklärung, Stuttgart 1965). Wie der Prediger v. Cölln aus Oerlinghausen schon 1791 vermerkt, ging es auch hier, „wie es in unseren Tagen mit allem geht. Wie alle neuen Frisuren, Farben, Uhren und Schnallenformen unser Deutschland schnell durchlaufen und bald ihren Zirkel vollendet haben, so war's mit unseren Kirchen-, Schul- und Volksreformen. Nämlich bei der Menschenklasse, die mit jeder Leipziger Messe einen neuen Ton annimmt und sich in neue Maximen und Sentiments kleidet. Kaum fing man an, sei's nun aus Eitelkeit oder geläuterten Grundsätzen – die Sache bleibt nötig und gut –, sich endlich des Volks anzunehmen, das bisher wie das Vieh des Feldes angesehen ward, da verbreitete sich überall ein Volksaufklärungsfieber über alles wenigstens, was gerne du bon ton der feinen Welt sein wollte. Nun war kein Prediger nützlicher, verdienstvoller wie der, welcher den Landmann bildete. Nun gehörte bald nichts mehr auf die Kanzel als alles, was sich selbst zum kindischen, einem jeden verständigen Bauern ekelhaften Märchenton herabpopularisieren ließ. Man fing hin und wieder an zu predigen, wie man in Klubs und Tagesgesellschaften über Neuigkeiten des Tages oder der Zeitungen schwatzt. Der reifer denkende Mann freute sich, daß endlich die Lichter der Welt auch denen, die lange in der Finsternis gewandelt hatten, ihr Licht wollten leuchten lassen ... Man predigte über Landbau, Obstbau und Bienenzucht, über Selbstsäugen der Kinder und über die Diät beim Säugen. Mir ist sogar ein Beispiel bekannt, daß ein Kandidat – natürlich unverheiratet – über die Pflicht der Mütter vor der Geburt ihrer Kinder predigte. Mir gefällt dabei das unverdorbene Gefühl des Landmannes, der zu solchen Predigten den Kopf schüttelt,



Schattenrisse der Familie des Pastors Adam Zeiß in Silixen aus dem Jahre 1813. Die Abbildung zeigt Adam Zeiß (1779–1870) und seine Ehefrau Anna Sabine Rhode (1774–1834), die seit dem 31. August 1800 verheiratet waren.
Nr. 1: Tochter Anna Maria Judith, geb. 1801, die später den lippischen Pastor Althaus heiratete; Nr. 2: Tochter Hermine Maria Blondine, geb. 1803, die unverheiratet blieb; Nr. 3: Sohn Wilhelm Heinrich Nikolaus, geb. 1804, später Pastor in Stapelage, Schötmar und Schwalenberg; Nr. 4: Emilie Philippine Auguste, geb. 1806, später verheiratet mit dem Orgelbauer Möhling aus Rinteln; Nr. 5: Amalie Marie Charlotte, geb. 1807, später verheiratet mit dem lippischen Pastor Krüger; Nr. 6: Sophie Johannette Rosette, geb. 1810, später verheiratet mit einem Tegtmeier – sie wanderte nach dem frühen Tod ihres Mannes (1839) 1851 mit drei Töchtern nach Amerika aus. – Nicht auf der Abbildung zwei Kinder, die später geboren wurden: Sohn Eduard, geb. 1815, der bereits als Kandidat der Theologie verstarb, und Tochter Philippina, geb. 1817, die im Jahre 1892 in Rinteln unverheiratet starb. Sie hatte nach dem frühen Tod der Mutter dem Vater bis zu dessen Tod (1870) den Haushalt geführt.


A. Sect: I. num: 2.
Reformatio Secunda
oder
Einführung der Reformirten
Lehre.
Nr. 2 Darüber sind keine Special-Acta
beyhanden, dahero müssen diese
unter den Special Rubris Eccle-
siarum nachgesehen werden
uti in sequentibus.
1602 Irrungen in der Stadt Horn über einzuführendes Reformir-
tes Kirchen Ceremoniel in spec. die abschaffung der Exor-
cismi. – Regier. Protoc: pag: 141.
1606 Reformations Revolte zu Sonnborn. Registr.: Eccl: spec:
Sonnborn pag: 119.
1605 Detmolder Magistrats Beschwerden über das eingeführte
reformirte Kirchen Ceremoniels. Detmold Geistl. Registrat:
p: 21.
1606 Verfolgung eines Reformirten Schulmans wegen der Reli-
gion. Ibid. pag: 21.
1607 Befehl Gr. Simons, es sollte die Reformation und brodbre-
chen bey dem Abendmahl fortgesetzt werden. Regier. Pro-
toc: pag: 140.
1607 Religions Neurungen wegen der Reformirten verlangen
Lippische Stände abzustellen. p. 150. Ibid.
1607 Salzufeler Wiedersetzung bey Einführung der Reformirten
Ceremonien ...

weil es ihm ‚zu weltlich' gepredigt sei" (Über Predigerbeschäftigung und Predigerbetragen, hrsg. v. J. L. Ewald, 7. Heft, Lemgo 1791, S. 82f.). „Erkennen Sie es nicht", so fragte ein Zeitgenosse bereits 1770 die Leser des „Lippischen Intelligenzblattes", „daß hierin ein wahrer Mißbrauch steckt, welcher der Andacht und wahren Gottesfurcht unendlichen Abbruch tut? ... Wir machen aber selbst die Kanzel zu einem öffentlichen Zeitungsblatte, das die Neugierde unterhält und die Gedanken mit dem Irdischen beschäftigt."

Die Predigten über Gegenstände aus der Natur und Politik, aus der Land- und Staatswirtschaft, aus Erziehungs- und Arzneikunde griffen indes so stark um sich, daß sich das Konsistorium gezwungen sah, in einer „Erinnerung an die Prediger des Landes" am 16. Dezember 1800 die Geistlichen zu ermahnen, „dem öffentlichen Gottesdienste mehr Ansehen wiederzugeben". Es ordnete an, künftig „keine für den Ort und den Zweck des öffentlichen Gottesdienstes unschickliche Materien in den Predigten vorzutragen, die selbst dem Landmann wegen ihrer unpassenden Verbindung mit religiösen Gegenständen so wenig gefallen, daß kein Zweck dadurch erreicht, vielmehr die Predigt wie der Prediger daduch ihm lächerlich gemacht werden. Gibt es indessen Prediger, die einen besonderen Beruf zu haben glauben, ihre

Zur Abb. links: Eine Seite mit verzeichneten Konsistorialakten aus dem Repertorium „Ecclesiastica generalia", angelegt von Archivrat Knoch im Jahr 1793. „Reformatio Secunda oder Einführung der Reformirten Lehre. Nr. darüber sind keine Special-Acta beyhanden, dahero müssen diese unter den Special Rubris Ecclesiarum nachgesehen werden uti in sequentibus:

1602 Irrungen in der Stadt Horn über einzuführendes Reformirtes Kirchen Ceremoniel in spec. die Abschaffung der Exorcismi. – Regier.Protoc: pag. 141.

1606 Reformations Revolte zu Sonnborn. Registr.: Eccl: spec: Sonnborn pag: 119.

1605 Detmolder Magistrats Beschwerden über das eingeführte reformirte Kirchen Ceremoniels. Detmold Geistl. Registrat: p: 21.

1606 Verfolgung eines Reformirten Schulmans wegen der Religion. Ibid. pag: 21.

1607 Befehl Gr. Simons, es sollte die Reformation und brodbrechen bey dem Abendmahl fortgesetzt werden. Regier.Protoc: pag: 140.

1607 Religions Neurungen wegen der Reformirten verlangen Lippische Stände abzustellen. p. 150 Ibid.

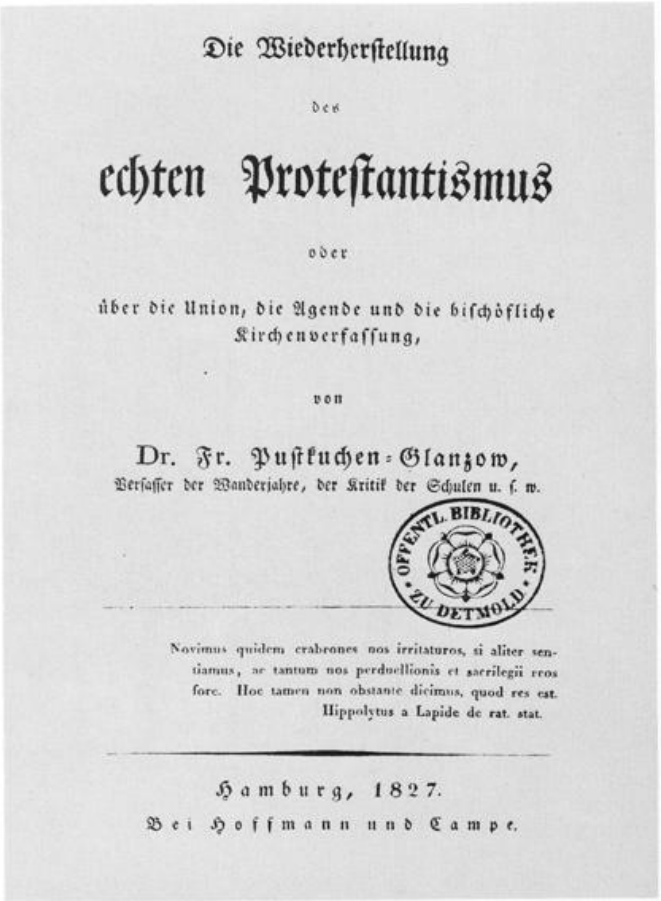
1607 Salzufeler Wiedersetzung bey Einführung der Reformirten Ceremonien ..." (vgl. StA Detmold L 65 Nr. 2).



Der Archivrat Knoch (1712–1808) hatte in den sechziger Jahren des 18. Jahrhunderts damit begonnen, das völlig verwahrloste landesherrliche Archiv zu ordnen. Tausende und aber Tausende von Akten mußten gesäubert, gelesen, geordnet und verzeichnet werden. In den neunziger Jahren hatte Knoch die Kirchenakten aufgenommen. Dabei war diese staatliche Reihe von Repertorien entstanden. Diese Findbücher des Staatsarchivs in Detmold weisen noch heute den Weg zu den Kirchenakten aus der Zeit des 16.–18. Jahrhunderts.

gesammelten Kenntnisse dem Landmann nützlich zu machen, welches sehr verdienstlich ist, die ihn über ökonomische, physikalische, diätetische und technologische Gegenstände aufklären wollen, die werden wohltun, wenn sie dazu andere passende Gelegenheiten aufsuchen" (StA Detmold L 77 A Fach 84 Nr. 23). Man darf nicht vermuten, hinter den naturwissenschaftlichen, ökonomischen und pädagogischen Interessen so vieler Pfarrer verberge sich eine Neigung, dem eigentlich religiösen Auftrage auszuweichen. Vielmehr offenbart sich hier der Zug des Zeitalters zum Handgreiflichen, zu dem, was dem Pfarrer, der Gemeinde und dem Lande Nutzen bringen konnte. Es gab denn auch kaum einen Lebensbereich, in den hinein sich nicht die Tätigkeit der Pfarrer erstreckt hätte. Sie waren in dieser Zeit nicht nur eifrig bemüht, einzelne Wirtschaftszweige ertragreicher zu machen, sie förderten auch die Einführung ganz neuer Erwerbsarten und unterstützten damit in entscheidender Weise die wirtschaftliche Entwicklung.

Diese Tendenz zeigte sich auch noch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die Pastoren Schönfeld in Reelkirchen und Melm in Augustdorf versuchten in den Jahren 1827–1830 nach preußischem Vorbilde den Seidenbau einzuführen. Es war geplant, die Schule zur Kultivierung dieses Industriezweiges einzusetzen. Auch betätigten sich Geistliche rege in den



Die Wiederherstellung

des

echten Proteſtantismus

oder

über die Union, die Agende und die biſchöfliche Kirchenverfaſſung,

von

Dr. Fr. Puſtkuchen-Glanzow,

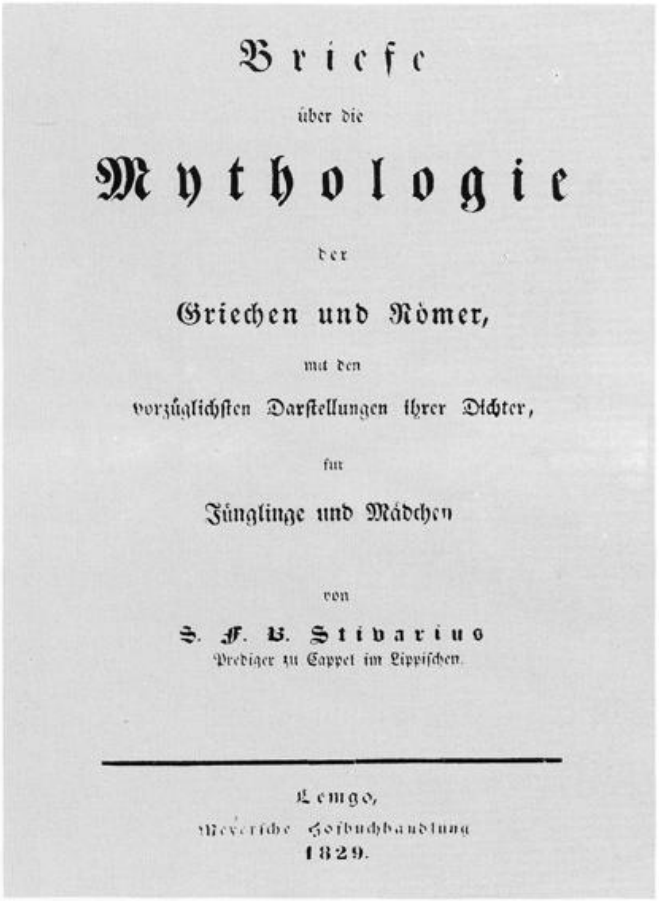
Verfaſſer der Wanderjahre, der Kritik der Schulen u. ſ. w.

OFFENTL. BIBLIOTHEK ZU DETMOLD

Novimus quidem crabrones nos irritaturos, si aliter sentiamus, ac tantum nos perduellionis et sacrilegii reos fore. Hoc tamen non obstante dicimus, quod res est.
Hippolytus a Lapide de rat. stat.

Hamburg, 1827.

Bei Hoffmann und Campe.



Briefe

über die

Mythologie

der

Griechen und Römer,

mit den

vorzüglichſten Darſtellungen ihrer Dichter,

für

Jünglinge und Mädchen

von

H. F. W. Stivarius

Prediger zu Cappel im Lippiſchen.

Lemgo,

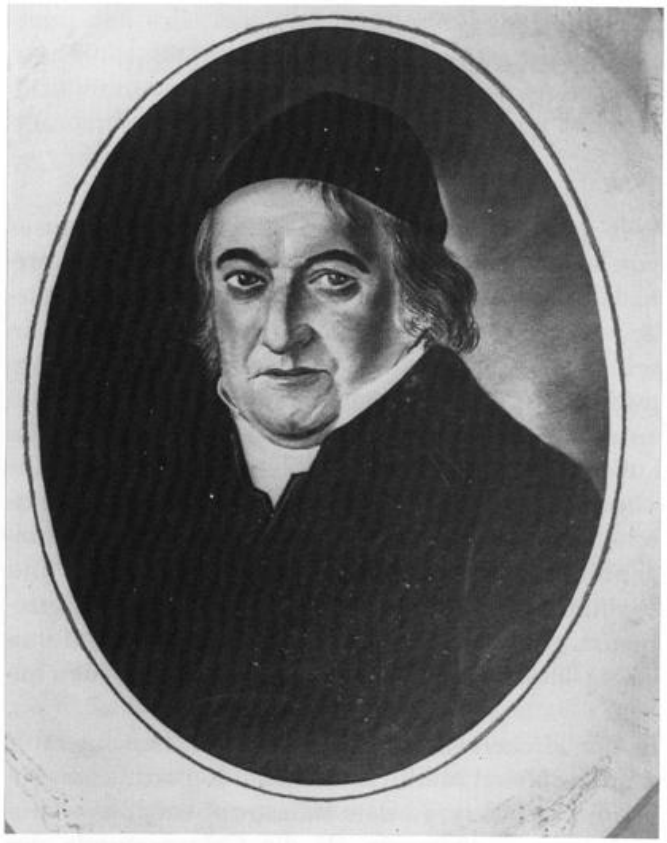
Meyerſche Hofbuchhandlung

1829.

Der Liemer Pastor Dr. Johann Friedrich Wilhelm Pustkuchen (1820–1827) kann nach dem lippischen Generalsuperintendenten Ewald für sich in Anspruch nehmen, der schriftstellerisch tätigste lippische Theologe überhaupt gewesen zu sein. Aus seiner Feder stammen eine Fülle theologischer, pädagogischer und schöngeistiger Werke, mit denen Pustkuchen weit über die Grenzen Lippes hinaus bekannt wurde. Besonderes Aufsehen erregte in der literarischen Welt jener Tage das in den Jahren zwischen 1821 und 1828 von Pustkuchen verfaßte und anonym herausgegebene mehrbändige Werk „Wilhelm Meisters Wanderjahre", durch das Pustkuchen in eine literarische Fehde mit Goethe geriet. Mit seiner 1825 erschienenen Schrift „Grundzüge des Christenthums" – es handelte sich dabei um einen Katechismus mit biblisch-dogmatischem Inhalt – lieferte Pustkuchen ein Gegenstück zum rationalistischen Leitfaden. Das Konsistorium versäumte dann auch nicht, den lippischen Pastoren den Gebrauch der Pustkuchenschen „Grundzüge" zu untersagen. Pustkuchen ließ sich aber auch dadurch in seiner schriftstellerischen Tätigkeit nicht entmutigen. In einer 1827 erschienenen Schrift „Die Wiederherstellung des echten Protestantismus ..." formulierte er noch einmal seinen Glaubensstandpunkt: Es zeigte sich, daß sich Pustkuchen bereits weit von der Theologie der Aufklärung entfernt und in die Richtung zur Erweckungstheologie hin bewegt hatte.

um diese Zeit aufblühenden gewerblichen und landwirtschaftlichen Vereinen. Durch praktische Arbeit und Vorträge trugen sie dazu bei, daß diese ihren Zweck erfüllten: berufliche Fortbildung und Verbreitung neuer naturwissenschaftlicher Erkenntnisse. So sprach 1846 der Pastor Brockhausen in Horn „über einen von ihm gemachten Versuch, Kartoffeln aus Samen zu ziehen", und der Pastor Wippermann berichtete „über den von ihm mit dem Anbau der Namto-Gerste gemachten Versuch und legte Ähren zur Ansicht vor" (vgl. Vaterländische Blätter, Nr. 44, Lemgo 1846). Darüber hinaus gründeten die Geistlichen Industrie- und Spinnschulen, förderten den Gewerbefleiß und propagierten den Gedanken der Wirtschaftserziehung. Wenn Müller-Armack von dem Gedanken der Wirtschaftserziehung meint, nicht Unternehmer hätten ihn gefördert, sondern Theologen, dann wird diese überraschende These durch die Vorgänge in Lippe bestätigt (vgl. Alfred Müller-Armack, Religion und Wirtschaft. Geistesge-

schichtliche Hintergründe unserer europäischen Lebensform, Stuttgart 1968).
Es fehlte freilich auch nicht an Stimmen selbst aus den Reihen der Geistlichkeit, die den Theologen vorwarfen, durch ihre starken pädagogischen Interessen die Konzentration auf die Religion vernachlässigt zu haben. Nicht ohne Sorge erklärten einige Geistliche dem Generalsuperintendenten Weerth, „er täte auf diesem Gebiete seiner Amtswirksamkeit zuviel" (vgl. Adolf Dresel, Die Fürstin Pauline zur Lippe und der Generalsuperintendent Weerth, Lemgo 1859). Nach ihrer Meinung trat bei Weerth im Laufe seiner dreißigjährigen Tätigkeit „immer mehr eine einseitige Vorliebe für die Schullehrer, ein Schöntun mit ihnen und Vorziehen derselben hervor, welche mitunter bis zur offenbaren Unbilligkeit namentlich gegen Pfarreien und Prediger ging" (StA Detmold L 75 VI. Abtlg. Nr. 13).
Man kann den Pfarrern dieser Zeit wahrlich nicht vorwerfen, sie hätten die Fühlung mit der Bildung und dem ganzen Streben des Zeitalters verloren. Mag auch die allgemeine pastorale Betätigung, speziell die rationalistische Predigt, in der Geschichte der Theologie als Kuriosität erscheinen (vgl. Karl Barth, Die protestantische Theologie im 19. Jahrhundert, Zollikon/Zürich 1952, S. 60), für die Volksbildung ist auch ihre positive Bedeutung nicht zu leugnen. Das Bemühen, mit psychologischer Einfühlung den Hörer in seinem Vorstellungskreis zu treffen, hat gewiß mehr und mehr dazu geführt, der Erziehung den Vorrang vor der biblischen Botschaft zu geben. Dieser Vorgang war indes eine Verschiebung der Gewichte, die ohne alle Absicht geschehen und dem Prediger wie dem Hörer kaum bewußt geworden ist. Mindestens in der Absicht muß auch diese auf Bildung zielende Art der Predigt ernst genommen werden. Die rationalistische Predigt sollte belehren, gute Entschlüsse befestigen, religiöse und sittliche Gefühle erneuern. Sie sollte dem tätigen Menschen zur Bewährung im Alltag verhelfen (vgl. Clara Stoevesand, Die pädagogische Bedeutung der evangelischen Gemeindepredigt, Phil. Diss., Mainz 1952). Die oft kritisierten Ausartungen der Predigt müssen gegen ihre Bedeutung für die Volkserziehung abgewogen werden. Im Ergebnis ist nicht zu bestreiten, daß die Theologen des 18. Jahrhunderts „in und unter ihrem Amt zugleich das wohl größte Volksbildungswerk vollzogen haben, das der Kirche bisher beschieden war" (Wolfgang Philipp, Das Werden der Aufklärung in theologiegeschichtlicher Sicht, Göttingen 1957, S. 147). Nie haben Christentum und Kirche stärker in Gefahr gestanden, sich selbst zu verlieren, nie aber haben sie der „Welt" mehr geleistet als in der deutschen Aufklärung. [Dieses Kapitel wurde – leicht verändert – aus dem Werk „Die Aufklärung in Lippe. Ihre Bedeutung für Politik, Schule und Geistesleben", Detmold 1972, S. 110f., übernommen.]



Pastor Friedrich Christian Melm, geb. am 9. 5. 1768 in Bremen. Er war 1792 als Hilfsprediger des Pastors v. Cölln nach Oerlinghausen gekommen. Seine weiteren beruflichen Stationen führten ihn 1795 als Pastor nach Detmold und 1798 nach Lage, wo er bis zu seinem Tode am 22. 6. 1843 wirkte. Seit dem 7. 11. 1798 war Pastor Melm mit Christine Marie Hildebrand (1772–1855), einer Tochter des Pastors Friedrich Ernst Hildebrand aus Lüdenhausen, verheiratet. Melm war Mitbegründer und langjähriger Vorsitzender der theologischen Lesegesellschaft in Lippe. Er stand mit der Fürstin Pauline in reger Korrespondenz, die Melms theologische Fähigkeiten und seine starken pädagogischen Neigungen zu schätzen wußte. Als Melm um 1800 in Lage erstmals ein Schulfest veranstaltete, da weilte auch die Fürstin unter den zahlreichen Gästen.

Liberi et libri
Das lippische Pfarrhaus zwischen Reformation und Aufklärung

Wer die Geschichte des evangelischen Pfarrhauses von seinem Ursprung an verfolgt und sich das Pfarrhaus in den verschiedenen Epochen seines Einzellebens vergegenwärtigt, wer das Pfarrhaus zudem in seiner städtischen und ländlichen Erscheinung betrachtet und schließlich auch noch in Beziehung setzt zu den häuslichen und familiären Lebensformen im außerpastoralen Bereich, der wird auf eine Fülle übereinstimmender Züge im Charakter des deutschen evangelischen Pfarrhauses stoßen. Es sind eigentümliche Aufgaben, Überlieferungen, Kräfte und Verbindungen, die das Pfarrhaus seit seinem Bestehen zu einer besonderen Existenz gemacht und ihm etwas Gleichartiges und Typologisches verliehen haben.

In der kirchen- und kulturgeschichtlichen Literatur wird die Heirat Martin Luthers mit Katharina von Bora am 13. Juni 1525 – dem Katastrophenjahr des Bauernkrieges – allgemein als die Geburtsstunde des deutschen evangelischen Pfarrhauses bezeichnet. Es ist freilich nicht leicht, noch heute eine richtige Vorstellung von der Wirkung zu gewinnen, die damals der kühne Bruch mit dem Zölibat und die Schließung der ersten Pfarrerehe in der Öffentlichkeit auslöste. Selbst offene Gegner des Papsttums, die sich stets über die Laster der Priester entrüstet und eine Aufhebung des Keuschheitsgelübdes gedanklich erwogen hatten, zeigten sich fürs erste bestürzt, als sie erfuhren, daß entlaufene Mönche gewaltsam befreite Nonnen heirateten. Luther hatte sich nicht gescheut, ein Beispiel zu geben.

„Das Gerücht stimmt, daß ich mit Katharina plötzlich zusammengegeben worden bin, bevor ich mir, wie es zu sein pflegt, aufgeregtes Geschwätz anhören mußte. Ich hoffe, ich werde nur noch kurze Zeit zu leben haben, und wollte meinem Vater, der mich dringend bat, diesen letzten Gehorsam in der Hoffnung auf Nachkommen nicht abschlagen; zugleich auch, um mit der Tat zu bekräftigen, was ich gelehrt habe. Es gibt ja so viele ängstliche Gemüter bei so großem Lichte des Evangeliums. So hat Gott es gewollt und bewirkt. Ich bin ja nicht verliebt und in Hitze, aber ich liebe meine Frau." Das schrieb in einer Einladung zum festlichen Hochzeitsessen an einen Freund der soeben Ehemann gewordene Martin Luther. Was die katholische Kirche über diese Heirat denken würde, lag auf der Hand: „Wenn dieser Mönch heiratet, wird die ganze Welt und der Teufel lachen und er selber alles, was er geschaffen hat, wieder zunichte machen" (vgl. hierzu die lesenswerte Darstellung von Barbara Beuys: Familienleben in Deutschland. Neue Bilder aus der deutschen Vergangenheit. Hamburg 1980).

Luther aber hatte durch seine Heirat den Bruch mit der alten Kirche vollzogen. Der frisch vermählte, bereits 42jährige Ehemann Luther, der erst ein Jahr zuvor die Mönchskutte abgelegt hatte, mußte sich umgewöhnen. „Im ersten Jahr des Ehestandes hat einer seltsame Gedanken", so schrieb Luther in jenen Tagen, „wenn er bei Tisch sitzt, denkt er: Sieh, vorher warst du allein, jetzt selbander. Im Bett, wenn er erwacht, sieht er ein paar Zöpfe, die er früher nicht sah." Doch die Anpassungsschwierigkeiten gingen bald vorüber. Der Reformator war nicht nur ein geselliger Mensch, der die neue Behaglichkeit in seinem Leben zu schätzen wußte. Er hatte auch nichts dagegen, daß seine Frau die treibende Kraft in diesem Haushalt wurde und mit Energie und Hartnäkkigkeit ein wenig Ordnung in sein Leben brachte. Wenn Luther seine Frau vor den Zuhörern seine „Herrin" nannte oder seine Briefe an „seinen Herrn Doktor Käthe" adressierte, dann drückte sich darin nicht Ironie, sondern Hochachtung aus. Ohne die Arbeit und das Organisationstalent seiner Frau wäre die Familie Luther nicht satt geworden.

Sechs Kinder wurden im Kloster zu Wittenberg, in dem Frau Käthe die damaligen Mönchszellen wohnlich hergerichtet hatte, geboren; zwei ihrer Kinder mußten die Eltern früh zu Grabe tragen. Die Nachwelt hat den strengen Vater, der Luther zweifellos auch war, kultiviert. Doch Luthers autoritäres Regiment war nur die eine Seite seiner Erziehungsmethoden. Nie vergaß er in der Ferne, an die Kinder zu schreiben, mochten sie auch erst vier Jahre alt sein wie im Jahre 1530 der Sohn Johannes, dem er in einem Schreiben an die Mutter mitteilen ließ: „Gnad und Friede in Christo, mein liebes Söhnchen. Ich sehe gern, daß du wohl lernst und fleißig betest. Tu al-

so, mein Söhnchen, und fahre fort. Wenn ich heimkomme, so will ich dir einen schönen Jahrmarkt mitbringen." Als 1528 Luthers Tochter Elisabeth starb, gerade 10 Monate alt, schrieb der Vater einem Freunde: „Merkwürdig, was für ein trauerndes, fast weibisches Herz es mir hinterlassen hat, so sehr bin ich von Jammer erfüllt. Ich hätte es nie vorher geglaubt, daß ein Vaterherz so weich gegenüber seinen Kindern sein könnte."

Nachdem sich die Protestanten von ihrem Schreck über Luthers Heirat erholt hatten, machten Zeitgenossen und erst recht die Nachgeborenen aus der ehelichen Gemeinschaft im Augustinerkloster zu Wittenberg eine Musterfamilie. So entstand das Idyll vom protestantischen Pfarrhaus, das jahrhundertelang das Bild des deutschen Pfarrhauses geprägt hat. Noch im Jahre 1838 – dreihundert Jahre nach der Eheschließung Luthers – stellte Pastor Heinrich August Knoll aus Lipperode, als er am 7. November in Talle seinen Amtsbruder August Kasimir Pothmann mit Henriette Mathilde Hausmann traute, den Jungvermählten Luthers Ehe als das unverrückbare Leitbild vor Augen, indem er das junge Paar daran erinnerte: „In diesen Tagen, nämlich den 10. November, kommt im Kalender der Tag, der uns unter dem Namen Martinitag bekannt ist. An diesem Tage ward einst der große Kirchenreformator Dr. Martin Luther geboren. Dieser Dr. Martin Luther war auch ein guter Ehegatte und Hausvater. Wie uns bekannt ist, war er mit der edlen Catharina von Bora ehelich verbunden. Diese Catharina war eine wahrhaft fromme, christliche Ehegattin und Hausmutter. An diese beiden, an den Dr. Martin und seine Catharina möget Ihr dann später oft denken. Möchtest Du, geliebter Bruder, Deiner Hermine ein Martin Luther, möchtest Du, geliebte Schwester, Deinem August eine Catharina von Bora werden!" (Vgl. Die Hochzeitsfeier des Herrn Pastor August Casimir Pothmann zu Talle mit Jungfrau Hermine Math. Hausmann zu Pivitsheide, Bielefeld 1839.)

Während der Reformator allen seinen Nachfolgern als der christlich waltende, autoritäre Hausvater begegnete, wurde mit dem Hinweis auf das Hausmütterchen Catharina Luther durch die folgenden Jahrhunderte den Pfarrfrauen eingehämmert, im Schatten ihrer Männer ein selbstloses und unauffälliges Leben zu führen, nur für ihre zwei Herren da zu sein, den irdischen und den himmlischen. Auftrag und Rolle der Pfarrfrau können nicht besser verdeutlicht werden als durch ein Gedicht, das, an der Jahrhundertwende entstanden, der deutschen Pfarrfrau gewidmet war:

Eine Pfarrfrau soll sein
Ganz still und ganz fein.
Soll aller Glocken Läuten
Im Herzen wissen zu deuten;
Und selber ein Glöcklein tragen,
Das ihr der Herrgott stimmt –
Viel schweigen und wenig fragen,
Gern geben: weil sie nimmt.
Soll Augen haben mit warmem Scheinen
Und tiefem Wissen um fremdes Leid;
Augen, die mit dem Weinenden weinen –
Augen voll Muttergütigkeit.
Soll hören können mit sanfter Geduld
Und nicht erschrecken vor Elend und Schuld.
Soll über sich selbst und andere wachen
Und heimliche Freudenfeuer entfachen.
Soll bitten können und herzlich vergeben,
Soll Menschen grüßen – und Gott erleben.

Soll durch des Hauses Räume gehn,
Lautlos, als käme sie ungesehn.
Sein Freuen: wenn ihm die Freude gebricht;
Sein Lauschen: wenn seine Seele spricht.
Sein Klingen: wenn die betrübte lauscht,
Der Quell, darin seine Sehnsucht rauscht.
Sein Kamerad, der mit ihm geht;
All seinem Schaffen ein stilles Gebet.

Eine Pfarrfrau soll sein
Wie ein Edelstein,
Der die Strahlen bricht
Von ewigem Licht.
Für andre alles und nichts für sich.
Pfarrfrau, Gott segne dich!

Was die geistliche Amtsführung und das Leben im Pfarrhaus betraf, so galt jahrhundertelang das, was die Kirchenordnung von 1684 an hochgesteckten Zielen dem Pfarrer auferlegte. Wie es dort heißt, sollte der Pfarrer „seine Haushaltung in aller Stille und Eingezogenheit und nicht weniger ohne Geiz und sei-

nem Amt unanständiger Gewinnsucht, dann ohne Überfluß und Gepränge führen, aller Welthändel ... sich gänzlich müssigen, mit seiner Ehehausfrau in reiner Liebe, Keuschheit, Friedsamkeit und Treue leben, seine Kinder in der Furcht und Vermahnung zum Herrn erziehen, in aller Zucht, Demut, Ehrbarkeit, Mäßigkeit, ohne Kleiderpracht und andere Eitelkeiten, Weltgesintheit und Üppigkeit sie halten ... Gegen jeden, der in seiner Gemeine ist, soll sich ein Prediger mit liebreichem Umgang in aller Bescheidenheit, Friedfertigkeit, Freundlichkeit, Demut, Sanftmut, Dienstgeneigtheit, Aufrichtigkeit dergestalt verhalten, daß ein jeder sehen und spüren könne, daß sein Prediger und Seelsorger als ein treuer Diener Christi seine Zuhörer als Christi Schafe aus Liebe zu ihm weide ... Aller Krüge, Bier-, Wein- und Brantweinhäuser sollen die Prediger sowohl auf dem Lande als in den Städten zumalen sich enthalten ... Bei Gastmahlen, welcherlei die sein mögen, sollen Prediger nächst genauer Wahrnehmung ihrer selbst mäßig und nüchtern zu sein und zu bleiben, alles streitsüchtigen Disputierens und anderen eitlen Geschwätzes sich allerdings enthalten, hingegen in aller Sittsamkeit und Leutseligkeit christliche ernsthafte und solche Diskurse führen, die gereichen mögen die Anwesenden zu erbauen."

Nicht immer haben die Pfarrer der hohen Verpflichtung zu einem „unsträflichen, exemplarischen und gottseligen Leben" zu entsprechen vermocht, doch haben sich viele nach Kräften darum bemüht. Selten aber hat sich das Augenmerk der Obrigkeit so auf die Pfarrer konzentriert wie in den Tagen der Reformation, denn für ihr Gelingen waren die Pfarrer von höchster Bedeutung. Von ihrer Volksnähe, ihrer wissenschaftlichen Befähigung, ihrem Einfühlungsvermögen, ihrer Lebensführung, vor allem aber von ihrer religiösen Überzeugungskraft hing der Erfolg der reformatorischen Bewegung in erster Linie ab. Dabei zeigte sich, daß die ältere Geistlichkeit dem Glaubenswechsel gegenüber größere persönliche Schwierigkeiten zu überwinden hatte als die jüngere. Gelegentlich kam es auch zu schweren inneren Konflikten. So wandten sich noch im Jahre 1538 zahlreiche lippische Geistliche in ihrer seelischen Not an das Paderborner Domkapitel mit der Bitte, sie bei der Landesherrschaft davor zu beschützen, daß sie nicht die Einführung der lutherischen Kirchenordnung mitzuverantworten hätten. Die lutherischen Landesherrn haben ihrerseits gelassen auf die hinhaltende Resistenz der Geistlichkeit reagiert. Wenn altgläubige Geistliche zögerten oder grundsätzlich nicht bereit waren, sich der Reformation anzuschließen, geschah ihnen gewöhnlich nichts. Anders als in den privilegierten Städten konnten die auf dem Lande tätigen Theologen ihre pastorale Tätigkeit durchweg unangefochten fortsetzen. Aber spätestens bei der nächsten Vakanz besetzte der Landesherr die Pfarrstelle mit einem evangelischen Kandidaten.

Verführerisch hatte indes auf den Klerus die von den Reformatoren empfohlene Ehe gewirkt. Als die Päpste Clemens VII. und Pius IV. zeitweilig eine Überprüfung der Zölibatsbestimmungen in Erwägung gezogen hatten, setzte eine tiefgreifende öffentliche Kontroverse ein. Sie hatte zur Folge, daß auch Angehörige des lippischen Klerus sich dem illegitimen Ehestand (Konkubinat) zuwandten. Eine Lawine geriet in Bewegung, die vorerst niemand mehr aufzuhalten vermochte. Die öffentliche Meinung schien sich bereits mit der Priesterehe abgefunden zu haben. Ein Teil des altgläubigen Klerus betrachtete seinerseits den Anschluß an die Reformation als willkommene Gelegenheit, seine ehelichen oder eheähnlichen Verhältnisse zu ordnen und ein ungestörtes Familienleben zu führen, wenn dabei auch der Glaubenswechsel gelegentlich nur zum Schein erfolgte.

Zu welcher Situation diese Entwicklung in der Mitte des 16. Jahrhunderts geführt hatte, zeigen die Berichte des Theologen Corvinus, der im Jahre 1542 mit der Visitation der lippischen Geistlichkeit beauftragt war. Sie zeitigten ein ziemlich trübes Ergebnis, sowohl was die Abschaffung der katholischen Bräuche als auch die Kenntnisse und den Lebenswandel der lippischen Geistlichen betraf. Laut Corvinus entsprachen ungefähr zwei Drittel der Pfarrer in Lehre und Amtsführung in etwa den Erwartungen. Dagegen waren die moralischen Verhältnisse und die wirtschaftliche Versorgung der meisten Pfarrer unbefriedigend. Viele lebten bereits in einer rechtmäßigen Ehe, einige „anders", wie es heißt. Die letzteren wurden aufgefordert, „in eine ehrbare Ehe zu treten", wer sich widersetzte, hatte seine „Entlassung zu gegenwärtigen". Kritik wurde auch an der theologisch unzureichenden Bildung der Geistlichen geübt, die zum Teil auch noch der evangelischen Lehre gleich-

gültig oder gar ablehnend gegenüberstanden. Bei der Einschätzung und Würdigung der kirchlichen Verhältnisse muß allerdings beachtet werden, daß alle Pfarrer, die von Corvinus visitiert wurden, nicht nur als Katholiken geboren und erzogen waren, sondern als katholische Priester bereits auch amtiert hatten. Sie alle waren auf den Zölibat, d. h. auf die Ehelosigkeit verpflichtet gewesen.

Über den Pastor Arnoldus Stapellade in Stapelage wußte Corvinus zu berichten: „Er wurde geprüft und antwortete zwar mittelmäßig, dennoch schien er der evangelischen Wahrheit nicht so verpflichtet zu sein, wie er es hätte sein müssen. Nichtsdestoweniger wurde ihm, der Besserung verspricht, ein Termin gesetzt, und zwar bis zum Festtage des göttlichen Michael. Falls er aber auch in dieser Frist nicht anders zu leben begonnen hat, muß er aus dem Amt entfernt werden. Die Bauern haben wohl über ihn Zeugnisse abgelegt, aber diese waren nicht eben plausibel und gut. Ihm wurde aufgetragen, die Frau, mit der er in wilder Ehe lebt, entweder zu heiraten oder sofort zu entlassen. Falls er in dieser Beziehung nicht aufs Wort gehorsam sein wird, muß er wegen dieser Unbotmäßigkeit entfernt werden."

Im Pfarrhaus zu Bega hatte Corvinus folgende Verhältnisse vorgefunden: „Herr Hermannus Amelinck ... wurde geprüft und antwortete nur so und so; jedoch versprach er, in Zukunft sich sorgfältiger mit der Heiligen Schrift zu befassen. Die Zeugnisse der Bauern über ihn waren unklar und zweideutig. Da er aber in allem, was er verfehlt hatte, Besserung versprach, wurde ihm Verzeihung gewährt. Seine jährlichen Einkünfte seien ihm, so beklagt er sich, verkürzt worden. In dieser Beziehung versprachen ihm die Regenten dieser Grafschaft ihre Hilfe. Er versicherte, daß er heimlich eine Ehe geschlossen habe. Aber er muß von der Behörde und dem Superintendenten gedrängt werden, sich öffentlich trauen zu lassen."

Ähnliche Verhältnisse wie in Bega hatte Corvinus in Donop angetroffen, wo Pastor Hinricus Leye amtierte. Nach dem Urteil des Visitators „ein alter, ungebildeter und starrsinniger Mann und deshalb unwürdig. Wenn er nicht wieder Vernunft annimmt, seine Sitten und auch seine Lehre bessert, so kann er nicht länger im Amte geduldet werden. Die Zeugnisse seiner Zuhörer waren unklar und zweideutig. Sie schützten Unkenntnis vor, die hindere sie, über seine Lehre zu urteilen. Er wurde geprüft und wurde für den Unterricht als ungeeignet befunden. Wenn er innerhalb von zwei Wochen seine Konkubine nicht zur richtigen Ehefrau gemacht hat und größere Gewissenhaftigkeit im Lehren bewiesen hat, muß er aus dem Amte entfernt werden."

In Blomberg amtierte Conradus Meygger, über den Corvinus das Urteil fällte: „Ein gelehrter Mann, redegewandt, brennt vor Liebe, die Frömmigkeit aller ihm anvertrauten Seelen zu fördern, ein hervorragend gewissenhafter Hirte. Von seinen Zuhörern hat er ein hervorragend gutes Zeugnis bekommen; sie haben unaufgefordert bezeugt, daß er ein Mann ist, wie wir ihn beschrieben haben. Er hat ein im Verhältnis zu seiner Begabung zu geringes Einkommen. Deshalb muß einmal die Behörde in dieser Angelegenheit an ihre Pflicht erinnert werden. Er ist als Superintendent eingesetzt worden über eine Anzahl Nachbargemeinden. Er hat eine eheliche Gattin und Kinder."

Wir hören aus den Worten des Corvinus, daß bereits im Jahre 1542 eine Reihe lippischer Pastoren den Schritt in die Ehe vollzogen hatten, und – da sich auch bald Kinder einstellten – in die Rolle des christlichen Hausvaters hineinwuchsen. Kinder gehörten von nun an ins evangelische Pfarrhaus, sogar viele Kinder. Das, was Pfarrer fortan bei ihrem Tode hinterließen, waren: liberi et libri – Kinder und Bücher. Fünf bis zehn Kinder waren im lippischen Pfarrhaus des 17. und 18. Jahrhunderts durchweg die Regel. Johannes Kemper (Kämpfer), von 1644–1675 Pastor in Lemgo, hatte 6 Söhne. Einer von ihnen wurde berühmt. Es war der spätere Asienforscher Engelbert Kämpfer. Henrich Plesmann, von 1647–1681 ebenfalls Pastor in Lemgo, war mit 10 Kindern gesegnet. Pastor Joachim Winand, von 1671–1703 Pastor in Haustenbeck, hatte in der ärmlichen Gemeinde inmitten der Senne 9 Kinder zu ernähren. Pastor Johann Konrad Anze, von 1707–1728 Pastor in Lage, meldete dem Konsistorium im Jahre 1710 die Geburt des 7. Sohnes. Ferdinand Stosch, lippischer Generalsuperintendent von 1771–1780, hatte – bei freilich höherem Einkommen – für 10 Kinder zu sorgen. Friedrich Ludwig August v. Cölln, von 1796–1804 lippischer Generalsuperintendent, mußte 4 Söhne und 5 Töchter versorgen. Auch im 19. Jahrhundert waren

Die Pfarrerdynastie Ples(s)mann
(1554–1843)

Magister Henrich Plesmann

geb. 1554 in Lügde

∞ vor 1596 mit Lucie (?)

1584–1593 Rektor in Lügde
1593–1596 Pastor in Talle
1596–1614 Hofprediger in Brake
1614–1638 Pastor in Heiden

Henrich Plesmann

geb. um 1617 in Heiden

∞ 1652 (in 3. Ehe) mit der Witwe eines Vastenau

1643–1647 Pastor in Wöbbel
1647–1681 Pastor in Lemgo

Anton Adolf Plesmann

geb. 1659 in Lemgo

∞ 1686 mit Catarina Düntze

1686–1692 Pastor in Horn
1692–1720 Pastor in Salzuflen

Heinrich Engelbert Plesmann

geb. 1691 in Horn

∞ 1720 mit Friederica Sophie Müller

1720–1736 Pastor in Salzuflen

Friedrich Engelbert Plesmann

geb. 1727 in Salzuflen

∞ seit etwa 1758 mit Clara Florentine Barkhausen

1751–1758 Rektor in Salzuflen
1758–1764 Pastor in Blomberg
1764–1794 Pastor in Horn

####### Johann Friedrich Karl Plesmann

geb. 1770 in Horn

∞ seit etwa 1758 mit Charlotte Ernestine Gevekot

1792–1794 Rektor in Horn
1794–1796 Pastor in Sonneborn
1796–1810 Pastor in Meinberg
1810–1812 Pastor in Schlangen
1812–1826 Pastor in Langenholzhausen
1826–1843 Pastor in Schötmar

Simon Georg Plesmann

geb. 1612 in Brake

∞ 1638 mit Catharina Florinus

1638–1677 Pastor in Heiden
Seit 1664 Superintendent der Klasse Brake

Henrich Walter Plesmann

geb. 1648 in Heiden

∞ seit etwa 1677 mit Florentine Witte

1677–1698 Pastor in Heiden

Johann Werner Plesmann

geb. 1650 in Heiden

∞ 1675 mit Catherina Fabricius

1676–1684 Hilfsprediger in Oerlinghausen
1684–1717 Pastor in Oerlinghausen

Johann Georg Plesmann

geb. 1693 in Oerlinghausen

∞ seit etwa 1720 mit Katherina Krecke

1716–1720 Hilfsprediger in Oerlinghausen
1720–1743 Pastor in Oerlinghausen

Entwurf: Wehrmann

die lippischen Pfarrerfamilien noch mit Kindern reich gesegnet. Adam Zeiß, von 1817–1870 Pastor in Silixen und Stammvater der lippischen Pastorendynastie Zeiß, besaß 2 Söhne und 6 Töchter. Sohn Wilhelm Zeiß, seit 1832 Pastor in Stapelage, stand dem Vater im Hinblick auf den Kinderreichtum nicht nach: Er hatte 9 Kinder, 3 Söhne und 6 Töchter.

Was die Zahl der Kinder betraf, so rangierte der evangelische Pfarrerstand in der Skala der Berufsstände gleich hinter dem Bauernstand – unter den akademischen Berufsständen unangefochten – an der Spitze. Die hohe Kinderzahl der Pfarrer stellte wiederum eine gute Voraussetzung für die Entstehung von Pfarrerdynastien dar. Das Hineinwachsen des Pfarrersohnes in den Beruf des Vaters wurde von der lippischen Kirchenordnung von 1684 noch geradezu gefördert, wenn es dort heißt, bei der Besetzung vakanter Pfarrstellen „eingebohrne Candidati, insonderheit wolverdienter Prediger Söhne dieser Graff- und Herrschaften, ingleichen die etwa im Dienst der lateinischen Schulen in dieser Graffschaft sich fleissig erzeiget, auch im Predigen geübt und gute Gaben haben", den Vorzug vor anderen zu geben.

Lang ist die Reihe jener Pfarrerdynastien, die über mehrere Generationen und zum Teil über Jahrhunderte hinweg an verschiedenen lippischen Orten Pastoren gestellt haben. Erinnert sei hier an die Pastorendynastie Plesmann, die Magister Henrich Plesmann, von 1596–1638 Pastor in Talle, Brake und Heiden, begründete. In der Nachfolge Plesmanns waren 9 Pastoren in direkter Abfolge im lippischen Kirchendienst tätig. Der letzte aus dieser Dynastie, Johann Friedrich Carl Plesmann, starb 1843 als Pastor in Schötmar. Auch die Pastorendynastie Stivarius hat in Lippe über einen Zeitraum von fast 250 Jahren Pastoren hervorgebracht. Stammvater dieser Linie war Kaspar Stivarius, von 1604–1659 Pastor in Alverdissen. Ihm folgten bis 1844 acht Söhne und Enkel im Amt. Wir finden sie als Pastoren vornehmlich in Sonneborn, Hillentrup und Lieme. Simon Franz Bernhard Stivarius war der letzte in dieser Reihe; er starb 1844 als Pastor in Cappel.

Die Pfarrerdynastie Weßel, die Konrad Christian Weßel im Jahre 1703 als Pastor in Horn begründete, hat bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts Pastoren gestellt. Zwei lippische Generalsuperintendenten sind aus dieser Dynastie hervorgegangen: Friedrich August Weßel (1866–1868) und Sohn August Weßel, der fast 30 Jahre (1901–1930) an der Spitze der lippischen Landeskirche gestanden hat. Sein Neffe Werner Weßel starb 1954 als Pastor und Superintendent in Reelkirchen. Die Linie Weßel hätte sehr wahrscheinlich noch heute Bestand, wäre der gleichnamige Sohn des Superintendenten Weßel, ebenfalls Theologe, nicht 1942 im Kriege gefallen.

Zu den lippischen Pfarrerdynastien des 18. Jahrhunderts gehören namentlich die Pastorenfamilien Jenin, Köhler, Krüger, Mische, Neubourg, Reuter, Schönfeld, Voigt und Wöhlberg. Im 19. Jahrhundert sind es die Pastorenfamilien Arnold, Krecke, Knoll, Krükke, Meyer, Stockmeyer, Theopold, Volkhausen und Zeiß, die über drei und mehr Generationen in Lippe Pfarrer gestellt haben. Einen bemerkenswerten Sonderfall stellt im 18. Jahrhundert die Pfarre in Lüdenhausen dar: In fünf aufeinanderfolgenden Generationen hat hier die Pastorenfamilie Hildebrand gewirkt. Stammvater dieser Linie war der mit der Tochter des lippischen Generalsuperintendenten Sustmann verheiratete Pastor Henrich Hildebrand, der seit 1674 das Pfarramt in Lüdenhausen verwaltete.

Wie sehr sich in früheren Jahrhunderten die Pfarrerssöhne bei ihrer eigenen Berufswahl am Beruf des Vaters orientiert haben, zeigt im übrigen anschaulich die stattliche Reihe jener Pastoren, die zwischen 1700 und 1890 – also über eine Zeitspanne von fast 200 Jahren – an der Nicolai-Kirche in Lemgo amtiert haben. Von den 11 Pastoren waren 10 Pfarrerssöhne, im übrigen zumeist Söhne lippischer Pastoren. Von den 12 Pastoren, die zwischen 1777 und 1877 in Schötmar tätig waren, entstammten 6 einem lippischen Pfarrhaus: Es waren dies die Pastoren Simon Friedrich Adolph Volkhausen, Simon Henrich Adolf Wöhlberg, Johann Wilhelm Bernhard Friedrich Dreves, August v. Cölln, Wilhelm Zeiß und Karl Stockmeyer.

Daß die Erziehung und Ausbildung der Pfarrerkinder, zumindest in den jüngeren Jahren, in der Hand des Vaters lag, wurde ein für die innere und äußere Geschichte des evangelischen Pfarrhauses höchst bedeutsamer Faktor. Seit der Reformation wurde über den Vater das humanistische Erbe ausgeteilt und weitergegeben: Der Pfarrer war nicht nur der weit und breit in seinem Umkreis studierte und gebildete Mann, er galt seit den Tagen der Reformation auch

als der Fachmann in Fragen der Bildung und Erziehung; er erteilte vielfach auch selbst Unterricht, und eben hier zuerst seinen Söhnen, von denen im Pfarrhaus, wie im einzelnen gezeigt wurde, sehr häufig ein halbes Dutzend vorhanden war. Daß der Sohn oder die Söhne gute Lateiner und Griechen waren, womöglich auch schon im Hebräischen und in der Literatur beschlagen sein mußten, galt seit alters her als selbstverständlich. Und so ist es kein Wunder, daß dem Pfarrhaus ganz unverhältnismäßig viele Gelehrte und Wissenschaftler, Dichter und Schriftsteller der unteren, mittleren und höheren Ränge entstammten.

„Pfarrers Kind und Müllers Vieh
geraten selten oder nie,
aber wenn geraten sie,
dann gibt's ein exquisites Vieh."

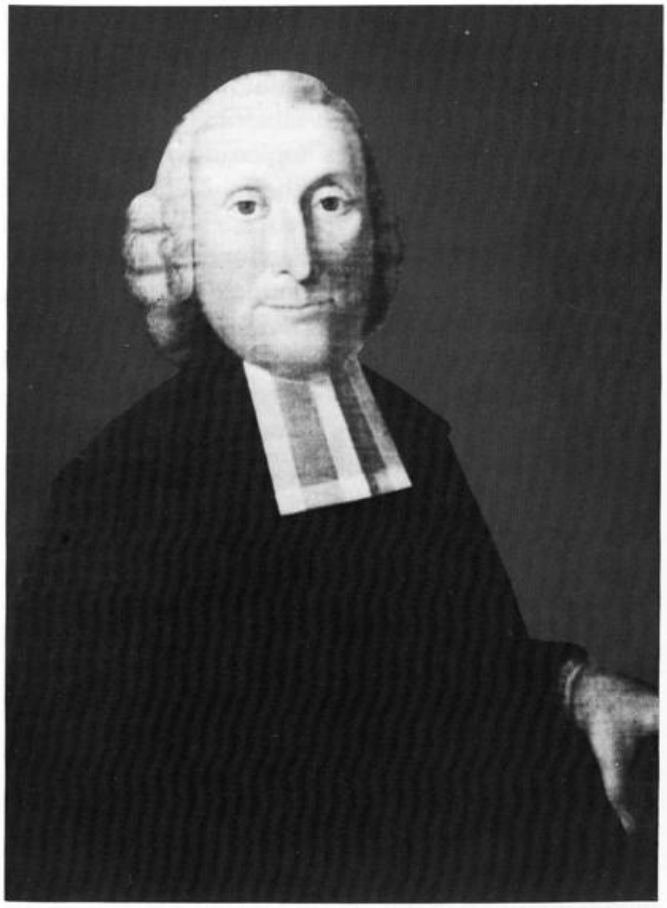
So lautet ein altes, derbes Sprichwort, das im Volk aus einer alltäglichen, jahrhundertealten Erfahrung heraus entstanden ist, der Erfahrung nämlich, daß Müllers Vieh, weil es sich ja immer in gutem Futter und in besonderer Pflege befindet, am besten gedeiht. So prägte das Volk dies Wort: Pastors Kinder und Müllers Vieh nebeneinander stellend, indem von der Annahme ausgegangen wurde, daß sich die Kinder des Pfarrers in jeder Weise im Pfarrhaus in besonderer Pflege befinden.

Tatsächlich ist eine beachtliche Zahl bedeutender Männer in Deutschland aus den evangelischen Pfarrhäusern hervorgegangen: die Liste der berühmt gewordenen Pastorensöhne würde ganze Seiten füllen. Einige Namen aus dem deutschen Kultur- und Geistesleben seien hier in die Erinnerung gerufen: Der Theologe Friedrich Schleiermacher, die Philosophen Friedrich Nietzsche und Wilhelm Dilthey, der Theologe und Arzt Albert Schweitzer, die Dichter Lessing, Gellert, Wieland, Claudius und Geibel, der Musiker Georg Philipp Telemann, Turnvater Ludwig Jahn und der Kulturhistoriker Jakob Burckhardt.

Auch das lippische Pfarrhaus hat einige Söhne hervorgebracht, die zu ihrer Zeit und darüber hinaus bekannt und auch berühmt geworden sind: So der 1555 in Lemgo als Sohn eines Gymnasialkonrektors und Theologen geborene Henrich Maibom, der von 1583–1625 als Professor für Geschichte und Dichtkunst an der Universität Helmstedt lehrte, oder der im Jahre 1609 als Sohn eines Pastors in Brake geborene Christian Perizonius, der als Doktor und Professor der Medizin an der Universität Groningen lehrte. Berühmt wurde der 1651 als Pastorensohn in Lemgo geborene Engelbert Kämpfer, der nach seinen Forschungsreisen in das unbekannte Asien 1716 auf dem Steinhof in Lieme gestorben ist. Zu Berühmtheit gelangte auch der aus Detmold gebürtige Pastorensohn Friedrich Adolph Lampe, der von 1720–1727 als Professor der Theologie an der Universität Utrecht lehrte und dessen theologische Werke weite Verbreitung fanden. An der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert wirkten in Preußen zwei Lemgoer Pastorensöhne, die hier beide in das ehrenvolle Amt eines Staatsrats berufen wurden: Christian Wilhelm Dohm (1751–1820) und Johann Wilhelm Süvern (1775–1829). Aus Dohms erfolgreicher publizistischer Tätigkeit fanden vor allem die Werke „Über die bürgerliche Verbesserung der Juden" (1783), „Über den deutschen Fürstenbund" (1785) und die „Denkwürdigkeiten meiner Zeit oder Beiträge zur Geschichte vom letzten Viertel des achtzehnten Jahrhunderts 1778–1806", ein zwischen 1814 und 1819 erschienenes fünfbändiges Werk, viel Beachtung. Süvern gehörte zu den engsten Mitarbeitern Wilhelm v. Humboldts im preußischen Kultusministerium. Hier zeichnete Süvern verantwortlich für die Reorganisation des preußischen Gymnasialwesens im neuhumanistischen Sinne. Der preußische Unterrichtsgesetzentwurf von 1819 war im wesentlichen das Werk Süverns.

Weit über Deutschlands Grenzen hinaus bekannt wurde Georg Weerth (1822–1856), ein Sohn des lippischen Generalsuperintendenten Ferdinand Weerth. Er war den Weg vom kirchlichen Liberalismus der Heimat zum politischen Liberalismus und schließlich zum politischen Sozialismus gegangen (vgl. Erich Kittel, Heimatchronik des Kreises Lippe, Köln 1978, S. 220 und Hans Sprenger, Georg Weerth – der revolutionäre Poet. In: Heimatland Lippe, März 1972).

Georg Weerth hatte den Beruf des Kaufmanns gewählt, der ihn nach England, Spanien bis hin nach Südamerika führte. In England hatte Weerth die sozialen Mißstände des Frühkapitalismus kennengelernt: Er wurde ihr schärfster Kritiker. Weerths so-





Das Pastorenehepaar Köhler aus Bösingfeld. Pastor Lüder Ernst Wilhelm Ferdinand Köhler, als Pastorensohn in Schötmar geboren, war seit 1793 zunächst als zweiter, seit 1796 dann als erster Pfarrer in Blomberg tätig gewesen. 1804 wurde Köhler nach Bösingfeld berufen, wo er bis 1830 als Pastor amtierte.

zialpolitisches und gesellschaftskritisches Engagement machte ihn zum Anwalt der arbeitenden Klasse und zum Kampfgefährten von Karl Marx und Friedrich Engels.

Weit seltener als von den Söhnen erfahren wir, was aus den Pfarrerstöchtern geworden ist. Ein für die, welche es angeht, fast zum Erröten rühmendes Urteil über die Landpredigertöchter besitzen wir von Wilhelm v. Humboldt: „Einen Teil alles Guten im deutschen Charakter", lautet es, „habe ich aus den Landpredigertöchtern abgeleitet; die Tiefe, nicht tändelnde Empfindung, die Einfachheit bei solider Bildung, die Entfernung alles vornehmen, unangenehmen Tones, bei allen Eigenschaften, die man in vornehmen Zirkeln gern hat" (vgl. Charlotte Diede, „Freundin Wilhelm v. Humboldts". In: Menschen vom lippischen Boden, Detmold 1936). Freilich ist dies Urteil nach dem, was wir von Humboldt darüber näher erfahren, nicht das Ergebnis mehrseitiger Beobachtung, sondern hauptsächlich, wenn nicht ausschließlich aus dem Eindruck hervorgegangen, den Charlotte Hildebrand, Tochter des lippischen Pastors Friedrich Ernst Hildebrand in Lüdenhausen (1759–1800), bei einem Zusammentreffen in Bad Pyrmont im Jahre 1788 auf Humboldt gemacht hatte und an den sich dann jener Briefwechsel geknüpft hat, von welchem Humboldts Beitrag in dessen vielgelesenen „Briefen an eine Freundin" vorliegt (vgl. Wilhelm v. Humboldts Briefe an eine Freundin, hrsg. von Albert Leitzmann, Leipzig o. J.).

Der Lebenskreis, in welchem Pastorentöchter zur Geltung gelangt sind, ist im ganzen ein engerer gewesen als der, in welchem es deren Brüdern vergönnt war, hervorzutreten. Eine große Zahl von ih-

nen blieb durch die Heirat mit einem Pfarrer dem Pfarrhause erhalten, was zur Folge hatte, daß die in den Pfarrhäusern ausgebildeten Lebensvorstellungen konserviert und weiter tradiert wurden. Einige Beispiele seien hier genannt: Pastor Simon Henrich Vineator (Weingärtner), von 1700–1726 Pastor in Blomberg, ein Sohn des lippischen Generalsuperintendenten Vineator, war verheiratet mit einer Tochter des Superintendenten Schemmel aus Schötmar. Eine zweite Tochter des Superintendenten Schemmel hatte im Jahre 1711 Pastor Hermann Stivarius aus Haustenbeck geheiratet. Hermann Daniel Geller, seit 1713 Pastor in Wöbbel, verheiratete sich 1718 mit Susanne Marie Jenin, ebenfalls eine Pastorentochter aus Schötmar. Simon Friedrich Ernst Volkhausen, Pastorensohn aus Meinberg und von 1795–1813 selbst Pastor in Hillentrup, war mit Wilhelmine Amalie Neubourg – auch sie eine Pastorentochter aus Schötmar – verheiratet. Karl Stockmeyer, geboren 1798 in Brake als Sohn des Pastors Karl Ludwig Stockmeyer, vermählte sich als Pastor in Haustenbeck im Jahre 1828 mit der Pastorentochter Elise Meister aus Heiden.

Auch die Töchter der lippischen Generalsuperintendenten sind fast ausnahmslos in ein lippisches Pfarrhaus zurückgekehrt. So Elise Magdalene Thulemeyer, verheiratet mit dem Lemgoer Pastor Henrich Plesmann (1647–1681); Adriane Eberhardine Stosch, verheiratet mit Pastor Friedrich Wilhelm Mücke aus Lipperode (1771–1777); Elisabeth Ewald, seit 1796 verheiratet mit dem Detmolder Pastor Johann Friedrich Ludwig Dreves (1795–1820); Charlotte Weerth, seit 1814 verheiratet mit Pastor August v. Cölln, dessen Vater selbst lippischer Generalsuperintendent gewesen war; vier Töchter des Generalsuperintendenten v. Cölln (1796–1804) waren ebenfalls mit Pastoren verheiratet; ferner Wilhelmine Credé, Tochter des Generalsuperintendenten Johannes Credé, die seit 1896 mit Georg Deppe, der von 1899–1905 als Pastor in Hillentrup, danach als lippischer Schulrat amtierte, verheiratet war.

Im Pfarrhaus wurde es stets gern gesehen, wenn die Töchter durch Heirat ins Pfarrhaus zurückkehrten. Selbstverständlich galt die Heirat mit einem Pastor immer als standesgemäß. Dies war auch bei Ehen der Fall, die zwischen Pfarrerstöchtern und anderen Anehörigen des sog. „gesitteten Standes" geschlossen wurden. Umgekehrt entstammte nicht selten die Pfarrersfrau aus dem Kreis der höheren Beamtenschaft. Simon Henrich Schreiter, von 1729–1758 Pastor in Langenholzhausen, verheiratete sich in zweiter Ehe mit der Tochter des Regierungsrats Valentini aus Detmold. Friedrich Wilhelm Neubourg, von 1781–1786 Pastor in Detmold, ehelichte Charlotte Wilhelmine Volkhausen, eine Tochter des Hofgerichtsrats Volkhausen aus Detmold. Friedrich August Ludwig Meyer, von 1803–1817 Pastor in Horn, war mit der Tochter des Kanzleirats Capaun aus Bükkeburg verheiratet.

Mehrfachehen waren im evangelischen Pfarrhaus durchaus keine Seltenheit. Der lippische Generalsuperintendent Johann Vineator (1692–1714) heiratete, nachdem er dreimal Witwer geworden war, sogar ein viertes Mal. Pastor Heinrich Köhler, ein Sohn des lippischen Generalsuperintendenten Dietrich Köhler, von 1753–1776 Pastor in Schötmar, überlebte drei Ehefrauen: Friederike Amalie Barkhausen aus Salzuflen (gest. 1760), Amalie Katharina Falkmann aus Siekholz (gest. 1766) und Margarethe Katharine Barkhausen aus Salzuflen (gest. 1775). Scheidungen hat es im lippischen Pfarrhaus kaum gegeben. Daß sich Johann Dietrich Gerhard Siegmund Köhler, von 1792–1805 Pastor in Wüsten, von seiner Frau trennte, blieb ein Einzelfall. Der Grund für die Scheidung lag in einer krankhaften Veranlagung Köhlers: Der Pastor litt an der Dipsomanie.

Ein von jungen Pfarrern in früheren Jahrhunderten häufig gewählter Weg war die Einheirat in eine Pfarre. Wirtschaftliche Gründe gaben dafür in erster Linie den Ausschlag: Die Einheirat war ein bewährtes Mittel, um der häufig mittellos dastehenden Witwe oder der unversorgten Pfarrerstochter zu helfen. Die Praxis der Einheirat war im übrigen keineswegs den Geistlichen vorbehalten. Auch im Gelehrtenstande und in den Zünften war es üblich, daß mit dem Amt die Witwe oder die Tochter des bisherigen Stelleninhabers übernommen werden mußte. Einheirat war ein legitimes Instrument der sozialen Sicherung im Ständestaat. Daß der Volksmund die so ins Amt gekommenen Kandidaten als „Schürzenpfarrer" verhöhnte, trat erst gegen Ende des 18. Jahrhunderts ein, als die Ehe allmählich eine stärkere Verinnerlichung erfuhr (vgl. Hans Hattenhauer, Geschichte des Beamtentums, Köln 1980, S. 121). Die Zahl derje-

nigen lippischen Pfarrer, die über die Einheirat ins Pfarramt gelangt waren, war in jedem Fall beachtlich. Schon Pastor Hermann Grabbe, seit 1577 Pastor in Hillentrup, wußte um diese Chance, als er im Jahre 1618 um einen „Gesellen" bat, der seine Tochter heiraten und zugleich sein Amtsnachfolger werden könnte. Als Dietrich Luther Krüger im Jahre 1703 als „Gehülfe" Pastor Otto in Silixen zur Seite gestellt wurde, heiratete er wenig später die Tochter Ottos, von dem er dann auch das Amt übernahm. Pastor Hermann Krecke heiratete 1699 die Witwe des Pastors Plesmann in Heiden, um anschließend das Pfarramt von seinem Schwiegervater zu übernehmen. Als dem in Schlangen von 1697 bis 1727 amtierenden Pastor Johann Christoph Varenholz der Theologiekandidat Henrich Pfankuchen im Jahre 1719 zugeordnet wurde, lösten beide das Problem der Amtsnachfolge in bewährter Weise: Pfankuchen heiratete die Tochter seines Mentors und trat wenige Jahre später als Schwiegersohn dessen Amtsnachfolge an. Pastor Pfankuchen blieb hier bis 1759 im Amt. Sein Nachfolger wurde Sohn Simon Konrad, der dem Vater seit 1750 als „Gehülfe" gedient hatte. Der Weg der Substituierung wurde in Lippe gern beschritten, und wir finden im lippischen Pfarrhaus außerordentlich häufig den Sohn oder Schwiegersohn als Amtsnachfolger vor, ohne daß es dadurch immer zu Pfarrerdynastien gekommen wäre.

Doch häufig genug sind generationenlang die Söhne den Vätern im Amt gefolgt, nicht nur aus Gründen der Bequemlichkeit und des Milieus, sondern aus innerer Überzeugung. Diese Entwicklung, die mit der Reformation begann, läßt sich bis weit ins 19. Jahrhundert verfolgen. Freilich, die Zeit, da ein hoher Prozentsatz von Theologiestudenten aus Pfarrhäusern stammte, ging im 20. Jahrhundert unaufhaltsam zurück. Eigene berufliche Vorstellungen haben die Pfarrersöhne in eine andere berufliche Richtung geführt. Der Rückgang an Autorität und Muße und darüber hinaus ein allgemein zu beobachtender Säkularisierungsprozeß haben das in der Literatur häufig dargestellte, wenngleich trügerische Bild einer Idylle vom Pfarrhaus endgültig unglaubwürdig und als Modell unbrauchbar gemacht.

Jedoch ist festzuhalten, daß das romantisch-idyllische Bild, das ein Zeitgenosse im Jahre 1776 im Lippischen Intelligenzblatt vom Pfarrhaus entworfen hat-

Die Pfarrerdynastie Hildebrand(t)
(in Lüdenhausen im 17./18. Jahrhundert)

Henrich Hildebrand

geb. 1633 als Sohn des Professors Hermann Hildebrand in Bremen

∞ 1663 mit Anna Elisabeth Sustmann, Tochter des lippischen Generalsuperintendenten Sustmann

1662–1667 Pastor in Blomberg
1668–1674 Pastor in Detmold
1674–1703 Pastor in Lüdenhausen
Seit 1674 Superintendent der Klasse Brake

Simon Christoph Capelle

geb. 20. 6. 1660

∞ seit etwa 1685 mit Ernestine Elisabeth Hildebrand, Tochter des Pastors Henrich Hildebrand

1704–1708 Pastor in Lüdenhausen
Seit 1704 Superintendent der Klasse Brake

Henrich Philipp Hildebrand

geb. 1682 in Lüdenhausen

∞ seit etwa 1710 mit Friederike Marie Christine Hildebrand, Tochter des Theologieprofessors Hildebrand in Herborn

1709–1762 Pastor in Lüdenhausen
Seit 1749 Superintendent der Klasse Brake

Friedrich Ernst Hildebrand

geb. 1726 in Lüdenhausen

∞ 1763 mit Anna Sophie Dorothea Falkmann aus Siekholz

1762–1800 Pastor in Lüdenhausen

Ernst Friedrich Ferdinand Hildebrand

geb. 1766 in Lüdenhausen

∞ 1798 mit Henriette Elisabeth Kracht aus Lemgo

1789–1797 Hilfsprediger in Lüdenhausen und Hauslehrer in Düsseldorf
1797–1812 Pastor in Heiligenkirchen
1812–1835 Pastor in Oerlinghausen

Die Tochter des Pastors Friedrich Ernst Hildebrand, Charlotte Hildebrand, geb. 1769 in Lüdenhausen, seit 1789 mit Obergerichtsprokurator Diede in Kassel verheiratet, wurde in der Literatur als Brieffreundin Wilhelm v. Humboldts bekannt. – Vgl. Das evangelische Pfarrhaus in Lippe in Bildern, Dokumenten und grafischen Darstellungen, von Volker Wehrmann, Detmold 1981, S. 26, 27, 44 und 63. Dort befinden sich auch Abbildungen der Pastoren Henrich Philipp, Friedrich Ernst und Ernst Friedrich Ferdinand Hildebrand und ihrer Frauen sowie ein Schattenriß der Charlotte Hildebrand.

te, so nie existiert hat, wenn es dort, an die Adresse des Landpfarrers gerichtet, heißt:

„Du, den in erkohrener Stille
Ungestörte Ruh erquickt,
Dem in seiner Freuden Fülle
Keine phantasierte Grille
Rastlos im Gehirne spukt:
Wackrer Pastor, welch ein Leben
Welch ein mildes Loos ist dein!"

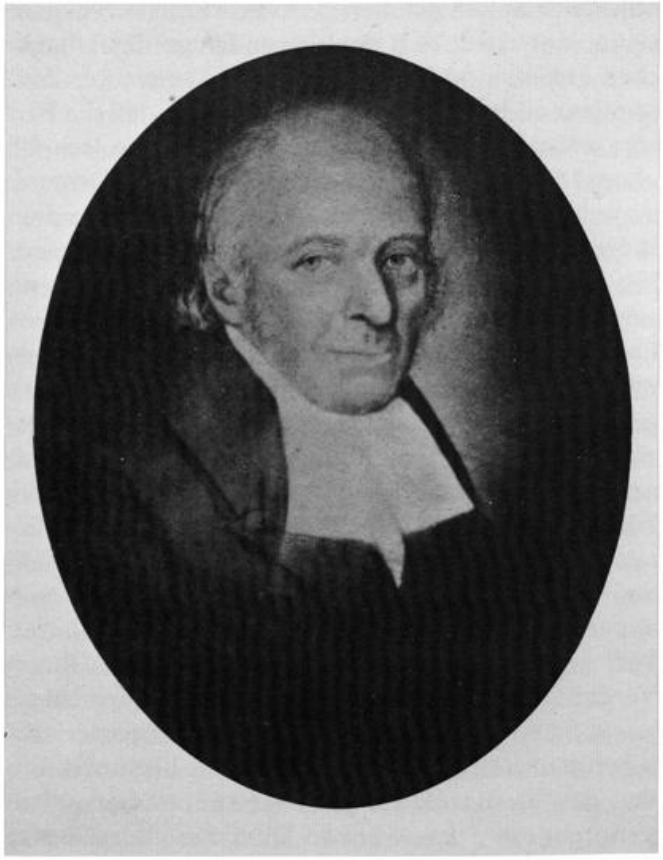
Sicherlich liegt hinter dieser Idylle auch ein Stück Wirklichkeit, doch aufs ganze gesehen hat sich der Verfasser dieser Verse nur an das Licht gehalten und die Schatten freundlich beseitigt. Aber dieses Bild einer Idylle, das das Aufklärungszeitalter vom Pfarrhaus entworfen hatte, wurde in der literarischen Welt kultiviert. Erinnert sei hier nur an Jean Pauls „Jubelsenior" (1797), an Kosegartens „Jucunde" (1812) und an Voßens weit bekannter „Luise" (1795). Was für ein glückliches, sonnenhelles Leben wird in Voßens Pfarrhaus gelebt. Jener ganze naive Optimismus ergießt sich über das Bild, über jede Gestalt. Glücklich die Eltern, glücklich das reizende Töchterchen Luise, glücklich der Schwiegersohn, glücklich die Knechte und Mägde – alles sonnige, genußfrohe Menschen, und der sonnigste, harmloseste unter ihnen ist er selbst, der ehrwürdige Pfarrer von Grünau. Im damastenen Schlafrock, das Käppchen von feinem Batist auf den schneeweißen Locken, die Pfeife im Mund und ein weltseliges Lächeln auf den Lippen, so steht dieser wackere Mann vor uns. Daß es Fragen, Probleme, Zweifel, Kämpfe in dieser Welt, in der Menschenbrust gibt, daß das Pfarramt ernste, harte Arbeit fordert voll Verantwortung und Selbstaufopferung, das lernt niemand von diesem heiteren, mit allem versöhnten Manne. Der Pfarrer von Grünau, „auf die Postille gebückt zur Seite des wärmenden Ofens", wurde für Jahrzehnte unsterblich mitsamt den Tafelfreuden, die der Homerübersetzer nach griechischem Vorbild auftischte, sehr viel reichlicher als in den meisten Pastoraten je der Fall gewesen sein dürfte (vgl. Paul Drews, Der evangelische Geistliche in der deutschen Vergangenheit, Jena 1905).

Das Bild von der Idylle des Pfarrhauses und vom Pastor, der die schönen Seiten des Lebens zu kultivieren und zu genießen wußte, blieb noch für lange Zeit im Bewußtsein des Volkes lebendig. Noch gegen Ende des 19. Jahrhunderts berichtete der in den Jahren 1884 bis 1900 in Detmold amtierende Pastor Böhmer, in welchem Licht das Volk den Pastor sähe: „Das Anstrengende unserer Tätigkeit, das Studieren und Vorbereiten auf unsere Predigten, entzieht sich dem Auge und meist auch dem Urteilsvermögen unserer Gemeindeglieder, welche auf dem Lande nur die Verrichtungen und Geschäfte des Ackerbaues für Arbeit ansehen! Der kann den ganzen Tag über im Schlafrock und Pantoffeln gehen. Der hat sechs Tage Sonntag und braucht nur einen Tag zu arbeiten."

Das evangelische Pfarrhaus hatte sich seit seiner Existenz bis weit in die Aufklärungsepoche hinein in seiner spezifischen Struktur nicht wesentlich verändert. Der Pfarrer waltete als christlicher Hausvater, der die Einheit des ganzen Hauses, das aus Großeltern, Eltern, Kindern und Gesinde bestand, repräsentierte. Wer etwas vom Pfarrer wollte, der kam zu ihm. Oder der Pfarrer ließ die zu sich entbieten, mit denen er zu reden hatte; höchstens, daß er Kranke und Sterbende auf Wunsch besuchte. Der eigentliche Platz seines Wirkens war die Kirche: Hier predigte er, hier taufte er die Kinder, hier unterrichtete er im Katechismus und hier wurden die Leichenpredigten gehalten.

Bei der Kleinheit und Überschaubarkeit der lippischen Verhältnisse war es naheliegend, daß die Pfarrer untereinander in freundschaftlich-kollegialer Verbindung standen: Sie korrespondierten miteinander, besuchten sich gegenseitig, ließen Bücher zirkulieren und trafen sich zu theologischen Gesprächen. Darüber hinaus wurden freundschaftliche Verbindungen zu den Honoratioren in den Städten, mit denen die Pfarrer nicht selten versippt und verschwägert waren, gepflegt. Vereinzelt wurden Pfarrer auch in einen begrenzten gesellschaftlichen Verkehr mit der Herrschaft gezogen. Dazu sollen hier einige Beispiele genannt werden.

Pastor Friedrich Georg Chapon war der Gräfin Casimire (1749–1778) ein geradezu väterlicher Freund geworden. Sie hatte Chapon bereits als zehnjährige Prinzessin zum Lehrer am Hof in Dessau bekommen. Als Casimire von Anhalt-Dessau 1769 den lippischen Grafen Simon August heiratete und in Det-



Johann Karl Ludwig Stockmeyer, geb. in Lemgo am 28. 8. 1765, amtierte von 1795–1798 als Pastor in Heiligenkirchen. 1798 wurde Stockmeyer nach Brake berufen, wo er bis zu seinem Tod am 1. 3. 1837 als Pastor wirkte. Stockmeyer war eng mit dem Amtsbruder Meister in Heiden befreundet; es war ihm deshalb eine besondere Freude, als sein Sohn Karl, seit 1826 Pastor in Haustenbeck, sich am 28. Mai 1828 mit der Tochter Meisters verheiratete. (Das Bild des Sohnes befindet sich auf dem Umschlag dieses Buches.)

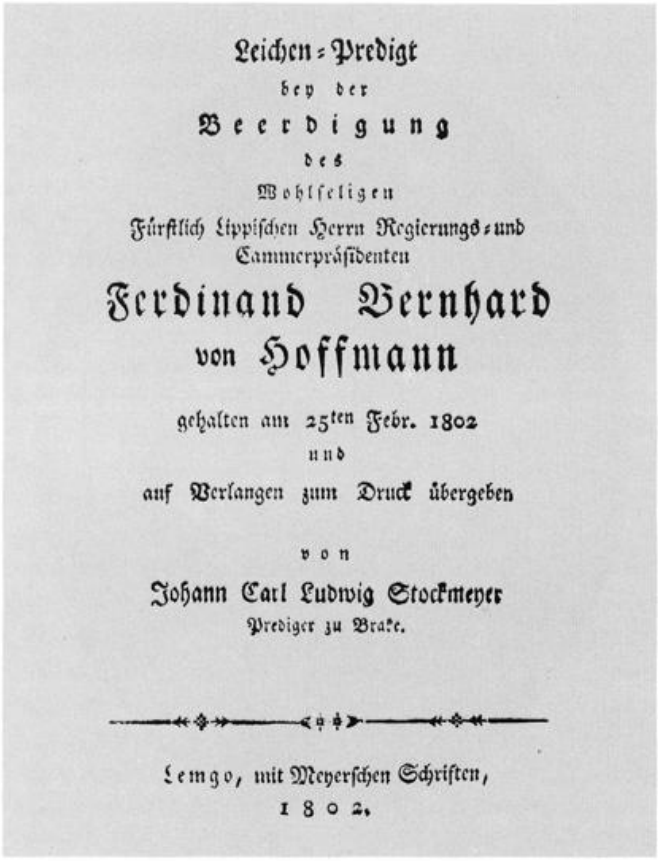


Sophia Dorothea Adolfine Wiedeburg, geb. am 3. 4. 1774 in Wunstorf, war seit dem 15. 2. 1795 mit Pastor Stockmeyer verheiratet. Sie überlebte ihren Mann, als sie am 26. 4. 1837 starb, nur um wenige Wochen.

mold das Schloß bezog, da war auch Chapon an ihrer Seite, den die Gräfin in allen persönlichen und Gewissensfragen, und in denen, die das hohe Amt ihr auferlegte, um Rat anging. Während ihrer letzten Lebensjahre hatte sie die Freude, Chapon als Hofprediger an ihrer Seite zu haben. Pastor Chapon wurde nach dem Tode der Gräfin auch ihr Biograph. Die von ihm im Jahre 1780 herausgegebene Schrift „Leben und letzte Stunden der weiland Durchlauchtigsten Fürstin Casimire zur Lippe" beinhaltete ein Lebensbild der Gräfin und eine Würdigung ihres sozialen Lebenswerkes.

Weitaus seltener kam es vor, daß die Amtstätigkeit und das Lebenswerk eines Geistlichen durch das Fürstenhaus selbst eine öffentliche Würdigung erfuhren. Erst die Fürstin Pauline ist in diesem Sinne tätig geworden. Als der von ihr hoch geschätzte lippische Generalsuperintendent Ludwig Friedrich August v. Cölln im Jahre 1804 plötzlich starb, widmete die Fürstin dem hochgestellten Geistlichen einen persönlich verfaßten Nachruf, den sie zwei Jahre nach v. Cöllns Tode – zusammen mit einer Sammlung seiner Predigten – veröffentlichen ließ (vgl. Sammlung ausgewählter Predigten aus dem Nachlasse L. F. A. von Cölln's. Fürstlich Lippischen Generalsuperintendenten und Consistorialraths. Nebst einer Charakteristik des Verfassers. Bielefeld 1806).

Unkonventionell und von keiner Etikette getrübt waren die freundschaftlichen Verbindungen, die die Fürstin Pauline zu der Familie des Generalsuperintendenten Weerth unterhielt. Hier waren alle ständi-



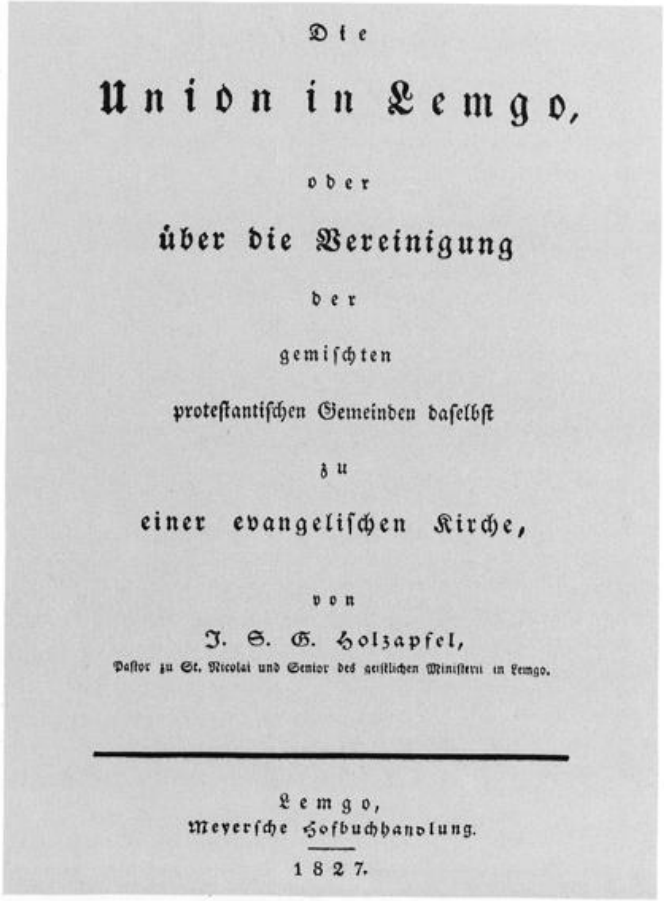
Leichen-Predigt
bey der
Beerdigung
des
Wohlseligen
Fürstlich Lippischen Herrn Regierungs- und
Cammerpräsidenten
Ferdinand Bernhard
von Hoffmann
gehalten am 25ten Febr. 1802
und
auf Verlangen zum Druck übergeben
von
Johann Carl Ludwig Stockmeyer
Prediger zu Brake.

Lemgo, mit Meyerschen Schriften,
1802.

Pastor Stockmeyers Leichenpredigt für den lippischen Regierungs- und Kammerpräsidenten Ferdinand Bernhard Hoffmann (1731–1802), der zwischen 1774 und 1796 als „Chef aller Departements" an der Spitze der lippischen Regierung gestanden hatte. Hoffmann, am 21. 2. 1802 in Brake gestorben, wurde hier am 25. 2. beerdigt. Er hatte bereits am 28. 12. 1796 testamentarisch festgelegt, in welcher Form seine Bestattung erfolgen sollte: „Mein Körper soll in ein Toten-Hemd ohne allen Zierrat, oder auch nur in einem leinenem Tuch eingehüllt werden. Der Sarg soll auch nicht kostbar, sondern einfach verfertigt, und nur mit so vielen eisernen Ringen, als zum Einsenken ins Grab erforderlich sind, versehen werden. Das Einlegen des Körpers in denselben mag früh oder spät vor der Beerdigung, so wie es die Art der Krankheit, woran ich sterbe, und die Kälte oder Wärme es fordern, geschehen; nur in jedem Falle muß kein Ausstellen zum Beschauen des Leichnams sein, und der Sarg nicht eher, als bis mein wirklicher Tod gewiß ist, verschlossen werden … Ich will an einem Morgen unter dem Gesange guter Toten-Lieder und in einer Begleitung, wozu auch Nachbarn und andere Dorfseinwohner eingeladen werden sollen, zu meiner Ruhestätte, einem Grabe auf dem hiesigen Kirchhofe, nicht in die Kirche, gebracht werden. Darauf soll in dieser, ganz wie gewöhnlich, eine Leichenpredigt gehalten werden, diese keine Lobrede auf mich, sondern ganz soll sie auf den Zweck gerichtet sein, bei den Zuhörern fruchtbare Gedanken auch an ihren Tod, und damit Vorsätze zum christlichen Leben, wodurch er ihnen selig werde, zu wecken und zu stärken … Für meine liebe Frau, die so vieles zu meinem zeitlichen Glück beitrug, die mit mir Gott für Freuden herzlich dankschen Schranken gefallen. Man besuchte sich gegenseitig, unterhielt sich dann über Dinge des alltäglichen Lebens und korrespondierte in vertrauter Weise miteinander. Nicht selten kam es vor, daß die Fürstin zwischen ihren Regierungsgeschäften schnell einmal aus dem Schloß in die nahegelegene Generalsuperintendentur eilte, um sich persönlich von dem Wohlergehen der Familie Weerth zu überzeugen. Nie kam die Fürstin dann mit leeren Händen, denn sie wußte, daß kleine Geschenke die Freundschaft erhalten. Im folgenden werden einige Briefauszüge mitgeteilt, die einen unverstellten Einblick in ein ungewöhnlich vertrautes Freundschaftsverhältnis gewähren, das über 15 Jahre bis zum Ableben der Fürstin im Jahre 1820 Bestand gehabt hat. Ein von der Fürstin auf den 2. 5. 1813 datierter Brief an den Generalsuperintendenten beinhaltete eine Einladung an das Ehepaar Weerth. „Wollten Sie und Frau Generalsuperintendent, wenn Wohlbefinden es gestattet, kein anderer Plan dadurch scheitert, und es Ihnen Vergnügen macht, mir den Nachmittag von 3 bis etwa ½ 8 Uhr zu einer freundschaftlichen Spazierfahrt schenken, da der Tag so sehr schön beginnt?" Ein von der Fürstin am 31. 3. 1818 an „Frau Generalsuperintendent", der „warmen Freundin", adressierter Brief enthielt die folgende Bitte: „Ich erlaube mir eine kleine Geheimhaltung gegen Ihren lieben Mann mit Ihnen in einem Augenblick anzuknüpfen, wo ich gewiß weiß, er wird nichts davon fürwahr. Folgende Geschenke, die Ausstattung zu einer kleinen Reise, bitte ich morgen vor dem Erwachen in des Generalsuperintendenten Zimmer setzen zu lassen. Der Regenschirmstab mit dem Fernglaskopf, der dem Auge Vorspann gibt und dem Regen trotzt, ein Reiseschreibzeug, in welches nur Tusche nützt, und die Rauchtabaksdose, die doch nicht vergessen wird. Sie erfüllen gewiß gern meine Bitte, liebe Freundin, und

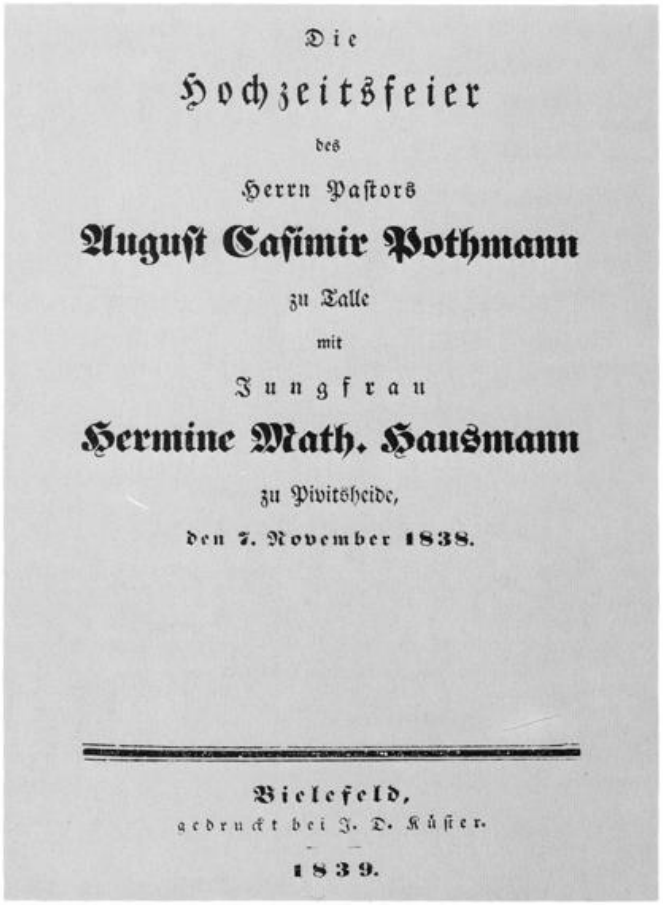
te, und Leiden, die uns kamen, auch standhaft christlich trug, werde ich die zärtlichste, dankbarste Liebe mit in die bessere Welt nehmen, sie mit solcher Liebe dort wiedersehen. Gott gebe ihr bis dahin ein zufriedenes Leben! Meine Kinder bitte ich, der christlich-biblischen Religion getreu zu bleiben, nach ihren Vorschriften zu wandeln, und immer unerschüttbar rechtschaffen zu sein … Mein Vaterland segne Gott mit bester Wohlfahrt und mit einer guten weisen stets darauf gerichteten Regierung, und lasse darin die wahre Christus-Religion immer ausgebreiteter … und Quelle des Glückes sie der ganzen Menschheit werden!" – Die „Verordnung über die Art meiner Beerdigung" wurde mit der Leichenpredigt 1802 veröffentlicht.

erlauben meiner aufrichtigen Freundschaft Versicherung" (vgl. StA Detmold L 77 B Fach 24 Nr. 10).
Diese kleinen Gesten freundschaftlicher Verbundenheit waren Ausdruck einer hohen Wertschätzung: „Ihre Gesinnungen", so schrieb Pauline kurz vor ihrem Tode an den Generalsuperintendenten Weerth, „entsprießen sichtlich dem Herzen und tönen in meinem Herzen wider, so lange mein Gott mir noch Leben verleiht, bleibe ich ihre warme Freundin. Ich werde es bleibend zu einer meiner nützlichsten Regentinnenhandlungen rechnen, Kirchen und Schulen den Vorsteher berufen zu haben, dessen sie sich jetzt freuen." Das hohe Ansehen und Vertrauen, das der Generalsuperintendent Weerth bei der Fürstin genoß, war natürlich den Zeitgenossen nicht entgangen. Wenn ein lippischer Beamter „in Paulinens Gunst und Gnade gleichsam geschwelgt hat, so war es Weerth", wie der Archivrat Clostermeier in jenen Tagen in seiner Neidsucht festgestellt haben will (vgl. Hans Kiewning, Fürstin Pauline zur Lippe, Detmold 1930, S. 180).
Wer das evangelische Pfarrhaus in seiner Existenz und seiner inneren Lebensgeschichte durch die Jahrhunderte verfolgt, der stößt schon sehr früh auf einen Faktor von großer Signifikanz: auf den wirtschaftlichen Aspekt. Der protestantische Pfarrer, zumal der Landpfarrer, hat sich demütig durch die Jahrhunderte gehungert. Sein Elend hatte in wirtschaftlicher Hinsicht schon mit der Reformation begonnen. Wo vorher noch ein im Zölibat lebender Kleriker versorgt wurde, mußte fortan auf jeder Pfarrstelle der Pfarrer mit seiner Familie ernährt werden. Und diese war, wie gezeigt wurde, zumeist groß. Der einzige Überfluß im Pfarrhaus war und blieb der Kinderreichtum. Die Gemeinden, die schon wegen der Kirchenbaulasten seufzten, waren in der Regel nicht bereit, sich ihre geistlichen Hirten teuer werden zu lassen. Trotz aller Bemühungen der Landesherren blieb die Besoldung der Pfarrer das Kernproblem dieses Standes.
Die Pfarrerfamilie war im 17. und 18. Jahrhundert und auch noch darüber hinaus – wie die bäuerlich und handwerklich orientierte Großfamilie –, wenngleich auch in beschränkterem Umfange, eine Betriebs- und Produktionsgemeinschaft, die sich zum Teil aus dem großen Pfarrgarten selbst versorgte und im übrigen auf die Naturalabgaben, bestehend aus


Die
Union in Lemgo,
oder
über die Vereinigung
der
gemiſchten
proteſtantiſchen Gemeinden daſelbſt
zu
einer evangeliſchen Kirche,
von
J. S. G. Holzapfel,
Paſtor zu St. Nicolai und Senior des geiſtlichen Miniſterii in Lemgo.
Lemgo,
Meyerſche Hofbuchhandlung.
1827.

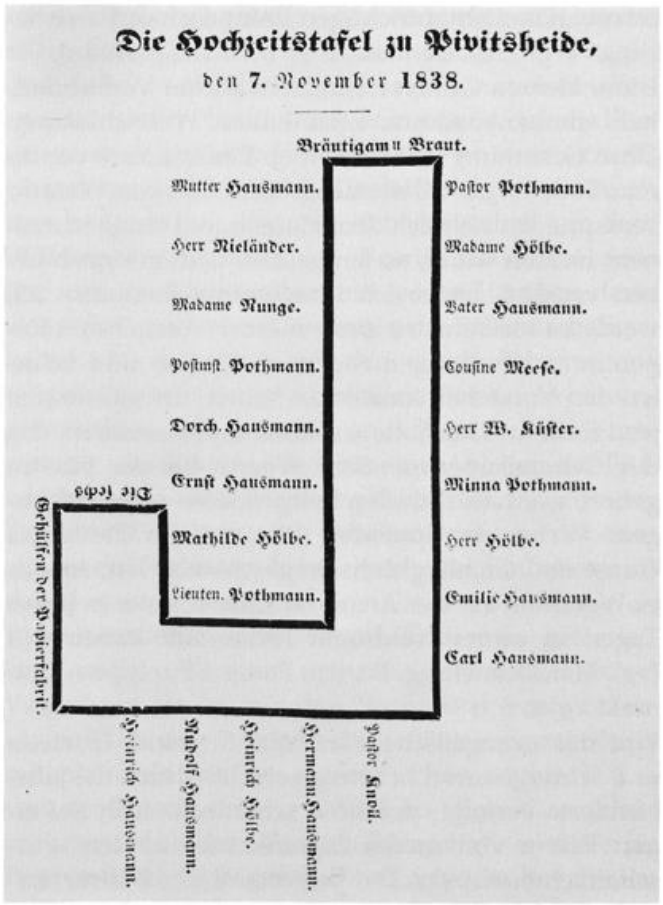
1827 veröffentlichte der Lemgoer Pastor Johann Sebastian Gottfried Holzapfel eine Schrift, in der er die zu Beginn des 19. Jahrhunderts viel diskutierte Frage nach der Union beider evangelischen Kirchen im positiven Sinne beantwortete. Der noch immer weitverbreitete Dogmatismus und Konfessionalismus müsse überwunden werden, wie das in der preußischen Unionsurkunde vom 26. 9. 1817 gefordert sei. „Die reformierte Kirche soll nicht zur lutherischen übergehen, noch diese zu jener, sondern beide sollen eine neue belebte evangelische Kirche werden im Geist ihres Stifters, in welcher das Außerwesentliche beseitigt, die Hauptsache aber, worin beide Confessionen eins sind, festgehalten wird." Dem Vorschlag Holzapfels war kein Erfolg beschieden, denn die Regierung trug Bedenken.

Getreide, Gemüse, Geflügel und Schlachtewerk, sowie auf Hand- und Spanndienste der Gemeindeglieder angewiesen war. Das größte Übel und stets ein Stein des Anstoßes dabei war, daß das Pfarrergehalt in den einzelnen Stadt- und Landgemeinden nicht einheitlich bemessen war. Es gab, legt man das im Jahre 1781 angefertigte „Verzeichnis der Einkünfte der Pfarreien in hiesiger Grafschaft" (vgl. StA Detmold L 65 Nr. 279) zugrunde, gute und schlechte



Die
Hochzeitsfeier
des
Herrn Pastors
August Casimir Pothmann
zu Talle
mit
Jungfrau
Hermine Math. Hausmann
zu Pivitsheide,
den 7. November 1838.

Bielefeld,
gedruckt bei J. D. Küster.
1839.

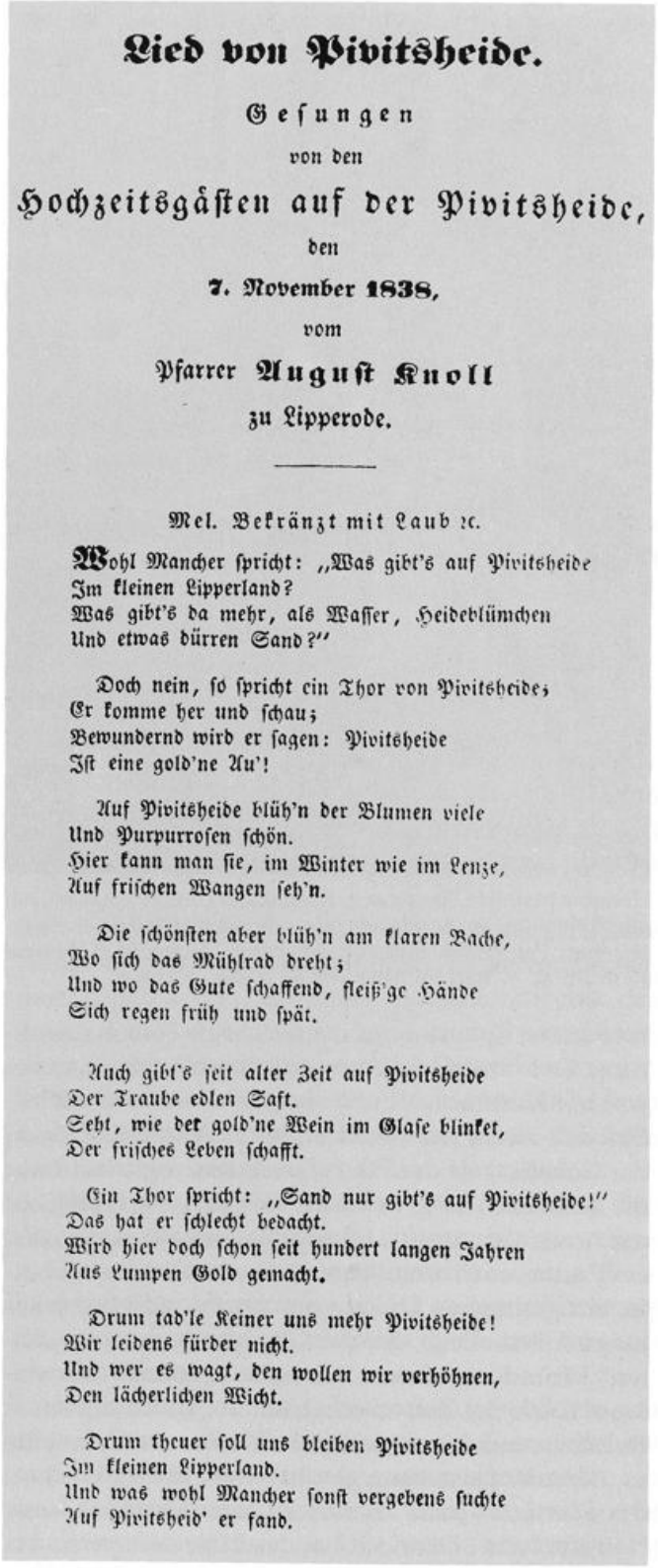


Die Hochzeitstafel zu Pivitsheide,
den 7. November 1838.

Bräutigam u Braut.
Mutter Hausmann. — Pastor Pothmann.
Herr Nieländer. — Madame Hölbe.
Madame Runge. — Vater Hausmann.
Postmst. Pothmann. — Cousine Meese.
Dorch. Hausmann. — Herr W. Küster.
Ernst Hausmann. — Minna Pothmann.
Mathilde Hölbe. — Herr Hölbe.
Lieuten. Pothmann. — Emilie Hausmann.
Carl Hausmann.
Die Leute
Gehülfen der Papierfabrik.
Heinrich Hausmann. Rudolf Hausmann. Heinrich Hölbe. Hermann Hausmann. Walter Knoll.

Pfründe, d. h. eine Reihe gut dotierter Pfarrstellen wie beispielsweise Detmold, Lage, Oerlinghausen, Reelkirchen, Heiden, Langenholzhausen, Lüdenhausen und Falkenhagen, wo sich das jährliche Einkommen der Pfarrer auf 450 bis 570 Reichstaler belief. Die weitaus größte Zahl der lippischen Pfarrer bezog ein jährliches Einkommen, das sich zwischen 300 und 400 Reichstalern bewegt hat. Einige Pfarrstellen waren nur mit 200 bis 300 Reichstalern veranschlagt. Die mit Abstand am schlechtesten dotierte Pfarrstelle im ganzen Lande war die in Haustenbeck: Hier bezog der Pfarrer ganze 155 Reichstaler jährlich. Entsprechend hoch war deshalb auch die Fluktuation in dieser Pfarre: In Haustenbeck haben im 18. Jahrhundert – genau von 1706 bis 1806 – zwanzig Pastoren amtiert. Zum Vergleich: In der mit 500 Reichstalern dotierten Pfarre in Heiden standen während des genannten Zeitraumes nur vier Pfarrer im Amt. Selbst in Hillentrup, wo sich das Einkommen des Pfarrers nur auf 352 Reichstaler belief, haben in dem genannten Zeitraum ebenfalls nur vier Pfarrer ihren Dienst versehen. Aus Haustenbeck hatten sich die Pfarrer immer besonders schnell wieder verabschiedet. Pastor Johann Konrad Biere, der es von allen Amtsbrüdern dort noch am längsten – von 1726 bis 1740 – ausgehalten hatte, schied im Jahre 1740 mit den Worten: Der Dienst in Haustenbeck müßte als der schlechteste in der Grafschaft angesehen werden, er hätte „13 Jahre auf dieser kümmerlichen Wache Zions" gestanden. Pastor Moritz Casimir Pothmann verabschiedete sich bereits nach einem Jahr (1787–1788) von der Gemeinde Haustenbeck, nachdem seine Versetzung eine beschlossene Sache war. Er hatte Haustenbeck und die Senne in Briefen an das Konsistorium wiederholt mit „Sibirien" verglichen und um Entlassung aus diesem „Cosakkenlande" gebeten. Haustenbeck galt seit seiner Existenz – 1659 Gründung des Dorfes/1671 Errichtung einer

Kirche – als Pönitenzpfarre. Sie hatte bis zum Zeitpunkt ihrer Aufhebung im Jahre 1939 so manchen vermeintlich unbotmäßigen Pastor aufnehmen müssen. Übrigens: Auch so mancher lippische Lehrer hatte seine Versetzung nach Haustenbeck als Strafversetzung betrachten müssen: Die letzten, die dieses Schicksal ereilte, waren Hans Sprenger und Friedrich Copei, die von den nationalsozialistischen Machthabern „zur Buße und Besserung" (Sprenger) in das entlegene Heidedorf geschickt worden waren.
Von dem lippischen Kammerrat Stein sind uns aus dem Jahre 1775 Aufzeichnungen überliefert, in denen er Rechenschaft über seine Einkommensverhältnisse und die Verwendung seiner Bezüge abgelegt hat. Steins Haushaltsführung wirft zugleich ein bezeichnendes Licht auf die wirtschaftliche Situation, in der sich die höhere Beamtenschaft in Lippe ganz allgemein befunden hat. Stein bezog nach seinen eigenen Angaben ein jährliches Gehalt von 550 Reichstalern. Von diesem Gehalt waren zu bestreiten: 182 Rtlr./18 Gr. als Lebensunterhalt für sich und seine Frau, sowie 121 Rtlr./24 Gr. für die Verpflegung seiner vier Kinder. An Lohn für zwei Mägde hatte Stein 14 Rtlr. zu entrichten, für die Beköstigung des Personals wurden 81 Rtlr./4 Gr. veranschlagt. An Lohn und Kost für eine Amme hatte Stein 50 Rtlr. angesetzt. Für Hausmiete und Reparaturen rechnete der Kammerrat 55 Rtlr., für Gartenmiete und den Kirchstand 7 Rtlr./18 Gr., für Brennholz und Licht 45 Rtlr., als Beitrag zur Witwenkasse und an Nachtwächterlohn 9 Rtlr./30 Gr. – Nach dieser Rechnung beliefen sich die Lebenshaltungskosten der Familie Stein auf 566 Rtlr./22 Gr. Die Ausgaben des Kammerrats lagen demnach um 16 Rtlr./22 Gr. über der Summe, die ihm jährlich an Gehalt gezahlt wurde. Hinzu kam, daß Stein „für notwendige Kleidung, Almosen, Opfer, Brandsteuer und sonstige unvermeidliche Ausgaben noch nichts gerechnet (hatte), auch der Arztlohn und die Medizin für meine von der Geburt an kranken Kinder mir jährlich erweislich wenigstens 50 Rtlr. kosten" (vgl. StA Detmold L 7 A XV Nr. 7).
Setzt man das Gehalt des Kammerrats Stein oder, weiter gefaßt, die Gehälter der höheren Beamtenschaft (wie Amtsrat, Kriminalrat, Archivrat, Landrentmeister) zu dem Einkommen der lippischen Pfarrerschaft in Beziehung, dann wird deutlich, daß auch im lippischen Pfarrhaus des 18. Jahrhunderts nur ei-



Lied von Pivitsheide.

Gesungen
von den
Hochzeitsgästen auf der Pivitsheide,
den
7. November 1838,
vom
Pfarrer **August Knoll**
zu Lipperode.

Mel. Bekränzt mit Laub ꝛc.

Wohl Mancher spricht: „Was gibt's auf Pivitsheide
Im kleinen Lipperland?
Was gibt's da mehr, als Wasser, Heideblümchen
Und etwas dürren Sand?"

Doch nein, so spricht ein Thor von Pivitsheide;
Er komme her und schau;
Bewundernd wird er sagen: Pivitsheide
Ist eine gold'ne Au'!

Auf Pivitsheide blüh'n der Blumen viele
Und Purpurrosen schön.
Hier kann man sie, im Winter wie im Lenze,
Auf frischen Wangen seh'n.

Die schönsten aber blüh'n am klaren Bache,
Wo sich das Mühlrad dreht;
Und wo das Gute schaffend, fleiß'ge Hände
Sich regen früh und spät.

Auch gibt's seit alter Zeit auf Pivitsheide
Der Traube edlen Saft.
Seht, wie der gold'ne Wein im Glase blinket,
Der frisches Leben schafft.

Ein Thor spricht: „Sand nur gibt's auf Pivitsheide!"
Das hat er schlecht bedacht.
Wird hier doch schon seit hundert langen Jahren
Aus Lumpen Gold gemacht.

Drum tad'le Keiner uns mehr Pivitsheide!
Wir leidens fürder nicht.
Und wer es wagt, den wollen wir verhöhnen,
Den lächerlichen Wicht.

Drum theuer soll uns bleiben Pivitsheide
Im kleinen Lipperland.
Und was wohl Mancher sonst vergebens suchte
Auf Pivitsheid' er fand.



Hermine Mathilde Hausmann, Ehefrau des Pastors August Casimir Pothmann. Sie wurde am 17. 2. 1817 in Pivitsheide als Tochter eines Papiermühlenbesitzers geboren. Hermine Pothmann starb am 24. 7. 1901 im Alter von 84 Jahren in Lemgo.



August Casimir Pothmann, geb. am 3. 4. 1804 in Lemgo als jüngster Sohn des Pastors Moritz Casimir Pothmann. Er wurde nach einem dreijährigen Studium der Theologie in Göttingen 1826 Landeskandidat, dann von 1826–1831 Rektor in Horn. Am 4. 1. 1832 wurde Pothmann als Pastor nach Sonneborn berufen. Seit dem 1. 11. 1837 amtierte Pothmann als Pastor in Talle, wo er 1876 sein 50jähriges Dienstjubiläum feierte.

ne äußerst sparsame und umsichtige Haushaltsführung die Pfarrerfamilie vor drückenden Schulden bewahren konnte.

Das seit alters her bestehende, eklatante Gefälle in der Gehaltsskala der Pfarrer beeinträchtigte nicht nur die Lebensführung, es wirkte sich auch nachteilig auf die Amtsführung aus: Immer wieder kam es vor, daß ein Pastor, auch wenn er ein höheres Dienstalter hatte, ein geringeres Einkommen bezog, als etwa jener junge Amtskollege, der das Glück hatte, in einer „fetten" Pfründe zu sitzen. Das hatte verständlicherweise im Laufe der Zeit zu erheblichen Unstimmigkeiten zwischen dem benachteiligten Pfarrer, der Gemeinde und dem Konsistorium geführt. Der häufige Wechsel des Pfarramts hatte in dieser Ungerechtigkeit seine Hauptursache. Dennoch hat das Pfründensystem bis in die 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein in der lippischen Kirche Bestand gehabt. Erst im Jahre 1878 wurde eine Änderung in dem überkommenen Besoldungssystem herbeigeführt. Nach einem Beschluß der lippischen Landessynode, die sich in diesem Jahr konstituiert hatte, sollte künftig ein Pastor ein jährliches Einkommen von mindestens 1950 Mark neben freier Wohnung erhalten; das Mindesteinkommen sollte nach einer Dienstzeit von fünf Jahren 2100 Mark, nach einer Dienstzeit von 15 Jahren 2700 Mark und nach einer Dienstzeit von 25 Jahren 3000 Mark betragen. Die Vereinheitlichung der Pfarrergehälter brachte nicht nur eine spürbar empfundene Ungerechtigkeit aus der Welt, sie hat auch die Pfarrer von dem Zwang befreit, ihre Bewerbungen um ein Pfarramt an der Besoldungsfrage ausrichten zu müssen.

Die Lippische Landeskirche von 1848–1984

Von Heinrich Bödeker

Die gescheiterte Revolution von 1848

Von Mitte der dreißiger Jahre an machte sich in den politisch interessierten Kreisen des Landes, vor allem bei Lehrern und anderen Intellektuellen, eine sich immer weiter steigernde Unruhe bemerkbar. Die materiellen und sozialen Verhältnisse waren schlecht: Die früher blühende Leinenherstellung war rückläufig, das Zieglergewerbe stand noch in seinen Anfängen. Haupterwerbszweig war die Landwirtschaft. Doch die meisten landwirtschaftlichen Betriebe waren zu klein, um sich wirklich zu rentieren, der Boden war karg, die Ernten gering. Kunstdünger war noch unbekannt. Als dann in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts dreimal hintereinander Mißernten eintraten, kam es zu regelrechten Hungersnöten. In allen Gemeinden gab es Arme, denen es am Nötigsten fehlte. Diese baten dann den zuständigen Pastor um Ausstellung eines „Bettelscheines", der sie berechtigte, auch in anderen Gemeinden zu betteln. Noch am 14. Juni 1869 sieht sich das Fürstlich Lippische Konsistorium veranlaßt, in einem Circulare die Prediger des Landes zur Vorsicht zu mahnen: „Von verschiedenen Seiten ist es zur Kenntnis des Consistoriums gelangt, daß Prediger des Landes einzelnen Gliedern ihrer Gemeinden Armuthsatteste ausstellen, welche von denselben dann zur Bettelei verschiedentlich benutzt werden. Consistorium macht auf das Bedenkliche dieses Verfahrens, durch welches die Bettelei gefördert wird, aufmerksam und empfiehlt den Predigern des Landes in dieser Beziehung möglichst Vorsicht und Zurückhaltung." Die Jahrzehnte andauernde drückende Armut und Aussichtslosigkeit veranlaßte zahlreiche Lipper, außer Landes zu gehen, größtenteils sogar nach Übersee auszuwandern.

Im Frühjahr 1848 kam es dann unter französischem Einfluß in ganz Deutschland zu Aufständen. Darin machten sich Unmut und Enttäuschung des Volkes Luft über die Willkür der Könige und Fürsten, die zwar in der Notzeit der Unterdrückung durch Napoleon versprochen hatten, ihren Untertanen durch die Schaffung von Verfassungen ein Mitspracherecht an der Regierung einzuräumen. Aber kaum war die größte Not vorbei, da waren diese Zusagen vergessen. Es setzte eine unbegreifliche Reaktion ein, die die seltsamsten Auswüchse zeigte. So wurden z. B. zwei bedeutende Lipper, der spätere Direktor des Detmolder Gymnasiums, Dr. Schierenberg, und der spätere Prorektor des Lemgoer Gymnasiums, Dr. Clemen, längere Zeit nach Abschluß ihres Universitätsstudiums von preußischen Gerichten zu jahrelanger Festungshaft verurteilt, nur weil sie als Studenten der Burschenschaft, einer Studentenverbindung, angehört hatten. Solche und viele ähnliche Willkürakte mußten früher oder später zu einer Explosion führen. Auch in Lippe kam es, vorwiegend in den Städten, zu Unruhen, die aber im ganzen harmlos verliefen.

Im Mai 1848 trat in Frankfurt am Main die Deutsche Nationalversammlung zusammen. Diese verabschiedete gegen Ende des Jahres die „Grundrechte des deutschen Volkes". Darin heißt es in § 16: „Durch das religiöse Bekenntnis wird der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte weder bedingt noch beschränkt, den staatsbürgerlichen Pflichten darf dasselbe keinen Abbruch tun." § 17 lautete: „Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig, bleibt aber den allgemeinen Staatsgesetzen unterworfen. Keine Religionsgesellschaft genießt vor der anderen Vorrechte durch den Staat, es besteht fernerhin keine Staatskirche."

Unter Berufung auf diese Bestimmungen bildete sich 1849 in Lemgo die Neue Evangelische Gemeinde, die von der Fürstlichen Regierung am 11. Dezember 1849 in aller Form anerkannt wurde. Über die Gründe, die zu dieser Entwicklung geführt hatten, wird später zu reden sein.

Eine weitere Folge dieser „Grundrechte" war die Verabschiedung des Volksschulgesetzes vom 11. Dezember 1849. § 23 der „Grundrechte" bestimmt: „Das Unterrichts- und Erziehungswesen steht unter der Oberaufsicht des Staates und ist, abgesehen vom Religionsunterricht, der Beaufsichtigung der Geistlichen als solcher enthoben." § 27: „Für den Unterricht an Volksschulen und niederen Gewerbeschulen wird kein Schulgeld bezahlt." Das war die Grundlage für das „Gesetz über das Volksschulwesen" vom 11. Dezember 1849. Darin werden die Volksschulen der Oberaufsicht und Leitung des Staates unterstellt (§ 2). Es wird Schulgeldfreiheit verfügt (§ 3). Es werden Schulgemeinden gebildet (§§ 4–12). Das örtliche Schulwesen wird durch Schulvorstände verantwortlich geleitet (§§ 13–33). Die Oberaufsicht und Leitung des Volksschulwesens läßt die Regierung durch eine neu zu schaffende Oberschulbehörde wahrnehmen, bestehend aus drei Mitgliedern, darunter „ein Mitglied der künftigen (!) obersten Kirchenbehörde" (§§ 34 und 35). „Die Lehrer genießen die Rechte der Staatsdiener" (§ 39). Dann folgen Bestimmungen über Schulpflicht und Schulzucht, über das Diensteinkommen und die Pensionierung der Lehrer, sowie über Schulhäuser und -inventar, endlich über die Schulkassen und deren Verwaltung. Um dieses neue Schulgesetz für Lippe hatten sich die Lehrer zielstrebig und sachkundig bemüht. Deshalb begrüßten sie es als einen großen Erfolg.

Eine weitere Frucht der Freiheitsbestrebungen von 1848 war die „Verordnung, die Vertretung der Kirchengemeinden, den Kirchenvorstand und die Besetzung der Pfarrstellen betreffend vom 3. Februar 1851". Dadurch wurde dem von der Gemeinde gewählten Kirchenvorstand ein erhebliches Mitspracherecht eingeräumt hinsichtlich der Gemeindeleitung, der Vermögensverwaltung und vor allem der jetzt freien Pfarrwahl. Das war für die Gemeinden der Landeskirche ein großer Fortschritt.

Doch alle diese Errungenschaften waren nicht von Bestand. Die Neue Evangelische Gemeinde in Lemgo wurde durch Fürstliches Edikt vom 12. Mai 1858 wieder aufgelöst. Die Bestimmungen des Schulgesetzes wurden teils förmlich, teils stillschweigend wieder aufgehoben, und es blieb praktisch bei der alten Aufsicht und Leitung der Volksschulen durch das Konsistorium. Die Schulgeldfreiheit wurde am 24. November 1855 wieder aufgehoben. Die „Verordnung vom 3. Februar 1851" endlich, „die Vertretung der Kirchengemeinden . . . betreffend" wurde durch Edikt vom 9. März 1854 in aller Form wieder aufgehoben. Dieses Edikt beginnt mit den denkwürdigen Sätzen: „Wenn die beklagenswerthen Folgen der Revolution auch selbst das kirchliche Gebiet nicht verschont haben, und namentlich die Verordnung Unseres Consistoriums vom 3. Februar 1851, die Vertretung der Kirchengemeinden, den Kirchenvorstand und die Besetzung der Pfarrstellen betreffend, in ihrer Entstehung und weiteren Verhandlung sich wesentlich auf die aufgehobenen s. g. teutschen Grundrechte stützt, so müssen wir Uns schon in Beziehung auf Unsere bundesgesetzliche Verpflichtung zu deren Aufhebung veranlaßt finden. Hiezu tritt aber noch die in Unserem landesherrlichen Berufe liegende Vorsorge für die Wiederherstellung Unserer bischöflichen Autorität, daß Wir Uns zur Angelegenheit nehmen, das Kirchenregiment nicht den Händen der Gesammtzahl der Kirchenglieder zu überlassen, sondern unter der bischöflichen Leitung den durch Erfahrung, gereifte Einsicht und bewährte christliche Gesinnung bevorzugten Ältesten und Vorstehern der Kirchengemeinden, wie sich dieses in dem Institute der Presbyterialverfassung ausspricht, wieder zurückzugeben."

Wie konnte es zu dieser Entwicklung kommen? Im Jahre 1848 regierte noch (seit 1820) Fürst Leopold II., der schwache Sohn der tüchtigen Fürstin Pauline, die von 1802 bis 1820 in schwerer Zeit die Geschicke des Landes klug und kraftvoll gelenkt hatte. Leopold II. starb am 1. Januar 1851. „Ihm folgte sein ältester Sohn als Fürst Leopold III. Er war dreißig Jahre alt. Die Ereignisse der letzten Jahre waren ihm nicht entgangen, gewiß auch nicht, daß so auffallend viele lippische Beamte in der Opposition standen. Doch muß er mit einer vorgefaßten Meinung an seine Aufgabe herangegangen sein, in seiner vielleicht noch unklaren Gedankenerregung, die Revolution in seinem Lande irgendwie aufzuhalten, wie das anderwärts deutsche Souveräne mit Erfolg getan hatten. An sich hatte der Fürst ein unverkennbar gewissenhaftes, man kann schon sagen, ängstliches Rechtsgefühl. Der Gedanke, vor dem Richter nicht bestehen zu können, war ihm unerträglich. Er war ein gütiger Mensch, eine weiche Natur. Aber er haßte die Revo-

lution und alles, was irgend mit ihr zusammenhing, und war von der Einbildung nicht abzubringen, daß die Demokraten seinen Vater zu Tode gehetzt hätten" (Hans Kiewning, Hundert Jahre lippische Verfassung 1819–1919, Detmold 1935, S. 163).

Es war nicht schwer, auf diesen zaghaften Fürsten Einfluß zu gewinnen. Das machte sich der durch Standesdünkel und Selbstbewußtsein ausgezeichnete maßgebliche Vertreter der Ritterschaft im Lippischen Landtag, Freiherr Iwan von Stietencron aus Schötmar, zunutze. Bismarck, der während seiner Göttinger Studentenzeit mit ihm befreundet gewesen war, berichtete als preußischer Gesandter in Frankfurt nach Berlin, daß Stietencron „der eigentliche Beherrscher des Fürstentums und des Fürsten zur Lippe zu sein scheine" (Kiewning, a.a.O., S. 176). Dieser Freiherr war der Vater und der eigentliche Macher all jener reaktionären Maßnahmen, die Lippe in seiner Entwicklung um Jahrzehnte zurückwerfen sollten.

Durch Stietencrons Vermittlung geriet dann 1853 ein Mann nach Lippe, der auf manchen Gebieten geradezu katastrophal wirken sollte, Dr. Laurenz Hannibal Fischer, in ganz Deutschland unrühmlich bekannt als „Flotten-Fischer", weil er die deutsche Flotte aufgelöst und versteigert hatte, „ungefähr so das Dümmste, was er übernehmen konnte" (Kiewning, a.a.O., S. 200). Dadurch war er der allgemeinen Verachtung anheimgefallen. Dieser unglückliche Mann wußte nun im Alter von fast 70 Jahren die Lipper auf sich aufmerksam zu machen. Durch die erwähnte Protektion schaffte er es tatsächlich, von Fürst Leopold III. zum Kabinettsminister berufen zu werden. Dieses Kabinettsministerium war eine neue Einrichtung des jungen Fürsten. Es sollte ihm persönlich mehr Entscheidungsfreiheit sichern. Vor allem wollte er damit sein Staatsministerium, das damals von hervorragenden Beamten besetzt war, herabsetzen und weitgehend um seinen Einfluß bringen.

Hans Kiewning gibt folgende Beschreibung von Hannibal Fischer: „Schon in seinem Auftreten eine üble Erscheinung. Eine kleine, vierschrötige Person, nahezu 70 Jahre alt, die ohne viel Formen mit großen Bewegungen herumgestikulierte. In seiner Geistesrichtung ein sonderbarer politischer Kauz. Jakobinerhaß auf der einen Seite, Pietät für das angestammte Regentenhaus auf der anderen, das waren die beiden



Georg Weerth wurde am 17. Februar 1822 als viertes Kind des Generalsuperintendenten Weerth in Detmold geboren. Er hatte den Beruf des Kaufmanns erlernt, der ihn ins Ruhrgebiet, nach England, Spanien und Südamerika führte. Die schreienden sozialen Mißstände des englischen Frühkapitalismus ließen Weerth zu einem der schärfsten Sozialkritiker seiner Zeit und zum Kampfgenossen von Karl Marx und Friedrich Engels werden.
Eine im Jahre 1972 an der Eingangspforte zur alten Generalsuperintendentur in Detmold angebrachte Tafel trägt die Inschrift: „Zur Erinnerung an Georg Weerth, der ein Freund der Armen war und die Schwächen seiner Zeit anprangerte. ‚Der erste und bedeutendste Dichter des deutschen Proletariats' (Friedrich Engels). Er wurde am 17. 2. 1822 in diesem Hause geboren und starb am 30. 7. 1856 in Havanna/Kuba."

Pole gewesen, zwischen denen er von Kindheit an hin und her gependelt hatte. Aber überall hatte er Schiffbruch erlitten. Er hatte ein Leben hinter sich, wie er selbst gestand, voll getäuschter Erwartungen, wirkungsloser Ratschläge, fehlgeschlagener Pläne, vergeblicher Anstrengungen, ununterbrochener Bedrängnisse und voll unzähliger Herabwürdigungen . . . Politisch verrannt, wie er stets war, dachte er noch unumschränkter als der Fürst" (Kiewning, a.a.O., S. 199 f.).

Daß dieses Urteil zutrifft, beweisen die meisten Maßnahmen, die der erste Kabinettsminister des lippi-

schen Fürsten traf. Gleich zu Beginn seiner Tätigkeit stellte er in einem Gutachten fest, es sei „die ganze Gesetzgebung von 1848–1852 aus zeitweiliger Willensunfreiheit des Gesetzgebers ohne Anspruch auf Geltung in formaler und materieller Hinsicht entstanden" (Kiewning, a.a.O., S. 211). Was hätte also näher gelegen, als diese gesamte Gesetzgebung zu annullieren! Das besorgte er denn auch mit dem ganzen Starrsinn eines Greises. Nach eigenem Bekunden hielt er es für seine Aufgabe, „die Torheiten und den Unfug der Revolutionsschwindelzeit mit Stumpf und Stiel den Untertanen aus den Köpfen zu treiben" (zit. nach Erich Kittel, Heimatchronik des Kreises Lippe, Köln 1978, S. 234).

Bereits am 7. Juli 1855 sah sich der Fürst „aus höheren Rücksichten bewogen", seinen Günstling, der sich außerhalb Lippes blamiert und unmöglich gemacht hatte, in den Ruhestand zu versetzen. Als Leopold III. vorher in Frankfurt Bismarck konsultierte, lautete dessen Rat kurz und bündig: „Fort mit Schaden!" Nun, der Schaden blieb dem kleinen Fürstentum.

Beim Scheitern der Revolution spielte die Kirche bedauerlicherweise eine unrühmliche Rolle. Das war nicht böser Wille. Vielmehr waren Kirchenleitung und Pastoren natürlich fest hineinverflochten in die allgemeinen mißlichen Verhältnisse. Sie hatten weder Abstand noch Überblick genug, um hilfreich wirken zu können. Es wäre – wie die Dinge damals standen – eine Überforderung, hätte man von kirchlichen Kreisen politische Initiativen erwarten wollen. Hinzu kam, daß die Pfarrerschaft und die Gemeinden bzw. einzelne Gemeindekreise seit Mitte der dreißiger Jahre zu sehr mit eigenen Problemen und Auseinandersetzungen beschäftigt waren, als daß sie auch nur im geringsten die Möglichkeit gehabt hätten, die allgemeinen Verhältnisse kraftvoll zu bessern.

Die theologischen Kämpfe vor und nach 1848

Nachdem die Fürstin Pauline 1805 den jungen und hochbegabten Ferdinand Weerth, der später für das Schulwesen und die Volksbildung so bedeutsam werden sollte, zum Generalsuperintendenten berufen hatte, machte dieser sich sofort daran, die kirchlichen und schulischen Verhältnisse zu heben und zu beleben. Im Zusammenhang mit diesen Bemühungen gab er 1811 einen „Leitfaden für den Religionsunterricht in den Schulen" heraus. Dieser war gedacht als eine Hilfe für den Religionsunterricht in den Schulen und für den Konfirmandenunterricht der Pastoren. Schon der Vorgänger Weerths, Ludwig Friedrich August von Cölln (1796–1804), hatte 1802 den Heidelberger Katechismus abgeschafft und durch ein „Christliches Lehrbuch für Bürger- und Landschulen" ersetzt. Dieses unzulängliche Werk wurde nun durch Weerths „Leitfaden" abgelöst. Dieser vertrat ganz im Zuge der Zeit einen milden Rationalismus. Auch ein von ihm 1828 herausgegebenes Gesangbuch atmete den Geist des Vernunftglaubens und hatte sich weit von dem kraftvollen Glaubensgut der Reformatoren und Paul Gerhardts entfernt.

Die evangelische Kirche lebt allein von der Botschaft der Bibel. Wo diese bekannt und wirksam ist, da gedeiht christliches Leben. Wird diese Botschaft aber vergessen oder den jeweiligen Zeitströmungen entsprechend verändert, so schwindet die Glaubenssubstanz, und das Gemeindeleben wird dürr und öde. Genau das war die Folge der europäischen Aufklärung. Diese Bewegung war in der zweiten Hälfte des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts sozusagen fällig. Sie hat – was die geistige Entwicklung angeht – durchaus positive Wirkungen gehabt. Kein Wunder, daß die Theologen jener Zeit größtenteils begeisterte Schüler der Aufklärung wurden. Weithin meinten sie, eine beglückende Übereinstimmung zwischen den Erkenntnissen des aufgeklärten Menschen und der Botschaft der Bibel feststellen zu können. Das beweisen die aus jener Zeit überlieferten Predigten. Die Prediger nahmen im allgemeinen für das Evangelium in Anspruch, daß es keineswegs der Aufklärung des Menschen widerspreche, daß im Gegenteil die Botschaft der Bibel zur Befreiung des Menschengeschlechts mehr getan habe als jede andere geistige und religiöse Bewegung.

Leider gerieten aber dann die aufgeklärten Theologen jener Zeit immer mehr in das Fahrwasser unbiblischer Strömungen. Aus der reformatorischen Befreiung *durch* die Bibel wurde so allmählich die Befreiung bzw. Lösung *von* der Bibel. Diese wurde nun entweder rationalistisch verstanden oder zugunsten der menschlichen Vernunft (Ratio) ganz beiseite ge-

lassen. So verlagerte sich das Interesse der Prediger und Seelsorger von der ewigen Seligkeit der Menschen auf deren irdisches Glück. Auch in ihren Predigten versuchten sie, vor allem die Wohlfahrt der Menschen zu fördern.
Diese menschenfreundlichen Theologen waren der Meinung, daß der Mensch durchaus in der Lage sei, sein Glück selbst zu schaffen, vorausgesetzt, daß er seinen Verstand richtig brauche und ein tugendhaftes Leben führe, wozu ihn ja neben der Vernunft auch Gottes Wort anhalte. Ganz auf dieser Linie lag alles, was von den vier Generalsuperintendenten Stosch (1771–1780), Ewald (1781–1796), von Cölln (1796–1804) und Weerth (1805–1836) vertreten und gelehrt wurde. Sie alle waren bezeichnender- und erfreulicherweise vor allem bemüht, den Bildungsstand des Volkes zu heben und förderten deshalb kräftig die Ausbildung der Volksschullehrer (Detmolder Lehrerseminar seit 1781!) und schufen Lehrbücher für den Religionsunterricht.

Der Kampf um das Gesangbuch

Dieser theologische Rationalismus ist dadurch gekennzeichnet, daß nun die Ratio, der Verstand des Menschen, die maßgebliche Instanz wurde, vor der sich auch der Christenglaube zu verantworten hatte. Das Bibelwort selbst ließ man zwar unangetastet, seine Auslegung aber wurde der Vernunft oder besser: dem Verstand unterworfen und entsprechend verdünnt zu einer Morallehre. Am besten nachweisbar ist die allmähliche Verwässerung des Glaubens am Kirchenlied. Es hat zu allen Zeiten in der evangelischen Kirche eine wichtige Rolle gespielt. Man sang die Lieder nicht nur in der Kirche und zu Hause, man benutzte das Gesangbuch auch als Gebetbuch. So begleitete es die Menschen in Freud und Leid, von der Jugend bis zur Sterbestunde.
Welches Bild bietet nun das von Ferdinand Weerth 1828 herausgegebene Gesangbuch? Es ist schon oben gesagt worden, daß dieses Buch den Geist des Vernunftglaubens atme und sich weit von dem kraftvollen Glaubensgut der Reformatoren und Paul Gerhardts entfernt habe. In der Tat finden sich unter den 626 Liedern nur 6 von Martin Luther (zum Vergleich: Luther hat insgesamt 37 Kirchenlieder gedichtet, davon stehen in dem heute gebräuchlichen Evangelischen Kirchengesangbuch 32), von Paul Gerhardt brachte Weerths Gesangbuch ganze 10 Lieder (das heutige 31). Sowohl die Choräle von Luther wie vor allem die von Paul Gerhardt und anderen Dichtern waren durch Umdichtungen und Veränderungen verunstaltet. Am bemerkenswertesten ist das Schicksal von Luthers Reformationslied „Ein feste Burg ist unser Gott". Es steht bei Weerth unter der Nummer 208, aber man findet es im Verzeichnis nicht. Man scheute sich offenbar, Luthers markiges Glaubenslied einfach zu übernehmen. Deshalb gab man ihm ein Vor- und ein Nachlied bei: „Herr, unser Gott, wir denken heut' an unserer Väter Glauben . . ." Nach zwei solchen Strophen, die nach der Melodie gesungen werden sollten „Sei Lob und Ehr dem höchsten Gut . . ." folgen dann die vier Strophen von Luthers Choral nach der bekannten Melodie, und dann kommt – gesungen nach der Weise „Nun danket alle Gott" – der Nachgesang: „So sangen sie; und weit erschollen ihre Lieder; die Völker kehrten froh zum freien Glauben wieder. Der Aberglaube floh, es wich die düstre Nacht, das Evangelium ward an das Licht gebracht. – Triumpf! Die Wahrheit siegt! Gott war mit ihren Streitern! Gott ist und bleibt mit ihr, er wird ihr Reich erweitern. Auf! die ihr sie erkennt und dankbar sie verehrt, auf! haltet fest an ihr, und zeigt euch ihrer wert!"
Statt Luthers kraftvolles Glaubenslied – bekanntlich eine Umdichtung von Psalm 46 – zum Ausdruck eigenen Glaubens und Bekennens zu machen, zitiert man es in schulmeisterlicher Weise: „So sangen sie!" und bekundete damit, daß sie immerhin schon einen gewissen Schimmer des Lichtes der Aufklärung wahrgenommen hatten. Nachdem dieses Licht nun ganz anders zu leuchten begonnen hat, kann man natürlich diese alten Verse nicht mehr ohne weiteres auf die eigene Verantwortung nehmen.
Doch weit schlimmer ist, daß in diesem Gesangbuch viele Glaubenslieder entfernt und dafür eine Fülle von „Tugendliedern" aufgenommen wurden. Diese waren so recht ein Ausdruck des mageren Glaubens jener Zeit. Ohne Zweifel waren diese Lieder brav und bieder gemeint als unmittelbare Lebenshilfe in den verschiedenen Situationen, die Menschen zu bestehen hatten; aber man kann doch nicht übersehen, was schließlich dabei herauskommt, wenn man den

christlichen Glauben der jeweiligen Zeit mundgerecht machen will: Dann wird alles unendlich trival und platt, nicht selten bis an den Rand der Lächerlichkeit. Hier einige Beispiele von den „Tugendliedern": „Des Leibes warten und ihn nähren, dies ist, o Schöpfer, meine Pflicht; mutwillig seinen Bau zerstören, verbietet mir dein Unterricht. O stehe mir mit Weisheit bei, daß diese Pflicht mir heilig sei!" (Nr. 471,1). „Du hast uns Herr, die Pflicht zur Arbeit auferlegt, und Fleiß in dem Beruf uns ernstlich eingeprägt. Der träge Müßiggang ist dir, o Gott, verhaßt, für uns der Laster Netz und unserm Nächsten Last" (Nr. 474,1). „Zur Arbeit, nicht zum Müßiggang, sind wir, o Herr, auf Erden. Drum laß mich doch mein Leben lang kein Knecht der Trägheit werden. Gib mir Verstand und Lust und Kraft, geschickt, treu und gewissenhaft mein Amt hier zu verwalten" (Nr. 475,1). Bei diesem Lied erlaubten sich schon zeitgenössische Spaßvögel, das erste Komma hinter das „nicht" zu versetzen, wodurch der Sinn der ersten Zeile ins Gegenteil verkehrt wurde. „Groß ist, ihr Eltern, eure Pflicht! Verzärtelt eure Kinder nicht; gewöhnet sie in früher Zeit zu nützlicher Geschäftigkeit" (V. 1). „Besorget für ihren Leib, und mehr für ihren Geist, schaut stets umher, was ihrer Unschuld schaden kann und führt sie stets zur Tugend an" (V. 4). „Gewöhnt sie an der Tugend Müh', an Ernst und Fleiß, und lehret sie, daß Arbeit keine Sklaverei, daß sie das Glück des Menschen sei!" (V. 7) (Nr. 528).

Es ist durchaus verständlich, daß Gemeindeglieder, die noch ihre Bibel lasen und innerlich von deren Wahrheit lebten, sich mit solchem Liedgut nicht begnügen mochten. Deshalb griffen einige zur Selbsthilfe: Auf reformierter Seite gab der bekannte Pastor Karl Stockmeyer eine Sammlung von 40 Glaubensliedern heraus, und der lutherische Pfarrer Clemen von St. Marien in Lemgo gab bei Wagener in Lemgo 1844 ein Buch heraus mit dem bezeichnenden Titel „Kern und Mark deutscher Kirchenlieder". Die hier gebotenen 225 Choräle sind in der Tat die sogenannten Kernlieder der evangelischen Kirche. Die meisten von ihnen wurden später, als die Vorherrschaft des Rationalismus in der Kirche gebrochen war, in die amtlich eingeführten Gesangbücher aufgenommen.

Das Weerth'sche Gesangbuch von 1828 wurde jahrzehntelang in immer neuen Auflagen nachgedruckt und entfachte immer neue Auseinandersetzungen zwischen den alten Rationalisten und den Vertretern der „Erweckungsbewegung", die von Minden-Ravensberg nach Lippe hinüberwirkte. Erst im Jahre 1862 wurde dann ein neues Gesangbuch eingeführt. Darin spürt man das Bemühen, die alten Glaubenslieder wieder zu Ehren zu bringen. Doch sofort setzte dagegen der Protest der enttäuschten Rationalisten ein. Sie beschwerten sich nicht nur verschiedentlich beim Fürsten über den neuen Kurs, sie ließen 1863 in Lemgo einen Neudruck des alten Gesangbuches von 1828 erscheinen.

Volle 20 Jahre hindurch durften die beiden Gesangbücher, das alte von 1828 und das neue von 1862 nebeneinander in Gottesdienst und Unterricht verwendet werden. Im Jahre 1882 befaßte sich dann die 1877 ins Leben gerufene Landessynode auch mit der Gesangbuchfrage. So kam es zu einer Revision des Gesangbuches von 1862, und nun hörte die Benutzung des älteren von 1828 ganz auf. Diese revidierte Ausgabe von 1882 ist dann bis nach dem Ersten Weltkrieg benutzt worden. Dann erschien durch Initiative des Generalsuperintendenten D. August Weßel ein neues Lippisches Gesangbuch, während im übrigen Deutschland bereits ein für alle deutschen Landeskirchen geplantes Einheitsgesangbuch vorbereitet wurde. Dieses wurde dann 1948 von der Lippischen Landeskirche übernommen und 1960 vom jetzigen Evangelischen Kirchengesangbuch abgelöst.

Der Katechismusstreit

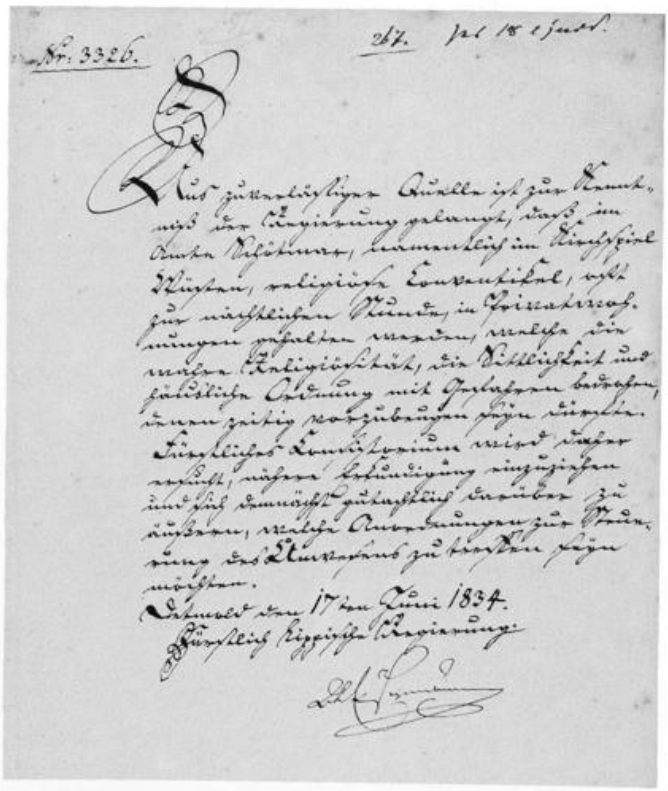
Kurz vor 1840 entbrannte in Lippe ein heftiger Streit um die Frage, ob der von Generalsuperintendent Weerth 1811 eingeführte „Leitfaden" als Unterrichtsbuch in Schule und Kirche weiter verwendet werden solle oder ob nicht an seiner Stelle ein Landeskatechismus eingeführt werden müsse. Die Mehrzahl der rationalistisch eingestellten Pastoren war entschieden für Beibehaltung des „Leitfadens"; aber die kleine Minderheit, die für die Wiedereinführung des Heidelberger Katechismus plädierte, war fest entschlossen, ihr Anliegen durchzusetzen, was ihr nach einigen Jahrzehnten schwerer Auseinandersetzungen auch mit Unterstützung der fürstlichen Regierung gelang.

Was ist ein Katechismus? Diese Frage ist am besten

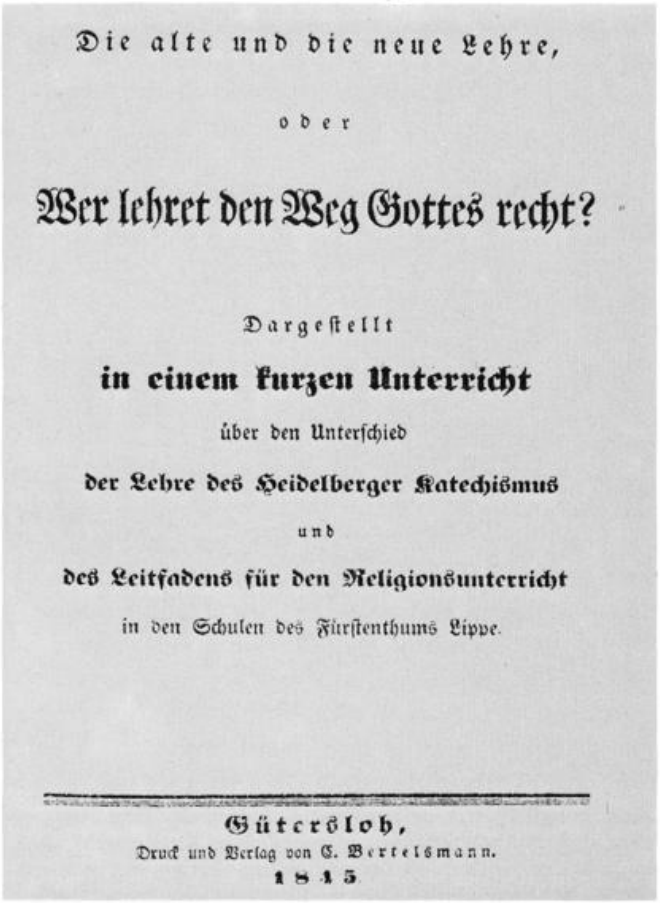
zu beantworten, wenn man die Entstehungsgeschichte der beiden Katechismen von Martin Luther bedenkt. Der Reformator hatte mehrfach in Kursachsen Visitationen der Gemeinden durchgeführt und dabei erfahren, daß der Wissens- und Erkenntnisstand höchst minimal war. Deshalb entschloß er sich, 1529 einen Kleinen Katechismus für die einfachen Leute und die Schuljugend und einen Großen Katechismus für die „Pfarrherrn und Lehrer" herauszugeben, beides Meisterwerke sowohl nach ihrer theologischen Substanz als auch nach der pädagogischen Anlage. Ein Katechismus soll in einfacher Form die Wahrheit der Bibel zusammenfassen und systematisch ordnen. Er ist ein Lehr- und Lernbuch, das christliche Glaubenswahrheiten in faßlicher Form darbietet. Ohne ein solches Hilfsmittel kann man kaum zu rechtem Verständnis des Bibelwortes kommen. Deshalb hat nicht nur Martin Luther seine Katechismen unter das Volk gebracht, alle Reformatoren haben es ihm nachgemacht, wenn auch niemand seine Meisterschaft erreichen konnte. Johannes Calvin z. B., der Genfer Reformator, hat verschiedene Katechismen verfaßt in der erklärten Absicht, auf diese Weise für fundierte evangelische Erkenntnis sorgen zu wollen.

Im Jahre 1563 erschien in Heidelberg ein Katechismus, den im wesentlichen zwei junge Theologen verfaßt hatten, Caspar Olevian und Zacharias Ursinus. Sie waren von Kurfürst Friedrich III. von der Pfalz mit dieser Aufgabe betraut worden. Der Kurfürst selbst beteiligte sich an der Arbeit und legte besonderen Wert darauf, daß jede Aussage des Katechismus biblisch belegt sei. Deshalb standen am Rande jeder Frage die Bibelstellen, aus denen die jeweilige Aussage geschöpft war. Den drei Teilen dieses bedeutenden Lehrbuches „Von des Menschen Elend", „Von des Menschen Erlösung" und „Von der Dankbarkeit" war die grundlegende Frage 1 vorangestellt:

„Was ist dein einiger Trost im Leben und im Sterben?" – Antwort: „Daß ich mit Leib und Seele im Leben und im Sterben nicht mein, sondern meines getreuen Heilands Jesu Christi eigen bin, der mit seinem teuren Blut für alle meine Sünden vollkömmlich bezahlt und mich aus aller Gewalt des Teufels erlöst hat und also bewahrt, daß ohne den Willen meines Vaters im Himmel kein Haar von meinem Haupt fallen kann, ja auch mir alles zu meiner Seligkeit dienen muß. Darum er mich auch durch seinen heiligen Geist des ewigen Lebens versichert und ihm forthin zu leben von Herzen willig und bereit macht." Schon diese Frage enthält in nuce das ganze Evangelium. Verglichen mit der biblischen Fülle, die der Heidelberger Katechismus bietet, muß man den „Leitfaden" als eine allzu magere Kost empfinden. In der Grafschaft Lippe wurde der Heidelberger Katechismus seit 1612 benutzt und in der Kirchenordnung von 1684 für Schule und Kirche verbindlich gemacht. Doch im Laufe der Zeit geriet diese Kirchenordnung praktisch in Vergessenheit. Der Zeitgeist wurde auch



„Aus zuverlässiger Quelle ist zur Kenntniß der Regierung gelangt, daß im Amte Schötmar, namentlich im Kirchspiel Wüsten, religiöse Conventikel, oft zur nächtlichen Stunde, in Privatwohnungen gehalten werden, welche die wahre Religiosität, die Sittlichkeit und häusliche Ordnung mit Gefahren bedrohen, denen zeitig vorzubeugen seyn dürfte. Fürstliches Consistorium wird daher ersucht, nähere Erkundigung einzuziehen, und sich demnächst gutachtlich darüber zu äußern, welche Anordnungen zur Steuerung des Unwesens zu treffen seyn möchten." Mit diesem Schreiben vom 17. 6. 1834 versuchte die Regierung, die sich im Lande ausbreitende Erweckungsbewegung bereits im Keime zu ersticken.



Die alte und die neue Lehre,

oder

Wer lehret den Weg Gottes recht?

Dargestellt

in einem kurzen Unterricht

über den Unterschied

der Lehre des Heidelberger Katechismus

und

des Leitfadens für den Religionsunterricht

in den Schulen des Fürstenthums Lippe.

Gütersloh,
Druck und Verlag von C. Bertelsmann.
1845

Der Katechismusstreit hatte die lippische Pfarrerschaft zur Mitte des 19. Jahrhunderts hin in zwei theologische Lager gespalten: Auf der einen Seite standen die Aufklärungstheologen, die für die Beibehaltung des seit 1811 eingeführten „Leitfaden für den Religions-Unterricht in den Schulen" plädierten, ihnen gegenüber standen die Erweckungstheologen, die für die Wiedereinführung des Heidelberger Katechismus kämpften. Diese Streitschrift mit dem Titel „Wer lehret den Weg Gottes recht?" erschien 1845 anonym. Sie kam aus den Kreisen der sog. Pietisten, die hier gegen den Leitfaden zu Felde zogen. „Welches Bekenntnis wird im Leitfaden gelehret?" so lautete ihre Frage. Die Antwort, die sie gaben, fiel vernichtend aus: „Weder das der evangelisch-reformierten, noch das der evangelisch-lutherischen, noch das der römisch-katholischen Kirche, also gar kein kirchliches Bekenntnis."

über Theologie und Kirche mächtig. Schließlich hatte man kein Verhältnis mehr zur Reformation und ihrem Glaubensgut. So kam es dahin, daß nicht nur die reformatorischen Choräle, sondern auch die Katechismen vor allem von den Pastoren verachtet und durch andere Lieder und Lehrbücher ersetzt wurden.

Nun ist zuzugeben, daß der Heidelberger Katechismus für Kinder nur schwer verständlich ist. Es bedarf einer geduldigen und behutsamen Erklärung der Fragen, wenn Kinder überhaupt etwas davon haben sollen. Doch wer macht sich schon diese Mühe! Vor der Gründung des Detmolder Lehrerseminars im Jahre 1781 waren die „Schulmeister" oft herzlich schlecht vorgebildet und weithin sicher nicht in der Lage, diese Aussagen des Heidelberger Katechismus Kindern zugänglich zu machen. Und die Pastoren dürften sich in der Regel darauf beschränkt haben, die Fragen einfach auswendig lernen zu lassen. Dabei kann natürlich nichts herauskommen.

So ist es kein Wunder, daß die pädagogisch sehr interessierten und ausgesprochen menschenfreundlichen Generalsuperintendenten von Cölln und Weerth sich daran machten, aus Rücksicht auf das geringe Fassungsvermögen der Kinder neue Lehrbücher für den Religionsunterricht herauszugeben. Diese Lehrbücher aber waren ganz und gar im Geist der Zeit, und das heißt, des Rationalismus abgefaßt. Dem „Leitfaden" warfen seine Gegner vor allem vor, daß das paulinische Evangelium von der Rechtfertigung des Sünders allein aus Gnaden so gut wie ganz fehle.

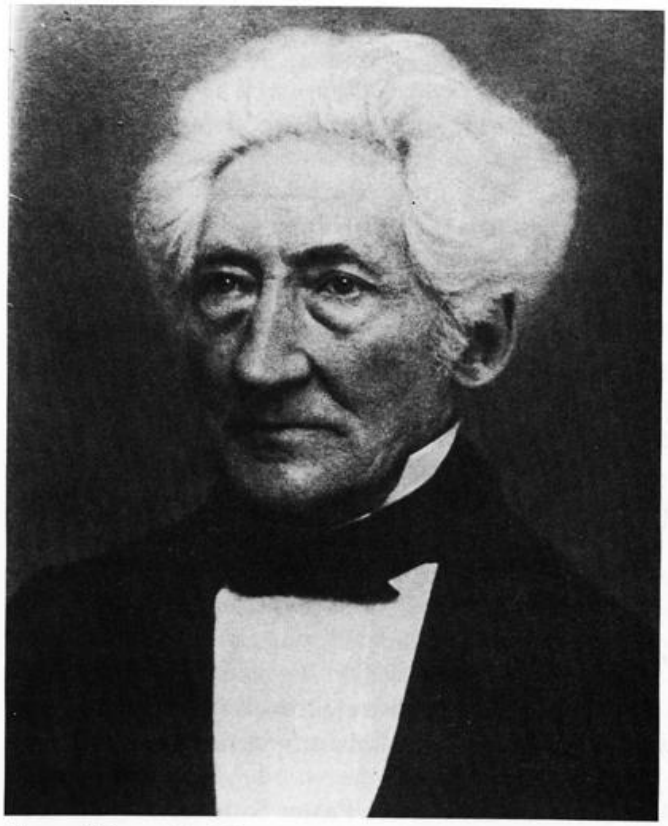
Je weiter man sich im Laufe der Zeit von der reformatorischen Wahrheit entfernte und je länger die Herrschaft des „Leitfadens" in Schule und Kirche dauerte, um so katastrophaler entwickelten sich die kirchlichen Verhältnisse. Auch die Schule, die unter Weerth und der Fürstin Pauline einen so beachtlichen Aufschwung genommen hatte, kam allmählich herunter. Vor allem aber verödete das kirchliche Leben in einem heute kaum vorstellbaren Maße. Die Predigten müssen weithin nichtssagend und substanzlos gewesen sein, so daß viele Gemeindeglieder der Kirche fernblieben. Es gab Pastoren, die ihre Kirchen mit ihren platten Ergüssen im Laufe weniger Jahre leerfegten. Das erregte den Unwillen der suchenden und fragenden Gemeindeglieder. So kam es in Lippe zu einem Katechismusstreit, der Jahrzehnte andauerte und erst nach 1860 allmählich aufhörte. Die Einzelheiten sind an anderer Stelle ausführlich dargestellt worden (H. Bödeker, „Beiträge zur Geschichte der Lippischen Landeskirche von 1848 bis 1984". Manuskript, Detmold 1984).

In diesem Kampf standen sich die Rationalisten und

die „Rechtgläubigen" gegenüber. Zunächst nahm das Konsistorium einseitig Partei für die Rationalisten. Etwa von 1851 an setzte sich dann die Fürstliche Regierung – zunächst im Gegensatz zum Konsistorium – für die Wiedereinführung des Heidelberger Katechismus ein. Die Auseinandersetzungen wurden größtenteils öffentlich, d. h. in der Presse und in Büchern und Broschüren, geführt und entbehrten zeitweise nicht großer Schärfe. Ein Zeugnis für die Härte des Kampfes ist u. a. ein Gedicht aus den Kreisen der Gegner des Heidelberger. Leider sind weder der Name des Verfassers noch die genaue Entstehungszeit bekannt:

Wir wollen ihn nicht haben,
Den Heidelberger Kohl!
An ihm mag der sich laben,
Dem Schimmel schmecket wohl!
So lang das Licht im Innern,
Bewußtsein und Verstand,
Vernunft und Geist erinnern
An das, was Gott gesandt.
Daß wir mit Gott verwandt.
Was einst war gute Speise
In alt-vergangner Zeit,
Auf langer Erdenreise
Verschimmelt ist es heut'.
Vom angeborenen Bösen
Das Herz in uns nicht spricht;
Zum Haß geschaffne Wesen –
Gottlob, das sind wir nicht!

Während der harten Kämpfe um den Katechismus war Georg Althaus als Nachfolger von Ferdinand Weerth Generalsuperintendent in Detmold (1837–1857). Er war der Sohn eines Pastors in Falkenhagen und Schwiegersohn des bedeutenden Predigers Dräseke in Bremen. Althaus hat viel geleistet und bedeutet, wurde aber eben wegen dieser Kämpfe weithin verkannt. 1839 gründete er den Lippischen Missionsverein, 1844 den Gustav-Adolf-Verein für Lippe. Er hatte maßgeblichen Anteil an dem neuen Volksschulgesetz von 1849. Durch die andauernden Kämpfe wurde er früh zermürbt. Am 1. Januar 1857 ließ er sich pensionieren, um die letzten Lebensjahre (bis 1863) in Wiesbaden zu verbringen.
Nach der Pensionierung von Althaus blieb die Stelle



Georg Althaus, ein Sohn des Falkenhagener Pastors Philipp Althaus, wurde 1837 als Nachfolger Weerths in das Amt des Generalsuperintendenten berufen. Althaus war zuvor (seit 1820) Pastor in Detmold gewesen. Während seiner Amtszeit vollzog sich der heftig geführte Kampf um den Leitfaden Weerths und die Auseinandersetzung mit den Anhängern der Erweckungsbewegung, ferner der Streit um die Neuordnung der kirchlichen Verfassung. Ebenso fällt in seine Zeit ein gutes Stück des Kampfes um die Schule (Volksschulgesetz von 1849). 1839 gründete Althaus zusammen mit dem Pastor August von Cölln den lippischen Missionsverein.

des Generalsuperintendenten drei Jahre lang vakant. Dann wurde 1860 der jüngste, posthum geborene Sohn des früheren Generalsuperintendenten von Cölln und Schwiegersohn von Ferdinand Weerth, August von Cölln, in dieses Amt berufen. Er starb 1865. Ihm folgte 1866 (bis 1868) der Vater des letzten lippischen Generalsuperintendenten, August Weßel. Von 1869 bis 1886 bekleidete Adolf Koppen das höchste kirchliche Amt des Fürstentums. Ihm folgte 1886 (bis 1901) Johannes Credé. Dann übernahm August Weßel das Ruder des lippischen Kirchenschiffleins, das er durch die Klippen des Ersten Weltkrieges und der Revolution von 1918 steuern mußte. Doch davon später.

Das weitere Schicksal des Heidelberger Katechismus in Lippe

Nachdem der Heidelberger Katechismus seit 1859 allmählich wieder eingeführt worden war, ist die Kritik an ihm nie verstummt. Sie kam mehr und mehr aus den Kreisen der Lehrer. Ihnen ging es darum, den Kindern den christlichen Glauben in leicht faßlicher Form nahezubringen. Die meisten von ihnen hielten den Heidelberger aus didaktischen Gründen für völlig ungeeignet. Der theologisch sehr versierte Konsistorial- und Schulrat Otto Thelemann hatte zwar 1888 eine wissenschaftlich gründliche „Handreichung zum Heidelberger Katechismus für Prediger, Lehrer und Gemeindeglieder" veröffentlicht, die bis 1903 drei Auflagen erlebte und auch in fremde Sprachen übersetzt wurde. Sie diente natürlich den Seminaristen als Lehrbuch, war aber so schwierig, daß die Seminaristen die Beschäftigung damit mehr als Qual denn als Hilfe empfanden. So kam dieses wertvolle Buch weder in den Schulen noch in den Kirchengemeinden beim Konfirmandenunterricht zur Wirkung. Um die Jahrhundertwende wirkte am Seminar als Direktor der frühere Pastor Sauerländer, Sohn eines landesweit bekannten frommen Lehrers. Er gab handschriftliche Katechesen heraus, die er seinen Seminaristen diktierte. Sie dürften weit brauchbarer gewesen sein als die gedruckten Katechesen über den Heidelberger von dem Reelkirchener Superintendenten Doht, die langatmig und strohern sind und weder bei Lehrern noch bei Pastoren viel Anklang fanden. In Zeitungsartikeln im „Lippischen Schulblatt" und in der „Lippischen Landeszeitung" äußerten pädagogisch interessierte Lehrer immer wieder ihren Unmut über den schwer zu traktierenden Katechismus.

Als es von 1877 an endlich auch in Lippe eine Landessynode gab, hat diese sich von Anfang an mit den genannten Beschwerden befassen müssen. Es wurde beschlossen (bereits in der ersten Tagung 1878), eine vereinfachte Ausgabe des Katechismus zu schaffen. Doch das dürfte in den ersten Jahren der bewußt reformierte und ganz und gar autoritär verfahrende Schulrat Thelemann verhindert haben. Jedenfalls wurden bis 1905 nicht weniger als 18 Auflagen (z. T. in einer Anzahl von je zehntausend Stück!) des ungekürzten Heidelberger in Lippe gedruckt und verbreitet. Im Jahre 1912 erschien dann endlich eine gekürzte und an manchen Stellen leicht veränderte Ausgabe: „Der Heidelberger Katechismus. Für den Jugendunterricht in den reformierten Gemeinden des Fürstentums Lippe, vereinfachte Ausgabe" (Detmold 1912). Er war im wesentlichen das Werk des eifrigen Generalsuperintendenten August Weßel. Schon seine Autorschaft bürgt dafür, daß hier an der Substanz dieses Bekenntnisbuches nichts geändert worden war.

Im Herbst 1936 kam dann Lic. Wilhelm Neuser als Landessuperintendent nach Detmold. Er war bis dahin Professor am Predigerseminar in Herborn gewesen. Dort war sein Hauptfach Katechetik. Das kam nun der Lippischen Landeskirche in doppelter Weise zugute: Einmal sammelte der neue Landessuperintendent den theologischen Nachwuchs in monatlichen Arbeitsgemeinschaften um sich, um ihnen „mehr katechetisches Pflichtbewußtsein" beizubringen. In diesen Sitzungen wurden vor allem religionspädagogische Lehrbücher durchgearbeitet, was für die spätere Unterrichtstätigkeit der damaligen Vikare ungemein wichtig werden sollte. Leider kam diese Arbeitsgemeinschaft mit Ausbruch des Krieges zum Erliegen, weil sämtliche Vikare eingezogen wurden. Die meisten sind aus dem Kriege nicht zurückgekehrt. Mindestens ebenso bedeutungsvoll wurde eine zweite Aktion des neuen Landessuperintendenten: 1938 veröffentlichte er in einem Essener Verlag eine durch besondere Gründlichkeit ausgezeichnete Gesamtausgabe des Heidelberger Katechismus. An der Vorbereitung dieser neuen Ausgabe waren besonders beteiligt die Pastoren Hermann van Senden aus Detmold, Hans Hossius aus Falkenhagen und Dr. Paul Jacobs aus Wüsten.

Der Text der Fragen war durch Verschiedenfarbigkeit von Fragen und Antworten und durch Aufteilung in Sinnabschnitte leicht überschaubar und besser lernbar gemacht worden. Außerdem war eine Handreichung angefügt, die Verstehenshilfen bot, eine kurzgefaßte Geschichte des Katechismus und eine kleine Bibelkunde nebst Einführung in die Entstehungsgeschichte der biblischen Bücher. Diese vorzügliche Ausgabe wurde schnell in ganz Deutschland verbreitet. Hermann van Senden gab zu dieser Ausgabe Stundenbilder heraus, die leider nicht mehr gedruckt werden konnten und heute vermutlich verschollen



August von Cölln amtierte bereits seit 1854 als Konsistorialrat (Schulreferent), als er 1860 in das Amt des Generalsuperintendenten berufen wurde. Er war ein „gelehrter, theologisch durchgebildeter Mann" (Butterweck) mit kirchengeschichtlichen Neigungen. 1863 veröffentlichte v. Cölln „Urkundliche Beiträge zur Entstehungsgeschichte der Lippe'schen Kirchenordnung von 1684".

sind. Damals waren sie für Pastoren und Vikare äußerst hilfreich.
Nach dem Zweiten Weltkriege wurden mehrfach Nachdrucke veranstaltet. In den letzten Ausgaben fehlten die wichtigen Beigaben, sogar die Handreichung und die Geschichte des Katechismus. Dann kam man auf die Idee, die oft langen Sätze des Katechismus zu zerlegen. Das sollte der besseren Verstehbarkeit dienen, hat aber m. E. mehr verdorben als gebessert. Heute wird der Heidelberger Katechismus in manchen Gemeinden kaum noch benutzt, was man nur tief bedauern kann.

Kirche und Schule in der Zeit von 1849 bis 1914

Die Freude der Lehrer über das neue Volksschulgesetz von 1849 war, wie bereits geschildert, nur von kurzer Dauer. Zwar blieb es theoretisch bestehen. Erich Kittel schreibt in seiner „Heimatchronik des Kreises Lippe" (S. 229): „Die Reaktion überdauert haben zwei von der späteren Opposition stets anerkannte Gesetze, ein Schulgesetz von 1849 und ein Staatsdienergesetz von 1850. Ersteres enthielt zwar nicht faktisch, aber, wenn man wollte, bereits theoretisch die Emanzipation der Schule von der Kirche und verwirklichte in eigenständiger und für die Zeit weitgehender Form die Selbstverwaltung der Schulen in sogenannten Schulgemeinden, die bis 1937 bestanden haben." Doch wie sah diese Selbstverwaltung der Schulen in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts praktisch aus? Das Konsistorium leitete das Schulwesen, und die Pastoren waren die Ortsschulinspektoren. Auf Jahrzehnte hin wirkte sich die örtliche Schulaufsicht durch die Gemeindepastoren nur nachteilig aus. Sie wurde von den Lehrern im allgemeinen nur widerwillig ertragen. Auch sonst traf die um 1850 einsetzende Reaktion die Lehrer besonders hart. Nur einzelne Pastoren setzten sich kraftvoll für die Lehrer und ihre Rechte ein, am wirkungsvollsten Pastor Brokhausen in Horn, der eine Lehrerkonferenz gründete und anfangs leitete. Aber das war eine Ausnahme.

Die leitenden Männer der konsistorialen Schulaufsicht

Bis zum Tode von Ferdinand Weerth führte der Generalsuperintendent die Schulaufsicht im Lande. 1837 wurde dann der Inhaber der zweiten Pfarrstelle in Detmold (die erste hatte der Generalsuperintendent inne), Pastor Böhmer, unter Belassung seiner Pfarrstelle zum Konsistorialrat ernannt und mit der Bearbeitung der Schulsachen beauftragt. Ihm folgte 1854 Pastor August von Cölln. Während Böhmers Tätigkeit für die Schulen offenbar wenig oder nichts bedeutete, visitierte von Cölln sämtliche Schulen des Landes und bemühte sich um deren Hebung. Er hatte 1849 maßgeblich an dem neuen Schulgesetz mitgearbeitet. Als er 1860 zum Generalsuperintendenten berufen worden war, wurde Pastor Wilhelm Begemann in Cappel sein Nachfolger als Seminardirektor und Leiter des Volksschulwesens in Lippe. Dieser starb bereits 1862 im 49. Lebensjahr. Dann übernahm 1863 Otto Thelemann das Doppelamt als Seminardi-



Friedrich Simon Leopold Petri, Präsident des Konsistoriums von 1820–1848. Er wurde am 2. 10. 1775 in Lemgo geboren und hatte Rechtswissenschaft studiert. Petri war zunächst als Syndikus in Lage und seit 1805 als Richter in Lemgo tätig gewesen, bevor er im Jahre 1810 von der Fürstin Pauline zum Kanzleirat nach Detmold berufen wurde. Seit 1820 bekleidete Petri in Personalunion das Amt des Konsistorialpräsidenten, in dieser Funktion innerhalb des Konsistoriums zuständig für die „äußeren Angelegenheiten", d. h. für die Finanz- und Ehesachen.
Das Amt des commissarius generalis war in der 2. Hälfte des 16. Jahrhunderts geschaffen worden. Von 1560 bis zum Dienstantritt Petris waren 31 Konsistorialpräsidenten in der geistlichen Behörde tätig gewesen. In der Regel waren es die jeweiligen Regierungschefs (Regierungsdirektor/Kanzler) bzw. höhere Regierungsbeamte, die in jedem Falle über eine juristische Ausbildung verfügen mußten. Der letzte lippische Konsistorialpräsident war Eduard Pustkuchen (1900–1919).
In die Amtszeit Petris als Konsistorialpräsident – er war von 1848 bis zu seinem Tod (10. 3. 1850) lippischer Regierungspräsident – brach der Streit um die Bekenntnisfrage (etwa seit 1842) in der lippischen Landeskirche aus. – Nach einem Ölgemälde aus dem Lippischen Landesmuseum in Detmold.

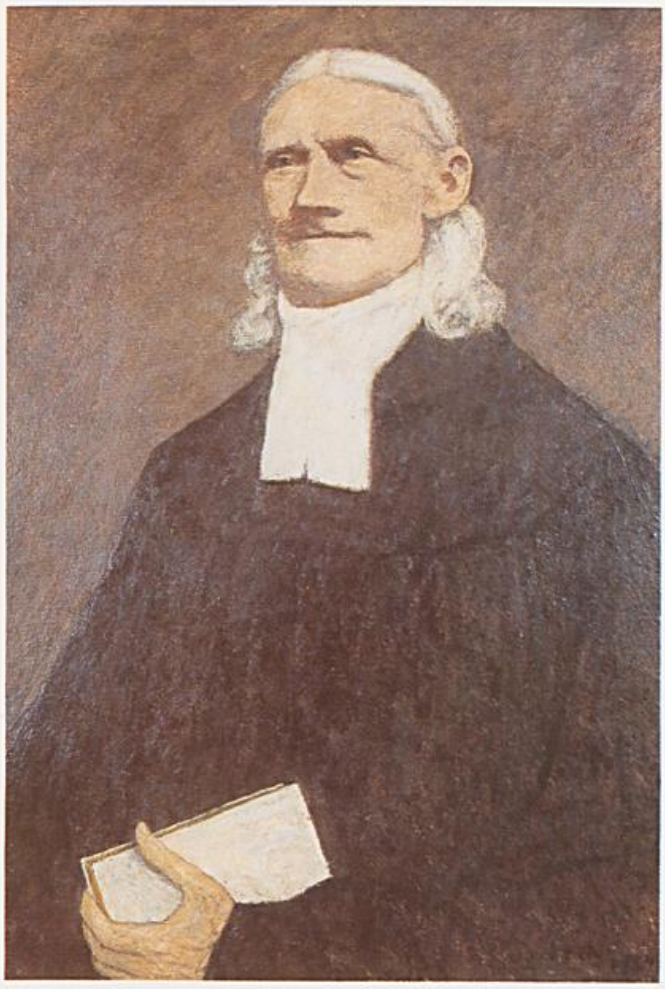
rektor und Konsistorialrat für das Schulwesen. Von 1865 bis 1898 war er nach Aufgabe der Leitung des Seminars Konsistorial- und Schulrat. Von ihm gilt Schillers Urteil über Wallenstein: „Von der Parteien Gunst und Haß verwirrt, schwankt sein Charakterbild in der Geschichte." Während die einen seine großen Leistungen für das Schulwesen in Lippe rühmen, z. B. seinen Einsatz für Schulneubauten, Verbesserung der Lehrerwohnungen etc., verdammen ihn die anderen wegen der unerträglichen Art, wie er mit den Lehrern umging und vor allem auch, wie er die Volksschule zu einer reinen Lernschule machte und dem Religionsunterricht ein ungebührliches Übergewicht gab. Es ist heute sehr schwer, diesem gewiß bedeutenden Manne gerecht zu werden (vgl. als Beispiel: S. 82–85 in dem Buche W. Burre, Das Lippische Lehrerseminar Detmold, 1925).
Thelemann war eifrig bemüht, den Stand der Volksschullehrer geistig und kulturell zu heben. Dabei verfiel er auf allerlei Mittel, die heute nur noch schwer verständlich sind: Man gab z. B. den jungen Lehrern bei ihrem Eintritt in den Beruf und in das Leben eine kirchenväterliche Wegweisung in die Hand, als deren Verfasser Thelemann genannt wurde. Darin heißt es in § 1: „Jeder Lehrer und so auch jeder Hilfs- und Nebenlehrer hat vor allem die heilige Verpflichtung, durch Bewährung eines sittlich reinen, gottesfürchtigen Sinnes in ehrbarem Lebenswandel und in fleißiger, andächtiger Teilnahme an den gottesdienstlichen Übungen der Gemeinde dieser wie der Jugend ein erbauliches Beispiel und in keinerlei Weise ein Ärgernis zu geben durch ein anstößiges Benehmen als zum Beispiel durch Wirtshausgehen, Kartenspiel, übertriebenen Aufwand in Kleidung oder anderen Zeichen der Eitelkeit und der Vergnügungssucht." § 4: „Allen seinen Vorgesetzten soll der junge Lehrer sowohl innerhalb als außerhalb der Schule die schuldige Ehrerbietung bezeigen: dem Hauptlehrer mit Achtung begegnen, dessen Ratschläge und Erinnerungen mit Bescheidenheit aufnehmen und wohl beachten, wo er mit demselben in einem Hause wohnt, in die eingeführte Hausordnung sich unweigerlich fügen, namentlich nicht durch Verkehren außer dem Hause über die Zeit der Türschließung zur Nacht Störung und Anstoß verursachen. Die Führung eines eigenen Hausschlüssels kann der Nebenlehrer nicht beanspruchen." Dabei darf man nicht vergessen, daß die so gegängelten Lehrer erwachsene Männer in einem höchst verantwortungsvollen Beruf waren.

Wir stehen heute einer solchen Bevormundung mit fassungslosem Unverständnis gegenüber. Vermutlich war aber Thelemanns „kirchenväterliche Wegweisung" in der Erfahrung begründet, daß es einzelnen seiner durchweg aus einfachsten ländlichen Verhältnissen stammenden Zöglinge von Haus aus an der nötigen Erziehung fehlte. Man wird ihm zugute halten müssen, daß er die löbliche Absicht hatte, diesen Mangel auszugleichen und die ihm anvertrauten jungen Lehrer zu menschlicher Reife zu führen.

Thelemann war davon überzeugt, daß es bei der Erziehung der Jugend der Hingabe starker Persönlichkeiten und männlicher Energie bedürfe. „Weichliche und weibliche Personen hielt er im Erziehungsgeschäft der Volksschule für ungeeignet. Gegen die Einstellung von weiblichen Lehrkräften hat er sich daher grundsätzlich ablehnend verhalten, so daß Lippe zu seinen Lebzeiten als einziger Staat in Deutschland der Frau die Volksschule als Betätigungsfeld verschloß", weiß ein Zeitgenosse zu berichten.

In die Wirkungszeit Thelemanns fallen einige wichtige gesetzliche Regelungen, wie die Volksschulordnung vom 18. Oktober 1873 und das neue Volksschulgesetz vom 14. Juni 1895. Beide Gesetzeswerke sind von Thelemann erarbeitet worden und tragen deutlich seine Handschrift. Es ist nicht zu bestreiten, daß Thelemann nach besten Kräften bemüht war, den Leistungsstand der lippischen Volksschule zu heben. Dem dienten auch neue Prüfungsordnungen für die Lehrer (1876) und seine unermüdliche Visitations- bzw. Revisionsarbeit.

Mit verständlichem Zorn und langanhaltender Bitterkeit wurde von der Lehrerschaft eine „Rundverfügung an die Schulvorstände und die Schulinspektoren des Landes, Amtsführung und Lebenswandel der Lehrer betreffend, vom 2. April 1883" aufgenommen. Wir zitieren sie nach Martin Wolf: „Wir haben in der letzten Zeit die betrübende Erfahrung machen müssen, daß manche Lehrer dem Trunke und dem Kartenspiele sich ergeben, wodurch nicht bloß die für ihre berufliche Stellung erforderliche öffentliche Achtung untergraben wird, sondern auch Lust und Liebe zur Berufstätigkeit verloren geht. Durch häufigen Wirtshausbesuch von Seiten der Lehrer wird auch der heranwachsenden männlichen Jugend kein gutes Beispiel gegeben, sowie das eigene Familienle-



Pastor August Rohdewald, geb. am 28. 8. 1798 in Sternberg als Sohn eines lippischen Steuerbeamten, war nach seinem Theologiestudium in Jena und Berlin seit 1823 zunächst als Lehrer am Detmolder Gymnasium tätig gewesen, bevor er 1830 als Pastor nach Wöbbel berufen wurde. Von 1848–1868 amtierte er als Pastor in Brake. Er war ein exponierter Vertreter der Erweckungsbewegung und gehörte mit den Pastoren Krücke, Melm, Schmidt und Stockmeyer zu den fünf lippischen Geistlichen, die mit Erfolg gegen den Weerth'schen Leitfaden und für die Wiedereinführung des Heidelberger Katechismus (1858) gekämpft haben.
Pastor Dreves, ein Zeitgenosse Rohdewalds, kennzeichnete diesen in seiner „Geschichte der Kirchen, Pfarren, geistlichen Stifungen und Geistlichen des Lippischen Landes" (1881) als einen „tüchtig durchgebildeten Theologen, der zu den Füßen Schleiermachers in Berlin gesessen hatte, mit der Exegese des neuen Testamentes, in welcher Disziplin er als Mitglied der theologischen Prüfungskommission examinierte, sehr vertraut (war), ein treuer Prediger, Seelsorger und Armenpfleger, ein eifriger Förderer christlichen Lebens und christlicher Sitte in unserem Lande. Sein ernstes, ehrfurchtserweckendes, von langem Silberhaar umwaltetes Antlitz mit den freundlichen Augen und dem von Energie zeugenden, geschlossenen Munde wird jeden, der nur einmal in dasselbe gesehen, unvergeßlich sein." – Das Ölgemälde befindet sich im Besitz der Kirchengemeinde Brake.



Wilhelm Begemann, von 1858–1862 Seminardirektor und Konsistorialrat zugleich, war ein Exponent der Erweckungstheologie. Mit spitzer Feder bekämpfte Begemann in seiner Schrift „Licht und Recht" den Rationalismus und seine Vertreter in Kirche und Schule.

ben in hohem Maße geschädigt . . . Nicht minder hat sich aber auch aus verschiedenen Verhandlungen ergeben, daß die Schulvorstände, welchen die Überwachung der Amtsführung der Lehrer . . . obliegt, nicht immer ihrer gesetzlichen Verpflichtung entsprechend verfahren und öfters außer acht lassen, daß eine falsche Nachsicht einem Lehrer, welcher von treuer Pflichterfüllung abzuweichen beginnt, nur zum Schaden gereichen kann.

Wir sehen uns daher veranlaßt, auch die Schulvorstände bzw. die Herren Schulinspektoren anzuweisen, über das amtliche und außeramtliche Verhalten der ihnen unterstellten Lehrer sorgfältig zu wachen und in geeigneter Weise ihrerseits dazu beizutragen, daß unser Lehrerstand des guten Rufes, den derselbe bisher genossen, nicht verlustig gehe. Wir erwarten, daß die Schulvorstände bzw. die Herren Schulinspektoren sowohl in den Semestralberichten über das amtliche und außeramtliche Verhalten der Lehrer, wo es erforderlich ist, genaue Angaben machen, als auch in vorkommenden Fällen grober Pflichtverletzungen von Seiten der Lehrer (§ 23 des Schulgesetzes, betr. Amtsführung des Lehrers) uns sofort berichten, damit die Oberschulbehörde den mit dem Recht der Oberaufsicht ihr zugleich auch auferlegten Pflichten überall rechtzeitig entsprechen kann. Den Lehrern ist von dieser Verfügung Kenntnis zu geben."

Daß solche ungeheuerlichen Vorurteile und Anweisungen seitens der kirchlichen Aufsichtsbehörde nicht gerade geeignet waren, die Sympathien der Lehrer für die Kirche zu beleben, ist klar. Doch nicht genug damit: Eine Woche nach dem Tode von Thelemann (17. 1. 1898), am 25. Januar 1898, wurde eine „Instruktion für die Ortsschulinspektoren" erlassen, die offenbar noch von Thelemann ausgearbeitet worden war. Darin wird dem Ortsschulinspektor seine „Fürsorge" für die Schule eingeprägt: 1. für das Äußere der Schule (Schulräume, Inventar und Lehrmittel, Dienstwohnungen der Lehrer), 2. das Innere der Schulen. Hier werden Anweisungen gegeben für die Kontrolle des Unterrichts. Dann folgt Punkt 7: „Der Ortsschulinspektor ist berechtigt, wenn der Wandel des Lehrers und sein Verhalten außerhalb des Dienstes zu Erinnerungen Anlaß gibt, diesem unter vier Augen freundlich Vorstellungen zu machen und Ermahnung zuteil werden zu lassen. Hält der Ortsschulinspektor eine ernste Verwarnung nach Lage des Falles für angebracht, so hat er von dem Vorkommnisse dem Schulvorstand Mitteilung zu machen und eine Beschlußfassung dieses herbeizuführen. Nötigenfalls ist höheren Orts Anzeige zu erstatten." (Martin Wolf, S. 109.) Wie hätte sich ein im Laufe der Zeit selbständig und selbstbewußt gewordener Lehrerstand mit solcher unerträglichen Bevormundung abfinden können!

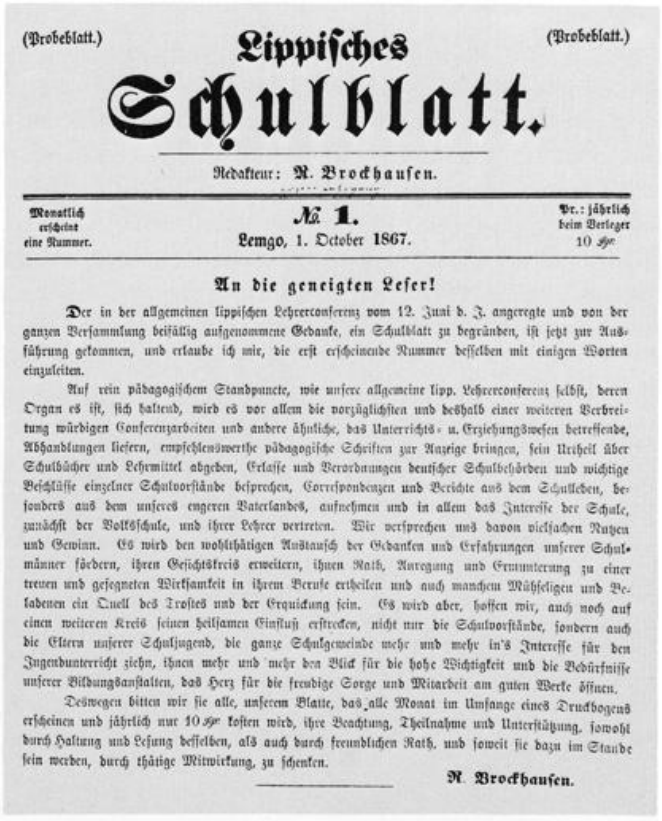
Von Otto Thelemann zu August Weßel

Nach dem plötzlichen Tode von Otto Thelemann folgte diesem in seinem Amt Hermann Steinhagen. Dieser Sohn eines Seminarlehrers, liberaler Theologe, zunächst Gymnasiallehrer in Detmold, dann Pastor in Silixen (von 1870 bis 1891) und Brake (von

1891 bis 1898), brachte die besten Voraussetzungen für die Zusammenarbeit mit den Lehrern mit. Als am 1. Juni 1901 das von Lehrern gestiftete Weerth-Denkmal in Detmold eingeweiht wurde, hielt er die Festrede. Nachdem er am 1. Oktober 1905 wegen längerer Krankheit pensioniert worden war, starb er schon am 27. Januar 1906 im 60. Lebensjahre. Aus Anlaß seiner Pensionierung brachte das Lippische Schulblatt eine Würdigung. Daraus zitiert W. Butterweck (S. 251): „Wenn auch manche Erwartungen, die sich an seine Ernennung knüpften, nicht erfüllt wurden, so lag das in erster Linie an den Verhältnissen, unter denen Steinhagen arbeitete; der Wille, das beste für die Volksschule zu erreichen, hat ihn stets beseelt."

Diese ungünstigen Verhältnisse wurden bestimmt durch den am 1. November 1901 berufenen Generalsuperintendenten August Weßel. Der Nachfolger Steinhagens und letzte Konsistorial- und Schulrat (von 1905–1915), Georg Deppe, zunächst Seminarist und Volksschullehrer, dann nach humanistischem Abitur (in Gütersloh) und Theologiestudium Pastor in Lieme und Hillentrup, hatte es sehr schwer, sich für die Lehrer und ihre Rechte wirkungsvoll einzusetzen, weil August Weßel nunmehr die Szene vollkommen beherrschte. Trotzdem erreichte Deppe Erstaunliches (vgl. Wolf, S. 137).

Für Weßels Einstellung und Verfahrensweise ist bezeichnend, daß er genau ein Jahr nach seinem Dienstantritt, am 10. November 1902, eine Verfügung folgenden Inhalts erließ: „Wir machen es hierdurch den Schulvorständen zur Pflicht, uns sofort eine berichtliche Mitteilung darüber zugehen zu lassen, wenn ein Lehrer eines pflichtwidrigen Verhaltens in der Amtsführung sich schuldig gemacht oder im außeramtlichen Verhalten gegen das dienstliche Interesse verstoßen hat, einerlei, ob der betreffende Fall zu einem disziplinarischen Einschreiten unsererseits Anlaß bietet oder bereits anderweit seine Erledigung gefunden hat, hierüber uns dann aber auch gleichzeitig zu berichten. Abschrift erhalten die Herren Ortsschulinspektoren zur Kenntnis und mit der Aufgabe, ihrerseits in vorkommenden Fällen oben erwähnter Art dem Schulvorstande sofort eine entsprechende Mitteilung zwecks Ausführung vorstehender Anordnung zu machen" (zit. nach Martin Wolf, S. 117).



(Probeblatt.) **Lippisches Schulblatt.** (Probeblatt.)

Redakteur: A. Brockhausen.

Monatlich erscheint eine Nummer. — № 1. Lemgo, 1. October 1867. — Pr.: jährlich beim Verleger 10 Sgr.

An die geneigten Leser!

Der in der allgemeinen lippischen Lehrerconferenz vom 12. Juni d. J. angeregte und von der ganzen Versammlung beifällig aufgenommene Gedanke, ein Schulblatt zu begründen, ist jetzt zur Ausführung gekommen, und erlaube ich mir, die erst erscheinende Nummer desselben mit einigen Worten einzuleiten.

Auf rein pädagogischem Standpuncte, wie unsere allgemeine lipp. Lehrerconferenz selbst, deren Organ es ist, sich haltend, wird es vor allem die vorzüglichsten und deshalb einer weiteren Verbreitung würdigen Conferenzarbeiten und andere ähnliche, das Unterrichts- u. Erziehungswesen betreffende, Abhandlungen liefern, empfehlenswerthe pädagogische Schriften zur Anzeige bringen, sein Urtheil über Schulbücher und Lehrmittel abgeben, Erlasse und Verordnungen deutscher Schulbehörden und wichtige Beschlüsse einzelner Schulvorstände besprechen, Correspondenzen und Berichte aus dem Schulleben, besonders aus dem unseres engeren Vaterlandes, aufnehmen und in allem das Interesse der Schule, zunächst der Volksschule, und ihrer Lehrer vertreten. Wir versprechen uns davon vielfachen Nutzen und Gewinn. Es wird den wohlthätigen Austausch der Gedanken und Erfahrungen unserer Schulmänner fördern, ihren Gesichtskreis erweitern, ihnen Rath, Anregung und Ermunterung zu einer treuen und gesegneten Wirksamkeit in ihrem Berufe ertheilen und auch manchem Mühseligen und Beladenen ein Quell des Trostes und der Erquickung sein. Es wird aber, hoffen wir, auch noch auf einen weiteren Kreis seinen heilsamen Einfluß erstrecken, nicht nur die Schulvorstände, sondern auch die Eltern unserer Schuljugend, die ganze Schulgemeinde mehr und mehr in's Interesse für den Jugendunterricht ziehn, ihnen mehr und mehr den Blick für die hohe Wichtigkeit und die Bedürfnisse unserer Bildungsanstalten, das Herz für die freudige Sorge und Mitarbeit am guten Werke öffnen.

Deswegen bitten wir sie alle, unserem Blatte, das alle Monat im Umfange eines Druckbogens erscheinen und jährlich nur 10 Sgr kosten wird, ihre Beachtung, Theilnahme und Unterstützung, sowohl durch Haltung und Lesung desselben, als auch durch freundlichen Rath, und soweit sie dazu im Stande sein werden, durch thätige Mitwirkung, zu schenken.

A. Brockhausen.

Für das in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts durchweg gespannte und nicht selten getrübte Verhältnis zwischen Lehrern und Pastoren war vor allem die Pfarrerschaft verantwortlich, die mit ihrer konservativ-reaktionären Grundhaltung die liberalen Regungen innerhalb der durch ein gesteigertes Bildungsniveau selbstbewußter gewordenen Lehrerschaft rigoros unterdrückte. Eine rühmliche Ausnahme war hier Pastor Rudolf Brockhausen aus Horn (1844-1888), ein vielseitig gebildeter und interessierter Theologe, der sich zum Anwalt der Lehrerschaft gemacht hatte. 1845 wählte ihn deshalb auch die Lehrerkonferenz in Horn zu ihrem Vorsitzenden. Seit 1867 redigierte Brockhausen das von ihm begründete „Lippische Schulblatt", ein monatlich erscheinendes pädagogisches Organ für die Lehrerschaft der Region, das allerdings nur bis 1870 Bestand gehabt hat.

Durch diese konsistoriale Provokation fühlten sich nun die Lehrer zum offenen Kampf gereizt. In einer Versammlung des Lippischen Lehrervereins vom 29. Dezember 1902 wurde diese „Beleidigung des ganzen Lehrerstandes" heftig diskutiert und scharf zurückgewiesen. Der Vorstand wurde beauftragt, beim Konsistorium Beschwerde einzulegen und die Zurücknahme der Verfügung zu fordern.

Der Vorstand des Lehrervereins brachte seine Beschwerde in Gestalt einer bescheidenen Bitte vor: „Falls Fürstliches Konsistorium nicht geneigt sein



Blick auf Kirche und Pfarrhaus (rechts) in Heiligenkirchen. Links im Hintergrund das Hermannsdenkmal. Ölgemälde von Elisabeth Wessel aus dem Jahre 1899. Im Besitz des Lippischen Landesmuseums in Detmold.

sollte, diese Verfügung zurückzuziehen oder durch Zusätze zu mildern, dann in Zukunft einzeln vorkommende Fehler selbst zu ahnden, ohne den ganzen Lehrerstand jedesmal zu beunruhigen." Doch der Generalsuperintendent dachte gar nicht daran, seine verallgemeinernden Angriffe zu mildern, geschweige denn zurückzunehmen.

Nun war das Maß voll. Die Lehrer zeigten sich entschlossen, sich in Zukunft nicht mehr in so entwürdigender Weise demütigen zu lassen. Ein äußeres Zeichen dafür ist ihre straffe Organisation im Lippischen Lehrerverein. Es war offenbar nicht ungefährlich, sich dieser Standesorganisation anzuschließen: Im Jahre 1895 gehörten vor allem von den in Detmold tätigen Lehrern manche nicht dem Lehrerverein an, weil sie hier, am Sitz ihrer hohen Behörde, Repressalien befürchteten. Das Verhalten dieser Behörde sorgte dann dafür, daß im Frühjahr 1903 sämtliche aktiven Lehrer zum Lehrerverein gehörten, mit einer einzigen Ausnahme. Was ihre Berufsarbeit anging, so regte sich in der Lehrerschaft seit Beginn dieses Jahrhunderts ein kräftiger Reformwille. Neue pädagogische Ideen waren auch in Lippe wirksam und erfüllten die jungen Lehrer mit neuer Begeisterung für ihre Berufsarbeit und mit dem Wunsch, die Schule so zu gestalten, daß sie die Jugend für die Erfordernisse der Zeit in rechter Weise rüsten könnte. Diese Bestrebungen wurden jedoch von Seiten der Kirche und der sonstigen konservativen Kräfte mit Argwohn und Mißtrauen beobachtet und bekämpft. Das sollte bald bei einer bestimmten Gelegenheit mehr als deutlich werden.

Vorbereitung und Auswirkung des Schulgesetzes von 1914

Um die Jahrhundertwende stand es um die lippischen Volksschulen schlecht. So verheißungsvoll das vorige Jahrhundert für die Volksschulen begonnen hatte, so trübe endete es. Lippe war nun wirklich an das Ende aller deutschen Bundesländer geraten, was den Stand der Volksschulen anging. Deshalb wanderten zahlreiche Lehrer aus Lippe ab, um entweder anderswo ihren Beruf auszuüben oder ihn ganz aufzugeben. Der entscheidende Grund war, daß die Lehrer in Lippe für mehr Arbeit ein geringeres Gehalt bekamen als anderswo. Hier wurde an der verkehrtesten Stelle gespart.

Diese verhängnisvolle Sparsamkeit hatte natürlich vor allem ihre Ursache in der Armut des Landes. Diese aber war wiederum weithin bedingt durch den schlechten Bildungsstand der Bevölkerung. Doch Bildung durfte nichts kosten. Dafür sorgten vor allem die Konservativen im Landtag. Der bedeutende Regierungspräsident Heldman (1868–1871) geriet darüber an den Rand der Verzweiflung. Ein Jahr nach seiner Amtsübernahme schreibt er: „Der Grimm (der Landtagsmehrheit) gegen die Regierung ist dadurch hervorgerufen, daß sie die Gerechtigkeit walten lassen will und daher eigennützigen Bestrebungen mit Entschiedenheit entgegentritt. Wie weit diese gehen würden, haben wir schon in den letzten Tagen hier erfahren: Ein ritterschaftlicher Deputierter scheute sich nicht, den Antrag zu stellen, die Zuschüsse zu der öffentlichen Landesbibliothek nicht weiter zu bewilligen, sondern den Grundbesitzern, um für aufzustellende Deckhengste Prämien bewilligen zu können, zu überweisen seien! Ich werde durch solche Erbärmlichkeiten nicht mehr so aufgeregt, wie dies früher der Fall war, und ich hoffe daher, die Strapazen des Landtags gut zu überstehen" (Wolf, S. 111).

Weil die Verhältnisse nachgerade unerträglich geworden waren, brachte die Lippische Regierung 1904 den Entwurf eines neuen Volksschulgesetzes ein. Darin wurde eine Schülerzahl von 120 pro Lehrer zugrunde gelegt. Es war ausgerechnet ein Pastor, der liberale Abgeordnete Alexander Zeiß aus Schwalenberg, der eine Herabsetzung dieser Zahl beantragte. Aber damit kam er nicht durch.

Doch die Verabschiedung des neuen Gesetzes scheiterte 1904, und das war vor allem ein Erfolg der Kirche. Bereits das Schulgesetz von 1849 hatte die Schule der Herrschaft der Kirche entziehen wollen. Diese aber hatte es dann erreicht, im Laufe der Zeit doch die volle Gewalt über die Schule und ihre Lehrer zu behalten, was – wie gezeigt – der Schule denkbar schlecht bekommen war. Nun war es natürlich die erklärte Absicht, die unerträgliche Bevormundung endlich loszuwerden. Dagegen setzte die Kirche alle ihre Mittel ein. Sie wußte die Verabschiedung des Gesetzes noch volle zehn Jahre hinauszuzögern.

Das am 11. März 1914 verabschiedete Volksschulgesetz bestimmte in § 52 Abs. 1: „Oberschulbehörde ist die Regierung, welche das gesamte Volksschulwesen zu leiten und zu beaufsichtigen hat." § 55 Abs. 1 u. 2 besagen: „Das Land ist in zwei Schulkreise einzuteilen, in welchen je ein Kreisschulinspektor an einem von der Oberschulbehörde zu bestimmenden Orte seinen Wohnsitz nimmt. Zu Kreisschulinspektoren sollen theoretisch und praktisch im Volksschuldienst gebildete Schulmänner ernannt werden."

Von besonderer und – wie sich bald herausstellen sollte – verhängnisvoller Bedeutung wurde § 44 dieses neuen Gesetzes: „Die Kirchenbehörde kann sich von der Art der Erteilung des Religionsunterrichts überzeugen. Zu diesem Zwecke kann sie geeignete ordinierte Geistliche beauftragen, dem Religionsunterricht in den Schulen einschließlich des Seminars mit dem Rechte der Fragestellung beizuwohnen. Über etwaige Ausstellungen hat sich die Kirchenbehörde mit der Oberschulbehörde ins Benehmen zu setzen. Das staatliche Aufsichtsrecht wird durch vorstehende Bestimmungen nicht berührt."

Als verhängnisvoll erwies sich diese Konzession an die Kirche, weil aus der Kann-Vorschrift des Gesetzes zur Einsichtnahme vom Generalsuperintendenten das Recht zur Kontrolle gemacht wurde. Er wußte auf höchst bemerkenswerte Weise seine Chance wahrzunehmen: Das Gesetz vom 11. März 1914 trat am 1. April desselben Jahres in Kraft. Da aber zunächst die geeigneten Männer für die Ämter des Oberschulrates (der dafür vorgesehene Georg Deppe starb bereits am 23. Januar 1915) und der beiden Kreisschulräte gefunden werden mußten, wurde die neue Oberschulbehörde erst am 1. April 1915 etabliert. Bis dahin übte das Konsistorium noch die Funktion der Oberschulbehörde aus. In dieser Zeit

beauftragte der Generalsuperintendent fünfzig Pastoren seiner Landeskirche mit der Wahrnehmung der Kontrollfunktion über sämtliche vier Sparten des Religionsunterrichts in den Schulen (Bibelkunde, Katechismus, Kirchenlied und Bibellesen) und forderte von ihnen, daß in jedem Halbjahr jedes dieser Fächer zu kontrollieren und darüber an das Konsistorium zu berichten sei. Der Lippische Lehrerverein erhob sofort scharfen Protest und errechnete, daß diese übertriebene Bestimmung praktisch bedeute, daß jede Schule jährlich bis zu zehnmal den Besuch des bisherigen Ortsschulinspektors zu erwarten habe. Schon vor dieser förmlichen Beschwerde des Lehrervereins hatte der Lehrer August Pankoke im Namen der evangelischen Religionslehrer protestiert mit dem Hinweis darauf, daß die Lehrer kraft des seit der Reformationszeit geltenden „allgemeinen Priestertums aller Gläubigen" doch wohl gleichberechtigte Glieder der evangelischen Kirche seien und deshalb keiner förmlichen Beaufsichtigung bedürften. Man möge ihnen das nötige Maß eigener Gewissensverantwortung zutrauen.

Am 21. Juni 1915 legt dann der Lippische Lehrerverein durch seinen Vorsitzenden, den bereits betagten und sehr besonnenen Lehrer Eduard Schneider in Bentrup, in aller Form Beschwerde beim Fürstlichen Staatsministerium ein. Aus dieser spricht die ganze Enttäuschung und Verbitterung der Lehrerschaft gegen die pfäffische Anmaßung der Kirchenleitung. Nachdem u. a. angeführt worden ist, daß jeder Pfarrer als geborenes Mitglied des örtlichen Schulvorstandes bei den alljährlichen Prüfungen in den Schulen hinreichend Gelegenheit habe, sich von der Qualität des schulischen Religionsunterrichts zu überzeugen, daß er außerdem ja auch im Konfirmandenunterricht erfahren könne, wie es um den Religionsunterricht stehe, wird dann gesagt, wenn in einzelnen Fällen Anlaß zu ernsten Bedenken bestehen sollte, „so verspricht der Weg persönlicher Seelsorge unzweifelhaft mehr Erfolg als ein Übermaß an Prüfungen, wie sie ... vorgeschrieben bzw. vorgesehen sind".

Besonders nachdenklich muß folgender Absatz aus dem Beschwerdebrief des Lehrervereins stimmen: „Noch schwerer fällt aber der Umstand ins Gewicht, daß die getroffenen Bestimmungen lähmend auf die Freudigkeit der Lehrer für den Religionsunterricht einwirken müssen, denn es läßt sich nicht bestreiten, daß die Verfügung (des Konsistoriums) für die Öffentlichkeit eine in stärkster Weise ausgesprochene Mißtrauenserklärung gegen die religiöse Stellung der Lehrer darstellt und auch wohl darstellen soll. Und eine solche Erklärung muß bei allen Lehrern, die innerlich völlig auf kirchlichem Boden stehen, ein Gefühl der Bitterkeit erzeugen, umso mehr, als sie zu einer Zeit erfolgt, wo es das selbstverständliche, ernste Bestreben der Lehrerschaft ist, im Felde und in der Heimat den anderen Ständen in treuer Pflichterfüllung nicht nachzustehen."

Als dieser Beschwerdebrief dem Generalsuperintendenten übersandt wurde, wies er ihn scharf zurück und wandte sich besonders gegen die Ausführungen des oben zitierten Abschnittes (Mißtrauenserklärung). Verständlicherweise kam es dann während des Krieges zu keinen weiteren Auseinandersetzungen. Sobald aber der Krieg vorüber war, setzte der Kampf um § 44 des Lippischen Volksschulgesetzes in voller Schärfe wieder ein. Bereits am 6. Mai 1919 bittet der Vorstand des Lippischen Lehrervereins das Konsistorium in aller Form und mit einer ausführlichen Begründung, nunmehr den s. Zt. den Geistlichen erteilten Auftrag bezüglich des Religionsunterrichts (§ 44) zurückzuziehen. In der Begründung wird zunächst noch einmal die Bekenntnistreue und berufliche Zuverlässigkeit der Lehrer betont. Dann folgen ein paar nachdenkenswerte Sätze: „Die politischen Verhältnisse der Gegenwart werden ohne Zweifel auch die künftige Gestalt der Kirche dahin beeinflussen, daß der Staat den verschiedenen Religionsgemeinschaften völlig neutral gegenübersteht. Er kann und darf keinem Bekenntnis den Vorzug geben, und in Orten mit gemischter Bevölkerung stände dann sämtlichen Kirchengemeinschaften der gleiche Anspruch auf ein Aufsichtsrecht im Religionsunterricht zu; eine Verwirklichung dieses Anspruchs dürfte aber doch wohl manchen Lehrer veranlassen, seine Stellung zum Religionsunterricht einer Revision zu unterziehen. Für die Gesundung unseres Volkslebens ist es dringend notwendig, daß Kirche und Schule mit gemeinsamen Zielen nebeneinander arbeiten, und der unterzeichnete Vorstand bittet in aller Kenntnis der vorliegenden Verhältnisse, dieses Zusammenarbeiten nicht durch Festhalten an einem Recht zu erschweren, das für den Erfolg des Religionsunterrichts tatsächlich ohne Bedeutung ist."

Die Antwort des Generalsuperintendenten vom 19. Mai 1919 zeigt, daß er für das Anliegen der Lehrer völlig taub war. Er ist überzeugt: „Der Vorstand (des Lehrervereins) wird, wie wir annehmen möchten, bei nochmaliger vorurteilsfreier Erwägung der Sachlage das gute sachliche Recht unserer Stellungnahme nicht verkennen."
Nun aber waren weder die Lehrer noch die Pastoren, die beide vermutlich schon vor obiger gouvernantenhaften Anweisung des starken Mannes aus Detmold die Sachlage gründlich erwogen haben dürften, von diesem „Recht" wirklich überzeugt. Das beweist die Tatsache, daß der Lippische Pfarrerverein mit einer Eingabe vom 8. August 1919 die Bitte des Lehrervereins aufnimmt und nun seinerseits um Zurücknahme des Auftrages an die Pastoren, den Religionsunterricht zu beaufsichtigen, bittet. Daraus nur wenige Sätze: „Wir glauben aber, daß es nicht wohlgetan sein würde, wenn die Kirche die Beibehaltung ihres Rechtes forderte, obgleich die Verhältnisse dahin drängen, daß es ihr genommen wird. Das würde einen neuen Kampf zwischen Schule und Kirche mit all seinen bösen Begleiterscheinungen herbeiführen und das Ende dieses Kampfes würde sein, daß das Band zwischen Kirche und Schule völlig und wahrscheinlich für immer zerrissen sein würde." Um das zu vermeiden, macht sich der Pfarrerverein das Anliegen des Lehrervereins zu eigen. Über dieses Zusammengehen von Lehrerverein und Pfarrerverein war der Generalsuperintendent empört. Er erteilte am 22. September 1919 dem Vorsitzenden des Pfarrervereins eine Rüge. Dann liefen die Dinge, wie man erwarten mußte: Immer mehr Lehrer wehrten sich gegen die Visitation des Religionsunterrichtes durch die Ortspfarrer. Am 7. April 1920 wurde der umstrittene § 44 durch einstimmigen Landtagsbeschluß ersatzlos gestrichen.
Als dieser Beschluß gefaßt wurde, gehörte D. Weßel als Abgeordneter der DNVP dem Landtag an. Er stimmte also der Aufhebung des § 44 des Lipp. Volksschulgesetzes von 1914 zu. Das tat er aber nachweislich in der Hoffnung, diesen „Schaden" dann später bei der Schaffung eines neuen Landesschulgesetzes mehr als reichlich wieder wettmachen zu können. Das zeigte sich sofort in dem bald darauf ausbrechenden „Schulkampf", der später erörtert werden muß.

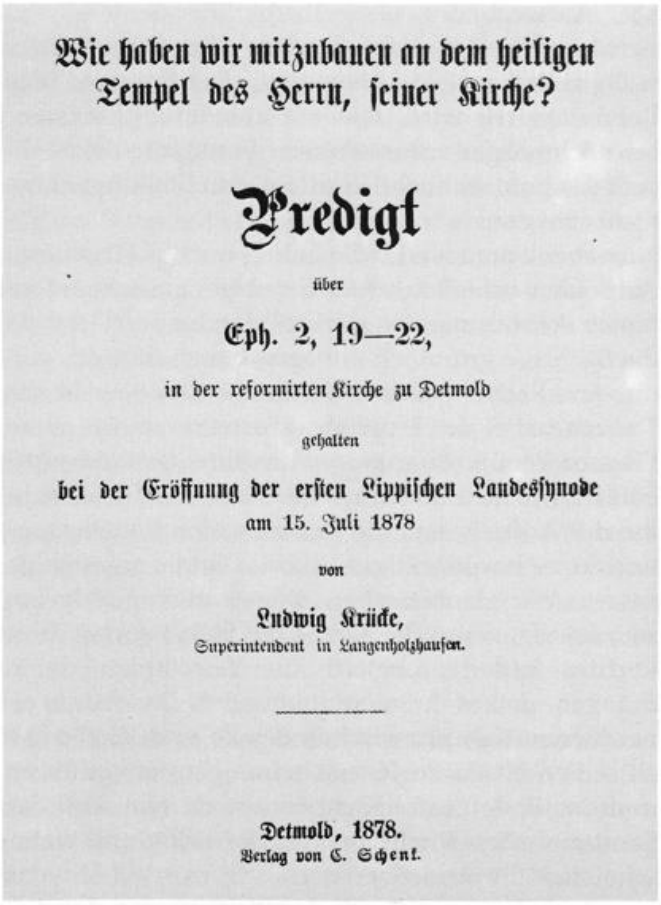
Verfassungsfragen von 1849 bis 1931

Wie oben bereits erwähnt, gehörte es zu den Auswirkungen der Revolution von 1848, daß das Fürstlich-Lippische Konsistorium am 3. Februar 1851 eine „Verordnung, die Vertretung der Kirchengemeinden, den Kirchenvorstand und die Besetzung der Pfarrstellend betreffend" erließ, die dann aber durch Edikt vom 9. März 1854 wieder beseitigt wurde.
Bereits vor der Aufhebung der Verordnung von 1851 wurde klar, daß von ihr keine erneuernde Wirkung ausgehen konnte. Offenbar waren die kirchlichen Kreise weder fähig noch willig, mehr eigenständige Verantwortung zu übernehmen. Das ergibt sich in erschütternder Weise aus folgendem Votum der „pietistischen" Kreise, offenbar aus dem Jahre 1849 oder kurz danach: „Jedermann weiß, daß den Christen unseres Landes nichts in tiefster Seele widerlicher ist, als das mit dem Jahr der Schande über uns gekommene Wahlwesen, während es für die demokratischen und revolutionären Schreihälse gerade das rechte Element ist, worin sie stets im Vorteil sein werden. Ebenso bekannt ist, daß, wie überall, so auch bei uns, die überwiegende Mehrzahl der Gemeinden in Stadt und Land aus lauen, ungläubigen und kommunistisch Infizierten besteht . . . Gerade dieser Haufen, diese Drohnen im Bienenstock der Kirche, drängen sich überall bei Wahlen am selbstgefälligsten und unverschämtesten hervor" (zit. nach Butterwerk, S. 201).
Es sollte noch volle zwei Jahrzehnte dauern, bis der Gedanke an eine stärkere Beteiligung der Gemeinden an der Verantwortung für das Leben der Landeskirche wieder aufgegriffen wurde. Im Herbst 1869 wurde den Pastoren und Kandidaten des Landes bei einer Konferenz in Detmold der Entwurf einer Synodalverfassung vorgelegt. Dieser Entwurf wurde dann in sämtlichen Kirchenvorständen des Landes beraten und begutachtet. Doch dann erfuhr diese Arbeit eine Unterbrechung, weil der deutsch-französische Krieg von 1870/71 offenbar die Aufmerksamkeit auch der Lipper voll beanspruchte. Danach wurde in Preußen eine Kirchengemeinde- und Synodalverordnung erlassen, und das regte dann die Lipper dazu an, auch für ihre Landeskirche eine Synodalverfassung zu erarbeiten.

Einige Jahre später waren die vorbereitenden Arbeiten abgeschlossen: Am 12. September 1877 erließ Fürst Woldemar eine „Verordnung, die Einführung einer Landessynode betreffend". Dabei berief er sich ausdrücklich auf die Kirchenordnung von 1684 und den darin festgelegten Bekenntnisstand der „nach Gottes Wort reformierten Kirche des Landes". Diese Landessynode bestand aus 21 Personen. Die Wahlen zur Synode erfolgten in den Klassenversammlungen. Die Landessynode tagte alle vier Jahre. Für jede Synode mußte neu gewählt werden.

Diese neue Landessynode hatte mitzuwirken bei der Gesetzgebung auf kirchlichem Gebiet, besonders was die kirchliche Verfassung, die Gottesdienstordnung und die Einführung neuer kirchlicher Lehr- und Gesangbücher angeht. Ferner wurde ihr das Recht der Kontrolle über die Verwaltung des allgemeinen Kirchenvermögens übertragen und die Feststellung des Etats und der Kirchensteuer. An der Prüfung der Kandidaten der Theologie wirkte sie dadurch mit, daß ihr Vorsitzender Mitglied der Theologischen Prüfungskommission war. Schließlich hatte sie einen Deputierten zu etwaigen Versammlungen der deutschen evangelischen Kirchenkörper zu entsenden. § 8 bestimmte: „Die Synode wird vom Landesherrn einberufen und von einem landesherrlichen Kommissarius eröffnet und geschlossen . . ." Kein Entscheidungsrecht hatte die Synode über den Bekenntnisstand. Dieses behielt sich der Landesherr vor. Damit war das Mitspracherecht der Kirchengemeinden an der kirchlichen Verwaltung gesetzlich verankert.

Durch ein weiteres Gesetz vom gleichen Tage (21. Sept. 1877) wurde eine Synodalkasse geschaffen bzw. ein allgemeines Kirchenvermögen gebildet. Die Grundlage dazu waren jährliche Zuschüsse des Staates in Höhe von 50 000,– DM als Entschädigung für das dem Staat verfallene Kirchenvermögen (die eingezogenen Klöster und Stiftungen, vor allem große Waldungen). Zur Bestreitung ihrer Ausgaben stand der Landeskirche das Recht zu, Kirchensteuern zu erheben. In § 6 dieses Gesetzes wird festgelegt: „Die evangelische Kirche ordnet und verwaltet, unbeschadet der Rechte des Staates, ihre Angelegenheiten unter der Oberaufsicht des Kabinettsministeriums selbständig." Aufgrund dieser neuen Synodalordnung wurden Anfang 1878 die Wahlen zu der ersten Landessynode durchgeführt. Die neugewählte Synode tagte vom 15. bis 26. Juli 1878 in Detmold.



Wie haben wir mitzubauen an dem heiligen Tempel des Herrn, seiner Kirche?

Predigt

über

Eph. 2, 19—22,

in der reformirten Kirche zu Detmold

gehalten

bei der Eröffnung der ersten Lippischen Landessynode
am 15. Juli 1878

von

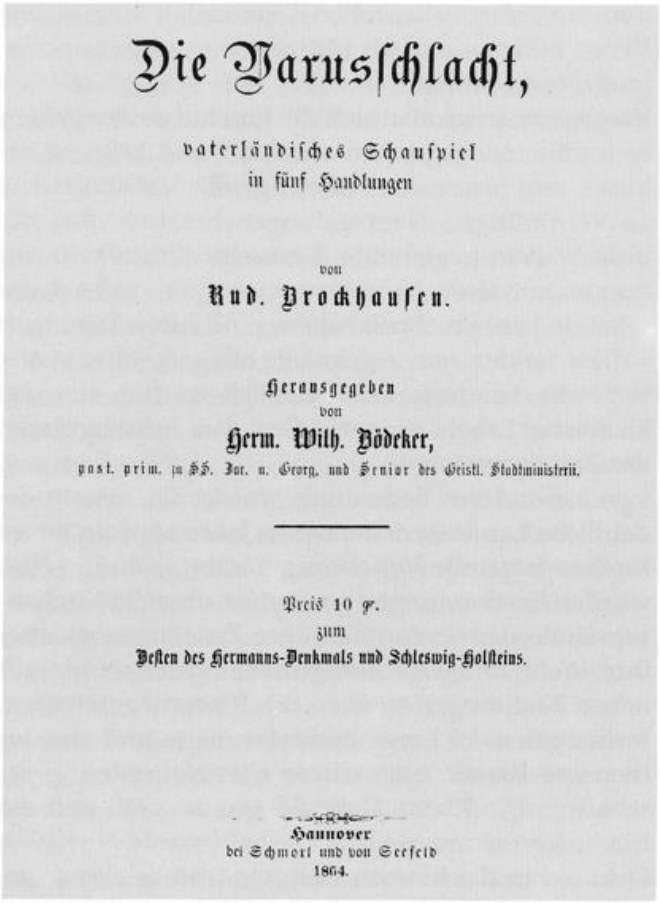
Ludwig Krücke,
Superintendent in Langenholzhausen.

Detmold, 1878.
Verlag von C. Schenk.

Am 12. September 1877 trat ein für die Kirche höchst bedeutsames Gesetz in Kraft: die Verordnung über die Einführung einer Landessynode. Es eröffnete gewählten Vertretern der Gemeinden die Möglichkeit, am Kirchenregiment teilzunehmen. In dem Gesetz war festgelegt worden: „Zur Vertretung der Gesamtheit der Kirchengemeinden und zur Beratung über kirchliche Angelegenheiten wird alle vier Jahre eine ordentliche, nötigenfalls auch in kürzeren Zeiträumen eine außerordentliche Landessynode einberufen. Die Landessynode besteht aus den drei Superintendenten, drei von dem Landesherrn zu ernennenden weltlichen Mitgliedern, sechs zu wählenden Predigern und neun zu wählenden weltlichen Mitgliedern ... Der Wirkungskreis der Landessynode umfaßt insbesondere die Mitwirkung bei der Gesetzgebung auf kirchlichem Gebiet und bei der Verwaltung des allgemeinen Kirchenvermögens. Der Landesherr verkündet die Kirchengesetze, welche nach Anhörung des Konsistoriums die höchste Bestätigung erhalten haben, mit ausdrücklicher Bezugnahme auf die erfolgte Zustimmung der Landessynode."
Nach den Wahlen zur Landessynode tagte die erste ordentliche Landessynode vom 15. bis 26. Juli 1878 in der Aula des Gymnasiums in Detmold. Mit einer Predigt des Superintendenten Krücke aus Langenholzhausen wurde die erste Landessynode am 15. Juli eröffnet.

Die Arbeit der Lippischen Landessynode

Von Anfang an zeigte sich, wie wichtig die Mitwirkung der gewählten Vertreter der Gemeinden an der Verantwortung für die Landeskirche war. Bis zu diesem Zeitpunkt lag besonders die Frage der Gehälter und Pensionen der Pastoren und ihrer Witwen im argen. Die neue Synode unternahm es, hier Abhilfe zu schaffen. Bis dahin herrschte in der Lippischen Landeskirche das sogenannte Pfründensystem. Danach bezog ein Pastor das Einkommen der betr. Pfarrstelle. Das war von Gemeinde zu Gemeinde sehr verschieden. Entsprechend unterschiedlich waren auch die Gehälter der Pastoren, so daß u. U. ein junger Pastor erheblich höher besoldet wurde als ein älterer. Ein denkbar ungerechtes und veraltetes System! Jetzt wurde bestimmt, daß ein Pastor ein jährliches Einkommen von mindestens 1950,– Mark neben freier Wohnung erhalten solle, nach einer Dienstzeit von 25 Jahren 3000,– Mark. Wenn die Einkünfte der Pfarrstelle diese Beträge nicht erbrachten, sorgte die neugeschaffene Synodalkasse für den Ausgleich.
Ein emeritierter Pastor erhielt jetzt als Ruhegehalt bei einer Dienstzeit bis zehn Jahre 600,– Mark, bei einer Dienstzeit bis zwanzig Jahre 900,– Mark und bei einer Dienstzeit von über dreißig Jahren 1500,– Mark pro Jahr. Die Pension für die Witwe eines Pastors wurde auf jährlich 450,– Mark festgesetzt. Für die hinterlassenen Kinder sah es so aus: Wenn die Mutter lebte, bekam jeder unversorgte Sohn bis zum vollendeten 21. Lebensjahr 50,– Mark, jede unverheiratete Tochter bis zum vollendeten 18. Jahr 40,– Mark. Wenn die Mutter gestorben war, bekam jeder unversorgte Sohn bis zum vollendeten 21. Jahr 100,– Mark, jede unverheiratete Tochter bis zum vollendeten 18. Jahre 75,– Mark pro Jahr.
In dieser Synode wurde beantragt und beschlossen, daß eine neue Agende ausgearbeitet, eine vereinfachte Ausgabe des Katechismus für den Jugendunterricht hergestellt und das Gesangbuch revidiert werden solle.
Bei der zweiten Tagung der Landessynode vom 3. bis 22. Juli 1882 in Detmold schlossen sich die vier lutherischen Gemeinden Detmold, St. Nikolai und St. Marien in Lemgo und Bergkirchen der Landessynode an. Sie wählten dazu drei Abgeordnete, einen Pastor und zwei Laien. Das führte dann weiter dazu, daß nun auch die lutherischen Gemeinden eine eigene Klasse bildeten und ab 1888 einen eigenen Superintendenten wählten.
Vergegenwärtigt man sich die Ergebnisse der beiden ersten Synodaltagungen von 1878 und 1882, so erkennt man unschwer, daß ein großer Nachholbedarf an vernünftigen Neuregelungen bestand, den die bisher allein regierende Konsistorialbürokratie im Bunde mit dem Kabinettsministerium nicht hatte schaffen können. Auch bei ihren nächsten Tagungen – diese fanden nun regelmäßig alle vier Jahre statt – hatte die Landessynode reichlich zu tun, um das kirchliche Leben einigermaßen den Erfordernissen der Zeit anzupassen.
Von besonderer Bedeutung wurde die neunte ordentliche Landessynode, die im Jahre 1910 ein neues Kirchengemeinde-Verfassungsgesetz schuf. Hier wurden Bestimmungen geschaffen über die Kirchenvorstände der Gemeinden, ihre Zusammensetzung, ihre Wahl und ihre Befugnisse. Ferner wurde ein neues Kirchengesetz über die Klassen geschaffen: Bisher gab es in Lippe drei reformierte und eine lutherische Klasse. Nun wurde eine Neuordnung geschaffen. Die Klasse Detmold war zu groß und die Klasse Varenholz zu klein. Deshalb wurde die Klasse Detmold in die Klassen Detmold und Schötmar geteilt, und von der Klasse Brake wurden drei Gemeinden abgegeben an Varenholz. Mit dieser Neueinteilung der Klassen änderte sich auch die Zusammensetzung der Landessynode. So wurde bei dieser Tagung der neunten Landessynode auch eine neue Landessynodalordnung geschaffen, die den veränderten Verhältnissen angepaßt war.
Im Herbst 1911 tagte eine außerordentliche Landessynode. Diese hatte neben Verhandlungen über die Besetzung reformierter Pfarrstellen und die Gründung neuer Pfarrstellen (die luth. Gemeinde Detmold bekam bei dieser Gelegenheit ihre zweite Pfarrstelle) vor allem zwei wichtige Vorlagen zu behandeln, über die Einführung der vereinfachten Ausgabe des Heidelberger Katechismus in Konfirmanden- und Schulunterricht und ein Gesetz über Konfirmation und Konfirmandenunterricht: Die bisher weithin noch übliche zweimalige Konfirmation zu Ostern und zu Michaelis wurde jetzt abgeschafft und der einmalige Termin zu Ostern festgelegt. Der Konfirmandenunterricht wurde auf mindestens ein Jahr



Die Varusſchlacht,

vaterländiſches Schauſpiel
in fünf Handlungen

von
Rud. Brockhauſen.

Herausgegeben
von
Herm. Wilh. Bödeker,
past. prim. zu SS. Jac. u. Georg. und Senior des Geiſtl. Stadtminiſterii.

Preis 10 Sgr.
zum
Beſten des Hermanns-Denkmals und Schleswig-Holſteins.

Hannover
bei Schmorl und von Seefeld
1864.

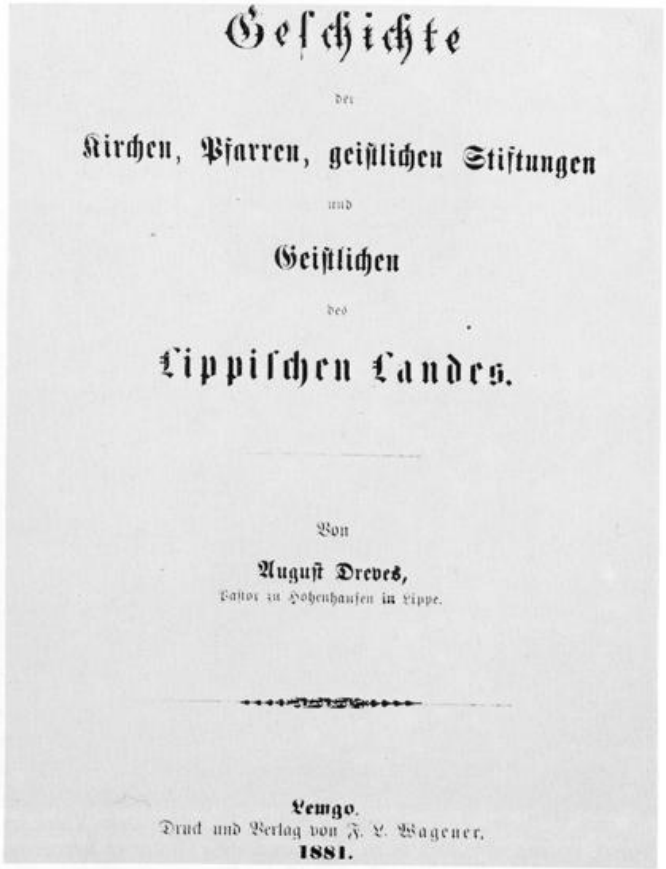
Zu allen Zeiten gab es unter den lippischen Pastoren dichterische Talente. Der Generalsuperintendent v. Cölln (1796–1804), Pastor Stockmeyer (1821–1857) und Pastor Knoll (1829–1868) haben sich auf diesem Gebiet vielseitig betätigt. Zu den dichtenden Pastoren gehörte im 19. Jahrhundert auch Pastor Rudolf Brockhausen aus Horn (1844–1888), der im Jahre 1864 – elf Jahre vor Vollendung des Hermannsdenkmals – ein in fünf Handlungen verfaßtes Schauspiel „Die Varusschlacht" veröffentlichte.

mit zwei Wochenstunden an zwei verschiedenen Tagen festgesetzt. Die Zahl der gleichzeitig zu unterrichtenden Konfirmanden wurde auf 60 beschränkt (!). „Jeder öffentlichen Konfirmation hat eine öffentliche Prüfung voranzugehen."
Die 11. ordentliche Landessynode, die vom 22. bis 25. Mai 1918 tagte, war die letzte, die unter dem landesherrlichen Kirchenregiment des Fürsten zusammentrat. Sie hatte sich u. a. zu befassen mit dem drückenden Mangel an theologischem Nachwuchs in der Lippischen Landeskirche. Dieser durch den Ersten Weltkrieg noch verschärfte Pastorenmangel konnte nur dadurch einigermaßen ausgeglichen werden, daß die infolge des Krieges von ihrer Arbeit auf den Missionsfeldern ferngehaltenen Missionare in den Dienst lippischer Gemeinden traten, so etwa in Almena, Alverdissen, Bösingfeld, Haustenbeck, Hillentrup und Varenholz.

Die kirchliche Neuordnung nach 1918 und der Kampf um die Verfassung

Am 12. November 1918 verzichtete Fürst Leopold IV. für sich und seine Familie auf den Thron. Damit endete zugleich das landesherrliche Kirchenregiment, und die Landeskirche war in diesem Augenblick ohne rechtmäßige Regierung. Generalsuperintendent D. Weßel hatte sofort die besondere Gefahr dieser Situation erkannt. Es mußte schleunigst ein Weg zur organisatorischen Neugestaltung der Landeskirche gefunden werden. Der erste Schritt dazu war die Schaffung eines Landeskirchenrates. Der Beschluß darüber wurde vom Synodalvorstand auf Vorschlag des Konsistoriums am 18. November 1918 gefaßt und am 9. Dezember 1918 als Gesetz verkündet. Der Landeskirchenrat setzte sich zusammen aus den drei Mitgliedern des Konsistoriums und den drei Mitgliedern des Synodalvorstandes. Den Vorsitz hatte der Generalsuperintendent. Für gültige Beschlüsse waren mindestens vier positive Stimmen erforderlich. Bei Stimmengleichheit entschied die Stimme des Vorsitzenden. Dieser Landeskirchenrat übte alle Funktionen aus, die früher der Fürst gehabt hatte. Dieses Gesetz wurde von der Landessynode am 4. Juli 1919 durch einstimmigen Beschluß in aller Form legalisiert.
Die durch die neuen politischen Verhältnisse gewonnene Eigenständigkeit der Landeskirche erforderte nun u. a. auch die Schaffung einer neuen Verfassung für die Lippische Landeskirche. Wie das Deutsche Reich und seine einzelnen Bundesländer, so mußten nun alle evangelischen Landeskirchen Deutschlands sich solche Verfassungen schaffen.
Generalsuperintendent D. August Weßel legte der 11. Landessynode am 11. Juni 1921 „Leitende Gedanken über die Verfassung der Lippischen Landeskirche" vor. Darin gesteht er ausdrücklich zu, daß die „Landessynode Inhaberin der Kirchengewalt sein müsse". Aber eine Synode kann natürlich nicht un-

mittelbar die Leitung der Kirche ausüben. Vielmehr wird sie sich dazu eines von ihr zu bestellenden Organes, nämlich des Landeskirchenrates, bedienen. Logisch wäre nun zu folgern, daß der Landeskirchenrat der Synode verpflichtet bzw. verantwortlich sei. Diesen Gedanken verwirft aber D. Weßel. Er wollte dem Landeskirchenrat die eigentliche Regierungsgewalt erhalten. Deshalb schreibt er gegen Ende seiner „Leitenden Grundgedanken": „Dem Landeskirchenrat wird das Recht zustehen müssen, gegen etwaige bloß zufällige oder auch in ihren Folgen nicht voll ermessene Synodalbeschlüsse Sicherung zu schaffen" (also absolutes Vetorecht!).
Hier spricht offensichtlich ein eingeschworener Monarchist und Gegner eines parlamentarischen Systems. Gegen „bloß zufällige oder auch in ihren Folgen nicht voll ermessene Synodalbeschlüsse" mußte man sich also sichern! Hielt er das Kirchenvolk für eine verantwortungslose Masse und seine gewählten Vertreter für unfähig, die Folgen der eigenen Beschlüsse in jedem Falle abzusehen?
D. Weßel war ein begabter, fleißiger und willensstarker Kirchenführer, der stets nur das Wohl seiner Landeskirche im Auge hatte und nicht merkte, daß er in der Erfüllung seiner schweren Aufgabe jetzt einem Machtdenken verfallen war, das ihm mehr und mehr zum Verhängnis werden sollte. Dieser charakterfeste Mann wußte, was er wollte. Da er nun bereits 20 Jahre lang Generalsuperintendent war, durfte er sich auch zutrauen, genau zu wissen, was dem Wohle der Kirche diente und was ihr hätte gefährlich werden können. Es wäre total verfehlt, wollte man ihn der simplen Herrschsucht bezichtigen. Er hatte sich im Laufe seiner langen Amtszeit zu einer echten Herrschernatur entwickelt und fühlte sich innerlich verpflichtet, seine Leitungsaufgaben konsequent wahrzunehmen. Von daher muß man seine Haltung in dem nun folgenden Verfassungsstreit begreifen.
Nachdem die „Leitenden Grundgedanken" am 7. Juni 1921 der 11. Landessynode vorgelegt worden waren, verabschiedete diese in ihrer 6. Vollsitzung am 9. Juni 1921 folgende Entschließung: „Die Landessynode hat von den ‚Leitenden Grundgedanken' über die Verfassung der Lippischen Landeskirche Kenntnis genommen und sieht nach gründlicher Erwägung und ausführlicher Besprechung die Grundgedanken, ohne zu den Einzelheiten Stellung zu



Geſchichte

der

Kirchen, Pfarren, geiſtlichen Stiftungen

und

Geiſtlichen

des

Lippiſchen Landes.

Von

Auguſt Dreves,

Paſtor zu Hohenhauſen in Lippe.

Lemgo,

Druck und Verlag von F. L. Wagener.

1881.

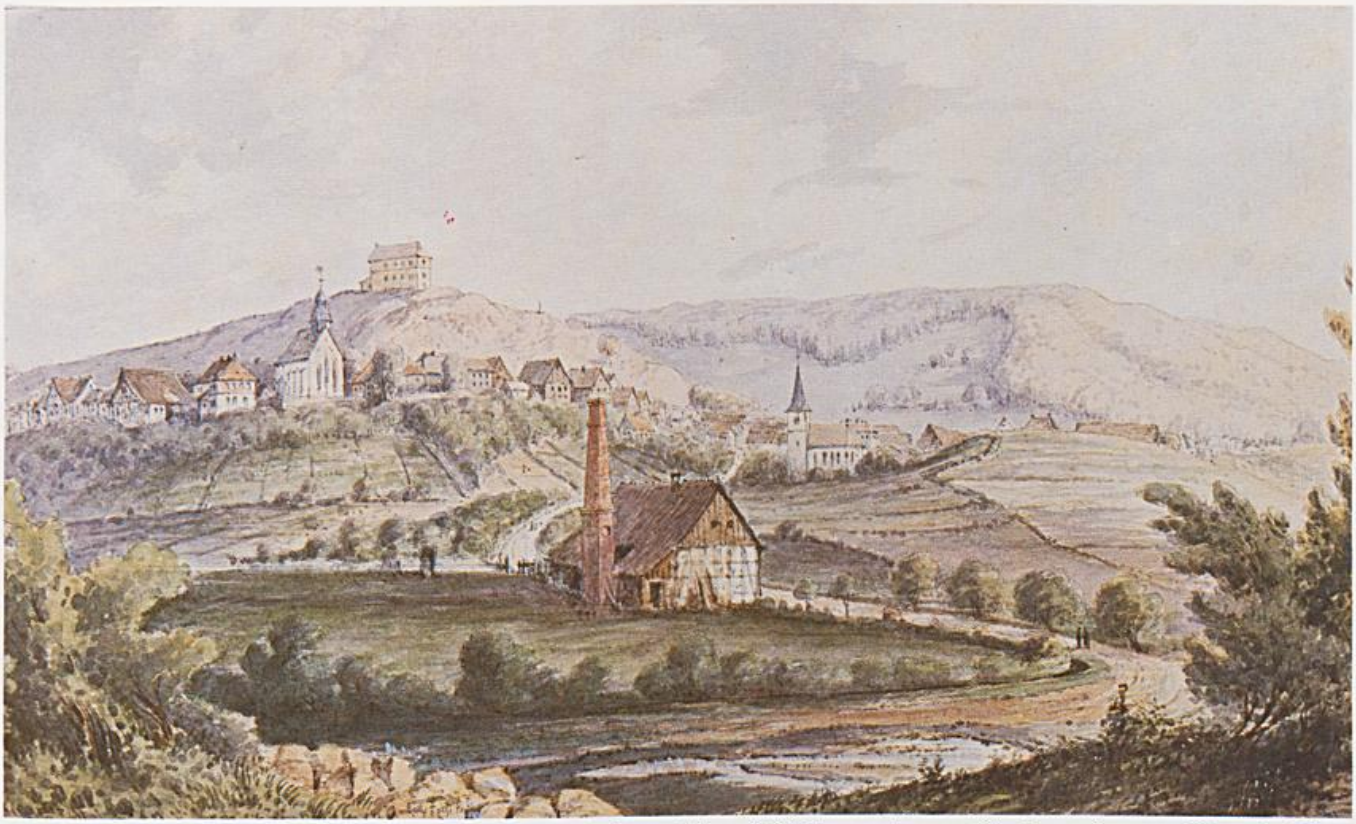
Titel der von Pastor August Dreves aus Hohenhausen (1877–1903) im Jahre 1881 verfaßten lippischen Kirchengeschichte. Das 435 Seiten umfassende Werk beinhaltet im wesentlichen Namen und Wirkungsorte der seit der Reformation in Lippe tätig gewesenen Pastoren. Dreves konnte sich in seiner Arbeit auf zwei früher erschienene kirchengeschichtliche Abhandlungen stützen: auf die im Jahre 1769 von dem Meinberger Pastor Puhstkuchen herausgegebenen „Beyträge zu den Denkwürdigkeiten der Grafschaft Lippe überhaupt und in Absicht auf die Religions- und Kirchen-Begebenheiten insonderheit" und auf die von Pastor Köhler aus Wüsten im Jahre 1815 herausgegebenen „Neuen Beyträge zu denen Denkwürdigkeiten des Fürstenthums Lippe besonders in Absicht auf Religon, Kirchen und Literärgeschichte".

nehmen, als eine im allgemeinen brauchbare Grundlage für die Ausarbeitung der der nächsten Landessynode zu machenden Vorlage an."
Nun machte sich D. Weßel alsbald daran, einen Entwurf für die neue „Landeskirchenordnung" zu Papier zu bringen. Ohne Zweifel war es kein Zufall, daß er nun das Wort „Verfassung" durch „Ordnung" ersetzte. Dieser „auf der bisherigen Beratung beruhende . . . Entwurf einer Landeskirchenordnung" wurde am 20. Februar 1922 den Mitgliedern des Landeskirchenrates zu „vorläufiger und vertraulicher



Jugendbildnis von Emil Zeiß, das er von sich selbst entworfen hatte. Emil Zeiß war 1833 im Pfarrhaus in Stapelage als Sohn des Pastors Wilhelm Zeiß geboren worden. Er folgte dem Vater im Beruf, wurde 1853 Rektor in Horn und 1864 Pastor in Barntrup. Von 1888–1905 verwaltete Emil Zeiß das Pfarramt in Heiligenkirchen. Seiner zeichnerischen und malerischen Begabung, die Emil Zeiß in seinen freien Stunden zur Geltung brachte, verdanken wir eine Fülle von Aquarellen und Bleistiftzeichnungen von künstlerisch wie baugeschichtlich wertvollen Denkmälern der Region: Kirchen, Rathäuser, Rittergüter und Schlösser waren die bevorzugten Objekte seines künstlerischen Schaffens.
Emil Zeiß starb am 14. April 1910 im Pfarrhaus zu Schwalenberg, wo sein Sohn Alexander Zeiß als Pfarrer amtierte.

Kenntnisnahme" vorgelegt und sollte dann in der im Herbst 1921 neugewählten Synode behandelt werden. Am 3. Juli 1922 begann die Sitzungsperiode der 12. Landessynode, die sich nun mit dem „Entwurf für die Kirchenordnung" zu befassen hatte. Doch zu seiner Bearbeitung durch die Synode ist es weder in der ganzen 12. noch in der 13. Landessynode gekommen. Die 12. Synode zerstritt sich hoffnungslos mit dem Generalsuperintendenten bereits im Vorfeld von beschlußreifen Verhandlungen. Wie konnte es dazu kommen?
Der Entwurf des Generalsuperintendenten ließ allzu deutlich erkennen, daß er bemüht war, der Synode keinen zu großen Einfluß einzuräumen. Der Landeskirchenrat sollte die maßgebliche Instanz bleiben. Deshalb wollte D. Weßel z. B. die Beratung und Verabschiedung der Verfassung nicht der Synode überlassen. Der Landeskirchenrat sollte mit Sitz und Stimme daran beteiligt sein. Wie früher der „Kommissarius" des Landesherrn die Synode eröffnet und geschlossen hatte, so sollte jetzt ein Bevollmächtigter des Landeskirchenrates die Synode eröffnen und deren Mitglieder verpflichten, was sonst allenthalben durch den Alterspräsidenten geschah. Zwei Punkte waren es vor allem, die die Abgeordneten in Harnisch brachten: D. Weßel forderte – wie oben bereits geschildert – für den Landeskirchenrat das absolute Vetorecht. Das hätte bedeutet, daß er jeden Beschluß der Synode hätte annullieren können, wenn er ihm nicht paßte. Ebenso deutlich offenbart der zweite Punkt die Absichten D. Weßels: Die Synode wollte den aus sechs Personen bestehenden Landeskirchenrat um ein viertes synodales Mitglied erweitert sehen. Bisher war das Problematische, daß bei Stimmengleichheit der Vorsitzende entschied. Das gab dem Generalsuperintendenten eine große Machtfülle. Wäre nun die Synode statt mit drei, mit vier Abgeordneten vertreten gewesen, so wäre dadurch das synodale Element deutlich verstärkt worden. Dieser Plan erschien D. Weßel völlig unannehmbar.
Es halfen keine Verhandlungen, es half auch kein kirchenrechtliches Gutachten des Marburger Professors Dr. Bredt, das die Absichten der Synode als berechtigt und notwendig erklärte. D. Weßel war nicht von seiner starren Haltung abzubringen. Dieser unerquickliche Zustand dauerte an bis zum Frühjahr 1930. Nachdem nun sämtliche evangelische Landeskirchen in Deutschland ihre Verfassungen bekommen hatten, mußte endlich auch die Lippische Landeskirche dieses wichtige Gesetzeswerk zustande bringen. Deshalb wurde am 6. März 1930 vom Landeskirchenrat mit Zustimmung der Landessynode ein Kirchengesetz erlassen, in dem bestimmt wurde, daß die 14. Landessynode, die aus 19 gewählten und 5 ständigen Mitgliedern bestand, um die 3 Mitglieder des Konsistoriums und 3 vom Landeskirchenrat ernannte nicht geistliche Mitglieder mit Sitz und Stimme auf insgesamt 30 Mitglieder zu einer außerordentlichen verfassunggebenden Landessynode erweitert werden sollte. Bereits in der ersten Vorbesprechung machte D. Weßel klar, daß er darauf be-



Blick auf Schwalenberg mit der Burg, der evangelischen Kirche und dem dicht daran gelegenen Pfarrhaus, davor am Hang der Pfarrgarten. Im Vordergrund die Ziegelei. Aquarell von Emil Zeiß. Um 1885. Im Privatbesitz von Dr. Wachsmuth-Melm, Oerlinghausen.

stehen müsse, daß kein viertes synodales Mitglied in den Landeskirchenrat kommen werde.

Im April 1930 wurde ein Pfarrkonvent nach Lage einberufen. Dieser wählte eine Kommission und beauftragte sie, beim Generalsuperintendenten vorstellig zu werden und ihn umzustimmen. Doch auch diese Mission scheiterte. Immerhin hatte D. Weßel jetzt begriffen, daß Pfarrerschaft und Synodale entschlossen waren, eine eigenständige Verfassung zu schaffen und sich nicht weiter bevormunden zu lassen. Diese Einsicht verbitterte ihn so, daß er sofort nach dem Besuch der Abgesandten des Pfarrkonvents seinen Abschied zum 1. Juli 1930 einreichte.

Damit war nun der Weg frei für die außerordentliche verfassunggebende Landessynode. Diese trat am 29. September 1930 zu ihrer ersten Sitzung zusammen, nachdem die Zuwahl von drei sog. weltlichen Abgeordneten erfolgt war. In dieser ersten Sitzung wählte die Synode einen Ausschuß, der das gesamte ihm vorliegende Material durcharbeiten und das Ergebnis seiner Beratungen der Landessynode vorlegen sollte. Die von diesem Ausschuß geleistete Arbeit war höchst beachtlich. Von Anfang Januar bis Mitte Februar 1931 fanden dann neun Vollsitzungen der Synode statt, in denen alle Einzelheiten der neuen Verfassung beraten wurden. Am 17. Februar 1931 fand dann in der zehnten Vollsitzung der außerordentlichen Landessynode die letzte Lesung und die Verabschiedung der neuen Verfassung statt. Sie wurde einstimmig angenommen und trat am 1. April 1931 in Kraft.

Diese Verfassung entsprach durchaus den Erwartungen der kirchlichen Kreise des Landes. Sie brachte keine neuen Verhältnisse, schuf aber in manchen Punkten Klarheit und eine freiheitlichere Rechtsordnung. Sie ist im Laufe der vergangenen 50 Jahre vielfältig überarbeitet worden, um sie den Erfordernissen der Zeit anzupassen. Ihre Grundstruktur jedoch und auch ihr Umfang von 76 Paragraphen sind sich gleichgeblieben. Das allein spricht für die Qualität der Arbeit, die die Väter der Verfassung vor einem halben Jahrhundert geleistet haben.

Das innere Leben in der Lippischen Landeskirche

Wollte man eine Landeskirche beurteilen nach dem, was aus den Akten zu erfahren ist, über die Vorgänge in der Verwaltung, über die Auseinandersetzungen, die wegen ihrer Ordnungen oder ihrer Glaubens- und Bekenntnisfragen unter der Pfarrerschaft ausgetragen wurden, so käme man sicher zu schlimmen Fehlurteilen. So könnten z. B. auch die obigen Ausführungen leicht den Eindruck erwecken, als sei es um die Lippische Landeskirche im vorigen Jahrhundert herzlich schlecht bestellt gewesen. Das trifft in der Tat zu, wenn man auf die Verwaltung der Kirche blickt. Diese war fest eingebunden in die staatliche Regierung, und die wiederum war nach 1848 auch in Lippe bestimmt durch eine ziemlich rigorose Reaktion, die sich auf Kirche und Schule gleichermaßen hemmend auswirkte. Das ist oben gezeigt worden. Diese Verhältnisse waren zeitbedingt und dürfen der Kirche als solcher nicht angelastet werden.

Noch verhängnisvoller wirkte sich der Zustand der Pfarrerschaft aus. Sie hatte ihre Ausbildung auf den staatlichen Universitäten genossen, was an sich kein Nachteil ist; denn es wäre nicht wohlgetan, wenn junge Theologen in einem kirchlichen Getto herangebildet würden. Es ist durchaus notwendig, daß sie von Anfang an der Auseinandersetzung mit anderen Disziplinen ausgesetzt werden; denn später müssen sie sich im Raume der u. U. total unkirchlichen oder gar antichristlichen Welt bewähren. Sie wären von vornherein verloren und zu jämmerlichem Versagen verurteilt, wenn sie sich in ihrer Ausbildung z. B. nicht gründlich um die philosophischen Strömungen ihrer Zeit hätten kümmern müssen. Nun ist aber die entscheidende Frage, ob die Theologen ihres eigentlichen Berufes fröhlich gewiß sind oder ob sie durch Verlust der biblischen Substanz in das Schlepptau der jeweiligen Philosophie geraten.

Ohne Zweifel war es das Unglück der evangelischen Theologie des vorigen Jahrhunderts, daß sie nicht die Kraft aufbrachte, ihre Eigenständigkeit zu wahren. Sie war ganz und gar in Abhängigkeit geraten von der Philosophie und der Dichtung des deutschen Idealismus. Dann bemächtigte sich ihrer der wilde Nationalismus, der damals alle Völker Europas erfüllte. Nachdem also die evangelischen Predigten zunächst freundliche Belehrungen über alle möglichen Themen enthielten, die aufgeklärte Pastoren für wertvoll und wichtig hielten, entarteten sie gegen Ende des Jahrhunderts mehr und mehr zu vaterländischen Reden. Dazu trugen natürlich die siegreichen Kriege Preußen/Deutschlands von 1864, 1866 und 1870/71 verstärkend bei. Kurz, es war wirklich keine leichte Aufgabe, etwa von 1830 an evangelischer Pastor in Deutschland zu sein. Das besondere Problem dieses Berufes besteht zu allen Zeiten darin, daß der Pastor sein Leben lang einer großen Verlegenheit ausgesetzt ist: Er soll in einer gottlosen Welt unter gottfernen Menschen die Botschaft von Gott und seiner Liebe ausrichten. Da nun aber Gott unsichtbar ist, kann jedermann das gesamte Tun des Pastors in Frage stellen und lächerlich machen mit der Feststellung, er wisse doch nicht mehr als Herr Jedermann und woher er denn das Recht nehme, als Mensch von Dingen zu reden, die Menschen kraft ihrer menschlichen Möglichkeiten gar nicht wissen könnten. Natürlich kommt diese Anfechtung nicht nur von außen. Wer als Pastor ehrlich ist, wird zugeben müssen, daß er aus seinem eigenen Inneren heraus mit derselben Frage permanent konfrontiert wird. Wer das leugnet, sollte sofort seinen Beruf aufgeben; denn er müßte entweder ein Heuchler oder ein unerträglicher Schwachkopf sein.

Wer an der geschilderten Verlegenheit nicht zerbrechen oder zum geistigen Krüppel werden will, der muß im Worte Gottes fest gegründet sein. Das rein geistig schon unausschöpfliche Bibelbuch ist nicht nur deshalb bedeutsamer als alle sonstige Literatur, weil es Menschheitserfahrungen von Jahrtausenden aufbewahrt und vermittelt, die gar nicht zu entbehren sind, wenn wir nicht in die dunkelste Barbarei absinken wollen (die auf allen Gebieten zerstörerische Nazizeit hat uns einen ersten Anfang dieses Totalverlustes an Menschlichkeit gezeigt), es ist vor allem deshalb ganz unersetzlich, weil es das gültige Zeugnis von der Offenbarung Gottes in dieser unserer Menschenwelt ist. Den Wahrheitsbeweis für diese Behauptung kann nun freilich der Theologe einem Zweifler gegenüber nicht antreten durch Überredungskünste oder Beschwörungsversuche. Er kann die Botschaft nur bezeugen und dann darauf vertrauen, daß sie Glauben wecken werde.

Nun sorgte aber im vorigen Jahrhundert der von der



Die Kirche in Donop an der Jahrhundertwende. Ölgemälde von Ernst Meier-Niedermein aus dem Jahre 1910. Im Besitz des Lippischen Landesmuseums in Detmold.

Aufklärung überkommene Fortschrittsglaube und dann der Historismus und schließlich der laute Nationalismus dafür, daß Theologen nicht allzu zuversichtlich in ihren schweren Beruf gehen konnten. Man fühlte sich wohler, wenn man den Gebildeten nicht nachstand an Kenntnissen der Literatur und anderen Disziplinen und wenn man mit dem Tagesgeschehen vertraut war und „zeitgemäß" predigte. Doch es ist an zahlreichen Biographien aufzuzeigen, daß dabei niemand froh werden konnte.

Nun hat es aber allen Abirrungen zum Trotz, wie zu allen Zeiten, so auch im vorigen Jahrhundert und wie anderwärts, so auch in Lippe, neben vielen Versagern unter den Pastoren auch treue Zeugen gegeben, die still und zuversichtlich ihr Werk ausrichteten. Es gab treue Lehrer, die bei aller Unzulänglichkeit ihrer materiellen Lage und unter unsagbaren Schwierigkeiten in der Schule und im nebenamtlichen Orgel- und Küsterdienst unbeirrt durchhielten. Hier sei für viele andere nur der Name des Lüdenhauser „Küsters" Sauerländer genannt, dessen Wirken noch jahrzehntelang in bester Erinnerung aller Gemeindeglieder war und der nicht nur für die Gemeinde, sondern weit darüber hinaus mehr bedeutet hat als mancher Pastor. Und es gab vor allem Gemeindeglieder, die bei aller Jämmerlichkeit ihres Bildungsstandes

und unter oft drückender Armut Glauben hielten, im Bibelwort Trost und Hilfe suchten und fanden, die betend und fürbittend Kraft fanden und vermittelten und so dazu beitrugen, daß die vielen Gegenkräfte die Kirche nicht zu zerstören vermochten.
Dieses oft verdeckte christliche Leben fand seinen sichtbaren Ausdruck in mancherlei Einrichtungen christlicher Liebestätigkeit. Sie sind in Lippe weit zahlreicher als in vergleichbaren Landeskirchen Deutschlands. Manche von diesen Einrichtungen wurden von Gemeindegliedern und ohne Unterstützung der Kirche ins Leben gerufen. Aber es gab auch direkte Initiativen der offiziellen Kirche. Wir können hier nur eine Auswahl nennen.
Im Jahre 1816 wurde auf Betreiben des Hofmarschalls von Blomberg und unter dem Protektorat der Fürstin Pauline die Lippische Bibelgesellschaft gegründet. Sie entwickelte sich mit Unterstützung der Kirchengemeinden und ihrer Pastoren schnell zu einer bedeutenden Einrichtung. Ihre Hauptaufgabe war, verbilligte Bibeln und Neue Testamente im Lande zu verbreiten und arme Konfirmanden kostenlos damit zu versorgen. Sie hat sich im Laufe von mehr als anderthalb Jahrhunderten stetig weiterentwickelt und versorgt heute immer neue Gebiete der „Dritten Welt" mit Bibeln und Bibelteilen.
1839 gründete Generalsuperintendent Georg Althaus den Lippischen Missionsverein, der dafür sorgte, daß der Missionsgedanke in den Gemeinden verbreitet wurde, daß Gaben aufgebracht und junge Menschen für den Missionsdienst gewonnen wurden. Bezeichnenderweise geriet gerade diese Arbeit noch zur Amtszeit von Althaus in Gegensatz zur Kirchenleitung, die seine Arbeit zeitweise massiv behinderte.
1844 gründete derselbe Generalsuperintendent den lippischen Zweig des Gustav-Adolf-Vereins, dessen Aufgabe es ist, evangelische Christen und Gemeinden in der Diaspora zu unterstützen. Auch diese Arbeit steht heute noch in voller Blüte.
Bevor wir die Werke und Einrichtungen der sog. christlichen Liebestätigkeit in Lippe aufzählen, müssen noch die zahlreichen Stiftungen erwähnt werden, die seit Beginn des vorigen Jahrhunderts bemüht waren, die gröbste Not zu lindern. 1887 gab es hier nicht weniger als 180 Stiftungen verschiedener Art. Im Jahre 1911 gab es 202 Stiftungen aller möglichen Art, Herkunft und Zweckbestimmung. Diese verschiedenen Stiftungen, Vermächtnisse und Anstalten lassen darauf schließen, daß hierzulande viele begüterte Menschen aus christlichen bzw. humanitären Motiven ein Bewußtsein hatten für die Verantwortung für Notleidende in ihrer näheren oder weiteren Umgebung. Einige dieser alten Stiftungen sind später übergegangen in Anstalten der Inneren Mission, an denen das kleine Lippe ungewöhnlich reich ist. Wir können sie nur lückenhaft aufzählen und kurz charakterisieren.

a) Heime und Anstalten

Die Paulinenanstalt geht auf das Wirken der Fürstin zurück, deren Namen sie trägt. Gleich zu Beginn ihrer Regentschaft (1802–1820) gründete sie eine Pflegeanstalt. Darin waren zusammengefaßt ein Waisenhaus, ein Siechenheim, ein freiwilliges Arbeitshaus und eine Handarbeitsschule. Etwas später schuf Fürstin Pauline in Detmold eine Kleinkinderbewahranstalt, den ältesten Kindergarten Deutschlands (nach einem Pariser Vorbild).
Die Paulinenanstalt nahm nach dem Zweiten Weltkrieg eine mächtige Entwicklung. Sie umfaßt heute ein Kinderheim, drei Kindergärten und drei Altenheime.
Die Anstalt Grünau bei Schötmar ist eine unmittelbare Frucht der Erweckungsbewegung. Sie entstand 1849 mit der Zweckbestimmung, verwahrloste Jungen aufzunehmen. Heute gehört sie zum Johanneswerk in Bielefeld.
Das Sophienheim in Heiligenkirchen ist das Gegenstück zu Grünau, eine Anstalt für gefährdete Mädchen, im Jahre 1863 gegründet von der späteren Fürstin Sophie, der Gemahlin von Fürst Woldemar (1875–1895). Diese Anstalt erlebte jeweils nach den beiden Weltkriegen eine besondere Blütezeit. In den letzten Jahrzehnten wurden dort auch Jungen aufgenommen. Infolge des Geburtenrückganges hat sie in den letzten Jahren erheblich abgenommen.
Eben Ezer in Lemgo ist heute die größte Anstalt der Inneren Mission in Lippe. Sie entstand 1869 aus kleinsten Anfängen als Heim für behinderte Mädchen auf Initiative des frommen Lehrers Topehlen. Von 1882 an wurden auch schwachsinnige Jungen und Männer aufgenommen. In der Notzeit nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Eben Ezer besonders wich-

tig durch die Aufnahme vieler Flüchtlinge, vor allem kranker, alter und alleinstehender Menschen. Die Gesamtzahl der dort versorgten Menschen belief sich in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg auf weit über tausend. Entsprechend wuchs die Zahl der Mitarbeiter. Die ärztliche Versorgung, der Pflegedienst und vor allem das Schulwesen von Eben Ezer haben heute ein beachtliches Niveau. Seit zwei Jahrzehnten sind die Erweiterungsbauten auf der Luherheide vor den Toren Lemgos in Gang. Die zahlreichen Neubauten sind den Bedürfnissen der kranken und pflegebedürftigen Menschen angepaßt. Seit längerem gibt es im Bereich von Eben Ezer nicht nur alle Arten von Handwerksbetrieben, wo Kranke und Schwache ihren Kräften entsprechend beschäftigt werden und zu eigenen Erfolgserlebnissen kommen, sondern es gibt auch einige beachtliche Landwirtschaftsbetriebe, die für die Versorgung der Anstalt wichtig sind.

Das Elisenstift in Humfeld verdankt seine Entstehung und seinen Namen der Frau des Pastors Adolf Merkel in Varenholz, Elise, geb. Meyer, die nach noch nicht dreijähriger Ehe verstarb, aber vor ihrer Verheiratung schon testamentarisch eine große Summe ausgesetzt hatte zur Gründung einer Anstalt, in der alte und gebrechliche Arme beiderlei Geschlechts gepflegt und versorgt werden sollten. Dieses frühere „Armenhaus", wie es im Volksmunde hieß, hat sich in den letzten Jahrzehnten ganz besonders erfreulich entwickelt. Heute ist es ein Altenheim, das auch höheren Ansprüchen genügt.

Das Siechenhaus in Wüsten geht auf eine Stiftung der Eheleute Dr. von Lengerke auf Steinbeck zurück, die anläßlich der Silberhochzeit 1882 errichtet wurde. Zum Bau des Hauses kam es erst 1893. Aus diesem „Siechenhaus" mit ursprünglich 14 Betten ist heute ein Altenwohnheim gehobenen Charakters geworden.

Kiffestift und Mariannenstift in Oerlinghausen können zwar nicht eine gleich große Entwicklung aufweisen, haben aber seit ihrer Gründung durch wohlhabende Oerlinghauser Bürger im vorigen Jahrhundert ungezählten alten und kranken Menschen Hilfe und Segen gebracht.

Die Kinderheilanstalt Bethesda in Bad Salzuflen wurde 1875 auf Anregung von Konsistorial- und Schulrat Thelemann und dem Salzufler Pastor Theopold gegründet, um skrofulösen Kindern heilkräftige Solekuren zu ermöglichen. Dieses Werk nahm eine schnelle Entwicklung. Es mußten bald neue Gebäude errichtet werden, um die immer zahlreicher werdenden Anwärter für die Heilkuren unterbringen zu können. Es ist wiederum eine Folge des Geburtenrückganges, daß die Gebäude heute der Betreuung von alten Menschen dienen.



Der Theologe und Rektor Rudolf Cruel, Verfasser der „Gedichte eines alten Schulmeisters", war als Sohn eines Pfarrers am 23. 8. 1820 in Schötmar geboren. Er gehörte zu den wenigen Theologen, die den Schuldienst zu ihrem Lebensberuf gewählt hatten. Seit 1848 amtierte Cruel als Rektor in Lage, seit 1857 als Rektor an der höheren Töchterschule in Detmold. Er verfügte über eine fundierte und weit über sein Fach hinausreichende Bildung, die er auf literarischem Gebiet zur Geltung brachte. 1879 erschien seine bis heute nicht überholte „Geschichte der deutschen Predigt im Mittelalter" (1966 in der Wiss. Buchgesellschaft neu aufgelegt), 1883 folgte das Werk „Die Sprachen und Völker Europas vor der arischen Einwanderung. Streifzüge auf turanischem Sprachgebiete". Bereits 1881 hatte Cruel die „Gedichte eines alten Schulmeisters" veröffentlicht, ein Zeugnis seiner dichterischen Talente.



Kirche und Pfarrhaus in Schwalenberg. Ölgemälde von Emil Zeiß. Um 1880. Im Privatbesitz von Pastor Dr. Werner Lohmeyer, Hiddesen.

Das Diakonissenhaus in Detmold stellte seit Anfang dieses Jahrhunderts für die meisten der genannten Anstalten die Pflegekräfte. Es wurde 1899 auf Anregung von Pastor Friedrich von Bodelschwingh-Bethel gegründet und gewann schnell an Bedeutung. Es wurden Hunderte von Diakonissen und Verbandsschwestern ausgebildet, die den Pflegedienst in den Krankenhäusern in Lippe und der Grafschaft Bentheim, während des Ersten Weltkrieges auch in Lazaretten und von Anfang an vor allem in den Gemeindepflegestationen in Lippe, Ostfriesland, der Grafschaft Bentheim und einigen reformierten Gemeinden in Bielefeld, Osnabrück und Hannover übernahmen. Später waren sie auch in Altenheimen und Kindergärten tätig.

In der Zeit des Kirchenkampfes war das Detmolder Diakonissenhaus ein Sammelpunkt für die ganze Bekennende Kirche in Deutschland, die „Herberge zur weißen Haube" genannt. Hier wurden viele heimliche Konferenzen und Tagungen durchgeführt. Menschen, die bedroht und oft in unmittelbarer Lebensgefahr waren, wurden aufgenommen und betreut, bis die Gefahr vorüber war. In der großen Notzeit nach dem Zweiten Weltkrieg ging vom Diakonissenhaus viel Hilfe aus. Da in den meisten Großstädten infolge des Bombenkrieges keine Tagungsstätten zur Verfügung standen, wurden weiterhin in Detmold viele Zusammenkünfte abgehalten.

Neben der eigentlichen Pflegearbeit wurde noch mancher sonstige Dienst geleistet: Es wurden Kurse für häusliche Krankenpflege in den Gemeinden durchgeführt; die Mütterschule, heute Evangelische Erwachsenenbildungsstätte in der Gutenbergstraße, ist im Diakonissenhaus begonnen worden, ebenso das Diakonische Jahr, durch das immer mehr junge Menschen erreicht und für diakonische Aufgaben nicht nur interessiert, sondern auch ausgebildet werden.

Die Herberge zur Heimat in Detmold wurde im vorigen Jahrhundert ins Leben gerufen, um den Nichtseßhaften zu helfen und sie vor Bettelei zu bewahren, indem man sie durch eigene Arbeit im Garten die Kosten für Unterkunft und Beköstigung selbst verdienen ließ. 1928 wurde in Barntrup eine zweite solche Einrichtung geschaffen, die heute mit einem großen Altenheim verbunden ist.

b) Sonstige feste Einrichtungen

Neben den oben aufgeführten Anstalten und Einrichtungen gibt es noch eine Fülle ähnlicher Unternehmungen. Es gibt zahlreiche Altenheime (besonders erwähnt werden muß noch das neue Diakoniezentrum in Lage), Kinderheime, Einrichtungen zur Altenpflege und Altenbegegnung, es gibt einen Ferien- und Freizeitdienst, der vom CVJM, aber auch vom Diakonischen Werk und von der Frauenhilfe getragen wird, ein Müttererholungswerk, es gibt Familienpflegerinnen, also ausgebildete Kräfte, die im Haushalt die Mutter und Hausfrau ersetzen, wenn diese durch Krankheit oder wegen einer Kur ausfällt. Es gibt zahlreiche evangelische Kindergärten und vor allem Gemeindepflegestationen, die heute weithin zusammengefaßt sind in Diakonie- und Sozialstationen, wo mehrere Schwestern und männliche Pfleger gemeinsam den Dienst tun. Das hat den Vorteil, daß diese Stationen ständig besetzt sind und daß Zeit und Wege gespart werden. Auf diesem Gebiet der häuslichen Krankenpflege arbeiten heute erfreulicherweise kirchliche und staatliche bzw. kommunale Stellen vertrauensvoll zusammen. Es gibt eine Evangelische Familienbildungsstätte (die frühere Mütterschule), eine Zentrale für evangelische Erwachsenenbildung und eine Zentrale für die Jugendarbeit in der Lippischen Landeskirche. Die Frauenhilfen, die heute wohl in jeder Gemeinde existieren, werden zusam-



„Vor der Sonntagspredigt": Pastor Alexander Zeiß am Fenster seiner Studierstube im Pfarrhaus zu Schwalenberg. Ölgemälde von Prof. Bruch aus Berlin. Um 1900. Im Besitz von Pastor Wilkens, Bösingfeld.

Alexander Zeiß entstammte einer alten lippischen Pastorendynastie. Sein Vater Emil Zeiß war Pastor in Barntrup (1864–1886) und Heiligenkirchen (1888–1905) gewesen, sein Großvater Wilhelm Zeiß wirkte als Pastor in Stapelage (1832–1837), Schötmar (1837–1844) und Schwalenberg (1844–1885), sein Urgroßvater Adam Zeiß hatte in den Jahren von 1817–1877 als Pastor in Silixen amtiert.

Alexander Zeiß wurde am 8. August 1861 in Horn geboren. Daß er die Theologie als Lebensberuf wählte, geschah aus innerer Neigung unter mitwirkender Familientradition. Seit dem 1. 11. 1885 wirkte Zeiß, zunächst als Gehilfe seines Großvaters, dann als dessen Amtsnachfolger als Pastor in Schwalenberg. Er hat hier bis zum Jahre 1934 – also volle 50 Jahre – im Amt gestanden.

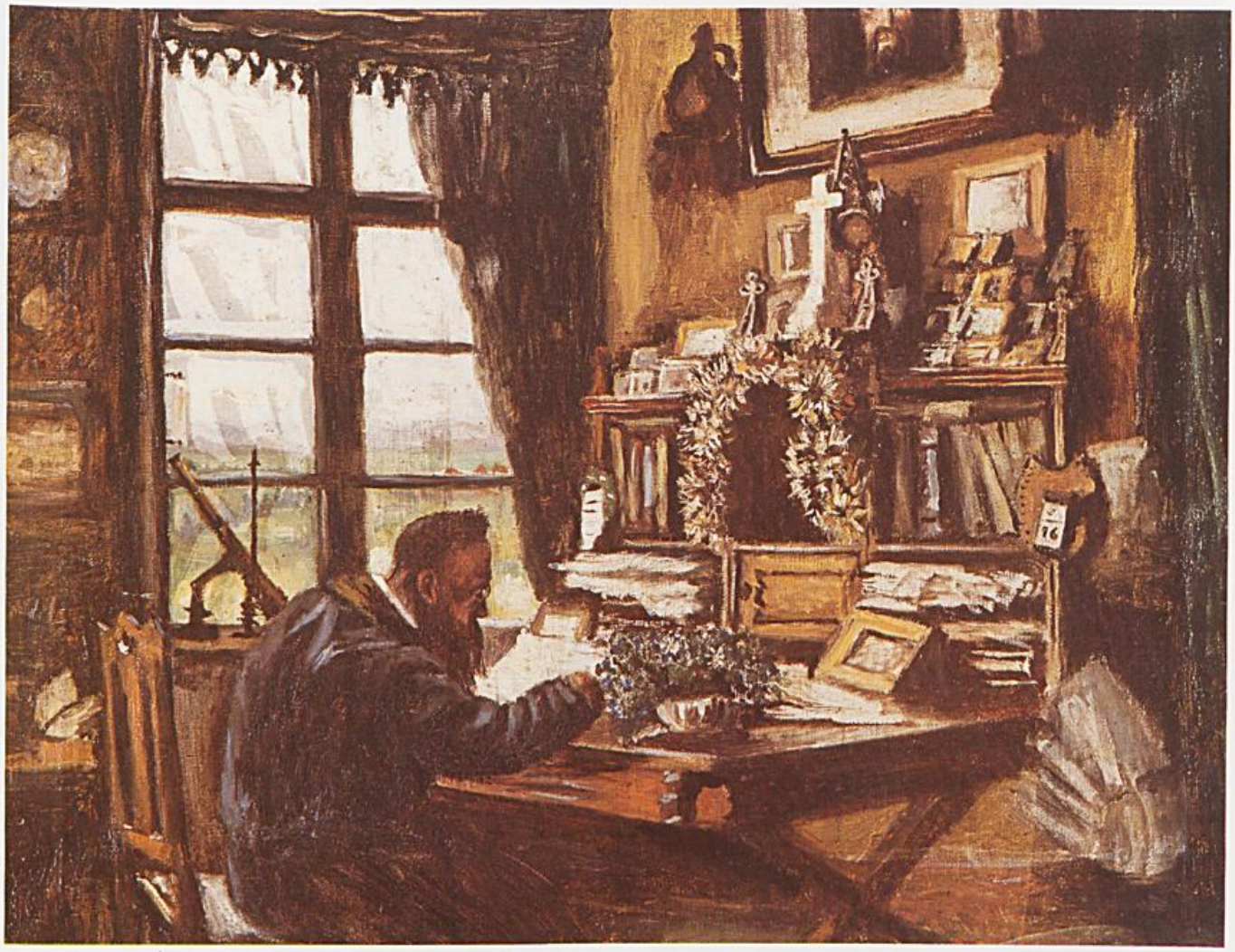
Was Alexander Zeiß aus dem Kreis seiner Amtsbrüder vor allem heraushob, war sein sozialpolitisches Engagement. Von 1899 bis 1918 war Zeiß, ohne einer Partei anzugehören, Mitglied des Lippischen Landtags. Zeiß wurde in dieser Funktion zum Anwalt der lippischen Ziegler. Er war im Landtag der eifrigste Verfechter der Pläne zur Ansiedlung der Wanderarbeiter in Lippe und zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Lande. Zeiß wurde nicht müde, durch Presse (Ziegler-Sonntagsblatt), durch Besuchsreisen als Zieglerpastor und durch die religiöse Betreuung mit Hilfe der „Kommission für geistliche Zieglerpflege", deren langjähriger Vorsitzender Zeiß war, an der Lösung der an der Jahrhundertwende brennend gewordenen Zieglerfrage gestaltend mitzuwirken. In diesem Bestreben gewann der von Zeiß im Jahre 1895 gegründete Gewerkverein der Ziegler eine besondere Bedeutung.

Darüber hinaus war Zeiß unermüdlich auf dem Felde der Heimatpflege und des Heimatschutzes tätig: Wesentliche Verschönerungen Schwalenbergs gingen auf seine Anregungen zurück; er wurde auch der Chronist seines Kirchspiels.

mengefaßt in einem Landesverband mit eigener Verwaltung und einer Volltheologin als Geschäftsführerin. Es gibt eine Pfarrstelle für Familien- und Lebensfragen, den sog. Pastoral-psychologischen Dienst mit Sitz in Detmold, aber auch einigen Außenstellen.
Besonders hervorzuheben sind zwei Tagungs- und Erholungsheime der Lippischen Landeskirche: „Haus Stapelage" in Hörste und das „Inselhospiz" in Juist. Ersteres wurde bereits 1961 eröffnet, später erheblich erweitert und wird ständig für Erholungskuren, Tagungen und Sitzungen benutzt. Das Inselhospiz wurde 1980 erworben und dient der Erholung von Gruppen und Einzelpersonen.

Die offene Arbeit in Vereinen und Verbänden

Hier muß die umfangreiche kirchenmusikalische Arbeit zuerst genannt werden. Sie hat besonders nach dem Zweiten Weltkrieg einen erfreulichen Aufschwung genommen. Während früher in aller Regel die Lehrer die Orgel spielten, gibt es heute in den meisten Gemeinden Organisten, die nicht mehr im Schuldienst stehen, die also auch ihre musikalische Ausbildung nicht im Seminar, sondern auf Kirchenmusikschulen oder -hochschulen oder in freien Kursen genossen haben, wie sie auch in Lippe mit dem Ziel der C-Prüfung seit langem durchgeführt werden. Es gibt in Lippe zahlreiche Kirchenchöre und Kantoreien, die z. T. ein hohes Niveau erreicht haben und durch Rundfunkübertragungen, Langspielplatten und Konzertreisen weit über die Landesgrenzen hinaus bekannt geworden sind. – Besonders erwähnt werden muß die Arbeit der Posaunenchöre, die im Lippischen Posaunenwerk zusammengefaßt werden und allenthalben an der musikalischen Ausgestaltung der Gottesdienste mitarbeiten.
Auf eine lange Tradition kann die männliche Jugendarbeit in Lippe zurückblicken: Seit über hundert Jahren gibt es auch hierzulande die Bewegung, die früher „Männer- und Jünglingsverein" hieß und heute den Namen CVJM trägt, was früher „Christlicher Verein junger Männer" und heute „Christlicher Verein junger Menschen" bedeutet, weil neuerdings auch junge Mädchen und Frauen Mitglieder sind. Diese früheren Jünglingsvereine haben in den über hundert Jahren ihres Bestehens viel geleistet zur Betreuung der männlichen Jugend. In der Regel hatte früher jeder dieser Vereine seinen Posaunenchor, während heute diese Chöre oft ein Eigenleben führen und nicht mehr unbedingt vereinsmäßig an diese Jugendgruppen gebunden sind.
Parallel zu der männlichen Jugendarbeit entwickelte sich dann mehr und mehr auch eine weibliche Jugendarbeit, die nach dem Ersten Weltkrieg in Lippe besonders wirkungskräftig war. Das lag vor allem an der straffen Organisation und der intensiven geistlichen Versorgung durch hauptamtlich angestellte Kräfte, die bei geringer Bezahlung größte Leistungen vollbracht haben. Nach 1933 ist es den Nationalsozialisten trotz aller Verbote und Schikanen nicht gelungen, die evangelische Jugendarbeit zu zerschlagen. Lediglich die bisherige Vereinsform mußte aufgegeben werden. Die Arbeit selbst ging weiter und wurde insofern intensiviert, als man sich nach dem Verbot von Trachten und großen Zusammenkünften jetzt vor allem auf die „Bibelarbeit" konzentrieren mußte. Durch die Singbewegung wurde gerade während des „Dritten Reiches" viel beigetragen zur Belebung der kirchlichen Arbeit.
Die große Bewegung „Jugendbund für entschiedenes Christentum" hat von Lippe ihren Ausgang genommen. Es war Pastor Hobbing aus Bad Salzuflen, der in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts diese Arbeit begann. Heute ist sie in ganz Deutschland verbreitet und ziemlich einflußreich. In Lippe hat die Vereinigung in dem Blecherhaus in Horn ein Zentrum, das nicht nur für Lippe, sondern auch überregional von großer Bedeutung ist.
Heute ist alle Jugendarbeit zusammengefaßt und wird ständig koordiniert durch die oben erwähnte Zentrale für evangelische Jugendarbeit in Detmold.
Wenigstens am Rande sei noch erwähnt, daß die Lippische Landeskirche seit 1863 durch Verordnungen und Anweisungen an die Pastoren ein Bewußtsein von ihrer Verantwortung für die Seelsorge an den lippischen Wanderarbeitern gezeigt hat. Jahr für Jahr zogen viele tausend Lipper im Frühjahr in die Fremde, um als Ziegelarbeiter ihren Lebensunterhalt zu verdienen, während ihre Frauen zu Hause in der Regel ein Stück Acker bestellten und als Tagelöhnerinnen ein gewisses (oft sehr beachtliches) „Zubrot" erwarben. Erstaunlicherweise brachten es diese fleißi-



Pastor Alexander Zeiß am Sekretär in seiner Studierstube im Schwalenberger Pfarrhaus. Ölgemälde von Prof. Bruch aus Berlin. Um 1910. Im Privatbesitz von Pastor Wilkens, Bösingfeld.
Pastor Held aus Hiddesen, der Alexander Zeiß im Schwalenberger Pfarrhaus häufig besucht hatte, schrieb im Jahre 1941 über Zeiß: „Zeiß war ein Frühaufsteher. Ging dann auch bei Kälte unter die Dusche und trank für sich eine Tasse Kaffee, den er überhaupt sehr schätzte. Ein Sofa hat er in seinem Amtszimmer nie geduldet. Es war aber von spartanischer Einfachheit weit entfernt, glich vielmehr einer Bildergalerie oder einem Museum. Alles, was er liebte, hing in Bildern um ihn an der Wand. Prachtvoll war der Blick aus seinem Fenster in die meilenweite Ferne mit dem Fernrohr zur Seite. In diesem Raum ist viel gedacht, gelesen, geschrieben und gebetet worden. Seine Kopfschmerzen trieben ihn aber auch viel in die freie Luft. Wenn es irgend anging, brachte er einen Feldblumenstrauß mit nach Hause. Die Blumennamen waren ihm von Jugend an bekannt. Er nannte sich wohl selbst und seine Familie einen lustigen Zeisig. Er war auch tatsächlich meistens guter Laune. Nervös, verdrossen, unzufrieden habe ich ihn meines Wissens nie gesehen. Er war bescheiden, nicht empfindlich und nicht streitsüchtig, weder in Debatten noch im Leben".
Der Kranz aus Silberdiesteln vor dem Sekretär umrahmte das Bild seiner Frau, die Alexander Zeiß bereits im Jahre 1890 bei der Geburt der zweiten Tochter verlor. Als Zeiß am 14. Februar 1938 starb, hatte er seine Frau um 48 Jahre überlebt. Vgl.: Pastor Alexander Zeiß zum Gedächtnis, Berlin 1941, S. 34.

gen und sparsamen Lipper im Laufe der Zeit trotz geringer Löhne und mancher Schwierigkeiten oft zu einem eigenen Hause. Um sie während der unvorstellbar harten Arbeit in der Fremde nicht allein zu lassen, organisierte die Landeskirche einen Besuchsdienst durch geeignete Pastoren. Neben diesen „Zieglerreisen" bemühten sich die Gemeindepastoren, den Kontakt mit den auswärts tätigen Gemeindeglie-



Dieses Gruppenbild entstand am 2. 7. 1903 anläßlich des 70. Geburtstages von Emil Zeiß. Oben rechts: Pastor Alexander Zeiß. Im Vordergrund auf dem Boden sitzend: Mathilde Zeiß. Sie ist die Mutter des heute in Bösingfeld amtierenden Pastors Henrich Wilkens.

dern aufrechtzuerhalten und den Familien notfalls beim Briefeschreiben und ähnlichen Aufgaben beizustehen.

Eine besondere Aufgabe übernahmen ab 1840 manche Pastoren in der Bekämpfung des Alkoholismus. Seit dem Dreißigjährigen Kriege (1618–1648) war in Deutschland der Genuß von Branntwein aufgekommen, der sich dann jeweils in Kriegszeiten epedemieartig steigerte und auch in Zeiten wirtschaftlicher Not besonders wucherte. Durch dieses Brennen von Korn und später auch Kartoffeln zu Schnaps bzw. „Fusel" (Kartoffelschnaps) wurden die öfter vorkommenden Hungersnöte empfindlich gesteigert, und manche Familien gerieten durch die Trunksucht des Familienvaters in den Ruin. Dem suchten die Pastoren – oft im Bunde mit den Lehrern – nach Kräften zu wehren. Gegen Ende des vorigen Jahrhunderts wurde auch in Lippe diese Arbeit vom „Blauen Kreuz" übernommen.

Die Landeskirche und die Gemeinschaftsbewegung

Gemeinschaftsbewegung ist der Sammelname für jene Kreise innerlich bewegter Christen, denen der normale Betrieb in den Kirchengemeinden nicht genügte, die sich deshalb in Bibelstunden und Versammlungen um tiefere Erkenntnis und religiöse Anregungen bemühten. In Lippe waren die Gemeinschaftskreise im allgemeinen gut kirchlich gesonnen. Ihr Anliegen wurde durch viele Gemeindepastoren dadurch aufgenommen und befriedigt, daß sie in regelmäßigen Abständen abendliche Bibelstunden hielten. Nur an einzelnen Stellen (z. B. in Lage) zeigten sich Neigungen zur Separation. Die zweimal jährlich in Lemgo stattfindende „Brüderkonferenz" trug viel dazu bei, die Bewegung in kirchlichen Bahnen zu halten und sie zur Belebung der Gemeinden fruchtbar zu machen.

In der Zeit der Not und Unruhe nach dem Ersten Weltkrieg regte sich auch in Lippe mancherorts neues Leben auf religiösem Gebiet. Die Landeskirche nahm anfangs so gut wie gar keine Kenntnis davon. So kam es dazu, daß an einigen Orten religiöse Freibeuter kleine Gruppen sammeln und „Freie Gemeinden" gründen konnten, die in der Regel Sekten waren. Innerhalb der Landeskirche gewann auch die Gemeinschaftsbewegung neuen Aufschwung. Im Jahre 1924 gründeten der Gutsbesitzer Otto von Reden-Wendlinghausen und der Oberlehrer Hermann Rehme aus Bad Salzuflen den Lippischen Gemeinschaftsbund.

Diese Aktivitäten waren der Kirchenleitung offenbar unbehaglich. Das muß man verstehen; denn wenn in der Kirche eine „Bewegung" entsteht, die durch sog. „Laien" die Bibel auslegen läßt, so deutet das mindestens auf ein Defizit hin, das in der Versorgung der Gemeindeglieder durch die Ortspfarrer empfunden wurde. Solche Kritik mochte im Einzelfall ungerecht und unberechtigt sein, in jedem Fall war sie unangenehm. Hinzu kam, daß mancher Laienprediger oder Evangelist zwar über eine natürliche Redegabe verfügen mochte; aber es war zu befürchten, daß durch schwärmerische, aufgeregte Reden Verwirrung in die Gemeinden getragen würde. Diese Sorge veranlaßte das Konsistorium unter D. Weßel, am 16. März 1925 eine „Verordnung, Evangelisationen betreffend" zu erlassen. Darin werden „die in den Gemeinden der Landeskirche sich mehrenden Evangelisationen" grundsätzlich begrüßt, weil sie erwecklich wirken könnten. Doch dann werden „gewisse Ordnungen und Richtlinien für die Evangelisationen" aufgestellt, „nicht etwa, um ihnen ein Hemmnis zu bereiten, sondern um Gefahren abzuwenden, die mit ihnen verbunden sein könnten".

In den zwölf Richtlinien wird gewarnt vor „frommer Neugier", vor „geistlicher Genußsucht" und „geistlichen Reizmitteln". Die Evangelisation „wird leidenschaftliches Eifern, gewalttätiges Drängen und Treiben, auch alle Effektsucht in Darbietung massiver Bilder und unkontrollierbarer Geschichtchen zu vermeiden . . . haben". Es wird gefordert, bei der Wahl der Person des Evangelisten größte Sorgfalt walten und „Persönlichkeiten weiblichen Geschlechts" nur vor Frauen und Mädchen sprechen zu lassen; ferner, „daß nicht ein beliebiger Personenkreis in der Gemeinde einen Evangelisten ruft, sondern daß dies von seiten der geordneten Vertretung der Gemeinde geschieht oder daß doch diese Vertretung die Berufung ausdrücklich billigt". „In kirchlichen Räumen zu haltende Evangelisationen sind vorher dem Konsistorium anzuzeigen." In dem letzten Punkt 12 heißt es: „Öffentliche Sündenbekenntnis und das Feststellen von ‚Bekehrungen', auch in Nachversammlungen, hat zu unterbleiben, wie denn der menschlichem Urteil nicht anstehende Versuch, die Gemein-



Predigt in der Marienkirche in Lippstadt. Zeichnung von Emil Zeiß. Um 1871.



Wilhelm Brüns, geboren 1878 in Bremen, als 22jähriger Student der Theologie in Tübingen, hier in vollem Wichs als Chargierter der Sängerschaft Hohenzollern (1900). Brüns legte am 23. 9. 1903 vor dem lippischen Konsistorium seine erste theologische Prüfung ab. Er war nach seiner Ordination (1905) bis zu seinem Tode am 25. 8. 1943 als Pastor in Detmold tätig, von 1933–1943 zugleich als Superintendent der Klasse Detmold. Brüns war seit 1906 mit Mathilde Dreves, einer Tochter des Superintendenten August Dreves aus Hohenhausen, verheiratet.



Pastor Dreves, seit 1900 Superintendent der Klasse Varenholz, im Garten des Pfarrhauses zu Hohenhausen. Um 1893. Seine Tochter wurde die Frau von Pastor Brüns.

deglieder im Richtgeist in Bekehrte und Nichtbekehrte abzuteilen, dem Sinn Christi widerspricht." Daraus wird deutlich, daß diese nüchternen und klaren Richtlinien die Absicht verfolgten, eine vernünftige Ordnung zu gewährleisten und peinliche Entgleisungen zu verhüten.

Der Lippische Gemeinschaftsbund hat im allgemeinen gute und solide Arbeit getan. Schon 1925 stellte er zwei „Bibelschwestern" an, die für Frauen, junge Mädchen und Kinder Bibelstunden und Freizeiten hielten. Im selben Jahr 1925 gründeten sie in Wiembeck ein Kinderheim, das aus eigenen Mitteln unterhalten wurde und noch heute besteht.

Nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte Otto von Reden noch einmal eine besondere Initiative. Es begann damit, daß schon im Herbst 1945 auf seine Anregung hin und unter seinem Vorsitz eine Arbeitsgemeinschaft aller christlichen Verbände in Lippe gegründet wurde. Im Jahre 1950 wurde von dieser Arbeitsgemeinschaft der Beschluß gefaßt, in Lippe in regelmäßigen Abständen „Evangelische Wochen" durchzuführen. Als Vorbild dienten einmal die „Evangelischen Wochen", die während des Kirchenkampfes in verschiedenen Großstädten durchgeführt worden waren, andererseits die „Evangelischen Kirchentage", die ab 1949 im Leben der evangelischen Christen schnell an Bedeutung gewonnen hatten. Im Mai 1951 fand in Detmold die erste „Evangelische Woche" statt unter dem Thema „Jesus Christus, der Herr unseres ganzen Lebens". Der Besuch war gut und das Echo ermutigend. Im Jahre darauf wurde die „Evangelische Woche" in Lemgo durchgeführt unter



Seit Gründung des evangelischen Pfarrhauses in den Tagen der Reformation gehörten Kinder ins Pfarrhaus, sogar viele Kinder. Fünf bis zehn Kinder waren die Regel. Was ihre Zahl anbetraf, so rangierte der Pfarrerstand in der Skala der Berufsstände gleich hinter dem Bauernstand, unter den akademischen Berufen unangefochten an der Spitze. Diese Aufnahme entstand um 1908 in Talle: Sie zeigt – aufgereiht wie „Orgelpfeifen" – die Kinder des Pastors Heinrich Blome: Elisabeth, Werner, Martha, Wilhelm, Margarete und Hilde (von links). Der älteste Sohn Werner, geb. am 29. 9. 1900 in Elbrinxen, wurde wieder Theologe. Er wurde 1925 in Talle ordiniert, wo er bis 1938 als Pfarrer tätig war. Von 1938–1970 amtierte Werner Blome als Pastor in Bösingfeld. Er war seit 1938 Superintendent der Klasse Varenholz (seit 1949 Klasse Bösingfeld) und von 1959–1971 Präses der Lippischen Landessynode. An seinem 80. Geburtstag wurde Pastor Blome zum Ehrenbürger der Gemeinde Extertal ernannt.

dem Thema „Zur Freiheit berufen", im nächsten Jahr in Bad Salzuflen, danach in Lage und 1955 wieder in Detmold. Dann entschloß man sich, in zweijährigem Rhythmus zusammenzukommen. Die letzte Veranstaltung dieser Art fand 1968 in Lage statt. Danach fand man nicht mehr den Mut dazu. Ob diese Resignation berechtigt war, muß bezweifelt werden.
Seither geht die Arbeit der Gemeinschaftskreise in der alten Weise weiter. Es werden Bibelstunden, Freizeiten und nach wie vor auch Evangelisationen veranstaltet, zum Teil unter Mitwirkung der Gemeindepastoren, zum Teil auch neben der regulären Gemeindearbeit. Der Gemeinschaftsbund, der Kreisverband des CVJM, der Jugendbund für entschiedenes Christentum haben hauptamtliche Prediger bzw. Sekretäre in ihren Diensten, die in der Regel gut kirchlich eingestellt sind und in diesem Sinne auch ihre Arbeit tun.

Die Kirche und der Erste Weltkrieg

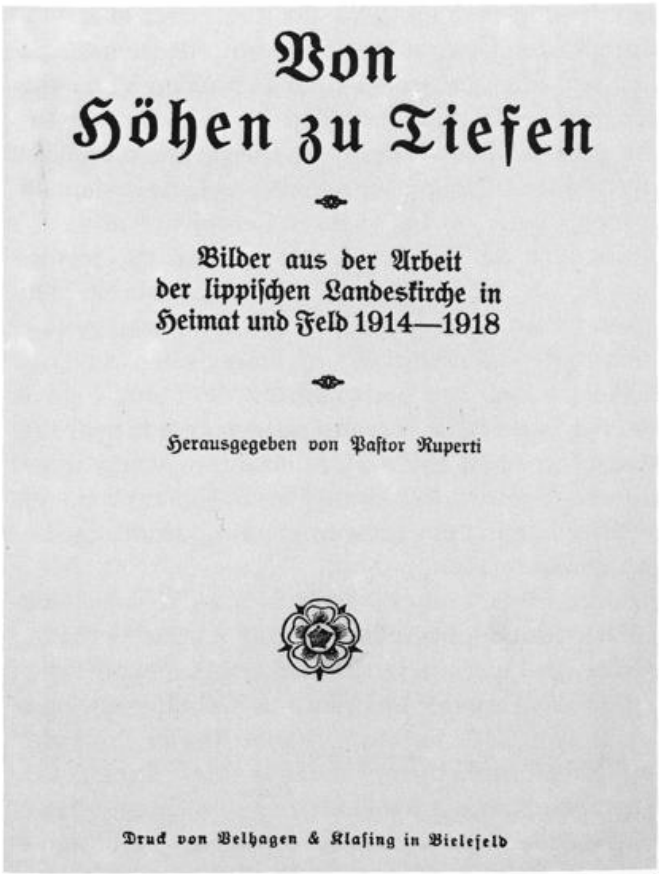
Beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges, etwa ab Mitte Juli 1914, war ganz Europa wie von einem Fieber ergriffen. Unmittelbar vor Kriegsausbruch wurde z. B. in Paris der Sozialistenführer Jean Jaurès ermordet, weil er sich energisch für die Verhinderung des Krieges eingesetzt hatte. Solche „Störenfriede" waren damals unerträglich. Auch das deutsche Volk hatte nur allzu kräftig von dem Taumelkelch der vaterländischen Begeisterung getrunken, und dabei machte leider die Kirche keine Ausnahme. Geschichtliche Erinnerungen spielten eine verhängnisvolle Rolle: 1913 hatte man in vielen Feiern des Befreiungskrieges gegen Napoleon gedacht. Dank der vereinfachenden Darstellung in den Schulbüchern wußte niemand mehr, wie verlustreich gerade dieser Krieg gewesen war und welch entsetzliche Folgen er auf sozialem Gebiet noch jahrzehntelang gehabt hatte.

Doch davon stand nichts in den Geschichtsbüchern. Dort las man nur von den Heldentaten der Freiheitskämpfer. Dann hatte Preußen-Deutschland 1864, 1866 und 1870/71 drei überaus ruhmreiche Kriege geführt. Danach folgte eine Periode der Konsolidierung, die unter Bismarcks zielklarer Führung Deutschland zur Weltgeltung emporführte. Zwischen 1870 und 1914 hatte Deutschland dank der unzweifelhaften Tüchtigkeit seiner Bürger auf wissenschaftlich-kulturellem wie auf wirtschaftlich-technischem Gebiet erstaunliche Fortschritte gemacht, ganz zu schweigen von seiner militärischen Stärke. Kurz, unser Volk konnte sich durchaus sehen lassen. Es war „auf der Höhe".

Als es dann im Sommer 1914 durch ein starres Bündnissystem in den Krieg verwickelt wurde, gab es für die nationale Propaganda nur eine Erklärung für dieses Unglück: Die Feindmächte neideten dem deutschen Volke seine „führende Stellung" in Europa und der Welt, von der leider allzu viel geredet worden war. Dieser Neid trieb vor allem England in den Krieg gegen uns, während Frankreich nach Rache für die Niederlage von 1870/71 dürstete. Natürlich spielten dergleichen Gefühle eine Rolle. Aber es war doch eine heillose Vereinfachung, wenn der Ausbruch des Krieges immer wieder nur so erklärt wurde.

Die Kirche, die damals noch fest mit dem Staat verbunden und durch ihre Verfassung in die staatliche Verwaltung eingebaut war, spielte deshalb den ganzen Krieg hindurch, vor allem aber am Anfang, eine unglückliche Rolle. Die Bevölkerung empfand trotz aller Kriegsbegeisterung dunkel, daß jetzt ein großes Unglück über sie hereinbrach. Wenn Frauen ihre Ehemänner, Bräute ihre Verlobten, Eltern ihre Söhne und Kinder ihre Väter „ins Feld" ziehen lassen mußten, so konnte alle Propaganda nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie in aller Regel Todeskandidaten waren, daß also auf die Familien bittere Verluste warteten. Deshalb strömten in den Tagen des Kriegsausbruchs die Menschen scharenweise in die Kirche. Es gibt bewegende Zeugnisse von überfüllten Abschiedsgottesdiensten mit Abendmahlsfeiern. So verband sich mit dem nationalen Aufbruch scheinbar ein religiöser. So jedenfalls wurde das von den Pastoren verständlicherweise weithin empfunden und ausgesprochen. Sie waren ehrlich bemüht, sowohl die ausrückenden Soldaten wie auch deren Angehörige durch Gottes Wort zu stärken und ihnen zu helfen, das Schwere zu tragen. Daß sich in den damaligen Predigten in fast alle biblischen Aussagen auffallend viele nationale Töne mischten, muß aus der Zeit heraus verstanden werden. Es hing aber wesentlich auch damit zusammen, daß die damals herrschende liberale Theologie ohnehin reichlich bibelfremd geworden war und daher das Einströmen fremden Geistes leicht möglich machte. Man kann wohl sagen, daß vielen der bedauernswerten liberalen Pastoren ein nationales Ereignis von den Dimensionen des Kriegsausbruches höchst willkommen war: Endlich konnte man überzeugt predigen! Wem die großartige Botschaft der Bibel in ihrer Kraft und Bedeutung nie aufgegangen oder durch törichte Professoren verdunkelt worden ist, dem muß das Predigen eine stets wieder gefürchtete Last sein. Nun aber wurde man von der Welle der allgemeinen Begeisterung mit emporgetragen. Man hatte ein Thema, das alle bewegte und wußte es entsprechend zu artikulieren. Wie sich das auswirkte, das zeigen die vielen Kriegspredigten, die besonders im ersten Kriegsjahr gedruckt wurden.

Doch der Krieg brachte für die Kirche noch andere Aufgaben: Man kümmerte sich um die Familien der Eingezogenen. Besonders zu Weihnachten wurden von den Kirchengemeinden zahllose Pakete an die



Von
Höhen zu Tiefen

Bilder aus der Arbeit
der lippischen Landeskirche in
Heimat und Feld 1914—1918

Herausgegeben von Pastor Ruperti

Druck von Velhagen & Klasing in Bielefeld



1914 – 1918
als Feldprediger in Feindesland.

Von Pastor Dassel, Hillentrup.

Meinem Berichte mögen einige Bemerkungen zur Einleitung dienen. Am 9. Dezember 1914 fuhr ich über Münster ins Feld zur 13. Inf.-Div., besonders zum Inf.-Reg. 55, und erreichte am 15. Dezember in Beaulamps bei Lille die Truppe. Bei ihr war ich als freiwilliger Feldgeistlicher bis zum 15. Februar 1917. Zum genannten Tage wurde ich zum etatsmäßigen Felddivisionspfarrer der neugegründeten 236. Inf.-Div. ernannt. Bei ihr bin ich bis zum Schluß des Krieges gewesen, habe den Rückmarsch mitgemacht und bin am 13. Dezember 1918 in mein Pfarrdorf zurückgekehrt. Ich habe also, abgesehen von dem glänzenden Vormarsch, dem „schönsten" Teile, den ganzen Krieg an der Front erlebt und selbst erfahren, wie das Feldleben immer schwieriger wurde. Mein Quartier fand ich vom Divisionsstabe (nur 6 Wochen!) über Brigade-, Regiments- und Bataillonsstäbe bis zur San.-Kompagnie, ja zur einfachen Kampfkompagnie! Bei beiden Divisionen stellten Westfalen, Rheinland und unser Lipperland die meisten Truppen. Vom Land wie aus den dichtbevölkerten Industriezentren stammten die Kameraden. Durch Formationen, die für längere oder kürzere Zeit den Divisionen zugeteilt waren, sowie durch das immer stärker werdende Durcheinanderwürfeln der Volksstämme bin ich mit Angehörigen fast aller deutschen Stämme in Berührung gekommen. Somit habe ich das Leben und Treiben an der Front zur Genüge kennengelernt und darf mir wohl ein Urteil erlauben, vor allem über das sittlich-religiöse Leben. Meine reichen Erfahrungen stehen freilich in schroffem Widerspruche zu dem beschränkten Raume. Drum will ich sie unter bestimmte Gesichtspunkte ordnen.

I. Die Feldgottesdienste.

Ihnen gebührt der Vorrang in der Schilderung. Sind sie doch das Arbeitsgebiet, das nicht nur am meisten in die Augen fällt, sondern auch gewaltige Anforderungen an uns Pastoren gestellt hat. Schon die Vorbereitung des Äußeren verlangt viel Arbeit. Während in der Heimat Ort und Zeit festgesetzt ist, war im Feld stets die Frage: wo und wann, für welche Truppe kann ich Gottesdienst halten? Nur in Zeiten, in denen die Division längere Wochen in verhältnismäßig ruhiger Stellung lag, waren Predigtplätze bestimmt, und die Gottes-

„Von Höhen zu Tiefen", eine Anfang 1920 von Pastor Ruperti aus Lüdenhausen herausgegebene Schrift, in der über die Aktivitäten der Lippischen Landeskirche „in Heimat und Feld 1914–1918" berichtet wurde: I. Kirchliche Arbeit in der Heimat. Mit Beiträgen über den Kriegsausbruch, die Kriegshilfsarbeit und die Kriegsarbeit. II. Feldseelsorge. Mit Berichten über den Einsatz lippischer Feldgeistlicher. III. Kriegsarbeit der Diakonissen. Mit einem Beitrag über die Kriegskrankenpflege.
Vierzig Angehörige aus lippischen Pfarrhäusern hatten am Ersten Weltkrieg teilgenommen. Zehn Pastorensöhne waren gefallen. Ein besonders hartes Schicksal traf den lippischen Generalsuperintendenten Weßel: Er verlor drei Söhne an der Front in Frankreich.

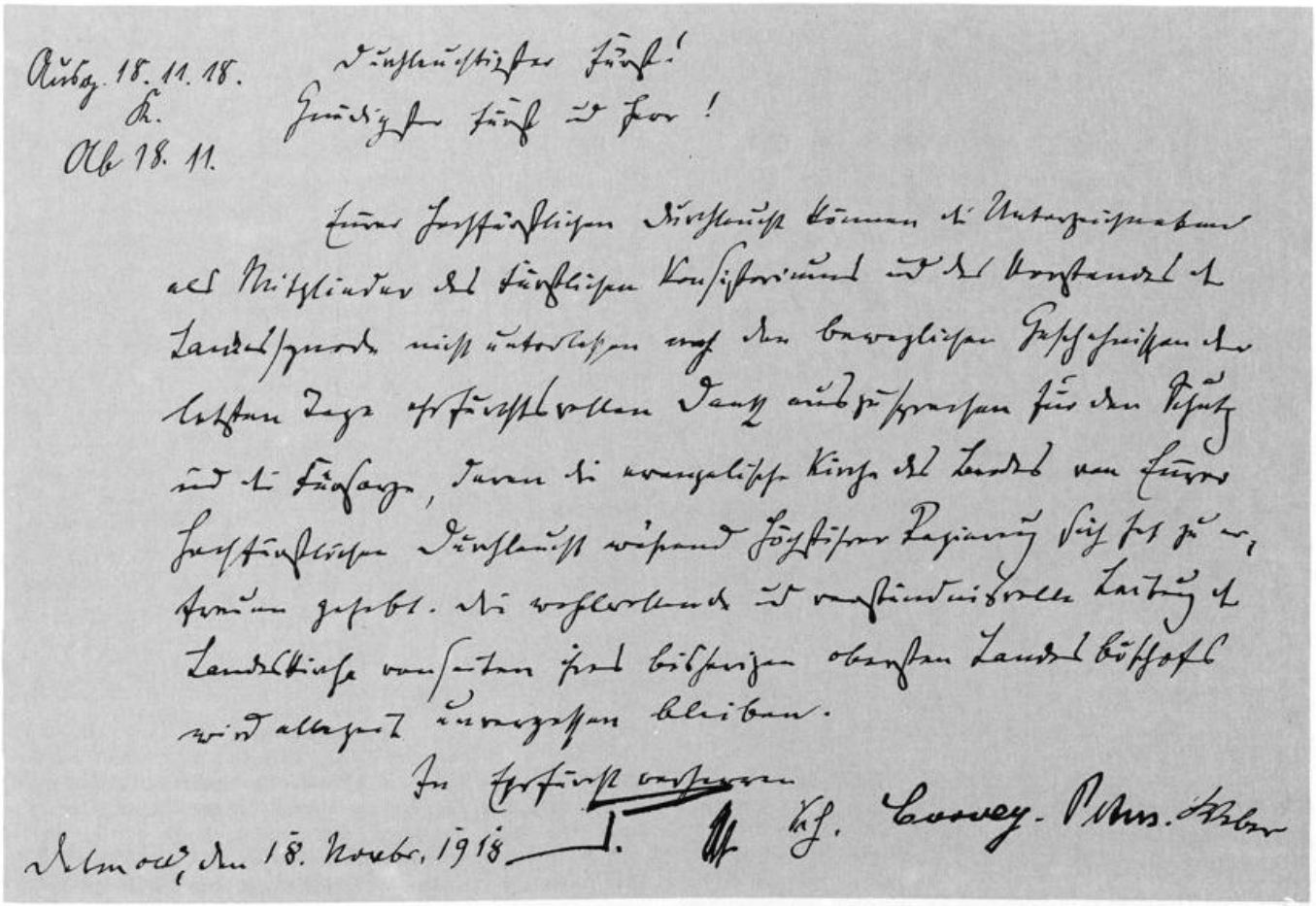
Front geschickt. Die Pastoren schrieben Rundbriefe an ihre kämpfenden Gemeindeglieder und halfen in vielen Fällen auch den Angehörigen bei der Korrespondenz. Es wurden wochentags Kriegsbetstunden gehalten, die anfangs sehr gut, später kaum noch besucht waren. Als dann die Meldungen vom Tod auf dem Schlachtfeld kamen, wurden Gedenkfeiern für die Gefallenen gehalten. In größeren Orten unserer Heimat waren Garnisonen und Lazarette eingerichtet worden, die ebenfalls nach Kräften kirchlich versorgt wurden, wiederum nicht nur von den Pastoren, sondern durch Aktionen der Fürsorge seitens der Kirche, die in der Regel mit dem Roten Kreuz gut zusammenarbeitete.

Bekanntlich trug das Koppelschloß der deutschen Soldaten die Inschrift „Gott mit uns". Das war lästerlicherweise selbst im Hitlerkrieg noch so. Im Ersten Weltkrieg war anfangs die allgemeine Überzeugung, Deutschland müsse ganz selbstverständlich siegen, weil auf seiner Seite das alleinige Recht und deshalb auch der Segen und Beistand Gottes sei. So tönt es denn auch in fast allen Predigten. Die nationale Begeisterung bei Kriegsausbruch wurde weithin empfunden als eine Art Pfingsterlebnis. Gottes Geist hatte gewaltig die Gemüter erfaßt und zu großen Taten befähigt. So kam es, daß den ganzen Krieg hindurch „der Geist von August 1914" immer wieder beschworen wurde. Als später die Siege aufhörten, als Stellungskriege und Gasangriffe, als die zunehmenden Verluste an den Fronten und die steigende Not in der Heimat Unmut und Widerwillen erzeugten, began-



Leopold IV. (1905–1918), der letzte regierende Fürst in Lippe. Gemälde von Fritz Mackensen aus dem Jahre 1913. Im Besitz von Dr. Armin Prinz zur Lippe.
Leopold IV. war am 12. November 1918, nachdem im Zuge der revolutionären Ereignisse die Macht an den „Volks- und Soldatenrat" übergegangen war, zum offiziellen Thronverzicht gezwungen worden. Mit dem Verlust der Regentschaft hatte Leopold IV. zugleich auch seine Funktion als summus episcopus, d. h. als oberster Landesbischof, verloren.

nen manche Pastoren, ihre Gemeinden bitter anzuklagen, daß sie den „Geist von 1914" verraten, daß sie nicht genug geleistet und wohl auch nicht genug gebetet hätten. Diese Anklagen konnten dann gelegentlich dazu führen, daß bis dahin treue Gemeindeglieder sich angewidert und empört von der Kirche abwandten.
Die Mehrzahl der Pastoren war redlich bemüht, ihren Gemeinden in den schweren und immer schwerer werdenden Kriegsjahren seelsorgerlich beizustehen und ihnen Trost aus der Bibel zu spenden. Dennoch läßt sich nicht leugnen, daß die Vertreter der Kirche weder politisch noch theologisch darauf vorbereitet waren, ein notwendiges Gegengewicht gegen die besinnungslose Raserei des Krieges zu bilden. Im allgemeinen stellte die Kirche sich allzu willfährig in den Dienst einer ihr im Grunde fremden Sache. Natürlich mußte sie dem deutschen Volke dienen. Aber es ist immer ein Verhängnis, wenn die Kirche vergißt, daß sie in ihrem Dienst einen anderen Herrn und Auftraggeber hat als weltliche Instanzen. Immer wieder im Laufe ihrer Geschichte ist es der Sündenfall der Kirche gewesen, daß sie meinen konnte, sie müsse um der ihr anvertrauten Menschen willen diese Menschen in ihren jeweiligen Bestrebungen unterstützen. In Kriegszeiten sind die Völker an Leib und Seele bedroht. Wer wollte sie da im Stich lassen! Die Frage ist nur, ob gerade bedrohte Menschen nicht mehr Hilfe erfahren, wenn ihnen mit der Wahrheit des Evangeliums gedient wird, als wenn sie darin bestärkt werden, auf patriotische Lügen hereinzufallen.
Es wäre falsch und eine überhebliche Torheit, wollten wir vom heutigen Standpunkt aus das Verhalten gerade der Lippischen Landeskirche in den notvollen Jahren des Ersten Weltkrieges in Bausch und Bogen verurteilen. Ihre Pastoren waren Kinder ihrer Zeit und haben aufrichtigen Herzens ihre Pflicht getan, so gut sie es verstanden. Aber es ist nicht zu übersehen, daß es ein auch für das Volksganze verhängnisvoller Zustand war, daß die Kirche dem Staat nicht als selbständiger Partner gegenüberstand, sondern ihm als willige Dienerin ergeben war. So identifizierte sie sich wie selbstverständlich mit dem Staat und war eifrig bemüht, seine Geschäfte zu besorgen. Das waren für sie die Geschäfte des monarchisch regierten Staates. Dieser war nun 1918 von seiner anerkannten und selbstbewunderten Höhe in eine schmachvolle Tiefe gestürzt. Das fand denn auch exakt seinen Ausdruck in manchen kirchlichen Verlautbarungen unmittelbar nach Kriegsende.
Die Lippische Landeskirche hatte den Krieg überlebt und war von Anfang an bemüht, auch unter den veränderten politischen Verhältnissen den Menschen zu dienen. Das geschah nicht nur in der bisher üblichen Weise durch die Pflege des kirchlichen Gemeindelebens, durch Gottesdienste, kirchlichen Unterricht, Amtshandlungen wie Taufen, Trauungen und Beerdigungen, durch Seelsorge und Hausbesuche, sondern auch durch Fürsorge für Arme und Kriegshinterbliebene, durch Beteiligung an der neuen Volksbildungsarbeit, durch die Schaffung eines Evangeli-



Die erste Amtshandlung des am 18. 11. 1918 ins Leben gerufenen Landeskirchenrates war eine Dankadresse an den am 12. 11. 1918 abgedankten Leopold IV. Das Schreiben, unterzeichnet von Pustkuchen, Weßel, Scheumann, Corvey, Peters und Weber, trug den Wortlaut: „Durchlauchtigster Fürst! Gnädigster Fürst und Herr! Eurer Hochfürstlichen Durchlaucht können die Unterzeichneten als Mitglieder des Fürstlichen Konsistoriums und des Vorstandes der Landessynode nicht unterlassen, nach den beweglichen Geschehnissen der letzten Tage ehrfurchtsvollen Dank auszusprechen für den Schutz und die Fürsorge, deren die evangelische Kirche des Landes von Eurer Hochfürstlichen Durchlaucht während Höchstihrer Regierung sich hat zu erfreuen gehabt. Die wohlwollende und verständnisvolle Leitung der Landeskirche vonseiten ihres bisherigen obersten Landesbischofs wird allezeit unvergessen bleiben." (Vgl. Archiv der Lipp. Landeskirche Nr. 4034.)

schen Jugendamtes unter der Leitung des Generalsuperintendenten und durch andere Bemühungen um die Jugend. Ohne Zweifel ist die Kirche in Lippe in den ersten Nachkriegsjahren ein stabilisierender Faktor gewesen.

Aber es ist nicht zu übersehen, daß es den meisten maßgeblichen Persönlichkeiten der Kirche schwer fiel, sich in die neuen Verhältnisse zu fügen und sie innerlich zu bejahen. Dazu waren sie nach wie vor mit dem früheren politischen System zu fest verbunden. Den „Sturz" aus stolzer Höhe in schmachvolle Tiefe (wie sie es empfanden) konnten sie nicht verwinden. Sie hielten sich für die legitimen Vertreter der nationalen Sache und empfanden nur tiefe Verachtung für die neuen Männer, die nun versuchen mußten, mit den Trümmern der Vergangenheit fertig zu werden. Alle leitenden Kirchenmänner in Deutschland und so auch in Lippe verneinten und bekämpften nach Kräften die junge Demokratie und begriffen nicht, daß ihnen nun eine Aufgabe gestellt war, die anzupacken sich wahrhaftig gelohnt hätte: das politische Schicksal des Volkes aktiv mitzugestalten. Statt dessen blickten sie in trauervoller Sehnsucht zurück auf eine Zeit, die nun für immer ver-

Lippische Gesetz-Sammlung

Detmold, den 26. Februar 1919.

Inhalt: Bildung eines Landeskirchenrates betreffend. S. 917.

Nr. 5.

Bildung eines Landeskirchenrates betreffend.

Der Synodalvorstand beschließt in Ausübung der durch § 10 Abs. 5 der Landessynodalordnung vom 1. Juli 1910 ihm übertragenen Rechte der Landessynode und in Wahrnehmung des durch § 6 des Kirchenverfassungsgesetzes vom 12. September 1877 der Kirche gewährleisteten Rechtes auf selbständige Ordnung und Verwaltung ihrer Angelegenheiten nach dem Vorschlage des Konsistoriums, was folgt:

1. Um eine Lücke in der innerkirchlichen Verfassung und Verwaltung auszufüllen, treten bis auf weiteres die drei Mitglieder des Konsistoriums mit den drei Mitgliedern des Synodalvorstandes zu einem Landeskirchenrat zusammen.
2. Der Landeskirchenrat übt diejenigen Befugnisse aus, die nach Maßgabe von Kirchengesetzen dem obersten Landesbischof obliegen.
3. Zur Gültigkeit der Beschlüsse des Landeskirchenrates bedarf es der Zustimmung von vier Mitgliedern.
4. Der Landeskirchenrat wird mit Veröffentlichung dieses Beschlusses beauftragt.

Detmold, den 18. November 1918.

gez. Pustkuchen — Vorsitzender des Konsistoriums

gez. Corvey — Vorsitzender der Landessynode

Der vorstehende Beschluß wird hiermit veröffentlicht.

Detmold, den 9. Dezember 1918.

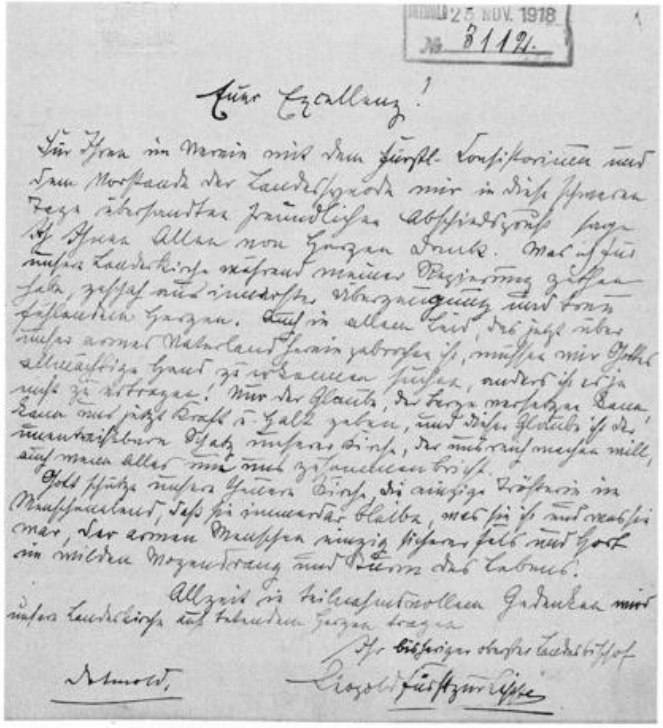
Der Landeskirchenrat

Pustkuchen Dr. Weßel Scheunmann Corvey

Peters Dr. Gregorius

Nach dem Thronverzicht Leopolds IV. wurden die Befugnisse des Landesherrn als oberstem Landesbischof durch das am 18. 11. 1918 erlassene „Kirchengesetz, die Bildung eines Landeskirchenrats betr." einem neugebildeten „Landeskirchenrat" übertragen, der sich aus den drei Mitgliedern des Konsistoriums und den drei Mitgliedern des Synodalvorstandes zusammensetzte. Dieser Landeskirchenrat stand unter dem maßgebenden Einfluß des Generalsuperintendenten Weßel, der auf die bisher geltende Gewaltenteilung in der Kirche – Landeskirchenrat und Landessynode, d. h. des ersteren absolutem Veto – nicht verzichten wollte. So kam es erst nach seiner Emeritierung zur Verabschiedung einer neuen „Verfassung der lippischen Landeskirche" am 17. 2. 1931, die dem Landeskirchenrat nur ein aufschiebendes Veto zubilligte. (Vgl. Wilhelm Neuser, Die Lippische Landeskirche. Abriß ihrer Geschichte, Essen 1953, S. 20.)

gangen war und die für die Masse des Volkes schlimme Schattenseiten gehabt hatte. Diese reaktionäre Einstellung wirkte sich dann besonders schlimm und verwirrend aus beim Heraufkommen des Nationalsozialismus. Daß es einer so elenden Figur wie Hitler gelang, ganz Deutschland zu betrügen und zu vernichten, ist mit Schuld der Kirche und ihrer politischen Uneinsichtigkeit.



Leopold IV. teilte am 20. November 1918, acht Tage nach seiner Abdankung, dem Konsistorialpräsidenten Geheimrat Pustkuchen mit, daß sein Amt als oberster Landesbischof beendet sei. „Euer Exzellenz! Für Ihre im Verein mit dem Fürstl. Consistorium und dem Vorstande der Landessynode mir in diesen schweren Tagen übersandten freundlichen Abschiedsgruß sage Ich Ihnen Allen von Herzen Dank. Was ich für unsere Landeskirche während meiner Regierung gethan habe, geschah aus innerster Überzeugung und treu fühlendem Herzen. Auch in allem Leid, das jetzt über unser armes Vaterland hereingebrochen ist, müssen wir Gottes allmächtige Hand zu erkennen suchen, anders ist es ja nicht zu ertragen! Nur der Glaube, der Berge versetzen kann, kann uns jetzt Kraft und Halt geben, und dieser Glaube ist der unentreißbare Schatz unserer Kirche, der uns reich machen will, auch wenn alles um uns zusammenbricht. Gott schütze unsere theure Kirche, die einzige Trösterin in Menschenelend, daß sie immerdar bleibe, was sie ist und was sie war, der armen Menschen einzig sicherer Fels und Hort im wilden Wogendrang und Sturm des Lebens. Allzeit in teilnahmsvollem Gedenken wird unsere Landeskirche auf betendem Herzen tragen Ihr bisheriger oberster Landesbischof Leopold Fürst zur Lippe." (Vgl. Archiv der Lipp. Landeskirche Nr. 4034.)

Durch die Aufhebung des landesherrlichen Kirchenregiments und durch die wenig später in der Reichsverfassung gesetzlich verankerten grundsätzlichen Bestimmungen über die Religionsgesellschaften war auch die Lippische Landeskirche – wie alle anderen deutschen Landeskirchen – staatsfrei geworden.

Damit war ein Kapitel lippischer Kirchengeschichte abgeschlossen, das den Zeitraum von der Einführung der Reformation im Jahre 1538 bis zum Ende des Ersten Weltkrieges im Jahre 1918 – also 420 Jahre – umfaßte. Jetzt mußten neue Wege in der organisatorischen Gestalt der Lippische Landeskirche gefunden werden.

Der Schulkampf zwischen 1919 und 1933

Bald nach dem Ersten Weltkrieg entbrannte in Lippe ein Kampf zwischen Kirche und Schule, der verhängnisvolle Auswirkungen hatte. Er war um so bedauerlicher, als sich das Volksschulwesen nach Erlaß des Volksschulgesetzes von 1914 einigermaßen konsolidiert hatte. Nach Kriegsende hätten die besten Aussichten bestanden, zu einer neuen und fruchtbaren Zusammenarbeit von Pastoren und Lehrern zu kommen. Daß auf beiden Seiten der gute Wille dazu vorhanden war, zeigte sich in dem oben geschilderten gemeinsamen Vorgehen von Lehrerverein und Pfarrerverein gegen § 44 des Volksschulgesetzes von 1914.

Bezeichnenderweise wurde der ganze Schulkampf ausgelöst und auf seinem Höhepunkt kräftig geschürt von außerlippischen Stellen. Am Anfang standen Informationen eines zentralen evangelischen Pressedienstes in Berlin, und später wirkte die in Wuppertal ansässige Bewegung „Evangelische Schulgemeinde" in zwar gut gemeinter, aber letztlich doch katastrophaler Weise nach Lippe hinein und zerstörte auch den letzten Rest von Vertrauen zwischen Lehrern und Pastoren. Man kann nur tief bedauern, daß harmlose und treuherzige Pastoren und Gemeindeglieder in Lippe sich durch diese auswärtigen Kräfte so beeinflussen ließen, daß ihre Entscheidungen gegen die Lehrer schlichtweg zerstörerisch wirkten. Sicherheitshalber sei betont, daß natürlich nicht gemeint ist, jene Stellen in Berlin und erst recht die frommen Wuppertaler hätten bei ihren Aktionen für und in Lippe böse Absichten gehabt. Sie handelten im Gegenteil in bester Absicht. Aber in Lippe begriff man damals nicht, daß hierzulande völlig andere Verhältnisse herrschten als in manchen anderen Teilen Deutschlands. Was ging damals vor?

Die Weimarer Verfassung von 1919 räumte in Art. 146 Abs. 2 den Kirchen und anderen Weltanschauungsgemeinschaften das Recht ein, „auf Antrag von Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung einzurichten . . . Das Nähere bestimmt die Landesgesetzgebung nach den Grundsätzen des Reichsgesetzes." Es konnte also ein neues Reichsschulgesetz erwartet werden. Nach dessen Grundsätzen sollten dann die Länder ihre Schulgesetze erlassen. Das veranlaßte die durchweg erzkonservativen Kirchenleitungen in ganz Deutschland dazu, nun von vornherein auf der Hut zu sein. Da sie die politischen Veränderungen nicht begriffen hatten und nicht meinten akzeptieren zu können, waren sie einmütig davon überzeugt, daß jetzt mit den demokratischen Regierungen in Reich und Ländern Kräfte am Werk wären, die Religion und Kultur zerstören wollten. Man verständigte sich gegenseitig, bestärkte sich in den gemeinsamen reaktionären Auffassungen und ermutigte einander zu Kampf und Widerstand. Dadurch konnten unter Umständen alle Perspektiven verschoben werden. Wenn z. B. die turbulenten Verhältnisse, die damals vorübergehend in Sachsen, Thüringen oder Berlin herrschten, in Lippe bekanntgemacht wurden, so kann man das nachträglich nur als panische Angstmache deuten. Aber diese Propaganda hat ihre Wirkung nicht verfehlt. In Lippe ergab eine kirchliche Umfrage von 1920, daß kein einziges Kind vom evangelischen Religionsunterricht abgemeldet war. Das allein beweist, daß hierzulande damals die Dinge wirklich nicht schlecht standen. Deshalb war die negative Stimmungsmache des Generalsuperintendenten völlig unverantwortlich.

Offenbar rechnete man damit, daß die Gesetzgebung so schnell arbeitete, daß das angekündigte Reichsschulgesetz in Kürze erlassen werden könnte. Dann wären die Landesschulgesetze gefolgt. Um darauf durch die Gemeindeglieder Einfluß nehmen zu können, wurden die Pastoren und Kirchenvorstände alarmiert und um die Sammlung der evangelischen Erziehungsberechtigten gebeten, damit sie im gegebenen Augenblick die evangelische Bekenntnisschule fordern sollten. Es genügte dem Generalsuperintendenten durchaus nicht, daß die Verfassung in ihrem Art. 149 in einwandfreier Weise den Religionsunterricht garantierte: „Der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach in den Schulen . . . Seine Erteilung wird im Rahmen der Schulgesetzgebung geregelt. Der Religionsunterricht wird in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der betr. Religionsgesellschaft unbeschadet des Aufsichtsrechtes des Staates erteilt." Damit war durchaus sichergestellt, daß in Lippe keine wesentlichen Änderungen zu befürchten waren. Das wurde jedoch von der Kirchenleitung nicht erkannt, jedenfalls nicht anerkannt.

Das neue Reichsschulgesetz ließ zunächst auf sich

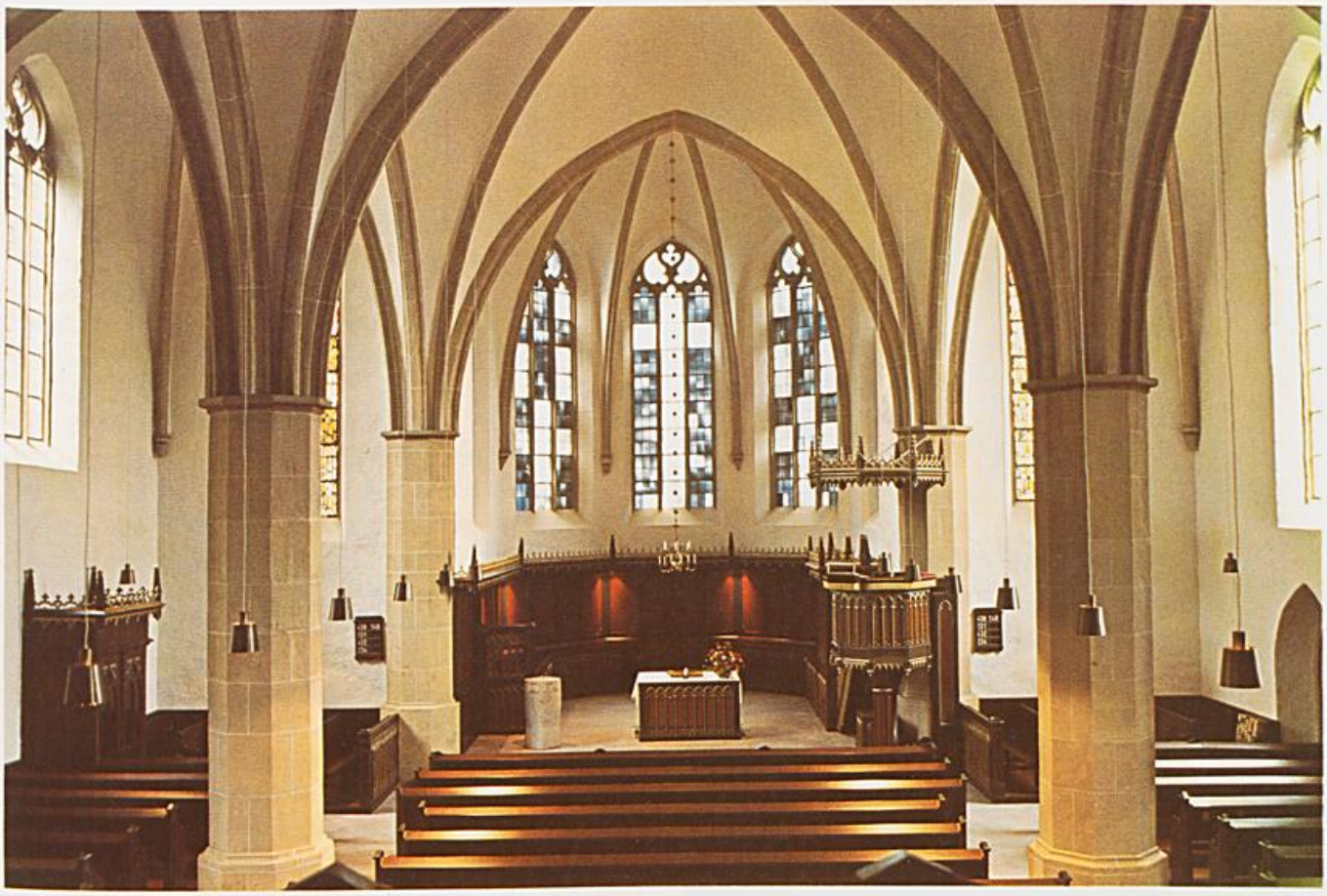
warten und kam schließlich überhaupt nicht zustande. Dreimal sind dem Reichstag Entwürfe vorgelegt worden, in den Jahren 1921, 1925 und 1927. Jedesmal flammten dann wilde Schulkämpfe auf. Vernünftigerweise hätte man in den Landeskirchen freimütig, gelassen und vertrauensvoll warten können, bis das Reichsgesetz wirklich erlassen war. Dann wäre es früh genug gewesen, auf die entscheidende Landesgesetzgebung einzuwirken. Da das Reichsschulgesetz niemals zustande kam, hätte man sich das ganze Spektakel der Schulkämpfe sparen können. Gerade der Kirche hätte es in jenen schweren und unruhigen Jahren gut angestanden, wenn sie in Ruhe, mit Freudigkeit und Zuversicht ihrer wichtigen Aufgabe in Verkündigung und Seelsorge nachgegangen wäre, statt unvertretbar viel Zeit zu vertun im Kampf ausgerechnet gegen die Lehrer, auf deren Mitarbeit sie doch angewiesen war. Sie kämpfte auf der politischen Bühne um längst verlorene Positionen und kettete sich an die Vergangenheit, um so die Zukunft zu verlieren und sich gerade dadurch Schaden einzuhandeln, daß sie auf falschen Wegen Schaden verhüten wollte. Dabei ist natürlich unbestritten, daß die Kirchenleitungen von damals es nur gut meinten, daß z. B. auch Generalsuperintendent D. Weßel tief durchdrungen war von seiner Verantwortung für die Rettung des lippischen Volkes vor Gottlosigkeit und Abfall. Aber es gilt auch hier: Das Gegenteil von „gut" ist nicht „schlecht", sondern „gut gemeint"!

Die Volksschullehrerschaft wurde in steigendem Maße durch die Kirchenleitung der Gottlosigkeit verdächtigt, obwohl damals noch in fast allen Kirchen des Landes Lehrer den Organistendienst versahen und bei kirchlichen Feiern – etwa zu Weihnachten – die Pastoren tatkräftig unterstützten.

Der scharfe Kampf der Kirche gegen die Schule und die Lehrerschaft erreichte seinen Höhepunkt, als Anfang 1929 der erste lippische Oberschulrat Dr. Schmidt aus Altersgründen in den Ruhestand trat und durch den Leiter des Lemgoer Gymnasiums, Oberstudiendirektor Dr. Walter, abgelöst wurde. Dieser war religiöser Sozialist und Dissident. Schon Jahre bevor er nach Lippe kam, war er in Thüringen aus der Kirche ausgetreten. Aber er war durchaus nicht unchristlich eingestellt. Im Gegenteil! Seine persönlichen Freunde waren die beiden Theologieprofessoren Tillich in Frankfurt und Wünsch in Marburg. Während der Kämpfe, die nun alsbald um seine Person entbrannten, attestierte ihm ein Studienrat seiner Schule, Prof. Dr. Weißbrodt, öffentlich, daß er einen durchaus positiven Einfluß auf seine Schüler habe, daß z. B. die Morgenandachten seit seiner Tätigkeit an der Schule weit besser und mit mehr Freude besucht würden als früher. Ohne Zweifel war Dr. Walter ein hervorragender Fachmann und einer der besten Pädagogen, die Lippe je gesehen hat.

Doch das war für die kirchlichen Kreise offenbar ohne jede Bedeutung. Bereits vor seiner Berufung hatte der Verband „Evangelische Schulgemeinde", der seinen Sitz in Wuppertal hatte, in Lippe eine heftige Agitation für die „evangelische Bekenntnisschule" begonnen und hier einen eigenen „Gau" gebildet. Diese Bewegung veranstaltete in vielen Gemeinden des Landes Versammlungen und gewann zahlreiche Mitglieder. Gegen den neu ernannten Oberschulrat entfachte sie eine persönliche Hetze. Nicht nur sie protestierte in ungezählten örtlichen und übergemeindlichen Veranstaltungen gegen Dr. Walter und hetzte gegen die Lehrer. Das gleiche taten in vielen Versammlungen der „Bund der Landwirte", eine Vereinigung deutschnationaler Bauern, der Lippische Jugendring und das Detmolder Oberlyzeum mit einem einstimmigen Beschluß seiner Elternversammlung unter dem Einfluß des der Alldeutschen Bewegung anhängenden Direktors Dr. Bonwetsch. Nicht zuletzt erhob am 11. März 1929 der Lippische Landeskirchenrat in aller Form „Einspruch" gegen die Ernennung Dr. Walters zum Oberschulrat beim Landespräsidium und übergab sein Schreiben gleichzeitig der Presse. Dieser „Einspruch" wurde vom Landespräsidium entschieden zurückgewiesen. Daraufhin alarmierte D. Weßel die Pastoren und Kirchenältesten. Der Kampf nahm an Schärfe zu, und die persönliche Hetze gegen Dr. Walter nahm jetzt Formen an, die diesen veranlaßten, von seinem neuen Amt zurückzutreten und zur Freude seiner Schüler und Lehrer wieder die Leitung des Lemgoer Gymnasiums zu übernehmen.

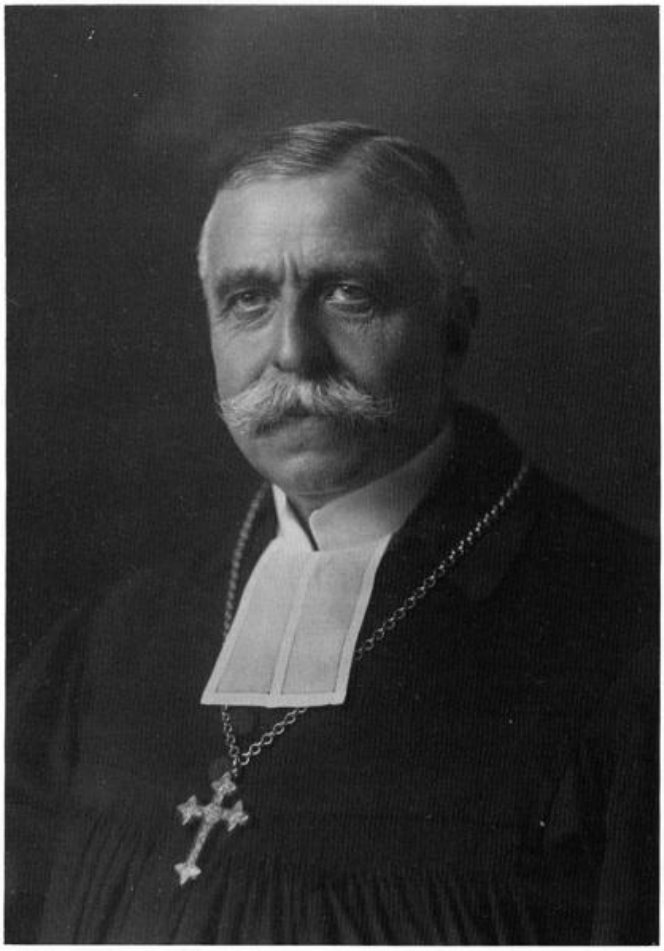
Nun folgte ein äußerst bemerkenswertes Nachspiel. Am 5. August 1929 schrieb D. Weßel an das Landespräsidium: „Das Landespräsidium hat den Studiendirektor Dr. Walter in Lemgo auf seinen Antrag von dem ihm vor einigen Monaten übertragenen Amt des Oberschulrats entbunden. Es ist das nach einer in



Blick in die Kirche von Oerlinghausen. Das dem hl. Alexander geweihte Gotteshaus wird urkundlich erstmals zu Beginn des 13. Jahrhunderts erwähnt. Am Schlußteil des gotischen Gewölbes vor dem Chor befindet sich die Inschrift: JESUS MARIA SANCTUS JOHANNES MCXIV (1114). Das heutige Gebäude mit seinem gotischen Baustil gehört jedoch einer späteren Zeit an. Wahrscheinlich stammt es nach der Inschrift an einem Chorpfeiler erst aus dem Jahre 1511. Dagegen weist das westliche Portal mit romanischen Ecksäulen, aber spitzbogigem Schlusse auf einen sehr frühen, wahrscheinlich in der Übergangszeit der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts fallenden Bau dieses Teils hin. Ohne Zweifel gehört die Kirche zu Oerlinghausen zu den ältesten des Landes. Im Jahre 1878 erhielt sie dank der Bemühungen des Superintendenten Weerth ihr jetziges geschmackvolles Innere und ihren hohen schlanken Turm. Vgl. Wilhelm Butterweck, Die Geschichte der Lippischen Landeskirche, Schötmar 1926, S. 534f.

der Tagespresse veröffentlichten Kundgebung der Behörde unter Würdigung der Gründe des p. Walter geschehen, jedoch ohne daß diese Gründe bekannt gegeben wären. Wenn auch die erwähnte Entschließung des Landespräsidiums den anfänglich zurückgewiesenen Vorstellungen des Landeskirchenrates vom 11. März und vom 11. Mai d. J. nunmehr sachlich entspricht, so muß doch die Landeskirche Wert darauf legen, zu erfahren, ob die neuerliche dortseitige Maßgabe tatsächlich unter Anerkennung der erwähnten grundsätzlichen Vorstellungen getroffen worden ist. Im Bejahungsfall würde erwünschte Klarheit und Sicherheit hinsichtlich der Stellung der obersten Landesbehörde zu dem evangelischen Charakter der lippischen Volksschule und zu ihrer Beaufsichtigung gegeben sein. Solche Klarheit und Sicherheit aber würde ebenso sehr im Interesse des Landes wie aller seiner Bewohner und seiner Behörden liegen. Wir bitten daher das Landespräsidium ergebenst um eine gefällige bezügliche Erklärung ..."

Das Landespräsidium kontert mit einer von Drake unterschriebenen Zurückweisung unter dem 7. August 1929: „Das Landespräsidium muß zu seinem Bedauern in dem gefälligen Schreiben vom 5. d. M. eine sachlich zu beanstandende unberechtigte Einmi-



August Weßel, von 1901–1930 lippischer Generalsuperintendent. Er wurde am 1. 10. 1861 als Sohn des Pastors und späteren lippischen Generalsuperintendenten August Weßel in Schötmar geboren. Weßel hatte in den Jahren 1880–1883 in Erlangen, Basel und Berlin Theologie studiert. Er wurde 1885 in Almena ordiniert und im selben Jahr als Pastor nach Lage berufen. 1890 folgte Weßel einem Ruf nach Lehe. Am 1. November 1901 wurde Weßel zum lippischen Generalsuperintendenten ernannt. Am 31. 10. 1917 verlieh ihm die Evangelisch-theologische Fakultät der Universität in Bonn die theologische Ehrendoktorwürde.
Weßel war Vorsitzender des Lippischen Missions- und Gustav-Adolf-Vereins und anderer karikativer und sozialer Einrichtungen. Im Auftrage der Landeskirche unterzeichnete er am 25. Mai 1922 den deutschen evangelischen Kirchenbundsvertrag, der die deutschen evangelischen Landeskirchen zusammenschloß und der Vorläufer der nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Evangelischen Kirche in Deutschland geworden ist. Weßel predigte damals als Vertreter der reformierten Gemeinden in dem Kirchenbunde in der Wittenberger Schloßkirche am Grabe Martin Luthers.
In seine Amtsperiode fielen eine Reihe wichtiger kirchenpolitischer und kirchenorganisatorischer Entscheidungen: u. a. die Gründung eines Landeskirchenrats (1918) und die Vorbereitungen zu einer neuen Lippischen Kirchenverfassung. Weßel war ein in theologischen und kirchenrechtlichen Fragen versierter Theologe, der allerdings erhebliche Schwierigkeiten hatte, sich mit den seit 1918 auch im Raum der Kirche sich durchsetzenden Demokratisierungstendenzen anzufreunden. Erst sein Rücktritt am 30. 6. 1930 ermöglichte am 17. 2. 1931 die Verabschiedung der revidierten Kirchenverfassung. Weßel starb am 16. 1. 1941.

schung in rein staatliche Angelegenheiten erblikken . . .".
In einer Entgegnung vom 14. August 1929 bezeichnet D. Weßel diese Antwort des Landespräsidiums als einen bedauerlichen „Fehlgriff der obersten lippischen Landesbehörde". Offenbar hatte der geistliche Leiter der Landeskirche ein unwiderstehliches Bedürfnis, die „linksgerichteten" Mitglieder des Landespräsidiums, wie er sie gern nannte, und andere ihm nicht genehme Leute, wie z. B. die Volksschullehrer, durch penetrante Herausforderungen aufs äußerste zu reizen.
Damit hatte er leider einen umwerfenden Erfolg: Im Jahre 1929 traten zahlreiche Arbeiter und junge Lehrer aus der Kirche aus und sammelten sich in der „Lippischen Volkskirche". Als „Pfarrer" erkoren sie sich den Pfarramtskandidaten Heinrich Schwartze. Diese Gruppe nannte sich „Religiöse Sozialisten". Sie befand sich in einem bedauerlichen Irrtum, als sie meinte, man könne eine Kirche als Verein aufziehen. Immerhin, für einige Zeit fand sie großen Zulauf von all jenen, die nun durch die Landeskirche gründlich enttäuscht waren und ihre durchaus bestehenden religiösen Sehnsüchte und Hoffnungen anderswo meinten erfüllt zu bekommen. Im Jahre 1933 verschwand die „Lippische Volkskirche" sang- und klanglos. Ihr „Pfarrer" Schwartze ging nach Mecklenburg, wo er sich der nationalsozialistischen Gruppe der „Deutschen Christen" anschloß, um dann 1945 alsbald in Berlin aufzutauchen, nunmehr als stramm kommunistischer Pfarrer.
Nach der Entlassung von Oberschulrat Dr. Walter ging der „Schulkampf" noch etwa zwei Jahre lang weiter. Dabei kam es vielerorts zu den von manchen Pastoren befürchteten unliebsamen Verwicklungen. Wo bis dahin in den Gemeinden gute Beziehungen zwischen Pastoren und Lehrern bestanden hatten, waren diese jetzt weithin gründlich zerstört. Dabei ging es um den Popanz „Evangelische Bekenntnisschule". Die lippische Volksschule war bis dahin praktisch eine gut evangelische Schule. Die Gesamtheit der Volksschullehrer war gut evangelisch geson-

Die Pfarrerdynastie Weßel
(1676–1954)

Konrad Weßel
geb. 1676 in Detmold als Sohn des Kanzlisten Christian Weßel
∞ 1704 mit Marie Elisabeth Meyer
1703–1719 Pastor in Horn

Friedrich Adolf Weßel
geb. 1708 in Horn
∞ 1732 mit Florentina Sophia Hatzfeld
1731–1735 Pastor in Sonneborn
1735–1749 Pastor in Hohenhausen
1749–1762 Pastor in Horn
1762–1772 Pastor/Superintendent in Brake

Johann Friedrich Christian Weßel
geb. 1735 in Sonneborn
∞ 1763 mit Anna Margarete Elisabeth Ziegler
1763–1772 Pastor in Heiligenkirchen
1772–1803 Pastor in Bega

Johann Christoph Konrad Christian Weßel
geb. 1766 in Heiligenkirchen
∞ 1799 (in 3. Ehe) mit Marie Luise Henriette Kestner
1809–1839 *Amtmann* in Schötmar

Friedrich August Weßel
geb. 1813 in Schötmar
∞ 1847 mit Hermine Hülsemann
1842–1843 Pastor in Oerlinghausen
1844–1866 Pastor in Schötmar
1866–1868 Lippischer Generalsuperintendent

August Weßel
geb. 1861 in Schötmar
∞ 1891 mit Johanne Annette Rauch
1885–1890 Pastor in Lage
1890–1901 Pastor in Lehe
1901–1930 Lippischer Generalsuperintendent

Friedrich Adolf Weßel
geb. 1764 in Heiligenkirchen
∞ 1801 mit Johanne Voigt
1788–1801 Pastor in Haustenbeck
1801–1833 Pastor in Hohenhausen

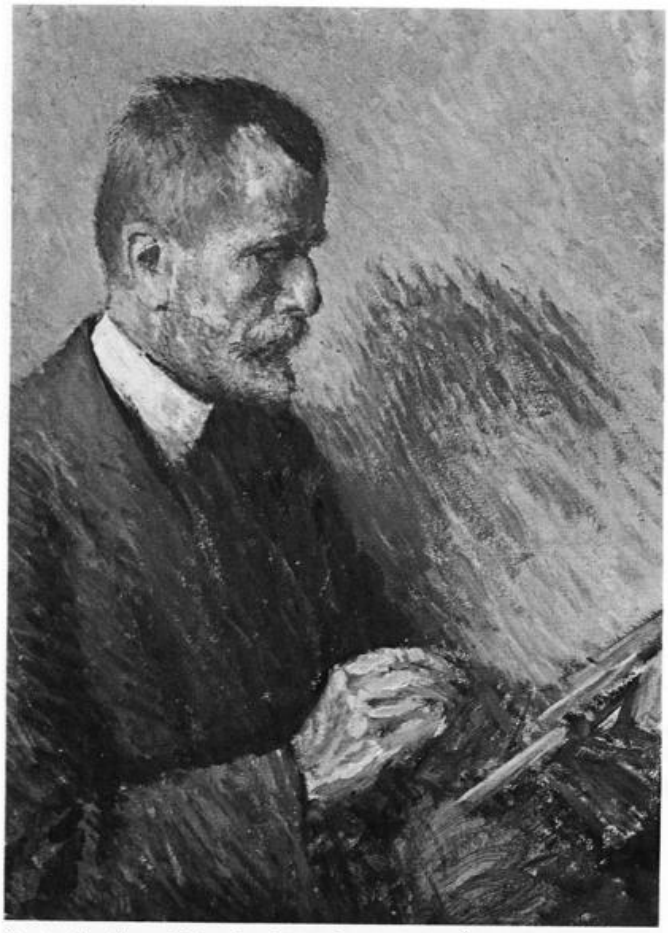
Friedrich Weßel
geb. 1793 in Bega
∞ 1807 mit Christine Theodore Amalie Reinhold
1808–1821 Pastor in Barntrup
1821–1834 Pastor in Falkenhagen
1835–1852 Pastor in Lüdenhausen

Werner Weßel
geb. 1847 in Schötmar
∞ 1880 mit Helene Steneberg
1877–1904 Pastor in Reelkirchen, seit 1886 Superintendent der Klasse Brake

Werner Weßel
geb. 1884 in Reelkirchen
∞ 1911 mit Lucie Schreiber
1910–1911 Pastor in Wüsten
1911–1912 Pastor in Wöbbel
1912–1926 Pastor in Cappel
1926–1937 Pastor in Reelkirchen
1937–1950 Pastor in Elbrinxen
1950–1954 Pastor in Reelkirchen, seit 1950 Superintendent der Klasse Brake

Werner Weßel
geb. 1914 in Cappel
gef. 1942 Theologe

Entwurf: Wehrmann



Pastor Ferdinand Ewerbeck aus Sonneborn. Ölgemälde von August Ewerbeck. Um 1909. Im Privatbesitz von Pastor Ewerbeck, Brake. Ferdinand Ewerbeck wurde 1862 in Brake als Sohn eines Landwirts geboren. Er hatte in Göttingen, Marburg und Berlin Theologie studiert. 1889 war Ewerbeck in Blomberg ordiniert worden, nachdem er seit 1887 als Rektor und Waisenhausinspektor in Barntrup tätig gewesen war. Nach dem Pfarrvikariat in Blomberg wurde er 1890 Pfarrer in Bösingfeld, 1907 Pfarrer in Sonneborn. Von 1916–1921 amtierte Ewerbeck als Pastor in Schötmar.

nen, aber nun nicht mehr bereit, zu kuschen und sich zu ducken, wenn ein klerikaler Prügel drohte. Darunter hatten ihre Vorgänger in langen Jahrzehnten – wie oben geschildert – genug gelitten. Gerade in den sechs Jahrzehnten nach der Revolution von 1848 hatte die kirchliche und konservative Reaktion auf dem Gebiet des Schulwesens in manchen Jahren ausgesprochen hemmend gewirkt und sinnvolle, längst fällige Reformen verhindert. Deshalb war es einer jungen und selbstbewußt gewordenen Lehrergeneration unerträglich, daß sie jetzt erneut von kirchlicher Seite diszipliniert werden sollte. Nur so konnte sie das ganze Gehabe der Kirchenleitung verstehen.

Inzwischen waren sowohl bei der Oberschulbehörde wie bei der Landeskirche neue Männer an die Spitze getreten: Neuer Oberschulrat war der aus Frankfurt am Main kommende Oberstudiendirektor Dr. jur. Dr. phil. Kühn geworden. Die Stelle des am 1. Juli 1930 in den Ruhestand getretenen Generalsuperintendenten D. Weßel blieb bis 1936 interimistisch besetzt, zunächst von Superintendent Corvey in Hohenhausen, ab 1934 von Pastor Ewerbeck in Lemgo. Mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten änderten sich auch in Lippe die Verhältnisse total. Am 18. März 1933 meldeten die lippischen Zeitungen unter der Überschrift „Der eiserne Besen kehrt in Lippe" u. a.: „Acht dissidentische Lehrer beurlaubt." Darunter befanden sich natürlich auch Dr. Walter aus Lemgo und Hans Sprenger aus Jerxen, der im Schulkampf eine führende Rolle gespielt hatte. Das Beiwort „dissidentisch" war besonders aufschlußreich. Bekanntlich heuchelte die Nazipropaganda anfangs dem Volke eine ausgesprochen christliche Einstellung vor. Daß die Begründung für die unrechtmäßige Entlassung dieser Lehrer ausgerechnet mit ihrem Kirchenaustritt in Zusammenhang gebracht wurde, konnte für die Kirche nur peinlich sein.

In den ersten Monaten der Hitlerdiktatur wurde das Schulwesen einem Kahlschlag unterzogen. Die pädagogischen Mitglieder der Schulverwaltung und Schulaufsicht, einige Leiter und Lehrer von höheren Schulen, darunter so vorzügliche Direktoren wie Dr. Walter in Lemgo und Dr. Klingler in Detmold, wurden abgesetzt. Diese offenbaren Unrechtsakte hätten jedermann die Augen öffnen müssen. Aber die Verblendung war groß und die verlogene Propaganda unvorstellbar wirksam. So konnte es geschehen, daß der am 16. Mai 1933 ernannte Reichsstatthalter für Lippe und Schaumburg-Lippe mit einem Brief vom 17. Mai 1933 durch die „Evangelische Schulgemeinde" begrüßt wurde, in dem es u. a. heißt: „Die Gauleitung Lippe . . . als Vertreterin der lippischen evangelischen Elternschaft nahm mit großem Interesse Kenntnis von der Änderung in der Leitung des lippischen Schulwesens. Es wurde freudig begrüßt, daß durch die Maßnahmen der nationalen Regierung Lippes unsere Schule gesäubert werden soll von den freidenkerischen marxistischen Elementen."

Bedauerlicherweise trägt dieses traurige Dokument die Unterschrift von Pastor Hermann van Senden. Das ist ein lehrreiches Beispiel dafür, wie verworren in den ersten Wochen und Monaten nach der „Machtergreifung" die Verhältnisse allenthalben waren. Trotz des Ermächtigungsgesetzes vom März 1933 waren Millionen gutgläubiger Staatsbürger noch überzeugt von der Redlichkeit und dem guten Willen Hitlers und seiner Gefolgsleute. Vollends Hermann van Senden war viel zu arglos und auch zu anständig, um sich eine so hinterlistige Verlogenheit, wie sie zum Wesen und zur Politik Hitlers gehörte, auch nur vorstellen zu können. Er nahm anfangs sowohl die christlichen Schalmaientöne wie auch das schwülstige Gerede von der nationalen Erneuerung für bare Münze und befand sich damit in durchaus guter Gesellschaft all derer, für die Christlich und National die tragenden Säulen ihres bisherigen Lebens gewesen waren. Sie ahnten nicht, wie schändlich ihr Vertrauen mißbraucht werden sollte. Hermann van Senden gingen sehr bald die Augen auf, und er hat seinen Irrtum mit einer zwölfjährigen Verfolgung, die zahlreiche Hausdurchsuchungen und eine Gefängnishaft einschloß, büßen müssen. Aber es war ihm noch vergönnt, nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges mit seinen ehemaligen Gegnern einen ganz neuen Anfang auf der Basis wirklichen Vertrauens und echter Freundschaft machen zu können.

Die lutherischen Gemeinden in Lippe von 1848 bis 1933

Zu der Zeit der Revolutionswirren von 1848 gab es in Lippe nur drei lutherische Gemeinden: St. Nikolai und St. Marien in Lemgo und die lutherische Gemeinde in Detmold. Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts war die lutherische Gemeinde Detmold von ihrem Pfarrer Dr. Heinrichs (seit 1827) bestens versorgt. Dieser zuverlässige Seelsorger, Pfarrerssohn aus Niedersachsen, verfügte über fundierte theologische Kenntnisse und blieb so davor bewahrt, in das Fahrwasser rationalistischer Zeitströmungen zu geraten.

Ganz anders war die Lage in Lemgo. Zwar wirkte dort von 1838 bis 1847 an St. Marien Andreas Ferdinand Clemen. Seine überzeugenden Predigten fanden großen Zulauf. Er war stark beeinflußt von Johannes Goßner in Berlin und hatte von ihm die Liebe zur Mission übernommen, die er nun auch seiner Gemeinde vermittelte. Er gründete einen Jünglings- und einen Enthaltsamkeitsverein und eine Kleinkinderbewahranstalt. Wie bereits früher erwähnt, gab er 1843 eine Auswahl von evangelischen Kernliedern heraus, um dem Verlust der Glaubenssubstanz zu wehren. Sein früher Tod im Dezember 1847 war für die Gemeinde eine Katastrophe.

In den letzten vier Jahren vor seinem Tode war Clemen in die Auseinandersetzungen zwischen Rationalisten und Pietisten geraten. Weil die Kirche St. Marien in Lemgo zum Mittelpunkt der lebendigen Missionsarbeit geworden war, wurde sie beschimpft als „das Heerlager der Pietisten". Bekanntlich unterstanden die beiden lutherischen Gemeinden in Lemgo vor 1854 nicht dem Konsistorium in Detmold. So konnte St. Marien auch gegen den Widerstand der Rationalisten den wahren reformatorischen Glauben pflegen.

Doch das hörte mit dem Tode von Pastor Clemen schlagartig auf. Zu seinem Nachfolger wählte der zuständige Lemgoer Magistrat durch die entsprechenden Ausschüsse den in Lemgo geborenen Kandidaten Rudolph Kulemann. Dieser war ein entschiedener Rationalist, der mehr pantheistische als christliche Auffassungen vertrat. Seine Wahlpredigt, die er am zweiten Sonntag nach Ostern 1848 hielt, erregte bei vielen Hörern Anstoß und Ärgernis. Daraufhin ließ er seine Predigt drucken und gab so seinen Gegnern die Möglichkeit, gegen ihn vorzugehen. Auf Grund dieser Predigt protestierten 80 „selbständige Mitglieder" der Gemeinde beim Magistrat gegen die Berufung Kulemanns und machten geltend, daß dessen Predigt „in Gottes Wort nicht gegründet ist, die heilige Schrift verkehrt ausgelegt und mißbraucht und über die Hauptlehren derselben ganz falsche Ansichten aufstellt" (Heinrich Clemen, Beiträge II, S. 54f.). Man schickte die Predigt an die theologischen Fakultäten der Universitäten Bonn, Berlin und Erlangen und erbat Gutachten. Diese wurden Ende Juni und Anfang Juli erstattet und kamen übereinstimmend zu dem Urteil, daß die Predigt mit den Grundlehren der Heiligen Schrift nicht übereinstimme.

Nachdem als erstes das Gutachten von Bonn in Lemgo eingegangen war, wurde es am 29. Juni 1848 dem Fürsten überreicht. Schon vorher hatte man unter Ankündigung der drei Gutachten gebeten, die landesherrliche Bestätigung nicht vor Eingang der Gutachten zu erteilen. Doch darüber setzte man sich in Detmold souverän hinweg: Am 4. Juli 1848 erging folgende Regierungsresolution: „Da der Candidat K. aus Lemgo zum Prediger der dortigen St. Mariengemeinde ordnungsgemäß erwählt ist, auch nach dem Zeugnisse des Magistrats sein theologisches Examen wohl bestanden hat und zum Predigtamte tüchtig befunden ist: so können Serenissimus nicht anstehn, die nachgesuchte landesherrliche Bestätigung zu ertheilen" (H. Clemen II, S. 55).

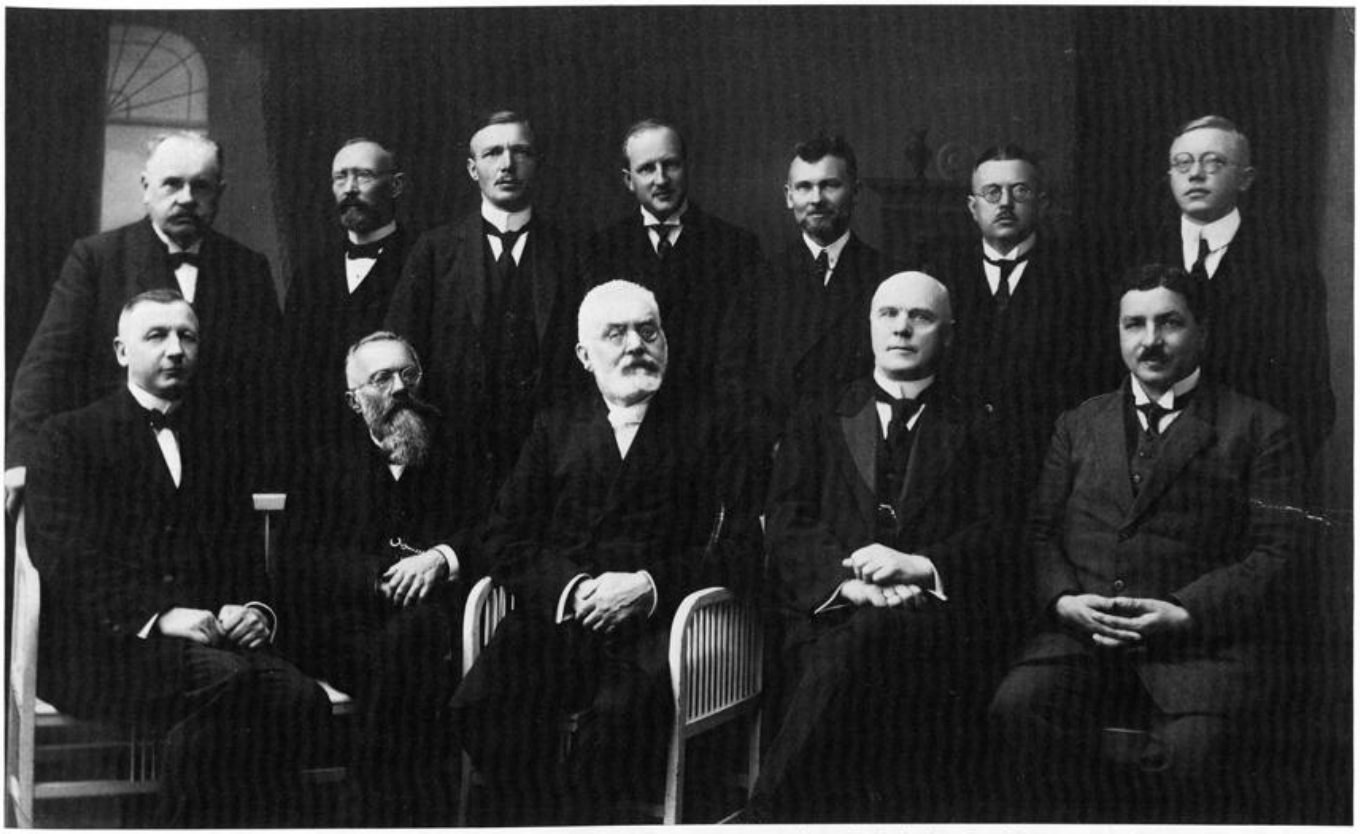
Die Gemeindeglieder protestierten erneut unter Berufung auf die lutherische Kirchenordnung von 1571. Bevor eine Antwort erfolgte, wurde Kulemann auf den 15. Juli 1848 zur landesherrlichen Bestätigung nach Detmold geladen, erschien aber nicht und blieb wochenlang von Lippe fern. Deshalb unternahmen die Protestierenden am 20. August einen neuen Vorstoß beim Fürsten. Nachdem Kulemann dann am 1. September wieder in Lemgo erschien, wurde er am 8. September ordiniert und tags darauf bestätigt. Die Protestierenden erhielten von der Regierung folgenden Bescheid: „Ohngeachtet der abermaligen Protestation ist dem an die St. Mariengemeinde zu Lemgo erwählten Pastor Kulemann am 9. d. M. die landesherrliche Bestätigung erteilt worden. Ob die Glaubensansicht desselben oder die der protestirenden Gemeindeglieder die richtige und wahrhaft heilbringende sei, hatte die Regierung nicht zu untersuchen. Da der Pastor K. seine Qualification nachgewiesen und derselbe ordnungsmäßig erwählt worden war, so konte die Bestätigung nicht versagt werden. Detmold, 12. September 1848. Fürstl. Lippische Regierung" (Hch. Clemen II, S. 56). Daraufhin erklärten die Protestierenden unter dem 27. Oktober 1848 den kirchlichen Notstand und ihre Entschlossenheit, um ihres Gewissens und ihrer Kinder willen einen eigenen Prediger zu berufen.

Nun meldeten sich auch die bereits seit 1842 (Einsetzung von Pastor Volkhausen statt Pastor Schmidt) in Opposition stehenden Glieder der reformierten Gemeinde St. Johann zu Wort. Sie hatten von 1842 bis 1847 ihre geistliche Versorgung bei dem lutherischen Pastor Clemen und z. T. bei dem katholischen Pfarrer Berens gesucht und gefunden. Am 18. November 1848 schrieben sie an die Regierung, daß sie jetzt entschlossen seien, „von dem Rechte freier Gemeindebildung und Verwaltung Gebrauch zu machen, welches von hoher Reichsversammlung zu Frankfurt als ein Grundrecht des deutschen Volkes festgestellt ist. Sie werden sich ihren eigenen Prediger wählen und mit demselben eine besondere Gemeinde bilden . . .". So kam es dann mit Unterstützung der Evangelischen Gesellschaft für Deutschland in Elberfeld und unter Beihilfe der Pietisten aus Minden-Ravensberg und Lippe zur Gründung der „Neuen evangelischen Gemeinde" in Lemgo. Ihr erster Pfarrer wurde Emil Steffann aus Unterbarmen.

Unter Berufung auf die „Grundrechte des deutschen Volkes" von 1848 wurde nun auch eine freie Schule von St. Marien gegründet, an der später der Gründer und erste Leiter von Eben-Ezer, Adolf Topehlen, als Lehrer wirkte.

Pastor Steffann entfaltete in Lemgo und als Agent der Evangelischen Gesellschaft für Deutschland in ganz Lippe eine eifrige Werbetätigkeit. Da er seine Gemeindeglieder ungeachtet ihrer Herkunft dem lutherischen Bekenntnis zuführte, geriet er mit seinen reformierten Gesinnungsgenossen in Streitigkeiten, die ihn veranlaßten, 1854 Lemgo wieder zu verlassen, um in Berlin eine Pfarrstelle zu übernehmen.

Inzwischen hatte sich auf dem Eikhof in der Gemeinde Retzen ebenfalls eine freie lutherische Gemeinde gebildet. Diese erwies sich auf die Dauer lebensfähiger als die neue evangelische Gemeinde in Lemgo. Nachdem sich in der Alten Hansestadt die kirchlichen Verhältnisse wieder normalisiert hatten, wurde die neue Gemeinde durch landesherrliche Verordnung vom 12. Mai 1858 wieder aufgelöst. In demselben Jahr gab Pastor Kulemann sein Pfarramt auf und verzog von Lemgo nach Dresden, wo er als freier Schriftsteller lebte. Er schrieb Dramen, Schauspiele, Romane und Gedichte. Der Sammelband „Menschen vom lippischen Boden" bringt auch von ihm eine Kurzbiographie. Diese schließt mit den Worten: „Streng aber gerecht ist das Urteil über ihn, das ihn als einen formgewandten, aber dunklen und wilden Dichter bezeichnet, der auch im Alter seine Natur nicht zu verleugnen vermochte. Er starb am 21. Juni 1889 in Dresden."



Diese Aufnahme entstand anläßlich der Emeritierung des Superintendenten Albrecht Doht (in der Mitte sitzend) am 5. 10. 1926. Doht war seit 1905 Pastor in Reelkirchen und seit 1911 zugleich Superintendent der Klasse Brake gewesen.
Von links nach rechts, sitzend: die Pastoren Thelemann (Blomberg), Zeiß (Schwalenberg), Doht, Tölle (Lemgo) und Thoke (Wöbbel).
Von links nach rechts, stehend: die Pastoren Hossius (Lieme), Kuhlmann (Lemgo), Weege (Horn), Ewerbeck (Lemgo), Weßel (Cappel), Stiewe (Elbrinxen) und Brannolte (Blomberg).

Kulemanns Nachfolger an St. Marien wurde Pastor Vorberg, dem es durch zielstrebige Arbeit gelang, die verwirrte Gemeinde wieder zu sammeln. Vorher hatte man sich zeitweise mit dem Plan getragen, die Gemeinde St. Marien mit St. Nicolai zu verschmelzen, zumal das Kirchengebäude wegen Baufälligkeit polizeilich geschlossen werden mußte, so daß der Gottesdienst von St. Marien in St. Nicolai und ab 1858 in der leerstehenden Kirche der aufgelösten neuen Gemeinde gehalten werden mußte. Pastor Vorberg ließ von 1858 bis 1862 seine Kirche gründlich restaurieren.

In der Gemeinde St. Nicolai stand es um die Jahrhundertmitte nicht viel besser als in St. Marien. Der damalige Pastor Holzapfel war ein hochbegabter Musiker und Komponist, theologisch aber wurde er mehr und mehr zu einem unergiebigen Rationalisten. Gegen den Protest des Magistrates ernannte Fürst Leopold III. am 1. Mai 1854 den aus Schleswig-Holstein stammenden Friedrich Wilhelm August Kähler zum Pastor von St. Nicolai. Nach dem Zeugnis von W. Butterweck (S. 495) hat er „bis an sein Lebensende (1878) durch seine tiefgründigen Predigten segensreich gewirkt".

Die Gemeinde Eikhof baute schon 1850 auf dem Rodenkampe bei Retzen eine Kirche, von der später die Gemeinde den Namen „Bergkirchen" bekam. In der Nähe wurde auch eine eigene kirchliche Schule errichtet. In den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts entstand von Bergkirchen aus in Bad Salzuflen eine lutherische Filialgemeinde, die am 1. Advent 1880 eine eigene Kapelle einweihen konnte. Diese wurde 1892 durch eine Kirche ersetzt. Seit 1901 gibt es in Bad Salzuflen eine selbständige lutherische Gemeinde.

Bis zum Jahre 1854 waren die Lutheraner in Lippe,



Wilhelm Butterweck, geboren 1874 als Sohn eines Landwirts in Lipperode, war von 1908–1939 Pastor in Schötmar. Er ist vor allem durch seine kirchengeschichtlichen Arbeiten bekannt geworden. 1926 erschien von ihm „Die Geschichte der Lippischen Landeskirche", ein voluminöses Werk von 636 Seiten, das die Namen sämtlicher lippischer Pastoren und ihre Wirkungsorte sowie einen Überblick über die wichtigsten kirchengeschichtlichen Ereignisse in Lippe seit der Reformation beinhaltet. Das seit langem vergriffene Werk hätte eine Überarbeitung und Neuauflage verdient. Im Jahre 1976 begann Pastor Martin Meierkord im Auftrag der Landeskirche damit, den „Butterweck" fortzuschreiben und auf den neuesten Stand zu bringen. Diese Arbeit liegt als Manuskript inzwischen abgeschlossen vor.

abgesehen von Lemgo, rechtlich in einer üblen Lage. Nur einige Adlige hatten sich ihre Rechte erhalten können, z. B. die Familien von Kerßenbrok in Barntrup und von Schwartze auf Braunenbruch bei Detmold. Ihnen wurde gestattet, daß sie sich von lutherischen Pastoren aus Lemgo oder Detmold das Abendmahl reichen ließen. Aber sonst unterstanden z. B. die Glieder der lutherischen Gemeinde Detmold dem Pfarrzwang. Das bedeutete, daß sie die Gebühren für Amtshandlungen, die ihr lutherischer Pfarrer vorgenommen hatte (Taufen, Trauungen, Beerdigungen), an den reformierten Pastor ihres Wohnbezirks entrichten mußten. Entsprechendes galt übrigens auch für die reformierten Einwohner von Lemgo und für die Katholiken in Lippe.

Hier wurde nun im Jahre 1854 endlich Wandel geschaffen: Am 9. März 1854 wurde durch ein Edikt des Fürsten Leopold III. die katholische Kirche der evangelischen Landeskirche gleichgestellt, und am 15. März 1854 erfolgte „die Gleichstellung der evangelisch-lutherischen Kirche mit der evangelisch-reformierten im Fürstentum". Dadurch war nicht nur die lange entbehrte Rechtsgleichheit geschaffen. Zugleich wurde die Stadt Lemgo ihrer bisherigen Sonderrechte beraubt, indem nun auch die dortigen lutherischen Gemeinden dem Konsistorium in Detmold unterstellt wurden. Dafür wurde von 1854 an ein lutherischer Geistlicher zum Mitglied des Detmolder Konsistoriums gemacht.

Durch eine landesherrliche Verordnung vom 7. Oktober 1857 wurden dann die Gemeindeverhältnisse für ganz Lippe neu geordnet. § 2 dieser Verordnung bestimmt u. a.: „Die lutherischen Gemeinden des Landes bilden drei Kirchsprengel: I. den der lutherischen Kirche zu Detmold, welcher alle zur lutherischen Confession sich bekennenden Bewohner der Stadt Detmold umfaßt und sich ferner über die Städte Horn und Lage, sowie die Ämter Detmold, Lage und Horn erstreckt; II. den der lutherischen Kirche St. Nicolai in Lemgo in ihrem bisherigen Bezirke der Stadt Lemgo und im Umfange der Stadt Salzuflen sowie der Ämter Oerlinghausen, Schötmar, Hohenhausen und Varenholz; III. den der lutherischen St. Marien-Kirche zu Lemgo in ihrem bisherigen Bezirke der Stadt Lemgo und in dem Umfange der Städte Blomberg und Barntrup, sowie der Ämter Brake, Sternberg und Barntrup, Blomberg, Schieder und Schwalenberg."

§ 3 lautet: „Jeder evangelisch-protestantische Einwohner des Landes soll einer von den beiden seinen Wohnort einschließenden evangelisch-protestantischen Parochien angehören. Mitglieder der unirten evangelischen haben sich nach eigener Wahl entweder der reformirten oder der lutherischen Gemeinde anzuschließen, ihren deßfallsigen Entschluß jedoch innerhalb dreier Monate nach Publication dieser Verordnung dem betreffenden Parochus schriftlich zu erklären, widrigenfalls dieselben dem reformirten Parochialverbande ihres Wohnorts, beziehungsweise

in der Stadt Lemgo dem lutherischen Parochialverbande ihres Bezirks beigezählt werden sollen." Bei dieser in § 3 vorgesehenen Regelung ist es im wesentlichen bis heute geblieben.

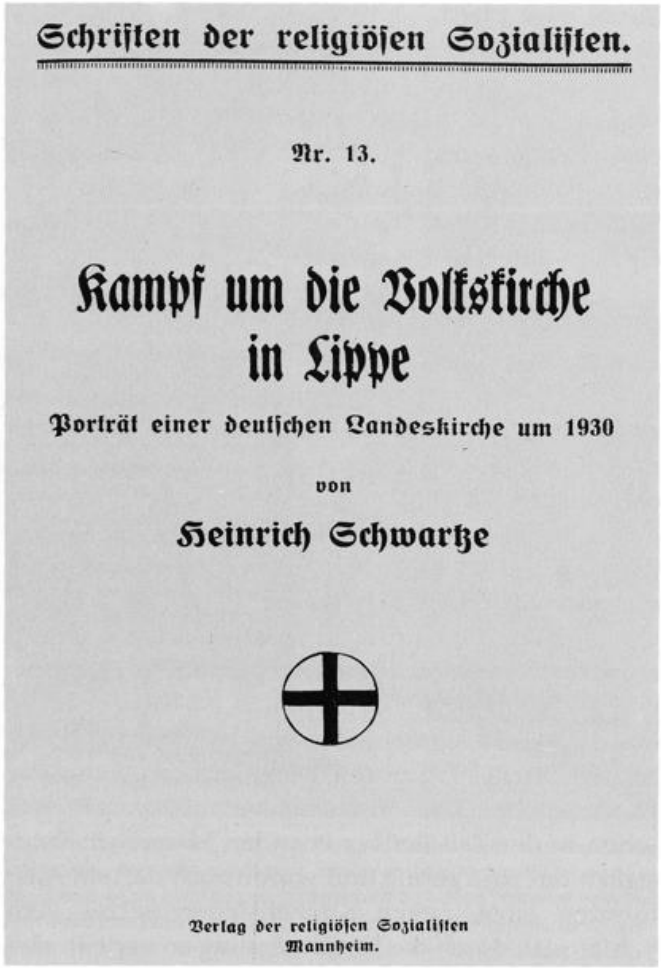
Einen entscheidenden Einschnitt im Leben auch der lutherischen Gemeinden bedeutete die Einführung der Landessynode 1877/1878. Der neuen Synode von 1878 gehörten zunächst nur die reformierten Gemeinden an, die damals aus den drei Klassen (Kreissynoden) Detmold, Brake und Varenholz bestanden. Die bis dahin bestehenden vier lutherischen Gemeinden (St. Nicolai und St. Marien in Lemgo, Detmold und Bergkirchen) bildeten noch keine Klasse und hatten auch noch keinen Superintendenten, sondern nur einen lutherischen Konsistorialrat.

In dem Bericht über die Tagung der zweiten ordentlichen Landessynode vom 3. bis 22. Juli 1882 heißt es u. a.: „Die vier lutherischen Gemeinden zu Detmold, St. Nicolai zu Lemgo, St. Marien zu Lemgo und zu Bergkirchen treten der Landessynode bei. Die Verordnung, die Einführung einer Landessynode betreffend, gilt auch für die lutherischen Gemeinden des Landes, ohne daß ihr Bekenntnisstand, wie er sich namentlich in den Bekenntnisschriften der lutherischen Kirche, in Gottesdienstordnung und kirchlichen Lehr- und Gesangbüchern darstellt, dadurch berührt oder in der Landessynode darüber verhandelt wird. Andererseits haben die lutherischen Mitglieder der Landessynode in allen Gegenständen, welche den Bekenntnisstand der reformierten Kirche des Landes betreffen, sich der Beteiligung an der Debatte und der Abstimmung zu enthalten. Die lutherischen Gemeinden wählen zur Landessynode drei Abgeordnete, nämlich einen Prediger und zwei Laien. Die lutherischen Gemeinden treten zu einer Klasse zusammen, jährlich wird eine Klassenversammlung gehalten, die einen Geistlichen zum Vorsitzenden wählt. Die inneren Einrichtungen der lutherischen Gemeinden, ihre statutarischen Vorschriften, ihre Selbständigkeit und ihr Verhältnis unter einander, ferner ihre Stellung zum Konsistorium bleiben unberührt. Das lutherische Mitglied des Konsistoriums besorgt die Geschäfte eines Superintendenten für die lutherischen Gemeinden. Seit 1888 hat die lutherische Klasse einen von der Klassenversammlung gewählten Superintendenten" (W. Butterweck, S. 206).

Damit war für die lutherischen Gemeinden jener Rechtsstatus erreicht, der im wesentlichen noch heute besteht. Beide evangelischen Teilkonfessionen sind in einer Landeskirche vereinigt. Diese wird von einer Landessynode geleitet, die gewählt wird von vier, später von fünf reformierten Klassen und einer lutherischen Klasse. An der Spitze jeder Klasse steht ein Superintendent, der von dem Klassentag gewählt wird. Im Konsistorium, dem heutigen Landeskirchenrat, sitzt ständig ein Vertreter der lutherischen Geistlichkeit. Dieser trägt heute den Titel Kirchenrat und ist seit 1970 hauptamtlich angestellt. Als am 17. Februar 1931 die Verfassung der Lippischen Landeskirche von der Landessynode verabschiedet wurde, geschah das einstimmig, also mit den Stimmen der lutherischen Abgeordneten. Das war gerade in jener Zeit nicht selbstverständlich; denn unmittelbar vor und auch nach diesem wichtigen Ereignis (Verabschiedung der Verfassung) bewegte ein verhängnisvoller Streit zwischen Lutheranern und Reformierten die Gemüter in Lippe.

Die eigentliche Ursache des von 1930 bis 1933 dauernden Streites lag in der bedenklichen Armut der Landeskirche. Das Kirchensteueraufkommen war schon in der Zeit der kommenden Massenarbeitslosigkeit um 1930 gering und wurde noch dazu in Ausführung eines neuen Kirchensteuergesetzes vom 3. Mai 1926 durch die Kirchenleitung so verteilt, daß sich besonders die lutherischen Gemeinden benachteiligt fühlten. Einige ihrer Stadtgemeinden hatten ein relativ hohes Steueraufkommen. Dieses floß aber entsprechend dem erwähnten Kirchengesetz, das die frühere Trennung von Landes- und Ortskirchensteuer aufgehoben hatte, voll in die Landeskirchenkasse. Aus dieser bekamen dann aber weder die städtischen Kirchengemeinden der Lutheraner noch vor allem die kleine Gemeinde Bergkirchen genügend Geld zurück, um ihren dringendsten Bedarf decken zu können. Letztere sowie die Kapellengemeinde Lage waren schon seit geraumer Zeit von einer außerlippischen Hilfskasse, dem sogenannten „Gotteskasten", wirksam unterstützt worden. Diese Hilfskasse weigerte sich nun aber, weiterhin Gelder für Bergkirchen und Lage zu zahlen, wenn lutherische Kirchensteuern auch für reformierte Gemeinden verwendet würden.

Hinzu kam, daß man 1930 allen Ernstes den finan-



Im Jahre 1929 schlossen sich Arbeiter und eine beachtliche Zahl von Junglehrern in Lippe zum „Bund religiöser Sozialisten" zusammen. Zugleich verkündeten sie ihren Austritt aus der Kirche. Was sie einte, war der Gedanke einer „Volkskirche" und der erklärte Kampf gegen die hierarchischen Strukturen in der Kirche. Sprecher dieser Gemeinschaft war der Pfarramtskandidat Heinrich Schwartze, der im Jahre 1930 in seinem „Porträt einer deutschen Landeskirche", mit scharfen Angriffen auf die „Pastorenkirche", das folgende Bild von den kirchlichen Verhältnissen in Lippe entwarf:

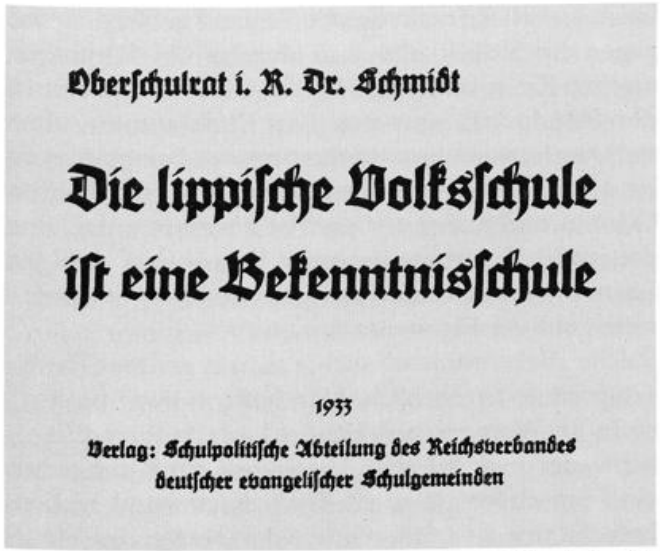
„Ein kleines Land von etwa einhundertsechzigtausend Einwohnern, Lippe-Detmold, in dem geruhsame Menschen leben, konservativ aus ihrem Blut heraus, jeder für sich allein, genügsam und wohl geübt, was geschieht, als unabänderlich zu betrachten, hat eine das geistige Leben noch erhebliche beeinflussende Landeskirche bemerkenswerter Art. In der Landeshauptstadt, da, wo vor dem Hause am Zaun gemalte Buchstaben hinweisen: ‚Lippisches Konsistorium', hat sich ein Stück Vergangenheit lebensfähig erhalten, ein Rest monarchischen, absolutistischen Geistes, ausreichend, dem Gebilde der Kirche alle die zu entfremden, die sich zu freiheitlicheren Auffassungen bekennen; die anderen aber, die sich stolz als Konservative geben, ihr treu und fest zu verbinden ... Die Kirche in Lippe ist noch Pastorenkirche ... Sie wird repräsentiert von der Geistlichkeit, die die Laien betreut ... Die Masse der Kirchenmitglieder ist ohne allen Einfluß auf die Gestaltung der kirchlichen Aktionen. Es wird nicht gewählt, man siebt. Ganz oben wird auch nicht mehr gesiebt, sondern man tritt ‚bis auf weiteres zu einem Landeskirchenrat zusammen' ... Die Kirchen haben schon eine Aufgabe. Aber sie können sie nicht lösen ... Denn in den Kirche lebt nicht mehr der Geist des reinen Christentums, der Geist des allgemeinen Weltfriedens, der Aufhebung aller sozialen Unterschiede, der Geist des Kampfes gegen die Unterdrückung und Knechtung jeglicher Art. Die Kirche in ihrer Gesamtheit bejaht den Stahlbadgedanken, den Rachepatriotismus. Sie stützt diejenige Weltanschauung, die im Kapitalismus die einzig mögliche Wirtschaftsform sieht, sie kämpft gegen den Sozialismus und damit gegen die Interessen des arbeitenden Volkes in Stadt und Land ... Tatsache ist, daß zwischen der Landeskirche und weiten Schichten des Volkes sich eine tiefe Kluft aufgetan hat, daß allein die gefestigte Sitte der kirchlichen Amtshandlungen bei Taufe, Konfirmation, Hochzeit, Beerdigung zahlreiche Kirchenglieder davon abhält, sich durch Kirchenaustritt offen von der Landeskirche loszusagen. Tatsache ist, daß eine Volkskirche in dem Sinne, daß die Landeskirche dem Volk geistige Heimat sei, nicht besteht ... Die religiösen Sozialisten waren von der Kirchenleitung aus der Landeskirche herausgedrängt ... So kämpfen seit Oktober 1929 die religiösen Sozialisten ihren Kampf gegen jede religiöse, wirtschaftliche, politische Unterdrückung, ihren Kampf um den christlichen Menschen in einer entchristlichten, klassen- und kapitalgebundenen Zeit in ihrer eigenen ‚Volkskirche'."

Der Auftritt des „Bundes der religiösen Sozialisten" war nur von kurzer Dauer. Bereits 1933 verschwand die „Lippische Volkskirche" sang- und klanglos. Ihr Wortführer Schwartze ging nach Mecklenburg, wo er sich der nationalsozialistischen Gruppe der „Deutschen Christen" anschloß.

ziellen Zusammenbruch der ganzen Landeskirche befürchtete, so daß vor Beginn der Arbeit an der Verfassung die Meinung vertreten wurde, es habe gar keinen Sinn, noch eine Verfassung zu schaffen. Da die Landeskirche finanziell ohnehin am Ende sei, müsse sie ihre Selbständigkeit aufgeben und sich einer größeren Landeskirche anschließen.

So kam es dazu, daß die Lutheraner sich von der Lippischen Landeskirche trennen und der lutherischen Landeskirche von Niedersachsen anschließen wollten. Während man in Hannover diesem Plan positiv gegenüberstand, weigerte sich die Lippische Landessynode in vielen Verhandlungen, die lutherischen Gemeinden aus ihrem Verband zu entlassen. Daraufhin legten am 28. September 1931 die lutherischen Synodalen und ihre Stellvertreter ihre Ämter nieder, ebenso der lutherische Kirchenrat und der Superintendent.

Damit wäre auch die Kirchenleitung mangels des lutherischen Mitgliedes handlungsunfähig geworden. Aber sie meinte, darin einen Ausweg gefunden zu



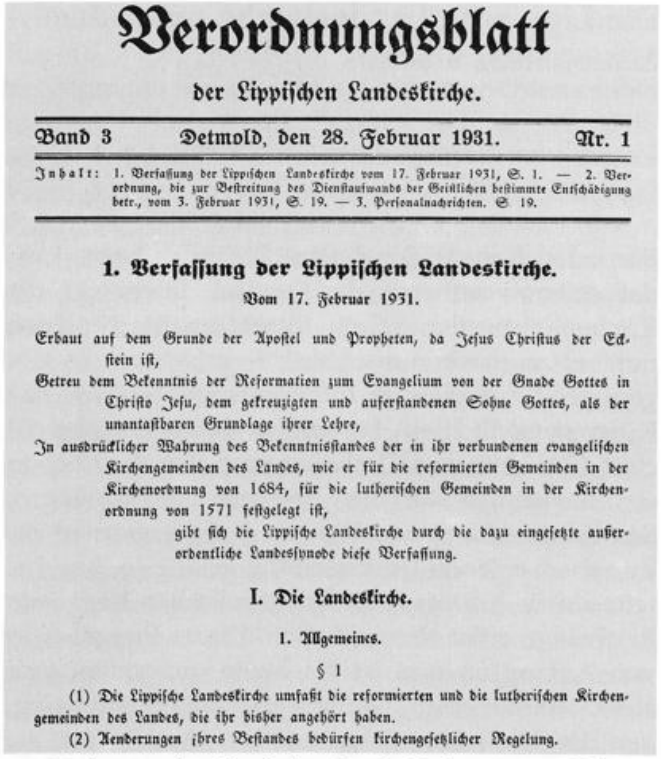
Oberschulrat i. R. Dr. Schmidt

Die lippische Volksschule ist eine Bekenntnisschule

1933

Verlag: Schulpolitische Abteilung des Reichsverbandes deutscher evangelischer Schulgemeinden

Die Frage nach dem Charakter der lippischen Volksschule, die sich im Zusammenhang mit den schulprogrammatischen Bestimmungen der Reichsverfassung gestellt hatte, bestimmte in den zwanziger Jahren die schulpolitischen Auseinandersetzungen zwischen Lehrerschaft und Kirche, in die u. a. auch die religiösen Sozialisten (Walter, Sprenger, Helmhausen) verwickelt waren. Während die Lehrerschaft die lippische Volksschule als Gemeinschaftsschule begriff, deklarierten kirchliche Kreise die Schule als Bekenntnisschule. Verfasser dieser Schrift war der 1929 in den Ruhestand getretene Oberschulrat Dr. Schmidt, der glaubte nachweisen zu können, daß die lippische Schule „nach ihrer geschichtlichen Entwicklung und dem geltenden Recht eine Bekenntnisschule mit evangelischem Charakter sei".



Verordnungsblatt

der Lippischen Landeskirche.

Band 3 Detmold, den 28. Februar 1931. Nr. 1

Inhalt: 1. Verfassung der Lippischen Landeskirche vom 17. Februar 1931, S. 1. — 2. Verordnung, die zur Bestreitung des Dienstaufwands der Geistlichen bestimmte Entschädigung betr., vom 3. Februar 1931, S. 19. — 3. Personalnachrichten. S. 19.

1. Verfassung der Lippischen Landeskirche.

Vom 17. Februar 1931.

Erbaut auf dem Grunde der Apostel und Propheten, da Jesus Christus der Eckstein ist,

Getreu dem Bekenntnis der Reformation zum Evangelium von der Gnade Gottes in Christo Jesu, dem gekreuzigten und auferstandenen Sohne Gottes, als der unantastbaren Grundlage ihrer Lehre,

In ausdrücklicher Wahrung des Bekenntnisstandes der in ihr verbundenen evangelischen Kirchengemeinden des Landes, wie er für die reformierten Gemeinden in der Kirchenordnung von 1684, für die lutherischen Gemeinden in der Kirchenordnung von 1571 festgelegt ist,

gibt sich die Lippische Landeskirche durch die dazu eingesetzte außerordentliche Landessynode diese Verfassung.

I. Die Landeskirche.

1. Allgemeines.

§ 1

(1) Die Lippische Landeskirche umfaßt die reformierten und die lutherischen Kirchengemeinden des Landes, die ihr bisher angehört haben.

(2) Aenderungen ihres Bestandes bedürfen kirchengesetzlicher Regelung.

Die Verfassung der Lippischen Landeskirche vom 17. Februar 1931. Sie wurde durch folgenden Bekenntnisvorspruch eingeleitet: „In ausdrücklicher Wahrung des Bekenntnisstandes der in ihr verbundenen evangelischen Kirchengemeinden des Landes, wie er in für die reformierten Gemeinden in der Kirchenordnung von 1684, für die lutherischen Gemeinden in der Kirchenordnung von 1571 festgelegt ist, gibt sich die Lippische Landeskirche ... diese Verfassung." Damit trat in Lippe zum erstenmal eine Kirchenordnung in Kraft, in der beide Konfessionen ihre kirchlichen Angelegenheiten gemeinsam regelten.

haben, daß sie an Stelle des lutherischen Kirchenrates Scheumann den Geh. Konsistorialrat Josephson, der in Hiddesen im Ruhestand lebte, als Vertreter der Lutheraner in den Landeskirchenrat berief. Da dieser der Union angehörte, beschwerten sich die Lutheraner dagegen und riefen das kirchliche Verwaltungsgericht an, wurden jedoch abgewiesen.

Die lutherischen Synodalen blieben weiterhin den Tagungen fern. Der Landeskirchenrat und die reformierten Synodalen bemühten sich, gestützt auf ein ausführliches und gründliches Rechtsgutachten des Kirchenjuristen Prof. D. Dr. Schoen aus Göttingen, um den Nachweis, daß es verfassungsrechtlich unmöglich sei, daß die Lutheraner, die „ein integrierender Bestandteil der Lippischen Landeskirche" seien, diese verlassen könnten. Dazu sei dann vorher ein verfassungänderndes Gesetz notwendig. Unter Berufung auf die unterschiedlichen Kirchenbegriffe beantragten nun die Lutheraner die Schaffung eines solchen Gesetzes. Doch die Landessynode entschied am 15. März 1933: „Für die Landessynode und ihre Organe liegt z. Zt. kein Anlaß vor, sich mit diesen Fragen (betr. Entlassungsanträge der Lutheraner) zu beschäftigen. Die Landessynode erklärt damit auch die Eingaben der lutherischen Stellen vom 22. Januar 1933 bzw. vom 3. und 28. März 1932 für erledigt" (Engelbert, S. 172).

Als dieser Bescheid erging, war bereits die (vorerst noch nicht als solche erkannte) Katastrophe der Hitlerschen „Machtergreifung" über Deutschland hereingebrochen, die auch in der Kirche alles veränderte. Kirchenrat Scheumann und die lutherischen Synodalen nahmen ihre Arbeit wieder auf und bemühten sich, gemeinsam mit den reformierten Mitarbeitern die Lippische Landeskirche zu retten.

Die Lippische Landeskirche unter dem Nationalsozialismus 1933–1945

Vergeblicher Versuch einer Gleichschaltung (1933 bis 1936)

Für jeden Kenner der Zeitgeschichte ist heute klar, daß es von vornherein das Fernziel Hitlers war, die Kirchen entweder seinen totalitären Machtplänen nutzbar zu machen oder sie zu vernichten. Es gibt genügend zuverlässige Informationen darüber, daß Hitler persönlich ein fanatischer Feind des christlichen Glaubens war. Deshalb waren ihm die Kirchen stets ein lästiger Störfaktor, mit dem er zu seiner großen Enttäuschung und Wut nie fertig geworden ist. Zu seiner eigenen Überraschung gelang es ihm, bereits am 20. Juli 1933 mit der katholischen Kirche ein Reichskonkordat abzuschließen. Dieses Ereignis war von Anfang an und ist bis heute umstritten. Fest steht, daß der deutsche Episkopat ein erklärter Gegner des Nationalsozialismus war. Anders als die deutschen katholischen Bischöfe machte sich die Kurie in Rom offenbar anfangs Illusionen über diese „Bewegung". Das Ergebnis war, daß zwar Hitler durch das Konkordat einen ungeheuren Prestigegewinn verzeichnen konnte. Das Ausland faßte neues Vertrauen, nachdem die Weltkirche sich mit Hitler verbündet hatte. Die Kirche ihrerseits hatte wenig Nutzen aus diesem Vertrag; denn Hitler hat – was heute ebenfalls zweifelsfrei feststeht – alle seine Verträge und Abmachungen nur geschlossen, um sie bei günstiger Gelegenheit völlig gewissenlos zu brechen. Kein aufrechter katholischer Christ konnte auch nur von ferne ahnen, wie verlogen und hinterhältig das Wesen und die Politik Hitlers waren.

Die evangelische Kirche war 1933 in einer weit schlechteren Lage. Bereits vor der Machtübernahme gab es eine Gruppe evangelischer Pfarrer, die arglos und gutgläubig genug waren, zu meinen, man müsse zur Abwehr der bolschewistischen Gefahr und zur Überwindung atheistischer Strömungen im deutschen Volke Hitler und seine Bewegung unterstützen. Hitler beschwor ja in all seinen Reden die „Vorsehung" und den „Allmächtigen", und Punkt 24 des Parteiprogramms lautete verheißungsvoll: „Wir fordern die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat, soweit sie nicht dessen Bestand gefährden und gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen. Die Partei als solche vertritt den Standpunkt eines positiven Christentums, ohne sich konfessionell an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden. Sie bekämpft den jüdisch-materialistischen Geist in und außer uns und ist überzeugt, daß eine dauernde Genesung unseres Volkes nur erfolgen kann von innen heraus auf der Grundlage: Gemeinnutz geht vor Eigennutz."

Solche „Bekenntnisse" suchte man in anderen Parteiprogrammen vergeblich. Nun hatte es zwar vor 1933 nicht an Warnern gefehlt: Im Jahre 1926 veröffentlichte der evangelische Theologe Otto Baumgarten eine Broschüre mit dem Titel „Kreuz und Hakenkreuz", und 1927/28 schrieb der Stuttgarter Stadtpfarrer Eduard Lamparter eine Artikelserie „Evangelische Kirche und Judentum", die 1928 ebenfalls in Buchform veröffentlicht wurde. Beide Arbeiten sind ernste und begründete Warnungen vor dem geistlosen und verwerflichen „Neuheidentum" dieser „Bewegung". Im Frühjahr 1931 veröffentlichte der Erlanger Theologieprofessor Hermann Strathmann eine Schrift mit dem Titel „Nationalsozialistische Weltanschauung?". Darüber urteilt ein so vorzüglicher Kenner wie Klaus Scholder in seinem Buch „Die Kirchen und das Dritte Reich", Band I, S. 176: Strathmanns Schrift „gehört zu den besten und treffendsten Analysen der nationalsozialistischen Ideologie im protestantischen Lager". Der Kern der Sache sei „das schlechthin beherrschende Prinzip des Rassegedankens . . . Strathmann war einer der ersten, der begriff, daß sich aus der nationalsozialistischen Ideologie mit Notwendigkeit eine völlig neue Ethik ergeben müsse . . . und daß diese neue Ethik mit der christlichen Ethik in keiner Hinsicht und unter keinen Umständen vereinbar sei."

Hätten alle evangelischen Pfarrer damals diese Ausführungen gelesen und beherzigt, so hätte niemand mehr auf die verlockenden Lügen der braunen Verführer hereinfallen können. Nachweislich haben aber nur sehr wenige die erwähnten warnenden Schriften und die klare Analyse von Hermann Sasse im Kirchlichen Jahrbuch 1932 zur Kenntnis genommen. Statt dessen hingen sie fest an den alten nationalen Idealen, die im vorigen Jahrhundert in so ziemlich allen evangelischen Pfarrhäusern gepflegt wur-

den. Vor allem hatten sie Angst vor dem Bolschewismus und dem lauten Atheismus, der sich in jenen Jahren hier und da zu Wort meldete. Ältere Zeitgenossen werden sich noch erinnern, daß es Hitler in jenen Jahren vor der Machtübernahme unter Ausnutzung der wirtschaftlichen Not verstand, seine krankhafte Hysterie auf das gesamte politische Leben zu übertragen. Diese hysterisch angeheizte Kommunistenfurcht trug viel zur Vernebelung der Geister und zur Verhinderung eines klaren politischen Denkens bei.

Zu Beginn der dreißiger Jahre war die wirtschaftliche Lage der Lippischen Landeskirche so katastrophal, daß sich die Lutheraner eine Zeitlang mit dem Gedanken trugen, sich der größeren lutherischen Landeskirche von Hannover anzuschließen. Die Verhandlungen darüber zogen sich hin bis nach der „Machtübernahme". Nach diesem Ereignis hieß es, Hitler wolle die Zersplitterung des deutschen Protestantismus beenden und eine einheitliche „Reichskirche" schaffen. Deshalb fragte die Kirchenleitung unter dem stellvertretenden Landessuperintendenten Corvey aus Hohenhausen beim Kirchenbundesamt in Berlin an, ob die kleine Lippische Landeskirche Aussicht habe, ihre Selbständigkeit zu behalten. Die Antwort war ein klares Nein. Es hieß damals, Landeskirchen mit weniger als einer Million Mitglieder würden nicht geduldet.

Daraufhin bemühte man sich in aller Eile, eine Vereinbarung der reformierten Landeskirchen und Gemeinden zu schaffen und eine Deutsche Reformierte Kirche zu bilden, die dann die „reformierte Säule" in der neuen „Reichskirche" werden sollte. Die Verhandlungen wurden eiligst durchgeführt, ohne daß die gewählten Organe der Landeskirche zu Rate gezogen wurden. Bereits am 8. Juni 1933 wurde der „Vertrag über den Zusammenschluß der evangelisch-reformierten Landeskirche der Provinz Hannover und der Lippischen Landeskirche" geschlossen. Er sah vor, daß die beiden Landeskirchen „zu der Deutschen Reformierten Kirche zusammengeschlossen" würden. Ferner wurde bestimmt: „Diese Deutsche Reformierte Kirche ist die Rechtsnachfolgerin der beiden genannten Landeskirchen" (Art. I, 2). Gegen diese übereilte Abmachung regte sich alsbald heftiger Widerstand im Lande, und zwar aus einem doppelten Grunde: Man konnte es den beiden „Bevollmächtigten", Superintendent Corvey und Pastor Ruperti, nicht verzeihen, daß sie so eigenmächtig vorgegangen waren, und außerdem erschien es den meisten Pastoren näherliegend, sich der Westfälischen Landeskirche anzuschließen; denn auch in Westfalen gab es reformierte Kreissynoden, und der Zusammenschluß mit ihnen erschien vielen Lippern natürlicher, weil das ostfriesische Reformiertentum den Lippern weit fremder war als das westfälische. Hinzu kam die räumliche Entfernung zwischen Aurich (dem damaligen Sitz der reformierten Kirchenleitung) und Detmold.

Bei dieser Gelegenheit trat zum ersten Mal die lippische Gruppe der „Deutschen Christen" in Tätigkeit. Zu ihr gehörten ganze sieben Pastoren der Landeskirche. Gauobmann war Pastor von Szalatnay aus Lage, Kreisobmann Pastor Kasimir Ewerbeck aus Lemgo. Pastor Ewerbecks Schicksal ist besonders typisch. Deshalb muß hier kurz darauf eingegangen werden. Er war gegen Ende seines Theologiestudiums freiwillig in den Krieg gezogen und wurde 1919 in Rußland als Besatzungssoldat festgehalten. Dort wurde er noch in die Kämpfe zwischen Weiß und Rot verwickelt. Dabei begegnete er verschiedentlich unmenschlichen Brutalitäten, die bolschewistische Soldaten bei ihrem Rückzug vor den Weißrussen oder den Deutschen begangen hatten. So sah er etwa in der Gegend von Poltawa einige Gegner der Bolschewisten, die an Scheunentoren gekreuzigt waren und ähnliche Greueltaten. Diese Erfahrungen brachten ihn zu der Überzeugung (die er später schriftlich niedergelegt hat), „daß der Bolschewismus in seinem hemmungslosen Aktivismus eine Weltgefahr bedeutete, politisch und wirtschaftlich eine Bedrohung für ganz Europa. – Zum andern hatte ich erkannt, daß er eine satanische Bedrohung nicht nur für die orthodoxe Kirche Rußlands, sondern auch für die gesamte Christenheit ist." Deshalb gründete Pastor Ewerbeck 1930 die „Russische Bruderhilfe", um russische Emigranten zu unterstützen und die deutsche Bevölkerung über das Wesen und die grausamen Methoden des Bolschewismus aufzuklären. Diese Arbeit war recht erfolgreich, hatte aber mancherlei Nebenwirkungen: Die Aufklärungsarbeit trug wesentlich dazu bei, die allgemeine Bolschewistenfurcht in der Bevölkerung zu steigern.

Verständlicherweise geriet Pastor Ewerbeck durch

seine Arbeit in der „Russischen Bruderhilfe" in scharfen Gegensatz zur kommunistischen Partei. Andererseits brachte ihm diese Arbeit die erklärten Sympathien der Rechtsextremisten ein: Der Jungdeutsche Orden, der „Stahlhelm" und später dann auch die SA forderten ihn immer wieder auf, ihnen bei ihren Aufmärschen und Kundgebungen Feldgottesdienste zu halten. Diese Gruppen erschienen dann auch mit ihren Fahnen in den evangelischen Gottesdiensten. Es wurden auch andere Pastoren zu solchen Diensten aufgefordert, z. B. Böke (Wüsten) (später einer der schärfsten Vertreter der Bekennenden Kirche und Gegner der Nazis), Pastor Dassel (Schötmar) und von Szalatnay (Lage). Rückblickend schreibt Pastor Ewerbeck: „Böke war über solchen Dienst besonders erfreut und mahnte die Brüder, sie dürften sich solchem Dienst nicht versagen, wo sich dem Evangelium Türen öffneten, da eine Gesundung für unser krankes Volksleben nur vom Evangelium her zu erwarten sei."

Das war damals die allgemeine Überzeugung in den Pfarrerkreisen. Die kirchliche Lage war nicht besonders ermutigend. Nun kam diese neue „Bewegung" und verhieß auch auf religiösem Gebiet einen Neuanfang. In seinen ersten Reden nach der Machtübernahme beteuerte Hitler immer wieder, wie hoch er von den Kirchen und ihrer Arbeit denke. Diese verlockenden Töne fanden nur allzu williges Gehör. Wenn dann noch jemand in jungen Jahren befremdliche Erfahrungen in den an Grausamkeit reichen Revolutionswirren Rußlands gemacht hatte, so ist es verständlich, wenn er sich durch die raffinierte Propaganda gern täuschen ließ.

Pastor Ewerbeck schloß sich der Partei und dann im Frühjahr 1933 auch der sog. „Glaubensbewegung Deutscher Christen" an. Noch im Herbst 1933 traten jedoch Pastor Ewerbeck und die übrigen lippischen Mitglieder aus der „Glaubensbewegung" wieder aus, sobald klar wurde, daß hier Verrat an der Kirche zugunsten der Partei geübt wurde.

Der übereilt abgeschlossene Vertrag mit Reformiert-Hannover, durch den praktisch die Lippische Landeskirche ihre Selbständigkeit aufgegeben hatte, brachte weite Teile der Reformierten und auch der Lutheraner, die nun über ihr Schicksal unsicher geworden waren, in Harnisch. Dabei waren die „Deutschen Christen" für kurze Zeit die Wortführer. Am 4. Juli 1933 sollte eine Tagung der Landessynode stattfinden, um den erwähnten Vertrag zu ratifizieren. Doch diese Synodaltagung kam nicht zustande; denn inzwischen hatte der neue Reichsstatthalter Dr. Meyer eingegriffen. Ihm lag daran, daß auf keinen Fall ein Teil seiner „Untertanen" kirchlich an andere Reformierte gebunden wurden, die außerhalb seines Herrschaftsbereiches lebten. Deshalb war er bemüht, die Lippische Landeskirche an die Westfälische Landeskirche zu binden. Um zunächst die Ratifizierung des Vertrages mit Reformiert-Hannover zu verhindern, beauftragte er seinen Staatskommissar einzusetzen. Entsprechend wurde am 27. Juni 1933 verfügt: „Die Lage von Staat, Volk und Kirche verlangt Beseitigung der vorhandenen Verwirrung und Beunruhigung. Die Landesregierung bestellt deshalb den Landesschulrat Wollenhaupt für den Bereich der Lippischen Landeskirche zum Staatskommissar mit der Vollmacht, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen."

Noch an demselben Tage wurde der neue Staatskommissar aktiv, indem er folgenden Erlaß herausgab: „Auf Grund meiner Bestellung zum Staatskommissar für die Lippische Landeskirche löse ich hiermit die Lippische Landessynode auf und enthebe ich die gegenwärtigen Mitglieder des Landeskirchenrates dieses Amtes" (Gesetz- und Verordnungsblatt der Lippischen Landeskirche, Bd. 3 Nr. 13 vom 28. Juni 1933). Am nächsten Tage setzte er den Salzufler Pastor Tölle zum kommissarischen Landessuperintendenten ein.

Das war ein flagranter Rechtsbruch und ein Eingriff von Staat und Partei in das Rechtsgefüge der Kirche, wie sie zu jener Zeit allenthalben in Deutschland vorkamen. Daß die Landeskirche nunmehr durch den „neuen" Staat usurpiert war, ergab sich aus den beiden Verordnungen, die der Staatskommissar am 29. Juni 1933 erließ. Sie lauten: „Die Lippische Landeskirche begrüßt die nationale Erneuerungsbewegung des deutschen Volkes und wird freudig mithelfen, daß sie zu einer allgemeinen geistig-sittlichen Wiedergeburt Deutschlands führt. Volkstum und Vaterland sind gottgegebene Güter von höchstem sittlichen Wert; Dienst am Volk und Vaterland, Hingabe und Opferwillen für Blut und Boden, für Rasse und Heimat gehören zu den höchsten sittlichen Pflichten. Es ist auch die Aufgabe der Religion und

der Kirche, dieses Pflichtgefühl zu pflegen und die innigste Verbindung von Volkstum und Religion herzustellen. Die Lippische Landeskirche wird daher in allen ihren Gliedern in dem gleichen Geiste wie der neue deutsche Staat und Hand in Hand mit ihm ihren Dienst am deutschen Volke tun und das hohe Gut der christlichen Religion einer echt deutschen Frömmigkeit zu einer das ganze Leben beherrschenden Macht zu erheben trachten. Um der inneren Verbundenheit der christlichen Kirche mit dem nationalen Staat, unter dessen starkem Schutz ihr irdischer Bestand, die ruhige Ordnung zu ihrem neuen Aufbau und damit die freie Verkündigung des Evangeliums im deutschen Volke für alle Zukunft gewährleistet ist, sichtbaren Ausdruck zu verleihen, ordne ich hiermit an: Bei allen festlichen Anlässen in Kirche und Staat sind hinfort außer der Kirchenfahne auf den evangelischen Kirchen und kirchlichen Gebäuden die Hoheitszeichen des Reiches, die schwarzweiß-rote und die Hakenkreuzfahne zu hissen."

Die zweite Verordnung vom gleichen Tage ist ein Musterbeispiel für die Verlogenheit der Politik der NSDAP: „Bekanntmachung, Wahrung der Rechte der Lippischen Landeskirche betr., vom 29. Juni 1933: Die Einsetzung eines Kommissars für die Lippische Landeskirche durch die Lippische Landesregierung bezweckt ausschließlich ein aufrichtiges Zusammenleben von Staat und Kirche im Rahmen der Neuordnung staatlicher und kirchlicher Belange im deutschen Reiche. Die Rechte der Kirche sollen nicht angetastet werden. Die nationale Regierung erwartet aber und hofft, daß die Arbeit an der nationalen und sittlichen Erneuerung des deutschen Volkes, die sich die Reichs- und Länderregierungen zur Aufgabe gestellt haben, umgekehrt die gleiche Würdigung durch die Kirche, ihre Organe und Glieder erfährt." (Man vergleiche die Rede Adolf Hitlers bei der Reichstagseröffnung im März 1933.)

Man hatte die Kirche aller eigenen Rechte und ihrer rechtmäßigen Leitung beraubt und erklärte dann vollmundig: „Die Rechte der Kirche sollen nicht angetastet werden." Es war nur konsequent, daß man sich dabei auf die Hitlerrede vom 3. März 1933 berief; denn darin kam dieselbe Propagandalüge vor. Die zitierten Sätze sind typische Beispiele für die Art und Weise, wie damals in den ersten Wochen der gutgläubigen Bevölkerung Sand in die Augen gestreut wurde. Man darf nicht vergessen, daß in jenen Tagen der rüde Judenboykott vom 1. April 1933 bereits geschehen war, daß zahlreiche Gegner der NSDAP verhaftet und zum Teil in die ersten Konzentrationslager gesperrt waren, daß in den großstädtischen SA-Kellern Menschen auf bestialische Weise gefoltert wurden. Wenn auch zunächst nur wenige davon wußten, so war die Atmosphäre der Angst, des Mißtrauens und Argwohns sozusagen körperlich spürbar. Dazu trug vor allem das kleinbürgerliche, liebedienerliche Denunziantentum bei, vor dem niemand sicher war.

In der Lippischen Landeskirche sorgte die Einsetzung des Staatskommissars dafür, daß ein erstes Erwachen durch die Reihen de Pastoren ging. Dazu trug weiterhin u. a. bei, daß die Umtriebe der Deutschen Christen in Preußen und anderen Gebieten des Deutschen Reiches erste verheerende Wirkungen zeigten. Durch die überwiegende Mehrheit der evangelischen Kirchenführer wurde am 27. Mai 1933 der Leiter der weltberühmten Betheler Anstalten, Pastor Friedrich von Bodelschwingh, zum Reichsbischof gewählt. Einen besseren Mann als diesen lauteren, noblen und gebildeten Theologen hätte sich die evangelische Kirche an ihrer Spitze nicht wünschen können. Doch seine Wahl war ganz und gar nicht im Sinne der neuen Machthaber. Diese setzten alle Machtmittel ein, um ihn zu stürzen und forderten an seiner Stelle den Königsberger Wehrkreispfarrer Ludwig Müller zum Reichsbischof. Die einzige Qualifikation, die dieser höchst mittelmäßige Militärpfarrer aufwies, war das immer wieder beschworene „Vertrauen des Führers". Weil er das besaß, betrachteten manche die Wahl von Bodelschwinghs in das höchste Kirchenamt geradezu als Verrat. Es setzte eine unvorstellbare Hetze gegen den in jeder Beziehung integren „Reichsdiakon" von Bodelschwingh (wie er sich selbst lieber genannt wissen wollte) ein. Einige lutherische Landesbischöfe fielen ihm in den Rücken, um nur ja nicht die Sympathien der neuen Männer des Staates zu verlieren. Am 24. Juni 1933 hatten die seltsam verblendeten Vertreter eines obsolet gewordenen Kirchentums im Bunde mit den „Deutschen Christen" es dann geschafft, daß Pastor von Bodelschwingh erklären mußte: „Durch die Einsetzung eines Staatskommissars für den Bereich sämtlicher evangelischer Landeskirchen Preußens ist

mir die Möglichkeit genommen, die mir übertragene Aufgabe durchzuführen . . ." Der preußische Staatskommissar war ein hessischer Jurist, Dr. Jäger, der viel zur Zerstörung der evangelischen Kirche beigetragen hat. Nachdem er dann an seiner kirchlichen Aufgabe völlig gescheitert war, ging er in den Staatsdienst zurück, trat aus der Kirche aus und übernahm später während des Krieges ein hohes Amt in der Verwaltung des Warthegaues. Im Jahre 1949 wurde er in Posen wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zum Tode verurteilt und hingerichtet. Solchen Gestalten wurde damals die evangelische Kirche ausgeliefert.

Inmitten aller Wirren gelang es doch den verschiedenen Gruppen, am 11. Juli 1933 eine Verfassung für die neue Deutsche Evangelische Kirche (DEK) zu verabschieden. Sie war ein problematischer Kompromiß. Die „Deutschen Christen" glaubten sich nun in ihr das Instrument geschaffen zu haben, die Kirche in ihrem Sinne zu mißbrauchen. Die reformatorischen Kräfte dagegen beriefen sich für die ganze Dauer des Kirchenkampfes auf den 1. Artikel dieser Verfassung: „Die unantastbare Grundlage der DEK ist das Evangelium von Jesus Christus, wie es uns in der Heiligen Schrift bezeugt und in den Bekenntnissen der Reformation neu ans Licht getreten ist . . ." Da diese Verfassung am 14. Juli 1933 durch ein Gesetz der Reichsregierung in aller Form anerkannt wurde, hatte die Kirche in ihr einen gewissen Rechtsboden, auf den sie sich in den kommenden Jahren sogar in Prozessen gegen Übergriffe von Staat und Partei berufen konnte, was sie immer wieder mit Erfolg getan hat. Dadurch wurden die Staats- und Parteistellen in jedem Einzelfall überrascht; denn sie hatten sich die Sache natürlich ganz anders gedacht. Aber es gab auch im Dritten Reich hin und wieder mutige Juristen, die unbeirrt ihre Pflicht taten und dem allgemeinen Unrecht nach Kräften wehrten. Die „Deutschen Christen" hielten den wichtigen 1. Artikel der Verfassung nachweislich für eine bedeutungslose Leerformel.

Nachdem die Verfassung geschaffen worden war, steuerte man auf die allgemeinen Kirchenwahlen zu, die durch das erwähnte Reichsgesetz vom 14. Juli 1933 für den 23. Juli 1933 angeordnet worden waren. Um diese Wahlen im Sinne Hitlers vorzubereiten und zu einem vollen Erfolg zu führen, wurden die Staatskommissariate plötzlich am 15. Juli 1933 in ganz Deutschland wieder aufgehoben, um später dann in den meisten Landeskirchen mit besonderen Vollmachten wieder eingesetzt zu werden. Die entsprechende Verordnung der Lippischen Landesregierung vom 15. Juli 1933 hatte folgenden Wortlaut: „Nach Verabschiedung der neuen deutschen Kirchenverfassung sind auch im Lande Lippe die Voraussetzungen fortgefallen, die für die Einsetzung des Kirchenkommissars maßgebend waren. Dieses Kommissariat wird daher für beendet erklärt. Die Landessynode bleibt aufgelöst; der frühere Landeskirchenrat hat die Neuwahlen zu den örtlichen Organen durchzuführen, im übrigen hat sich seine Tätigkeit auf die dringlichsten laufenden Geschäfte zu beschränken" (Gesetz- und Verordnungsblatt der Lippischen Landeskirche, Bd. 3, Nr. 15 vom 17. Juli 1933).

In der Lippischen Landeskirche gewannen die „Deutschen Christen" in vielen Gemeinden die Stimmenmehrheit, ohne daß sich aber dadurch viel geändert hätte: Wo vorher das kirchliche Leben darniedergelegen hatte, da blieb weiterhin der Tod im Topf; und wo lebendiges Gemeindeleben herrschte, da konnten die neugewählten Kirchenältesten daran auch kaum etwas ändern, abgesehen davon, daß sie es auch weithin gar nicht wollten; denn viele waren über die Liste der „Deutschen Christen" gewählt worden in dem guten Vertrauen, daß sie damit auch für die Kirche nur Gutes verfolgten. Die eigentlichen Auseinandersetzungen spielten sich in Lippe nicht innerhalb der Gemeinden bzw. der Kirchenvorstände ab, sondern zwischen der Partei und einzelnen Pastoren und Gemeindegliedern.

Der oben erwähnte Vertrag zwischen Lippe und Reformiert-Hannover wurde annulliert, genauer gesagt: Er wurde nie ratifiziert und blieb deshalb unwirksam. Statt dessen wurde nun am 23. Juni 1934 ein Kirchengesetz erlassen, durch das die Lippische Landeskirche an Westfalen bzw. an die Evangelische Kirche der altpreußischen Union angeschlossen wurde. Bevor das geschah, erließ die Lippische Landessynode ein „Ermächtigungsgesetz", das offenbar den einzigen Zweck hatte, öffentliche Synodaldebatten über den Anschluß an Westfalen zu vermeiden: „Der Lippische Landeskirchenrat wird ermächtigt, ein Gesetz über den Anschluß der Lippischen Landeskirche an eine andere Kirche zu erlassen." (Gesetz- und

Verordnungsblatt, Bd. 3, Nr. 19 vom 17. Mai 1934.) Dazu war allerdings Einstimmigkeit erforderlich. Ausgestattet mit diesen ominösen Vollmachten erließ dann der Landeskirchenrat am 23. Juni 1934 das Gesetz, das die Lippische Landeskirche in der altpreußischen Union (Provinz Westfalen) auf- oder besser untergehen lassen sollte.

Einem Untergang wäre diese Neuordnung tatsächlich gleichgekommen, wenn sie durchgeführt worden wäre. Denn inzwischen waren die kirchlichen Verhältnisse in der altpreußischen Union so turbulent geworden, daß man auch für Lippe Schlimmes befürchten mußte. In Münster war der Pfarrer Adler zum Landesbischof für Westfalen inthronisiert worden, mit dem sowohl die lippischen „Deutschen Christen" als auch der Reichsstatthalter Dr. Meyer eifrig korrespondierten. Nach den Wahlen vom 23. Juli 1933 waren in Lippe alle Mitglieder des Landeskirchenrates ausgewechselt worden: Nach Beendigung der Streitereien zwischen Lutheranern und Reformierten war der frühere Konsistorialrat Scheumann, der 1931 sein Amt aus Protest niedergelegt hatte, wieder in die Kirchenleitung zurückgekehrt. Anstelle von Superintendent Corvey war ab 1. April 1934 Pastor Ewerbeck stellvertretender Landessuperintendent geworden, Pastor Hänisch (Lemgo) Präses der Synode, Missionar Diehl, der Leiter der Anstalt Eben Ezer, war neu in den Landeskirchenrat gekommen (alle drei waren bis Herbst 1933 „Deutsche Christen" gewesen). Ferner gehörten die drei Parteigenossen Blümchen (Schulleiter), Dr. Oppermann (Oberregierungsrat) und der Jurist Dr. Lamberg zum Landeskirchenrat. Aber keiner von ihnen war ein Gegner der Kirche. Sie alle waren ausgesprochen kirchlich engagiert und wollten das Beste. Für die altpreußische Union wurde die Vereinbarung über den Anschluß der Lippischen Landeskirche unterzeichnet von Reichsbischof Müller in seiner Eigenschaft als Landesbischof für ganz Preußen und von dem berüchtigten „Rechtswalter" Dr. Jäger, für Lippe vom gesamten Landeskirchenrat.

Nun begann auch in Lippe ein heftiger Kirchenkampf. Die Vertreter der Bekennenden Kirche, die sich zunächst im Coetus reformierter Prediger gesammelt hatten, wollten keinesfalls dem westfälischen „Bischof" Adler, geschweige denn dem „Reichsbischof" Müller unterstellt werden. Die lippischen Bekenntnispfarrer bildeten einen vorläufigen Bruderrat, bestehend aus Pastor van Senden, Detmold, Pastor i. R. Held, Hiddesen, und dem lutherischen Pfarrer Eilers, Lemgo. Am 9. Juli 1934 gaben 24 aktive und drei im Ruhestand lebende Pastoren dem Landeskirchenrat eine Erklärung ab, in der sie den am 23. Juni 1934 abgeschlossenen Vertrag für unrechtmäßig erklärten, weil 1.) die Reichskirchenregierung „in Wort und Tat gegen das Evangelium verstoßen" habe, weil der „Reichsbischof" nicht das unverfälschte Evangelium verkündige und weil die Reichskirchenregierung „in Hunderten von Fällen" Gewaltmaßnahmen gegen bekenntnistreue Pfarrer und Presbyterien angewandt habe; 2.) „weil das derzeitige geistliche Ministerium, wie ihm wiederholt von namhaften Juristen und deutschen Gerichten bestätigt ist, keine Berechtigung hat, rechtlich verbindlich für die Kirche der Altpreußischen Union zu handeln"; 3.) „weil nach der Verfassung der Lippischen Landeskirche die Bekenntnisgrundlage nicht verlassen werden darf", was aber durch den Anschluß an eine Bischofskirche geschehen sei.

„Diesem Vertrag gegenüber erklären wir, daß die Lippische Landeskirche nach wie vor zu Recht besteht. Die unterzeichneten Pfarrer dieser zu Recht bestehenden Landeskirche haben einen Bruderrat gewählt und ihn beauftragt, die Rechte dieser Landeskirche wahrzunehmen und die Verbindung mit der Bekennenden Kirche Deutschlands, vertreten durch den Bruderrat der Bekenntnissynode der DEK, zu pflegen" (K. Schreck, S. 9).

Wie in ganz Deutschland, so steigerte sich in jenen Monaten auch in Lippe die Beunruhigung in den Gemeinden erheblich. Das veranlaßte den Landeskirchenrat, am 15. November 1934 folgenden Offenen Brief im Gesetz- und Verordnungsblatt der Lippischen Landeskirche (Bd. 3, Nr. 22 vom 6. November 1934) zu veröffentlichen: „An den Herrn Reichsbischof! Durch den Rücktritt bzw. die Abberufung des Herrn Dr. Jäger von seinen Ämtern ist die Unverantwortlichkeit seiner Tätigkeit als Rechtswalter der Deutschen Evangelischen Kirche sowohl kirchlicherwie staatlicherseits bekundet. Da Sie, Herr Reichsbischof, auf Grund Ihres Amtes für das fortgesetzte unkirchliche und rechtswidrige Handeln der Reichskirchenregierung in erster Linie verantwortlich sind, kann unseres Erachtens auch Ihr Verbleiben im Amt

„Laſſet uns aber rechtſchaffen ſein in der Liebe und wachſen in allen Stücken an dem, der das Haupt iſt, Chriſtus, von welchem aus der ganze Leib zuſammengefügt iſt." (Eph. 4, 15—16).

Die chriſtliche Kirche iſt die Gemeinde von Brüdern, in der Jeſus Chriſtus in Wort und Sakrament durch den Heiligen Geiſt als der Herr gegenwärtig handelt. Sie hat mit ihrem Glauben wie mit ihrem Gehorſam, mit ihrer Botſchaft wie mit ihrer Ordnung mitten in der Welt der Sünde als die Kirche der begnadigten Sünder zu bezeugen, daß ſie allein ſein Eigentum iſt, allein von ſeinem Troſt und von ſeiner Weiſung in Erwartung ſeiner Erſcheinung lebt und leben möchte.

Wir verwerfen die falſche Lehre, als dürfe die Kirche die Geſtalt ihrer Botſchaft und ihrer Ordnung ihrem Belieben oder dem Wechſel der jeweils herrſchenden weltanſchaulichen und politiſchen Ueberzeugungen überlaſſen.

Die in 6 Sätzen verfaßte Barmer Erklärung der Bekennenden Kirche vom 31. Mai 1934 trat für das Recht der bestehenden Kirche und die Geltung von Schrift und Bekenntnis ein. Im 3. Satz wurde die Botschaft christologisch begründet und eine Anpassung an die jeweils herrschenden weltanschaulichen und politischen Überzeugungen verworfen. – Vgl. allgemein: Das Verhältnis der Kirche zu Staat und Partei. In: Volker Wehrmann, Lippe im Dritten Reich. Die Erziehung zum Nationalsozialismus. Detmold 1984, S. 263–332.

keinerlei Rechtfertigung mehr finden. Der Lippische Landeskirchenrat sieht sich daher gezwungen, Sie zu bitten, um der evangelischen Kirche willen unverzüglich von Ihrem Amt als Reichsbischof und als Landesbischof der Altpreußischen Union zurückzutreten. Detmold, den 15. November 1934. Lippischer Landeskirchenrat. gez. Ewerbeck."

Am gleichen Tage gab der Landeskirchenrat eine Kundgebung „An die Ältesten und Pfarrer der Lippischen Landeskirche" heraus, in der zunächst die Rücktrittsforderung an den Reichsbischof mitgeteilt und begründet wird. Dann heißt es weiter: „Die im Juni von der Lippischen Landeskirche mit der Kirche der altpreußischen Union geschlossene Verbindung sieht zwar eine Eingliederung der Lippischen Landeskirche in die Westfälische Provinzialkirche vor, macht aber den Vollzug derselben davon abhängig, daß die außer Kraft gesetzte Rheinisch-Westfälische Kirchenordnung wieder zur Rechtsgrundlage des kirchlichen Lebens in Westfalen gemacht und die Erhaltung des Bekenntnisstandes der lippischen Gemeinden in vollem Umfang sichergestellt werde. Wir begrüßen daher den Kampf der Bekenntniskirche in Westfalen zur Wiederherstellung dieser Kirchenordnung, gegen das gegenwärtige Bischofsregiment (Adler) und die verfassungswidrige deutschchristliche Provinzialsynode. Als Glieder am Leibe Christi stehen wir auf dem Boden der bekennenden Kirche und treten mit aller Entschiedenheit für die Wahrung der Bekenntnisse unserer reformierten und lutherischen Gemeinden ein. Wir ermahnen alle Gemeindeglieder und Älteste, dem Herrn der Kirche gehorsam zu sein und in Einigkeit des wahren Glaubens, in Liebe und Hoffnung zusammenzustehen. Zu dieser Haltung sind wir um unserer und der ganzen evangelischen Kirche willen verpflichtet. Wir erkennen mit allen Gläubigen unsere gemeinsame Schuld und bitten den Herrn der Kirche, er möge uns gnädig sein und unsere Kirche segnen.

In der – wie sich später ergeben sollte – trügerischen Hoffnung, daß in Westfalen wieder geordnete Verhältnisse geschaffen werden könnten, verfolgte der Landeskirchenrat weiterhin den Plan des Anschlusses. Das lag um so näher, als die Altpreußische Union bereits erhebliche Geldbeträge (monatlich 10 000 Reichsmark) nach Detmold überwiesen hatte, um in der mißlichen wirtschaftlichen Situation Lippes wenigstens die Zahlung der (bereits reduzierten) Gehälter an die Pastoren, Kirchenbeamten und Angestellten sicherzustellen. Für März 1935 wurde die Landessynode einberufen, die nun den Vertrag vom 23. Juni 1934 ratifizieren sollte. Das war für die lippischen Bekenntnispfarrer der Anlaß, auf den 24. Februar 1935 eine Bekenntnissynode einzuberufen. Diese tagte in der Kapelle in Heidenoldendorf und wurde von 26 Gemeinden mit 49 Abgeordneten beschickt. Diese Synode wählte den endgültigen Bruderrat: Pastor van Senden als Vorsitzenden, Pastor

Schmidt (Lieme), Pastor Schreck (Heidenoldendorf) und Bauer Schlepper (Billerbeck). Eine fünfte Stelle für einen Juristen blieb einstweilen leer, wurde aber später von Landgerichtsrat Dr. Schilling besetzt.
Nach der Tagung richtete der Vorstand dieser Bekenntnissynode an die Lippische Landessynode ein Schreiben, um erneut gegen den immer noch verfolgten Anschlußvertrag wegen seiner Unrechtmäßigkeit zu protestieren. Am 1. März 1935 richtete dann der Bruderrat einen Antrag an die Lippische Landessynode. Darin wurde gefordert: 1. Die Lippische Landessynode möge die Bekenntnissynode der DEK als deren rechtmäßige Leitung anerkennen und sich dieser Bekenntnissynode zuordnen. 2. Die Landessynode möge das Kirchengesetz über den Anschluß an Westfalen vom 23. Juni 1934 aufheben und das „Ermächtigungsgesetz" vom 16. Mai 1934 ebenfalls. Ferner möge sie auch den Vertrag mit Reformiert-Hannover vom 8. Juni 1933 endgültig aufheben, um eventuell später auftauchende rechtliche Bindungen zu vermeiden. 3. Die Landessynode möge den Landeskirchenrat beauftragen, gemeinsam mit dem Bruderrat der lippischen bekennenden Kirche an einer Neuordnung der Lippischen Landeskirche zu arbeiten. Dabei war an eine Neuordnung auf der Grundlage der Bekennenden Kirche gedacht. In der Begründung heißt es u. a.: „So erhoffen wir die Wiederherstellung der inneren Einigkeit in unserer Landeskirche. Es ist unser Wunsch, den Kampf um das Neuwerden der Kirche als einige Lippische Landeskirche führen zu können" (K. Schreck, S. 11–15). Dieser Wunsch schien zunächst voll in Erfüllung zu gehen: Am 13. März 1935 beschloß die Lippische Landessynode, daß die Lippische Landeskirche, nachdem die beiden Anschlußverträge rechtsunwirksam geblieben seien, „ihre volle Selbständigkeit im Rahmen der Verfassung der DEK vom 11. Juli 1933, auf deren Boden sie steht, behalten" habe. Von weittragender Bedeutung war vor allem folgender Beschluß: „Sie (die Landeskirche) hält in ihren beiden Teilen, dem reformierten und dem lutherischen, treu zum Bekenntnis der Väter und ordnet sich infolge dieser Einstellung der Vorläufigen Leitung der DEK zu." Diese Vorläufige Leitung war das Notkirchenregiment der Bekennenden Kirche. Somit erklärte sich die Lippische Landeskirche als solche zur Bekennenden Kirche.

In einem weiteren Beschluß wurde vereinbart, daß ein Ausschuß aus Landeskirchenrat und Bruderrat „etwa noch offene Fragen" bereinigen sollte. Danach sollte sich dann der Bruderrat auflösen. Zu dieser Auflösung kam es jedoch nicht. Vielmehr arbeitete der Bruderrat während der ganzen Dauer des „Dritten Reiches" weiter. Das hatte verschiedene Ursachen: Zunächst dauerte es über ein Jahr bis die offizielle Kirchenleitung den Beschluß der Landessynode vom 13. März 1935 im Gesetz- und Verordnungsblatt veröffentlichte, nämlich am 22. April 1936 (Bd. 3, Nr. 25 vom 28. Mai 1936). Dazu mag beigetragen haben, daß bereits vor und dann auch nach der Bekenntnissynode von Heidenoldendorf die ersten heftigen Zusammenstöße zwischen einigen Pastoren und den Staats- und Parteiorganen vorkamen. Diese machten der offiziellen Kirchenleitung schwer zu schaffen, weil sie ständig unter dem starken Druck der Machthaber stand und nun versuchen mußte, die Landeskirche vor erneuten Übergriffen des Staates zu bewahren.
Pfarrvikar Hossius kam zuerst in Wöbbel und dann nach seiner Versetzung auch in Alverdissen in Schwierigkeiten und wurde am 28. Februar 1935 in Detmold in „Schutzhaft" genommen (bis 9. April 1935). Während der Haft beurlaubte ihn die Kirchenleitung. Ein eingeleitetes Strafverfahren wurde wegen Geringfügigkeit niedergeschlagen. Nun sollte Hossius nach Wüsten versetzt werden, während der Wüstener Pastor Böke, der ebenfalls in heftige Auseinandersetzungen mit der Partei geraten war, die Pfarrstelle in Alverdissen übernehmen sollte. Gegen diese Versetzungen erhoben die Parteidienststellen wilde Proteste. Während Pastor Böke schließlich in Alverdissen seinen Dienst antreten konnte, drohte die örtliche Parteileitung in Wüsten und auch die Kreisleitung schwere Maßnahmen nicht nur gegen Hossius persönlich, sondern auch gegen die Kirchenleitung für den Fall an, daß man es wagen sollte, ihn nach Wüsten zu versetzen. So blieb er eine Zeitlang ohne Amt, bis er am 1. April 1936 zum Studieninspektor an das Predigerseminar Elberfeld berufen wurde. Von dort holte ihn dann der am 1. November 1936 zum hauptamtlichen Landessuperintendenten berufene Prof. Lic. Neuser am 1. Oktober 1937 in die Pfarrstelle Falkenhagen. Auch das ging nicht ohne Schwierigkeiten. Doch wußte Neuser die Einsprüche

der Parteigenossen geschickt zu überspielen und Hossius wieder in den lippischen Kirchendienst zurückzubringen.

In diesen äußerst schwierigen Situationen versuchte der Bruderrat die angegriffenen Pastoren zu schützen, sowohl gegen die Gehässigkeiten der Nationalsozialisten wie auch gegen die Kompromißbereitschaft der offiziellen Kirchenleitung. Diese ist seither oft beschuldigt worden, daß sie ihre kirchlichen Pflichten nicht voll erfüllt habe. Mit diesem Urteil sollte man jedoch vorsichtig sein. Es ist überhaupt nicht zu bezweifeln, daß Pastor Ewerbeck in seiner Eigenschaft als stellvertretender Landessuperintendent bemüht war, sein Bestes zu tun. Vor allem ist der Vorwurf total unberechtigt, er habe die Sache der Kirche „verraten", was in der Hitze des Kampfes auch gelegentlich behauptet worden ist.

Als die Bekenntnissynode der DEK in Augsburg ihre dritte Tagung durchführte, verabschiedete sie ein „Wort an die Gemeinden, ihre Pfarrer und Ältesten". Die einzelnen Abschnitte dieses wichtigen Dokumentes tragen folgende Überschriften: „Wir bezeugen die Unüberwindlichkeit der Kirche", „Wir rufen die Gemeinde zum Bekennen auf", „Wir ermahnen zum rechten Gehorsam gegen die Obrigkeit", „Wir befehlen der Gemeinde die Sorge um die Verkündigung", „Wir rufen die Prediger zum Gehorsam unter die Heilige Schrift" und „Wir preisen unter dem Kreuz den Sieg des Herrn". Nach dieser dritten deutschen Bekenntnissynode fand am 19. Juni 1935, einem Mittwochabend, in der reformierten Stadtkirche in Detmold ein Bekenntnisgottesdienst statt, in dem der Vorsitzende des Lippischen Bruderrates, Pastor van Senden, die Predigt hielt, während der stellvertretende Landessuperintendent Ewerbeck das Augsburger „Wort an die Gemeinden" verlas. Das war immerhin ein deutliches Zeichen dafür, daß Pastor Ewerbeck ehrlich bemüht war, die Linie der Bekennenden Kirche einzuhalten.

Inzwischen gingen die Kämpfe in den Gemeinden weiter. Die Parteileitung in Lippe bezog in den Auseinandersetzungen eindeutig Stellung. In den weiter andauernden Auseinandersetzungen zwischen der Partei und den beiden Pastoren Böke und Hossius schreibt der Kreisleiter Wedderwille am 28. November 1935 an den Leiter der Geheimen Staatspolizei in Bielefeld u.a.: „Der Landeskirchenrat unter Vorsitz des Pastors Everbeck (falsche Schreibweise des Namens wurde beibehalten) hat sich der Tatsache nicht verschließen können, daß die Versetzung beider Pfarrer notwendig geworden ist. Die Art und Weise, wie man diese Versetzung jetzt vornimmt, bedeutet ein Hohn auf jedes Rechtsempfinden und sind ein Schlag ins Gesicht der Bewegung und des Staates. Man sollte es nicht glauben, daß es im dritten Jahre nach der Machtergreifung durch unseren Führer möglich sein könnte, daß der Landeskirchenrat in Lippe den einen Hetzer mit dem anderen austauschen will . . . Zu Ihrer Orientierung teile ich Ihnen noch mit, daß ich auf Veranlassung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda gegen den Pastor Everbeck ein Ausschlußverfahren aus der Partei eingereicht habe, weil Everbeck in einem von ihm herausgegebenen Traktätlein den Vollblutjuden Frank in fast jeder Nummer zu Wort kommen ließ und dieser Jude über den Bolschewismus Ansichten vertrat, die unserer nationalsozialistischen Gesinnung Hohn sprechen" (vergleiche hierzu und im folgenden: Akten des Staatsarchivs Detmold L 80 I a Gr. XXVIII Tit. 2).

Der Partei lag alles daran, die Landeskirche fest in den Griff zu bekommen. Das wurde in dem Augenblick überdeutlich, als die Kirchenleitung sich anschickte, die Stelle des Landessuperintendenten wieder hauptamtlich zu besetzen. Bereits am 10. Dezember 1935 schrieben die Kreisleiter Prüßner in Lemgo und Wedderwille in Detmold an den Kirchenminister Kerrl in Berlin, um sich über Pastor Ewerbeck zu beschweren und die Einsetzung eines Kirchenausschusses anzuregen. Wedderwille schreibt u.a., die Aktivitäten der Bekenntnispastoren würden „gestärkt . . . nicht zuletzt durch die unentschlossene Haltung des stellvertretenden Landessuperintendenten P. Ewerbeck in Lemgo, der bis heute glaubt, durch eine gewisse Taktik des Zögerns, Hinhaltens und durch Nachgiebigkeit auch seinen offenen Gegnern gegenüber, den öffentlichen Kirchenfrieden hemmen zu können, während er in Wahrheit die Ziele der Bekenntniskirche fördert . . ." Deshalb „bitten wir den Herrn Reichsminister, einer Prüfung der Frage näherzutreten, ob es möglich und angezeigt ist, auch in Lippe wie in anderen Ländern einen Kirchenausschuß einzusetzen und ihm das Kirchenregiment anstelle der jetzigen kirchlichen Organe zu



Bega gehört zu den ältesten Gemeinden im Gebiet der heutigen Klasse Bösingfeld. Seit wann hier eine Kirche gestanden hat, bleibt im Dunkel der Frühzeit verborgen. Im Jahre 1299 wird in Bega ein Pastor erstmals urkundlich erwähnt, was darauf schließen läßt, daß Bega um 1300 eine Kirche besaß. Die heutige Kirche wurde in den Jahren 1862/63 erbaut.

übertragen; wir glauben allerdings, daß für diesen Fall unter den lippischen Pfarrern keine geeignete Persönlichkeit vorhanden sein wird". Der letzte Satz ist insofern bemerkenswert, als er erkennen läßt, daß die Partei wohl wußte, daß sich in Lippe niemand bereit finden würde, ihr die Kirche auszuliefern.

Am 5. März 1936 schreibt der Kreisleiter Wedderwille an den Reichsminister für kirchliche Angelegenheiten folgenden Brief: „Wegen der Bildung eines Kirchenausschusses für die lippische Landeskirche nehme ich Bezug auf meine Eingabe vom 10. Dezember 1935 und die Nachfrage vom 24. Januar 1936.

Die kirchliche Lage in Lippe droht eine grundlegende Veränderung zu erfahren durch die Amtsniederlegung des bisherigen stellvertretenden Landessuperintendenten (Pastor Ewerbeck-Lemgo). Das Landeskirchenamt hat der am 17. März zusammentretenden Landessynode die Neuwahl eines Landessuperintendenten vorgeschlagen . . . Sollte der Herr Reichsminister ähnlich wie in anderen Landeskirchen die Einsetzung eines Kirchenausschusses oder einer neuen Kirchenregierung ins Auge gefaßt haben, würde es unerwünscht sein, wenn hier das oberste Kirchenorgan nochmals neu besetzt würde. Ich bitte daher um beschleunigte Prüfung der Angelegenheit, allenfalls um entsprechende Mitteilung, damit versucht werden kann, die Frage der Neuwahl zunächst hinauszuschieben, bis die Frage dort endgültig geklärt worden ist."

Am 20. März 1936 wandte sich der Reichsstatthalter Dr. Meyer noch einmal an das Reichskirchenministerium, um die Wahl eines hauptamtlichen Landessuperintendenten zu hintertreiben. Das Reichskirchenministerium zeigte sich auch durchaus aufgeschlossen für diese Pläne. Das ergibt sich aus der Antwort an den Reichsstatthalter vom 14. April 1936. Darin

wird noch einmal die Frage angeschnitten, ob man nicht jetzt versuchen sollte, den Anschluß an Westfalen zu vollziehen und die Wahl eines neuen leitenden Mannes in Lippe überflüssig zu machen. „Nach der Vereinbarung vom Juni 1934 sollte das Amt des Landessuperintendenten nach dem Anschluß nicht bestehen bleiben. Ich bitte Sie, zu diesen Fragen Stellung zu nehmen" (Akten des Staatsarchivs Detmold L 76 Gr. XXVIII Ia Tit. 2). Im Namen der Landesregierung Lippe erinnert der Kreisleiter Wedderwille am 20. Juni 1936 den Reichsstatthalter daran, daß jetzt endlich etwas geschehen müßte: „Eine endgültige Regelung und Entscheidung steht danach noch aus." Unter der Durchschrift dieses Briefes findet sich eine Aktennotiz, die sehr bemerkenswert erscheint: „Nach telefonischer Mitteilung des Oberregierungsrats Dr. Oppermann kann die Sache als erledigt betrachtet werden. D., 18. Dez. 1936 R." Zugleich erfährt man aus Datenangaben am unteren Rand dieser Briefdurchschrift, daß dieser Brief am 20. August und am 28. November 36 zur Erledigung vorgelegt worden war. Daraus wird also deutlich, daß Dr. Oppermann als Mitglied des Landeskirchenrates hier die Interessen der Landeskirche gegen das intrigante Treiben der Partei wirksam verteidigt hat.
Im Frühjahr 1936 wählte die Landessynode Prof. Lic. Wilhelm Neuser zum hauptamtlichen Landessuperintendenten. Das war ein entscheidender Schritt in Richtung auf die Erhaltung der Selbständigkeit der kleinen Lippischen Landeskirche. Am 1. November 1936 wurde W. Neuser in einem Nachmittagsgottesdienst in der reformierten Stadtkirche in Detmold in sein Amt eingeführt. Der Kreisleiter versäumte nicht, einen Spitzel zu entsenden, der über dieses Ereignis einen genauen Bericht einreichte, der noch bei den Akten zu finden ist.

Die Lippische Landeskirche von 1937–1945

Das politische Umfeld

Will man sich die kirchliche Lage zur Zeit der Amtsübernahme des neuen Landessuperintendenten Lic. W. Neuser im Spätherbst 1936 vergegenwärtigen, so erscheint es angebracht, in Stichworten die politische Entwicklung zu skizzieren. Wie geschickt Hitler seine Diktatur zu etablieren und zu festigen verstand und welche Ereignisse ihm dabei zustatten kamen, das ergibt sich aus folgenden Daten, von denen einige zugleich den verbrecherischen Charakter des Systems erkennen lassen.
1933: 30.1. Machtergreifung. 21.3. Tag von Potsdam. 23.3. Ermächtigungsgesetz (Legalisierung der unkontrollierten Diktatur, nur die SPD stimmt dagegen). 1.4. Judenboykott. 10.5. Bücherverbrennungen. Ab Mai: Verbot bzw. Selbstauflösung der Parteien. 20.7. Unterzeichnung des Konkordats mit der kath. Kirche. Ende September wird das Winterhilfswerk gegründet, später die NSV und „Kraft durch Freude". 14.10. Austritt aus dem Völkerbund und Ankündigung der Wiederaufrüstung.
1934: Beginn der Autobahnbauten. 30.6. Röhmputsch mit vielen Morden an unbeteiligten Gegnern Hitlers. 2.8. Hindenburg stirbt, die Wehrmacht wird auf Hitler vereidigt.
1935: 13.1. Volksabstimmung im Saargebiet (für Deutschland). 16.3. Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. 18.6. Flottenabkommen mit England. 26.6. Arbeitsdienstpflicht eingeführt. 15.9. Nürnberger Gesetze „zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre" (!). 3.10. Italiens Überfall auf Abessinien. Hitler hilft durch einige Flugzeuge, die Giftgas absprühen.
1936: 7.3. Einmarsch der Wehrmacht in die entmilitarisierte Zone des Rheinlandes. Februar/August: Olympische Spiele in Garmisch-Partenkirchen/Berlin. Im Juli bricht der spanische Bürgerkrieg aus. Hitler hilft Franco mit 20 000 Soldaten („Legion Condor" und Seestreitkräfte), willkommene Generalprobe für den geplanten Krieg!
1937: 23.3. Enzyklika von Papst Pius XI. „Mit brennender Sorge" gegen die nationalsozialistischen Rechtsbrüche (Verletzung des Konkordats), den Rassismus, das Neuheidentum etc. 1.7. Niemöller verhaftet. 6.11. Antikomintern-Pakt Deutschland–Japan durch Beitritt von Italien verstärkt.
1938: 4.2. Hitler macht sich zum Oberbefehlshaber der Wehrmacht. 12.3. Einmarsch in Österreich, tags darauf wird Österreich dem Deutschen Reich einverleibt. 1.10. Beginn der Besetzung des Sudetenlandes. 9./10.11. Zerstörung der Synagogen und Verwüstung jüdischer Geschäfte und Wohnungen.



Wilhelm Neuser, von 1936–1958 lippischer Landessuperintendent. Prof. D. Dr. Neuser stammte aus Himmelmert (Altena), wo er am 26. 3. 1888 geboren wurde. Er hatte in Halle und Bonn Theologie studiert und 1912 in Koblenz seine erste theologische Prüfung abgelegt. Seine beruflichen Stationen führten ihn als Pastor von Herzogenrath über Berlin, Bonn, Düsseldorf-Wersten, Hamburg, Bonn, Koblenz nach Siegen, wo er von 1916 bis 1931 als Pfarrer amtierte. Von 1931–1936 war Wilhelm Neuser als Pastor in Herborn und Professor am dortigen Ev.-theol. Landesseminar tätig.

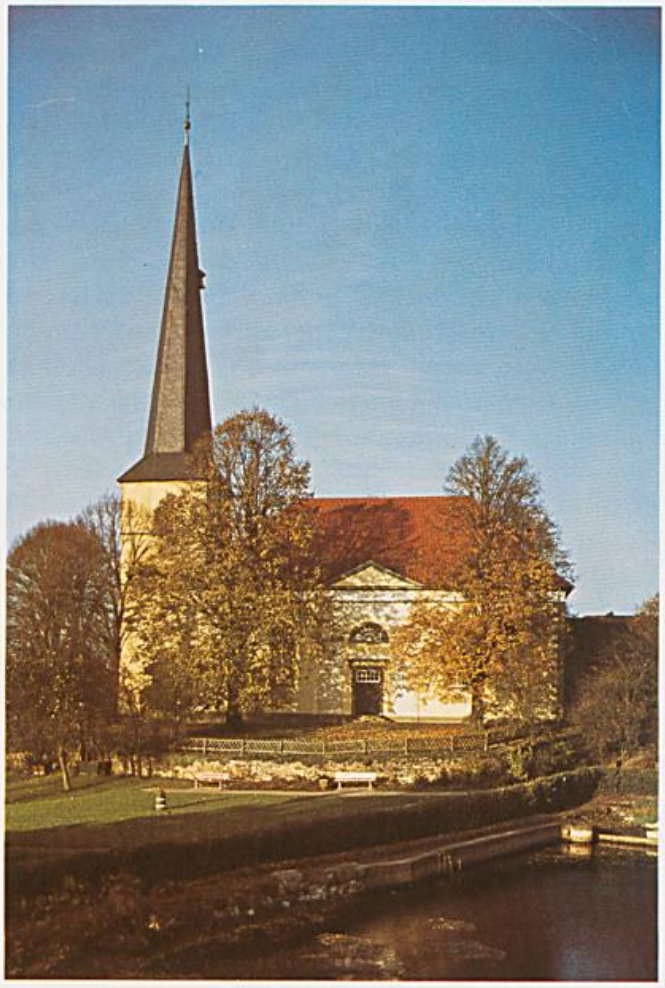
Neuser war, nachdem das Amt des Landessuperintendenten in Lippe sechs Jahre unbesetzt geblieben war, am 1. November 1936 in Detmold in sein neues Amt eingeführt worden. Ihm fiel die schwere Aufgabe zu, die Lippische Landeskirche vor dem totalen Zugriff der nationalsozialistischen Machthaber zu bewahren. Neuser stand – nach dem Urteil eines damals amtierenden lippischen Pastors – „innerlich, auch seiner pietistischen Herkunft nach, ganz auf der Seite der bekennenden Kirche, aber organisatorisch stellte er sich nicht in die Kampfeslinie, wie es die Vertreter der bekennenden Kirche unter Führung von Superintendent van Senden gewünscht hätten. Sein Bestreben ging vielmehr dahin, die Lippische Landeskirche, in der es seit der berüchtigten Sportpalast-Versammlung in Berlin keine Deutsche Christen mehr gab (?), ‚intakt' zu halten ... Er hat aber auch auf diesem Wege der bekennenden Kirche dienen können, da Kandidaten aus zerstörten Kirchengebieten hier in unserer Landeskirche ordnungsgemäße Examinas machen konnten, und auch aus ihren Kirchen ausgewiesene Pastoren hier Pfarrdienst tun konnten, wie z. B. der Moderator des Ref. Bundes, Pastor D. Niesel, der in Reelkirchen das Amt ausüben konnte." (Vgl. Otto Kramer, Welche Pfarrer haben auf der Kanzel der Erlöserkirche am Markt zu Detmold gestanden? In: Kirchenblatt für evang.-reformierte Gemeinden, 6. Jg. Nr. 4 1962.)

Neuser gehörte nach dem Krieg als Mitglied u. a. der Kirchenkonferenz der EKD und dem Moderamen des Reformierten Bundes an. Anläßlich der Detmolder Universitätswoche wurde ihm am 28. 3. 1954 von der Ev.-Theol. Fakultät der Universität Münster die Würde eines Doktors der Theologie ehrenhalber verliehen. In den letzten Jahren seines Wirkens befaßte er sich vor allem mit der Regelung des Verhältnisses der Lippischen Kirche zum neugebildeten Land Nordrhein-Westfalen. Wenige Wochen vor dem Ende seiner Dienstzeit durfte Neuser die Frucht seiner Bemühungen erleben. Am 6. März 1958 fand im Detmolder Schloß im Festsaal ein feierlicher Staatsakt im Beisein des Ministerpräsidenten Steinhoff statt, in dem die Urkunde unterzeichnet wurde, die der Lippischen Landeskirche rechtlich und sachlich die gleiche Stellung zum Staat gab, wie sie die beiden großen Schwesterkirchen Rheinland und Westfalen besaßen.

Neusers wissenschaftliches Interesse galt im besonderen der kirchengeschichtlichen Forschung: Er veröffentlichte selbst eine Kirchengeschichte von Nassau-Oranien, einen Abriß der Geschichte der Lippischen Landeskirche, eine Schrift über die Erweckungsbewegung im Siegerland, über die Bedeutung Tillmann Siegels, der eine der führenden Personen in der dortigen Erweckungsbewegung war, und ein von Pastor Meyer entworfenes Lebensbild: „Jobstharde – Der Vater des christlichen Lebens im Lipperlande", das Neuser im Jahre 1956 neu herausgab. – Neuser starb am 19. Januar 1959.

1939: März: Tschechoslowakei und Memelland werden annektiert. 23.8. Hitler-Stalinpakt mit Plan zur Teilung Polens und Überlassung der baltischen Staaten und Finnlands an Rußland. 1.9. Beginn des Zweiten Weltkrieges durch Überfall auf Polen.

Diese Übersicht macht deutlich, daß der Widerstand gegen die Hitlerregierung und ihre Absicht, das „tausendjährige Reich" durch Unterwerfung der ganzen Welt zu errichten und das deutsche „Herrenvolk" von dem „Ballast" jeder christlichen Tradition zu „befreien" und einem konfusen Germanenkult zu unterwerfen, immer aussichtsloser wurde. Nachdem der Zweite Weltkrieg ausgebrochen war, konnte Hitler zwei seiner verbrecherischen Ziele (zunächst) ungestört in Angriff nehmen: Die Ermordung von Tausenden von Erbkranken und selbst Kriegskrüppeln (Euthanasie-Gesetz mit rückwirkender Kraft vom 1.9.1939). Diese Aktion mußte dann allerdings wegen der offenen kirchlichen Proteste z. B. von Bischof Graf Galen-Münster, Bischof Wurm-Stuttgart, Pastor von Bodelschwingh-Bethel und Pastor Ernst Wilm-Mennighüffen (der dafür mit jahrelanger KZ-



Die Kirche in Cappel. Schon zu Beginn des 13. Jahrhunderts stand hier eine Kirche, die im 30jährigen Krieg durch Brandstiftung zerstört wurde. Von der damals neu errichteten Kirche steht nur noch der um 1694 erbaute Kirchturm, da das Kirchengebäude am 22. Juli 1827 kurz nach dem Hauptgottesdienst eingestürzt war. Beim Wiederaufbau der Kirche wurde ein Baustil gewählt, der an die Schinkelsche Bauweise erinnert.

Haft büßen mußte) noch vor Kriegsende eingestellt werden. Völlig hemmungslos dagegen wurde die „Endlösung der Judenfrage" durch unbeschreibliche Massenmorde in Deutschland und in den osteuropäischen Vernichtungslagern betrieben. Nichts kennzeichnet Hitler als Un-Menschen und Un-Politiker so deutlich wie diese aus krankhaften Wahnvorstellungen geborenen Verbrechen.
Doch einstweilen war Deutschland noch berauscht von seinem „göttlichen Führer". Wie weit die religiöse Verehrung dieses zweifelhaften Mannes ging, möge ein Beispiel zeigen: Bei der Kinderspeisung der NSV (Ortsgruppe Köln-Rheinau) mußten die Kinder folgende Anrufung sprechen:

Führer, mein Führer, von Gott mir gegeben,
Beschütz und erhalte noch lange mein Leben.
Hast Deutschland gerettet aus tiefster Not,
Dir danke ich heute mein täglich Brot.
Bleib lange noch bei mir, verlaß mich nicht!
Führer, mein Führer, mein Glaube, mein Licht.
Heil, Mein Führer!

(Zit. nach W. Niemöller, „Kampf und Zeugnis der Bekennenden Kirche", S. 279.)

Ab 1939 mußte Hitlers Geburtstag als „nationaler Feiertag" begangen werden. Entheiligung durch Arbeit war strafbar. Es gab braune „Tauffeiern", sog. „Lebensweihen", und Eheweihen, wobei regelrechte Altäre mit dem Hitlerbild errichtet wurden. Die Konfirmation wurde durch braune „Jugendweihen" ersetzt. Bei den parteiamtlichen Bestattungen wurde der altgermanische Himmel Walhalla verheißen oder die Aufnahme in den himmlischen „Sturm Horst Wessel" und was dergleichen Geschmacklosigkeiten mehr waren. Ab 1938 wurde der Religionsunterricht in den öffentlichen Schulen eingestellt. Zahlreiche Kirchenzeitungen wurden verboten, bis 1941 die gesamte kirchliche Presse – bis auf wenige Ausnahmen von linientreuen Produkten wie dem „Kasseler Sonntagsblatt" – ihr Erscheinen einstellen mußte, wobei die Papierknappheit einen willkommenen Vorwand bot. Das Ganze lief unter dem Programm der „Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens". Es bedarf keiner lebhaften Phantasie, um sich auszumalen, wie die Kirche unter diesen Verhältnissen dran war.

Die Lippische Landeskirche bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges

Wie sah es in Lippe aus, als der neue Landessuperintendent W. Neuser sein Amt antrat? Unmittelbar vor seiner Amtsübernahme hatte es noch einmal eine Auseinandersetzung zwischen den BK-Pfarrern und der Kirchenleitung gegeben. Diese hing zusammen mit der Denkschrift, die die zweite „Vorläufige Leitung" der BK am 4. Juni 1936 Hitler überreicht hatte

und in der in ungewöhnlich mutiger Weise das Unrechtssystem angeprangert worden war: Antisemitismus, Konzentrationslager, Gestapowillkür, Wahlbetrug, messianischer Führerkult – alles wurde zur Sprache gebracht, mit Beispielen belegt und als Übertretung der göttlichen Gebote gebrandmarkt. Nachdem dieses neben der Barmer theologischen Erklärung vom Mai 1934 wichtigste Dokument des ganzen Kirchenkampfes im Ausland veröffentlicht worden war, setzte eine wüste Hetze gegen die Bekennende Kirche ein, die auch in Lippe ihre Auswirkungen hatte. Diese sind in der Arbeit von Pastor Karl Schreck, „Aus dem Kampf der Bekennenden Kirche in Lippe 1933 – 1945" (auf Seite 25 bis 29) ausführlich beschrieben worden und sollten dort nachgelesen werden.
Landessuperintendent W. Neuser war von Anfang an bemüht, die durch seine Berufung sicherer gemachte Selbständigkeit der Lippischen Landeskirche zu erhalten. Innerlich stand er ohne Zweifel ganz auf der Seite derer, die am reformatorischen Glauben festhalten wollten. Deshalb zog er auch ständig die zur BK gehörenden Pastoren, die größtenteils die besten Theologen waren, zu Rate, etwa bei der Neuausgabe des Heidelberger Katechismus 1938 (van Senden und Hossius!). In einer theologischen Arbeitsgemeinschaft mühte er sich um die Vikare und deren wissenschaftliche Fortbildung. Seine Frau gründete in vielen Gemeinden Frauenhilfskreise, die schnell an Bedeutung gewannen und sich besonders im Kriege und den ersten Jahren danach segensreich auswirkten.
Am 12. Februar 1937 trat der Reichskirchenausschuß zurück. Dazu schreibt Karl Schreck: „Der Reichskirchenausschuß war an seiner unmöglichen Aufgabe, sein kirchliches Wollen mit dem Willen des totalen Staates zur Gleichschaltung der Kirche zu verbinden, gescheitert. Er hatte die Wahrheit des Wortes von Dietrich Bonhoeffer zu spüren bekommen: ‚Wenn man in einen falschen Zug gestiegen ist, hat es keinen Zweck mehr, in entgegengesetzter Richtung zu gehen'" (S. 30).
Daraufhin erschien am 15. Februar 1937 folgender Erlaß Hitlers: „Nachdem es dem Reichskirchenausschuß nicht gelungen ist, eine Einigung der verschiedenen Gruppen der DEK herbeizuführen, soll nunmehr die Kirche in voller Freiheit nach eigener Bestimmung des Kirchenvolkes sich selbst die neue



Die Kirche in Wöbbel mit dem romanischen Turm aus der Zeit des 13. Jahrhunderts. Der Turm erhielt im 16. Jahrhundert die spätgotischen Treppengiebel.

Verfassung und damit eine neue Ordnung geben . . ." (Schreck, S. 30).
Nun witterten die linientreuen Schleppenträger Morgenluft. Der berüchtigte Nazi-Landesbischof Sasse von Thüringen schlug vor, die neu zu wählende Generalsynode müsse den Beschluß fassen, daß die Verwaltung und Ordnung der DEK dem Staat zu treuen Händen überantwortet werde, womit dann Hitler sein Ziel erreicht haben würde. Reichskirchenminister Kerrl dekretierte: „Liebe zu Gott heißt: Die Nation über alles stellen. Künder der neuen Offenbarung ist der Führer" (Schreck, S. 31).
Nun war also klar, was der Staat mit den angekündigten Neuwahlen bezweckte. Um die Gemeinden vor diesen zerstörerischen Absichten zu schützen

und sie in legitimer Weise auf die Wahlen vorzubereiten, erließ der Landeskirchenrat unter Vorsitz von W. Neuser am 24. Februar 1937 eine Kanzelabkündigung, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrigließ: „Als am 11. Juli 1933 die Deutsche Evangelische Kirche (DEK) sich ihre Verfassung gab, erklärte sie in Artikel 1 folgendes: Die unantastbare Grundlage der DEK ist das Evangelium von Jesus Christus, wie es uns in der Heiligen Schrift bezeugt und in den Bekenntnissen der Reformation neu ans Licht getreten ist. Hierdurch werden die Vollmachten, deren die Kirche für ihre Sendung bedarf, bestimmt und begrenzt. Diese Verfassung ist unter dem 14. Juli 1933 von Reichswegen anerkannt worden, und zwar durch ein Gesetz, das an erster Stelle die Unterschrift des Führers und Reichskanzlers trägt. In allen Wirren des Kirchenstreits ist an der Tatsache nicht zu rütteln gewesen, daß diese Verfassung in Geltung steht. Sie gilt auch heute *unverändert* und bleibt so lange in Geltung, bis auf rechtlich einwandfreiem Wege eine neue Verfassung gegeben ist. Durch den Erlaß des Führers und Reichskanzlers vom 15.2.1937 ist nunmehr eine neue Verfassung der DEK in Aussicht genommen, es ist nämlich angeordnet, daß die Kirche in voller Freiheit nach eigener Bestimmung des Kirchenvolkes sich selbst die neue Verfassung und damit eine neue Ordnung geben soll. Der Erlaß des Führers und Reichskanzlers wird damit begründet, daß es dem Reichskirchenausschuß nicht gelungen ist, eine Einigung der kirchlichen Gruppen der DEK herbeizuführen."

Man wird sich nun fragen: Warum sind eigentlich diese Bemühungen des Reichskirchenausschusses gescheitert? Darauf ist zu antworten: Im letzten Grunde sind sie gescheitert, weil nicht alle kirchlichen „Gruppen" bei der nach Artikel 1 der Verfassung *unantastbaren* Grundlage der DEK geblieben sind.

Es haben sich nämlich im Laufe der kirchlichen Auseinandersetzungen zwei große kirchliche Fronten immer klarer herausgebildet. Die eine hält fest an der unantastbaren Grundlage der Verfassung, an dem Wort der Heiligen Schrift: „Einen andern Grund kann niemand legen außer dem, der gelegt ist, welcher ist Jesus Christus" (1. Kor. 3, 11). Sie bekennt daher in aller Öffentlichkeit: „Jesus Christus, wie er uns in der Heiligen Schrift bezeugt wird, ist das *eine* Wort Gottes, das wir zu hören, dem wir im Leben wie im Sterben zu vertrauen und zu gehorchen haben." Sie will damit sagen: „Es ist in keinem andern Heil, ist auch kein kein anderer Name unter dem Himmel den Menschen gegeben, darin wir sollen selig werden" (Apg. 4, 12), als der „Name unseres Herrn Jesus Christus, des Sohnes Gottes, der für uns gestorben und auferstanden ist und wiederkommen wird, zu richten die Lebendigen und die Toten".

Die andere Front, die sich je länger desto klarer in der DEK herausgebildet hat, sieht neben Christus „andere Ereignisse und Mächte, Gestalten und Wahrheiten als Gottes Offenbarung" an und bestreitet damit die Alleingültigkeit der Offenbarung Gottes in Jesus Christus, wie sie die Bibel bezeugt. Diese Richtung erstrebt eine solche deutsche Nationalkirche, in der Bekenner und Leugner der biblischen Wahrheit gleichberechtigt sind, in der das Alte Testament, d.h. die Bibel Jesu, mehr oder weniger abgetan und das Neue Testament seines tiefsten Inhaltes entleert ist. Würde diese Richtung zum Ziel gelangen, so würde der christliche Glaube unserer Väter einer neuen Religion Platz machen; das deutsche Volk würde in Wahrheit aufhören, ein christliches zu sein.

Wenn nunmehr nach dem Erlaß des Führers und Reichskanzlers das Kirchenvolk eine Generalsynode wählen soll, die der DEK eine neue Verfassung und eine neue Ordnung zu geben hat, so darf es sich unter keinen Umständen darum handeln, den Artikel 1 der Verfassung, um den in Wirklichkeit der Kampf geht, zu ändern und damit die Grundlage der Kirche umzustoßen. „Es muß vielmehr auch diese neue Verfassung und damit die neue Ordnung der DEK unter allen Umständen auf dieser unantastbaren Grundlage sich erbauen. Wenn über diese grundlegende Bedeutung des Artikels 1 keine Einigkeit erzielt werden kann, ist eine Scheidung, so schmerzlich sie auch sein würde, unumgänglich notwendig . . ."

In den folgenden Wochen wurden die Gemeinden durch Flugschriften und Bekenntnisgottesdienste in verschiedenen Städten (Detmold, Blomberg, Bad Salzuflen) auf die angekündigten Wahlen vorbereitet. Durchgeführt worden sind diese Wahlen nicht. Dafür wurden die Unterdrückungsmaßnahmen spürbar verschärft. Das veranlaßte Landessuperintendent Lic. Neuser, am 27. Mai 1937 zu verfügen, daß dem allgemeinen Fürbittengebet am Schluß des

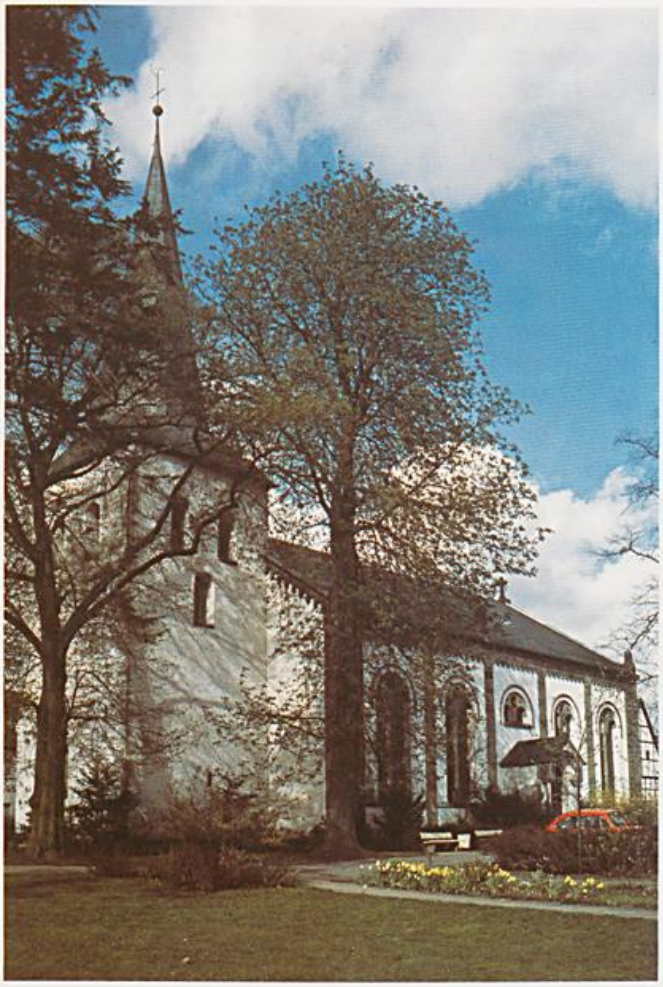
Gottesdienstes folgender Zusatz hinzugefügt werden solle: „Insonderheit befehlen wir deiner treuen Fürsorge diejenigen bekenntnistreuen Gemeinden, deren Pfarrer an der Ausübung ihres Dienstes gehindert und von ihren Gemeinden getrennt sind, und die bekenntnistreuen Kirchenleitungen, denen die Ausübung ihres Dienstes beeinträchtigt oder weithin unmöglich gemacht ist." Am 1. Juli 1937 wurde der führende Mann der BK, Pastor Martin Niemöller aus Berlin-Dahlem verhaftet, acht Monate im Gefängnis festgehalten und dann zu sieben Monaten Festungshaft verurteilt. Diese galt als durch die Untersuchungshaft abgebüßt. Trotzdem wurde er nicht entlassen, sondern in das Konzentrationslager Sachsenhausen gesperrt. Von dort wurde er später nach Dachau überführt. In den letzten Kriegstagen wurde er mit anderen prominenten Häftlingen in einer abenteuerlichen Fahrt nach Südtirol gebracht, wo diese besonderen Häftlinge ermordet werden sollten. Das wurde dann durch das Eingreifen einer Wehrmachtseinheit verhindert, so daß alle diese Todgeweihten in letzter Minute gerettet wurden.

Nach der Verhaftung Niemöllers empfahl das Landeskirchenamt am 11. November 1937 folgende Einschaltung in das Fürbittengebet: „Wir befehlen dir sonderlich unseren Bruder, den Pfarrer Martin Niemöller. Stärke ihn in der Einsamkeit seiner Haft nach Leib und Seele und steh ihm bei in den Stunden der Verantwortung. Gib, daß dein Name verherrlicht werde und der Ausgang der ganzen Verhandlungen unserer Kirche wie unserem Volk zum Segen gereiche" (Schreck, S. 35 u. 37).

Nach der widerrechtlichen Einlieferung Niemöllers in das Konzentrationslager wurde ein Telegramm an den Reichsjustizminister geschickt, in dem es hieß: „Die lippische Pfarrerschaft richtet an den Herrn Reichsjustizminister die dringende Bitte, sich dafür einzusetzen, daß der Pfarrer Martin Niemöller in Dahlem, entsprechend dem Urteil des Sondergerichts 2 in Berlin vom 2.3. d.J. seiner Gemeinde und seiner Familie zurückgegeben wird." Dieses Telegramm war unterzeichnet von Landessuperintendent Neuser, Pastor van Senden und den beiden Superintendenten Corvey und Dassel. Auch sonst kamen aus Lippe zahlreiche Eingaben für Martin Niemöller von Pastoren, anderen Berufsverbänden (z. B. den Landwirten, die sich an den damaligen Oberkommandierenden des Heeres, Generaloberst von Brauchitsch, wandten, von diesem aber abgewiesen wurden) und Einzelpersonen, die sich oft zu Gruppen zusammenfanden. Diese wurden häufig von einer mutigen Frau organisiert: Frau Frieda Lobeck geb. Langenheim aus Detmold, die zu dem Bibelstundenkreis von Pastor van Senden gehörte.

Am 11. November 1937 wurde Pastor van Senden, der Vorsitzende des lippischen Bruderrates, wegen Verbreitung eines Gefangenschaftsberichtes des bekannten Wuppertaler Pastors Karl Immer verhaftet und bis zum 6. Dezember festgehalten. Während dieser Zeit veranstaltete Pastor Schreck in der Marktkirche wöchentlich einen Fürbittengottesdienst für Pastor van Senden. Nach seiner Haftentlassung setzte er seine Arbeit in Gemeinde und Landeskirche unbeirrt fort, unterstützt von seiner tapferen Frau und von Frau Agnes Koch geb. Thorbecke, die unermüdlich Schreibarbeiten erledigte.

Das Jahr 1938 sollte noch einmal besonders kritisch werden. Nachdem bereits 1935 ein Anlauf dazu gemacht worden war, wurde jetzt erneut der Plan entwickelt, die Pfarrer auf Hitler zu vereidigen, um dadurch die besondere Treue dieses Berufsstandes dem Staat und seinem Oberhaupt gegenüber zu bekunden. Wo 1935 die Abnahme des Treueides versäumt worden war, beeilte man sich jetzt in manchen Landeskirchen, dies 1938 nachzuholen, so leider auch in der lutherischen Klasse der Lippischen Landeskirche. Nach den Akten des Staatsarchivs Detmold bemühte sich das Büro des hiesigen Reichsstatthalters um Klarheit über die Frage, ob in anderen Gebieten des Reiches, z. B. in Hamburg von Staats wegen diese Eidesleistung erfolgt sei. Die Antwort war negativ. Daraufhin wurde in Berlin nachgefragt. Die Antwort ist einem „Vermerk" zu entnehmen, den der mit dieser Angelegenheit befaßte Regierungsrat Wolff vom Büro des Reichsstatthalters am 20. August 1938 machte: Es sei die Ansicht des Reichskirchenministeriums, „daß der Staat sich aus der Angelegenheit der Vereidigung der Pfarrer und Kirchenbeamten vollkommen herauszuhalten habe. Der Staat habe gar kein Interesse an der Erledigung dieser Frage,und es sei nicht erwünscht, daß der Herr Reichsstatthalter etwa einen Auftrag an die Kirchen gäbe, ihre Pfarrer auf den Führer zu vereidigen." In Lippe hat Landessuperintendent Neuser die reformierten Pastoren da-



Die Kirche in Schlangen. Während der Ort selbst bereits zu Beginn des 11. Jahrhunderts quellenmäßig belegt ist, findet die Kirche erst im 14. Jahrhundert eine urkundliche Erwähnung. Die heutige Kirche in Schlangen wurde 1878 erbaut, nur der im 13. Jahrhundert erbaute Westturm – mit den spätromanischen Formen des Portals – blieb als Bestandteil der heutigen Kirche erhalten. Die Geschichte dieser Kirche wurde 1978 geschrieben, als die evangelische Kirchengemeinde das hundertjährige Bestehen ihrer Kirche feiern konnte.

vor bewahrt, diesen „Treueid" schwören zu müssen. Vorsichtshalber erklärten unter dem 24. August 1938 die Pastoren van Senden, Hossius, Wessel, Schmidt und Schreck, daß und warum sie einen etwa geforderten Eid auf Hitler nicht leisten könnten. In dem Schriftstück heißt es u.a.: „Wir würden das Gewissen des Nächsten heillos verwirren und dem Staat gegenüber unwahrhaftig werden, wenn wir *ihm* die gewissenhafte Erfüllung der Amtspflichten beschwören, obwohl wir im Gehorsam gegen Schrift und Bekenntnis den von ihm erlassenen Gesetzen zur ‚Befriedung der Kirche' widerstehen müssen. Durch diesen Eid würde also die Unwahrheit und des Nächsten Unheil gefördert."

Zur Zeit der Sudetenkrise um die Monatswende September/Oktober 1938 fürchtete man in ganz Europa, daß ein Krieg ausbrechen werde. Deshalb hatte die Vorläufige Leitung der BK für den 30. September einen Gebetsgottesdienst angeregt und dafür eine Ordnung entworfen, in der u. a. ein Bußgebet enthalten war, das den besonderen Unwillen nicht nur der Parteistellen, sondern auch der Kirchenleitungen erregte, obwohl in den späteren Verhandlungen Sup. Blome-Bösingfeld nachweisen konnte, daß dergleichen Bußgebete sich auch in der amtlichen Agende von 1908 finden. Unter Führung von dem Hannoverschen Bischof Marahrens rückten zunächst die drei süddeutschen Landesbischöfe Meiser-München, Wurm-Stuttgart und Kühlewein-Karlsruhe von dieser Aktion „aus religiösen und vaterländischen Gründen" ab, später schlossen sich auch alle anderen Kirchenleitungen der DEK, also auch Lippe, dieser bedauernswerten Absage an. Der vorgesehene Gottesdienst wurde in der geplanten Weise nirgends gehalten, weil im letzten Augenblick die Kriegsgefahr vermieden werden konnte. Trotzdem wurden die Verfasser der verschickten Gebetsordnung in der Presse als Landesverräter und Verbrecher, die ausgemerzt werden müßten, hingestellt.

Das veranlaßte die Konferenz der Landesbruderräte, sich schützend vor die angegriffenen Mitglieder der Vorläufigen Leitung zu stellen: In ihrer Sitzung vom 2. November 1938 erklärte sie u.a.: „Sie weist den Vorwurf entschieden zurück, als hätten die Männer der VL in diesem Entwurf eines Gebetsgottesdienstes volks- und staatsverräterisch gehandelt. Sie erklärt, daß die angegriffenen Punkte des Entwurfs unveräußerliches Glaubensgut der christlichen Kirche enthalten. Sie weiß sich mit dem geistlichen Zeugnis der VL und mit ihrer Liebe zum Volk eins" (Schreck, S. 40).

Da der Reichskirchenminister gegen die Mitglieder der VL Gehaltssperrung und ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Dienstentlassung verfügt hatte, wurden diese Maßnahmen auf alle Pastoren ausgedehnt, die sich hinter die Gebetsgottesdienstordnung gestellt hatten, also in Lippe zuerst gegen Pa-

stor van Senden als Vorsitzenden des Bruderrates. Am 14. Dezember 1938 machten sich 23 Pastoren der Bekenntnisgemeinschaft die Erklärung der Konferenz der Landesbruderräte vom 2. November 1938 zu eigen und übersandten sie Landessuperintendent Neuser mit der Bitte, auch die übrige Pfarrerschaft und den Landeskirchenrat zu derselben Erklärung zu veranlassen. Sollte das bis zum 15. Januar 1939 nicht geschehen, so werde man diese Solidaritätserklärung unmittelbar an den Reichskirchenminister schicken. Da die Kirchenleitung nicht reagierte, wurde dann am 16. Januar 1939 dieser gefährliche Schritt getan mit der Wirkung, daß sofort vom Kirchenminister die Durchführung eines Disziplinarverfahrens gefordert wurde. Dieses Verfahren wurde auf höchst bemerkenswerte Weise sozusagen intern erledigt: Die Detmolder Rechtsanwälte Tölle, Petri und Dr. Corbach wurden von der Kirchenleitung als Untersuchungskommissare bestellt und mit der Vernehmung der Unterzeichner beauftragt. Rechtsanwalt Schnitger hatte die Verteidigung übernommen. Als am 27. Februar 1939 das Dienststrafgericht tagte, wurden die Unterzeichner freigesprochen.

Inzwischen waren auch in Lippe am 9./10. November 1938 die jüdischen Synagogen niedergebrannt, jüdische Geschäfte verwüstet und zahlreiche Juden verhaftet worden. Durch diese massenhaften Verbrechen wurde die barbarische Brutalität und Unkultur der ganzen „Bewegung" für jedermann sichtbar entlarvt. Schon deshalb sind die später ständig zu hörenden Beteuerungen, man habe von allem nichts gewußt, nur peinliche Beweise von einer unbegreiflichen Uneinsichtigkeit und Unbußfertigkeit. Leider brachten es auch in Lippe die meisten Pastoren nicht fertig, dazu ein deutliches Wort zu sagen. Eine Ausnahme machte auch hier Pastor Hermann van Senden: Noch vor wenigen Jahren hat Pfarrer i.R. Hirsch im Gemeindeblatt für Württemberg bekundet, daß er damals als Detmolder Vikar eine ungewöhnlich mutige Predigt von Pastor van Senden in der reformierten Stadtkirche gehört habe. Daß er daraufhin nicht belangt wurde, könnte daran liegen, daß die Nazis nur zu deutlich zu spüren bekamen, welche Empörung ihr Verbrechen in der Bevölkerung ausgelöst hatte. Diese Brandstiftungen waren das Flammenzeichen, das den kommenden Untergang des Deutschen Reiches signalisierte.

Der Ausbruch dieses Krieges traf die deutsche Bevölkerung nicht unvorbereitet. Wer Ohren hatte, zu hören, der hatte aus Hitlers schauderhaften Reden oft genug gehört, daß er nichts als einen grandiosen Krieg geplant hatte. Dem dienten die Autobahnen und die gesamte wirtschaftliche Planung. Am 1. September 1939 hielt Hitler eine Rede, in der er u.a. sagte, wenn nun gefragt werde, wer die Verantwortung für das Kommende tragen könne, so antworte er darauf: „Die Verantwortung trage ich allein!" Diese Äußerung veranlaßte damals einen alten Lipper zu der Feststellung, so könne nun wirklich nur ein Wahnsinniger reden; denn nicht einmal die Verantwortung für die Schmerzen eines einzigen Verwundeten könne ein Mensch tragen . . . Wer den Beginn des Zweiten Weltkrieges bewußt erlebt hat, der wird sich erinnern, welche gedrückte Stimmung in weiten Kreisen der Bevölkerung herrschte, als wir Ende August täglich entsetzlich verlogene Berichte in der Zeitung lesen mußten, die dem deutschen Volke einreden sollten, dieser Krieg sei uns „aufgezwungen" worden. Von keinem vernünftigen Menschen wurde der Krieg jubelnd begrüßt, wie es 1914 geschehen war.

Doch dann kamen die überwältigenden Siegesmeldungen, und das änderte auch die Stimmung in der Bevölkerung schnell. Was dann nach der Niederwerfung Polens und der Teilung des Landes zwischen Hitlerdeutschland und Rußland an unvorstellbaren Greueltaten an Juden und polnischen Intellektuellen geschah, wurde zunächst wenig bekannt. Im Frühjahr 1940 wurden dann Dänemark und Norwegen überfallen, dann folgte Frankreich, das in erstaunlich kurzer Zeit niedergeworfen wurde, und nun schien es, daß Hitler nichts unmöglich sei. Nur Nachdenkliche waren sich stets darüber klar, daß die Siege Hitlers nur zur Verlängerung des Krieges und zur Verschlimmerung der deutschen Niederlage beitragen konnten. Mit dem Überfall auf Rußland 1941 begann dann das Verhängnis. Die menschliche Überheblichkeit hatte ihren Gipfel erreicht und konnte schließlich nur in einem bis dahin unbekannten Inferno für ganz Deutschland enden.

Doch wem diese Entwicklung klar war, der mußte sich hüten, auch nur ein Wort davon verlauten zu



Die Kirche in Haustenbeck. Die im Jahre 1685 im Stil eines Bauernhauses erbaute Kirche (ursprünglich ein Fachwerkbau) gehörte zu den schlichtesten kirchlichen Bauwerken auf lippischem Boden. Sie war unter großen Opfern von den ersten Bewohnern Haustenbecks, die sich hier seit 1659 angesiedelt hatten, errichtet worden. Die idyllisch inmitten der Senne gelegene Kirche hatte jahrhundertelang die unrühmliche Rolle, unbotmäßigen Pfarrern als Pönitenzpfarrer dienen zu müssen. Die Kirche wurde um 1800 von Grund auf renoviert. Als Haustenbeck im Jahre 1939 durch die Erweiterung des Truppenübungsplatzes Senne aufgelöst wurde, war auch das Schicksal der Kirche besiegelt. Am 26. November 1939 fand in dieser Kirche zum letztenmal ein Gottesdienst statt. Der letzte Pfarrer der Gemeinde, Pastor Hans Held, sprach über Hebr. 13, 14: „Denn wir haben hier keine bleibende Stadt, sondern die zukünftige suchen wir." Die Kirche, die den Krieg noch halbwegs unversehrt überstanden hatte, wurde nach 1945 dem gänzlichen Verfall preisgegeben. Nur noch Reste der Grundmauern erinnern daran, daß hier einst eine Kirche gestanden hat.

lassen. Schon der leiseste Zweifel an dem Endsieg konnte, wenn er den Machthabern zu Ohren kam, zu harten Strafen wie Gefängnis, KZ oder gar Hinrichtung führen. In Lippe gerieten zahlreiche Pastoren und auch andere Christen in Schwierigkeiten. Oft war es reiner „Zufall", wenn man glimpflich davonkam. Dafür gibt es zahlreiche Beispiele. Ebenso hing es von den seltsamsten Begebenheiten ab, wenn etwa Pastoren ins Gefängnis kamen. Das geschah in der Regel dadurch, daß Äußerungen in Predigten oder im Konfirmandenunterricht mißverstanden und bewußt oder unbewußt entstellt wiedergegeben wurden. In jedem Fall war es die während des „Dritten Reiches" üppig blühende Denunziation, die solches Unglück über Menschen brachte. Auf diese Weise wurde Pastor Voget in Heiligenkirchen ins Gefängnis gebracht, zunächst nach Bielefeld, dann nach Meseritz in Brandenburg und schließlich nach Berlin-Plötzensee. Seine Haft dauerte vom 6. April 1944 bis 24. April 1945. Pastor Engelbert von der lutherischen Gemeinde in Detmold wurde wegen seiner Weihnachtspredigt bereits 1940 denunziert und ins Gestapogefängnis Bielefeld gesperrt. Das Verfahren beim Sondergericht Hannover wurde eingestellt, „weil wir an einem Freispruch nicht interessiert sind". Doch er wurde noch monatelang von der Gestapo in Bielefeld festgehalten, weil man ihn zur Überführung ins Konzentrationslager vorgesehen hatte. Am 16. Juni 1941 wurde er endlich entlassen, bekam aber Aufenthaltsverbot für Westfalen und Lippe. Ein prominentes Gemeindeglied sorgte dann dafür, daß er zur Wehrmacht eingezogen und vor dem Zugriff der Gestapo bewahrt wurde. Schon vor dem Kriege, im Jahre 1938, wurde der junge lutherische Pastor Wilhelm Viertmann in Lage wegen einer mutigen Predigt am Reformationsfest verhaftet, für eine Woche eingesperrt und dann aus Lippe ausgewiesen. Pastor Hettling in Lemgo saß drei Wochen im Gestapogefängnis Bielefeld, weil er sich im vertrauten Kreise kritisch über die Morde in Polen geäußert hatte. Pastor Böke wurde von Gemeindegliedern aus Alverdissen denunziert, verhaftet und vor das Sondergericht in Hannover gestellt. Er schwebte zeitweise in höchster Lebensgefahr, wurde dann aber doch freigesprochen.

Zahlreiche Pastoren wurden immer wieder zu Vernehmungen durch die Gestapo vorgeladen. Dabei ging es um ihre Predigten, um Verteilung von Flugblättern, um Geldsammlungen und vieles andere mehr.

Auch drei Diakonissen des Mutterhauses in Detmold wurden verhaftet, weil sie entweder (wie in Minden) einen ausländischen Sender mitgehört hatten oder sich zu dem Kriegsgeschehen geäußert hatten (wie eine Schwester in Lage). Am meisten gefährdet war die Diakonisse Marie Lange aus Silixen, die von dem dortigen Ortsgruppenleiter persönlich angezeigt worden war. Ihr Prozeß beim Sondergericht kam nur deshalb nicht mehr zustande, weil inzwischen der Krieg zu Ende ging. Sonst hätte sie ihn vermutlich nicht überlebt.

Bei dieser Gelegenheit muß noch kurz berichtet werden, welche Rolle das Detmolder Diakonissenhaus im Kirchenkampf gespielt hat. Es war eine in ganz

Deutschland bekannte Sammelstätte von Vertretern der Bekennenden Kirche. Ungezählte Tagungen und Zusammenkünfte haben dort stattgefunden, an denen oft Redner beteiligt waren, die für ganz Deutschland Redeverbot hatten. Für die kirchliche Arbeit in Lippe waren die Freizeiten von großer Bedeutung, die im Diakonissenhaus durchgeführt wurden: Die Pfarrfrauen, die Leiterinnen der Jungmädchenkreise in den Gemeinden fanden dort Gelegenheit, sich für ihre Arbeit zu rüsten und ermutigen zu lassen. Von ganz besonderer Bedeutung wurden die Singefreizeiten, die mehrfach von dem bekannten Dresdner Kirchenmusikdirektor Kantor Stier geleitet wurden und eine weite Ausstrahlung hatten. Da das Diakonissenhaus unter der Leitung von Pastor Jürges eindeutig auf dem Boden der BK stand, waren auch alle Schwestern des Hauses, die in den Krankenhäusern von Lippe und der Grafschaft Bentheim und in zahlreichen Kinderheimen, Kindergärten und Gemeindepflegestationen in Lippe, Ostfriesland, Minden, Osnabrück, Hannover arbeiteten, entsprechend ausgerichtet, was für die kirchlichen Verhältnisse im Einzelfall von großer Bedeutung werden konnte.

Ein Einzelereignis muß noch festgehalten werden: Im Sommer 1937 wurde die Kinderheilanstalt Bethesda in Bad Salzuflen, eine Einrichtung der Inneren Mission, plötzlich von der Partei annektiert. Unter Anführung durch den Kreisleiter erschien eine Gruppe von SA- und SS-Leuten, die sich als erstes bei den Schwestern darüber beschwerten, daß im ganzen Hause nicht einmal Schnapsgläser aufzutreiben seien, weil dieses Ereignis doch „begossen" werden müsse. Dann wurden alle christlichen Bilder von den Wänden gerissen, die Zimmer verschlossen und die Vorräte zusammengetragen. Doch während der wochenlangen Verhandlungen um die Freigabe ist es den Nazis nicht gelungen, dort eine eigene Einrichtung zu etablieren: Im Herbst konnten die Detmolder Schwestern den bewährten Betrieb wieder aufnehmen, und aus allen Gemeinden wurden erholungsbedürftige Kinder gesammelt und zur Erholung nach Bethesda geschickt. Solche und ähnliche Aktionen (z. B. gegen kirchliche Kindergärten) waren unsagbar aufregend und zeugten in jedem Einzelfall von den wahren Absichten der Vertreter des „positiven Christentums"!

Der Zweite Weltkrieg hat auch von der Lippischen Landeskirche einen hohen Blutzoll gefordert. Folgende ordinierte Pastoren sind dem Kriege zum Opfer gefallen: Hans Bam-Oerlinghausen, Herbert Eikkelberg-Lüdenhausen, Lic. Hans Held-Brake, Karl Hesemann-Voßheide, Karl Jensen-Leopoldshöhe, Lic. Paul Kertz-Blomberg, Martin Koch-Bad Salzuflen-luth., Werner Lüdke-Lage-luth., Ludwig Luiken de Haan-Bega, Herbert Menges-Hohenhausen,



Ebenso schlicht wie das Äußere der Kirche war ihr Inneres. Einziges „Prunkstück" war die Kanzel, die im Jahre 1683 aus der Kirche in Heiden nach Haustenbeck gekommen war. Sie stellte, wie Hans Sprenger 1939 in seiner Ortschronik von Haustenbeck schrieb, „das einzige Stück unserer Kirche dar, an welchem sich die Kunst versucht hat, wenn man auch billig hinzusetzen muß, daß dieser Versuch nicht in hohem Grade gelungen ist. Doch immerhin, die Kanzel, darüber die blauhimmlige goldsternige Schalldecke, die porzellanfarbigen Ecksäulen und schließlich die Seitenfelder mit den bauernplumpen Gestalten der vier auf Wolken schwebenden Evangelisten samt den symbolischen Tieren, das alles putzte unsere Kirche ein wenig aus, die sonst doch nüchterner ausgesehen hätte, als es selbst der strenge Calvin forderte."

Heinrich Schulte-Augustdorf, Rudolf Schulten-Donop, Werner Stukenbrok-Sylbach, Hans Timmer-Barntrup.
Bei insgesamt 60 Pfarrstellen waren das 23 Prozent aller Pastoren der Landeskirche. Außerdem fielen drei Vikare und zwei Theologiestudenten, soweit sie bekannt waren. Vermutlich war deren Zahl höher. Was darüber hinaus an Not, Leid und Verzweiflung auch in Lippe durch den Krieg verursacht wurde, ist nicht zu ermessen. Am Rande sei vermerkt, daß natürlich auch im Zweiten Weltkrieg – wie schon im Ersten – die Bronzeglocken abgeliefert werden mußten, weil ihr Metall für Kriegszwecke verwendet wurde.
Da zahlreiche Pastoren zum Wehrdienst eingezogen waren, wurde die geistliche Versorgung der Gemeinden mehr und mehr zu einem drückenden Problem. Landessuperintendent Neuser bemühte sich nach Kräften, der Zerstörung der evangelischen Kirche zu widerstehen. Er nahm im Laufe des Krieges immer wieder Pastoren aus anderen Kirchengebieten auf, die dort ausgewiesen und zum Teil mit Redeverbot belegt waren, so z. B. Pastor Lic. W. Niesel, Pastor Dr. Oskar Hammelsbeck, den Leiter des Katechetischen Amtes der BK aus Berlin, Pastor Friedrich Graeber aus Essen, den Seelsorger von Gustav Heinemann, den Evangelisten Daniel Schäfer und Pastor Fuhr, der nach dem Kriege noch weiter einige Jahre in Lippe blieb. Zugleich sorgte Landessuperintendent Lic. Neuser dafür, daß „illegale" Studenten und Vikare der Bekennenden Kirche in Lippe ihre Prüfungen machen und zum Teil ordiniert werden konnten. Das war ein besonders wichtiger Dienst, den die intakte Lippische Landeskirche stellvertretend für die ganze evangelische Kirche in Deutschland getan hat. Das wurde allgemein anerkannt und sollte auch heute nicht vergessen werden.

Nach der Katastrophe

a) Das äußere Bild

Das Fazit der zwölfjährigen Hitlerherrschaft war ein riesiger Trümmerhaufen in Deutschland und anderen europäischen Ländern und ein Meer von Blut und Tränen. Es war diesem besessenen Scharlatan gelungen, das Deutsche Reich nach einer tausendjährigen Geschichte zu zerstören. Weite Gebiete des früheren Deutschland gingen für immer verloren, Millionen von Deutschen kamen um Heimat und Habe. Diese Vertriebenen und Flüchtlinge und die Millionen von Witwen hatten die Hauptlast dieses trostlosen Erbes einer verfehlten Politik zu tragen.
Die Heimatlosen strömten nun zu vielen Tausenden auch in das größtenteils unzerstörte Lippe herein. Nicht immer fanden sie hier das nötige Verständnis und die bereitwillige Hilfe, die sie unbedingt brauchten. Wie überall, so hatten es leider auch bei uns manche „Fremde" schwer, heimisch zu werden und in der neuen Heimat Wurzeln zu schlagen. Hier hatte die Kirche eine Fülle neuer Arbeit zu bewältigen. Solange der Flüchtlingsstrom anhielt, wurden Verpflegungsstellen eingerichtet, wurden Kleidersammlungen veranstaltet und Nähstuben eröffnet. In Zusammenarbeit mit dem Roten Kreuz wurde ein umfangreicher Suchdienst geschaffen, der sich bemühte, Verschollene aufzuspüren und ihren Familien wieder zuzuführen. Dazu kam die Betreuung der überaus zahlreichen Kriegshinterbliebenen. Das Trostamt der Pastoren bekam neue Bedeutung und wurde weithin sorgfältig wahrgenommen. Nach und nach stellte sich heraus, wer von den zahlreichen Vermißten noch am Leben war. In den ersten Nachkriegsjahren trafen immer wieder Todesnachrichten ein, die dann alle Hoffnungen zerstörten. Bei anderen blieb diese Nachricht aus, so daß die quälende Ungewißheit andauerte. Allmählich kamen die Kriegsgefangenen in die Heimat zurück. Auch bei den Pastoren dauerte es in Einzelfällen Jahre, bis sie aus der Gefangenschaft heimkamen und ihre Arbeit in den Gemeinden wieder aufnehmen konnten. Bis in die Mitte der fünfziger Jahre wurden in regelmäßigen Abständen Fürbittengottesdienste für die Gefangenen und ihre Angehörigen gehalten. Das Gefangenenhilfswerk der Evangelischen Kirche hat für die Kriegsgefangenen in Ost und West viel bedeutet und die Verbindung mit der Heimat gepflegt.
Sehr bald nach Kriegsende wurde zur Linderung der Not das Evangelische Hilfswerk ins Leben gerufen. Es ist heute weithin vergessen, was damals durch freiwillige Helfer getan worden ist, um die Notleidenden zu kleiden und zu ernähren. Bald kam auch

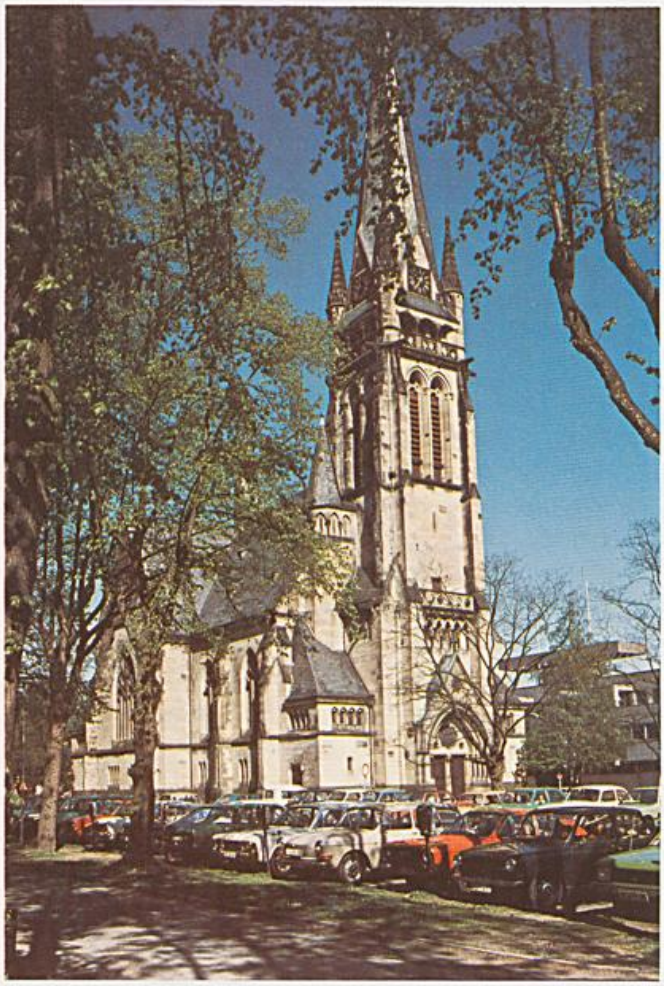
Hilfe von Christen aus dem Ausland, zuerst von Schweden, dann auch aus der Schweiz und Amerika. Diese Hilfssendungen wurden größtenteils dem Evangelischen Hilfswerk anvertraut und von diesem weitergeleitet. Ohne diese verständnisvolle Hilfe ausländischer Christen wären noch weit mehr Menschen in jenen Not- und Hungerjahren zugrunde gegangen.

b) Die innere Lage

Als der Krieg zu Ende war, schrieb der große Mathematiker und Physiker Albert Einstein, der in Amerika sein Asyl gefunden hatte, er habe sich zu Beginn der Nazirevolution als „ein Partisan der Freiheit" den Universitäten zugewandt, um „dort die Verteidiger der Freiheit zu finden. Ich fand sie nicht!" Dann habe er sich an die Herausgeber mächtiger Zeitungen gewandt, die doch beanspruchten, „Champions der Freiheit" zu sein, aber er habe nur Schweigen gefunden. Ebenso vergeblich suchte er Verteidiger der Freiheit bei großen Einzelpersönlichkeiten. „Einzig die Kirche widerstand dem Kampf, den Hitler gegen die Freiheit führte!" Solches Lob hört man natürlich gern. Es gibt lange Listen von Pastoren und Gemeindegliedern, die um ihres Glaubens, um der Freiheit willen verhört, verhaftet oder sonstwie gemaßregelt wurden. In Lippe mag diese Zahl nicht so groß sein wie anderswo. Aber es war für jedermann deutlich, daß die Kirche sich nicht der Hitlerideologie preisgegeben hatte.

Doch es wäre total unangebracht, wollte die Kirche sich ihres Widerstandes rühmen. Dazu besteht nicht der mindeste Anlaß. Dagegen haben wir viel Grund, uns gehörig zu schämen wegen des zu geringen Widerstandes. Es ist oben verschiedentlich darauf hingewiesen worden, wie verhängnisvoll das „nationale" Erbe gerade der evangelischen Pfarrhäuser sich beim Heraufkommen des Nationalsozialismus ausgewirkt hat. Allzu leicht und allzu gern fielen viele auf die verlogenen Lockrufe Hitlers herein, als dieser die „nationale Erneuerung" ankündigte. Statt dessen kam dann die größte nationale Schande, die Deutschland jemals auf sich geladen hat. Doch wer erkennt das schon! Es gehört zu den bedenklichsten Erscheinungen unserer Zeit, daß bis heute längst nicht von allen Deutschen erkannt und zugegeben wird, daß es die phantastische Politik eines besessenen Größenwahnsinnigen war, durch die Deutschland zerstückelt, seine Menschen in tiefes Unglück und unermeßliche Schuldverhaftung gestürzt wurden. Die Kirche hat an dieser Schuld deshalb einen erhöhten Anteil, weil sie besser als etwa Militär und Schule, Industrie und Wirtschaft, Justiz und Medizin, die ja auch ein unerhörtes Maß an Schuld durch ihre praktische Unterstützung der Verbrechen zu tragen haben (was leider weithin nicht gesehen wird), wissen mußte, daß hier Verbrechen allergrößten Ausmaßes vorbereitet und dann durchgeführt wurden, vor denen auch nur ein Quentlein echten Gehorsams gegen Gottes Gebote uns hätte bewahren müssen. Das alles wurde anfangs überhaupt nicht erkannt, weil aller Augen geblendet wurden durch falsche politische Auffassungen und dann schließlich auch durch die große Not, in der Deutschland von 1931 an steckte. Wenn *eine* Institution, dann hätte die Kirche von Anfang an der Versuchung widerstehen können und müssen, die der Nationalsozialismus bedeutete.

Nun war das „Dritte Reich" mit Schimpf und Schande untergegangen, und die Kirche, der man den Tod bereiten wollte, war auf wunderbare Weise bewahrt und gerettet worden. Doch nur oberflächliche Geister hätten darüber triumphieren können. Die Bekennende Kirche jedenfalls tat das nicht. Es kostete einige Mühe, bis sich die verschiedenen Gruppen in der evangelischen Kirche nach dem Krieg wieder zusammenfanden. Schon in den letzten Kriegsjahren hatte sich der greise Landesbischof Theophil Wurm in Württemberg nach der Genesung von schwerer Krankheit gelobt, Hitler klarer und mutiger zu widerstehen als bisher. Er hat mehrere erstaunliche Briefe an den Diktator geschrieben und ihn aufgefordert, gewisse verbrecherische Unternehmungen in den besetzten Ostgebieten und in Deutschland (Verhaftungen ohne Prozeß, Konzentrationslager, Tötung der Geisteskranken) abzustellen. Vor allem schuf er ein kirchliches Einigungswerk, um ein Auseinanderfallen der evangelischen Kirche zu verhindern. Daran wurde nun angeknüpft, als im August 1945 die Leiter der evangelischen Landeskirchen und Vertreter der Landesbruderräte in Treysa zusammenkamen, um eine vorläufige Ordnung der Evangelischen



Die Christuskirche auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz in Detmold. Mit dem Bau dieser Kirche wurde am 27. 4. 1905 begonnen, die feierliche Einweihung fand nach dreijähriger Bauzeit am 12. 9. 1908 statt. In der im frühgotischen Stil erbauten Kirche mit dem etwa 65 m hohen Turm finden 1100 Besucher Platz.

Kirche in Deutschland (EKiD) zu schaffen. Dabei bezog man sich ausdrücklich auf die drei ersten Bekenntnissynoden von Barmen, Dahlem und Augsburg und auf das Einigungswerk von Bischof Wurm. Diese neue EKiD sollte einen festeren Zusammenschluß bilden als der 1922 gegründete Evangelische Kirchenbund, dessen gesamte Tätigkeit während der Weimarer Republik durch die verhängnisvolle nationale Ideologie beeinträchtigt gewesen war. Das leitende Gremium dieser neuen EKiD war der „Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland", dessen Kanzlei ihren Sitz zunächst in Schwäbisch-Gmünd hatte und die von D. Hans Asmussen geleitet wurde.

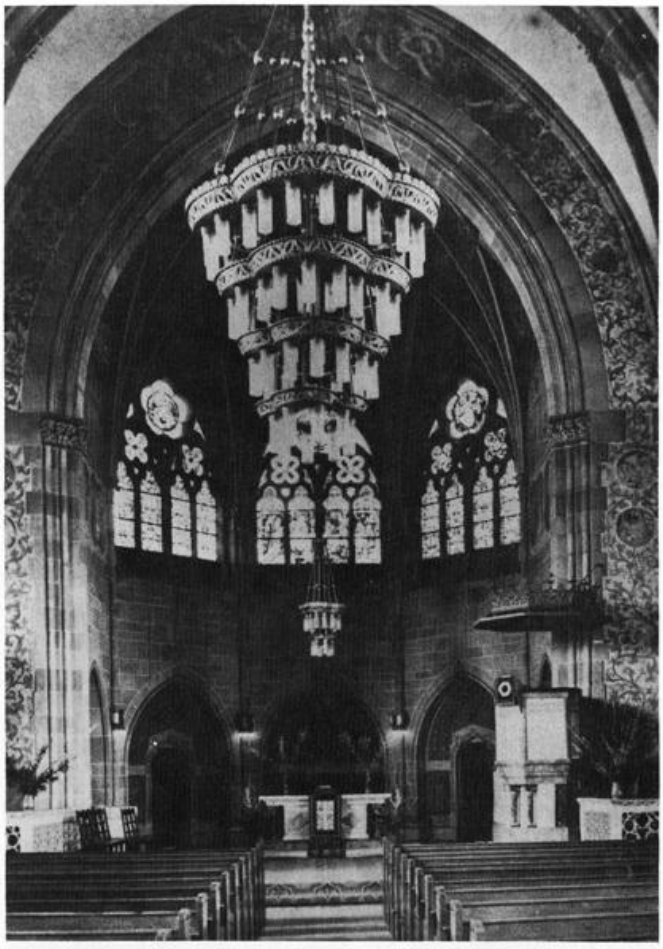
Als dieser Rat am 18. Oktober 1945 in Stuttgart tagte, erschienen dort unerwartet Vertreter des Oekumenischen Rates aus Genf, also des Zusammenschlusses der gesamten evangelischen Christen der Welt. Wie sollte man ihnen nun begegnen? Konnte man so tun, als sei nichts geschehen? Sollte man sich darauf berufen, daß doch die Kirche sich im „Dritten Reich" bewährt hatte als eine der wenigen Kräfte, die Hitler widerstanden hatten? Weder das eine noch das andere war möglich. Wenn man den Brüdern aus der Oekumene, unter denen ja auch Vertreter solcher Völker waren, die unter uns Deutschen unsagbar gelitten hatten, offen und ehrlich gegenübertreten wollte, so konnte das Geschehene nicht mit Schweigen übergangen, geschweige denn beschönigt oder verharmlost werden. So entschloß sich der Rat, bei der Begrüßung dieser Vertreter der Oekumene folgende einmütige Erklärung abzugeben: „Wir sind für diesen Besuch umso dankbarer, als wir uns mit unserem Volke nicht nur in einer großen Gemeinschaft der Leiden wissen, sondern auch in einer Solidarität der Schuld. Mit großem Schmerz sagen wir: Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden. Was wir unseren Gemeinden oft bezeugt haben, das sprechen wir jetzt im Namen der ganzen Kirche aus: Wohl haben wir lange Jahre hindurch im Namen Jesu Christi gegen den Geist gekämpft, der im nationalsozialistischen Gewaltregiment seinen furchtbaren Ausdruck gefunden hat; aber wir klagen uns an, daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben.

Nun soll in unseren Kirchen ein neuer Anfang gemacht werden. Gegründet auf die Heilige Schrift, mit ganzem Ernst ausgerichtet auf den alleinigen Herrn der Kirche, gehen sie daran, sich von glaubensfremden Einflüssen zu reinigen und sich selber zu ordnen. Wir hoffen zu dem Gott der Gnade und Barmherzigkeit, daß er unsere Kirchen als sein Werkzeug brauchen und ihnen Vollmacht geben wird, sein Wort zu verkündigen und seinem Willen Gehorsam zu schaffen bei uns selbst und bei unserem ganzen Volk. Daß wir uns bei diesem neuen Anfang mit den anderen Kirchen der oekumenischen Gemeinschaft herzlich verbunden wissen dürfen, erfüllt uns mit tiefer Freude.

Wir hoffen zu Gott, daß durch den gemeinsamen Dienst der Kirche dem Geist der Gewalt und Vergeltung, der heute von neuem mächtig werden will, in aller Welt gesteuert werde und der Geist des Friedens und der Liebe zur Herrschaft komme, in dem allein die gequälte Menschheit Genesung finden kann. So bitten wir in einer Stunde, in der die ganze Welt einen neuen Anfang braucht: Veni, Creator spiritus (Komm, Schöpfer Geist)!"

Dieses „Stuttgarter Schuldbekenntnis" wurde dann in der Frühjahrstagung der Lippischen Landessynode für die Lippische Landeskirche übernommen und im Gesetz- und Verordnungsblatt der Landeskirche (Bd. 4 Nr. 9 vom 31. Juli 1946) veröffentlicht. Dieses verantwortungsbewußte Wort von Christen an Christen wirkte befreiend und reinigte auf wohltuende Weise die Atmosphäre. Nun konnte man in brüderlichem Vertrauen miteinander reden und arbeiten. Nachdem dieses Wort gesprochen war, gab es bei der Oekumene keine Vorbehalte mehr gegen die Christen in Deutschland. Als dann im Februar 1946 der Oekumenische Rat der Kirchen eine „Botschaft an die Welt" richtete, war dies auch für Deutschland eine große Hilfe. Hier wurde der gesamten Menschheit, vor allem auch den Siegermächten ins Gewissen geredet. Schon damals wurde vor einer nochmaligen Verwendung von Atomwaffen ernstlich gewarnt. An die Siegermächte gewandt heißt es dann wörtlich: „Sie müssen Gerechtigkeit und Barmherzigkeit zugleich üben. Wenn sie ihre früheren Feinde des Lebensnotwendigen berauben oder ihre Bevölkerung massenweise austreiben und auf solche oder andere Weise Rache üben, so kann das nur zu neuem Unheil führen. Für die Beziehungen der Völker untereinander muß ein neuer Anfang gefunden werden . . ."

So klar und notwendig das Stuttgarter Schuldbekenntnis war, so bereitwillig unsere Landeskirche es damals auch aufgenommen hat – verstanden und wirklich akzeptiert wurde es nur von den wenigsten. Von allem Anfang an erhob der unbußfertige und uneinsichtige Stumpfsinn Protest, weil er rein gar nichts verstanden hatte und auch nicht verstehen wollte. Man sprach von Nestbeschmutzung oder erklärte, die Kirche, die dazu gar kein Recht habe, habe hier eine Kollektivschuld aller Deutschen postuliert, die man nur ablehnen könne. Die Kirche ist für dieses Schuldbekenntnis gründlich geschmäht worden. Das allein zeigt schon, wie weit unser Volk vom christlichen Glauben abgefallen ist. Doch das ist nicht Zufall. Hier liegt eine besondere Verantwortung der Kirche, die weithin schuldhaft versäumt worden ist. Im Jahre 1946 erklärte ein im Ruhestand lebender lippischer Superintendent, dieses Bekenntnis müsse man rundweg ablehnen, denn mit diesem „Klotz am Bein" komme Deutschland nie wieder auf die Höhe. Als ihm entgegengehalten wurde, es gehe genau umgekehrt darum, nicht nur einen Klotz am Bein, sondern einen Berg von Schuld loszuwerden, indem man seine Schuld zugebe und um Vergebung bitte, zeigte er sich völlig uneinsichtig. Das dürfte



Das Innere der Christuskirche (Chorraum) vor der Renovierung in den Jahren 1961/62. Die Kirche wurde, um mehr Helligkeit in das Kircheninnere zu bringen, mit einem neuen Anstrich versehen. Dabei verschwanden die dunklen Wand- und Gewölbemalereien; auch der mächtige Kronleuchter wurde entfernt.

nur ein Beispiel für viele sein: Bis in den Raum der Kirche hinein wurde das Schuldbekenntnis nicht verstanden und deshalb nicht akzeptiert. Es muß hier noch einmal betont werden, daß das Stuttgarter Schuldbekenntnis von Vertretern der Kirche an Vertreter ausländischer Kirchen gerichtet wurde und nicht von Politikern an Politiker. Es hätte dem deutschen Namen in der Welt gutgetan, wenn auch die Politiker damals ein wenig einsichtiger und nachdenklicher gewesen wären und nicht so pausbäckig über die Kirche zu Gericht gesessen hätten, wie es viele von ihnen taten. Doch später ist das noch oft ähnlich gegangen, etwa wenn die EKD ihre Denkschriften veröffentlichte, in denen weithin ganz hervorragende Hilfen geboten wurden, die aber entweder aus eilfertigem Unverstand oder auch aus anderen Gründen mißverstanden und mißdeutet wurden.

c) Der kirchliche Wiederaufbau in Lippe nach 1945

Die Anfang 1946 gewählte 18. Landessynode verabschiedete am 18. Juni 1946 ein „Wort an die Gemeinden". Darin wird zunächst das Stuttgarter Schuldbekenntnis zitiert und für die Lippische Landeskirche angenommen. Dann wird auf die Barmer theologische Erklärung vom 31. Mai 1934 eingegangen, von der einige Sätze abgedruckt werden, und danach heißt es: „Auf ihren Boden stellt sich auch die neugewählte Synode der Lippischen Landeskirche. Sie fordert die Gemeinden auf, ihr zu folgen in Buße und Glauben. Uns allen fällt es schwer, diesen Weg zu gehen. Unsagbares Leid ist seit Kriegsende über unser Volk, besonders über unsere Brüder im Osten dahingegangen. Millionen sind noch in Gefangenschaft, viele Familien in Ungewißheit über das Schicksal ihrer Angehörigen. Zahllose Männer und Frauen sind durch besondere Maßnahmen aus ihrer Bahn geworfen und sehen keine Zukunft mehr vor sich. Solches alles schafft Verbitterung, ja Verzweiflung. Dennoch müssen wir die Kraft finden, den Weg der Umkehr und des Glaubens zu gehen. Keiner verkenne die Größe des Augenblicks und der Verantwortung, die darin liegt, daß Gott uns noch einmal ganz von vorne anfangen läßt . . ." (Gesetz- und Verordnungsblatt Bd. 4, Nr. 11 v. 15.8.1946).

Leider zeigte sich nur zu bald, daß dieser Neuanfang „ganz von vorne" eine Illusion war. Gewiß, in den ersten Nachkriegsjahren waren an manchen Orten des Landes die Kirchen gut besucht. Allenthalben war ein Suchen und Fragen nach zuverlässigen Grundlagen spürbar. In Detmold entstand 1947 eine evangelische Studentengemeinde aus den Studierenden der Nordwestdeutschen Musikakademie und der Pädagogischen Akademie, die einige Jahre in den Räumen des früheren Lehrerseminars untergebracht war. Von dieser jungen Gemeinde, die nur nebenamtlich von einem Gemeindepfarrer betreut wurde, gingen damals erstaunliche Anregungen aus durch Vortragsabende und Wochenschlußandachten. Einige Auswirkungen davon sind bis heute wirksam.

Nachdem während des Krieges die gesamte kirchliche Presse vernichtet worden war, mußte nach 1945 auch auf diesem Gebiet ein neuer Anfang gemacht werden. Das war in zweierlei Hinsicht erschwert: Nach dem Kriege konnten weder Bücher und Broschüren noch Zeitungen und Zeitschriften veröffentlicht werden ohne die Genehmigung durch die Besatzungsmächte, in Lippe also durch die britischen Militärbehörden. Diese waren zwar – wollte man ihren Worten glauben – kirchenfreundlich eingestellt, hatten aber oft doch nur geringes Verständnis für die eigentlichen Aufgaben der Kirche. Dazu kam als zweite Schwierigkeit, daß auch nach dem Kriege eine große Papierknappheit herrschte. Auch über die Zuteilung von Papier für Bücher, Zeitungen und Zeitschriften verfügte zunächst allein die Besatzungsmacht.

Schon diese Hemmnisse machten es unmöglich, das alte „Reformierte Sonntagsblatt" für Lippe wieder ins Leben zu rufen. Anfang 1946 gelang es dann, für die Lippische Landeskirche Anteil zu bekommen an dem für Westfalen genehmigten Sonntagsblatt „Neue Kirche", das bald darauf seinen Namen in „Unsere Kirche" änderte. Dieses Blatt bekam einen eigenen lippischen Teil und war in den ersten Nachkriegsjahren in vielen Gemeinden weit verbreitet. Es wurde nachweislich gern gelesen und informierte sorgfältig über das Geschehen in der evangelischen Kirche Deutschlands und der Welt. Dann entstand ihm eine Konkurrenz in dem gratis verteilten Blatt „Unsere Gemeinde", das eine Art von erweitertem Gemeindebrief war. Es ist heute in vielen Gemeinden einge-

führt und hat weit mehr Leser als das umfangreichere Sonntagsblatt „Unsere Kirche". Gegen Ende der fünfziger Jahre gingen viele Pastoren dazu über, eigene Gemeindebriefe als Informationsblätter für die Gemeindeglieder herauszugeben. Diese Art der Kommunikation hat sich im Laufe der Zeit mehr und mehr gefestigt und bewährt. Die Aufmachung ist von Gemeinde zu Gemeinde verschieden. Nur „Unsere Gemeinde" ist für die ganze Landeskirche einheitlich gestaltet, bis auf den Teil, der der einzelnen Gemeinde vorbehalten ist.

Auch sonst geschah – besonders in den ersten Jahrzehnten nach dem Kriege – ein guter Dienst mit dem gedruckten Wort, etwa durch Verteilung von Kleinschrifttum und den Vertrieb von christlichen Kalendern. Die Bildungsarbeit der Kirche wurde kräftig gefördert durch regelmäßige Vortragsveranstaltungen des Männerwerks und der Frauenhilfe. Auch heute noch ist die Bildungsarbeit der Kirche an Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen von großer Bedeutung. In den Kindergruppen etwa der Jungen- und Mädchenjungscharen der Jugendverbände (CVJM, EC, Mädchenwerk, Pfadfinderschaft) und der Gemeinden, in den verschiedenen Jugendgruppen und vor allem durch die Ferienfahrten geschieht Beachtliches für die Erweiterung des Horizontes im allgemeinen, für die Vertiefung biblischer Erkenntnis und für die Förderung der Lebenstüchtigkeit. Frauenhilfe und Männerwerk haben schon seit Jahrzehnten in Abendveranstaltungen, Seminaren und Vortragsreihen eine systematische Erwachsenenbildung getrieben. Diese Arbeit ist neuerdings übernommen und koordiniert worden durch die Evangelische Erwachsenenbildungs-Arbeitsgemeinschaft. Daneben betreibt allerdings die Frauenhilfe noch eine eigene intensive Bildungsarbeit durch zahlreiche Vorträge und Tagungen: Die Evangelische Familienbildungsstätte hat für die Bildungsarbeit der Kirche eine besondere Bedeutung.

d) Kirche und Schule nach 1945

Im ganzen vorigen Jahrhundert und bis zum Ende des Ersten Weltkrieges hatte die Kirche die Gewalt über die Volksschulen im Lande. Oben ist gezeigt worden, wie schwer es den leitenden Männern der Kirche fiel, in der Zeit der Weimarer Republik auf ihre gewohnte Machtausübung zu verzichten. Diese restriktive Haltung hatte im Laufe der Zeit das Verhältnis von Lehrern und Pastoren regelrecht vergiftet. Während des „Dritten Reiches" standen dann die Lehrer wehrlos unter dem Druck der braunen Diktatur. Es war von Fall zu Fall natürlich verschieden, ob sie sich diesem Druck willig beugten, ihn womöglich noch für ihren Einflußbereich verstärkten, ob sie zwar äußerlich mitmachten, heimlich aber widerstanden, soweit das unter den obwaltenden Umständen möglich war oder ob sie offen in Opposition standen. Wer letzteres wagte, mußte in der Regel auf den Dienst in der Schule verzichten. Nur in seltenen Einzelfällen blieben erklärte Gegner des Hitlerregimes auch nach 1933 noch im Schuldienst oder wurden im Lauf der Zeit wieder zugelassen (Dr. Klingler, Sprenger, Dr. Copei u.a.).

In dieser Zeit der zunehmenden kulturellen Barbarei fanden sich nun die Gegner aus den Jahren des überflüssigen und sinnlosen „Schulkampfes" zusammen. Unter dem maßgeblichen Einfluß von Dr. Klingler lernten etwa Hans Sprenger und Hermann van Senden nun einander wirklich kennen und verstehen. Das trug dann seine segensreichen Früchte unmittelbar nach Kriegsende. Für das kleine Lippe war es ein besonderer Glücksfall, daß der Gründer und Leiter des Katechetischen Amtes der Bekennenden Kirche, Dr. Oskar Hammelsbeck, der von Berlin vertrieben war, nun in Lippe aufgenommen wurde. Er hatte ein klares kulturpolitisches Konzept und war von allem Anfang an bemüht, die alten Gegensätze zwischen Pastoren und Lehrern nicht erneut aufkommen zu lassen. Nach der Verwüstung, die der Nationalsozialismus auch auf dem Schulsektor angerichtet hatte, war es verständlich, daß nun nicht nur die katholische Kirche, sondern auch weite evangelische Kreise nach Bekenntnisschulen verlangten. Während die Landeskirchen von Rheinland und Westfalen parallel zu der katholischen Kirche ihre evangelischen Bekenntnisschulen forderten und bekamen, lehnte die kleine Lippische Landeskirche diese Schulform ausdrücklich ab und forderte die christliche Gemeinschaftsschule. Das kostete einige Kämpfe, wurde aber doch durchgesetzt, und als dann Lippe in Nordrhein-Westfalen aufging, wurde diese Beson-

derheit in den berühmten „Punktationen" für das ehemalige Land Lippe ausdrücklich festgeschrieben. Für Lehrer und Pastoren wurden jetzt Arbeitsgemeinschaften auf Gemeinde- und Landesebene eingerichtet, wobei den Lehrern durch die Pastoren das theologische Rüstzeug für den Religionsunterricht an die Hand gegeben werden sollte, während man das Didaktische den Lehrern überließ, die ja davon mehr verstehen als die Pastoren. Die Lippische Landeskirche schuf das Amt eines Schulreferenten, der für diese Arbeit eingesetzt wurde und zugleich für die Verhandlungen mit Schulämtern und Regierungsstellen in Sachen Religionsunterricht zuständig war. Ihm stand eine Schulkammer zur Seite, deren erster Vorsitzender Hermann van Senden war. Diese Wendung zu einem neuen Zusammenleben und -arbeiten mit den Lehrern ist für Pastoren und Lehrer, für Kirche und Schule von großem Wert gewesen und ist es wohl bis heute.

Es ist festzuhalten, daß durch eine juristisch bestimmte Schulform (Gemeinschaftsschule oder Bekenntnisschule) noch nicht viel ausgemacht ist über den Geist einer Schule. Dieser hängt ab von der Einstellung der Lehrkräfte und – was vielfach übersehen wird – von der Mitarbeit der Eltern. Ohne Zweifel ist es sinnvoller und segensreicher, wenn die Lehrkräfte die Erfahrung machen, daß die Kirche bemüht ist, sie für die stets schwierige Aufgabe des Religionsunterrichts zu fördern und zu stärken, als wenn umgekehrt die Kirche versucht, die gesamte Schule unter ihren Machteinfluß zu bekommen. Das Programm von Oskar Hammelsbeck, wie es in Lippe praktiziert wurde und wird, heißt kurz: „Kirche für die Schule!" Dabei kommt nun freilich alles darauf an, daß es zu einer wirklichen freien und vertrauensvollen Zusammenarbeit kommt. Wo diese fehlt, ist das ganze, an sich so vorzügliche Konzept sinnlos.

In den ersten Nachkriegsjahren wurde die Bezeichnung „Religionsunterricht" bewußt vermieden. Statt dessen sprach man von „Evangelischer Unterweisung". Dadurch sollte die biblische Ausrichtung bezeichnet werden. Auch dieser Unterricht steht selbstverständlich in allen öffentlichen Schulen unter der Aufsicht des Staates. Deshalb schufen die drei Landeskirchen in Nordrhein-Westfalen eine „Ordnung für die kirchliche Bevollmächtigung zur Erteilung Evangelischer Unterweisung". Diese gemeinsam festgelegte Ordnung wurde von der lippischen Kirchenleitung am 10. November 1951 unterzeichnet. Sie bestimmte, daß für diese Tätigkeit der Nachweis der Ausbildung und Eignung zu erbringen sei. Daraufhin erteilte dann die Kirchenleitung die sogenannte Vokation. Für die Lehrkräfte, die während ihres Studiums diese Qualifikation nicht erworben hatten, wurden durch die Landeskirche Freizeiten eingerichtet, die dann mit der Vokation endeten.

Sonstige Ordnungsfragen

Nach dem staatlichen Zusammenbruch von 1945 mußte auch in der Kirche manches neu geordnet werden. Zur Konsolidierung der Gemeinden schuf die Landessynode gleich 1946 eine neue „Wahlordnung für die Kirchenvorstände der Lippischen Landeskirche vom 18. Juli 1946". Dieses Gesetz mit seinen Ausführungsbestimmungen vom 10. September 1946 (Gesetz-und Verordnungsblatt Bd. 4, Nr. 11 u. 12) war der Versuch, bei zukünftigen Kirchenwahlen (diese hatten seit 1933 nicht mehr stattgefunden, in den Kirchenvorständen entstandene Lücken waren durch Ersatzwahlen ausgefüllt worden) zu verhindern, daß ungeeignete Männer (Frauen waren noch ausgeschlossen) in die Leitungsgremien der Gemeinden kommen könnten. Es erwies sich aber sehr bald, daß man in dem Bemühen um Sicherung einer „reinen" Kirche des Guten zuviel getan hatte. Das Wahlverfahren war von monströser Umständlichkeit und ist längst wieder vereinfacht worden. Gesundes Leben in den Gemeinden läßt sich nun einmal nicht durch noch so ausgeklügelte Paragraphen sichern. Es hat andere Wurzeln.

Nachdem sich die neue EKD durch ihre Synode in Eisenach am 13. Juli 1948 ihre Grundordnung gegeben hatte, wurde diese durch Synodalbeschluß vom 17. August 1948 auch für die Lippische Landeskirche angenommen. Seither ist diese eine Gliedkirche der EKD.

Das Kirchensteuerwesen mußte im Einvernehmen mit den Finanzämtern und sonstigen staatlichen Stellen neu geordnet und mehrfach verbessert werden. Ebenso das gesamte innerkirchliche Finanzwesen.

Weit wichtiger als diese mehr äußeren Dinge waren einige neue Beschlüsse, die das innere Leben der Kir-



Die Kirche in Bergkirchen bei Bad Salzuflen, die in der Mitte des 19. Jahrhunderts im Stil eines Fachwerkhauses erbaut wurde. Sie erhielt erst an der Jahrhundertwende den massiven Kirchturm. Bergkirchen war im Jahre 1850 als vierte lutherische Gemeinde in Lippe gegründet worden. Ihre Entstehung verdankte die Kirche der „Neuen Evangelischen Gemeinde zu Eikhof", die sich – namentlich in Abgrenzung zur Aufklärungstheologie – zu der reinen Lehre nach den Grundsätzen des Reformators Martin Luther bekannte.

che und ihrer Gemeinden betrafen, z. B. die „Seelsorgeordnung für die dienende Gemeinde in der Lippischen Landeskirche" vom 10. Mai 1954 und das „Kirchengesetz zur Ordnung des nebenberuflichen Dienstes der Wortverkündigung in den Gemeinden" vom 10. März 1954. Darin wird bestimmt, daß geeignete Gemeindeglieder auch ohne Theologiestudium an der öffentlichen Verkündigung beteiligt werden können. Diese Einrichtung hat sich im allgemeinen bewährt (Gesetz- und Verordnungsblatt Bd. 4, Nr. 25).

Von besonderer Bedeutung ist die sogenannte „Lebensordnung", die in dem Kirchengesetz vom 23. November 1954 niedergelegt wurde. Sie ist der Versuch, das gesamte kirchliche Leben (Gottesdienst, Sakramentsverwaltung, Kasualien) sinnvoll zu ordnen.

Das wichtigste Gesetzeswerk der letzten Jahrzehnte dürfte das „Kirchengesetz vom 18. März 1957 über die Ordnung der reformierten und lutherischen Kirchengemeinden der Lippischen Landeskirche" sein. Es ist mit seinen 137 Artikeln umfangreicher als die Verfassung der Lippischen Landeskirche mit ihren 76 Paragraphen. Dieses Gesetz regelt das gesamte Leben der Kirchengemeinden, die Dienste der Pastoren, Kirchenältesten und anderen Amts- und Dienstträger. Doch auch ein solches Gemeindeverfassungsgesetz kann nur Richtlinien festlegen. Wo diese befolgt werden, können sie hilfreich sein. Entscheidend ist aber in jedem Fall die persönliche Einstel-

lung der Gemeindeglieder und aller Mitarbeiter in der Gemeinde.
Im Jahre 1957 wurde die evangelische Militärseelsorge durch einen Vertrag zwischen der EKD und der Bundesrepublik Deutschland geregelt. Diesem Vertrag trat die Lippische Landeskirche durch Beschluß des Landeskirchenrates vom 9. Juli 1957 bei. Er war für Lippe deshalb von Bedeutung, weil es in der großen lippischen Garnison Augustdorf eine evangelische Militärkirche mit zunächst zwei Pfarrstellen gab. Heute gibt es dort nur noch eine evangelische Militärpfarrstelle.
Eine besondere Bedeutung für die Landeskirche hat der Staatskirchenvertrag mit dem Lande Nordrhein-Westfalen, der 1958 abgeschlossen wurde. Er löste ältere Abmachungen mit dem Lande Lippe ab und regelt das Verhältnis von Staat und Kirche „auf freundschaftliche Weise". Durch diesen Vertrag werden die gegenseitigen Beziehungen auf eine feste Grundlage gestellt. Neu ist dabei u.a., daß nunmehr der Lippischen Landeskirche ein Mitspracherecht bei der Besetzung von zwei reformierten Lehrstühlen in der Theologischen Fakultät der Universität Münster zugebilligt wurde. Aus Anlaß des neuen Hochschulrahmengesetzes wurde der Staatskirchenvertrag 1984 überarbeitet und den neuen Verhältnissen angepaßt.

Diakonische Aufgaben und ihre Neuordnung

Bezeichnenderweise waren die auch in Lippe zahlreichen Einrichtungen der christlichen Liebestätigkeit, die unter dem Sammelnamen „Innere Mission" zusammengefaßt werden, früher Sache von Einzelpersonen und freien Vereinigungen. Die Kirche selbst hielt sich weitgehend zurück, war mit ihrer staatlich bestimmten Bürokratie auch zu schwerfällig, um wirkungsvoll tätig werden zu können. Die früher sogenannten „erweckten Kreise" betrieben ihre Vereine und Anstalten in freier Trägerschaft. Im Laufe der Zeit empfand man aber das Bedürfnis zu engerer Zusammenarbeit und besserer Abstimmung. Das führte in Lippe 1908 zur Gründung des „Landesverbandes für die Innere Mission". Ähnliche Zusammenschlüsse gab es bereits in anderen Teilen Deutschlands. Diesem Verband schlossen sich im Laufe der Zeit alle Einrichtungen der Inneren Mission in Lippe an. Die-



Landessuperintendent Udo Smidt (1958-1970). Er wurde am 1. 7. 1900 in Groothusen (Ostfriesland) als Sohn eines Pfarrers geboren. Nach seinem Theologiestudium amtierte Smidt von 1925–1930 als Pfarrer der evangelisch-reformierten Gemeinde Rysum (Ostfriesland). Smidt wurde am 1. 5. 1930 Reichswart der Schülerbibelkreise in Wuppertal-Barmen, ein Amt, das er bis zur Zwangsauflösung der evangelischen Jugendarbeit (September 1934) bekleidete. Danach setzte Smidt seine Gemeindearbeit als Pfarrer in Bremerhaven-Lehe fort; 1946 wurde er hier zum Superintendenten ernannt. 1951 erfolgte seine Ernennung zum Studiendirektor am Predigerseminar in Elberfeld, zugleich wurde er Pfarrer der Gemeinde Elberfeld. Am 15. 4. 1958 wurde Smidt als Landessuperintendent in den Dienst der Lippischen Landeskirche berufen. In Würdigung seiner Verdienste um die evangelische Jugendarbeit und als Lehrer der Kirche bei der Ausbildung junger Theologen wurde Smidt am 30. 4. 1961 von der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Münster die theologische Ehrendoktorwürde verliehen.
Über seine leitenden Funktionen innerhalb der Lippischen Landeskirche hinaus war Smidt stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Deutschland, Mitglied des Kuratoriums des Predigerseminars in Elberfeld sowie Mitglied im Moderamen des Reformierten Bundes. Smidt schied am 1. 10. 1970 aus Altersgründen aus dem Amt. Er starb am 18. 4. 1978 in Detmold.

se gesamten deutschen Landesverbände bzw. -vereine wurden zusammengefaßt im „Central-Ausschuß für Innere Mission" in Berlin. Dieser bekam eine besondere Bedeutung, als im „Dritten Reich" die Innere Mission gleichgeschaltet werden sollte, was nie gelungen ist. Nur einzelne Anstalten fielen dieser Aktion zum Opfer. Im übrigen aber waren manche Häuser der Inneren Mission – wie ganz besonders das Detmolder Diakonissenhaus – während der gefährlichen Zeit der Verfolgung Zufluchtsstätten für Bedrohte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg entstand dann – wie oben geschildert – neben der Inneren Mission das Evangelische Hilfswerk. Es hat viel Not lindern und bei der Zusammenführung von Familien helfen können. Im November 1965 wurden dann durch Synodalbeschluß die Innere Mission und das Hilfswerk zu dem „Diakonischen Werk der Lippischen Landeskirche" zusammengeschlossen und als neue Einrichtung in das Vereinsregister eingetragen (Gesetz- und Verordnungsblatt Bd. 5 Nr. 26). Dieses Diakonische Werk hat eine eigene Geschäftsstelle, von der aus alle Aufgaben auf diakonischem und fürsorglichem Gebiet koordiniert werden. Diese unter sachkundiger Leitung stehende Einrichtung ist sowohl für die Zusammenarbeit der innerkirchlichen Einrichtungen wie auch für die ständigen Verhandlungen mit den staatlichen Wohlfahrts- und Fürsorgestellen, aber auch mit Ministerien und kommunalen Verwaltungen unentbehrlich.

Die Mitarbeit der Frauen in der Lippischen Landeskirche

Dieses ist ein etwas peinliches Kapitel und kein Ruhmesblatt in der Geschichte unserer Landeskirche. Wer sich darüber eingehend informieren will, sei auf den Aufsatz in „Heimatland Lippe" vom Februar 1984 (77. Jg. Nr. 2) hingewiesen: „Das Weib schweige in der Gemeinde." Hier nur eine kurze Zusammenfassung: Bis zum Ersten Weltkrieg hatten die Frauen in Staat und Kirche weder das aktive noch das passive Wahlrecht. Das änderte sich im Jahre 1919: Die Weimarer Verfassung gab den Frauen sowohl das aktive wie das passive Wahlrecht. Sie durften nun also wählen und gewählt werden. Die Kirche konnte ihnen zwar das aktive Wahlrecht auch nicht länger verweigern. Sie ließ nun also die Frauen auch wählen. Aber gewählt werden durften sie noch lange nicht. Man ließ sie zwar in den gemeindlichen Frauenbeiräten in allen diakonischen Aufgaben mitarbeiten, schloß sie aber von der verantwortlichen Mitarbeit im Kirchenvorstand, in den Klassentagen und der Synode weiterhin aus. Erst etwa zehn Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges wurde den Frauen die Mitgliedschaft in Kirchenvorstand, Klassentag, Landessynode und Landeskirchenrat eingeräumt. Sie wurde auch sofort wahrgenommen und hat sich erfreulich gut bewährt.

Ausgesprochen unerfreulich war die Behandlung der jungen Theologinnen in der Lippischen Landeskirche. Wenn sie ihr Studium beendet und beide theologischen Prüfungen erfolgreich abgelegt hatten, so konnten sie allenfalls im Religionsunterricht der Schulen oder in der Frauen- und Mädchenarbeit Verwendung finden. Ordiniert wurden sie zunächst nicht, und im Falle ihrer Verheiratung verloren sie in der Regel ihre Stelle. Nach einem recht halbherzigen Gesetz über die Vorbildung und Anstellungsfähigkeit der Pastorinnen in der Lippischen Landeskirche vom 24. November 1960 entschloß sich die Landessynode endlich am 15. Juni 1971 zur völligen Gleichstellung der Theologinnen mit ihren männlichen Kollegen.

Oekumene, Mission und Kirchlicher Entwicklungsdienst

In den letzten Jahrzehnten sind die Evangelischen Kirchen immer mehr zusammengerückt und haben sich um die Überwindung früherer Trennungen und Gegensätze bemüht. Das deutlichste Zeichen dieser Bewegung ist die sogenannte Leuenburger Konkordie, „Konkordie reformatorischer Kirchen in Europa" vom 16. März 1973, der die Lippische Landessynode am 5.6.1973 ausdrücklich zugestimmt hat. Im Vorspruch zu dieser Konkordie heißt es:

„1. Die dieser Konkordie zustimmenden lutherischen, reformierten und aus ihnen hervorgegangenen unierten Kirchen sowie die ihnen verwandten vorreformatorischen Kirchen der Waldenser und der Böhmischen Brüder stellen aufgrund ihrer Lehrgespräche unter sich das gemeinsame Verständnis des Evangeliums fest, wie es nachstehend ausgeführt

wird. Dieses ermöglicht ihnen, Kirchengemeinschaft zu erklären und zu verwirklichen. Dankbar dafür, daß sie näher zueinander geführt worden sind, bekennen sie zugleich, daß das Ringen um Wahrheit und Einheit in der Kirche auch mit Schuld und Leid verbunden war und ist. 2. Die Kirche ist allein auf Jesus Christus gegründet, der sie durch die Zuwendung seines Heils in der Verkündigung und in den Sakramenten sammelt und sendet. Nach reformatorischer Einsicht ist darum zur wahren Einheit der Kirche die Übereinstimmung in der rechten Lehre des Evangeliums und in der rechten Verwaltung der Sakramente notwendig und ausreichend. Von diesen reformatorischen Kriterien leiten die beteiligten Kirchen ihr Verständnis von Kirchengemeinschaften her, das im folgenden dargelegt wird."
In Punkt 28 der Konkordie wird festgestellt: „Zwischen unseren Kirchen bestehen beträchtliche Unterschiede in der Gestaltung des Gottesdienstes, in den Ausprägungen der Frömmigkeit und in den kirchlichen Ordnungen. Diese Unterschiede werden in den Gemeinden oft stärker empfunden als die überkommenen Lehrgegensätze. Dennoch vermögen wir nach dem Neuen Testament und den reformatorischen Kriterien der Kirchengemeinschaft in diesen Unterschieden keine kirchentrennenden Faktoren zu erblicken."
Punkt 29 lautet: „Kirchengemeinschaft im Sinne dieser Konkordie bedeutet, daß Kirchen verschiedenen Bekenntnisstandes aufgrund der gewonnenen Übereinstimmung im Verständnis des Evangeliums einander Gemeinschaft an Wort und Sakrament gewähren und eine möglichst große Gemeinsamkeit in Zeugnis und Dienst an der Welt erstreben."
Aus diesen Erkenntnissen sind von der Leitung und den Gemeinden der Lippischen Landeskirche alsbald praktische Konsequenzen gezogen worden.
Zwischenkirchliche Kontakte werden auf allen Ebenen in vielfältiger Weise gepflegt: Die Lippische Landeskirche und die reformierten Gemeinden gehören dem Reformierten Bund für Deutschland an und sind so zugleich Mitglied des Reformierten Weltbundes. Die Lutherische Klasse pflegt ein Gastverhältnis zur Vereinigten-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) und gehört zum Lutherischen Weltbund. Ferner besteht für die ganze Landeskirche eine feste Verbindung zum Oekumenischen Rat der Kirchen in Genf. An den Weltkirchenkonferenzen von Neu Delhi nahm 1961 Landessuperintendent D. Udo Smidt, an der von Vancouver 1983 Landessuperintendent Dr. Haarbeck teil.
Zu den evangelischen Kirchen der DDR und anderer Länder des Ostblocks bestehen partnerschaftliche Beziehungen sowohl auf landeskirchlicher Ebene wie auch von Gemeinde zu Gemeinde, ebenso zu überseeischen Kirchen. So pflegt z. B. die Lippische Landeskirche besondere Patenverhältnisse zu einigen Missionskirchen in Afrika, Indien und Indonesien. Die Lippische Bibelgesellschaft sorgt für die Verteilung von Bibeln und Bibelteilen in zahlreichen nichtchristlichen Gebieten der sogenannten „Dritten Welt". Der Kirchliche Entwicklungsdienst fördert zahlreiche Projekte in verschiedenen Entwicklungsländern.
Das Verhältnis zur Katholischen Kirche, das früher zeitweise recht gespannt war,hat sich in den letzten Jahren immer mehr gebessert: Es finden von Zeit zu Zeit gemeinsame Pfarrkonferenzen statt, an den Synodaltagungen nimmt regelmäßig der Dechant des Dekanats Lippe als Gast teil, in einzelnen Gemeinden gibt es evangelisch-katholische Arbeitskreise. Die Zahl der sogenannten „oekumenischen Trauungen" konfessionsverschiedener Ehen, bei denen jeweils Pfarrer aus beiden Konfessionen zusammenwirken, hat zugenommen. Neuerdings gibt es eine offizielle „Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen" (ACK), in der Vertreter der Landeskirche, des katholischen Dekanats und der verschiedenen Freikirchen zusammenwirken. Alle diese Aktivitäten sind ein gutes Zeichen für das Zusammenrücken der Christen aus den verschiedenen Lagern, was in unserer Zeit unerläßlich sein dürfte.

Kirche und Öffentlichkeit

1. Es muß dankbar vermerkt werden, daß sowohl die Regierungs- und Verwaltungsstellen als auch die politischen Parteien und die Tagespresse immer bemüht waren um ein gutes, einvernehmliches Verhältnis zur Kirche. Das findet z. B. seinen Niederschlag in der Beteiligung maßgeblicher Vertreter von Regierung und Verwaltung an wichtigen kirchlichen Ereignissen wie Synodaltagungen und dergleichen



Die Erlöserkirche in Detmold mit Rathaus und Wochenmarkt. Tempera von Robert Kämmerer-Rohrig aus dem Jahre 1962. Im Besitz der Lippischen Landeskirche.
Die Stadtkirche diente bis 1908 der gesamten Detmolder Gemeinde. Die Kirche war ursprünglich dem hl. Vitus, dem Schutzpatron des Klosters Corvey, geweiht. Ihre erste urkundliche Erwähnung datiert in die erste Hälfte des 11. Jahrhunderts. In der Soester Fehde (1447) wurde die Kirche bis auf die Umfassungsmauern zerstört. Nach dem Wiederaufbau wurde die Kirche im Jahre 1557 durch eine inmitten der Stadt wütende Feuersbrunst, bei der 70 Häuser in Flammen aufgingen, erneut erheblich zerstört. 1565 wurde der Turm, wie die noch sichtbare Jahreszahl über der Tür anzeigt, neu erbaut. Der noch heute benutzte Taufstein kam 1579 in die Kirche. Zwischen 1629 und 1864 diente die Sakristei den verstorbenen Angehörigen des Grafen- und Fürstenhauses als Gruft. 1820 wurde die Fürstin Pauline hier beigesetzt. Ihr Sarkophag wurde zusammen mit anderen bei der im Jahre 1908 vorgenommenen Renovierung der Kirche in das Mausoleum am Büchenberg überführt.
In dieser alten Stadtkirche predigten seit der Reformation die Generalsuperintendenten, die in dieser Kirche bis zum Jahre 1780 – von einigen Ausnahmen abgesehen – unter der Kanzel und auf dem Chor auch ihre letzte Ruhestätte fanden. Der letzte Generalsuperintendent, der in dieser Kirche beigesetzt wurde, war Christoph Philipp Erb-Brockhausen (1762–1770), gestorben am 12. Mai 1770. Sein Amtsnachfolger Ferdinand Stosch gab die Anweisung, daß keine Leichen mehr in der Kirche beigesetzt werden sollten. – Anläßlich der am 1. Januar 1947 erfolgten Neueinteilung der Detmolder reformierten Gemeinden und der Gründung der Gemeinde Detmold-Ost, die diese Kirche zugewiesen erhielt, wurde die Kirche am Markt der Name „Erlöserkirche" gegeben.



Dr. Fritz Viering, von 1970 bis 1979 Landessuperintendent der Lippischen Landeskirche. Er wurde am 3. 11. 1910 in Dortmund als Sohn eines Kaufmanns geboren. Seine erste theologische Prüfung legte Viering 1935 in Barmen vor der Prüfungskommission der Bekennenden Kirche des Rheinlands ab. 1938 promovierte Viering an der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Tübingen mit dem Thema „Evangelische und katholische Schriftauslegung als Frage nach dem Verhältnis von Christus und Kirche" zum Dr. theol. Nach kurzer pfarramtlicher Tätigkeit war Viering von 1941–1945 zum Heeresdienst eingezogen. Von 1947–1962 amtierte Viering als Superintendent in Hamm. 1957 hatte sich Viering im Fach Systematische Theologie an der Universität Münster mit der Arbeit „Christus und die Kirche in römisch-katholischer Sicht" habilitiert. Von 1960–1962 war Viering Mitglied der Westfälischen Kirchenleitung, von 1962 bis zu seiner Berufung nach Lippe Oberkonsistorialrat in der Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche der Union in Berlin (West). Dr. Fritz Viering starb am 13. Juli 1984 in Detmold.

und in den Presseberichten über das kirchliche Leben.

2. In regelmäßigen Abständen werden in „Haus Stapelage" Zusammenkünfte durchgeführt zwischen Vertretern der Kirche und der Gewerkschaft, der Unternehmerschaft und des Handwerks. Dabei werden alle Fragen aus der Arbeitswelt und dem Wirtschaftsleben freimütig erörtert. Ein verheißungsvoller Anfang scheint die Hilfe für Arbeitslose zu sein, die in der Entwicklung begriffen ist. Wie mit den anderen Wirtschaftszweigen, so pflegt die Landeskirche auch zur Landwirtschaft intensive Kontakte, und zwar durch einen eigens dafür eingerichteten Bauernausschuß, durch die Landjugendarbeit und den jährlichen Bauerntag.

3. Daß die Kirche nicht in einem Winkel, sondern mitten in der Welt lebt, wird immer wieder auch daran erkennbar, daß ihre Gemeinden und Synoden zu den brennenden Fragen der Zeit Stellung nehmen. So erging z. B. am 14. Februar 1955 eine Rundverfügung der Kirchenleitung an die Pfarrer mit einer „Erklärung der Lippischen Landessynode zu politischen Fragen der Gegenwart". Darin wurde u.a. Stellung genommen zum politischen Handeln, zur Frage der Wiederaufrüstung und zur Wiedervereinigung unseres Volkes. Eine wichtige Rolle spielte 1957 das Kirchengesetz zur Regelung der evangelischen Militärseelsorge, das natürlich manche Debatte auslöste. Für die Beratung der Wehrdienstverweigerer gibt es einige sachkundige Beauftragte der Landeskirche. Neuerdings ist die Frage der Friedenssicherung auch in Lippe ein Thema, um das heiß gerungen wird, und zwar auf allen Ebenen, von der Landessynode bis in die kleinsten Gemeindekreise. Bei all diesen Aktivitäten der Kirche, ihrer Pfarrer, Lehrer, Ältesten und Synoden handelt es sich nicht um geistliche Anmaßung von kenntnislosen Nichtfachleuten, sondern um die Wahrnehmung der öffentlichen Verantwortung, die der Kirche durch Bibel und Bekenntnis aufgetragen ist.

Der gegenwärtige Stand der Lippischen Landeskirche

Zur Zeit gibt es in der Lippischen Landeskirche 91 reformierte und 21 lutherische Gemeindepfarrstellen. Dazu kommen folgende Pfarrstellen mit Sonderstatus:

- Landespfarramt für das Diakonische Werk
- Pfarrstelle des Schulreferates der Lippischen Landeskirche
- Pfarrstelle der Zentrale für Evangelische Jugendarbeit
- Pfarrstelle des Lippischen Landesverbandes Evangelischer Frauenhilfen
- 2 Pfarrstellen im Evangelischen Diakonissenhaus Detmold
- 1 Pfarrstelle in der evangelischen Militärkirchengemeinde Augustdorf
- je 1 Krankenhauspfarrstelle in Detmold u. Lemgo
- 5 Pfarrstellen zur Erteilung des Evangelischen Religionsunterrichtes an öffentlichen Schulen
- 1 Studentenpfarrstelle
- 1 Pfarrstelle für Familien- und Lebensfragen und Pastoralpsychologischen Dienst
- 1 Pfarrstelle für die Evangelische Erwachsenenbildungsarbeitsgemeinschaft (Erwachsenenbildung, Männerwerk, Volksmission).

Für den evangelischen Religionsunterricht an Berufsbildenden Schulen in Detmold und Lemgo sind drei hauptamtliche Katecheten eingesetzt.

In den drei Jahrzehnten von 1953 bis 1983 wurden etwa 50 Pfarrstellen neu gegründet.

Infolge der Bevölkerungsverschiebung durch Flucht und Vertreibung aus Mitteldeutschland und den Ostgebieten hat die Zahl der unierten und lutherischen Gemeindeglieder in Lippe stark zugenommen. Das hat sich auf die Vermehrung der lutherischen Gemeinden ausgewirkt. Es brachte ferner mit sich, daß die früher nebenamtlich verwaltete Stelle des lutherischen Mitgliedes im Landeskirchenrat in eine hauptamtliche umgewandelt wurde, und zwar mit Wirkung vom 1. Januar 1971. Der lutherische Kirchenrat wird jeweils für 8 Jahre von der Landessynode gewählt. Hinsichtlich der konfessionellen Verhältnisse ist die Lippische Landeskirche eine Verwaltungsunion. Das Verhältnis zwischen den beiden evangelischen Teilkonfessionen muß als durchaus gut bezeichnet werden. Für das Zusammenleben von Lutheranern und Reformierten ist ein Synodalbeschluß vom 23. November 1970 „über die Feststellung der Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft" von besonderer Bedeutung:



Dr. Ako Haarbeck, seit dem 1. 2. 1980 Landessuperintendent der Lippischen Landeskirche. Er wurde am 20. 1. 1932 in Hoerstgen (Kreis Moers) als Sohn eines Pfarrers geboren. 1959 promovierte Haarbeck an der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Göttingen bei den Professoren Weber und Doerne mit dem Thema „Erweckliche Predigt, dargestellt an Ludwig Hofacker" zum Dr. theol. Es folgten die erste und zweite theologische Prüfung und pfarramtliche Tätigkeiten in Elberfeld, Duisburg-Hamborn, Neuwied und Düsseldorf. Von 1969 bis zu seiner Berufung nach Lippe war Dr. Haarbeck Pfarrer in Nordhorn.

„1. Die Landessynode hält die Thesen zur Kirchengemeinschaft, welche die Kommission Luth.-Ref. Gespräch am 4. Mai 1970 beschlossen hat, für eine ausreichende Grundlage, um zwischen lutherischen, reformierten und unierten Kirchen und Gemeinden Kirchengemeinschaft herzustellen.

2. Nachdem alle Klassentage der Lippischen Landeskirche einstimmig diesen Thesen zur Kirchenge-



Das Lippische Landeskirchenamt in Detmold, Leopoldstraße 27, seit 1961 Sitz der Lippischen Landeskirche.

meinschaft zugestimmt haben, bestätigt die Landessynode die Beschlüsse der 6 Klassentage und stellt fest, daß im Bereich der Lippischen Landeskirche zwischen reformierten und lutherischen Gemeinden Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft besteht . . ." Nach einer Statistik von Oktober 1982 zählt die Lippische Landeskirche zur Zeit 254 000 Gemeindeglieder, 1000 Kirchenälteste, 130 Pfarrer, 15 Prediger (Laienprediger), 480 Mitarbeiter im Kindergottesdienst, 820 haupt- und nebenberufliche Mitarbeiter, darunter 80 Küster, 10 Diakone, 165 Organisten und Chorleiter, 258 Kirchenchöre und Posaunenchöre, 1300 ständige Gemeindekreise mit 14 300 Teilnehmern. Jährlich finden statt: 5600 Sonntagsgottesdienste, 40 Schul- und Schülergottesdienste, 180 Werktagsgottesdienste, 3900 Kindergottesdienste, 2200 Taufen, 4000 Konfirmationen, 800 Trauungen, 3200 Bestattungen, 900 Abendmahlsfeiern mit mehr als 75 500 Teilnehmern. An diakonischen Einrichtungen gibt es in der Lippischen Landeskirche 47 evangelische Kindergärten, 8 evangelische Altenheime, 8 Diakoniestationen und 14 Gemeindepflegestationen.

Zum Schluß sei noch vermerkt, daß die Landeskirche – durch die Zeitverhältnisse bedingt – genötigt war, nach dem Zweiten Weltkrieg eine ungewöhnlich rege Bautätigkeit zu entfalten. Hier sind an erster Stelle die Neubauten bzw. Renovierungen von Kirchen, Pfarr- und Gemeindehäusern zu nennen. Das Landeskirchenamt bekam in einem Neubau in der Leopoldstraße eine eigene Bleibe. Diese wurde 1982 ergänzt durch ein besonderes Gebäude für die Theologische Bibliothek und das Archiv der Lippischen Landeskirche. Für die Zentrale für Evangelische Jugendarbeit und für die Beratungsstelle für Familien- und Lebensfragen und die Pastoralpsychologischen Dienste wurden in der Lortzingstraße Nr. 4 und Nr. 6 zwei Häuser erworben und zweckdienlich umgebaut. Die früher zu Wohnzwecken genutzte alte Generalsuperintendentur in der Bruchstraße Nr. 2 ist neuerdings weithin dienstlichen Zwecken zugeführt worden: Eine Teestube und die Dienststelle für Evangelische Erwachsenenbildung fanden dort Unterkunft.

Für den Landesverband der Evangelischen Frauen-



Die Christuskirche in Lockhausen-Ahmsen, eingeweiht im Juli 1965. In dieser „für ländliche Verhältnisse ungemein ‚modernen' evangelischen Kirche" (Freie Presse vom 15. 7. 1965) hält sowohl die reformierte als auch die lutherische Kirchengemeinde ihre Gottesdienste ab. Die Kirchengemeinde Lockhausen-Ahmsen war am 1. 4. 1953 durch Beschluß der 20. ordentlichen Landessynode gegründet worden. Ihr erster Seelsorger war Pfarrer Siegfried Solle. Unter Pfarrer Reinhard Möller, der die Gemeinde ab 1960 betreute, entstand der Wunsch, eine unierte Gemeinde zu bilden, weil die lutherischen Gemeindeglieder in den Beschluß der Synode vom 19. März 1953, eine von Schötmar abgetrennte Gemeinde zu bilden, nicht einbezogen worden waren. Weil die Verfassung der Lippischen Landeskirche eine unierte Gemeinde nicht erlaubte, wurde am 4. Dezember 1962 für den Bereich von Lockhausen eine lutherische Gemeinde gegründet mit der Maßgabe, daß der Pastor der reformierten Gemeinde auch diese Gemeinde betreut. So entstand – auch nach der Zusammenlegung der beiden Kirchenvorstände und der Verwaltung – eine für die lippische Kirche ungewöhnliche Union.



Wie die Kirche in Lockhausen repräsentiert auch die Kirche in Remmighausen bei Detmold den modernen Baustil der Gegenwart. Der Architekt dieser Kirche, Rainer Mumme aus Lippstadt, charakterisierte ihren Baustil mit den Worten: „Wir haben die Kirche aus wenigen Materialien – vor allem aus Beton, Holz und Glas – errichtet und ihre Oberflächen auch offen gezeigt. Dazu gehört beim Beton die aus der Technik entstandene und sich abbildende Holzschalung, die nicht gestrichenen, sondern z. T. dunkelfarbig imprägnierten Holzteile, der rauhe, grobe, ungestrichene Putz und das freundliche Farbspiel der Kiesel des Bodens." Die Kirche war am 21. April 1967 nach zehnmonatiger Bauzeit eingeweiht worden. Sie erhielt den Namen „Friedenskirche".

hilfen wurde das Nebengebäude der Generalsuperintendentur hergerichtet. Die Familienbildungsstätte hat ein eigenes Gebäude in der Gutenbergstraße bekommen. Für die Studenten der Musikakademie und der Fachhochschule Lippe wurden in der Moltkestraße Gesellschaftsräume eingerichtet. In der Wiesenstraße 5 wurde ein Studentenheim „Die Burse" eröffnet.

Von besonderer Bedeutung für die gesamte kirchliche Arbeit wurde die Errichtung von „Haus Stapelage" in einer besonders reizvollen Gegend des Teutoburger Waldes, eröffnet 1961. Dieser wichtigen Einrichtung wurde 1980 eine weitere hinzugefügt, das „Inselhospiz Juist". Für beide Häuser wurde 1982 vom Landeskirchenamt eine gemeinsame Satzung erlassen, in der es u.a. heißt: „Die Lippische Landeskirche unterhält rechtlich unselbständige Tagungs- und Begegnungsstätten mit Namen „Haus Stapelage der Lippischen Landeskirche" und „Inselhospiz Juist der Lippischen Landeskirche". Diese Einrichtungen dienen als Stätten der Sammlung, Begegnung, vor allem der Jugendbetreuung und -bildung, der Erwachsenenbetreuung und -bildung und der zwischenkirchlichen Arbeit. Sie verfolgen ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke. Die Zwecke, denen die Häuser dienen, werden durch Veranstaltung von Begegnungen, Tagungen, Freizeiten, Erholungskuren, Rüstzeiten und ähnlichen Einrichtungen angestrebt und gefördert."

Hand in Hand mit der Vermehrung der Pfarrstellen ging die Erweiterung und Modernisierung der kirchlichen Verwaltungsarbeit sowohl im Landeskirchenamt wie auch in den Gemeinden. Ohne eine geordnete und sinnvolle Verwaltung kann auch die innere Arbeit der Kirche nicht gedeihen. Entscheidend wird nur sein, daß gerade diese Arbeit nicht um ihrer selbst willen geschieht, sondern im Sinne des Herrn der Kirche. In unserer Gegenwart mit ihren zahlreichen Problemen und Bedrohungen dürfte keine Arbeit wichtiger sein als die einer Kirche, die weiß, wozu sie da ist in der Welt.

VERPFLICHTUNGSERKLÄRUNG

der in den Dienst der Lippischen Landeskirche berufenen Pfarrer und Pastorinnen

---

Als in den Dienst der Lippischen Landeskirche berufener Pfarrer – berufene Pastorin – übernehme ich durch eigenhändige Unterschrift die nachstehende Verpflichtung:

1.

In der Bindung an mein Ordinationsgelübde will ich bemüht sein, jeden mir aufgetragenen Dienst im Gehorsam gegenüber dem Zeugnis der Heiligen Schrift in der Nachfolge des Herrn Jesus Christus auszurichten.

2.

Die von der Landessynode beschlossene Verfassung der Lippischen Landeskirche und die Kirchengesetze sowie die sonstige kirchliche Ordnung will ich beachten. Den Bekenntnisstand der Lippischen Landeskirche und der mir anvertrauten Gemeinde will ich wahren.

3.

Den mir in der Gemeinschaft der Klasse für meinen Dienst in Verkündigung und Seelsorge zuteil werdenden brüderlichen Austausch will ich nutzen und auch die Möglichkeiten zu gegenseitiger Förderung in theologischer Arbeit und Fortbildung wahrnehmen.

4.

In dem mir übertragenen Pfarramt will ich mich in vertrauensvoller und stetiger Zusammenarbeit mit dem Kirchenvorstand sowie mit allen hauptberuflichen und freiwilligen Mitarbeitern bemühen, das vorhandene geistliche Leben zu pflegen und zugleich für die Aufgaben aufgeschlossen zu sein, die uns durch die Entwicklungen in unserer Welt immer neu gestellt werden.

5.

Ich bin mir bewußt, daß jede Verpflichtung ihren festen Grund in der Gnade unseres Herrn Jesus Christus hat. Es bleibt deshalb mein tägliches Gebet, daß diese Gnade mich tüchtig mache, meinen Dienst und mein Leben dem Wort unseres Herrn Jesus Christus zu unterwerfen:

> „Ein neu Gebot gebe ich euch, daß ihr euch untereinander liebet, wie ich euch geliebt habe, damit auch ihr einander lieb habet. Daran wird jedermann erkennen, daß ihr meine Jünger seid, so ihr Liebe untereinander habt".
>
> (Johannes 13, 34 – 35)

Nachwort

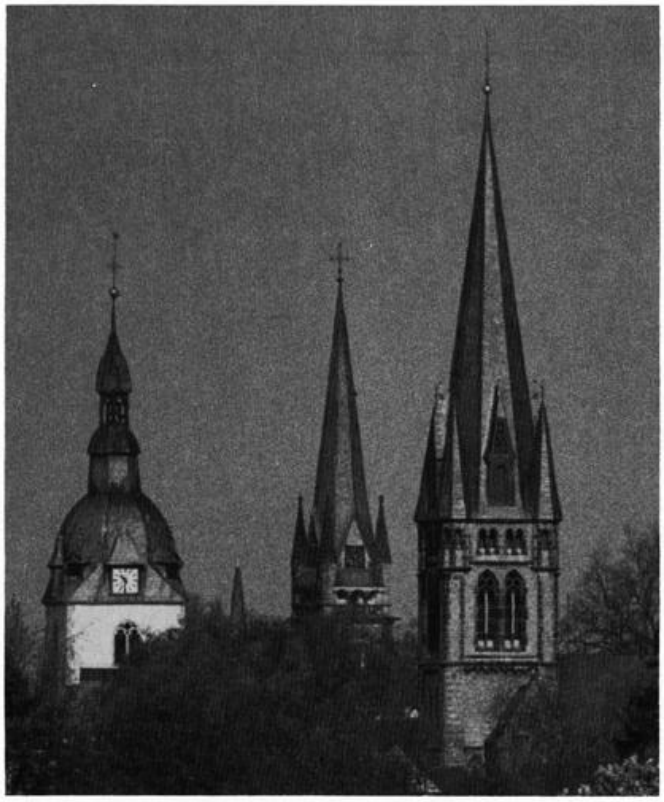
Kirchenordnung als Wagnis des Glaubens

Der berühmte Streit zwischen dem Leipziger Kirchenrechtler Rudolf Sohm und dem Berliner Kirchenhistoriker Adolf Harnack an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert war zwar eine in vornehmer Form ausgetragene Auseinandersetzung zwischen zwei herausragenden akademischen Lehrern, der Streitgegenstand jedoch war alles andere als „akademisch". Wenn die Bekenntnissynode von Barmen (1934) im Recht ist mit ihrer Feststellung, daß die Kirche nicht nur mit ihrer Verkündigung, sondern auch mit ihrer Ordnung Zeugnis gibt von ihrem Herrn Jesus Christus, dann ging es in diesem Streit um das Wesen der Kirche selbst, um die Wahrheit ihres Zeugnisses und um die ihrem Wesen entsprechende Gestalt ihrer Ordnung. Die Streitfrage hieß: Ist die Ausprägung kirchlichen Rechts und einer durch Rechtsetzung gewährleisteten kirchlichen Ordnung überhaupt vereinbar mit einer Kirche, von der der Heidelberger Katechismus (Frage 54) doch bekennt, daß Jesus Christus – und er allein! – sie „durch seinen Geist und Wort ... versammelt, schützt und erhält"? Die Kirche lebt aus dem verkündigten Wort, das der Heilige Geist in ihren Gliedern wirksam macht als das Wort ihres Herrn. Die Kirche ist Kirche des Wortes und Kirche des Geistes und somit Kirche des Glaubens. Kann der so verstandenen Kirche das Gewand rechtlicher Ordnung jemals passen? Wie verhält sich Gottes Geist zu menschlichem Recht?

Rudolf Sohm antwortet klar und eindeutig: „Das Kirchenrecht steht mit dem Wesen der Kirche im Widerspruch." Die Kirche ist keine rechtliche, sondern allein eine geistliche Größe. Geist und Recht schließen sich aus. Adolf Harnack hingegen, der kenntnisreiche Kirchengeschichtler, sieht schon in den frühen Christengemeinden patriarchalische und administrative Ordnungsformen sich auswirken, die die Umwelt bereithielt, und diese Entwicklung bedeutet ihm nicht Verrat am Wesen der Kirche. Geist und Recht sind für ihn nicht unvereinbar. Die Kirche Jesu Christi kann in der Welt nicht bestehen ohne ein Neben-, ja Ineinander von Geist und Recht, von Botschaft und Ordnung. Dabei ist natürlich die Gefahr zu beachten, daß das Recht den Geist dominiert und die Ordnung christliche Freiheit einengt. Umgekehrt aber bewahrt rechtliche Ordnung die Kirche vor schwärmerischem Enthusiasmus, hält sie fest in der Wirklichkeit dieser Welt und hilft ihr zu ihrer wahren Bestimmung als „Gemeinde von Brüdern" (Barmer Erklärung).

Die Frage, auf die die beiden großen Gelehrten so unterschiedlich geantwortet haben, ist nicht erledigt. Sie bleibt virulent, solange die Kirche Jesu Christi in irdisch-sichtbarer Gestalt existiert. Harnack hatte die normative Kraft geschichtlicher Entwicklungen in der Kirche vor Augen. Danach gab und gibt es die Kirche nicht anders denn als zumindest auch menschlich geordnete und verfaßte Kirche. Sie lebt nicht von ihrer Ordnung und ihrem Recht, aber sie lebt auch nie ohne beides. Die Frage ist nur, ob ihre rechtliche Gestalt auch in einer inneren Beziehung steht zu ihrer Botschaft. Darum werden wir das Recht der Kirche und ihre Ordnung nicht leichthin als das Uneigentliche von Verkündigung und theologischer Lehre als dem Eigentlichen unterscheiden dürfen. Die Barmer Bekenntnissynode hat hier in schwerer Zeit einen Zusammenhang verdeutlicht, den wir nicht mehr verlieren dürfen.

Kirchliches Recht ist menschliches Recht. Darum kann es nicht anders sein, als daß dieses Recht Ordnungsvorstellungen in sich aufnimmt, wie die jeweilige Zeit sie anbietet. So ist kirchliche Ordnung in einer gewissen Weise notwendig zeitgebunden, verändert sich manchmal fast von selbst oder bedarf der bewußten Veränderung. Nur: beliebig ist hier nichts! Ihre Ordnung ist ein Teil des Zeugnisses der Kirche –



Die Kirche Detmolds im Kern der Innenstadt. Links die älteste Kirche, die ehemalige Vitus- und heutige Erlöserkirche am Marktplatz, in der Mitte die im Jahre 1908 erbaute Christuskirche auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz, rechts die Martin-Luther-Kirche in der Schülerstraße, die im Jahre 1898 eingeweiht wurde.

und auch Unordnung hat leider Zeugnischarakter. Auch der Kirchenordnung des Generalsuperintendenten Johann Jakob Zeller sehen wir ihr Alter an. Die Gründe, die zu ihrer Ablösung durch die Verfassung von 1931 und durch andere Kirchengesetze geführt haben, liegen nicht mehr allein in dem Fehlen einer „landesherrlichen Regierung" seit dem November 1918 und der damit gegebenen Notwendigkeit, an Stelle des gräflichen und später fürstlichen Landesherrn der Kirche eine neue, von der staatlichen Obrigkeit unabhängige Leitungsebene zu geben. Die Gründe liegen in dem sich wandelnden Leben der Kirche selbst! Darum ist es sinnvoll, daß dieses Buch zwar das Gedenken an die Kirchenordnung von 1684 zum Anlaß hat, in Wirklichkeit jedoch den Weg nachzeichnet, den die derart geordnete lippische Kirche durch die Jahrhunderte gegangen ist. Wenn wir bedenken, daß wir gegenwärtig die gerade dreißig Jahre alte Lebensordnung der Lippischen Landeskirche einer Überarbeitung unterziehen, weil die Gestalt des kirchlichen Lebens heute sich in vielem unterscheidet von derjenigen des Jahres 1954, so wird eine 300 Jahre alte Kirchenordnung erst recht keine unveränderte Gültigkeit beanspruchen können, es sei denn, die Kirche sei zum Traditionsverein erstarrt.

Es ist eine Merkwürdigkeit festzuhalten. Die Kirchenordnung von 1684 steht nicht am Beginn der Entstehung reformierten Kirchenwesens in unserem Land Lippe, sondern bedeutet deren Schlußpunkt. Das mag daran liegen, daß der für „die reformierte Reformation" verantwortliche Graf Simon VI. (1554–1613) auf alle Fälle den Anschein von Kontinuität zu wahren versuchte. Die an das lutherische Bekenntnis gebundene Kirchenordnung von 1571 war ja kaum mehr als dreißig Jahre alt, als Simon VI. die Veränderungen durchsetzte. Außerdem mag er geglaubt haben, mit der Konsistorialordnung von 1600 das entscheidende Instrument für seine Pläne, nämlich ein praktikables Visitationswesen, geschaffen zu haben, welches er dann auch von ihm genehmen Superintendenten strikt handhaben ließ. Und doch bleibt es auffallend, daß erst Graf Simon Henrich (1666–1697) den Auftrag zur Erstellung einer Ordnung für die nunmehr „nach Gottes Wort Reformirt-Evangelische Kirche" erteilt. Die Reformatoren, ob Luther, Zwingli oder Calvin, waren sich jedenfalls darin einig, daß eine auf reformatorischer Lehre gegründete Kirche entsprechend geordnet werden müßte. So hatte auch die Stadt Lemgo bereits im Jahre 1533 eine Kirchenordnung angenommen, welche auf der Braunschweigischen Kirchenordnung Johannes Bugenhagens beruhte, des treuen und unermüdlichen Kampfgefährten Luthers. Und die von Adrian Boxschoten und Johann Tiemann verfaßte allgemeine Kirchenordnung, die von den Wittenbergern geprüft und förmlich gebilligt worden war, stammte aus dem Jahre 1538, steht also ganz am Anfang des Weges einer evangelischen Kirche in der Grafschaft Lippe. Das reformierte Kirchenwesen in Lippe hingegen hat sich entfaltet, ohne daß über einen längeren Zeitraum eine förmliche Ordnung des kirchlichen Lebens vorhanden gewesen wäre.

Vieles an der Kirchenordnung von 1684, das wurde schon angedeutet, ist überholt. Die Kirche Jesu Chri-

sti kann ihren Weg heute nicht gehen in Formen von gestern und vorgestern. Dennoch stellt sich demjenigen, der aus der Geschichte zu lernen bereit ist, die Frage, ob die Einzelbestimmungen der Kirchenordnung wirklich so völlig von gestern sind und ob wir nicht vielmehr manches verloren haben, wonach reformierte Gemeinden sich sehnen sollten. Ist es nicht bedeutsam, daß die Kirchenordnung auf das Leben der Kirche in ihren Gemeinden ausgerichtet ist, während unsere geltende Verfassung eigentlich nur den „Überbau" landeskirchlicher Leitung im Blick hat? Ist es nicht von Belang, daß das, was die Kirchenordnung einheitlich auf die Gemeinden hin regelt, heutzutage in vielen einzelnen Spezialgesetzen auseinandergetreten ist?

Die reformierte Kirchenordnung von 1684 und die lutherische von 1571 haben in einer Hinsicht nach wie vor den Rang geltenden Rechts. Die Präambel unserer Verfassung verpflichtet die Landeskirche zur „Wahrung des Bekenntnisstandes der in ihr verbundenen evangelischen Kirchengemeinden" entsprechend den beiden ausdrücklich benannten Kirchenordnungen. Aber auch solcher Verpflichtung werden wir nicht gerecht in statischem Festhalten an überkommener Konfessionalität, sondern nur in Bereitschaft zu neuen Erkenntnissen und mehr Gemeinschaft. Deshalb hat die Lippische Landessynode im Jahre 1982 die Leuenberger Konkordie in die Verfassung eingeschrieben, die die gewachsene Gemeinschaft reformierter und lutherischer Gemeinden nun auch in solchen Lehraussagen fundamentiert, die die Reformatoren noch als kirchentrennend empfanden. In diesem Zusammenhang ist es doch des Nachdenkens wert, daß die Kirchenordnung Zellers zwar auf die „nach Gottes Wort Reformirt-Evangelische Kirche" ausgerichtet ist, dennoch aber „Christliche Kirchenordnung der Grafschaft Lippe" heißt. Reformiertsein ist kein Zustand, sondern ein Auftrag, und der schließt die Offenheit ein für die größere Einheit der Kirche Jesu Christi. Darum sind Kirchenordnungen, wie der reformierte Professor Otto Weber uns gelehrt hat, „ein sich ereignender Vorgang, nicht aber die Normierung des ohnehin Vorhandenen". Gewiß will das Recht der Kirche Bestehendes ordnen, aber es soll zugleich Neues ermöglichen. Denn die Kirche ist ecclesia semper reformanda, immer neu zu reformierende Kirche. Kirchenordnungen sind deshalb „im Wagnis des Glaubens begründet" (Weber).

Die Kirchenordnung von 1684 hat nach ihrem eigenen Bekunden kein anderes Ziel, „dann daß in dieser Graf- und Herrschaft das Reich Christi in Aufnehmen gebracht, erhalten und ausgebreitet, und die Unterthanen auf Christum, den einigen Felsen des Heils, in seiner wahren Erkenntnis zu einem recht christlichen Wandel erbauet werden mögen". Darin klingt beides an – die Zeitgebundenheit menschlicher und staatlicher Ordnungsvorstellungen und der bleibende Auftrag einer nach Gottes Wort reformierten Kirche.

Christian Harms
Präses der Landessynode

Die Struktur der Lippischen Landeskirche (Stand 1984)

Landessynode (4 J.)

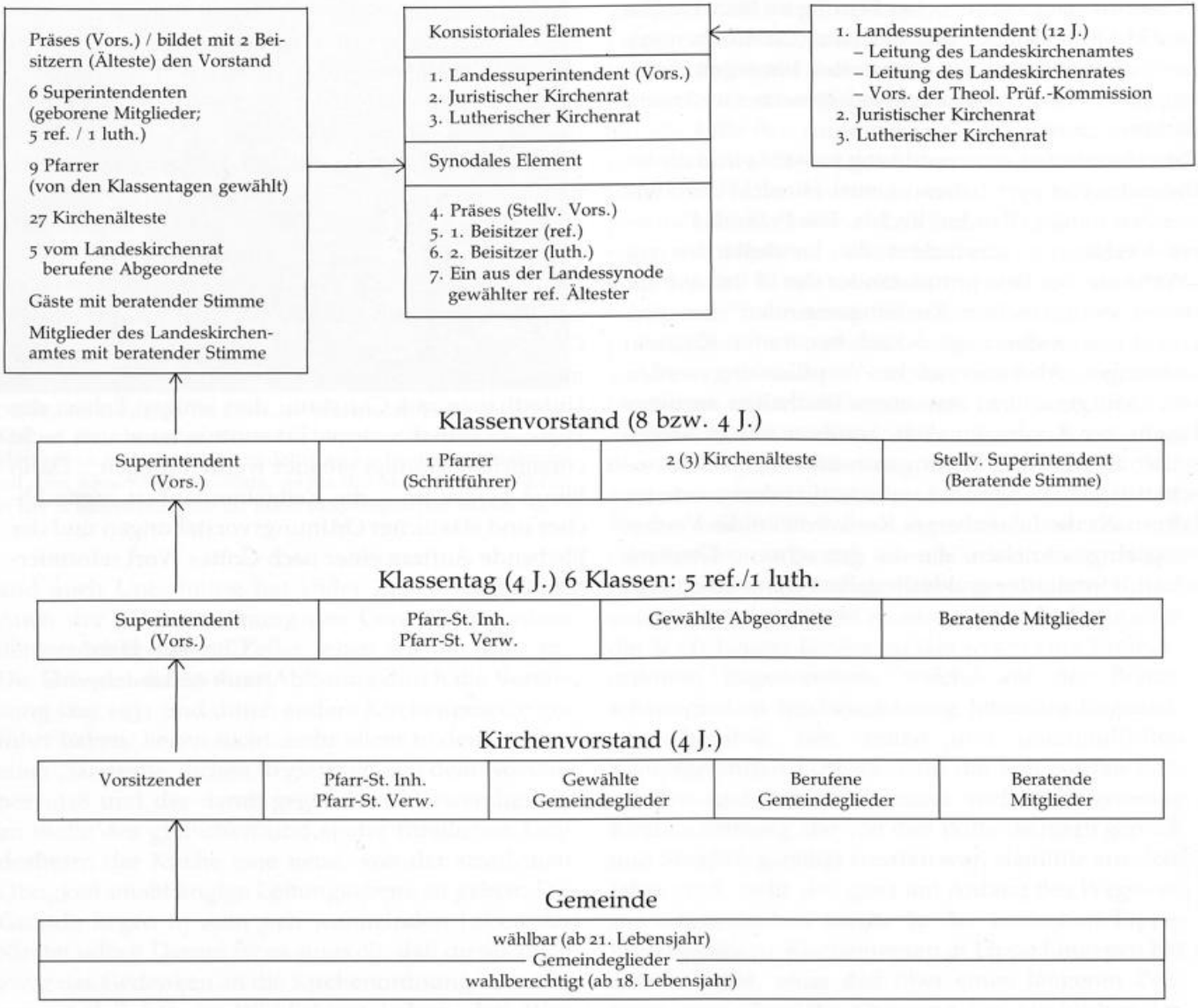
Die Landessynode ist Träger der Kirchengewalt. Ihre Organe sind der Landeskirchenrat und das Landeskirchenamt.

Landeskirchenrat

Der Landeskirchenrat ist ein Kollegium. Er ist zur Leitung und Verwaltung der Landeskirche berufen.

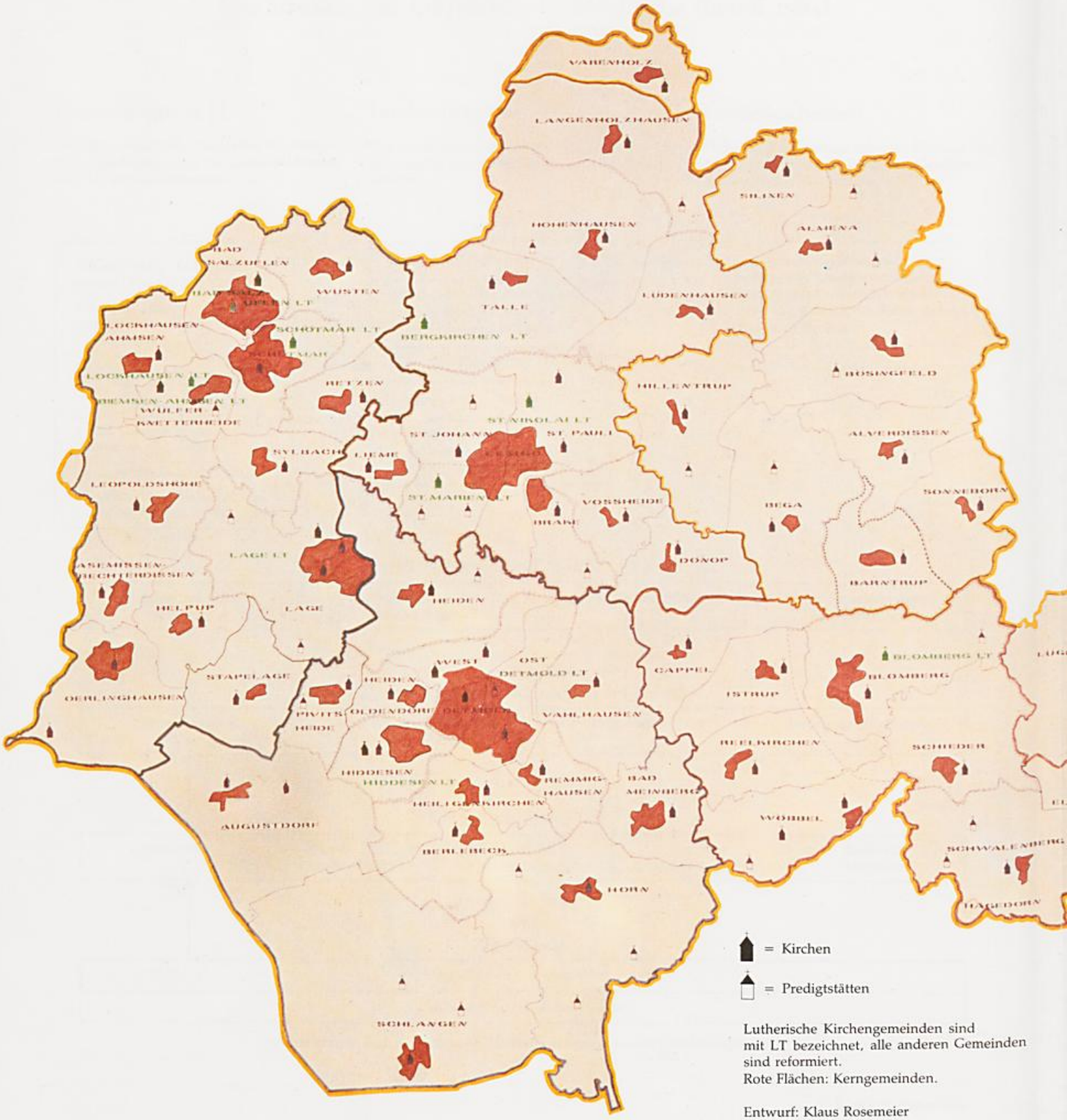
Landeskirchenamt

Das Landeskirchenamt führt im Auftrage des Landeskirchenrats die laufenden Geschäfte der kirchlichen Verwaltung.



56 reformierte und 10 lutherische Kirchengemeinden: 242000 Gemeindeglieder

Entwurf: Wehrmann


VAHLHOLZ
LANGENHOLZHAUSEN
SILIXEN
ALAHEVA
HOHENHAUSEN
BAD SALZUFLEN
WUSTEN
TALLE
LUDENHAUSEN
LOCKHAUSEN
AHAUSEN
SCHOTMAR LT
BERGKIRCHEN LT
LOCKHAUSEN LT
BREMKEN-AHAUSEN LT
WULFER-KALTENHEIDE
RETZEN
HILLENTRUP
BOSINGFELD
ST. NIKOLAI LT
ST. JOHANNIS
ST. PAULI
ALVERDISSEN
SYLBACH
LIEME
LEOPOLDSHOHE
ST. MARIEN LT
VOSSHEIDE
BEGA
SONNEBORN
BRAKE
DONOP
LAGE LT
ASEMISSEN-BECHTENDISSEN
BARNTRUP
HEIDEN
HELPUP
LAGE
WEST
OST
DETMOLD LT
GAPPEL
BLOMBERG LT
BLOMBERG
STAPELAGE
HEIDEN
ISTRUP
OERLINGHAUSEN
PIVITSOLDENDORF
DETMOLD
VAHLHAUSEN
HEIDE
RELBRINGHAUSEN
SCHIEDER
HIDDESEN
HIDDESEN LT
BEMMIG-HAUSEN
BAD MEINBERG
HEILIGENKIRCHEN
WORBEL
AUGUSTDORF
BERLEBECK
HORN
SCHWALENBERG
HAGEDORN
SCHLANGEN
= Kirchen
= Predigtstätten
Lutherische Kirchengemeinden sind mit LT bezeichnet, alle anderen Gemeinden sind reformiert.
Rote Flächen: Kerngemeinden.
Entwurf: Klaus Rosemeier

4479524

Landeskirchliche Einrichtungen und Beauftragungen



I. *Rechtlich unselbständige Einrichtungen der Lippischen Landeskirche*

Beratungsstelle für Familien- und Lebensfragen
Ev. Erwachsenenbildung
Ev. Familienbildungsstätte
Ev. Gemeindedienst der Inneren Mission
Ev. Studentengemeinden in Detmold und Lemgo
Ev. Studentenwohnheim „Die Burse"
Freizeit- und Begegnungsstätten „Inselhospiz Juist" und „Haus Stapelage"
Landesverband ev. Kirchenchöre
Lippische Arbeitsgemeinschaft für Jugend- und Eheberatung
Lippischer Landesverband für Kindergottesdienst
Männerwerk
Posaunenwerk
Verband ev. Kirchenmusiker
Zentrale für ev. Jugendarbeit

II. *Pfarrstellen für besondere Dienste*

Krankenhauspfarrämter in Detmold und Lemgo
Vier Pfarrstellen zur Erteilung von Religionsunterricht an den Berufsbildenden Schulen des Kreises Lippe
Pfarrstelle zur Erteilung des Religionsunterrichtes an Gymnasien in Lippe
Studentenpfarramt

III. *Landeskirchliche Beauftragungen im Nebenamt*

Ausländerbetreuung
Blindenseelsorge
Datenschutzbeauftragter
Entwicklungsdienst
Gefängnisseelsorge
Gehörlosenseelsorge
Katholika-Beauftragter
Landjugendarbeit
Ökumene
Polizeiseelsorge
Prüfungskommission für C-Kirchenmusiker
Sachverständiger für Orgel- und Glockenpflege
Umweltbeauftragter
Weltmission

IV. *Rechtlich selbständige Einrichtungen in der Lippischen Landeskirche*

CVJM-Kreisverband, -Freizeitdienst und -Posaunendienst
Diakonisches Werk
Ev. Erwachsenenbildungs-Arbeitsgemeinschaft
Ev. Gesellschaft für Nordlippe
Ev. Küstervereinigung Westfalen-Lippe
Ev. Pfadfinderschaft
Jugendbund für entschiedenes Christentum – EC
Lippische Bibelgesellschaft
Lippischer Gemeinschaftsbund
Lippischer Landesverband evangelischer Frauenhilfen
Lippischer Pfarrerverein / Pfarrerhilfskasse
Rheinisch-westfälisch-lippischer Verband der im ev.-kirchlichen Dienst stehenden Mitarbeiter

V. *Privatrechtlich ev.-kirchliche Stiftungen in der Lippischen Landeskirche*

Adelheidstift Horn
Altersheim Elisenstift Humfeld
Anstalt Eben-Ezer
Donop'sche Stiftung Veldrom
Ev. Diakonissenhaus (gleichzeitig auch Kirchengemeinde)
Ev. Kindergärten in Lemgo
Ev. Stift zu Wüsten
Ev. Volks- und Schriftenmission Lieme
Kinderheim Wiembeck
Paulinenanstalt Detmold
von-Rodewald-Stiftung Detmold
Schwestern-Großkopf-Stiftung
Sophienheim Heiligenkirchen

Lippische Landesbibliothek
04937551



4479524

Landeskirchliche Einrichtungen und Beauftragungen

I. *Rechtlich unselbständige Einrichtungen der Lippischen Landeskirche*

Beratungsstelle für Familien- und Lebensfragen
Ev. Erwachsenenbildung
Ev. Familienbildungsstätte
Ev. Gemeindedienst der Inneren Mission
Ev. Studentengemeinden in Detmold und Lemgo
Ev. Studentenwohnheim „Die Burse"
Freizeit- und Begegnungsstätten „Inselhospiz Juist" und „Haus Stapelage"
Landesverband ev. Kirchenchöre
Lippische Arbeitsgemeinschaft für Jugend- und Eheberatung
Lippischer Landesverband für Kindergottesdienst
Männerwerk
Posaunenwerk
Verband ev. Kirchenmusiker
Zentrale für ev. Jugendarbeit

II. *Pfarrstellen für besondere Dienste*

Krankenhauspfarrämter in Detmold und Lemgo
Vier Pfarrstellen zur Erteilung von Religionsunterricht an den Berufsbildenden Schulen des Kreises Lippe
Pfarrstelle zur Erteilung des Religionsunterrichtes an Gymnasien in Lippe
Studentenpfarramt

III. *Landeskirchliche Beauftragungen im Nebenamt*

Ausländerbetreuung
Blindenseelsorge
Datenschutzbeauftragter
Entwicklungsdienst
Gefängnisseelsorge
Gehörlosenseelsorge
Katholika-Beauftragter
Landjugendarbeit
Ökumene
Polizeiseelsorge
Prüfungskommission für C-Kirchenmusiker
Sachverständiger für Orgel- und Glockenpflege
Umweltbeauftragter
Weltmission

IV. *Rechtlich selbständige Einrichtungen in der Lippischen Landeskirche*

CVJM-Kreisverband, -Freizeitdienst und -Posaunendienst
Diakonisches Werk
Ev. Erwachsenenbildungs-Arbeitsgemeinschaft
Ev. Gesellschaft für Nordlippe
Ev. Küstervereinigung Westfalen-Lippe
Ev. Pfadfinderschaft
Jugendbund für entschiedenes Christentum – EC
Lippische Bibelgesellschaft
Lippischer Gemeinschaftsbund
Lippischer Landesverband evangelischer Frauenhilfen
Lippischer Pfarrerverein / Pfarrerhilfskasse
Rheinisch-westfälisch-lippischer Verband der im ev.-kirchlichen Dienst stehenden Mitarbeiter

V. *Privatrechtlich ev.-kirchliche Stiftungen in der Lippischen Landeskirche*

Adelheidstift Horn
Altersheim Elisenstift Humfeld
Anstalt Eben-Ezer
Donop'sche Stiftung Veldrom
Ev. Diakonissenhaus (gleichzeitig auch Kirchengemeinde)
Ev. Kindergärten in Lemgo
Ev. Stift zu Wüsten
Ev. Volks- und Schriftenmission Lieme
Kinderheim Wiembeck
Paulinenanstalt Detmold
von-Rodewald-Stiftung Detmold
Schwestern-Groß-kopf-Stiftung
Sophienheim Heiligenkirchen

Lippische Landesbibliothek
04937551